

HEFT 8/9 — AUGUST/SEPTEMBER

FERNWIRKUNGEN DEUTSCHER GEOPOLITIK

FESTSCHRIFT
ZUM 70. GEBURTSTAG
IHRES HERAUSGEBERS
KARL HAUSHOFER
AM 27. AUGUST 1939

KURT VOWINCKEL VERLAG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTFLEITUNG:

Kurt Vowinckel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

XVI. JAHRGANG / HEFT 8/9 / AUGUST/SEPTEMBER 1939

INHALTSVERZEICHNIS

AUFTAKT

- Colin Roß: *Erlebte Geopolitik* 541
A. E. Johann: *Zum siebzigsten Geburts-
tag Karl Haushofers* 543

AUFsätze

- H.-J. Schepers: *Geopolitik und Raum-
ordnung* 547
E. Massi: *Römische und italienische
Mittelmeer-Geopolitik* 551
Jon San-Giorgiu: *Rumänien zwischen
Balkan und Mitteleuropa* 567
E. Gülcher: *Südafrika zwischen Europa
und Empire* 575
F. H. Schmolck: *Das amerikanische
Mittelmeer* 581
G. Fester: *Südamerikanische Volks- und
Rassenfragen* 588
K. Mehnert: *Die Japaner auf Hawai* 596
W. Schenke: *Die Restpositionen des
westlichen Imperialismus im chine-
sisch-japanischen Kriege* 604
J. G. Sleeswijk: *Pazifik-Probleme und
Holland* 610
R. S.: *Die japanische Expansion* 617
S. Warneck: *Waffen und Methoden des
geistigen Kampfes in Mandschukuo* 624
B. K. Sarkar: *Grundfragen der Geo-
politik, — angewandt auf das indische
Volk* 631

GRUNDFRAGEN

- K. Vowinckel: *Zum Begriff Lebensraum* 638
Jacques Ancel: *Die französische geogra-
phische Schule und die Geopolitik* 640
G. Haase-Bessell: *Volk und Rasse in
ihren Beziehungen zueinander* 657

BERICHTE

- Albrecht Haushofer: *Berichterstattung
aus der atlantischen Welt* 675
Karl Haushofer: *Bericht über den indo-
pazifischen Raum* 677
R. von Schumacher: *Kurznachrichten* 683

- SPÄNE: *Mitteilungen der Arbeitsgemein-
schaft für Geopolitik* 686

SCHRIFTTUM

- Karl Haushofer: *Schrifttumsauswahl
zum indopazifischen Raum* 687
H. Hummel: *Büchertafel* 691
E. Wunderlich: *Neue Karten u. Atlanten* 695
K. Roepke: *Bibliographie der Geopolitik* 697

BEILAGE: STAATENWIRTSCHAFT

- H. Wohlthat: *Neue Entwicklungsmöglichkeiten
des deutschen Verrechnungsverkehrs* 701
H. Pentzlin: *Wirtschaftstraditionalismus und
staatliche Lenkung in England* 706
E. Ferber: *Von der Ordnung im Innern zur
Ordnung der Außenwirtschaft* 712
Arnold Seifert: *Weltwirtschaft im Zeitalter der
Planung (Staatenwirtschaftliche Weltanschauung)* 715
Erich Wunderlich: *Symptome wirtschaftlichen
Gestaltungswandels* 731
Materialien 735
Schrifttum 739

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AfG. RM 4.40 / Einzelne RM 2.— / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.—
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhalts-
verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postscheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36



Der Versuch, die weltumspannenden Auswirkungen der Geopolitik zu zeigen, führt zwangsläufig dazu, daß bei einzelnen Mitarbeitern nationale Auffassungen zu Tage treten, die von den unseren erheblich abweichen.

Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Geopolitik mit ihnen nicht einig geht, auch wenn sie der Meinung des Gegners Achtung erweist.

Die Schriftleitung

Einzelheiten zu Lebensgang und Wirken Professor Haushofers finden unsere Leser im Festheft zum 60. Geburtstag (6. Jahrgang 1929, Heft 9).

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Jacques *Ancel*, Prof. an der Sorbonne (professeur d'Histoire et Civilisation slaves à la Faculté des Lettres, professeur de géographie politique à l'Institut des Hautes Etudes internationales de l'Université de Paris) Paris 16, 32 rue Molitor — Prof. Dr. G. *Fester*, Santa Fé (Argentinien), Gobernador Candiotti 1059 — E. *Gülcher*, Swakopmund/SWA., Postfach 17 — Gertraud *Haase-Bessell*, Dresden, Hospitalstr. 311 — Dr. Albrecht *Haushofer*, Berlin SW 68, Wilhelmstr. 23 (AfG) — Prof. Dr. Karl *Haushofer*, München O 27, Kolberger Str. 18 (AfG) — Hans *Hummel*, Wusterhausen/Dosse, Seestr. 16 (AfG) — A. E. *Johann-Wollschläger*, Berlin-Lankwitz, Beethovenstr. 27 (AfG) — Prof. Ernesto *Massi*, Mailand, Via Carducci 16 — Kl. *Mehnert*, Honolulu/Hawaii, 2219 Halulu Way — Prof. Dr. Ludwig *Neser*, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 22 (AfG) — Dr. Kurt *Roepke*, Leipzig O 27, Am Wasserwerk 1 — Colin *Roß*, z. Zt. Indochina (Anschrift durch den Verlag) (AfG) — Prof. Dr. Jon *San-Giorgiu*, Bukarest, Armencasca 19 — Prof. Dr. B. K. *Sarkar*, Calcutta, Police Hospital Road, Entally Market — Wolf *Schenke*, c/o German Consulate Generale/Honkong — Reg.-Rat Dr. H.-J. *Schepers*, Berlin-Friedenau, Kaiser-Allee 137 (AfG) — Frank H. *Schmolck*, Guatemala, M. A. Apartado 171 — Rupert *von Schumacher*, Berlin-Lankwitz, Melanchthonstr. 8a (AfG) — Prof. Dr. J. G. *Sleeswijk*, Den Haag (Holland), Frankenstr. 32 — R. S., Tokio (Anschrift durch den Verlag) — Kurt *Vowinkel*, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36 (AfG) — Siegfried *Warneck*, Mandschukuo (Anschrift durch den Verlag)

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.

COLIN ROSS:
Erlebte Geopolitik

Kalgan, im Sommer 1939.

Kahle Felsen säumen den Paß, der von der Mongolei nach China führt. Man könnte wähnen, die schweren welthistorischen Stürme, die darüber hinbrausten, hätten sie glattgefeigt. Natürliches Tor im Grenzwall, Wachturm, der das Glacis des himmlischen Reiches deckte, Schleuse, durch die die Reichtümer der mongolischen Hochfläche nach den großen Handelsstädten der chinesischen Ebene flossen, das ist Kalgan. Gibt es einen besseren Ort, Grundsätzliches über Geopolitik zu sagen, und eine bessere Stunde als die gegenwärtige, in der Asiens politisches Antlitz völlig neu geprägt wird und doch genau die gleichen Grundkräfte des Raumes wie der Rassen dabei wirken wie zu den Zeiten Attilas oder Dschingis Khans, oder all der anderen großen Gestalten der Han, der Ming, der Tschin und Tsching, unter denen wir Abendländer uns im allgemeinen nichts vorstellen können?

Ich sitze in der ehemaligen Karawanserei, deren Hof heute nicht mehr angefüllt ist von wiederkäuenden Kamelen, weil Bahn und Lastauto in wachsendem Maße auch in diesem fernen Steppenland an die Stelle des ehemaligen „Schiffes der Wüste“ traten. Ich schaue zu dem Kuli auf, der mir die Post reicht, die mir von Peking nachgesandt wurde. Längst habe ich gelernt, die individuellen Gesichtszüge der einzelnen Chinesen zu unterscheiden, und trotzdem blickt mich in dem Gesicht eines jeden einzelnen immer wieder China, ja Asien, in seiner Gesamtheit an, die letzten Endes für mich immer das Ferne, das Fremde, das Unverständliche und Gegensätzliche, ja das Feindliche bedeuten, trotz der Sympathien, die ich für Asien empfinde, trotz der Freundschaft, die mich mit einigen Asiaten verbindet.

Die Überzeugung von den Gegebenheiten des Raumes, den Formkräften des Bodens wie des Rassenschicksals prägte sich in mir, in den nun bald 30 Weltreisejahren, immer stärker aus. Dies ist wohl der Grund, weshalb ich in meinen Aufsätzen und Büchern kaum je das Wort „Geopolitik“ gebrauche. Sie ist für mich eine allzu große Selbstverständlichkeit. Aber nicht jeder hat das Glück, sie als Wirklichkeit zu erleben, die Räume und Rassen der Erde unmittelbar auf sich wirken zu lassen. Und darum muß dieses Erlebnis übermittelt und übertragen werden, wie es seit so vielen Jahren in dieser Zeitschrift geschieht.

Ich glaube, das war nie wichtiger als heute. Wir Heutigen sind nun einmal benadet oder verurteilt — wie man's nimmt —, eine umfassende Weltumformung mit zu erleben und zu erleiden, eine Umschichtung der Rassen wie Neuverteilung der Räume. Dabei werden die Länder und Völker am günstigsten abschneiden, die als die ersten erkennen, nach welchen Gesetzen und aus welchen Grundkräften heraus dieser Umbildungsprozeß erfolgt.

Diese Gesetze und Kräfte sind einfach wie alles Große und Grundsätzliche, und so besteht die Gefahr, daß sie, in Schlagwort umgemünzt, in Kürze die eindringliche Mahnung einbüßen, die in ihnen liegt. Außerdem mögen sie zwar einfach in ihren Grundlinien sein, aber in ihrer Auswirkung sind sie unendlich mannigfaltig. Und so heißt es immer wieder, sich von den Erscheinungen nicht blenden, von den Ereignissen nicht mitreißen zu lassen, auf der anderen Seite aber sein eigenes, einmal gefälltes Urteil und seine Prognosen immer wieder zu überprüfen und sich nicht scheuen, sie gegebenenfalls zu revidieren.

Wer seit Jahrzehnten in dieser Arbeit steht, wird zugeben, daß sie von Jahr zu Jahr schwerer wird. Gewiß weitet sich einem mit jeder neuen Reise das Bild der Welt, gewiß wird es immer leichter, Zusammenhänge zu erkennen, je mehr Einzelgebiete man aus eigenem Erleben beherrscht, aber gleichzeitig wird es schwieriger, die Erkenntnisse zu formulieren, je näher die großen Entscheidungen heranrücken.

In der Heimat mag man über den großen Geschehnissen der jüngsten Zeit und den überwältigenden Erfolgen der Außenpolitik des Führers wohnen, sie seien bereits gefallen. Aber was wir bisher erlebten, ist schließlich lediglich ein Anfang, und vor allem ist Deutschland, ja selbst Europa, nur ein Teil der Welt, und was bei uns geschehen ist und geschieht, wird mitbestimmt und gewissermaßen nachgeprüft, gebilligt oder verworfen durch die Entscheidungen in den übrigen Kontinenten, genau wie wir auf diese einwirken.

Diese Entscheidungen sind in allerletzter Zeit derart in Fluß geraten, überstürzen sich in einem Maße, daß sie selbst dem den Atem drohen, der sie seit Jahren und Jahrzehnten kommen sah. Bei ihrer Beurteilung muß zwischen ihrer augenblicklichen Auswirkung unterschieden werden und den Folgen, die erst in Jahren und Jahrzehnten eintreten werden. Vieles kann mit Rücksicht auf die Tagespolitik, auf bestehende Bindungen und bevorstehende Entschlüsse nicht gesagt werden. Und doch ist es wichtig, ja wesentlich, daß die Masse des Volkes weiß, um was es sich handelt, daß sie die Endziele kennt wie die Wege, auf denen sie erreicht werden können. So sehr heute auch die letzten Entscheidungen in den Händen Weniger, ja einzelner großer Führer liegen, so bedeutungsvoll ist es, daß die Völker ihnen nicht blind, sondern wissend folgen. Die Beispiele dafür aus Asien wie Europa braucht man nicht erst aufzählen, sie drängen sich einem auf.

Und so bedarf es keiner langen Begründung für die Notwendigkeit und Nützlichkeit geopolitischen Wissens. Es ist die Voraussetzung für die Durchsetzung der politischen Ziele eines Volkes. Das geopolitische Schlagwort, das ein ganzes Problem in einer kurzen Formel zusammenpreßt, ist ja nicht nur kondensierte Erkenntnis, sondern gleichzeitig Waffe im politischen Kampf.

Ein gutes Beispiel dafür ist das von den Japanern geprägte Wort von der „Neuen Ordnung in Asien“. In den zwei Schriftzeichen „Neuaufbau“ und „Asien“ zusammengedrängt, prangt es an jedem chinesischen Stadttor, grüßt einen in Plakatform an jeder Straßenecke, liegt als Druckschrift in jeder Amtsstube und jedem Wartezimmer. Diese beiden Schriftzeichen besitzen für Japan den Wert einer Armee. Sie bedeuten einen Jahrhundertplan für einen Weltteil. Ihre Rückwirkung auf Europa nicht nur darzulegen, sondern in ähnlich knapper Form dem eigenen Volk einzuhämmern, heißt Geopolitik.

Über die flachen Dächer der Karawanserei rieseln Sandkörnchen auf meinen Schreibblock. Es ist ein Staubsturm, der von der Gobi herüberweht. Tausend Meilen weit trägt der Wüstenwind den Sand. Tausende von Meilen weit wirkt sich aus, was hier geschieht. Monde benötigten die Reiter Attilas und der großen Khane, den weiten Steppenraum zu durchmessen, der sich zwischen Europa und Asien dehnt. Tage sind es heute für ein Bombengeschwader. Ozeane schrumpfen zu schmalen Gräben. Wenn je, so brauchen wir heute, ein jeder von uns, ein Wissen um die Welt und die in ihr wirkenden Kräfte, wie es noch vor wenigen Jahrzehnten kaum die Staatslenker besaßen.

A. E. JOHANN:

Zum siebzigsten Geburtstage Karl Haushofers!

Von einem Nur-Journalisten

Dem Manuskript dieses Artikels, das an die Redaktion der „Zeitschrift für Geopolitik“ geschickt wurde, war ein Begleitbrief angefügt, der die Worte enthielt: „Das Honorar erbitte ich auf mein Postscheck-Konto Berlin 57330.“ Lange Zeit hat man sich überlegt, ob man nicht diesen Artikel zum vollendeten siebenten Jahrzehnt des verehrten Meisters unberechnet auf den Tisch der Redaktion, sozusagen als ein bescheidenes Geburtstagsgeschenk, niederlegen sollte — und hat dann schließlich den Gedanken beinahe beschämt wieder fallen gelassen. Jahrelang hat man nichts weiter getan, als die großen Einsichten und Mahnungen der Haushoferschen Geopolitik in kleiner Münze, hundertfach versteckt und aufgespalten, unter die Leute zu bringen, hat von diesem geistigen Wechselgeschäft gelebt — und hat sich, wenn man seine ehrlichen Stunden im stillen Kämmerlein erlebte, keineswegs Täuschungen darüber hingegeben, wem man die großen Schätze verdankte, die man Woche für Woche und Jahr für Jahr auszumünzen sich bemühte, um sein Brot damit zu verdienen! — Und nun sollte man gerade zum siebzigsten Geburtstag so tun, als ob man dem großen Geber selber etwas zu geben hätte? Das wäre ja nichts weiter als eine recht jämmerliche Spiegelfechtere!

Der da oben in seinen bayerischen Bergen den Glanz eines reifen und reichen Lebens erfährt, wird es lächelnd gutheißen, denn ihm ist längst nichts Menschliches mehr fremd, und er weiß, daß man vom Geist allein nicht leben kann. Und obendrein hat er nie zu den Leuten gehört, die als beamtete Wissenschaftler den Journalisten, dessen Zeitungen sie täglich lesen, für einen windigen und hoffnungslos wirren, sensationslüsternen Tropf hielten, mit dem man nur ungern die gleiche Luft atmete. Haushofer, nein, der nicht! Der ist viel zu lange und zu bewußt Soldat gewesen, als daß er nicht wüßte, wie wichtig es ist, daß heutzutage auch der einfache Grenadier oder Kanonier einigermaßen begriffen haben muß, worum der große Kampf geht, und daß man mehr denn je den Journalisten braucht, der in einer niemals abbreißenden Instruktionsstunde dem großen Publikum der Zeitungs- und Zeitschriften-Leser die wesentlichen Gedanken der Geopolitik vorexerziert, damit ihm die Außenpolitik — nach wie vor unser Schicksal — kein Buch mit sieben Siegeln bleibt. Wie oft hat Haushofer nicht in seinen Monatsberichten in dieser Zeitschrift die Aufsätze oder Bücher von bloßen Journalisten zustimmend, ja zuweilen rühmend hervorgehoben, wofür sich die pensionsberechtigte Wissenschaft nur selten hergibt. Ich weiß es wohl aus verschiedenen Fällen, wie sehr ein solches Lob aus Haushofers Munde zu höchstem Ansporn wurde, mit nur noch gesteigerter Gründlichkeit und List den Dingen auf die Spur zu kommen, denn jeder Mensch von einigem Anstand wird durch Lob viel stärker angetrieben als durch Tadel.

Was Karl Haushofer in dieser Zeitschrift immer wieder erläuterte, wie er die tieferen Wurzeln des Weltgeschehens immer wieder sorgsam enthüllte, wie er Entwicklungen absteckte, Zusammenhänge bloßlegte, das haben alle diejenigen längst schätzen gelernt, die in täglicher Kleinarbeit aus dem In- und Auslande zu den politischen Tagesereignissen Stellung nehmen und eine formulierbare Meinung

darüber parat haben müssen. Welche wahren Berge an Einsichten, Tatsachen und Erfahrungen sind erst in seinen Büchern aufgehäuft, etwa in der „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ oder in den „Grenzen“. In der Tat: für einen solchen König Kärner zu sein, ehrt jedermann und insbesondere den Journalisten, der nicht zögert, die großen Gedanken eines anderen auszudeuten!

Aber gerade auch die unter den Wissenschaftlern und Publizisten, die vorgeben, von „der Geopolitik“ oder auch „von Haushofer“ nichts wissen zu wollen, operieren, ohne es sich klar zu machen oder ohne es zuzugeben, unaufhörlich mit Haushoferschen Gedanken. Wie es oft in der Geistesgeschichte sich ereignet, so geschah es auch mit den großen, einfachen Grundlehren Haushofers: sie gingen als notwendige, zur rechten Zeit reif gewordene Wahrheiten in die gesamte geistige Atmosphäre der Zeit und Zukunft über; sie wurden längst anonym. Man kann über Fragen der Außen- und Weltpolitik heute überhaupt nicht mehr denken, ohne wenigstens teilweise haushoferisch, also geopolitisch, darüber zu denken, ganz gleich, wie auch immer man zu einzelnen Thesen bewußt stehen mag. Und man darf wohl sagen, daß die Journalisten unter den ersten gewesen sind, welche die unerhörte Fruchtbarkeit der Haushoferschen Gedanken begriffen, denn sie bedrängte Tag für Tag die praktische Arbeit; Theorie interessierte sie erst ein langes Ende hinterher. Und gerade in der praktischen außenpolitischen Arbeit bewies sich unaufhörlich die einleuchtende Schlagkraft der Haushoferschen Gedanken. Was kümmert es den Journalisten, der bis morgen früh um 9 Uhr seine acht Tippseiten über die letzten Manöver bei Singapore in die Setzerei liefern muß, ob theoretisch Ratzel oder Richthofen oder Kjellen Haushofersche Gedanken vorausgedacht haben. Für ihn bedarf es keines Beweises, daß erst Haushofer diese Erkenntnisse aus der Theorie und bloß rückschauenden Historie zu der Hohen Schule des politischen Verhaltens, Beobachtens und Beurteilens schöpferisch weiterentwickelt hat, die sie heute darstellen. In der „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ findet der politische Mensch der Gegenwart alles, was notwendig ist, um heutiges pazifisches Geschehen zu verstehen, in Ratzels Anthropogeographie nichts oder nur sehr wenig, was ihm nützen könnte; womit natürlich ein Urteil über Ratzels große Bedeutung im Rahmen der Wissenschaft nicht angemacht werden soll. Haushofer verschmäht es nicht, immer wieder zum Tage, zum heute gewesenem Tage, voller Leidenschaft Partei zu ergreifen, er fürchtet sich nicht davor, die Wahrheit seiner Erkenntnisse am wirklich gelebten Leben immer wieder zu erproben. Die konstruierte Theorie der reine Geist verlockt ihn nicht, sich von dieser bunten, widerspruchsvollen Erde hinwegzubegeben in jene bekanntlich „reineren“ Höhen des bloßen Gedankens, an welche das gärende Dunkel der Triebe und politischen Leidenschaften nicht mehr heranreichen. Kein Wunder also, daß ihm die kühle, blaublütige Wissenschaft meist zurückhaltend und vor soviel Temperament betreten ablehnend gegenübersteht, während alle diejenigen, welche den ungeheuren Aufgaben der Gegenwart in der harten Wirklichkeit unmittelbar gegenüberstehen, ihm begeistert zustimmen, weil er die Waffen, gute, scharfe, verlässliche Waffen, geschmiedet hat, mit denen die Zukunft leichter und sicherer bezwungen werden kann. Aus jeder Zeile, die er schrieb und schreibt, fühlt der Unbefangene und Vorurteilslose, daß ihm hier jemand begegnet ist, der stets dem heißen, gefährlichen Leben lieber Aug' in Auge gegenübergetreten ist, als daß er es nur aus dem Fenster seines Studier-

zimmers durch ein wohlkonstruiertes Fernrohr beobachtete. Dies Unmittelbare seines Wesens und Denkens ist der eigentliche Grund dafür, daß er heute nicht wie so viele, den Jahren nach Jüngere, zu den „Alten“ zählt, sondern ein wahrer Führer der Jungen ist, welche ganz die Verantwortung empfinden, eine sehr dunkle und ungewisse Zukunft gestalten zu müssen!

Ich weiß, daß ich durchaus nicht der einzige bin, der als Journalist von Haushofer auf die Pfade des außenpolitischen Sehens geführt worden ist; dies ist nur eine Stimme aus einem zahlreichen Chor. —

Wer da nur weiß, was die Geopolitik heute ist, wie sie dem Wissenshungrigen in den Schulen und Hochschulen, in Lagern und Kursen hundertfach und mundgerecht angeboten wird, wer nur die heutige geistige Stellung Haushofers würdigen kann, der vermag sich nur schwer einen Begriff davon zu machen, wie in den chaotischen Jahren nach dem Krieg die „Geopolitik“ als ein nur schwaches Pflänzlein unter vielen hundert anderen das Licht der Welt erblickte. Wer das Glück hatte, durch Zufall mit den damals noch grauen Heften, auf denen das „Geopolitik“ in den großen, grünen Lettern eines verspäteten Jugendstiles prangte, Bekanntschaft zu schließen, der kann heute den Göttern danken, daß er auf die richtige Fährte gesetzt worden ist und keine Zeit mit den vielen Irrlehren und Irrwegen der Vergangenheit zu verlieren brauchte.

Schon damals, als vieles in der Geopolitik erst zu werden begann, war es immer wieder Haushofer, von dem sich der suchende Leser unmißverständlich angesprochen fühlte. Wer ihn einmal begriffen hatte, der kam nicht mehr von ihm los, weil er niemals Steine austeilte, sondern immer Brot; allerdings kein sehr weiches und süßes Brot; statt dessen aber oft genug hartes, festes, scharf gebackenes, das einen gesunden und standhaften Magen erforderte. Ich weiß selbst ein Lied davon zu singen, als ich, kaum der Universität mit halbwegs heilem Verstand entronnen, mich daran machte, mir nach fleißigem Studium dieser Zeitschrift vom ersten Hefte an die „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ einzuverleiben. Weiß der Himmel, das war ein schweres Stück Arbeit! Ringsum wuchsen die Bücherstapel, denn hundertundeinem Literaturhinweis mußte nachgegangen werden. Und dazu der damals noch ungewohnte Haushofersche Stil! Kaum ein Hauptwort, das sich sang- und klanglos ohne einen erläuternden oder schmückenden Nebensatz vorbeidrücken darf; kaum ein Verbum, das nicht an irgendeiner vertrackten Stelle Fußangeln auslegt; ein Satzbau, so kunstvoll verknötet, daß man oft die bewundernswerten Gebilde erst einmal auf ihre Gelenke abtasten mußte, bevor man sie in einem Zuge hinunterschlingen konnte. Insbesondere aber konnten die vielen versteckten Anspielungen und nur leise angedeuteten sachlichen Beziehungen, die einfach als bekannt vorausgesetzt wurden, dem ehrgeizigen Leser die Schamröte ins Gesicht treiben: soviel also gab es, was man noch nicht wußte! Und dann bohrte man sich mit um so größerem Ingrimm in die Lektüre. Man würde schon dahinterkommen! Und man kam dahinter! Allerdings dauerte es bei mir ein geschlagenes halbes Jahr, ehe ich mich durch den ungeheuren Berg hindurchgefressen hatte!

Und so ging es einem mit allen Haushoferschen Büchern: kein Zuckerlecken fürwahr! Aber hatte man sich einmal hindurchgewühlt, so konnte einem niemand mehr ein X für ein U vormachen. Die Generalprobe aufs Exempel ereignete sich für mich, als der erste Auslandsauftrag die Pforten nach Übersee aufstieß. Da saß man

dann mit seinem Talent mitten in einer wildfremden Umgebung, sollte möglichst noch gestern die ersten Artikel an die heimatliche Redaktion nach Berlin senden und konnte doch beim besten Willen den ganzen, sagen wir kanadischen Wald vor Bäumen nicht sehen. Bis man dann in schlafloser Nacht überraschend entdeckte, daß sich alles, was man bei Haushofer gelernt hatte, wunderbar am lebendigen Beispiel anwenden ließ. Wie Schuppen fiel's einem von den Augen!

So wurde einem Haushofer Lehrer und Berater, ohne daß man ihn einmal gesehen und gehört hatte, ohne daß man wußte, wie er aussah, sprach, sich bewegte. Aller Einfluß vermittelte sich über das geschriebene Wort!

Erst sehr viel später wuchs der Wunsch, den Menschen kennenzulernen, der hinter diesen starken, klugen Worten stehen mußte, aber ebenso auch die Scheu, sich ohne Not aufzudrängen. Bis dann ein wohlwollender Zufall die Bekanntschaft mit dem Manne vermittelte, dem die politisch denkende und arbeitende jüngere Generation so ungeheuer viel verdankt. Das muß er sich zum siebzigsten Geburtstag schon sagen lassen, ob er will oder nicht! — und meistens will er nicht. Aber man wird nicht ungestraft siebzig Jahre! — —

*

Hoch über der im dunklen Grunde rauschenden Partnach steht auf einer grünen Matte ein kleines bayrisches Haus. Hinüber schweift der Blick zu den großartigen, ewig feierlichen Wänden des Wetterstein-Gebirges. Das Haus erhebt sich noch hundert Meter über dem Saumpfad zur Zugspitze, der weiter unten vorbeiführt. Beschauliches Schreibmaschinenklappern wies mir den Weg. Ich kannte dies Tempo: das mußte der alte Meister sein, dem wir alle zu seinem siebzigsten Geburtstag viel mehr Gutes und Dankbares antun möchten, als wir überhaupt in der Lage sind! Und dann tat sich die Tür des Hauses gastlich auf, und schon nach fünf Minuten war man so zu Hause, daß es fast unglaublich schien, wenn man behauptete, wiederum ein gutes Jahr in der Weltgeschichte herumkutschiert zu sein. Ich glaubte es kaum, daß dieser ragende Mann schon ins siebzigste Jahr zu gehen beabsichtigte. Darum — mit dem besten Gewissen von der Welt: vivant sequentes!

Um nicht nur auf die in Büchern niedergelegte, dann immer drei bis fünf Jahre veraltete Statik der großen politischen Räume angewiesen zu sein, sondern auch ihre Dynamik zu begreifen, muß als Grundlage praktischer geopolitischer Leistung eine vielseitige Föhlung mit Zeitungen und Zeitschriften, mit der aktuellen Karte, dem Tages- und Nachrichtendienst, der politischen Spottzeichnung der Erde aufrecht erhalten werden. Das fordert nichts Geringeres als die Vereinigung der Gaben eines guten, die Forderung des Augenblickes begreifenden Journalisten mit dem Ernst und der sictenden, Abstand haltenden Unterscheidungsfähigkeit für Dauerwerte des Gelehrten. Dazu müßte eine gewisse Flüssigkeit der Darstellung kommen, sobald Massenwirkung angestrebt wird. Wissenschaftliche Geopolitik mag hier und da schwer lesbar sein, wenn sie den Gehalt von Seiten auf Zeilen zusammendrängen und im Telegrammstil fassen muß, aber sie darf nie so langweilig sein wie rein wissenschaftliche Bücher, weil sie sonst die Machtmenschen, auf die es für ihre Praxis ankommt, nicht erreicht und fesselt. So verbraucht vielleicht nichts die Menschen so rasch wie intensive geopolitische Tätigkeit; aber sie belohnt auch dafür! Geopolitik führt ihre Adepten und Meister mehr als irgendeine andere Wissenschaft vor den unverhüllten, großartigen Anblick des webenden Schicksals, dessen furchtbarer Ernst freilich viele zurückschreckt.

1928: Karl Haushofer in „Bausteine zur Geopolitik“, S. 37/38.

HANSJULIUS SCHEPERS: Geopolitik und Raumordnung

Raumordnung und Landesplanung sind in den letzten 4 Jahren des national-sozialistischen Staatsneubaus zu festumrissenen, programmatischen Begriffen geworden. Vieles ist gereift und hat greifbare Gestalt angenommen, was erst Erkenntnis und Idee in den Köpfen weniger verantwortlicher Männer des neuen Reiches war, als der Führer mit Gesetz vom 29. März 1935 und Erlaß vom 26. Juni desselben Jahres die Raumordnung zur staatlichen Hoheitsaufgabe erhob und sie einer ihm direkt unterstellten obersten Reichsbehörde, der Reichsstelle für Raumordnung, übertrug. Vieles ist bereits geschehen, aber noch viel mehr bleibt zu tun, und da ist es notwendig, von Zeit zu Zeit rückschauend die Leistung zu überblicken, Schlußfolgerungen zu ziehen und an den aufstrebenden Bau die Erfahrungsmaßstäbe geschichtlicher Vergangenheit zu legen, um aus ihnen neue Kraft und Anregung zu schöpfen für dieses Werk, das, wie kaum ein anderes Fundament unseres Reiches, der Kritik unserer Enkel ausgesetzt sein wird. Der 70. Geburtstag des Begründers und unermüdlichen Lehrers deutscher Geopolitik, des Generalmajors Prof. Haushofer, erscheint ein besonders geeigneter Anlaß, Rückschau und Ausblick zu halten. Gerade mit der geopolitischen Wissenschaft verband die praktische Raumordnung von Anfang an sehr viel; denn Haushofer selbst war es, der in frühzeitiger richtiger Erkenntnis vor 31½ Jahren an dieser Stelle (ZfG. 1936, Heft 2) schrieb:

„Von den drei großen Mächten der Erneuerung, den Hochkulturvölkern auf zu schmalem, überbautem Boden mit zu hoch getürmter Wirtschaft, die Raumerneuerung so notwendig brauchen wie Volkerneuerung, haben Italien und Japan das Kleid und die Rüstungen ihrer Vergangenheit schon vor einem Menschenalter gewechselt und zu einem kostbaren, wenn auch kostspieligen Museumsstück gemacht. Nur Deutschland trug das seine von den Befreiungskriegen bis zum Weltkriegsende mit einem ungeheuren Kraftaufwand weiter. Kein Volksboden ist aber auch wie das deutsche Land zergrenzt und verstümmelt, durch Jahrhunderte von fremdem Kriegsvolk zerstampft, das, wie Gustav Adolf sagte, alle Kriege Europas gleichzeitig auf seinem Rücken austrug.

So ungeheures, einzigartiges Leid legt einer neuen Raumordnung eine seiner Größe würdige Verpflichtung auf. Darum vielleicht kam ihr die Erfüllungsmöglichkeit zuletzt. Aber unvermeidlich wurde dadurch, daß jeder einzelne, der Hand ans Werk legen darf, alle Erfahrungen dieser leidvollen Geschichte kennen und berücksichtigen muß. Blut und Boden müssen als gleichwertige Zweiheit dabei immer vor dem geistigen Auge schöpferischer Raamtätigkeit stehen. Rasse, Landschaft und Gaubegriff, Brauchtum in Sitte und Wohnstatt darf nirgends sinnlos vermengt und durcheinandergewürfelt werden, es sei denn da, wo die Widerstandsfähigkeit nach außen, gegen Fremdgewalt, das oberste Gesetz gibt, das Leben vor das Philosophieren stellt.

Sehen wir den Anteil der Geopolitik an den Aufgaben der Reichsstelle für Raumordnung, der neuen obersten Reichsbehörde für alle Planungsfragen richtig, so hat sie allerdings die unterste Lageschicht, den Grundstock zu einer neuen Geschichtsepoche zu liefern. Sie steht damit, wie jene Stelle, vor einer Aufgabe, wert, daß die Besten ihr Bestes dazu geben, aber auch mit der vollen Verantwortung für Fehlbelastungen in fernen Jahrhunderten beschwert.“

Mit diesen Worten ist die ganze Größe des Reichsplanungswerkes ausgedrückt; denn so vielgestaltig der deutsche Lebensraum in seiner landschaftlichen Gliederung sich uns darbietet, so mannigfaltig ist auch die Wesensart der Beziehungen zwischen Menschen und Dingen in diesem Raum, und so zahlreich, verzweigt und tiefgreifend müssen demnach auch die Aufgaben einer wirklichen Raumordnung mit dem Ziel einer Jahrhunderte überdauernden Leistung sein, denn Raumordnung ist nichts anderes als „angewandte Staatspolitik auf weite Sicht“. Die Erkenntnis dieser Tat-

sache führte notwendig zu dem Schluß, daß nur eine groß angelegte Gemeinschaftsarbeit zu dem Ziel führen kann, einen zweckmäßigen, bodenverbundenen Siedlungs-, Wirtschafts- und Volksaufbau sicherzustellen und gleichzeitig den Ansprüchen nach militärischer Sicherheit zu genügen. So gaben der Leiter der Reichsstelle für Raumordnung, Reichsminister Kerrl, und der Reichserziehungsminister Rust mit der Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (16. Dezember 1935) der praktischen Planung die unerläßliche wissenschaftliche Ergänzung und Vertiefung und damit der Gemeinschaftsarbeit auch nach der Seite der Forschung hin den notwendigen äußeren Rahmen, dessen Aufgabe es sein sollte, „eine planvolle Zusammenfassung und Ausrichtung aller in Betracht kommenden wissenschaftlichen Kräfte für die Raumforschung herbeizuführen“. Die deutsche Wissenschaft erhielt damit einen politischen Auftrag im Dienste an Volk, Raum und Staat von einmaliger Bedeutung und in völlig neuer Form. Über die trennenden Fakultäts- und Fachgebietsgrenzen hinweg sollte eine gemeinsame Ausgangsstellung wissenschaftlicher Forschung geschaffen, der Blick auf den gesamtdeutschen Lebensraum gerichtet und damit die Wissenschaft in den lebendigen Kreis der Landschaften und des volklichen Lebens hineingestellt werden. Diese Heranführung der Wissenschaft an die lebensnahen politischen Aufgaben der Staatsführung sollte gesicherte Unterlagen für die Volks- und Raumordnung schaffen und eine fruchtbare Synthese zwischen fachlichem Können und gediegener gelehrtenhafter Einzelarbeit herbeiführen.

Diese Leitsätze, die ihre Gründer der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung gaben, mußten von vornherein die besondere Zustimmung der Geopolitik finden, denn gerade ihre Vertreter haben seit 15 Jahren die Forderung erhoben, statt der Spezialisierung und Überobjektivierung die Wissenschaft als Einheitlichkeit und lebendige Ganzheit zu sehen, so zu einer gesunden Auffassung des Wirklichen zu gelangen und damit zu verhindern, daß die mit dem Fortschritt notwendig werdende Aufteilung anstatt zu einer organisch verbundenen Gliederung zu werden, von der echten Wissenschaftlichkeit abgeleitet in ein für die Gesamtheit unfruchtbares, abgekapseltes und damit lebensfremdes Spezialistentum. Ein solches Spezialistentum konnte nicht der echte Ausdruck kultureller Lebensäußerung eines Volkes sein, konnte nicht von einer einheitlichen Idee getragen werden und sich damit dem Strom volklichen Lebens erschließen und sich den volkspolitischen Notwendigkeiten, zu denen die Raumordnung in erster Linie gehört, unterordnen.

Die wissenschaftlich fundierte Geopolitik hat mit Recht für sich in Anspruch genommen, als sogenannte Brückenwissenschaft berufen zu sein, in neuer Zusammenschau Teilgebiete der althergebrachten akademischen Wissenschaften zu vereinen, und hierin liegt auch ihre besondere Bedeutung für die Reichsplanung und Raumordnung. Das raumordnende Bausteinlegen auf dem Boden weltpolitischer Wirklichkeit für Bauten, die Jahrhunderte überdauern sollen, ist eine lastende Verpflichtung, die gleichermaßen die Kenntnis der räumlichen, volklichen und wirtschaftlichen Vergangenheit, die Auswertung dieser Kenntnis nach dem neuesten Stande der heutigen Wissenschaft und die Fähigkeit einer wissenschaftlichen, d. h. geopolitischen Prognose erfordert. Vorausschauende Planung zu betreiben, ist der Reichsstelle für Raumordnung aufgegeben. Wie könnte sie das, wenn sie nicht sich geopolitischen Rüstzeuges bediente? Jede Wissenschaft und jede akademische Disziplin ist zur Mitarbeit berufen und trägt ihr Teil an der Verantwortung sowohl

wie am Gelingen, aber immer wird geopolitische Untersuchungsmethodik und geopolitische Vorausschau ein wesentliches Element jeder Untersuchung darstellen.

Diese Feststellung gilt um so mehr, als die deutsche Raumordnung ihre Fragestellung nicht auf den Reichsraum allein beschränken kann; denn das Reich ist ein Lebewesen unter anderen, seinen Nachbarstaaten nämlich. Es kann also bei der Aufgabe einer umfassenden Reichsplanung den Blick nicht allein nach innen richten, sondern es muß auch die Lebensbedingungen und Lebensäußerungen seiner Nachbarstaaten erforschen und in seine Rechnung, insbesondere bei der Planung der deutschen Grenzmarken, mit einstellen. Die Raumordnung soll den geopolitischen Zukunftsweg des Reiches ebnen und sein inneres und äußeres Gewicht an einer der größten Druckstellen des Kontinents festigen und ausbauen. Die völkische Notwendigkeit, innerhalb der Reichsgrenzen praktische, organische Raumordnung zu betreiben, geht also Hand in Hand mit der außenpolitischen Notwendigkeit, auch den zwischenstaatlichen Raum begrifflich zu ordnen und in seiner lebendigen Bewegung aus der Forderung von Raum und Rasse zu erkennen. Wenn die eine Art der Raumordnung, die praktische Planungstätigkeit der Reichsstelle für Raumordnung, durch organischen Binnenbau dem Reich die Gewähr der Festigkeit und Dauer geben und es zu einem Machtfaktor nach außen machen soll, so muß die andere Art der Raumordnung, die geopolitisch-wissenschaftliche nämlich, das Reich instand setzen, die innere Stärke nach außen erfolgreich anzuwenden; denn erst die genaue Kenntnis der blut- und bodenbedingten Stärken und Schwächen des Daseins und der Ziele unserer zwischenstaatlichen Partner ermöglicht außenpolitische Dauererfolge. Wir können also feststellen, daß organische innere Ordnung und raumgerechte Staatsführung nach außen ohne einander nicht denkbar sind und eine geschlossene Einheit bilden müssen. Jedes kraftvolle Volk wird das Bestreben haben, seinen Blick auf weltweite Ziele zu richten. Es wird dies jedoch erst dann tun dürfen, wenn der heimische Lebensraum gesichert ist, sonst wird es leicht der Gefahr erliegen sich zu verlieren und, wie zahlreiche geschichtliche Beispiele zeigen, nichts erreichen, als Kulturdünger fremder Nationen zu sein. Die Sicherung des heimischen Lebensraumes ist aber Raumordnung, sinnvolle Abstimmung der Siedlung, der Land- und Industriewirtschaft, des Verkehrs und besonders auch der Verwaltung auf die Gegebenheiten der Landschaft mit dem Ziel, eine enge Lebens- und Raumburgemeinschaft zu schaffen. Das Maß der inneren Festigkeit dieser Raumburgemeinschaft ist die entscheidende Grundlage für die außenpolitische Geltung und Bewegungsfreiheit des Reiches. Entscheidend für das Maß dieser inneren Festigkeit aber wird die Anwendung richtigverstandener Geopolitik sein.

Wenn eingangs erwähnt wurde, daß vieles schon erreicht sei, und daß die Raumordnung bereits heute mit Recht auf stolze Erfolge zurückblicken kann, so muß dabei betont werden, daß in den meisten Fällen diese Erfolge deshalb als eigene Leistung der Raumordnung nicht in den Brennpunkt der Öffentlichkeit gerückt wurden, weil mit der Einrichtung der Reichsstelle für Raumordnung die Durchführung von Planungen in vollem Umfang den einzelnen Ressorts überlassen blieb und somit das sichtbare Planungsergebnis zwar als wesentliches Bauelement die Arbeit der Reichsstelle für Raumordnung enthielt, nicht aber nach außen hin diese Stelle gewissermaßen als Bauherrn erkennen ließ.

Die Notwendigkeit der Raumordnung besteht nicht erst seit den Tagen der Machtübernahme des Dritten Reiches, wenn auch der allseitige Aufschwung der vergangenen Jahre diese Notwendigkeit in besonderem Maße verstärkte. Der Zwang, organische Reichsplanung zu betreiben, ist ein einfaches Ergebnis unserer geschichtlichen Vergangenheit, das dem Einsichtigen schon lange klar war. Wenn erst der Nationalsozialismus die Erfüllungsmöglichkeit brachte, so deshalb, weil erst seine Weltanschauung lehrte, aus der Erkenntnis von Blut und Boden die staatspolitisch notwendigen Folgerungen zu ziehen. Auch die wissenschaftliche Mitarbeit an der praktischen Raumordnung konnte erst im nationalsozialistischen Staat zu einer fruchtbaren Einheitlichkeit zusammengefaßt werden.

Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, die vielfältigen Möglichkeiten geopolitischer Hilfeleistung für die praktische Arbeit der Reichsplanung und Raumordnung aufzuzeigen. Zwei Gesichtspunkte nur sollen rückblickend und vorausschauend als Anregung und Forderung vermerkt werden.

Haushofer hat, wie oben erwähnt, schon vor langem darauf hingewiesen, daß die Raumordnung die Berücksichtigung aller Erfahrungen unserer Geschichte erfordert. Diese Berücksichtigung macht es aber notwendig, daß die Geschichtsschreibung der Praxis die geschichtlichen Erfahrungen anwendungsbereit darbietet, das heißt, ihre höchste Aufgabe darin sieht, den lebendigen Stoff der Geschichte lebendig zu vermitteln und damit dem ganzen Volk die Möglichkeit zu geben, aus der Geschichte zu lernen. Die Geopolitik hat mit Recht die Auffassung vertreten, daß die Geschichtsschreibung eine geopolitische sein müsse, um dieses hohe Ziel zu erreichen. Eine geopolitische Geschichtsschreibung kann und wird aber eine der wertvollsten Grundlagen der praktischen Raumordnung der Gegenwart sein. Als erste Folgerung dieses Rückblickes sei deshalb die Anregung gegeben, daß bei der Schaffung von Raumordnungsgrundlagen seitens der historischen Wissenschaft stärker als bisher die Methoden geopolitischer Untersuchung und Erläuterung herangezogen werden.

Die zweite Schlußfolgerung bezieht sich auf die auswärtige Seite der Raumordnung. Es wurde oben dargelegt, daß die organische innere Ordnung und die raumgerechte Staatsführung nach außen ohne einander nicht denkbar sind, daß also die Reichsplanung zwischenstaatlicher Vergleichsmöglichkeiten und einer Ergänzung durch die Erforschung der Lebensmöglichkeiten und Lebensäußerungen unserer Nachbarstaaten bedarf. In dieser Notwendigkeit liegt zweifellos eine besondere Aufgabe der Geopolitik, die bisher noch nicht in genügendem Umfange in Angriff genommen wurde. Hier klafft eine Lücke, die zu schließen gerade für die deutsche Raumordnung zur zwingenden Notwendigkeit wird; denn alle geistigen und politischen, alle wirtschaftlichen und militärischen Kraftlinien Europas schneiden sich im deutschen Raum. Das Ausbalancieren dieses Kräftespiels wird eine Belastungsprobe der Raumordnung sein, und diese Tatsache verpflichtet die Geopolitik in besonderem Maße zur Mitarbeit!

Wie sagte Haushofer, dessen Geburtstag auch die Raumordnung dankbar gedenkt, vor 31½ Jahren an dieser Stelle?: „Wehe der Wissenschaft, die bei solchem Werk auch nur den kleinsten Beitrag versagt, den sie liefern könnte, sei es aus zuviel Ressortenge oder aus zuviel entwurzelter schwärmender Weite! Beide treiben Heerflucht an einem Volk in Not! Das soll man der Geopolitik nicht nachsagen dürfen!“

ERNESTO MASSI:

Römische und italienische Mittelmeer-Geopolitik

Eine geopolitische Studie über das Mittelmeergebiet muß sich bewußt darauf beschränken, in diesem an Einflüssen und Anregungen so reichen Erdraum nur jene anthropogeographischen Wechselbeziehungen zu beachten, welche auf den Menschen als Antrieb zu politischer und sozialer Tätigkeit wirken. Das Mittelmeer und seine Randräume stellen sich dann wesentlich anders dar als das Bild, in dem sie zu oft gezeichnet werden.

Schöne Farben, heiterer Himmel, üppiges und buntfarbiges Pflanzenkleid, segensreiche Gärten und Felder, in denen die Natur den Menschen mit ihren schönsten Früchten beschenkt, blaugüne Seen, ruhiger Meerspiegel, mildes Klima, welches die glücklichen Menschen zur Müßigkeit und zur Betrachtung treibt, klassische Erinnerungen an das raffinierte Leben der Völker des Altertums in ihren prächtigen Städten: all das ist viel mehr Propagandamaterial für Mittelmeerrundfahrten, als wirkliche und wichtige Tatsache für unsere Fragestellung.

Wie wirkte sich der Mittelmeerraum auf die geopolitische Einstellung der Mittelmeervölker aus? Wie und warum konnte Rom die Mittelmeergeopolitik am vollkommensten verkörpern? Inwiefern änderte sich die geopolitische Struktur des Mittelmeers mit der modernen nationalen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung seiner Völker und Länder? Wie verkörpert das faschistische Italien die neue Mittelmeergeopolitik?

Um diese Fragen zu berücksichtigen, müssen wir zuerst einige geopolitische Grundtatsachen des Mittelmeerraumes klarstellen.

Das so oft erwähnte geschlossene Mittelmeerbecken können wir viel eher in seinem westlichen als im östlichen Teil erkennen. Das vielgliederte und inselreiche östliche Becken, wo

Eine italienische Geopolitik ist erst seit kurzem in Bildung begriffen, obwohl man geopolitische Ideen schon in den Arbeiten älterer italienischer Geographen finden kann. Kjellén und die deutschen Geopolitiker wurden durch mehrere Besprechungen von De Magistris, Miglioni und vom Verf. dem italienischen Leserkreis bekanntgemacht. Eine methodische geopolitische Arbeit begann aber erst 1930 im Geographischen Institut der Universität Triest unter der Leitung von Prof. Giorgio Roletto. Geopolitische Fragen wurden näher in folgenden Arbeiten behandelt: Roletto-Massi, *Lineamenti di geografia politica — I confini*, Trieste, 1931; Massi, *Geografia politica e geopolitica*, Trieste, 1931; ders., *Lo Stato quale oggetto geografico*, Roma, 1932; Roletto, *Lezioni di geografia politica ed economica*, Padova, 1933, 1935, 1938. Ein Handbuch für Politische Geographie von De Marchi, *Fondamenti di geografia politica*, Padova, 1929, fußt auf Kjelléns Arbeit, will aber nicht Geopolitik sein. Eine wichtige geopolitische Studie gab Morichini über das Adriatische Problem heraus: *Il Bacino Adriatico e la Dalmazia*, Roma, 1932, worin er auch zur Geopolitik Stellung nimmt. Interessant ist die methodologische Arbeit von Toschi, *Appunti di geografia politica*, Bari, 1937, in welcher er auch über die deutsche und französische Geopolitik berichtet; dazu siehe auch: Massi, *Nuovi indirizzi della geografia politica in Francia*, Milano, 1938. Seit 1. Januar 1939 kommt im Verlag Sperling & Kupfer, Milano, unter der Schriftleitung Roletto und Massi, monatlich die Zeitschrift „Geopolitica“ heraus. Zum Wesen der italienischen Geopolitik lese man den Leitartikel der Herausgeber im Heft 1 derselben Zeitschrift und den Aufsatz des Verf.: *Per una Geopolitica Italiana*, in „Dottrina Fascista“, Milano, 1939.

Für den gegenwärtigen Aufsatz habe ich folgende italienische Literatur benutzt: Morichini, *Civiltà Mediterranea*, Milano, 1928; Silva, *Il Mediterraneo*, Milano, 1939 (politische Geschichte); Fraccaro, *I fattori geografici della grandezza di Roma*, Novara, 1926; Baratta, *La fatalità geografica nella formazione dello Stato Sabauda*, Torino, 1933.



Abb. 1. Das Relief des Mittelmeerraumes / Pässe und Durchgangsstädte

sich Land und Meer im höchsten Grade durchdringen und dem Menschen seine ersten Seeabenteuer erleichterten, ist immer asiatischen Einflüssen offen geblieben. Die Kaspische Niederung, über die sich die asiatische Steppe bis zur unteren Donau ausdehnt, die Mesopotamische Straße vom Persischen Golf aus, welche unter Darius I. zum erstenmal zu einer wirklichen, 2400 Kilometer langen kaiserlichen Straße wurde, das Rote Meer mit dem Isthmus von Suez, endlich die Nil-Oase — sie alle ermöglichten seelische Einflüsse, Handelsbeziehungen und Völkereinbrüche. Nicht umsonst darf man heute einen Teil des Mittelmeergebietes als „nahen Orient“ bezeichnen! Das geschlossene westliche Becken, zu dem wir auch die Apenninische Halbinsel hinzurechnen, konnte den Mittelmeervölkern viel mehr Halt, Sicherheit und Kraft zum Gegenstoß bieten als das östliche; seine politische Entwicklung kam aber später und langsamer, als das östliche Mittelmeer schon der Schmelztiegel aller möglichen morgenländischen Einflüsse geworden war. Für das Abendland ist das aber sicher nicht von Nachteil gewesen. Rom erkannte zuerst die Wichtigkeit der östlichen Pforten und besetzte sie, ohne sie zu schließen.

Das Mittelmeergebiet als Großraum ist alles andere als gleichartig aufgebaut; alle geographischen Einheiten der drei Erdteile, welche es umgeben, sind in ihm vertreten: Tiefebene und Hochland, Hügelland und Bergland, Wüsten und fruchtbare Küstenebenen, alte Rumpfschollen und junges Faltengebirge, Meer- und Flußschwemmländer, Wiesen- und Sumpfländer, Busch, Waldland und Steppe, niedere sandige Küsten und hohe, steile, zerklüftete oder Versenkungsküsten; das alles vereinigt sich mit seinen großen Gegensätzen in verhältnismäßig kleinen Räumen. Aus diesen Gegensätzen wirken entgegengesetzte Anregungen auf den Menschen und beeinflussen ihn nach verschiedenen Richtungen hin, auch wenn er gleichrassiger Abstammung ist. Mehrere Völkergruppen sind auf diese Weise durch verschiedene Lebensweise zu ganz verschiedenen Lebensauffassungen gekommen. Nomadisierende Hirtenvölker oder Jäger, bodensässige Ackerbauern, handeltreibende Seefahrer oder Seeräuber lieferten einander blutige Schlachten, tauschten aber auch Waren, Überlieferungen und Erfahrungen aus, das heißt die anthropogeographischen Werte ihrer

Lebensräume. All das geschah besonders, als man gelernt hatte, das Meer zu überwinden, zuerst also in der Ägäis, wo schon 6000 v. Chr. aus Melos Obsydian ausgeführt wurde; mit diesen bereitete sich bis 3000 v. Chr. im ganzen Mittelmeergebiet die jüngere Steinzeitkultur aus.

Die Verarbeitung des Kupfers, des Zinns, der Bronze, des Eisens erhöhte die Kultur und entwickelte den Verkehr zwischen den Mittelmeergestaden. Kreta, glücklich zwischen dem kupferreichen Zypern und dem zinnreichen Sizilien gelegen, konnte nach 2500 v. Chr. eine hohe Bronzekultur entwickeln; sie ist die erste mittelländische Kultur, welche mit ihrer Lebensauffassung und mit ihrer weiblichen Gottheit, der „Großen Mutter“, welche die Erde, die Ernte und die Fruchtbarkeit darstellt, durch das Mittelmeer wandert: man wird sie in Delphi und später noch in Rom vorfinden. Man sieht schon hier, wie jede im Mittelmeer geborene Kultur, jede Lebensauffassung und jeder religiöse Begriff sich rasch in all seinen Küstenländern verbreiten kann: es ist das eine Folge der geographischen Einheit des Raumes.

Kreta war in der geopolitisch glücklichen Lage, die Lebensweise und die Erfahrungen der Nachbarvölker übernehmen und zusammenfassen zu können. Aus diesem Vergleich wuchs das Bewußtsein der Lebensweise und aus diesem die Lebensauffassung heraus. Wir können schon das Wort Geopolitik gebrauchen, denn von der Lebensweise zur Lebensauffassung ist man eben von einem anthropogeographischen zu einem geopolitischen Begriff übergegangen. Die Summe der Lebensweisen, oder mit Vidal de la Blache besser gesagt, deren harmonische Verbindung, stellt die Zelle der Kultur dar.

Wenn das Mittelmeer „il mare delle civiltà“ genannt werden konnte, so hat auch das einen geographischen und einen geopolitischen Beweggrund. Überall grenzen im Mittelmeer artverschiedene, wenn auch nicht große geographische Räume aneinander: Völkergruppen mit verschiedenen Lebensweisen und Raumerfahrungen finden sich deshalb auf kleine Entfernung benachbart, konnten sich einander näher kommen und kennenlernen. Wo sich ein geographischer Raum als geopolitischer Mittelpunkt entwickelte und die wirtschaftlichen und geistlichen Beziehungen der Völkergruppen vermitteln konnte, dort entstand die Keimzelle einer mittelländischen Kultur. Solche geographischen Kernräume findet man aber im Mittelmeergebiet überall, wo sich die Gestade am meisten nähern, wo Inseln und Halbinseln kleine Becken umschließen, wo natürliche Verkehrswege sich kreuzen oder das Meer erreichen. Jene Gebiete, welche am besten aufgebaut waren und verschiedene geographische Einheiten einschlossen, entwickelten sich bevorzugt als Wiege mittelländischer Kultur, weil ihre Völker vielfache Lebensweisen kennenlernten und Erfahrungen sammeln konnten. Im Mittelmeerraum muß besonders die Großlandschaft als vielfältiger und harmonisch aufgebauter, nicht als gleichartiger Raum empfunden werden: in dieser Harmonie und Vielfältigkeit geographischer Landschaften besteht die Einheit der Mittelmeerländer. All das versteht man am besten, wenn man die griechische Landschaft betrachtet; es findet sich noch größer und vollkommener auf der italienischen Halbinsel.

Eigenartig ist im Mittelmeerraum die enge natürliche Verbindung der einzelnen Räume; jede geographische Einheit kann außerhalb ihrer selbst einen geographischen Mittelpunkt finden und in eine größere Landschaft eingefügt werden. Aus dieser innigen Verbindung wächst die Einheit des Mittelmeergebietes heraus: im Mittelpunkt dieses einheitlichen Aufbaus finden wir die italienische Halbinsel. Man kann sich aus dieser Tatsache auch die eigentümliche geopolitische Struktur des

Mittelmeeres erklären. Geschlossene Küstenländer, Meerengen, Inseln und Halbinseln, natürliche Verkehrswege, welche die einzelnen Landschaften verbinden, können einen ganz verschiedenen geopolitischen Wert bekommen, je nach der Gegend, wo das geopolitische Zentrum liegt. Weite Grensräume geopolitischer Kraftfelder zerschneiden so das Mittelmeer in geopolitische Einheiten, welche sich zu überwältigen suchen. Das geopolitische Doppelgesicht der geographischen Einheiten ist im Mittelmeer eine Regel, weil jede Einheit gleichzeitig Bestandteil zweier oder auch mehrerer geopolitischer Kraftfelder ist. Jede Eroberung, jeder Landerwerb führt deshalb zu neuen Streitigkeiten und Reibereien mit den angrenzenden geopolitischen Konstruktionen.

Die geopolitischen Interessenkreise streben beständig sich auszubreiten: daher der natürliche Antrieb im Mittelmeer zur Expansionspolitik und zum Imperialismus. Seefahrt und Kolonisation sind die besten Werkzeuge einer solchen Politik: aber nur eine Agrarkolonisation — die allerdings von der Einheit des Klimas und der Pflanzenwelt begünstigt wird — konnte einen dauernden geopolitischen Wert erlangen.

Handelskolonien schlugen nur kurze Wurzeln im Boden und wurden ganz von der geopolitischen Dynamik des Raumes weggefeht. Seeherrschaft und Bauernkolonisation sind also die Grundlagen der Macht im Mittelmeer. Seetüchtige und ackerbauende Völker waren deshalb die Träger der größten und dauerhaftesten Thalassokratien und deren angewachsenem Expansionsdrang.

Die geopolitische Struktur des Mittelmeeres hatte aber auch ihre geistigen Folgen. Das Aufgehen kleinerer geographischer Einheiten in größeren Sammelbecken verschiedener Lebensweisen und Lebensauffassungen, die Möglichkeit, die verschiedenen Raumerfahrungen unter verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten und zu vergleichen, der nicht nur territoriale, sondern auch geistige Drang nach weiteren Räumen bis zur vollständigen Einheit des Mittelmeeres erzeugte das Bedürfnis der höheren Kulturen zur Synthese, den Trieb zum Universalen, zur Weltanschauung. Die Pythagoreische Schule, welche sich aus Crotone ausbreitete, auf italienischem Boden geboren und durch hellenische Gedankenwelt befruchtet, stellt den ersten Versuch dar zu einer großzügigen synthetischen Weltanschauung. Von da an hat das Mittelmeer immer wieder der Welt Lehren von universaler Geltung geschenkt.

Und ist es nicht auch eine Gegebenheit des Raumes, wenn im mittelländischen Gebiet früher als anderswo der Staatsgedanke zur Reife kommt, der Stammesstaat oder der Stadtstaat sich früher zum großen territorialen Staat entwickelt?

Der Mittelmeerraum ist durchaus nicht der Garten der Alten Welt: der ziemlich spärliche Regenfall (im Durchschnitt 500 mm), die starke Verdunstung, die weite Verbreitung wasserdurchlässiger Kalksteine bestimmen die große Wasserarmut der Küstenländer. Auf der anderen Seite sammeln sich in den Niederungen die aufsteigenden Grundwasser, von Kalktafeln und Kalkgebirgen reichlich gespeist, um, wenn die Bodengestalt nicht für günstige Abflußbedingungen sorgt, das Land zu versumpfen. Die seit Jahrtausenden andauernde Entwaldung und die Bodenabtragungen haben das ihrige beigetragen, um den mittelländischen Lebensraum zu verschlechtern. Der Kampf des Menschen um das Wasser oder gegen das Wasser steht also im Vordergrund. Die Wasserstelle, die Quelle, der Brunnen, der Fluß erhalten im Mittelmeergebiet eine besondere geopolitische Be-

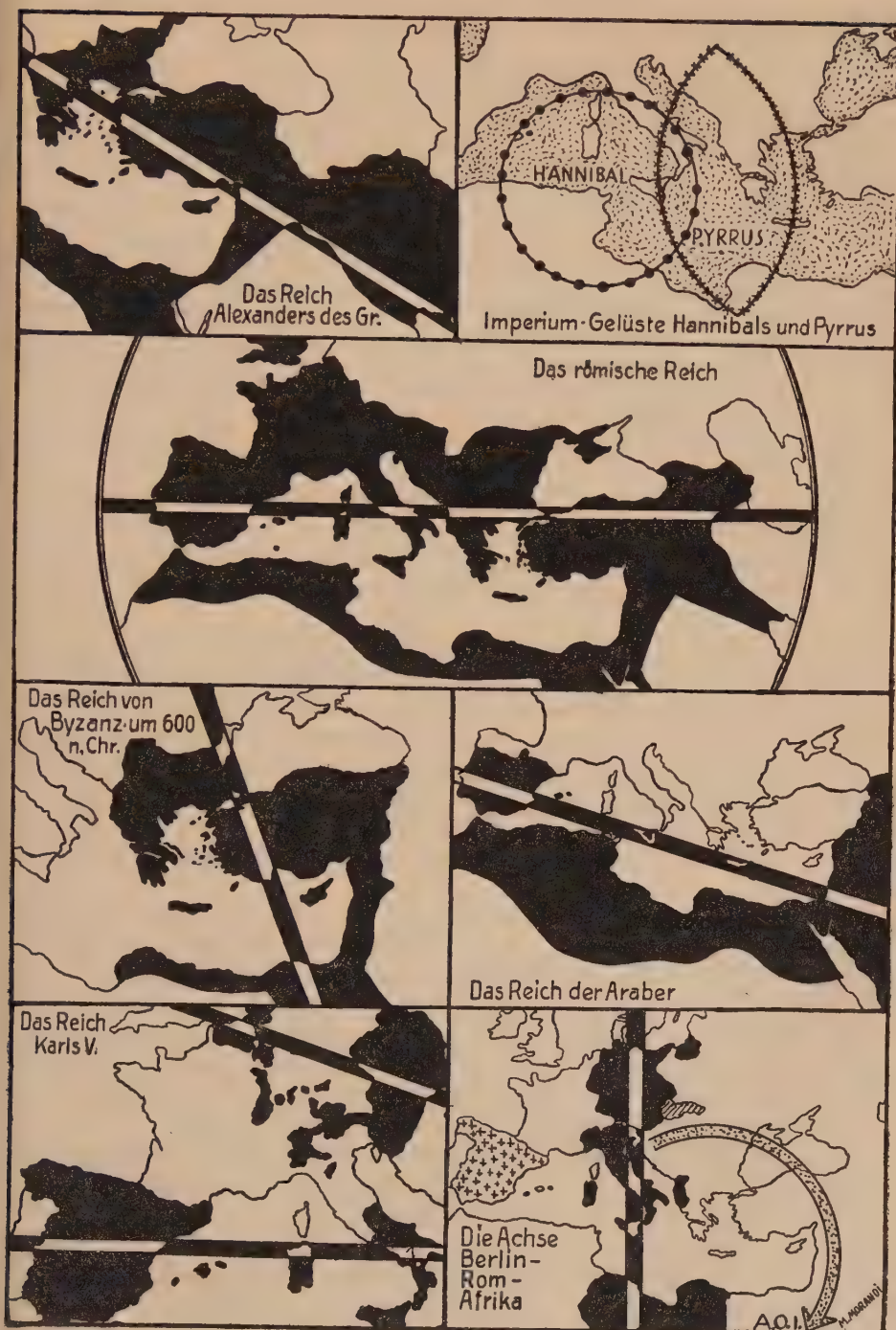


Abb. 2. Die wichtigsten Mittelmeerreiche der Geschichte

deutung; der Fluß als Grenze betrachtet ist ein durchaus natürlich folgender geopolitischer Begriff.

Die Pflanzenwelt und die Bodenkultur müssen sich der Wasserknappheit anpassen, aber der Ackerbau muß auch dem Mangel großer fruchtbarer Ebenen Rechnung tragen und sich auf bescheidene Streifen ebenen oder hügeligen Landes beschränken. Die weitverbreitete Trockenkultur wechselt dort mit Bewässerungskulturen ab, wo Fluß- oder Grundwasser genügend vorhanden sind. Doch prägen die Trockenpflanzen, der Olivenbaum, die Weinrebe, der Mandel-, Feigen-, Pfirsich-, Aprikosenbaum, das Bild der Mittelmeerlandschaft und sind auch heute die Leitpflanzen der Kolonisation. Die Notwendigkeit, das Wasser zu verteilen und die Wasserwirtschaft zu regeln, Dämme und Kanäle zu bauen, wirkte als mächtiger Trieb zur Schaffung einer Staatsgewalt. Auch als Siedelungsfaktor spielte natürlich die Wasserstelle im ganzen Raum eine wichtige Rolle. Beherrscht der Ackerbau den besten Boden, so bleibt der Viehwirtschaft die magere und trockene Weide der Mittelmeersteppe, denn bis dorthin, wo das Wasser reicht, wird angebaut. Der Futtermangel wirkt sich auf die Viehzucht aus, indem sie Schafe, Ziegen, Esel und Maulesel den Rindern, Schweinen und Pferden vorziehen läßt. Aber Wüsten, Gebirge, Küsten und Landbau hemmten überall die Bewegungen der Hirtenvölker; andererseits brauchten die schnell anwachsenden Bauernvölker immer neuen Ackerboden.

Man versteht also den tausendjährigen Kampf zwischen nomadisierenden Hirten und bodensässigen Ackerbauern um dasselbe Wasser und denselben Boden — ein Kampf, welcher sich bei jedem Einbruch asiatischer Steppenvölker verschärfte und hier und da (Nordafrika) noch heute andauert. Es ist das einer der Leitmotive der Mittelmeergeschichte: es rangen aber miteinander nicht nur Völker und Wirtschaftsformen, sondern auch grundverschiedene Kulturen, Religionen und Weltanschauungen.

Der Mittelmeerraum ist ein großes Durchgangsgebiet zwischen der atlantischen und der indopazifischen Welt, zwischen Abendland und Morgenland; aber auch seine Landschaften sind Durchgangsgebiete, durch welche die Wüsten-, Steppen- und Waldvölker nach der warm-gemäßigten Mittelmeerwelt strebten, wirtschaftliche und geistige Strömungen flossen, Binnenstaaten nach Seeherrschaft und Handelsunabhängigkeit trachteten. Völker aber, die sich in Durchgangsgebieten ansiedeln, können nicht lange ihr Schicksal wählen: entweder müssen sie zu Eroberern werden oder sich den nach dem Meere strebenden Völkern unterwerfen.

Die Mittelmeervölker werden also von den räumlichen Einflüssen herb und kriegerisch erzogen zum Kampfe mit den Menschen und den Elementen, zur Seefahrt und zur Kolonisation. Und solange der Kampf andauert, entwickeln sich ihre Kulturen, welche wir im Mittelmeer in einem vollständigen Sinn, nicht nur als Ausdruck künstlerischen und geistlichen Lebens, sondern auch als politisch-soziale Einstellung und Organisation auffassen wollen. Nur wenn der Kampf aufhört, können, in einem durch Generationen umgewandelten Raum, Klima, langer Friede und Reichtum den moralischen und politischen Verfall begünstigen.

Die große Gliederung des Mittelmeergebietes erleichtert die Überwindung der Seeräume und das Wachstum der Seereiche. Aber dieselbe amphibische Natur des Mittelmeerraumes bringt es mit sich, daß eine Macht sich nur halten kann, wenn sie gleichzeitig zur See und auf dem Lande stark ist. Die stärksten Seemächte können durch Landangriffe auch kleinerer Völker höchstlich gefährdet werden. Das Gegenteil ist auch wahr. Landmächte können sich im Mittelmeer nur dann bewähren, wenn sie auch Seemächte werden. Die Punischen Kriege wurden von Karthago zu Wasser und von Rom zu Land begonnen, von Karthago mit dem berühmten Feldzug des

Hannibal durch Pyrenäen und Alpen aufs Land und von Rom durch den wirksamen Lähmungskrieg auf die See übertragen; sie konnten von Rom zu Land siegreich beendet werden erst, als die punische Seemacht endgültig geschlagen war. Auch das kurze Vandalenreich lebte lange genug, um eine Seemacht zu werden: 429 kamen die Vandalen nach Karthago auf dem afrikanischen Landweg; 455 konnten ihre Flotten schon den Tiber erreichen und Rom ausplündern. Selbst die Araber, Söhne der Wüste und der Steppe, mußten Seefahrer und Seekrieger werden. Im Jahre 640 war der Kalif Omar noch so seefeind, daß er einen seiner Offiziere scharf tadelte, weil er „die Krieger des Glaubens wie Würmer einem Stück schwimmenden Holzes anvertraut hatte“. Nur 15 Jahre später konnten die Araber mit einer dreihundert Schiffe starken Flotte die Byzantinische Flotte des Kaisers Konstantin, welche fünfhundert Schiffe stark war, blutig besiegen (655). Andererseits mußte die Seemacht der italienischen Seestädte Venedig, Genua, Pisa, Amalfi usw. am Mangel genügender Landmacht zusammenbrechen. Dagegen mußten wieder die Türken und nachher Napoleon die Folgen einer ungenügenden Seemacht tragen.

Im Mittelmeerraum begegnen sich drei Erdteile, welche das Mittelmeer verbindet, nicht trennt und deren Küstenländer einheitliche Züge tragen. Landbrücken, Inseln, schmale Meerengen erleichtern das Hin und Her der geschichtlichen Bewegungen der Völkerwellen wie der kulturellen Einflüsse zwischen Europa, Afrika und Asien. Dieser Raum kann aber nur seine geopolitische Sendung erfüllen und als Vermittler zwischen Abendland und Morgenland wirken, wenn keine fremdartigen Einflüsse seine Dynamik hemmen und wenn nur mittelländische Kräfte seine politische Ordnung bestimmen: dann kann er das Leben seiner Völker heben, aus ihnen neue kulturelle Werte schöpfen und zwischen ihnen geistige Brücken bauen.

Die besondere Lage und der charakteristische geographische Aufbau der italienischen Halbinsel haben einen bestimmenden Einfluß auf ihre geopolitische Entwicklung ausgeübt. Italien stellt eine Art Synthese des Mittelmeerraumes dar, insofern als es in seiner regionalen Einheit alle Umweltbestandteile in sich vereinigt, welche zur Bestimmung der geographischen Individualität des Beckens mitwirken. Alle Arten und Schöpfungen des Lebens, die in den verschiedenen Randräumen des Mittelmeeres beheimatet sind, konnten so in Italien ähnliche, ihre Verpflanzung dorthin begünstigende Bedingungen vorfinden. In seiner zentralen Mittelmeerlage und kraft seiner ursprünglichen Leistungsaufgabe als großes Übergangsgebiet hat Italien daher die verschiedenen Erfahrungen und Schöpfungen in sich zu sammeln und zu verschmelzen vermocht, um eine ungeheure Ineinsbildung von umfassendem Wert zu schaffen. Als solches Übergangsgebiet zwischen Nord und Süd, zwischen Tyrrhenischem, Adriatischem, Ionischem Meer und umgekehrt, als Schauplatz vielfältiger Verschiebungen, ist der italische Raum besonders geeignet gewesen, bei seinen Bewohnern die Einsicht in den geopolitischen Wert zu entwickeln, den unter den gegebenen Bedingungen die natürlichen Wege gewinnen könnten — die Pässe, die Flußübergänge, die Gebirge —, zum Nutzen der menschlichen Gruppen, welche sie besaßen oder überwachten. Solche Raumerfahrung, die sogar ein bereits etruskisches Erbgut darstellte, wurde dann auf Rom übertragen, das den Wert seiner räumlichen Stellung erfaßte und die Folgen daraus zu ziehen wußte: Denn aus dem Wissen um den Raum erwächst das geopolitische Machtbewußtsein.



Abb. 3. Das Gebiet der „Sieben Hügel“ vor der Gründung Roms

Schon die etruskische Kolonisation hatte die politisch-militärische Bedeutsamkeit geoffenbart, welche jedweder Kolonie infolge ihrer Lage auferlegt war: die Überlegenheit des Stadtstaates in der Dodekapolis, dem charakteristischen etruskischen Zwölf-Städte-Bund, drückt die Reife einer Erkenntnis aus, welche wir ohne weiteres als geopolitisch bezeichnen könnten und die es einer Minderheit gestattete, ein weitausgedehntes Gebiet zwischen der Adria und dem Tyrrhenischen Meer, zwischen dem Apennin und den Vorbergen der Alpen zu beherrschen. Die drei Zwölf-Städte-Bünde, von welchen man Kenntnis hat, stellten ein organisches System eines Stadtstaates dar, der kraft der Bewältigung des oro- und hydrographischen Aufbaues seines Landschaftsraumes dessen wichtigsten Mittelpunkte beherrschte, die Flußkreuzungen und Übergänge sowie die Talpässe überwachend im Auge behielt. So z. B. bewachten Melpo, Verona, Mantua die Mündungen der Alpentäler, Cremona den Übergang des Po; Parma, Modena, Felsina die Zugänge zur Adria, Perugia das Tibertal und die hauptsächlichsten Verbindungswege Mittelitaliens; Tarquinia das Martatal und den Zugang zum Bolsener See, Rosellae die Flußwege des Ombrone und der Orcia, Chiusi das Tal der Chiana und den Zugang zum Tibertal, Cortona und Arezzo das Hochtal der Chiana usw.

Einer der leichtesten Übergangspunkte über den Tiber entsteht durch jene die Tiberinsel umschließenden Flußarme, über die sich die vorgeschichtliche Salzstraße vom Tyrrhenischen Meer nach Sabinia zog. Das Gebiet der „Sieben Hügel“, das sich auf dem linken Flußufer erstreckte, aus dem sich der nahezu inselartige Palatin steil erhebt, war dazu bestimmt, dank dieser seiner Stellung einen besonderen geopolitischen Wert zu erhalten. Man muß hinzufügen, daß die die Hügel umgebenden Sümpfe einen einzigen Weg zwischen Velia und Esquilin ermöglichten: es war der Weg, dem die Herden folgten, wenn sie zu den Weiden der Ebene gelangen wollten. Diese Tatsache, verbunden mit derjenigen der allen gemeinsamen und dauernd möglichen Bedrohung vom rechten Ufer, schuf innerhalb der latinischen Hirtenbevölkerung, welche die Hügel vom X. bis zum VIII. Jahrhundert innehatte, ein geopolitisches Gemeinschaftsgefühl, welches sich den Gegensätzen und örtlichen Streitigkeiten gegenüber als

übermächtig erwies; so führte es zur Schaffung eines dauernden Bündnisses, des „Septimontium“, dessen Gebiet sich bis zum Tiber erstreckte, welcher es von dem Gebiete der Etrusker trennte. Seit diesem Beginn blieb das Grenzgefühl klar und fest im Bewußtsein der Verbündeten bewahrt, in solchem Maße, daß zur Verteidigung des Flusses nahe bei dessen Mündung Ostia gegründet wurde. Außerdem schuf die Standfestigkeit der geographischen Bedingungen mit ihrer Wiederholung von geopolitischen Situationen von Geschlecht zu Geschlecht ein Bewußtsein rassischer Kontinuität. Die etruskische Ausbreitung bei der Unterwerfung Latiums bildete die Sieben Hügel zum Brückenkopf aus für die Eroberung des Gebiets südlich des Tibers, und diesem Einfall verdankt Rom seine Entstehung als Stadt wie seinen Namen. In der Tat haben die Etrusker, gemäß ihrem Ritus und ihren überlieferten, von Asien herübergebrachten Entwürfen, Rom gegründet: die quadratische,

nicht nur räumliche und soziale Wesenheit, sondern auch religiösen Ausdruck gestaltende Stadt, insofern über die vierfache Aufgliederung der unterworfenen Völkerschaften die göttliche Dreiheit gesetzt erscheint, wie sie in der gesellschaftlichen Verteilung der Beherrschenden in die drei Geschlechter ihren Ausdruck findet. Die Etrusker schlossen ferner dem Sieben-Hügel-Bund die Sabinerdörfer des Quirinals und des Viminals an, so daß Rom der Schmelztiegel wurde, in welchem die Hauptstämme des damaligen Italiens verschmolzen, um den neuen Stamm zu formen; und mit ihnen schmolzen zusammen Lebens- und Denkformen und geopolitische Erfahrungen. Die Sabinen, Ackerbauer, trugen dazu die Zähigkeit und die harte Lebenserfahrung der Gebirgswelt bei. Die Etrusker, fortgeschrittene Ackerbauer, begütert und handfertig, die städtischen Gedanken, den Verwaltungssinn und die ersten Erfahrungen einer Raumpolitik; die ursprünglichen Ansiedler, die Latiner, ein Hirtenvolk, brachten die Raumerfahrung des Sieben-Hügel-Gebietes hinzu, die Bewußtheit von Lage und Dauer. Rom hat diese verschiedenen Erfahrungen verwertet: es hat gebaut, Besitz geschaffen, gesiedelt; die Beziehungen zwischen Mensch und Raum vertieften sich; seiner Lage in einem Durchgangsraum bewußt, hat Rom das darin liegende Dilemma durchschaut und hat dem Kampf und der Eroberung der für seine Sicherheit notwendigen Gebiete den Vorzug gegeben. Schon der Sieben-Hügel-Bund hatte übrigens Alba bekriegt und zerstören müssen. Rom als Straßenstaat will sich vor allem der Kontrolle dieser Straße versichern. In der räumlichen Ausbreitung Italiens fließen die lateinischen und etruskischen Erfahrungen zusammen: die geopolitische Auswertung der Lage und des Bündnisses. Das Bündnis mit den lateinischen Städten und mit dem griechischen Cuma führte zur Zurücktreibung der Etrusker über den Tiber. Der lange Kampf mit dem etruskischen Veii sichert Rom die Überwachung des Tiberweges. Auf dem Grunde des lateinischen Bundes steht eine organische geopolitische Schöpfung: Während Rom die Grenzen des Tibers gegen die Etrusker verteidigt, schlägt das am Ausgang des Aniotales gelegene Tibur die sabinischen Einfälle zurück, und Preneste an der Mündung des Saccotales hält die Equer hin.

Die Einigung Latiums und die folgenden Eroberungen sind von der gleichen Notwendigkeit der Verteidigung, der Sicherheit, der Ordnung, der räumlichen Organisation beflügelt. Hier entstand die Idee, welche zur „Pax romana“ führen sollte. Die Römer kämpfen nur für das „bellum iustum“, den gerechten Krieg. So ähneln sich alle von Rom geschlossenen Friedensverträge, da sie auf einer gemeinsamen geopolitischen Auffassung beruhen: die Stadt oder der Herrscher, die besiegt wurden, werden dauernde Verbündete Roms und können ohne dessen Zustimmung nicht

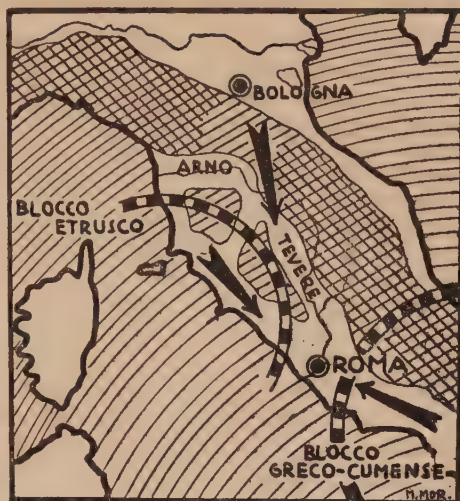


Abb. 4. Rom als Straßen-Staat

in einen Krieg eintreten. Die Ausdehnung der Stadt durch die ursprünglich notwendige Einbeziehung der Sieben Hügel wurde eine der Ursachen der Entwicklung und der Macht Roms.

In der größten Glanzzeit während des Königtums hatte es in seinen engsten Grenzen eine Ausdehnung von 285 ha und war damit die größte unter den nichtgriechischen italienischen Städten: in der Tat breiteten sich die zwei größten Städte des maritimen Latiums, Ardea und Lavinium, die eine auf 83, die andere auf 50 ha aus; Preneste hatte ein Ausmaß von 32 ha, Tibur von 16, Tusculum von 14; außerhalb Latiums hatte Capua eine Oberfläche von 181 ha, Caere von 117. Allein die großen griechischen Städte Süditaliens hatten größere Ausdehnungsmaße: Tarent 570 ha, Agrigentum 517, Crotone 280. Innerhalb der Mauern der sogenannten Servianischen Festungen während der Republik erreichte die Stadtoberfläche 426 ha. Im Vergleich dazu erstreckte sich das große Athen zur Zeit seines größten Glanzes über 229 ha, die 585 nur mit Einbeziehung von Piräus erreichten.

Rom, mit seinen 20000 bis 30000 Einwohnern (allein Milet übertraf diese Summe vielleicht), das zwei Konsularheere ins Feld schicken konnte, war nunmehr in der Lage, seinen Willen fühlen zu lassen und in jedem Bündnis die Führung zu übernehmen. Mit dem Tarentinischen Krieg beseitigte Rom nicht allein endgültig die Drohung der Errichtung eines hellenistischen Reichs im Westen und verwirklicht die Einigung Mittel- und Süditaliens, sondern es gelangt zu einer unmittelbareren Berührung mit dem Mittelmeer und mit dessen orientalischen Kulturen. Die geopolitische Haltung Roms wird aus einer kontinentalen zu einer maritimen. Für Rom war das Meer von nun an keine Grenze mehr. Die geopolitische Geltung der Seestellung, des Besitzes von Insel- oder Halbinselhäfen und Stützpunkten, der Überwachung von Meerengen und Kanälen, tritt in das geopolitische Handeln Roms ein, welches jetzt zur eigenen territorialen Erfahrung die maritime der verbündeten Küstenstädte hinzufügen kann: die Eroberung Siziliens als gegen Karthago gerichtete Stellung erweist die erste Anwendung hiervon. Aber nunmehr sollten — wegen der bekannten geopolitischen Gliederung des Mittelmeerraumes — die gleichen Gedanken der Sicherheit, der Ordnung, der räumlichen Erschließung in ihrer Ausdehnung auf die Meerbecken die römische Politik in das Getriebe eines riesenhaften Zahnrades hineinreißen, das erst mit der vollständigen politischen Einigung des Mittelmeerraumes zum Stehen kommen wird. Im Gegensatz zu den vorangehenden im Mittelmeer entstandenen oder an seinen Küsten gelegenen Reichen (jenes Alexanders erweist sich als das in geopolitischer Hinsicht vollkommenste), die alle individuelle Schöpfungen großer Herrscher oder Heerführer waren, aber das persönliche, wenn nicht gar ausgesprochen patrimoniale Gepräge nicht überwinden konnten und daher zum raschen Untergang verurteilt waren, bildete das römische Imperium ein organisches räumliches Gefüge, gegründet auf eine feste geopolitische Gliederung, die es zum vollkommensten Ausdruck der mediterranen Geopolitik machte. Die bauerliche Siedlung, die Wasser-, die Straßenpolitik, die kulturelle Einigung, trugen dazu bei, den Bau nur noch solider und dauerhafter zu gestalten. Darüber hinaus noch war die Zivilisation des Imperiums wesentlich mediterran, weil in ihr sich die Erfahrungen aller Völker, die Einflüsse aller Grensräume gesammelt hatten, das Beste von allen Kulturen: Rom wußte in einem reichen Einheitswerk zusammenzubilden den individualistischen Sondergeist der griechischen Welt, die phönizische und karthagische Krämergesinnung, den asiatischen Mystizismus, den griechischen und etruskischen Stadt-Staat, den Machtstaat der Summerer und Akkader, den nationalen

Priesterstaat des Niltales, die Rauheit des Steppen- und Berglebens, die Überfeinerung der hellenischen und orientalischen Städte, und wußte all dem Gestalt zu geben mit der Klarheit und Schärfe des lateinischen Gedankens. Gibt doch die römische Zivilisation seit einem Zeitraum von jetzt 2000 Jahren immer noch die Grundlage der abendländischen Zivilisation ab. Selbst die Universalreligion konnte nur in Rom ihr natürliches Ausbreitungszentrum finden. Allein die jahrhundertelange Tätigkeit innerer und äußerer Kräfte konnte das geopolitische Gleichgewicht in der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation des Imperiums und der mittelmeeischen Umwelt brechen und so den Daseinssinn der Einheit des Imperiums zerstören.

Seit dem Verfall des römischen Imperiums bis durch das ganze 18. Jahrhundert war die Mittelmeer-Geschichte — mit Ausnahme der ruhmreichen Zeit der Seerepubliken und der italienischen Gemeinden, welche für eine kurze Frist die geopolitische Idee Roms wiederaufblühen sah — mehr die Geschichte von Dynastien als die von Staaten: eine natürliche Entwicklung aus dem Einbruch von Völkern ins Mittelmeerbecken, welche für lange Zeit die persönliche und dynastische Staatsauffassung nicht überwandten. Erst 1800, mit dem Reifen der Nationalbewegungen, erwacht der Gedanke des Territorialstaates von neuem und aus ihm erwächst das Ideal der natürlichen Grenze. Die Rückkehr zur territorialen Politik erweckt die Ideen der Mittelmeer-Geopolitik aus dem Schläfe. Aber das Mittelmeer ist nicht mehr das des alten Roms: der geographische Gesichtskreis der Menschheit hat sich erweitert, um den ganzen Erdball zu umfassen, und neue Kraftfelder geopolitischer Machtentfaltung sind in den Weltmeeren und auf den neuen Erdteilen entstanden. Die islamische Welt hat bei ihrer Ausbreitung über die südlichen und östlichen Ufer des Mittelmeerraumes dessen geistige Einheit zerbrochen. Außer-mittelmeerische Mächte behindern durch Gebietsbesetzungen und mit strategischen Positionen die natürliche geopolitische Entwicklung der Meerbecken.

Die Bevölkerungsvermehrung, im XVIII. und XIX. Jahrhundert ziemlich viel rascher voranschreitend als die Bevölkerungskapazität der Mittelmeerländer — eine Erscheinung, derzufolge der Mangel an großen Getreideflächen bekannt ist —, hat deren allgemeine Verarmung herbeigeführt. Die politische Zersplitterung lähmte die einenden Anstöße der großen geopolitischen Mittelpunkte. Die wirtschaftlich-industrielle Entwicklung Europas ließ die allgemeine Armut der Mittelmeergebiete deutlich werden, welche der großen Erz- und Kohlenlager entbehren. Leinen für die Segel, Hanf für die Seile, Holz für den Schiffsbau, was der Mittelmeerraum alles stets großzügig seinen Anwohnern geliefert hatte, traten in den Hintergrund beim Aufkommen der Dampfschiffahrt, was einen Verfall der Seemacht herbeiführte. Die Mittelmeerländer zeigten also Lebensbedingungen, die alles andere als günstig für die großen, politischen und wirtschaftlichen Erfordernisse im Zusammenleben mit den modernen Staaten waren: die Rolle des Mittelmeerraumes schien eine zweitrangige bleiben zu sollen.

Indes gegen das Ende des vergangenen Jahrhunderts begannen sich, mit einem allgemeinen Aufschwung des ökonomisch-politischen und kulturellen Lebens der Mittelmeerländer, die günstigen Folgen der Durchstechung der Landenge von Suez zu zeigen, an welcher sich vor allem die atlantischen Staaten bereichert hatten. Das Mittelmeer wurde wieder ein Durchgangsmeer; in ihm trafen sich in zwei Kraftströmen die eurasischen und eurafrikanischen Ausstrahlungen Europas, das infolge

seiner wirtschaftspolitischen Entwicklung immer mehr an die afrikanischen und asiatischen Märkte gebunden war. Die neuen Wegziele erbrachten neue Geltung für die Insel- und Halbinselstützpunkte, für die Häfen, die Meerengen, die Seekanäle. Es beginnt nun von neuem der Kampf ums Mittelmeer: nicht mehr Kämpfe um Gleichgewicht und Dynastien, sondern vielmehr Machtkämpfe um das Imperium. Wieder kann man von einer Mittelmeer-Geopolitik sprechen. Die Lage ist verwickelter geworden durch die Begegnung mediterraner mit außermittelmeerischen Mächten: vom Westen nach dem Osten lastet das Britische Imperium, das die Hauptschlüsselstellungen des Römischen Meeres einnimmt; im Osten der russische Kolos, der auf die Meerengen abzielt; im Norden Mitteleuropa, das quer durch den Balkan zur Ägäis und zur asiatischen Kontinentalbrücke hinstrebt. Die Vermehrung der Verteidigungskriegsmittel vermehrt den geopolitischen Wert der strategischen Stellungen im Mittelmeer und die Wirksamkeit der Abriegelungsaufgabe, die ihnen zugewiesen ist. Aber ungeachtet aller Umstände ist der geopolitische Aufbau des Mittelmeerraumes im wesentlichen der gleiche geblieben: ähnlich die Antriebe, gleich das Streben. Und kaum beginnt die Bewußtheit der Raumlage und Leistung des Mittelmeerraumes die Politik der großen Mittelmeervölker wieder zu durchdringen, so zeichnet sich bereits ein neuer Zyklus in der politischen Entwicklung des Beckens ab; ungeachtet der Ordnung, die dem Mittelmeer von Friedensverträgen auferlegt wurde, die von den Interessen eurasischer Imperien bestimmt waren, bereiten sich die authentischen Mittelmeerländer vor, die Stellung der Unterordnung zu verlassen und sich den Fremdmächten gleichzustellen: ihre Aktion wird um so wirksamer sein, je besser sie die Mittelmeer-Geopolitik zu deuten wissen werden.



Trotz der gebietsmäßigen Zersplitterung Italiens während langer Jahrhunderte tritt die geopolitische Überlieferung Roms und der imperiale Gedanke in nicht geringerem Maße in das Bewußtsein der Italiener: sie offenbaren sich in Kämpfen, Aspirationen, Reaktionen, welche die springenden Punkte der italienischen Geschichte bilden. Dank seiner Lage und infolge seines geopolitischen Aufbaues stand Italien unter Bedingungen, die es das Erbe Roms besser bewahren ließen. Und während in den anderen Raumgebieten des Mittelmeers die römische Schöpfung, diese Ineinsbildung mediterraner Anschauungen und Erfahrungen, sich durch den Einfluß von Sonderumständen zersetzte, war Italien — als geographische Synthese des Mittelmeerraumes — allein in der Lage, die Einzelbestandteile in ein neues Gleichgewicht von umfassender Geltung zusammenzufügen. Die Raumpolitik der Seerepubliken, der Gemeinden, der italienischen Staaten, die bloß die geopolitische Überlieferung Italiens fortsetzte, konnte, bis auf wenige Fälle, nicht zu mittelmeerischer Bedeutung gelangen, immerhin aber die Erfahrungen erweitern, die in das neue italienische Mittelmeerbewußtsein eingehen werden, welches einen neuen imperialen Gedanken setzen wird. Das Wiedererwachen des Mittelmeers jedoch und das Reifen des italienischen Nationalbewußtseins werden bewirken, daß die politische Interpretation von überlieferten geopolitischen Ideen, gewandelt durch die Entwicklung und bereichert durch die Erfahrung, zu großartigen Ergebnissen führen wird. Der Prozeß ist in seinem Wesen nicht verschieden von jenem, welcher Rom zum Imperium geführt hatte. Nur daß infolge der Bevölkerungsvermehrung und

der Wertvermehrung der Raumgebiete die Staaten außerordentlich eng und die Grenzen unmittelbar geworden sind, so daß der territoriale Erwerb allein durch Eroberung oder Bündnisse erzielt werden kann. Das geopolitische Kerngebiet befindet sich daher auf den Westalpen, von wo aus die zur Ebene oder zum Meer führenden Wege überwachbar sind, und von wo aus, als dem Berührungsbereich großer und kleiner Staaten, eine eindringliche Wechsellpolitik von Bündnissen und Kriegen sich entwickeln kann. Ein rauhes Bergvolk, von einem Helden-geschlecht von „Condottiere“ fortgerissen, steigt die Alpentäler hinab, indem es sich in aufeinanderfolgenden Linien an den Zuflüssen des Po geltend macht.

Der Weg des Po war die bedeutendste geopolitische Leitlinie der Ausbreitung in Piemont. Die Linie der Sesia (1427), des Tanaro, der Scrivia, des Tessin, des Mincio bilden deren Hauptstufen. Selbst der Ruf des Nachbar-meeres wurde daher von dem Alpenstaat deutlich vernommen. Die Herzöge von Savoyen wurden wiederholt Herren von Savona und

Albenga und bewirkten den Anschluß ans Meer endgültig mit der spontanen Übergabe Nizzas an Amadeus VII. im Jahre 1388. 1576 wird die Grafschaft Oneglia angeschlossen und 1756 Loano. Aber allein die fortgesetzte territoriale Verbindung Turins mit dem Meere — eine Verbindung, die unentbehrlich geworden war seit der Eroberung Siziliens und noch mehr seit dessen Verbindung mit Sardinien (1720) — konnte dem Savoyischen Staate das organische geopolitische Gepräge vermitteln. Dieses organische Gepräge wurde erst 1815 erreicht mit der Erwerbung von Genua und des Gebietes, das bereits der Republik gehörte.

Die Vielfalt der Landschaften, die so das Königreich bildeten, floß zusammen unter der Gestalt einer integralen geopolitischen Schöpfung, in welcher sich die harten Gebirgserfahrungen der Alpenvölker mit den seemännischen der rauen ligurischen Völkerschaften vereinigten, und mit den bäuerlichen der Stämme der reichen Ebene. Die Gedankenwelt des Piemontesen Cavour begegnet sich mit der der Ligurer Garibaldi und Mazzini und der Lombarden Correnti, Cattaneo und Manzoni, um einen einheitlichen Begriff zu schaffen. Dieser Begriff konnte sich rasch unter den italienischen Völkern verbreiten, da sie gestärkt wurden durch das Bewußtsein des gemeinsamen Feindes, des Hauses Habsburg, welches soeben radikal gegen die Italiener vorging. Die geopolitische Durchdringung der einzelnen Gebiete, der einigende Impuls der Meerbecken, das gemeinsame sprachliche, kulturelle und geistige Erbe der Volksstämme, das sich in einheitlichem nationalem Sinne erhob, tat das übrige. Die Einheit Italiens war aus den ersten politisch-militärisch günstigen Situationen entsprossen. Von der Erwerbung Genuas bis zur Eroberung Roms verstreichen kaum 55 Jahre.

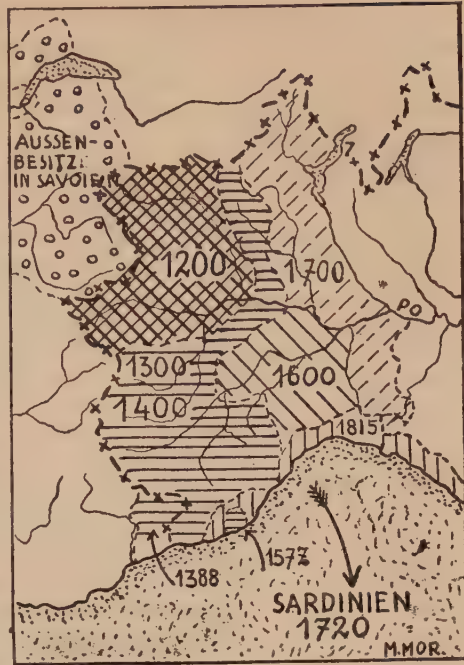


Abb. 5. Wachstum des Kerngebietes „Piemont“ nach dem Meere und der Po-Ebene

Die geopolitische Lage des neuen Staates war nicht sehr günstig: im Inneren die unvermeidlichen, aus der Einigung hervorgehenden wirtschaftlichen und politischen Krisen, die Armut der Hilfsquellen, die Notwendigkeit gewaltiger Arbeiten, um die erreichte geographisch-politische Einigung einzuholen, der Bevölkerungsüberschuß; und außen die Mißgunst der großen, auf das europäische und mediterrane Gleichgewicht in voreingenommener Weise bedachten Staaten. Der beachtliche Aufschwung des Küstengebietes, der Mangel an Verteidigungsmöglichkeiten und Stützpunkten machten ihn vom Meere aus verwundbar; die unvollständige Alpengrenze gab wenig Sicherheit zu Lande. Die Grenze mit dem jahrhundertalten Feinde lenkte die italienische Politik vom Mittelmeere ab und machte sie zögernd und unentschlossen.

Die mediterrane Politik des neuen Italien beginnt im Grunde mit der Erwerbung Genuas von seiten Savoyens. In der Tat gibt es schon 1816 den Vertrag mit Caramanli betreffs des Schutzes der sardischen Interessen und Schifffahrt nach Tripolis, ein Vertrag, der sich 1825 mit der Entsendung einer Flotte Achtung verschaffte. Auf 1823 geht der Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag mit dem Bey von Tunis zurück. Der folgende Vertrag von 1868 faßt, gemeinsam mit dem vorausgehenden, diejenigen zusammen, die 1822 mit dem Großherzog von Toscana und 1833 mit dem König beider Sizilien geschlossen worden waren. Die geopolitische Richtlinie der natürlichen Ausbreitung Italiens hatte sich demnach schon vor der Einigung geoffenbart, aber der französische Handstreich von 1881 lähmte die Betätigung Italiens im Mittelmeer in ihrem Entstehen. Indessen konnte eine Rückkehr zur kontinentalen Politik, eine wahrhaft nationale politische Wirkungsabsicht, das heißt: eine geopolitische, nicht anders sein als mediterran und imperial. Das zeigte die nationalistische Bewegung, die zur Eroberung Libyens führte, welche dem Interventismus und dem Faschismus den Boden bereitete. Der Weltkrieg brachte trotz des militärischen Sieges nicht die Befriedigung aller territorialen Wünsche, verwirklichte aber die ersehnte natürliche Alpengrenze und führte den Sturz der Habsburger herbei. Italien konnte zu seiner mittelmeerischen Aufgabe zurückkehren.

Der neue imperiale Zyklus Italiens hat aber erst mit dem Aufkommen des Faschismus begonnen (1922), der wesentlich imperialistisch ist und die Verwirklichung der altüberlieferten Geltungsansprüche des Volkes anstrebt. Die Straßen- und Wasserpolitik, die Bodenmelioration, die Binnen- und Kolonialsiedlung, welche bereits die Grundlage der Macht des alten Rom waren, begründen die ersten Ansätze der Politik Mussolinis. Aber die geopolitische Grundauffassung des Faschismus strahlt über die Meere aus; sie ist mediterran, folglich dynamisch: das Bewußtsein des unverletzlichen Grenzraumes, der Seestellung, der notwendigen Ausdehnung, die Erinnerung an die Größe des antiken Imperiums, bilden ihre Grundbestandteile.

Aus der Verwundbarkeit der Stellung quillt die Notwendigkeit einer Politik der Verteidigung, der Sicherheit, der Ordnung, der räumlichen Durchdringung der Randräume: es sind die gleichen Ausgangspunkte, wie sie dem altrömischen geopolitischen Denken zugrunde lagen. Verteidigung durch die Errichtung neuer Stützflächen mit der angemessenen Entwicklung der Bewaffnung; Sicherheit an der Alpengrenze mit einer günstigen Bündnis- und Festungspolitik; Sicherheit im Innern mit der Gewinnung eines entsprechenden Wirtschaftspotentials, mit der Getreideschlacht, der Urbarmachung, der Autarkiepolitik; Ordnung in der Adria auf Grund der Normalisierung der italienisch-südslawischen Beziehungen und mit der albanesischen Politik, die in der Vereinigung Albaniens mit Italien abgeschlossen wird; Verstärkung im Mittelmeer mit dem Anschluß von Rhodus, der Befestigung von Lero, der Wiedergewinnung Libyens, die Aufrüstung der Stützpunkte von Augusta, Trapani und Pantelleria. Italien weiß, daß es keine Macht im Mittelmeer gibt ohne Verdoppelung der Land- und Seestreitkräfte. Es weiß, daß die Panzerflottenpolitik



Abb. 6. Stützpunkte im Mittelmeer

1 Wirkungskreis der Luftwaffe
 2 Italienische Flotten und Luftstützpunkte
 3 Spanische " " "

4 Englische Flotten und Luftstützpunkte
 5 Französische " " "
 6 Russische " " "

sich im Mittelmeer nicht so einfach zur Anwendung bringen läßt wie in den anderen großen Weltmeeren. Es weiß, daß die Seeherrschaft Britanniens, welche in ihrem Aufbau an jene Karthagos gemahnt, nach Vernachlässigung seiner Landkräfte der kontinentalen Drohung des „Dranges nach dem Osten“ erliegen mußte. Es weiß, daß daher die Aufstellung von Landkräften in Libyen eine genügende Drohung darstellt, um eine Gefährdung der Eroberung Äthiopiens durch England zu vermeiden. Die Machtstellung ist um so wirksamer, als eine große Straße, die „libysche Küstenstraße“, die rasche Verschiebung von Truppen von der tunesischen an die ägyptische Grenze gestattet. Italien weiß auch, daß Frankreich mit dem jüdischen Gold beliebig viele Kreuzer bauen mag, ohne sich schützen zu können, wenn es ihnen nicht große Landkräfte als Stützung beifügt. Das Bündnis mit Deutschland gestattet ihm, in vollem Umfange der Entwicklung seiner Mittelmeerpolitik nachzugehen. Dem feindlichen Aufbau von Verriegelungsstützpunkten setzt es eine Aufstellung von Angriffsstützpunkten entgegen, die eine wesentliche Aufgabe für das geopolitische Handeln besitzen. Der gegnerischen Stellungsbesetzung stellt es die bauerliche Siedlung entgegen (die Ansiedlung der 20 000 in Libyen), die die einzig wirksame und dauernde im mittelmeeerischen Raum sein kann. Die strategische Entwicklung des Mittelmeers im Hinblick auf die Fortschritte der Luft- und Unterseebootwaffe bietet der Stellung Italiens alle Vorteile. Italien ist als erste Macht im Besitz einer großen Luftflotte: es sieht in dieser eine ausgesprochen mittelmeeerische Waffe. Die Stützpunkte haben nicht mehr ihre sagenhafte Unverletzbarkeit. Italien ist in der Lage, wirksam anzugreifen. Die Eroberung Äthiopiens bewirkt, daß nun durch das Mittel-

meer und durch Suez das italienische Leben des Imperiums strömt. Das beschleunigt die Ausreifung des geopolitischen Begriffs des „Lebensraumes“ in dessen Anwendung aufs Mittelmeer, die alle Bedrohungen hinfällig macht. Aber die Sicherheit im „Lebensraum“ ist nicht vollständig ohne die Kontrolle des Kanals von Sizilien: also mit anderen Worten die Wiederkehr des Problems von Karthago. Damit erfährt die alte geopolitische Richtlinie der italienischen Ausdehnung ihre Bestätigung. Gegenwärtig bietet Italien mit seiner islamfreundlichen Politik dem Orient die Hand, indem es Traditionen auf diese Weise wiedererweckt und alte kulturelle Bande neu knüpft; durch das Bündnis mit Spanien stärkt es seine Stellung im westlichen Becken zum Nachteil anderer Mächte. Auch das zweite römische Imperium stützt sich auf feste geopolitische Grundlagen. Die Außenpolitik des Faschismus ist Geopolitik der Tat: die Geopolitik Italiens ist eher Handlung als Lehre.

In diesem Sinne begegnen wir gerade im Rheinland dem Aufeinanderprallen grundverschiedener Grenzauffassungen: des mittelmeeerischen, romanischen, ursprünglich wärme- und küstenbestimmten, aus wasserarmen Räumen stammenden und deshalb wassersparenden, und des nordischen, flußbestimmten germanischen Menschen, der aus relativ niederschlagsreichen Entstehungsräumen, mit Niederschlägen zu allen Jahreszeiten, ohne den Zwang sparsamer Wasserwirtschaft stammt. Beim Mittelmeerländer spielt die Frage des Zutritts an das strömende Wasser von beiden Seiten, des Quellzuges, der Wasserverteilung, der Wasserlaufgrenze eine viel größere Rolle als beim nordischen. Die Wasserscheiden-Grenze, die „Théorie des crêtes“, ist beim Romanen bis zur Subtilität durchgebildet, und daneben doch die Neigung, zum Zweck imperialistischer Vergewaltigung Scheidelinien am Hauptwasserlauf zu ziehen. Die Germanen, namentlich die Franken, „ursprünglich ein rechtes Flußvolk“ (Nadler), faßten das Strom- und Flußgebiet viel mehr als Organismen mit einer einheitlichen Lebensader und führten Grenzen viel lieber quer über den Strom hinweg, wie auch die meisten natürlichen Scheiden des Rheingebietes für Morphologie, Pflanzengrenzen, Dialekte, Bauformen laufen [...]. Die germanische Strom- und Grenzauffassung sieht im Wasserlauf keine natürliche Grenze, sondern die Lebensader einer natürlichen Einheitslandschaft; und zwar schon so lange, als sie mit der mittelländischen, romanischen Grenzauffassung an Rhein und Donau im Streit liegt — seit zwei Jahrtausenden!

1928: Karl Haushofer in „Der Rhein — Sein Lebensraum — Sein Schicksal“, S. 10/11.

Darum ja eben fordern wir eine Rolle für die Geopolitik in der Erziehung eines Jeden, der seiner eigenen oder fremden Lebensform an politisch verantwortlicher Stelle nutzen oder schaden kann, und fordern als Voraussetzung für spätere geopolitische Einsicht für Geographie und Geschichte in der Schule Pflege in ganz anderem Maße als bisher.

Eine solche Forderung ist aber wohl berechtigt, wenn wir die Größe der Ziele ins Auge fassen, denen Geopolitik die Menschheit entgegenführen will: nichts geringeres bedeuten diese Ziele, als das Streben, eine gerechte, der furchtbaren Übervölkerungsgefahr der Erde in längstens 300 Jahren ins Auge sehende Verteilung des Lebensraumes auf der Erde durch einen unbestreitbaren Appell an die Vernunft der Völker auf dem Gebiete der Kultur, der Macht und der Wirtschaft herbeizuführen.

1928: Karl Haushofer in „Bausteine zur Geopolitik“, S. 38/39.

JON SAN-GIORGIU:

Rumänien zwischen Balkan und Mitteleuropa

Moeller van den Bruck war einer der ersten deutschen Denker, der den Glauben an die Zukunft der jungen europäischen Völker in die Welt hinaus verkündete. Das deutsche Volk betrachtete er als „Junges Volk“ und prophezeite ihm eine große Zukunft.

Neben dem deutschen Volke kann man in Zentraleuropa als „Junges Volk“, dem man heute mehr als je eine bedeutende Zukunft prophezeien darf, auch die Rumänen bezeichnen. Ja, man dürfte sogar, ohne zudringlich zu sein, behaupten, daß die Rumänen außer den Deutschen das einzige mitteleuropäische Volk sind, das eine Hauptrolle noch zu spielen hat. Die Rumänen sind ein arisches Volk, ein trakisch-römischer Stamm, der mitten in der slawischen Welt sich zähe erhalten hat. Wie die Deutschen, so haben auch die Rumänen im Osten und Südosten mit dem slawischen Vordringen und gegen die slawische Einkreisung jahrhundertlang gekämpft. Es ist also ein ähnliches Schicksal, das beide Völker annähert, und es ist die gleiche Zukunft, für die sie sorgen müssen. Darum sollte das heutige Rumänien Deutschland ganz besonders interessieren, und darum soll es in den heutigen Umwälzungen Zentraleuropas eine erste Rolle spielen.

Wirtschaftlich ist Rumänien eng mit dem deutschen Lebensraum verbunden. Der kürzlich abgeschlossene Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und Rumänien ist ein Beweis dieser Behauptung. Wirtschaftlich gehören Deutschland und Rumänien demselben Lebensraum an, sind also darauf angewiesen, zusammen zu arbeiten. Rumänien ist seit jeher der Verteidiger Europas gegen Eurasien gewesen, gegen denselben Osten, welcher der Entwicklung des deutschen Volkes im Donaauraum so viele Hindernisse in den Weg gestellt hat. Die Geschichte Rumäniens ist gewissermaßen nichts anderes als der Ausdruck und das Opfer dieses Kampfes. Geopolitisch bleibt also das rumänische Volk — auch gegen seinen staatspolitischen Willen — ein Freund, ein Mitkämpfer, ja ein Verbündeter des deutschen Volkes. Dieser Gesichtspunkt allein wird uns in den folgenden Ausführungen den geopolitischen Standpunkt des Rumänentums erklären helfen. Denn Gegenwart und Zukunft eines Volkes sind von der Vergangenheit und von der geographischen Lage bestimmt.

Rumänien war immer und bleibt auch heute ein Land zwischen Balkan und Mitteleuropa. Und gerade weil das rumänische Volk ein kräftiges, junges, arisches Volk ist, das sich dem Panslawismus — und Panslawismus gab es und wird es auch immer geben — mit Wucht entgegensetzen kann, wird seine künftige Rolle im Donaauraum eine ebenso große wie die des deutschen Volkes sein. Diese Behauptung wird gewiß nicht übertrieben scheinen, wenn man ein wahres Bild der herrschenden Entwicklung und der geopolitischen Lage des rumänischen Volkes bekommt. Denn wenn Rumänien heute in Mitteleuropa ein Damm gegen die Russen und russischen Bolschewismus ist, so ist es auf dem Balkan nichtsdestoweniger ein Schiedsrichter zwischen den verschiedenen entgegengesetzten Mächten. Balkan und Mitteleuropa sind also in ihrem politischen und wirtschaftlichen Lebensgang von Rumänien abhängig. Das junge rumänische Volk wird darum in der neuen Entwicklung des Donaauraumes und des Balkans eine bedeutende Rolle zu spielen haben — die Rolle, die einem Volke von fast zwanzig Millionen Seelen gebührt.

Das Schicksal des rumänischen Volkes wurde schon zu Beginn seiner Entwicklung von zwei Hauptfaktoren bestimmt: von der geographischen Lage im Südosten und von den geschichtlichen Spannungen und Ereignissen.

Rumäniens geographische Lage ist eigenartig. Es ist zugleich Karpatenland, Donaauraum und eine der Hauptgrenzen Europas zu Eurasien. Wenn die Theiß das nördliche Karpatengebiet und die dazugehörige Ebene gegen den madjarischen und deutschen Westen abschließt, so ist der Dnjestr fast die einzige nichtslawische Grenze Europas gegen Rußland. Es wurde vor kurzem mit Recht behauptet, daß sich im rumänischen Lebensraum — und Lebensraum ist in diesem Falle der Raum, in dem sich geschichtlich das rumänische Volk entwickelt hat, abgesehen von den vorübergehenden politischen Grenzen — drei verschiedene Europas begegnen, und zwar das kontinentale Europa, das Mittelmeereuropa und Zentraleuropa. Rumänien befindet sich an einem dreifachen geographischen Kreuzweg¹⁾. Durch die Donaumündung und die Küste am Schwarzen Meer, das heißt durch die Dobrudscha, gehört Rumänien zum Balkan, den es mit diesem historischen Gebiet beherrscht.

Die historische und ethnische Beherrschung der Karpaten hat seit mehr als 1000 Jahren das rumänische Volk berechtigt, sowohl einen Teil der Theißebene als auch die Donauebene und die Steppe bis zum Dnjestr zu beherrschen. Dieser ganze Raum gehört geographisch zusammen, und durch die Entwicklung der Rumänen auf beiden Seiten der Karpaten, ja sogar auf beiden Ufern der Donau und des Dnjestr, ist er auch geopolitisch ein geschichtlicher und ethnischer Lebensraum der Rumänen.

In diesem rumänischen Lebensraum haben später neue Völker versucht, sich einzunisten. Vom Dnjestr her kamen die Slawen, in der Theißebene ließen sich die Madjaren nieder, am Schwarzen Meer und an der Donaumündung versuchten die Türken in der sogenannten Dobrudscha eine feste Grenzprovinz zu gründen. Die politischen Grenzen des Rumänentums wurden also durch das Durcheinander der Völkerwanderung und der Türkenherrschaft beeinflußt und die einheitliche Entwicklung des rumänischen Volkes zu einem einigen und staatsbildenden Volk durch Fremdherrschaft jahrhundertlang verhindert. Aber die wichtigste geopolitische Tatsache scheint für das Rumänentum diejenige zu sein, daß in seinem Lebensraum die deutsche Avantgarde im Osten mit dem westlichen russischen Block von 100 Millionen zusammentrifft²⁾. Die deutschen Kolonien im rumänischen Lebensraum, die Siebenbürger Sachsen, die Banater Schwaben und die Deutschen in Südbessarabien bilden die letzten Vorposten dieser deutschen Avantgarde gegen das Slawentum. Seit fast 1000 Jahren spielen die Deutschen ihre Rolle in diesem rumänischen Lebensraum, und seit fast 1000 Jahren haben Deutsche und Rumänen Europas Tor gegen Eurasien in brüderlicher Gemeinschaft verteidigt. Zwei Beispiele will ich hier angeben, um den Beweis zu bringen, daß Völker zueinander halten und spontan dasselbe Schicksal erleben können, ohne daß die außenpolitischen Bindungen und Formen irgendeine Rolle zu spielen haben. Als die Türken im 15. und 16. Jahrhundert gegen den Westen vorrücken wollten, da scheiterten die Vorstöße an der gemeinsamen Verteidigungswucht der Rumänen und Sachsen. Herrmannstadt und Kronstadt wurden von dieser Waffenbruderschaft gegen die anstürmenden

1) Vintila Michăilescu. *România-Geografia Fisica-Bucuresti* 1936, S. 8.

2) Vintila Michăilescu. — *Op. Cit.*, S. 11.

Türken verteidigt. Auch vor kurzem, also gleich nach dem Weltkrieg, nachdem Bessarabien wieder rumänisch geworden war, gab es eine unerwartete und unvorbereitete Gelegenheit für Deutsche und Rumänen, gegen einen gemeinsamen Feind und eine gleiche Gefahr zu kämpfen. Es war diesmal die Gefahr des russischen Bolschewismus. Ohne irgendeine vorausgegangene Vereinbarung kämpften deutsche und rumänische Bauern und unterstützten rumänische Gendarmerie und Franktireurs, bis die regulären Truppen aus dem Innern des Landes kamen, als die russischen Bolschewisten 1922 bei Tatar Bunar den ersten und letzten russischen Putsch in Rumänien versuchten.

Nicht allein aber mit den Südostdeutschen haben die Rumänen gemeinsam gegen die türkische oder russische Herrschaft in Mitteleuropa gekämpft. Als letztes Balkan- und Donauvolk im Westen haben die Rumänen dem Balkan die Freiheit von den Türken erzwungen. Als einzig freies staatenbildendes Volk an der Donau bildete das Rumänentum den europäischen Vorposten gegen die Türken. Die rumänischen Fürstentümer waren die einzigen kleinen Staaten an der Donau, die den Türken standhielten. Die Bulgaren konnten für die Befreiung des Südostens nicht in Frage kommen, denn jahrhundertlang haben sie in elender Knechtschaft gelebt; erst durch die Befreiung der Rumänen vom türkischen Joch und durch die Gründung des rumänischen Königreiches kamen sie in die Lage, ihren eigenen Staat zu gründen. Der heutige bulgarische Staat ist geopolitisch auf dem Balkan und an der Donau eine Macht, die zu dem rumänischen Lebensraum enge Beziehungen hat und von dessen künftiger Entwicklung stark abhängt. Die Dobrudscha darf und kann in Zukunft kein Grund eines dauernden Zwistes sein.

Einmal weil die Dobrudscha durch die Verzweigung des Donaupraumes rumänisches Hinterland ist und Rumäniens Ausgang zum Schwarzen Meer sichert. Zweitens, weil die Dobrudscha nie ein bulgarischer, sondern ein türkischer Lebensraum gewesen ist. Es ist hier nicht der Platz, die Beweisgründe hierfür und die historischen Tatsachen vorzubringen. Was ich aber noch besonders hervorheben muß, ist die feste Tatsache, daß schon im 14. und 15. Jahrhundert rumänische Festungen die Donaumündung verteidigt haben. Historisch sind also die Beziehungen des Rumänentums zur Dobrudscha reichlich belegbar. Ja sogar in der neuen Dobrudscha, d. h. in den beiden Bezirken Kaliakra und Durostar — die Festung Durostar ist eine uralte rumänische Burg an der Donau —, kamen die Bulgaren erst 1878 als Kolonisten, so wie auch in den letzten Jahrzehnten rumänische Kolonisten dasselbe Gebiet langsam an Stelle der abziehenden Türken besetzt haben. Wenn wir nun die bulgarische Wissenschaft selbst heranziehen, sind die wissenschaftlichen Beweisgründe für die Unterstützung unseres Standpunktes noch bedeutender. So äußerte sich 1911 der bulgarische Historiker Dr. C. Jaicek, ehemaliger Unterrichtsminister, wie folgt über die ethnische Struktur der Ostdobrudscha: „Sehr schwach ist das bulgarische Element im Osten Bulgariens, zwischen Jantra und dem Schwarzen Meer, vertreten. In der Gegend reist man wie in einem wahren türkischen Lande¹⁾. Eine ähnliche Feststellung macht auch der bulgarische Philologe Miletici, wenn er die bulgarische Bevölkerung in der Dobrudscha als eine vor kurzem aus dem Süden eingewanderte betrachtet. Außerdem soll man nicht vergessen, daß in ganz Rumänien nicht mehr als 180 000 Bulgaren leben, die in der Dobrudscha nicht mehr als 20% der gesamten Bevölkerung bilden. Die letzten Parlamentswahlen haben bewiesen, daß die Bulgaren ohne die Hilfe der rumänischen Regierung, also der rumänischen Wahlstimmen, im neuen Parlament überhaupt nicht vertreten gewesen wären. Wenn man mithin die Dobrudschafrage mit positiven Blicken ins Auge faßt, kann man leicht feststellen, daß es gar nicht im Interesse der Bulgaren ist, die alte Freundschaft mit dem rumänischen Volke zu opfern. Im Gegenteil wäre es viel vernünftiger, wenn

1) Romulus Seiseanu: „Die Süddobrudscha und die Rechte Rumäniens“ in „Universul“ vom 13. 6. 1939.

die Bulgaren mit den Jugoslawen und den Deutschen zusammen den Donaauraum gegen jede fremde Infiltration und gegen die Angriffe jeder fremden Macht solidarisch verteidigten und so zur Befriedung Mitteleuropas und des Balkans beitrugen.

Wie schon aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, ist beim rumänischen Volke in seiner langen und tragischen Entwicklung ein Gegensatz zwischen politischen und ethnischen Grenzen bis zum Vertrag von Trianon zu verzeichnen. Der rumänische Lebensraum bildet zweifellos eine geographische Einheit¹⁾. Sonst hätten sich auch die Rumänen nicht jahrhundertlang in diesem Raum entwickeln und durchhalten können. Diese geographische Einheit breitet sich östlich und westlich der Karpaten als ein einheitlicher Raum, der, wie schon erwähnt, gegen den Westen bis zur Theiß sich hinstreckt, gegen den Süden bis zur Donau und dem Schwarzen Meer über die Dobrudscha und gegen den Osten bis zum Dnjestr. Die Karpaten, das Schwarze Meer, die Donau und die beiden großen Flüsse, die Theiß und der Dnjestr, bilden die natürlichen Grenzen des rumänischen Lebensraumes.

Wichtig ist aber bei der Vertiefung dieses Problems zu bemerken, daß die geographischen Grenzen des Rumänentums zugleich seine ethnischen Grenzen sind. Seit der Römerzeit, als das rumänische Volk durch das Aufgehen der römischen Volkselemente in der großen Volksmasse der Dakier geboren wurde, haben die Rumänen mit ganz wenigen Ausnahmen dieselben Gebiete beherrscht²⁾. Wo heute Rumänen leben, von der Theiß bis zum Schwarzen Meer, der Donau und dem Dnjestr — und über den Dnjestr und die Donau hinaus —, waren auch schon vor über 1000 Jahren Rumänen. Daß die Ungarn und Slawen ihr Gebiet überschwemmten und sie verdrängen wollten, daß später deutsche Kolonisten sich in Siebenbürgen, im Banat und in Bessarabien niederließen, das zeigt nur, wie zähe dieses Hirtenvolk sein mußte, um seine Wesensart über 1000 Jahre und sein nationales Selbstbewußtsein immer wach zu erhalten.

Das heutige Rumänien ist ein nationaler Staat, der endlich in seinen ethnischen und zugleich geschichtlichen und geographischen Grenzen leben darf. Die heutige Form und die heutigen politischen Grenzen des rumänischen Staates sind ein Ausdruck jahrhundertlangen Strebens des rumänischen Volkes nach seiner nationalen Einheit. Es ist ein altes Ideal des Rumänentums gewesen, seine freien politischen Staatsgrenzen mit den geschichtlichen und geographischen Grenzen zu verschmelzen. Schon im 15. Jahrhundert, zur Zeit des moldauischen Woiwoden Stefans des Großen, und im 16. Jahrhundert, während der Herrschaft des walchistischen Woiwoden Michail des Tapferen, sind Ansätze zu einer Vereinigung der Rumänen jenseits und diesseits der Karpaten zu verzeichnen, ja, es gelang sogar dem letzteren für kurze Zeit, die Moldau, Siebenbürgen und die Walachei unter sein Zepter zu bringen. Der nationale Einheitsgedanke ist also bei den Rumänen sehr alter Herkunft. Daß diese Idee erst vor zwanzig Jahren zur Verwirklichung kam, kann nur dadurch erklärt werden, daß einerseits die rumänischen Fürstentümer, die Moldau und die Walachei, die einzigen rumänischen Staaten waren, die sich zwischen Türken, Russen, Polen und Ungarn schwer die Unabhängigkeit wahren konnten,

1) Vintila Michăilescu. — Op. Cit., S. 26 f.

2) Was die geschichtliche Entwicklung des Rumänentums anbelangt, siehe: C. C. Giurescu, „Istoria Romanilor“, Bd. I/II. Bucuresti 1935 u. 1938, und N. Jorga, „Istoria Romanilor“ 10 Bde. Valenii de Munte 1935—1939.

und daß andererseits die Herrschaft der Ungarn über Siebenbürgen die Rumänen Transsylvaniens fast ein Jahrtausend in tragischer Knechtschaft hielt.

Ich kann hier diese Frage nicht ausführlich behandeln; aber der Einfluß des nationalen Wiedererwachens Europas und besonders Deutschlands nach den Napoleonischen Kriegen hat dazu beigetragen, das Erwachen des rumänischen Volkes zu fördern. Bemerkenswert ist noch die Tatsache, daß das Bewußtsein einer völkischen Einigung aller Rumänen seinen Anfang in Siebenbürgen schon im 18. Jahrhundert gehabt hat¹⁾. Die Union eines Teiles der Siebenbürger Rumänen mit der katholischen Kirche war nicht so sehr eine kirchliche und konfessionelle Angelegenheit, als ein politisches Manöver. Die Rumänen hofften dadurch von den Habsburgern die Anerkennung ihres nationalen Charakters zu erzielen und dadurch zu einer gewissen nationalen Unabhängigkeit zu gelangen. Außerdem brachte den Rumänen der Kontakt mit Rom die Gewißheit ihrer Latinität und förderte so das nationale Bewußtsein. Peter Maior, Georg Schinkai und Samuel Micu Clain waren die siebenbürgischen Herolde der rumänischen Renaissance, und diese Renaissance, die merkwürdigerweise in Siebenbürgen begann, entwickelte sich weiter in den Donaufürstentümern, nicht ohne enge Beziehung zur Bewegung in Siebenbürgen.

Ein volles Jahrhundert haben die Siebenbürger und Rumänen der Fürstentümer ihre politische Freiheit und Einigung vorbereitet. Männer wie Michail Kogalniceano, George Lazar und Simeon Barnutiu und Dichter wie M. Eminescu und W. Alexandri haben die Stimmung für die spätere Einigung aller Rumänen eingeleitet. Wenn wir die Geschichte der Siebenbürger Rumänen der letzten 100 Jahre durchblättern, so erscheint uns der Kampf dieses rumänischen Volksstammes als ein hartnäckiger Versuch, die Herrschaft des Madjarentums zu sprengen. Schon in der großen Volksversammlung der Siebenbürger Rumänen am 15. Mai 1848 in Blasenburg, die unter der autoritären und geistigen Führung des Bischofs Saguna stattfand, forderten die Rumänen ihre Freiheit. Gewiß konnten sie damals den Zusammenschluß mit den Donaufürstentümern nicht erlangen. Ihre Politik zielte nach einer Föderation des habsburgischen Staates, eine Idee, die sich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts erhielt. Das Buch des bekannten Siebenbürger Nationalisten Aurel C. Popovici über „Die Vereinigten Staaten Großösterreichs“ hat diesen Standpunkt klar und leidenschaftlich auseinandergesetzt und erregte seinerzeit gewaltiges Aufsehen²⁾. Als 1918 der Zusammenbruch der Habsburger kam, war für die Rumänen der Weg zur nationalen Einigung geebnet. Siet 1918 gehören alle Rumänen, mit Ausnahme der Rumänen im serbischen Banat, in Nordbulgarien und der Ukraine, zusammen — die Befreiung Bessarabiens und der Bukowina ergänzte den geschichtlichen Prozeß — und bilden heute den rumänischen Staat. Das Schicksal vereinigte alle rumänischen Stämme in einen nationalen Staat, worin die nationalen Minderheiten nur 15% bilden, wenn man die beinahe 2 Millionen Juden ausschaltet.

Was in der heutigen politischen Zeit die rumänische Öffentlichkeit ausschließlich beschäftigt und was die geistige und politische Oberschicht Rumäniens mit fiebernder Aufmerksamkeit verfolgt, ist die Aufrechterhaltung Groß-

1) Siehe dafür auch den Aufsatz von Georg Gunesch: „Die rumänische Nationalidee vor dem Weltkrieg“ in „Geist der Zeit“ — April 1939.

2) Aurel C. Popovici, „Die Vereinigten Staaten Großösterreichs“ (Leipzig 1906. Neue rumänische Ausgabe: Bukarest 1939).

rumäniens in den heutigen Grenzen. Ich weiß, daß oft die einheitliche nationale Form der habsburgischen Erbstaaten bestritten wurde. Gleich nach dem Kriege hat ein deutscher Abgeordneter aus Lettland, M. Schiemann, die Theorie aufgeworfen, daß die Erbstaaten Österreichs wegen ihrer ethnischen Zusammensetzung nicht als nationale, sondern als Nationalitätenstaaten betrachtet werden sollen. Diese Theorie kann wohl für den verstorbenen tschechoslowakischen Staat gestimmt haben, wie sie auch für Jugoslawien und Polen stimmen könnte. In Rumänien ist aber die Einheitsnation, das rumänische Volk, im ganzen rumänischen Lebensraum einheitlich verteilt¹⁾. Es gibt unter den verschiedenen rumänischen Stämmen keine ethnischen Unterschiede, ja nicht einmal starke mundartliche Nuancen. Der Rumäne ist derselbe im Norden wie im Süden, im Westen wie im Osten. Und da er die Mehrheit der Bevölkerung, abgesehen von den wenig kompakten Inseln der Minderheiten, bildet, so kann man Großrumänien als einen Nationalstaat betrachten. Die nationalen Minderheiten sind in Rumänien derart ungleichmäßig verteilt, daß sie nirgends auf dem Lande die absolute Mehrheit haben. Wo sie als Mehrheit erscheinen, wie es der Fall der Szekler ist, stoßen wir auf eine sonderbare Erscheinung, und zwar auf eine entnationalisierte rumänische Bevölkerung. Und was die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben anbelangt, haben sie sich in dem neuen rumänischen Staat organisch eingelebt, so daß es zwischen diesen Volksgenossen und den Rumänen keinerlei Reibungsmöglichkeiten gibt. Das Problem der Minderheiten ist für Rumänien auf dem Wege der Lösung. Denn der Rumäne selbst ist durch seine Gastfreundschaft und durch sein Verständnis für fremdes Wesen von jeher bekannt. Wenn er nicht diesen verständnisvollen, ja zuweilen viel zu weichen Charakter gehabt hätte, hätten sich die Juden nicht massenhaft auf rumänischem Boden eingenistet. Der nationale Charakter des rumänischen Staates kann also durch spitzfindige Theorien nicht mehr geleugnet werden, und der feste Wille des rumänischen Volkes, seine nationalen und zugleich geographischen Grenzen zu verteidigen, kann von keiner äußeren Gefahr aufgehalten werden. Auf diesem Gebiete der Verteidigung des heutigen rumänischen Staates sind auch die entgegengesetztesten politischen Mächte einig²⁾.

Ein zweites Ziel des heutigen Rumäniens ist die Erhaltung seiner wirtschaftlichen Freiheit. Wirtschaftlich kann aber Rumänien nur dann frei sein, wenn zwischen ihm und seinen Nachbarn ein politisches Gleichgewicht besteht. Das heißt, wenn Rumänien unter keiner Hegemonie sich befindet. Frei kann also Rumänien in seinen wirtschaftlichen Beziehungen sein, wenn es nicht unter einem auswärtigen Druck steht. Die heutige Lage des Donaulandes ist gerade die Lage, in der es sich wirtschaftlich am normalsten entwickeln kann. Der vor kurzem abgeschlossene deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag ist der beste Beweis einer unabhängigen und zielsicheren Handelspolitik Rumäniens, das sich endlich wirtschaftlich frei von fremden Einflüssen bewegen darf. Der wirtschaftliche Lebensraum Rumäniens ist in Mitteleuropa derselbe wie der Deutschlands. Die beiden Länder — besonders seit Deutschland auch die Ostmark und die Tschechei sich angegliedert hat — sind dar-

1) Siehe Jon Sân-Giorgiu: „Problema Minoritatilor in Romania“. Bucuresti 1932.

2) Siehe auch den Aufsatz von George Bratianu: „Rumänien zwischen Deutschland und dem Balkan“ in der Zeitschrift „Deutsches Wollen“, April 1939.

auf angewiesen, sich wirtschaftlich zu ergänzen. Die Zukunft wird zeigen, inwiefern diese Zusammenarbeit auch eine politische werden soll, was in den nationalen Kreisen Rumäniens seit langem erwünscht wird. Jedenfalls ist die völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit Rumäniens auch ein inneres Problem, solange 20% der rumänischen Wirtschaft — Handel, Industrie und Auslandsvertretungen — in jüdischen Händen liegt. Nach der Befreiung Deutschlands, Österreichs und Böhmens von dem jüdischen Joch wartet nun auch das rumänische Volk auf seine Erlösung. Es ist gewiß keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß Bukarest in gewissen Stadtvierteln wie ein zweites Tel-Aviv aussieht. Fast ein Drittel der Bukarester Bevölkerung ist jüdisch, und wenigstens die Hälfte davon spielt die Hauptrolle in der Leitung der rumänischen Wirtschaft. Die Entjudung der Hauptstadt Rumäniens ist jetzt zu einer wahren Lebensbedingung Rumäniens geworden. Dieser letzte jüdische Brückenkopf in Mitteleuropa muß von der rumänischen Nation zurückerobert werden. Denn hier konzentrieren sich alle jüdischen Kräfte, die im Lande herumschmarotzen und die langsam, wie ein Wanzenzug, von der Peripherie zum Zentrum ziehen. In Rumänien leben heute 2 Millionen Juden, d. h. bei einer Bevölkerung von 19 Millionen Einwohnern mehr als 10%¹⁾. Darunter müssen auch die nach dem Krieg und auch die in den letzten Jahren eingewanderten Juden gerechnet werden. Wenn wir aber die Verteilung der Juden in den Städten heranziehen, oder wenn wir die verschiedenen Zweige der Wirtschaft ins Auge fassen, so ist die Macht der Juden unüberwindlich, und sie bedeutet für die rumänische Bevölkerung fast eine fremde Besatzung.

Jeder Versuch also, Rumänien zu konsolidieren, wird fehlschlagen, solange die Judenfrage nicht nach dem ausgezeichneten deutschen Muster gelöst wird. Jede Verspätung dieser Lösung kann Rumäniens politische, wirtschaftliche und geistige Lage nur stärker gefährden. Es handelt sich nicht um Antisemitismus als eine offensive Bewegung, sondern allein um eine defensive Haltung gegenüber dem jüdischen Schmarotzertum. Rumänien hat in den letzten 20 Jahren den Juden die Tore weit geöffnet, obwohl schon von jeher Warnungen nicht fehlten²⁾. Dichter wie Michail Eminescu, Staatsmänner wie die beiden Bratianu und Doktrinäre wie A. C. Cuza haben ihr Leben lang vor dieser jüdischen Gefahr gewarnt. Immer wieder und wieder haben die rumänischen Staatsmänner die Einbürgerung der Juden abgelehnt, bis sie im Jahre 1919 als „Friedenskompensation“ von den Westmächten, d. h. von der Internationalen jüdischen Allianz, den Rumänen auferlegt wurde. Die Judenfrage ist heute für Rumänien eine Existenzfrage.

Rumänien ist ein Land zwischen Balkan und Mitteleuropa, wie es schon immer war. Als Balkanland hat es die Pflicht, politisch, kulturell und wirtschaftlich an die Spitze der Balkanländer zu gelangen. Als mitteleuropäischer Staat muß Rumänien die Grenze gegen den russischen Bolschewismus beschützen. Wie vor 15 Jahren in Tatar-Bunar wird es auch in Zukunft seine Pflicht zu tun wissen. Der rumänische Bauer hat vor 20 Jahren als Kriegskamerad der Russen gegen

1) Siehe auch das neue Werk von Dr. Hans Schuster: „Die Judenfrage in Rumänien“.

2) Siehe auch meinen Aufsatz, den ich vor dem Krieg als Leipziger Student veröffentlicht habe: Jon Sân-Giorgiu, „Die Judenfrage in Rumänien“, im „Hammer“ vom 15. 2. 1914.

die „russische Krankheit“, den Kommunismus, standgehalten, warum sollte er heute nicht weiter seine Heimat gegen die Intrigen der Komintern verteidigen? Rumänien war und bleibt der Vorposten der europäischen Zivilisation im Osten. Seine geistige Struktur hilft ihm, diese Rolle mit Überzeugung zu spielen, denn gerade die Tatsache, daß Rumänien so aufnahmefähig für die französische und deutsche Kultur war und sich unter dem Einfluß dieser beiden Kulturen entwickelt hat, ist ein Zeichen, daß der rumänische Staat seine politische, geistige und wirtschaftliche Mission zwischen Dnjestr, der Donau und der Theißebene noch nicht erfüllt hat. Diese Sendung aber, ein Friedenschützer im Südosten Europas zu sein, ist vielleicht die gefährlichste, aber auch die dankbarste Sendung, die je ein Volk gehabt hat. Der Glaube an diese Erfüllung ist die Triebkraft des heutigen Rumänentums.

So ist recht verstandene Geopolitik eines der mächtigsten Kampfmittel für gerechte Verteilung des Lebens- und Atemraumes auf der Erde, — nach der Arbeitsfähigkeit und Kulturleistung der Völker, nicht nach den Gewaltdiktaten eines geschickt zusammengebrachten Konzerns zur Aufrechterhaltung ungerechter Raumverteilung auf Erden [...]. Sie zeigt vor allem, daß gerade nach den Grundsätzen höchster Demokratie unter im Ganzen 1,8 Millionen Einwohnern unserer Erde kein Recht bestehen kann, nach dem einige wenige schwer reiche Menschen in Kolonialmächten den 950 Millionen der Monsunländer, den mehr als 70 Millionen Deutschen, den vielen Millionen unterdrückter anderer Minderheiten in Zwischeneuropa, dem Nahen Osten und Latein-Amerika ihre Selbstbestimmung versagen.

1928: Karl Haushofer in: „Bausteine zur Geopolitik“, S. 41.

Damit ist von selbst, schon im Namen gesagt, daß Geopolitik die Aufgabe hat, daß es in ihrem Wesen liegt, alles zur möglichst weisen Verwirklichung der Macht im Raume der Erde Nötige für die Kunst der Politik nicht nur bereit zu legen, sondern denkbar gebrauchsfertig darzureichen. Damit versteht sich auch ohne weiteres, daß sie von einer viel breiteren Grundlage herauf zu arbeiten hat, als von der Grundlage der politischen Geographie allein.

Staatswissenschaft und Volkswirtschaft, Gesellschaftswissenschaft und Bevölkerungslehre (etwa in dem Sinn, wie sie Carr-Saunders, Jean Brunhes, Albrecht Penck, Camille Vallaux treiben), die „wissenschaftliche Politik“ der Ver. Staaten, die Erfahrungen der Geschichte, des Völkerrechtes und Staatsrechtes, dann erst der eigentlichen Rechtswissenschaft: sie alle müssen an dem Bau mit tragen, der nicht nur der Aufnahme der Vergangenheit dient, wie so viele Werke der politischen Geographie und Geschichte, sondern dem Tragen und Wagen für die Zukunft. Für ihren Bedarf und dazu natürlich mit dem Mut zur Prognose muß die wissenschaftliche Grundlage der Geopolitik konstruiert sein.

Das fordert ein sehr sorgfältiges und sehr vielseitiges Können beim Durchkonstruieren. Darum wird dieser Aufgabe für selbstschöpferische Leistungen auch in der Regel nur ein geistiger Arbeiter gewachsen sein, der sich nicht nur eine vielseitige Grundlage der eigenen Ausbildung in der Theorie geschaffen hat, sondern außer der eigenen Lebensform und deren Nachbarräumen mindestens einen weiteren, womöglich gegensätzlichen, aus eigener Arbeit darin kennt.

1928: Karl Haushofer in: „Bausteine zur Geopolitik“, S. 36.

EDWIN GÜLCHER:

Südafrika zwischen Europa und Empire

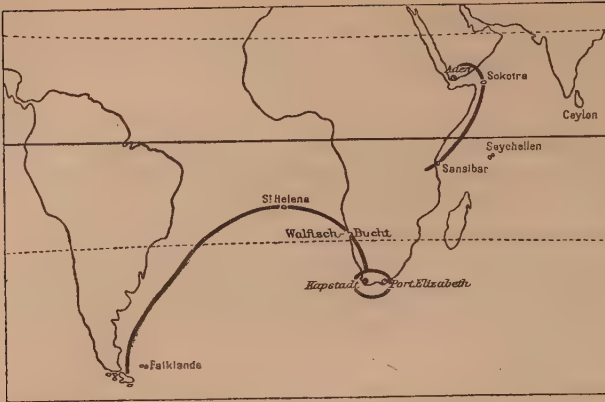
Die Fahrt von Lobito, dem modern ausgebauten Hafen Südangolas, nach der noch immer reichlich primitiven Walfischbucht, auf der die Dampfer streckenweise in Sicht der öden südangolesischen und südwestafrikanischen Küste fahren, vermittelt dem Augenschein des Reisenden denselben ersten Eindruck von Afrika, den auch die Karte vermittelt, den einer urtümlichen und ungefügigen, rohen und wenig bildungsfähigen Landfeste.

Auf der Karte erscheint Afrika — von der vielgliedrigen Welt Europas mehr durch die Sahara als durch den Graben des Mittelmeers getrennt — als massives Anhängsel unseres alten Kulturraums.

Der Einfluß, den Afrika als Ganzes auf den Gang der Weltgeschichte, sowohl mittel- wie unmittelbar, ausgeübt hat, entspricht diesem Eindruck: er ist verschwindend gering. Eine Ausnahme machen die afrikanischen Mittelmeergebiete, die aber geopolitisch wie kulturell nicht zum eigentlichen Afrika, sondern eben zum Mittelmeerraum gehören, und die Südspitze der riesigen Landmasse, das Kap der Guten Hoffnung mit seinem Hinterland. Dies Hinterland reicht bis an Sambesi und Kalahari und schließt Südrhodesien mit ein, das trotz gegensätzlicher politischer Bestrebungen klimatisch wie soziologisch, wirtschaftlich und kulturell zu Süd- und nicht zu Mittelfrika gehört.

Jahrhundertlang beruhte die Bedeutung des Kaplandes allein auf seiner Verkehrslage, als wichtigster Station auf dem Weg nach Indien. Auch heute treten alle anderen Gesichtspunkte in der geopolitischen Wertung dieses Gebiets, sogar seine Bedeutung als Golderzeuger, vor dem verkehrstechnischen und strategischen Gesichtspunkt zurück. Die Bedeutung des Kaplandes als Hauptstützpunkt auf dem Weg ins englische Indiameerreich hat im selben Maß zugenommen, wie die viktorianische Hochstraße des Britischen Reiches, das Mittelmeer, an Sicherheit für den englischen Handels- und Kriegsverkehr eingebüßt hat. Seit der Eroberung Abessinien durch das faschistische Italien haben die Lords der Admiralität wieder begonnen, ihre Aufmerksamkeit dem klassischen Seeweg der Portugiesen und Holländer und auch der Frühzeit des Britischen Reiches zuzuwenden. Der Kapstädter Hafen wird mit einem riesigen Aufwand an Mitteln ausgebaut, Port Elisabeth und Simonstown werden modernisiert, Robbin Island als vorgeschobener Stützpunkt eingerichtet, und in jüngster Zeit scheint man sogar an den Ausbau und die Befestigung der recht unzureichenden Walfischbucht gehen zu wollen, jedenfalls hat man die Absicht kundgetan, die unwirtliche und reizlose Küste der Namib durch ein paar etwas vereinsamte Batterien zu verschönen.

Walfischbucht fällt schon aus dem Rahmen der eigentlichen Sicherung der afrikanischen Südspitze heraus. Es gehört einerseits zur Sicherung der Anmarschstraße längs der westafrikanischen Küste, andererseits gehört es zu dem den Südatlantik sperrenden afrikanisch-südamerikanischen Glacis, das sich mit seinen Flanken auf Kapstadt und die Falklandinseln stützt und dessen Mittelpunkt St. Helena ist. Die Bedeutung der strategischen Stellung am Kap reicht also von Ceylon und der durch Aden, Sokotra und Sansibar bestimmten Verteidigungszone am Ausgang des Roten Meeres bis zum Kap Horn, sie ist das Zentrum eines drei Erdteile



umfassenden, gigantischen Verteidigungssystems.

Hieraus erhellt klar die ungeheure, immer noch wachsende Bedeutung Südafrikas für das Britische Reich, und aus dieser Bedeutung erklärt sich auch die vorsichtig zuwartende Politik, die England diesem seinem eigenwilligsten Dominium gegenüber betreibt.

Während der zwanziger und der ersten Hälfte der dreißiger Jahre hat zweifellos auf englischer Seite die Absicht bestanden, das immer mehr unter afrikanischen, d. h. burischen Einfluß geratende Südafrika, das sich mit allerhand recht unklaren Expansionsgedanken in nördlicher Richtung trug, durch die Schaffung eines neuen mittelafrikanischen Dominiums, das Südwest, Betschuanaland und die beiden Rhodesien umfassen sollte, von einem weiteren Vordringen nach Norden und der Beeinträchtigung rein britischer Interessensphären abzuschneiden. Der bald nach der Machtergreifung angemeldete deutsche Anspruch auf die Kolonien störte die praktische Durchführung dieses Gedankens. Vor allem ist es aber wohl die nach dem Abessinienkrieg etwas verspätet einsetzende Erkenntnis der seestrategischen Bedeutung Südafrikas bei Sperrung des Mittelmeerweges gewesen, die das Zustandekommen derartiger Pläne, für die ja Südwest nicht unbedingt notwendig gewesen wäre, verhindert hat. Es handelte sich jetzt für England nicht mehr darum, einen afrikanischen Vormarsch nach dem Norden aufzuhalten, sondern darum, ganz Südafrika, das der englischen Herrschaft allmählich zu entgleiten drohte, als strategische Basis bedingungslos und in seiner ganzen Ausdehnung wieder in die Hand zu bekommen.

Die Auseinandersetzungen zwischen Bur und Brite in Südafrika haben seit dieser Zeit, gleichlaufend mit der Versteifung der Lage in Europa, erheblich an Schärfe zugenommen. Auf der einen Seite kämpfen national- und volksbewußte Afrikaner für eine rein südafrikanische Politik, auf der anderen kämpfen Briten und weltbürgerlich oder imperialistisch angehauchte Afrikaner für eine Politik im Rahmen und im Interesse des Britischen Reiches. Die Afrikaner verlangen eine Politik strikter Neutralität und verweisen hierbei auf die Politik de Valeras in Irland, dessen Lage der Lage der Südafrikanischen Union in vielen Beziehungen ähnelt.

Die imperialistische Politik stützt sich, außer auf die Mehrzahl der Englisch sprechenden Südafrikaner, auf das vollkommen übervölkisch und imperialistisch eingestellte, außerordentlich mächtige Goldkapital. Als politische Stützpunkte Englands sind auch die drei großen Eingeborenenprotektorate, Swazi-, Basuto- und Betschuanaland, zu werten. Ihre Eingliederung in die Südafrikanische Union, in deren Gebiet die beiden erstgenannten Protektorate liegen, wird von der englischen Politik ebenso planmäßig hinausgezögert wie die Angliederung Südrhodesiens, das, wie vorhin erwähnt, seinem ganzen Charakter nach zur Südafrikanischen Union gehört. Bei aller Nachgiebigkeit und Elastizität, die die Empirepolitik dem südafrikanischen Dominium gegenüber an den Tag legt, hütet man sich in London sehr wohl, diese letzten Trumpfkarten vorzeitig und ohne entsprechende Gegenleistungen aus der Hand zu geben.

Hinzu kommt die Bedeutung dieser großen Eingeborenenreservate für die Eingeborenenfrage. Der südafrikanische Farbige, gleich ob „Coloured“, Inder oder Bantu, ist ein weiterer wesentlicher Faktor englisch-imperialistischer Politik im südafrikanischen Raum. Es besteht ein natürlicher Gegensatz zwischen der Eingeborenenpolitik des weltweiten, eine Vielzahl von Rassen und Völkern umfassenden Reiches und der des bodenständigen Afrikanertums, das um die Aufrechterhaltung faktischer weißer Herrschaft gegen die immer höher anschwellende farbige Welle kämpft. Der Politiker des Empire, dem es um Aufrechterhaltung britischer Herrschaft im großen Rahmen zu tun ist, kann es sich leisten, in diesem Punkt erheblich weiterherziger zu denken und zu handeln als der südafrikanische Staatsmann, der für sein Volk um dessen Scholle kämpft. Den Führern des farbigen Südafrika sind diese Dinge durchaus geläufig, ihre imperialistische Einstellung danach vollkommen verständlich und feststehend.

An diesem Punkt gewinnt das südafrikanische Problem gesamteuropäische Bedeutung. Die Bedeutung Südafrikas für Europa liegt in seiner Eigenschaft als europäischer Wachstumsspitze im afrikanischen Kontinent. Eine Gefährdung dieser Wachstumsspitze bedeutet eine Gefährdung gesamteuropäischer Belange, gesamteuropäischer Zukunftshoffnungen. Von außen gesehen, macht die Südafrikanische Union den Eindruck unbestrittenen und unbestreitbaren weißen Herrschaftsgebiets, aber dieser Eindruck kann über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Grundlagen dieser zur Zeit zweifellos im vollen Umfang bestehenden weißen Herrschaft durchaus nicht vollkommen zukunftsicher sind und daß auf der anderen Seite der farbige Ansturm auch südlich des Sambesi an Zielsicherheit und innerer Wucht von Jahr zu Jahr merklich zunimmt.

Es ist gleichzeitig merkwürdig und äußerst bedenklich, in welchem Umfang die Ereignisse der Weltpolitik, die europäischen Geschehnisse den Kampf der Rassen in Südafrika direkt beeinflussen. Bereits der Abessinienkrieg, noch mehr aber die Tschechenkrise und die seitdem bestehende künstliche Dauerkrise europäischer Politik machen sich im Verhalten und in der gesteigerten Aktivität der südafrikanischen Eingeborenen fühlbar. Die in Südafrika von jüdischen und imperialistischen Kreisen mit besonderer Heftigkeit betriebene Deutschenhetze unterstützt indirekt die bolschewistische und panafrikanische Agitation unter den Eingeborenen. Die gegen die autoritären Staaten gerichtete Kampfgemeinschaft von Imperialisten, Liberalen, Salonbolschewisten und richtigen Bolschewisten innerhalb der weißen Bevölkerung führt naturgemäß auch zu größerer Duldsamkeit gegenüber einer Agitation unter den Eingeborenen, die größtenteils aus denselben Quellen stammt.

Die Lage wird besonders erschwert dadurch, daß die Zwistigkeiten unter den Weißen, die Gegensätze zwischen imperialistischer und südafrikanischer Politik eine geradlinige, klar ausgerichtete Eingeborenenpolitik bisher verhindert haben und wohl auch weiterhin verhindern werden. Die südafrikanische Eingeborenenpolitik stellt ein typisches Beispiel der klassischen englischen Politik des „muddle through“, des Fortwurstelns, dar. Sie ist vor allem das Kampffeld streitbarer Missionare sämtlicher Bekenntnisse und ebenso streitbarer Philantropen, die in ihr ein geeignetes Objekt zur Durchführung utopischer Experimente erblicken. Die Wirklichkeitsentfremdung und doktrinaire Verbohrtheit, die utopische Zielsetzung und die recht häufige plumpe Gehässigkeit auf negrophiler Seite führt natürlich auf seiten der volksbewußten Afrikaner, die um ihre Herrschaft und die Zukunft ihrer Kinder kämpfen, zu entsprechender Versteifung der Haltung und vereitelt häufig mögliche und notwendige Zugeständnisse und Reformen, die ohne die Hemmungslosigkeit der negerfreundlichen Agitation vielleicht gewährt worden wären. Der Leidtragende dieses Zwiespalts innerhalb der Herrenkaste ist zunächst einmal im großen und ganzen der Eingeborene. Es kann aber sehr bald der Zeitpunkt kommen, wo er diesen Zwiespalt praktisch auch im großen Rahmen auszunutzen verstehen wird, wie er ihn mit bemerkenswerter psychologischer Einfühlungsgabe schon jetzt häufig im Alltagsleben für sich und seinen kleinen Vorteil auszuwerten versteht.

Rein biologisch betrachtet, steht die weiße Herrschaft am Kap auf recht schwachen Füßen. Zwei Millionen Weiße stehen sieben Millionen Farbigen gegenüber, und das Tempo der natürlichen Vermehrung verschiebt sich immer mehr zugunsten der Farbigen. Während das erschreckende Fortschreiten der Verstädterung die gesamte weiße Bevölkerung gefährdet, wird immer nur ein Teil der farbigen Bevölkerung von ihr erfaßt, mehr als fünf Sechstel sind der Gefahr noch auf lange entzogen.

Als weitere Schwächung der weißen Stellung muß die erstaunliche Erscheinung der sogenannten „armen Blanken“ angesehen werden. Die Zahl dieser enterbten und entwurzelten Weißen umfaßt mehr als ein Fünftel der weißen Bevölkerung der Union, das Ergebnis eines hemmungslosen Überkapitalismus, der Herrschaft des Goldkapitals. Abgesehen von der enormen wirtschaftlichen Belastung, die dieser hohe Prozentsatz weißer Überproletarier darstellt, bedeutet er eine dauernde, sehr direkte Bedrohung der weißen Herrschaftsstellung. Der Augenblick, in dem es der planmäßig gerade unter diesen Deklassierten arbeitenden bolschewistischen Agitation gelingen würde, die letzten Reste des auch in diesen Ärmsten der Armen noch lebendigen Rassenstolzes zu vernichten und sie in eine Front mit den Massen der Farbigen einzureihen, würde der schwärzeste Augenblick südafrikanischer Geschichte sein. Auf afrikanisch-nationaler Seite hat man diese Gefahr in den letzten Jahren erkannt und kämpft auf allen Gebieten energisch gegen sie an. Hierzu gehört neben der Schaffung einer Reihe sozialer und kultureller Einrichtungen auch der Kampf um eine nationalafrikanische, nicht englisch-imperialistische Wehrmacht. Die Ergebnisse dieser von viel Idealismus und Opferwilligkeit getragenen Bestrebungen bleiben abzuwarten, zunächst besteht die Gefahr und das Elend der armen Blanken in unverminderter Stärke fort.

Für Europa kann es durchaus nicht gleichgültig sein, ob in Südafrika ein weißes Volk in gesichertem Herrschaftsbereich steht oder ob sich dort allmählich ein Mulatten- und Negerstaat bildet. Für das Britische Reich aber mag es eine Frage zweiten Ranges sein, solange der strategische Stützpunkt an Afrikas Südspitze und die Ausbeutung der Goldfelder durch eine solche Entwicklung nicht gefährdet werden. Man könnte sich sogar eine englische Reichspolitik vorstellen, der ein gefügiger, unselbständiger Mulattenstaat an diesem wichtigen Punkt der Reichsstrategie genehmer wäre als eine selbstbewußte und nackensteife weiße Bevölkerung. England hat in seiner bisherigen Geschichte noch keinen Beweis dafür geliefert, daß ihm die Belange der weißen Rasse als solcher über seine Reichsinteressen gingen. Es hat sich nie gescheut, „loyale“ farbige Untertanen gegen unbotmäßige Weiße einzusetzen — allerdings hat es sich wohl gehütet, zuviel davon zu reden.

Wenn man an die in Südafrika tatsächlich bestehende farbige Gefahr denkt, braucht man durchaus nicht immer an blutrünstige und greuelvolle Negeraufstände im Stil einer gewissen Sensationsliteratur zu denken, obwohl gewaltsame Ausbrüche sicher der unbeherrschten Augenblicksnatur des Bantu entsprechen. Zur ernstlichen Gefährdung weißer Herrschaft genügt schon rücksichtslos durchgeführter passiver Widerstand, Sabotage, namentlich der Verkehrsmittel, durch die Massen der farbigen Arbeiter. Bereits jetzt wird in Kapstadt auf Versammlungen der Farbigen der kommende Generalstreik als Mittel zur Erlangung der heiß begehrten „Gleichberechtigung“ gepriesen und offen davon gesprochen, daß die Zeit zum Einsatz

dieses Kampfmittels demnächst gekommen sein werde. Daß die praktische Verwirklichung derartiger Pläne kein Hirngespinnst ist, hat der planmäßig durchgeführte Boykott italienischer Schiffe in den südafrikanischen Häfen durch die schwarze Werftarbeiterschaft während des Abessinienkrieges bewiesen.

Man muß es als sehr fraglich ansehen, ob die weiße Wachstumsspitze in Südafrika auf die Dauer imstande sein wird, sich aus eigener Kraft, ohne Kräftenachschub aus dem Muttererdeil in ihrer bisherigen Stellung zu halten. Die derzeitige Einwanderung aus Europa ist geradezu lächerlich gering und fällt gegenüber der natürlichen Vermehrung der Farbigen überhaupt nicht ins Gewicht. Auch eine qualitative Stärkung der weißen Herrschaft etwa durch Schaffung neuer Industrien ist aus Gründen der Eingeborenenpolitik zur Zeit unmöglich. Jede auch nur einigermaßen großzügige Industrialisierung würde, wie das jetzt schon im Goldgebiet zu beobachten ist, zwangsläufig zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg Hunderttausender von Farbigen führen, der zum mindesten solange als eine unmittelbare Gefahr bezeichnet werden muß, als Südafrika sich nicht zu einer klaren und zielsicheren Eingeborenenpolitik durchgerungen hat.

Natürlich ist die Eingeborenenfrage das Problem ganz Afrikas, für keinen Teil des Kontinents ist sie jedoch von derartiger Bedeutung wie für sein größtes weißes Siedlungsgebiet, die Südafrikanische Union. In Südafrika kämpft Europa nicht um Rohstoffe und Absatzgebiete, sondern ganz einfach um sein Leben.

So wie die Dinge liegen, erscheint eine irgendwie ins Gewicht fallende Stärkung des weißen Elements in Südafrika durch Zuwanderung unmöglich. Einer Einwanderung in größerem Stil steht auch die verständliche Abneigung der Südafrikaner gegen eine mögliche Überfremdung im eigenen Land oder auch nur gegen die Möglichkeit einer weiteren Komplizierung der jetzt schon nicht restlos erfreulichen Verhältnisse innerhalb der in ihre blutmäßigen Bestandteile zerfallenden weißen Bevölkerung entgegen. Praktisch möglich erscheint nur eine tatsächliche Stärkung der weißen Herrschaftsstellung in anderen Teilen des südlichen Afrika, die sich auch auf Südafrika auswirken müßte, sowie eine Stärkung des Selbstbehauptungswillens des Europäertums, eine Hebung seiner Vitalität und der Kinderfreudigkeit.

Diese doppelte Aufgabe kann nur das als Kolonialmacht nach Afrika zurückkehrende Deutschland lösen. Im Sinne der Erhaltung weißer Herrschaft, weißen Lebens und weißer Kultur im schwarzen Erdteil ist die Rückgabe der deutschen Kolonien eine Lebensfrage für Europa.

Deutschland ist das einzige europäische Volk, das noch imstande ist, dem weißen Lebensraum in Afrika frisches Blut, dem weißen Selbstbehauptungswillen frische Energie zuzuführen. Der Propagandafeldzug, der in Südafrika gegen die Rückgabe der deutschen Kolonien geführt wird, wird im Interesse übevölkischer, kapitalistischer und imperialistischer Mächte geführt, denen das Schicksal der weißen Rasse als solcher gleichgültig ist, solange ihre finanziellen Interessen und die seestrategischen Belange des Empire gesichert bleiben.

Es erscheint jedoch sogar vom imperialistischen Standpunkt aus höchst fraglich, ob eine solche Politik, die die Belange der weißen Rasse zum mindesten nicht wahrnimmt, auf die Dauer nicht auch eine Gefährdung des Britischen Reiches bedeuten würde. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat Weltpolitik wie Weltstrategie auf völlig neue Grundlagen gestellt. Die lineare und flächenhafte Anschauungsweise der Seestrategie ist vom Raumdenken des Luftkriegs abgelöst worden. Der Charakter des Luftkrieges bedingt eine Auflockerung der Verteidigung in weite

Räume, die unüberwindlichen Zwingfesten viktorianischer Zeit sind zu Mause fallen geworden. Die alten Stützpunkte von der Art Maltas und Gibraltars waren durch zahlenmäßig begrenzte Truppen zu halten, die strategischen Verteidigungs- und Aufmarschräume unserer Zeit bedingen eine durchaus zuverlässige Bevölkerung. Aus diesem Gedankengang heraus erscheint die englische Reichspolitik, wie sie im Augenblick geführt wird, in Südafrika ebenso unklug wie in Europa.

In Südafrika wie in Europa steht England am Scheidewege. Es geht darum, ob England gewillt sein wird, um einer wirklichen, auf lange Sicht gedachten Sicherung seines Weltreiches willen sich mit den volksbewußten Kräften der weißen Rasse in Europa wie in Afrika zu verständigen oder ob es seine augenblickliche Politik des Verrats an Europa auch in Afrika folgerichtig zu offenem Verrat an der weißen Rasse weiterführen will, um das Trugbild machtpolitischer und strategischer Sicherheit gegen eine eingebilddete Bedrohung, die nur durch Englands Verrat an Europa Tatsache werden könnte, zu schützen.

Die volksbewußten Kräfte der weißen Rasse haben immer ihre Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit England auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung erklärt. Die Zeiten aber, in der europäische Kulturvölker sich als Kanonenfutter und Blutdünger für die selbstsüchtigen Ziele eines kapitalistischen Imperialismus mißbrauchen ließen, sind auf immer vorbei. Entweder macht England Ernst aus der von ihm so oft mißbrauchten Phrase vom Gesamtinteresse der weißen Rasse oder es beschwört durch einen nochmaligen Versuch zur Versklavung der Zukunftsträger der eigenen Rasse eine Auseinandersetzung mit diesen Kräften herauf. Der Ausgang kann kaum zweifelhaft und die Wahl sollte daher für England leicht sein.

Auf lange Sicht gesehen ist die Stellung des Britischen Reiches am Kap nicht gesicherter als die Herrschaft der weißen Rasse in diesem Gebiet. Darüber hinaus müßte sich jeder Politiker des Empire, der nicht nur Augenblicks- und Verlegenheitspolitik treibt, darüber klar sein, daß tatsächlich britische und weiße Belange nicht nur an dieser Stelle des Britischen Reiches identisch sind, sondern daß Weltgeltung der weißen Rasse und Weltgeltung des Britentums überhaupt einander weitgehend gegenseitig bedingen. Man kann sich zur Not vorstellen, daß die Vorrangstellung der weißen Rasse auch nach dem Zerfall des Britischen Reiches erhalten bliebe, man kann sich aber kein Britisches Reich mehr vorstellen in einer Epoche in der unsere Rasse als solche ihre Weltgestaltung eingeübt hätte.

Zur Zeit scheinen die Belange des Empire und Europas noch zueinander im Gegensatz zu stehen. Alle einsichtigen und verantwortungsbewußten, in Südafrika lebenden Europäer jedoch, ob Deutsche oder Afrikaner oder Engländer, erhoffen den Anbruch des Tages, wo auch England seine Verantwortung vor der Geschichte vor Europa erkennt und dementsprechend handelt. Die deutschen Kolonien im Besitz eines in seinen Lebensnotwendigkeiten befriedigten Deutschland werden das Empire aller strategischen Sorgen um die Sicherung der afrikanischen Hochstraßen des Reiches entheben, sie werden gleichzeitig der weißen Wachstumsspitze am Kap durch das Beispiel und den Ansporn volksbewußter deutscher Arbeit im eigenen Raum so viel neuen Auftrieb und innere Festigkeit geben, daß die weiße Herrschaft auf Jahrhunderte gesichert erscheint.

FRANK H. SCHMOLK:

Das amerikanische Mittelmeer

Geopolitisches um die amerikanische Land- und Inselbrücke

In einer mittelamerikanischen Zeitschrift hat sich kürzlich ein dortiger Privatpolitiker mit der „Zeitschrift für Geopolitik“ beschäftigt und Herrn Generalmajor Professor Dr. Haushofer den Mann genannt, welcher vom Führer des Deutschen Reiches beauftragt sei, mit der Geopolitik den pangermanistischen Imperialismus wissenschaftlich zu unterbauen.

Der nachfolgende Aufsatz mag ihm zeigen, daß Geopolitik keine deutsche Zielsetzung ist, sondern auf der ganzen Welt, auch in Amerika, zu finden und zu studieren ist, überall nämlich, wo Politik zwangsläufig und naturbedingt sich mit geographischen Gegebenheiten auseinandersetzt. Wir wollen dies an einem Beispiel aus Amerika, der mittelamerikanisch-karibischen Land- und Inselbrücke, belegen.

Als damals Kolumbus auf seiner kühnen Fahrt vom spanischen Hafen Palos westwärts segelte, auf gut Glück auf die Insel Guanahani stieß und damit Amerika entdeckte, fuhr er von dort südwärts. Dieser geographische Zufall war für alle folgenden Zeiten höchst bedeutungsvoll. Wäre nämlich Kolumbus von den Bahamas noch weiter westwärts gefahren oder nach Norden, statt nach Süden umgebogen, sähe sicher die ganze Kolonialgeschichte Amerikas anders aus. Kolumbus wäre statt nach den Antillen dann nach Florida oder etwa in die Cheasepeake Bay geraten; und das hätte zur Folge gehabt, daß heute wohl der größte und zumindest der ganze südliche Teil Nordamerikas „lateinamerikanisch“ wäre. Schon die geographische Breitenlage der Iberischen Halbinsel zu Amerika, die ersten Landeplätze der allerersten europäischen Ankömmlinge auf dem amerikanischen Kontinent, waren also für die ganze spätere politische Entwicklung des Doppelkontinents ausschlaggebend!

Weiter dürfte für den Verlauf der späteren spanischen Conquista im wahren Sinne des Wortes maßgebend gewesen sein, daß sowohl das ganze Mississippibecken im Norden des mexikanischen Golfes, wie das Gebiet der großen südamerikanischen Ströme im Süden, dem Vordringen der Spanier Halt geboten und diese auf Mittelamerika und die atlantische Küste Südamerikas beschränkten. Das Scheitern de Sotos an diesen geographischen Schwierigkeiten zum Beispiel ließ die Spanier auf eine Eroberung Südnordamerikas verzichten.

Daß die spanische Eroberung in Südamerika einen ganz anderen Weg nahm,

1 Entdeckung und Conquista



1. Entdeckung und Conquista

Die Entdeckung verläuft von Ost nach West, breitet sich über den Isthmus in Richtung der Pfeile aus und setzt sich schließlich südwärts fort.

war wiederum die Folge einer geographischen Entdeckung, nämlich der des Pazifischen Ozeans. Als Vasco Nuñez de Balboa im Jahre 1513 zum erstenmal den Pazifik schaute, wurde der Weg entlang der mittelamerikanischen Westküste und der Weg Pizarros ins Inselreich frei. Wiederum entsprang die „Politik der Eroberung Boliviens und Perus“, aus einer geographischen Gegebenheit: der der Landenge von Panamá.

So zeigt sich also, daß schon die ersten Anfänge europäischer Besitznahme Amerikas, also die spanische Eroberungspolitik, eng an geographische Grundlagen gebunden war.

Wenn wir dazu noch die für diese ersten Eroberer und Kolonisatoren wichtigen Plätzen, des Vorhandenseins von Beute, ausbeutbarer Völkerschaften und natürlicher Reichtumsquellen einbeziehen, so haben wir bereits vor über vierhundert Jahren in der Kolonisierung Mittel- und Südamerikas den ganzen Komplex der den modernen Begriff „Geopolitik“ ergebenden Erscheinungen, sogar lange bevor leere Räume in Nordamerika die Einwanderung und Zugrichtung der späteren „Amerikaner“ bestimmten.

Denn auch die Entdeckung, Eroberung und Besiedelung Nordamerikas verlief analog westwärts in der geographischen Breite der Mutterländer Frankreich, Holland und England.

In der ganzen kolonialen Epoche Amerikas, also etwa bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, war der neue Kontinent mehr oder weniger breitenzonenweise mit Europa verbunden und ausgerichtet.

So bildeten die spanischen Kolonien vom Nordrand Südamerikas bis zum Südrand Nordamerikas eine Zone, die wirtschaftlich, politisch und verkehrsmäßig nach Osten, zum spanischen Mutterland, ausgerichtet war. Es ist bezeichnend, daß ein engerer Verkehr in der Längsrichtung des mittelamerikanischen Isthmus kaum vorhanden war. Der Weg von Cartagena oder Bogotá nach Mexiko führte über Santo Domingo oder Kuba, manchmal sogar über Madrid. Selbst das südamerikanische Anhängsel dieses Kolonialreiches, Peru, leitete all seine Beziehungen und seinen Verkehr über die mittelamerikanischen Landengen und Verwaltungszentren zum Mutterland.

Mit der Verselbständigung der spanischen Gebietsteile der Neuen Welt zerfiel das spanische Kolonialreich in einzelne Republiken, die sich in der Folgezeit noch mehr gegeneinander abschlossen. Abgesehen von den immer wieder gescheiterten Versuchen, mehr oder weniger gewaltsam eine Föderation zu schaffen, entwickelte

2 Einstellung der Kolonien



2. Einstellung der Kolonien

Der Zusammenhang mit dem Mutterland verläuft von West nach Ost. Alle Wege führen über den Isthmus und die Antillen. Nur die Randgebiete Nord- und Südamerikas werden kolonisiert, der Schwerpunkt liegt in Mittelamerika.

sich jeder dieser neuen Staaten für sich allein; der koloniale Block wurde zu der heute bestehenden graduellen Verschiedenheit seiner vielen Nachfolgestaaten auf allen Gebieten zersprengt und aufgelockert. Hierbei ist wiederum zu beobachten, welch großen Einfluß auf die Entwicklung der einzelnen Länder ihre geographischen Gegebenheiten ausübten, indem Stadtbildung, Verkehr, sozialer Stand, Wirtschaft und schließlich auch Politik von Hoch- und Tiefland, Küstenbildung, Flüssen und Seen, Gebirgen und der rassischen Zusammensetzung der Bevölkerung weitgehend beeinflußt wurden.

Zu erwähnen ist weiter, daß die Auflockerung in Einzelstaaten koloniale Vorstöße jetzt der Engländer, Holländer und Franzosen begünstigte, womit amerikanisches Land in deren Besitz kam oder verblieb.

In dieser Zeit wirkte Südamerika ideell, durch seinen großen Staatsmann und Freiheitskämpfer Simon Bolivar, nach Mittelamerika ein. Infolge des noch immer fehlenden interamerikanischen Verkehrs jedoch schloß diese damals angebaute Ausrichtung Mittelamerikas nach Südamerika bald wieder ein. Der ganze Rest des 19. Jahrhunderts ist durch die politische Dezentralisation auf die Einzelländer gekennzeichnet.

Nordamerika war in Lateinamerika noch nicht auf dem Plan erschienen; als Vorläufer seiner späteren Interessennahme fallen in diese Unabhängigkeitszeit lediglich das von San Francisco Cal. her ausgerüstete Eroberungsunternehmen des Abenteurers Walker — eines Vorläufers der späteren Yankee-Promotoren — und die vorläufig platonische Liebeserklärung des USA.-Präsidenten Monroe für seine „Southern Brothers“ vom Jahre 1823 — als Vorläufer der späteren guten Nachbarschaft.

*

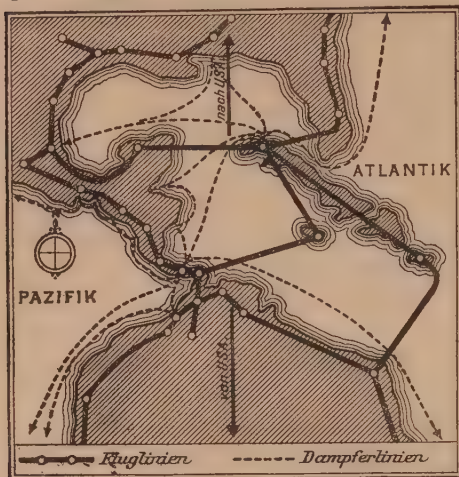
Die USA.-Politik im Karibischen Meer und in Mittelamerika begann praktisch erst mit der Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien in Kuba im Jahre 1898.

Man kann ziemlich genau die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert als Wende der geopolitischen Ausrichtung Mittelamerikas festsetzen. Von diesem Zeitpunkte ab wurde die mittelamerikanische Länder- und Inselbrücke zunächst wirtschaftlich, dann politisch und zuletzt strategisch ausgesprochen zur nordamerikanischen Interessensphäre. Ihre ganze Ausrichtung wurde nun, wiederum auf Grund jetzt neu in Erscheinung tretender geographischer Gegebenheiten, eine andere: statt der kolonialen, durch die Unabhängigkeit abgerissenen horizontalen Westostachse trat nun die vertikale Nordsüdachse in Erscheinung.

Nordamerika hatte sich viel schneller entwickelt als Mittel- und Südamerika. Überschüssiges Kapital aus Nordamerika suchte und fand Anlage in Staatsanleihen und wirtschaftlichen Unternehmungen in Mittelamerika und Karibien. Nordamerikanische Industrieware kam herunter, tropische Produkte wanderten hinauf. Die verkehrstechnische Aufschließung dieser Gebiete durch Eisenbahnen, Elektrifizität, Kraftfahrzeuge und Wegebau setzte ein. Das Abreißen der Verbindungen nach der Alten Welt und die Aufnahme solcher mit Nordamerika wurden durch den Weltkrieg stark begünstigt. Schließlich wurden diese Verbindungen durch die Einrichtung amerikanischer Dampferlinien in beiden Ozeanen, entlang den mittelamerikanischen und karibischen Küsten nach Südamerika, den damit einsetzenden Reiseverkehr und zuletzt den durchgehenden Flugverkehr ergänzt und verstärkt.

Ganz abgesehen von dem ideellen Panamerikanismus, der ja schließlich in der Hauptsache eine Resultante aus den nordamerikanischen Wirtschaftsinteressen in Süd- und Mittelamerika ist, entwickelte sich hier die schon längst zu erwartende Wechselwirkung zwischen der Nord- und Südhälfte des amerikanischen Kontinentes, und zwar über die naturgegebene Brücke Mittelamerikas.

3 Mittelamerika als Brücke



3. Mittelamerika als Brücke

Die Lage hat sich geändert: Die Verbindungen verlaufen jetzt, wie dies Verkehrskärtchen zeigt, vorwiegend von Nord nach Süd.

Nach der Auflösung des spanischen Kolonialreiches in der Unabhängigkeitszeit sehen wir nun in der panamerikanischen Zeit die vertikale Nordsüdlinie als Achse des ganzen Kontinents auftreten und die mittelamerikanisch-karibische Brücke in ihrer Längsrichtung ihren naturgegebenen Zweck der Verbindung der beiden Kontinenthälfte erfüllen.

Die natürliche Aufgabe einer Landenge zwischen zwei Meeren ist weiter naturgemäß die Verbindung dieser Meere. Der mittelamerikanische Isthmus erfüllte sie schon, schlecht und recht, als unter allerhand Schwierigkeiten in der spanischen Kolonialzeit über ihn das Gold der Inkas aus dem Golf von Fonseca nach den hondurenischen Atlantikhäfen oder von Balboa über die Landenge von Panamá nach Puerto Bello und Cristobal geschafft wurde. Als Verlängerung der Ostwestausrichtung suchte später französisches Kapital den Panamakanal durchzustoßen.

Der Gedanke, die Meere durch einen Kanal über den Isthmus zu verbinden, erhielt neuen Auftrieb, als nun das amerikanische Mittelmeer Interessensphäre der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde und besonders, weil mit dem Einsetzen der amerikanischen Schifffahrt der Weg von der nordamerikanischen Ostküste zur südamerikanischen Westküste durch diesen Kanal wesentlich abgekürzt werden konnte und überhaupt die Durchfahrt von einem Meer ins andere dem Schiffsahrts- und Handelsverkehr Amerikas einen starken Auftrieb geben mußte. Daß übrigens der Panamakanal in der Folgezeit viel mehr für den Verkehr von und nach den beiden amerikanischen Küsten benutzt wurde und wird, als für die Fahrt etwa nach Ostasien, geht ohne weiteres aus der Passagestatistik hervor. Es überwiegt, auch für die Schifffahrt von Europa, durchaus die Bestimmung nach amerikanischen Westküstenhäfen, also die Benutzung des Kanals als amerikanischer

4. Die meerverbindenden Kanäle

Vorläufig ist erst der Panamakanal ausgeführt, es dürfte aber nur eine Frage der Zeit sein, wann noch ein weiterer Durchstich erfolgt.

4a. Der Panamakanal

Begonnen von den Franzosen als Durchfahrt nach Asien, kam das Werk 1903 in die Hände der Nordamerikaner und gewann seitdem überwiegende Bedeutung für den interamerikanischen Verkehr und die nordamerikanische Flotte.

4a

Der Panama-Kanal



4b

Der Nicaragua-Kanal



4b. Der Nikaraguakanal

Geplant seit 1834. Durch das Clayton-Bowler-Abkommen zwischen USA. und England im Jahre 1850 als internationaler Kanal geplant. 1916 durch das Bryan-Chamorro-Abkommen und Zahlung von 3000000 Doll. als ausschließliche Konzession für die USA. gekauft. 1939 beim Besuch des Präsidenten von Nicaragua in Washington nochmals zurückgestellt.

4c

Der Tehuantepec-Kanal



4c. Der Tehuantepekanal

Nach dem 1937 beim Kongreß von USA. eingereichten Vorschlag des Abgeordneten Tinkham, dessen Projekt den Ankauf der Kanalroute und 495 Mill. Dollar Kosten vorsieht.

Kanal, im Gegensatz zum Suezkanal, wo es sich um die Durchfahrt von einem Kontinent zum anderen handelt.

War also schon von vornherein ein überwiegendes amerikanisches Interesse an der Errichtung eines Kanals durch die mittelamerikanische Landenge gegeben, so

tritt jetzt noch ein neuer Faktor auf, der in dem verbindungslosen Bestehen einer atlantischen und einer pazifischen Küste der USA. liegt: Für den Kriegsfall wurde es von größter Wichtigkeit für die Vereinigten Staaten, ihre Kriegsflotten schnellstens von einem Ozean in den anderen werfen zu können, und dafür führt der Weg eben über den mittelamerikanischen Isthmus. So kommt das militärisch-strategische Element mit ins Spiel und überwächst schließlich alle anderen Interessen. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß auch in Amerika Geopolitik gemacht wird, nämlich Politik auf der Grundlage geographischer Gegebenheiten, so stellt ihn die Geschichte und Tatsache des Panamakanals.

Der Plan und Gedanke eines interozeanischen Kanals durch den mittelamerikanischen Isthmus lag übrigens schon viel früher vor; wenigstens traf der erste diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten, der Mittelamerika 1834 bis 1836 bereiste, John L. Stephens, bereits in diesen Jahren nordamerikanische Ingenieure auf der Suche nach einer Kanalroute in Nicaragua. Der Plan des Nikaraguakanals ist verschiedentlich wieder aufgenommen und dann wieder zurückgestellt worden. Im Mai dieses Jahres unternahm der Präsident von Nicaragua, General Anastasio Somoza, eine Reise nach Washington in dieser Angelegenheit, erlangte jedoch dabei lediglich einen Kredit von zweieinhalb Millionen Dollar, der zum Teil zur Verbesserung des Laufes des San-Juan-Flusses, der für einen solchen Kanal benutzt werden könnte, verwendet werden soll.

Ende April dieses Jahres veröffentlichte die mexikanische Presse unter großer Sensation ein vom republikanischen Abgeordneten des Nordamerikanischen Kongresses, Tinkham, am 22. Januar 1937 dem Nordamerikanischen Kongreß vorgelegtes Projekt eines Kanals durch den Isthmus von Tehuantepec in Mexiko. Dieses geheim behandelte, jedoch in die Hände der mexikanischen Regierung und von da in die Presse gelangte Projekt sah den Ankauf des nötigen Landstreifens in Tehuantepec aus Staatsmitteln der USA., 490 Millionen Dollar, und die Übertragung des Unternehmens an eine zu gründende nordamerikanische Kanalgesellschaft vor.

Mit der Kanalffrage kommen wir zur letzten ausgesprochenen Phase amerikanischer Geopolitik in Mittelamerika.

Die auf der Hand liegende höchste strategische Wichtigkeit des bisher einzigen Durchlasses zwischen Atlantik und Pazifik durch den mittelamerikanischen Isthmus — gerade in diesen Tagen hat der USA.-Kongreß die Mittel für den doppelten Ausbau der Schleusen des Panamakanals bewilligt, wodurch die Gefahr der Blockierung des Kanals an seinen verwundbarsten Stellen herabgemindert werden soll — macht es erklärlich, daß die Vereinigten Staaten ihre Panamakanalzone aufs stärkste befestigen und wie ihren Augapfel bewachen. Der Schutz dieser wichtigen, immerhin vom Territorium der Vereinigten Staaten ziemlich entfernt liegenden Verbindung hat, zusammen mit den sonstigen USA.-Interessen in Mittelamerika und Karibien, stark dazu beigetragen, daß die Vereinigten Staaten sichtlich bestrebt sind, aus dem Karibischen Meer und allen seinen Randgebieten ein amerikanisches Binnenmeer zu machen.

Ähnlich wie England im Mittelmeer, haben sich die USA. eine Verteidigungsstellung der Kanalmündungen auf den vorgelagerten Inseln geschaffen und zur Sicherung der Verbindung mit ihrem Territorium die Hand auf das ganze amerikanische Mittelmeer gelegt. Von Key West an der Südspitze Floridas über Guantanamo

im Süden Kubas, Portoriko, das jetzt befestigt werden soll, reihen sich Flotten- und Flugbasen aneinander, und die im Süden noch klaffende Lücke sollte durch den Ankauf Curacaos geschlossen werden, was aber nicht gelungen ist. An der Nordküste von Honduras haben sich die Amerikaner in aller Stille in Puerto Castilla einen Stützpunkt geschaffen, während sie im Golf von Fonseca durch den einseitigen Bryan-Chamorro-Vertrag mit Nicaragua, trotz Protests der anderen Anrainer, und auf den Panamá gegenüberliegenden Perlinseln auf der pazifischen Seite gute Vorwerke haben. Schließlich stehen ihnen die Bodenorganisationen der Fluglinien über Mittelamerika als wertvolle Stützpunkte für die starke in der Kanalzone unterhaltene Luftmacht, und dann noch die ihrer Vollendung entgegensehende durchgehende panamerikanische Autobahn von Laredo in Texas her bald als Anmarschstraße bis zum Kanal zur Verfügung. Dieselbe Straße kann als Rückgrat einer etwa notwendig werdenden Verteidigung des Isthmus gegen eventuelle japanische Angriffe auch sonst von großer Bedeutung werden.

5 Amerikanisches Mittelmeer



5. Amerikanisches Mittelmeer

Die bisher einzige Durchfahrt von Meer zu Meer, der Panamakanal, veranlaßt die Einbeziehung des amerikanischen Mittelmeers in die Wehr- und Verteidigungszone der USA. Befestigungen sind oder werden geschaffen entlang dem Kanal und an seinen Mündungen (Colon, Panama, Pearl Islands), in Porto Rico (1939 beschlossen), Stützpunkte für Flotte und Flugverbindung befinden sich: in Key West, Guantanamo, Puerto Castilla, Fonseca-Golf, an beiden Küsten verteilt. Die panamerikanische Landstraße wird zur Zufahrtsstraße.

Wir haben hier also den Fall, daß die ganze mittelamerikanische und karibische Land- und Inselbrücke, mit ihren natürlichen Stützpunkten, Inseln, Buchten, die ganze Nord-Süd-Verbindung zu Wasser, auf dem Lande und in der Luft, ein vollkommenes strategisches Verteidigungssystem des nordamerikanischen Bruders in, auf und um die mittelamerikanischen und karibischen Republiken bildet, an dem diese Länder selbst keinerlei eigenes Interesse haben, es sei denn, daß es sie gleichzeitig davor schützt, etwa im Falle eines japanischen Angriffs aus dem Pazifik zu Lande- und Kriegsschauplätzen zu werden.

Abschließend kann man also feststellen, daß das amerikanische Mittelmeer, daß die mittelamerikanisch-karibische Land- und Inselbrücke als Bindeglied zwischen Nord- und Südamerika und als Glacis für den Panamakanal, aus ihren geographischen Gegebenheiten heraus nunmehr politisch immer mehr zu einem ‚Mare Nostrum‘ Nordamerikas werden.

GUSTAV FESTER:

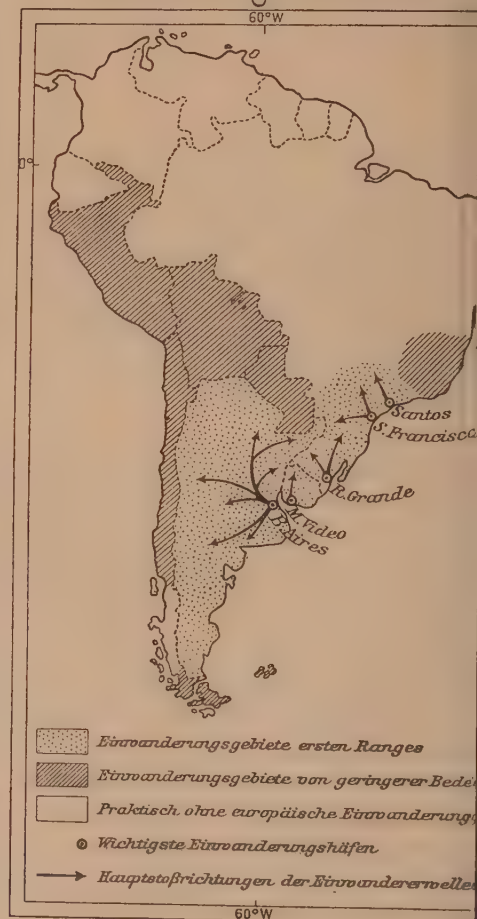
Südamerikanische Volks- und Rassenfragen

Der zusammenfassende Titel dieses Aufsatzes soll nicht bedeuten, daß Südamerika in völkischer Hinsicht als Einheit aufgefaßt werden darf. Der Einheitsbegriff existiert nur für die Betrachtung aus der Ferne, von Europa oder Nordamerika aus, wo ähnlich, wie bei dem Urteil über eine Landschaft von weit entferntem Standpunkt, die differenzierenden Einzelheiten für den Beschauer verschwinden. Wenn auch die völkische Gliederung, die Ausprägung von individuellen Zügen nicht so bunt ist wie im alten Europa, so bleiben doch bei näherer Betrachtung genügend unterscheidende Merkmale, um zum mindesten einige ausgeprägte Volkstypen herauszustellen: das stark gefühlsbetonte, etwas pathetische Wesen des Brasilianers, des mehr real denkenden, sanguinischen Neu-Argentiners, des ein wenig zum Zeremoniösen neigenden Peruaners ist so charakteristisch, und die Unterschiede im Volkscharakter sind sicher ebenso groß wie zwischen den Portugiesen,

Rassenverteilung in Südamerika



Einwanderung in Südamerika



Italienern und Kastilianern, die für die geistige Erbmasse dieser südamerikanischen Völker in erster Linie verantwortlich sind.

Zugegeben werden muß, daß die Analogien bei den Völkern des mittleren und nördlichen Andengebiets außerordentlich groß sind, dafür bestehen aber innerhalb anderer Länder, Chile und Brasilien, so große zonare Unterschiede, daß das Volkstum dieser Gebiete nicht summarisch behandelt werden darf. Im Gegensatz also zu W. Mann, dessen geistreiche und vielfach zutreffende Beobachtungen für ganz Südamerika verallgemeinert doch eine Art Prokrustesbett für die einzelnen Volkscharaktere darstellen, muß eine Darstellung die Differenzierung erheblich weiter treiben, was auch in unseren Skizzen zum Ausdruck kommen soll.

Der Volks- und Rassencharakter kann in unserem Fall als Resultante zweier Kräftegruppen aufgefaßt werden, der defensiv-beharrenden des Ureinwohners und der aggressiv-fortschrittlichen des Einwanderers, wobei dessen energetische Überlegenheit nicht nur auf den Eigenschaften der weißen Rasse an sich beruht, sondern auch darauf, daß der Angreifer strategisch im Vorteil ist und daß außerdem normalerweise schon die Auswanderung eine Auslese besonders energiereicher Elemente bedeutet. Bei beiden reagierenden Gruppen müssen nun noch Unterabteilungen gemacht werden. Die Eingeborenen können zu den altindianischen Kulturkreisen der Andenvölker gehören oder zu den der Fremdkultur zugänglichen Völkern wie die Guaraní (auch die Araukaner gehören hierher, obwohl die Neigung zu Kultur und Staatenbildung geringer ist) oder schließlich zu den Indios des tropischen Tieflandes, deren Unkultur und Unkultivierbarkeit wohl ebensosehr mit den geographischen Gegebenheiten des Urwaldes wie mit dem ursprünglichen Rassencharakter zusammenhängt.

Hinsichtlich der Einwanderer ist die notwendige Differenzierung noch größer. Es ist die bisherige völkische Zugehörigkeit zu berücksichtigen, wobei die ganze Musterkarte Europas und einige asiatische und afrikanische Völker in Betracht kommen (abgesehen von der hypothetischen pazifischen Einwanderung der vorkolumbianischen Zeit), wenn auch letzten Endes nur wenige Völker als Hauptbestandteile in die Rassen- und Volksmischung¹⁾ eingetreten sind. Ferner kommt auch noch der soziale Charakter der Einwanderer in Frage, ob es sich um völlig freie Individuen, Sklaven oder pseudofreie tropische Plantagenarbeiter handelt, dann auch, bei der ersten Unterabteilung, ob um städtische oder ländliche, flächenhaft siedelnde Elemente.

Nicht minder groß sind die Mannigfaltigkeiten bei dem Zusammentreffen beider Kräftegruppen. Der Stoß der Einwanderer kann praktisch ins Leere gehen, d. h. die dünne Urbevölkerung, besonders wenn sie nicht sesshaft ist, wird verdrängt, wie es beispielsweise in Patagonien geschehen ist, seit die Truppen des Generals Roca 1879 den Rio Colorado überschritten. Ähnliches gilt für Teile Brasiliens, wenn auch die klimatischen Umstände im inneren Tiefland das Vordringen der weißen Rasse gegen die Indios bisher verhindert haben. Anders ist es da, wo die Beharrungskräfte der Eingeborenen erheblich waren, sei es rein passiver Art wie im Andengebiet die Sesshaftigkeit der Landbau treibenden Bevölkerung oder auch mehr kriegerisch-defensiver Art wie bei den Araukanern, die den Chilenen förmliche Schlachten lieferten.

1) Unter Rassenmischung verstehen wir hier die Vereinigung mehrerer Rassen- und Volkselemente im Einzelindividuum, unter Volksmischung die Vereinigung der verschiedenartigen Individuen zum ganzen Volk, wobei jedes Individuum rassen- oder volksmäßig einheitlich oder gemischt sein kann.

Dort wo das Verdrängungsprinzip waltete, hat sich eine praktisch rein weiße Bevölkerung herausgebildet, wie in Argentinien, Uruguay, im nördlichen Mittelchile und in Südbrasilien, soweit nicht außerdem das Negerelement hinzutrat, wie in den küstennahen Gebieten der brasilianischen Mitte und des Nordens.

Dort wo indianische Völker von größerem Beharrungsvermögen saßen — in den westlichen Kordillerenländern und in Paraguay —, ist es zur Rassenmischung gekommen, derart, daß heute die Mestizen zahlenmäßig vorherrschen. Die altspanischen Einwanderer sind bei dem Mangel an weißen Frauen zum größten Teil im Mischlingstum aufgegangen, während die Zahl der Kreolen (ohne oder mit geringem indianischen Rasseneinschlag) nur klein ist. Unbedeutend ist im allgemeinen auch der Anteil des seit dem vergangenen Jahrhundert eingewanderten europäischen Elements, das meist unverbunden neben Kreolen und Mestizen in den Städten lebt, ausnahmsweise, wie die deutschstämmigen Bewohner Südchiles, auch flächenhaft siedelt, aber ebensowenig sich mit der älteren Bevölkerung amalgamiert.

Ein Amalgamationsprozeß großen Stiles der weißen Einwanderer findet also nur in den Gebieten statt, wo die indianische Urbevölkerung verdrängt war. Wir können diesen „Schmelztiegeltyp“ von den vorgenannten Ländern kolonialen Stiles unterscheiden, wo sich die weißen Einwanderer auf die kaufmännisch-industrielle Ausbeutung beschränken und stets mit der Rückkehr in die alte Heimat liebäugeln. Ein Aufgehen in der Mischlingsbevölkerung ist hier undenkbar, während sich die Amalgamierung in der „weißen“ südöstlichen Ecke des Kontinents anstandslos vollzieht, weil hier die kulturellen Unterschiede nicht allzu groß sind.

Alles in allem jedenfalls ist die Buntheit der Erscheinungen bei den Völkern Südamerikas außerordentlich groß; es sollen im nachfolgenden die Belange bei den verschiedenen Staaten oder Ländergruppen einzeln untersucht werden.

Nordstaaten

Die Länder des nördlichen Südamerika, zum großen Teil (außer Westvenezuela) dem geographischen Guyana entsprechend, zeigen in völkischer Hinsicht erhebliche Verschiedenheiten, sowohl unter sich wie gegenüber den Nachbargebieten. Von den 31½ Millionen Einwohnern Venezuelas ist nur ein ziemlich geringer Prozentsatz als reinrassig anzusehen. Die Weißen dürften etwa 10%, die Neger 5% und die Indios des Inneren eine noch geringere Zahl ausmachen, wobei die beiden letzteren Klassen noch die Tendenz zur Abnahme zeigen. Unter den über 80% Mischlingen überwiegen die Mulatten, während der Anteil der Zambos (Neger-Indianerabkömmling) und Mestizen geringer ist.

Britisch-, Niederländisch- und Französisch-Guyana sind typische Kolonien, d. h. es fehlt jegliche ernsthafte Tendenz zur Bildung von eigenem Staat und Volkstum. Über die Hälfte der Bevölkerung Gesamtguyanas wird von Negern und Mulatten gebildet, an zweiter Stelle kommen die als Plantagenarbeiter eingeführten Asiaten, während Weiße und Indios wohl nicht über 10% ausmachen. In Britisch-Guyana stehen die Hindus usw. sogar an der Spitze und im niederländischen Gebiet besteht etwa ein Drittel der Bevölkerung aus Javanen. Etwa die Hälfte der Weißen setzt sich aus Portugiesen und Brasilianern, einschließlich jüdischen Lusobrasilianern zusammen. Wieweit Guyana mit seinem ungesunden Klima als Heimstätte für jüdische Einwanderung in Betracht kommt, muß dahingestellt bleiben.

Nördliche Andenstaaten und Paraguay

Den nördlichen Andenländern ist gemeinsam, daß es sich hier um hochentwickelte Eingeborenenvölker handelt, die es in der vorkolumbianischen Zeit zu ansehnlichen Staatsgebilden gebracht hatten, wie die Chibcha von Kolumbien und die Kechua-Aimará-Völker des Inkareiches, das im wesentlichen dem heutigen Ekuador, Peru und Bolivien entsprach. Auch die Guaraní-Stämme von Paraguay haben unter Leitung der Jesuiten später wenigstens eine gewisse Eigenstaatlichkeit erreicht. Die Zusammensetzung der Bevölkerung geht aus folgender Tabelle hervor:

Staat	Einwohnerzahl	Weiße	Indios	Mestizen	Neger
Kolumbien...	6 000 000	35 %	2 %	58 %	5 %
Ekuador.....	2 000 000	10 %	60 %	30 %	1 %
Peru	7 000 000	9 %	23 %	65 %	3 %
Bolivien	3 000 000	13 %	über 30 %	über 50 %	—
Paraguay	950 000	3 %	97 %		—

Die Tabelle zeigt, daß für diese Länder ein Negereinschlag praktisch nicht existiert, außer in Kolumbien, wo ursprünglich ein Sklavenimport stattfand. Ferner sind, vielleicht von Ekuador abgesehen, den Mestizen gegenüber die reinblütigen Indios in der Minderzahl. Bei ihnen haben wir entsprechend dem geographischen Zonencharakter zwischen den zivilisierten, sesshaften der Hochländer und den Wilden der östlichen Tiefebene zu unterscheiden, deren Zahl jedenfalls gering ist, wie die Schätzung für Kolumbien zeigt¹⁾. Die Elemente der weißen Bevölkerung liegen im wesentlichen noch unverbunden nebeneinander, einmal die Kreolen, die besonders in Peru als Großgrundbesitzer, Beamte, Politiker die Tradition der spanischen Kolonialzeit fortsetzen und andererseits die seit dem vergangenen Jahrhundert eingewanderten Europäer und ihre Nachkommen. Die Grundbedingungen für eine starke Einwanderung sind in den Andenstaaten kaum gegeben. Die Talböden und die terrassierten Berghänge sind durch die einheimische Bevölkerung bereits überbesetzt, das tropische Tiefland kommt für Europäer nicht in Betracht, und die klimatisch günstigere Mittelzone, für die man in Peru und Bolivien Propaganda macht, leidet mindestens zur Zeit noch unter sehr schlechten Verkehrsverhältnissen. Von der Industrie ist nur Bergbau und Hüttenwesen nennenswert entwickelt, aber auch hier ist, von den Spezialisten abgesehen, kein Platz für weiße Einwanderer. Die Europäer und Nordamerikaner bilden also mehr oder weniger Fremdkörper in diesen Staaten, ohne Tendenz zur Amalgamierung, meist mit dem Bestreben, nach dem Vermögenserwerb als Kaufmann oder Techniker wieder in die alte Heimat zurückzukehren. Nicht viel anders ist es mit der asiatischen Einwanderung; die Japaner und Chinesen Perus gehören wie die Weißen meist zur städtischen Bevölkerung und unterscheiden sich nur in sozialer Hinsicht, indem sie sich hauptsächlich mit Kleingewerbe befassen.

Während in den Andenstaaten der spanische Kolonialstil mit der herrschenden Kreolenkaste das alte Inkasystem abgelöst hat, ohne daß (wie etwa in Mexiko) heute nennenswerte Anzeichen einer indianischen Renaissance zu beobachten wären, lebt in Paraguay die Tradition des Jesuitenstaates eigentlich in der Gegenwart noch fort, was z. B. dadurch in Erscheinung tritt, daß das Guaraní sozusagen zweite

1) Wahrscheinlich ist der Prozentsatz für Indios höher, für Weiße geringer anzunehmen, wie überhaupt die Ziffern der Tabelle nur auf rohen Schätzungen beruhen.

Staatssprache ist und im täglichen Leben sogar vor dem Spanischen den Vorrang hat. Das Land mit seinen günstigen Klima- und Verkehrsverhältnissen verträgt noch eher eine Verdichtung der weißen Bevölkerung als die Andenstaaten, und die Regierung ist sehr bemüht, Einwanderer in das Land zu ziehen. Wenn auch die sämtliche Weiße umfassende Ziffer von 3% wohl zu gering geschätzt ist, so ist doch bisher die Einwanderung — in erster Linie Argentinier und Italiener — nicht bedeutend und eine Amalgamierung hat kaum stattgefunden. Deutschstämmige Kolonien existieren sowohl östlich des Flusses wie im Chaco, wo die Mennoniten nahe dem bisherigen Kriegsgebiet siedeln.

Brasilien

In Brasilien haben wir die tropische Nordzone, wo der völkische Charakter im wesentlichen stagniert, von den 4 Südstaaten zu unterscheiden, die heute zum überwiegenden Teile als weiß anzusehen sind. Die Gesamtbevölkerung wird mit 42,4 Millionen angegeben, was etwas zu hoch sein mag, ebenso wie umgekehrt die Tendenz besteht, den farbigen Anteil zu verkleinern. Meist werden etwa 10—12% Neger und Mulatten angegeben (die Zahl der Mestizen und Indios ist gering, wenn sie auch über ein gewaltiges Areal verbreitet sind), aber andere Schätzungen sprechen von 50% Mischlingsbevölkerung. Einerseits mag die Wahrheit in der Mitte liegen, andererseits mögen in der geringeren Ziffer die Portugiesenabkömmlinge mit kleiner Beimischung von Negerblut nicht inbegriffen sein. In den letzten 100 Jahren dürfte dem Lande ein Einwanderersaldo von etwa 5 Millionen Köpfen geblieben sein, wobei die Italiener vor den Portugiesen und die Spanier vor den Deutschen rangieren, während in den letzten Jahren die osteuropäische einschließlich der jüdischen Einwanderung ziemlich bedeutend war. Unter Berücksichtigung der vegetativen Vermehrung nimmt man etwa an, daß über 50% der Bevölkerung von portugiesischer, über 20% von italienischer, 6% von spanischer und höchstens 2% von deutscher Abstammung sind.

Im Norden des Landes überwiegt das Mischlingstum, wobei das schwarze Element an der Küste, das braune im Inneren Amazonas vorherrscht. Neger und Mulatten, von denen letztere auf Kosten der reinen Rasse zunehmen, finden wir besonders bei Bahia und Pernambuco, im Gebiet der alten Zuckerindustrie. Auch in und bei Rio de Janeiro ist der farbige Prozentsatz erheblich, während im Süden der weiße Einwanderer den Schwarzen in lokaler und sozialer Hinsicht verdrängt hat; während wir z. B. in Spinnereien in San Paulo ausschließlich italienische Arbeiter finden, sehen wir nur in der Hafenstadt Santos heute noch den Neger und Mulatten als Verloader tätig. Obwohl also eine „colour-line“ wenigstens prinzipiell in Brasilien bisher nicht besteht, braucht man keine Befürchtungen wegen zunehmender Vernergerung zu hegen. Soweit das Land für Besiedelung durch Weiße geeignet ist, werden die farbigen Einschlüsse mit der Zeit verschwinden, während für das tropische Tiefland gerade eine dem Klima angepaßte Mischlingsrasse als das zweckmäßigste erscheint.

In den 4 Südstaaten San Paulo, Paraná, Santa Catarina und Rio Grande del Sul macht das farbige Element heute nur mehr 10—15% der Bevölkerung aus; Italiener und ihre Abkömmlinge dürften den Lusobrasilianern mindestens die Waage halten. Das Haupteinfallstor für die Einwanderung ist Santos-San Paulo, was in

dem hohen Satz von 18% Fremden für den Staat San Paulo zum Ausdruck kommt; auch Rio Grande (Porto Alegre) und San Francisco (für Santa Catarina und Paraná) werden von den Dampfern angelaufen, so daß von diesen Hafenplätzen ein Fortschreiten der Einwandererwellen längs der Bahnen nach dem Innern zu beobachten ist. Die Italiener bilden den Hauptteil der ländlichen Arbeiter der Kaffeeplantagen, aber ein erheblicher Prozentsatz hat sich auch in den Städten angesiedelt, was an den Arbeitervorstädten San Paulos zu sehen ist.

Auch die deutschstämmige Bevölkerung ist zum großen Teil ländlicher Art, wobei es sich aber mehr um Siedler auf eigener Scholle handelt. Seit 1824, dem Jahr der Begründung von São Leopolda, mögen über 200 000 Deutsche und Deutschschweizer ins Land gekommen sein, so daß die Zahl der Deutschstämmigen heute mindestens 550 000 Köpfe betragen dürfte — in Rio Grande und Santa Catarina machen sie etwa 15% der Bevölkerung aus. Über das etwas heikle Kapitel der Beziehungen zum Lusobrasilianertum ist zu bemerken, daß bei diesem eine gewisse latente Abneigung gegen die wohlhabende fremdstämmige Oberschicht wohl immer bestanden hat, daß aber die Kolonien ihre kulturellen Belange in früheren Jahren ungestört pflegen konnten. Es sind nicht nur nordamerikanische und sonstige fremde Einflüsse im Spiel, der neuerdings stark entwickelte brasilianische Nationalismus allein erklärt schon die vermehrten Bestrebungen zur schnellen Verschmelzung der fremdsprachlichen Bevölkerung mit den lusobrasilianischen Elementen.

Chile

Wie der langgestreckte Charakter des Landes erhebliche floristische Unterschiede von Norden nach Süden bewirkt, so kann man auch wesentliche zonare Verschiedenheiten im Bevölkerungsaufbau wahrnehmen. In dem meist wüstenhaften und dünn besiedelten Norden (5% der Bevölkerung) überwiegen Indios und Mestizen, denen eine dünne Oberschicht von Hispanochilenen und sonstigen Weißen gegenübersteht, teils als Beamte und Kaufleute in den Städten, teils auch als Angestellte der Bergwerks-, Hütten- und Salpeterindustrie. Nach Süden folgt das Kernland, das chilenische Längstal, mit über 90% der Gesamtbevölkerung von 4,6 Millionen Seelen. Hier haben wir wiederum zwei Unterabschnitte zu unterscheiden. Der erste, etwa von Coquimbo bis südlich Concepción reichend, enthält die meisten größeren Städte und ist von überwiegend weißer, hispanochilenischer Bevölkerung bewohnt, der gegenüber die späteren Einwanderer wie auch die Mestizen zurücktreten. Letztere jedoch herrschen mit etwa 60% der Bevölkerung im ganzen Südabschnitt vor, der die Insel Chiloe mit umfaßt. Die reinen Araukaner (an die 100 000 Köpfe im ganzen Land), heute friedliche Ackerbauer, siedeln besonders in der Nähe von Temuco, während von Valdivia bis zur Küste gegenüber von Chiloe über die Mischlingsbevölkerung sich eine im wesentlichen deutschstämmige Oberschicht lagert, die in keiner Provinz mehr als 5—7% der Bevölkerung ausmacht, aber in Handel, Gewerbe und Grundbesitz durchaus vorherrscht.

Chile gehört zu den Einwandererländern zweiten Ranges, was teils mit der Europa abgewandten Lage, teils damit zusammenhängt, daß reichlichere Bodenflächen hauptsächlich nur im Süden zur Verfügung stehen, wo das kühlere, regenreiche Klima und der Urwald den Mittelmeervölkern das Siedeln wenig verlockend erscheinen läßt. Aber auch die deutsche Einwanderung ist heute nicht mehr be-

trächtlich, und die Siedler des Südens sind meist in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gekommen. Sie haben Sprache und Sitten bei politischem Bekennen zum Chilenentum durchaus bewahrt, da der soziale und kulturelle Abstand zur Mischlingsbevölkerung zu groß ist, um eine Amalgamierung mit dieser zu ermöglichen. Festland und Inseln südlich von Chiloe sind, von dem unbedeutenden Hafen Aysen abgesehen, völlig unbewohnt bis zur Zone von Magallanes, die nicht mehr als 50 000 Einwohner umfaßt, eine buntgemischte Bevölkerung, wo in der Oberschicht unter anderen die Südslawen und ihre Abkömmlinge eine Rolle spielen.

Uruguay und Argentinien

Von den etwa 2 000 000 Einwohnern Uruguays sind 90% rein weiß, während die Mestizen 8%, Indios und Neger 2% ausmachen. Von dem etwas stärkeren Anteil des farbigen Elements abgesehen, sind die demographischen Verhältnisse des Landes denen Argentinienens so ähnlich, daß nicht weiter darauf eingegangen zu werden braucht, auch in Uruguay herrscht unter den bisherigen Einwanderern das Italienerntum vor.

Argentinien ist weitaus das „weißeste“ Land des ganzen Kontinents. Nach den Angaben von A. Bunge machen von den 13 Millionen Einwohnern die von Europäern abstammenden Argentinier heute 77,4% aus, die Fremden 19,5% und Personen mit mehr oder weniger geringem Einschlag von Indianerblut nicht mehr wie 3,1% (gegen 71%, 29,9% und 5,1% im Jahre 1914). Neger und Mulatten sind völlig verschwunden, und auch die Zahl der reinen Indios soll 38 000 nicht überschreiten. Die absolute Zahl der Mestizen, 400 000, ist seit 1914 konstant geblieben, d. h. vegetative Vermehrung und Verdrängung bzw. Aufsaugung dürften sich die Waage gehalten haben. Andererseits ist aber auch ein gewisses Eindringen als halb seßhaft anzusehender Mischlingsbevölkerung aus Paraguay in den Nordterritorien und aus Chile in Patagonien zu beobachten, in beiden Fällen auf Grund des niederen Valutastandes der Nachbarländer. In Formosa machen die als landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und industrielle Arbeiter tätigen Paraguayer heute 80% der allerdings dünn gesäten Bevölkerung aus, während die Chilenen im Territorium Neuquén 35% erreichen und auch im übrigen Patagonien unter der auf über 50% zu beziffernden Fremdbevölkerung als Arbeiter auf Estanzien und in Gefrieranstalten an der Spitze stehen. Im ganzen aber ist wahrzunehmen, wie die Mischbevölkerung vor den Wellen der Einwanderer und ihrer Abkömmlinge mehr und mehr an die Peripherie zurückweicht und daß sie auch in die tieferen sozialen Schichten gedrängt wird. Eine „farbige“ Frage existiert also schon heute für Argentinien nicht mehr; auch ohne Gewaltmaßnahmen werden die Reste der Mischlingsbevölkerung schließlich ganz verschwinden.

Von den seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts ins Land gekommenen Einwanderern dürften etwa 3 1/2 Millionen seßhaft geworden sein. Die Zahl der Fremden beläuft sich heute noch auf 2 1/2 Millionen; diese Zahl ist seit 1914 fast konstant geblieben. Unter den Einwanderern haben früher die Italiener an der Spitze gestanden, seit Kriegsbeginn die Spanier diese aber wieder übertroffen, so daß man annehmen kann, daß sich in der heutigen Bevölkerung die Abkömmlinge beider Nationen mit je etwa 40% die Waage halten; die Mischung allerdings ist nicht überall gleichmäßig, wie z. B. in den Provinzen Santa Fé und Mendoza das italie-

nische Geblüt stärker sein dürfte. Seit 1931 ist der Positivsaldo der Einwanderung überhaupt sehr gering geworden, hinsichtlich des Prozentsatzes stehen Osteuropäer, besonders Polen, an der Spitze, wozu auch die nicht unerhebliche jüdische Einwanderung bis zur Mitte vergangenen Jahres kommt, welche die nur nach der Staatsangehörigkeit gruppierende Statistik allerdings nicht erfaßt.

Das Abstoppen der Einwanderung ist nicht auf Anwendung von Rassenprinzipien zurückzuführen, sondern darauf, daß man die städtische Bevölkerung nicht noch zu vermehren wünscht, die den besorgniserregenden Satz von 74% erreicht hat, während der ländliche Anteil seit 1914 prozentual zurückgegangen und die absolute Ziffer konstant geblieben ist. Wenn man die Neigungen der verschiedenen einwandernden Völker hinsichtlich dieser Frage untersucht, so ergibt sich, daß Italiener, Spanier, Deutsche und Slawen das Hauptkontingent unter den ländlichen Siedlern bzw. Arbeitern stellen. Die ebenfalls in ziemlicher Zahl eingewanderten Syrer (Turcos) dagegen, obwohl sie sich über das ganze Land verbreitet haben, betätigen sich in erster Linie händlerisch, was auch für die jüdische Einwanderung gilt, die von den enterrianischen Kolonien abgesehen, fast ganz in den Städten hängengeblieben ist. Die Zahl der Deutschstämmigen einschließlich der Argentinier deutschrussischer oder schweizerischer Abstammung kann vielleicht auf etwa 300 000 geschätzt werden, also nur 21/2% des ganzen Volkes. Soweit diese Bevölkerung ländlicher Art ist, muß man zwischen den älteren Kolonien von Santa Fé und Entre Rios und den neueren Siedlungen der Territorien Pampa, Chaco und Misiones unterscheiden.

Bei aller Anerkennung der Leistungen der Neukömmlinge ist es für die südamerikanischen Einwandererstaaten eine Lebensfrage, das bunte Mosaik der Fremden möglichst bald zu einer einheitlichen Nation zusammenzuschweißen. Es ist dies im argentinischen Kernland zum mindesten für die zweite Generation schon gelungen, während nur in den schwach besiedelten Randzonen die Elemente teilweise noch unverbunden nebeneinander liegen; dem Schulwesen wie der eben begründeten Gendarmerie ist bei den neuerlichen Bestrebungen zur Nationalisierung der Außengebiete eine besondere Rolle zugedacht. Für den Einwanderer und seine im Lande geborene Nachkommenschaft werden sich öfters Konflikte ergeben, aber man wird ihn desto ungestörter seine kulturellen Beziehungen zum alten Volkstum pflegen lassen, je mehr er sich ausschließlich auf solche beschränkt.

Über USA.: Man muß diesen Staat sehen lernen, wie er sich in der wirtschaftsimperialistischen Praxis über jede menschliche Rücksicht hinwegsetzt, wie ihm bei seinem Umsichgreifen nichts Grenzen zu setzen vermag, als kluge, weitsichtige Abwehr der Bedrohten gegen seine ersten Eindringungsversuche, Abwehr gegen die Ausschreitungen des großkapitalistischen Wirtschaftssystems in seiner schrankenlosen Herrschaft, dem gerade die Vereinigten Staaten Nordamerikas aus ihrer geopolitischen Lagengunst heraus ihre größten politischen Erfolge danken.

Europa sieht daraus, was sein Jahrhunderttribut von mehr als 30 Millionen auf seine Kosten erzogener Menschen im besten Arbeitsalter für das Wachstum dieser Lebensform beigetragen hat, die dann seinen Kern zum Dank dafür zu Boden schlug. Es könnte daraus erkennen, welch straffer Zusammenraffung seiner hadernden und widerstreitenden Einzelkräfte es bedürfte, wenn es sich nur einigermaßen selbständig und selbstbestimmend neben den ungeheuren Wirtschaftskräften der Neuen Welt [...] behaupten will.

1927: Karl Haushofer im Geleitwort zu Nearing-Freeman „Dollardiplomatie“, S. V/VI

KLAUS MEHNERT: Die Japaner auf Hawai

Oahu, die bedeutendste Insel des Hawaischen Archipels, ist vielleicht das stärkstbefestigte Stück Erde. Mit dem Kriegshafen Pearl Harbor, der die gesamte US.-Flotte aufnehmen kann, und seinen Werften und Anlagen, bewacht von ständig hier stationierten U-Booten, Zerstörern, Hunderten von Flugzeugen und rund 20 000, auf das modernste ausgerüsteten Soldaten, ist Oahu der für USA. strategisch wichtigste Punkt im Stillen Ozean. Ungeheure Summen sind im Laufe der letzten Jahrzehnte in die Verteidigung der Insel gesteckt worden, und es scheint, als wenn die verantwortlichen militärischen Stellen mit dem Ergebnis nicht schlecht zufrieden sind. Aber es gibt etwas, das ihnen den Schlaf raubt und ein Gefühl völliger Sicherheit nicht aufkommen läßt, ein geopolitisches Problem, das sich weder militärisch noch mit Dollars und Bombern lösen läßt: das Vorhandensein von 153 000 Japanern unter den 400 000 Bewohnern der Inselgruppe. Japanische Arbeiter haben an den Befestigungen Oahus gearbeitet, ein Schwarm japanischer Fischerboote umgibt die Insel Tag und Nacht, Japanerinnen sind die Dienstmädchen in den Offiziersfamilien, ein japanischer Streik könnte das ganze Wirtschaftsleben hier lahmlegen und japanische Sabotage die Verteidigung Hawais auf das schwerste gefährden.

Über die Herkunft der Japaner auf Hawai genügen wenige Worte: Sie sind entweder Arbeiter, die von den Plantagenbesitzern der Inseln, vor allem in den Jahren 1898—1907, in großen Transporten hierhergebracht wurden, oder deren großenteils als „picture brides“ nachgekommenen Frauen, oder ihre inzwischen in die Welt gebrachten Kinder. Viele haben sich etwas hochgearbeitet, und in ihrer großen Mehrzahl gehören sie, sofern sie nicht noch auf den Plantagen arbeiten, dem unteren Mittelstand (Kramladenbesitzer, Gärtner usw.) an. Die vom antijapanischen Alarmisten vor 20 Jahren gemachten Prophezeiungen, daß die Japaner bald die Mehrzahl der Bevölkerung darstellen würden, haben sich nicht bestätigt. 1920 betrug ihr Anteil 43% bei einer Geburtenhäufigkeit von 48,1‰, heute aber ist er nur 38%, während die Geburten auf unter 30‰ gesunken sind. Da Einwanderung von Ostasien nach USA. seit 1924 völlig verboten ist, während weiße Amerikaner jährlich in großer Zahl nach Hawai übersiedeln, ist damit zu rechnen, daß sich der Anteil der Japaner an der Bevölkerung auf rund 1/3 ausbalancieren wird.

Drei Sorten „Japaner“

Unsere ersten Schwierigkeiten kommen mit der Definition des Wortes „Japaner“. Die Japaner auf Hawai zerfallen in drei Gruppen:

1. die japanischen Staatsbürger,
2. die amerikanischen Staatsbürger und
3. die Doppelstaatsbürger.

So paradox es auf den ersten Blick scheinen mag, sind die japanischen Staatsbürger das geringste Problem. Es gibt deren rund 37 000 (25%). Das sind vor allem die in Japan geborenen und noch im letzten Jahrhundert nach Hawai gekommenen Einwanderer und deren Frauen. Sie gehören fast sämtlich zur alten

Generation, sterben infolgedessen in immer rascherem Tempo und werden in einigen Jahren als politischer Faktor ganz verschwunden sein. Niemand hat sich je einer Illusion über ihre grundjapanische Haltung hingegeben, und viele von ihnen kehren für ihre letzten Lebensjahre nach Japan zurück, um auf dem Boden der Heimat zu sterben.

Es ist die mittlere und jüngere Generation, mit der wir es hier zu tun haben, und ihre Angehörigen gehören fast sämtlich zur 2. und 3. Gruppe. Sie sind in Hawaii geboren und daher nach amerikanischem Recht US.-Staatsbürger, laut dem 14. Zusatz zur amerikanischen Verfassung. („Alle Personen, geboren oder naturalisiert in den Vereinigten Staaten und ihrer Gerichtsbarkeit untertan, sind Staatsbürger der Vereinigten Staaten.“) Nun hat aber Japan auch etwas zu sagen, und nach japanischem Staatsrecht sind sie als Kinder japanischer Staatsbürger ebenfalls japanische Staatsbürger, trotz ihrer Geburt außerhalb des Japanischen Reiches. Allerdings haben die Japaner 1924, zu einer Zeit, in der Japan und USA. gute gegenseitige Beziehungen hatten und die daher weit zurückzuliegen scheint, um Amerika entgegenzukommen, ein Staatsangehörigkeitsgesetz mit zwei wichtigen Bestimmungen erlassen.

Danach dürfen erstens die vor 1924 in USA. geborenen Japaner, wenn sie es wünschen, ihre japanische Staatsangehörigkeit aufgeben. Und zweitens: Japan betrachtet die nach 1924 in USA. geborenen Japaner nicht als Staatsbürger, es sei denn, daß sie von ihren Eltern binnen zwei Wochen nach Geburt in einem japanischen Konsulat registriert werden. Auf die Nicht-registrierten gibt Japan automatisch alle Ansprüche auf, und selbst die Registrierten dürfen, wenn sie das 20. Lebensjahr erreichen, auf Wunsch ihrer japanischen Staatsangehörigkeit entsagen. Da nur verhältnismäßig wenige Eltern ihre Kinder seither in Konsulaten anmeldeten, besitzen von den rund 116 000 Japanern amerikanischer Staatsangehörigkeit die weitaus meisten, rund 100 000, nur diese, und lediglich eine kleine Minderheit, die verschieden zwischen 10 000 und 20 000 geschätzt wird, auch gleichzeitig die japanische.

Freund oder Feind?

In der entscheidenden Frage nach der politischen Zuverlässigkeit der Japaner amerikanischer Staatsbürgerschaft stehen sich die Ansichten der hiesigen Weißen schroff gegenüber. Die einen, vor allem die Intellektuellen und Liberalen, schwören auf ihre Loyalität, die anderen, großenteils die Vertreter von Armee und Flotte, sind skeptisch und geneigt, alle Japaner als potentielle Feinde der USA. zu betrachten. Ich habe in den anderthalb Jahren meines Hierseins die Argumente beider Seiten zur Genüge gehört und gegeneinander abgewogen und zeichne im folgenden das Bild, das sich bei mir als neutralem Beobachter und in meiner Tätigkeit als Professor an der hiesigen Staatsuniversität, von deren rund 2500 Studenten fast die Hälfte Japaner sind, gebildet hat.

Zwei Dinge sind es vor allem, welche während meines Aufenthaltes hier die Diskussion über die Haltung der Japaner Hawaiis verschärft und in die breite Öffentlichkeit gebracht haben: der Japanisch-Chinesische Krieg und das Problem der „statehood for Hawaii“.

Es ist eine starke Bewegung im Gange, Hawaii, seit 1898 ein „US Territory“, zum 49. Bundesstaat zu machen. Ohne in diesem Zusammenhang auf die Hintergründe und Folgen der „statehood for Hawaii“ einzugehen, genüge die Feststellung, daß der hohe Prozentsatz der Japaner in der Bevölkerung der Inseln und deren angebliche geringe Zuverlässigkeit das wirksamste Argument der gegen „statehood“

agitierenden Gruppe darstellt. Ein gut Teil der „statehood“ Diskussion dreht sich daher um das japanische Problem, und beide Seiten bringen alles nur denkbare Material für und wider zum Vorschein¹⁾.

Die Schwierigkeit für die Beantwortung unserer Frage liegt in der Tatsache, daß sich viele amerikanisierende, also entjapanisierende Faktoren einerseits und japanische, dem Assimilationsprozeß hinderliche Einflüsse andererseits gegenüberstellen. Es ist gut, ehe man zu irgendwelchen Schlüssen zu kommen sucht, sie kurz zu überblicken.

Amerikanisierende Faktoren

Erziehung zum Amerikaner ist eine der wichtigsten, wenn nicht überhaupt die wichtigste Aufgabe der amerikanischen Schule, vom Kindergarten bis zur Universität. Da ganz USA. aus Einwanderern und deren Nachkommen besteht, hat das amerikanische Erziehungswesen allmählich eine wirksame Amerikanisierungstechnik ausgebildet, der Amerika in erster Linie für die erstaunliche Gleichförmigkeit dieser 120 aus aller Herren Ländern stammenden Millionen zu danken hat. Selbstverständlich ist es nicht dasselbe, ob die Schule europäische oder japanische Einwanderer zu amerikanisieren sucht, aber ihre jahrzehntelange Erfahrung mit den ersteren hilft ihr auch gegenüber den Ostasiaten.

Nächst der Schule gibt es zahlreiche andere Kräfte, wie Presse, christliche Kirche, Radio, Film, Literatur, die in ihrer Gesamtheit die öffentliche Meinung formen und an zweiter Stelle zu nennen sind. Auch hier trotz weitgehender Unabhängigkeit dieser einzelnen Organe eine überraschende Einheitlichkeit. In der Einstellung Ostasien gegenüber z. B. eine fast überall durchgehende antijapanische und chinafeindliche Haltung, die jeden chinesischen Erfolg und japanischen Mißerfolg betont und vice versa. Vor allem die Gegensätze zwischen dem „friedlichen, demokratischen Amerika“ und dem „aggressiven, faschistischen Japan“ werden auf das eifrigste herausgearbeitet.

In dritter Linie übt der gesamte amerikanische Lebenszuschnitt eine stark amerikanisierende Tendenz auf alle innerhalb der Grenzen der USA. Ansässigen aus. Hohes Lebensniveau, Eisschrank und Auto, Kleidermoden, geringe Geburtenfreudigkeit, Freiheit im Verhältnis zwischen den Geschlechtern, mangelnde Achtung vor der älteren Generation, Bubikopf und Lippenstift, Jazz und Konservendose, Auflösung der Familie in kleinste Bestandteile statt der asiatischen und zum Teil auch europäischen Großfamilie, Dollareinkommen als Maßstab in der Wertung von Menschen — diese und viele andere amerikanische Wesenszüge verfehlen ihren Eindruck auch auf die fernöstlichen Einwanderer nicht.

1) Eine Behandlung des japanischen Problems auf Hawaii findet sich, abgesehen von der hawaiischen Tagespresse, in den Protokollen der vom US.-Kongreß zur Untersuchung des „statehood“-Problems nach Hawaii gesandten Kommissionen, in den Arbeiten meines Kollegen an der Universität, Professor R. Adams, „The Peoples of Hawaii“ (1933) und „Interracial Marriage in Hawaii“ (1937), und in dem Aufsatz von H. G. Blakeslee, „Hawaii: Racial Problem and Naval Base“ in Foreign Affairs (Oktober 1938). Außerdem hat mir der hiesige Anthropologe, E. G. Burrows, dankenswerterweise das soeben fertiggestellte Manuskript seines im Auftrag des „Institute of Pacific Relations“ geschriebenen Buches „Relations between Chinese and Japanese in Hawaii during the Sino-Japanese Conflict“, und ein anderer Anthropologe, mein Kollege John Embree, seine ebenfalls noch unveröffentlichte Arbeit über die an der Konaküste der Insel Hawaii lebenden Japaner zur Verfügung gestellt.

Japanische Einflüsse

Die Liste der der Amerikanisierung entgegengesetzten Kräfte enthält zunächst dieselben Institutionen, nur mit dem umgekehrten Vorzeichen. Dem starken Einfluß der amerikanischen Schule wirken die japanischen „language schools“ entgegen. Sie werden von den Japanern auf Hawai, soweit mir bekannt ist ohne Zuschüsse aus Japan, finanziert und haben die Aufgabe, die jungen Japaner im Gebrauch ihrer Muttersprache zu üben, den japanischen Geist zu pflegen und den Kindern die von der amerikanischen Schule recht vernachlässigte Disziplin und Ehrfurcht vor den Eltern beizubringen. Sie unterrichten täglich nachmittags eine Stunde. Nach den letzten Angaben gibt es im „Territory“ 179 solcher Schulen und von den 47000 japanischen Kindern, die amerikanischen Schulen besuchen, gehen gleichzeitig rund 90%, nämlich 42000, in die language schools. Während die Kinder mit Ausnahme von 96 alle US.-Bürger sind, besitzt die Mehrzahl der Lehrer (426 von 727) japanische Untertanschaft.

Allein aus rein zeitlichen Gründen ist die Behandlung nationaljapanischer Fragen in den „language schools“ recht beschränkt. Es wurde z. B. festgestellt, daß unter 302 von Schülern geschriebenen Beiträgen für die japanischen Schulzeitungen nur 4 den fernöstlichen Krieg zum Thema hatten. Diese vier hatten zwar einen patriotisch-japanischen Ton, vermieden aber Angriffe gegen China oder die Chinesen. Selbst die in den Schulen gebrauchten Lehrbücher werden seit einigen Jahren nicht mehr aus Japan importiert, sondern besonders und unter Berücksichtigung der Hawaiischen Verhältnisse hier hergestellt.

Die japanische Lokalpresse auf den Inseln besteht aus 4 Tageszeitungen, 8 Wochen- und 4 Monats-Zeitschriften. Die größte Zeitung ist die Nippu Dshidshi mit einer Auflage von etwa 15000, die nächste die Hawaii Hotschi mit 8000 bis 10000. Diese Zeitungen befinden sich in einer schwierigen Lage. Auf der einen Seite suchen sie Japans Handlungen zu rechtfertigen und Stolz für Japan zu wecken. Sie sprechen von „Unseren Siegen“, „Unserer Armee“, nennen Deutschland und Italien „Unsere Bundesgenossen“, jubeln über jeden japanischen Sieg und verschweigen alle japanischen Mißerfolge. Auf der anderen Seite aber müssen sie dem kosmopolitischen Charakter Hawaiis und der Tatsache Rechnung tragen, daß ihre Leser größtenteils Bürger Amerikas sind, also eines Staates, der Japans Politik scharf verurteilt.

Der japanische Rundfunk spielt eine untergeordnete Rolle. Die drei lokalen amerikanischen Sender haben japanische Stunden, die aber im ganzen vorsichtig und zurückhaltend sind. Und für den Empfang der kurzen Wellen aus Japan bedarf es guter Geräte, die nur die wenigsten Japaner sich leisten können.

Honolulu, die weitaus größte Stadt der Inseln, besitzt neben zahlreichen amerikanischen Kinos auch vier japanische, in denen sich japanische und amerikanische Programme abwechseln. Die japanischen Spielfilme haben im allgemeinen wenig mit dem fernöstlichen Krieg zu tun. Dagegen sind die gezeigten japanischen Wochenschauen zu 50—100% dem Krieg und seinen Auswirkungen gewidmet.

Als ein Bindeglied zur alten Heimat dienen die kirchlichen Organisationen, weniger des Shinto als des Buddhismus. Im täglichen Leben des Japaners spielen sie zwar keine besondere große Rolle, aber bei Todesfällen und an japanischen Feiertagen sind sie ein Treffpunkt der japanischen Bevölkerung. Die meisten,

wenn nicht sogar alle Priester sind Untertanen des Mikado und bringen, da sie gewöhnlich nur vorübergehend nach Hawai kommen, jeweils einen frischen Hauch Japans mit sich. Verschiedene Beobachter glauben in den letzten Jahren bei den japanischen Priestern wachsende Anzeichen von „Nipponismus“ festgestellt zu haben.

Nur den amerikanisierenden Tendenzen dessen, was wir den „amerikanischen Lebenszuschnitt“ nannten, haben die Japaner auf Hawai wenig entgegenzusetzen. Wie überall in der Welt triumphieren die westlichen Lebensformen. Die japanische Jugend auf Hawai empfindet alles, was mit ihnen nicht in Einklang ist, als altmodisch, hinterwäldlerisch, ja peinlich. Die Mädchen tragen viel lieber die leichten Fähnchen der amerikanischen Massenkonzektion als ihre japanischen Gewänder mit dem schweren Obi, und die jungen Männer gefallen sich darin, westlich „smart“ auszusehen. Selbst bei den Älteren verschwinden die japanischen Lebensformen mehr und mehr.

Will man die Stärke und das Ergebnis der hier kurz skizzierten amerikanisierenden und der japantraditionellen Faktoren gegeneinander abwägen, so ist es vor allem nötig, die Generationsfrage zu berücksichtigen.

Väter und Söhne

Der Unterschied, ja Gegensatz zwischen den ursprünglichen Einwanderern und ihren auf den Inseln geborenen Söhnen und Enkeln ist der auffallendste Wesenszug der Japaner auf Hawai. Die Einwanderergeneration, die durch ihr niedriges Lebensniveau, ihr Alter und ihre geringe Kenntnis des Englischen von Amerikanisierung fast unbeeinflusst geblieben ist, unterscheidet sich wenig von den Japanern in der Heimat. Alles, was Japan ist und macht, ist für sie mit dem Schimmer des Wortes „Heimat“ verklärt. Wenn sich die meisten auch wohl fühlen in der freien und freundlichen Atmosphäre Hawais und einsehen, daß es ihnen hier wirtschaftlich viel besser geht, als es ihnen, wären sie in Japan geblieben, je hätte gehen können, so ist und bleibt ihr Vaterland doch Japan. Die Pflege der japanischen Tradition auf Hawai ist fast ganz ausschließlich ihr Werk. Sie kämpfen mit Ausdauer für die Erhaltung der alten Sitten bei Hochzeiten, Geburten und Beerdigungen, während die Jugend von ihnen abrückt. Es ist auch vor allem auf den Einfluß der Alten zurückzuführen, daß die Japaner Hawais schätzungsweise 1,2 Millionen Yen an Kriegsspenden in den letzten 1½ Jahren nach Japan geschickt haben.

Vor einigen Wochen war ich auf der Insel Lanai. Sie gehört einer Ananasplantage, die sie mit ihren Arbeitern besiedelt hat. Da es sich um eine verhältnismäßig neue Plantage handelt, bestehen die Arbeiter vor allem aus Philippinos, der jüngsten Einwanderergeneration Hawais. Immerhin gibt es in der Bevölkerung auch etwa 300 Japaner. Abends schlenderte ich allein durch das Städtchen. An der Turnhalle vorbeikommend, hörte ich die typischen Laute japanischer Musik, und als ich eintrat, befand ich mich plötzlich mitten in Japan. Die Halle war mit langen, mit japanischen Schriftzeichen beschriebenen Stoffbannern behängt, das gesamte Publikum hockte in japanischen Gewändern auf dem Boden und verfolgte ein klassisches Samuraistück auf der japanisch ausgeschmückten Bühne. Spiel und Ausstattung unterschied sich nur in der Qualität, nicht in der Echtheit von den Aufführungen, die ich in Tokio gesehen hatte, selbst die Bewegungen der einzelnen Schauspieler folgten den traditionellen Regeln des japanischen Theaters. Später hatte ich Gelegenheit, mit einigen der jüngeren Japaner zu sprechen. Es schien ihnen etwas peinlich zu sein, daß ich sie in dieser Umgebung gesehen hatte, als wenn ich sie in einem altmodischen Bratenrock statt in modernen Kleidern ertappt hätte. Sie waren sich darüber einig, daß das japanische Theater langweilig ist, daß sie

viel lieber in das amerikanische Kino gingen, und daß sie nur gekommen seien, „um den alten Leuten einen Gefallen zu erweisen“.

Besonders bemerkbar ist die Amerikanisierung bei der weiblichen Jugend. Erziehung in Koeduktionsschulen, ständige Betonung der „Gleichberechtigung der Geschlechter“, „Flapper“-Atmosphäre und von Japan grundverschiedene amerikanische Auffassung der Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft, alles trägt dazu bei, die junge Japanerin, vor allem in der Stadt, ihren weißen Geschlechtsgenossinnen anzugleichen und das typisch Japanische, das in Japan an allen Frauen so stark auffällt, verlieren zu lassen.

Oder andere Beispiele: Die „language schools“ werden von den älteren Japanern unter großen Opfern finanziert, aber nach meiner Beobachtung besucht sie die Mehrheit ihrer Schüler nicht aus freiem Antrieb, sondern unter dem Druck der Familie und ebenfalls „um den alten Leuten einen Gefallen zu erweisen“. Die Ergebnisse sind auch danach. Das Englische ist eine so ausgesprochen bequeme, um nicht zu sagen faule Sprache, daß die japanische mit ihr eine Konkurrenz im Vorzug der jungen Leute nicht aushalten kann. Sie sprechen nicht nur in der amerikanischen Schule, sondern den ganzen Tag englisch, sogar zu Hause, wenn sie unter sich sind, und japanisch nur mit den Eltern oder anderen Angehörigen der älteren Generation. Dagegen kann eine Stunde täglich in der „language school“ nicht aufkommen, und die japanischen Kenntnisse der Jugend sind so gering, daß sie in vielen Fällen sogar Schwierigkeiten haben, sich mit ihren eigenen Eltern richtig zu verständigen. Ich kann mich nicht erinnern, jemals jüngere Japaner unter sich japanisch sprechen gehört zu haben. Die größeren japanischen Verlage sehen sich sogar gezwungen, um an die Jugend heranzukommen, einen wachsenden Teil ihrer Zeitung auf englisch zu drucken. Übrigens ist das von den Japanern hier gesprochene Englisch auch nicht allzu schön.

Der Krieg in China ist schuld an bitteren Auseinandersetzungen in vielen japanischen Familien, da die Jungen im Gegensatz zu den Alten geneigt sind, die Dinge vom amerikanischen Gesichtspunkt aus zu sehen. Auf einer von der Hawai-Filiale des „Instituts of Pacific Relations“ einberufenen Studentenkonferenz zur Besprechung der fernöstlichen Situation wurde trotz der großen Zahl japanischer Studenten (US.-Staatsbürger) durchweg das Vorgehen Japans verurteilt, und in den Diskussionen, denen ich beiwohnte, hätte man aus den Reden der Studenten allein nicht feststellen können, ob es Japaner oder Chinesen waren. In meinen Vorlesungen sitzen japanische und chinesische Studenten nebeneinander, ohne daß irgendwelche Spannung zu bemerken wäre. Eine Untersuchung der Auswirkungen des Krieges in China auf die Jugend der beiden beteiligten Völker in Hawai, durchgeführt an der Universität, einer Anzahl von Schulen, Jugendorganisationen und Kinderspielflächen, fand so gut wie keine Anzeichen von Feindseligkeit — von Streit oder gar Schlägereien gar nicht zu reden. Vor einigen Wochen wurde an der Universität eine Sammlung von Geld zugunsten der durch den japanischen Einmarsch von ihren Universitäten vertriebenen Studenten Chinas durchgeführt. Die beiden Vorsitzenden des dafür geschaffenen Komitees waren ein japanischer Student und eine japanische Studentin. Die zweimal wöchentlich erscheinende Studentenzeitung brachte einen Aufruf zur Sammlung — von einem Japaner schwungvoll geschrieben. In Gesprächen über ihre Stellung Amerika gegenüber weisen die Japaner mit Recht darauf hin, daß im Weltkrieg 600 Japaner aus Hawai treu in der amerikanischen Armee (allerdings nicht gegen Japan!) gedient haben. Und eine vor Jahresfrist auf Hawai durchgeführte Kampagne zur Aufgabe der doppelten Staatsangehörigkeit führte in ihren beiden ersten Wochen dazu, daß 1000 junge Japaner ihrer japanischen Untertanschaft entsagten.

Amerikaner oder „Japs“?

Die Liste dieser Illustrationen für die Haltung der jungen Japaner auf Hawai könnte noch lange fortgesetzt werden. Sie alle zeigen deren von der älteren Generation grundverschiedene Einstellung und rasche Amerikanisierung. Darf man daraus, wie es von so vielen Beobachtern voreilig getan wird, die Schlußfolgerung ziehen, daß die zweite und dritte Generation der hiesigen Japaner ebenso gute Amerikaner sind wie dieselbe Generation der Deutschen oder Iren? Meiner Ansicht nach nicht, und der Grund dafür scheint mir viel mehr bei den Amerikanern selbst als bei den Japanern zu liegen.

Es ist ein natürliches Bestreben jedes Menschen, sein Leben belastende Komplikationen aus der Welt zu schaffen. Einer der schwersten seelischen Konflikte, den ein Mensch haben kann, ist die Unsicherheit über seine nationale Zugehörigkeit. Nach anderthalb Jahren des Lebens auf Hawai, in denen ich Hunderte von Japanern in meinen Vorlesungen hatte und ständig bestrebt war, möglichst viel Material in der wichtigen Rassenfrage zu sammeln, scheint mir, daß an dem subjektiven Willen der jungen Japaner, loyale Amerikaner zu sein, nicht gezweifelt werden kann (loyale Amerikaner in dem Sinne, wie es die meisten in USA. geborenen und aufgewachsenen Deutsch- oder Irischamerikaner sind, d. h. mit starken kulturellen, vor allem gemütlichen Bindungen zur Heimat, aber mit eindeutiger politischer Zugehörigkeit zu Amerika).

Diesem guten Willen der jungen Japaner steht viel wirksamer als der Einfluß von Eltern oder „language school“ die ablehnende Haltung der weißen Amerikaner entgegen. Kommt z. B. ein junger Japaner von Hawai aufs amerikanische Festland, wo er genau dieselben Rechte beanspruchen kann wie jeder andere amerikanische Staatsbürger, so findet er sofort, daß er für die große Mehrheit seiner „Landsleute“ doch nur ein „Jap“ (sprich: „Dschaep“) und ein Fremdling, keineswegs ein Bruder ist; daß er als „japanischer Spion“ scheel angesehen wird und daß es in Kalifornien ganze Wohndistrikte gibt, in denen ihm niemand ein Zimmer vermieten wird. Hawai selbst ist viel kosmopolitischer (muß es sein, da es hier unter 400 000 Menschen knapp ein Achtel, ohne Heer und Marine nur ein Sechzehntel, Vollweiße gibt), aber erstens ist er ja amerikanischer und nicht hawaischer Staatsbürger, und zweitens findet er sich selbst auf Hawai benachteiligt. Seine Schwierigkeiten, in die den weißen Amerikanern vorbehaltenen höheren Stellungen einzudringen, sind so groß, daß sogar eine wachsende Tendenz zu einer Art von japanischer Autarkie innerhalb der Wirtschaft der Inseln festzustellen ist. Ein Leitartikel in der gemäßigt japanischen Nippu Dshidshi vom 20. August 1938 drückte das etwa so aus:

Japaner, die in Haolefirmen¹⁾ arbeiten, sind mit wenigen Ausnahmen nie zu leitenden Stellungen aufgestiegen, ungeachtet langer Jahre treuen Dienstes. Junge und neu gekommene Haoles überholen die älteren Orientalen²⁾, auch wenn sie ihre Arbeit nicht kennen, nur weil sie Weiße sind. Amerikanische Bürger orientalischer Abstammung sollten sich daher eine solide eigene Wirtschaftsgrundlage schaffen, indem sie unabhängig und selbstversorgend (self supporting) untereinander Geschäfte machen und ihre Finanzkraft allmählich konzentrieren.

1) „Haole“ ist das hier allgemein übliche, vom hawaischen übernommene Wort für „Weiße“.

2) „Oriental“ schließt gewöhnlich Japaner, Chinesen und Koreaner ein und wird hier dem Wort „Asiatic“ vorgezogen.

Diesen Klagen gegenüber machen die amerikanischen Firmen geltend, daß sie in erster Linie mit dem festländischen USA. arbeiten und daher in ihren leitenden Stellungen Männer brauchen, die es genauer kennen als die auf Hawai aufgewachsenen Japaner. Auch können sie darauf hinweisen, daß hier in den freien Berufen und in den mit Parteipolitikern besetzten Stellungen die Japaner stark vertreten sind. (Es ist interessant, daß bisher von den Japanern kein ernsthafter Versuch gemacht wurde, bei Wahlen als Japaner en bloc ihre Stimme für einen Kandidaten oder eine Partei abzugeben.)

Wenn man weiß, wie empfindlich und stolz Japaner sind, kann man sich denken, daß jede kleinste Ablehnung seitens der haole-Amerikaner, jede Verneinung völliger Gleichberechtigung sie verletzt, und um so mehr, je ehrlicher ihre Bereitwilligkeit ist, Amerikaner zu werden. Was sollen sie denken, wenn sie in amerikanischen Büchern über einen möglichen Krieg im Pazifik von Konzentrationslagern für Japaner auf Hawai lesen? Wenn sie spüren, wie zahlreiche ihrer weißen „Landsleute“ selbst auf Hawai eine Wand aufrichten zwischen sich und ihnen? Wenn sie immer wieder erleben, daß für dieselbe Arbeit ein Haole das Mehrfache als Gehalt erhält als ein Japaner? Dazu kommt, daß der Stolz der Japaner mit dem kläglichen Zurückweichen der weißen Mächte aus Ostasien einen mächtigen Auftrieb gewonnen hat und insgeheim, vielleicht nicht einmal sich selbst eingestanden, sogar bei denen wächst, welche das Vorgehen Japans China gegenüber verdammen. Es besteht hier allgemein der Eindruck, daß Japan diese Lage durch verstärkte und bewußtere nipponistische Agitation auszunutzen sucht, was mit den anderen Faktoren zusammen leicht zu einer Versteifung selbst der jüngeren Japaner gegenüber der Amerikanisierung führen kann. Es ist auch denkbar, daß die heute so amerikanisch sich gebärdenden jungen Japaner auf Hawai mit vorrückendem Alter wieder japanischer und ihrerseits Hüter der japanischen Tradition werden.

So stehen sich zahlreiche Kräfte und Faktoren im Streit um die Seele der Japaner Hawai gegenüber, und die Frage, ob die Entwicklung zum Aufgehen im Amerikanismus oder im Gegenteil zu bewußterem Japanertum führt, ist offen. Uns scheint, daß mit dem raschen Absterben der die japanische Tradition hütenden Einwanderergeneration die Entscheidung, ob die Offiziere der „US Army and Navy“ auf Hawai in Zukunft ruhig schlafen können oder nicht, weniger von den hiesigen Japanern als von den Ereignissen der Weltpolitik und von den Amerikanern selbst abhängt. Beruhigt sich die politische Lage im pazifischen Raum und behandeln die weißen Amerikaner die japanischen als gleichberechtigt, dann ist es möglich, daß diese nach zwei oder drei weiteren Generationen der Amerikanisierung und wachsender Mischehen ebenso in das sonderbare Völkergemisch, das sich Amerika nennt, eingeschmolzen werden wie die Einwanderer aus den verschiedenen europäischen Völkern. Bleibt aber die verächtliche „Jap“-Einstellung und wachsen die Spannungen am Stillen Ozean weiter, dann ist anzunehmen, daß bei den Japanern Hawai, in ihrem inneren Zwiespalt zwischen rassischer und staatlicher Loyalität, das Japanertum siegen und erneut die Wahrheit eines vor 80 Jahren von einem Amerikaner geprägten Ausspruchs erweisen wird: „Blood is thicker than water.“

WOLF SCHENKE:

Die Restpositionen des westlichen Imperialismus im chinesisch-japanischen Kriege

Die unneutrale Rolle der fremden Konzessionen

Schanghai, Anfang Juni 1939.

Ein ungewohntes Bild tat sich vor meinen Augen auf, als ich heute aus der Nankingroad auf den Bund einbog und meinen Blick über die Wasserfront schweifen ließ. Diese ununterbrochene Reihe von stahlgrauen Leibern achtunggebietender Kriegsschiffe war selbst für Schanghai ein seltener Anblick, obwohl doch immer einige Kriegsschiffe der Mächte hier liegen. Die amerikanische „Augusta“, Flaggschiff des Ostasiengeschwaders, eröffnete die Reihe, es folgte der moderne englische Kreuzer „Birmingham“ mit dem britischen Oberkommandierenden der Ostasienstation an Bord und dann das Flaggschiff des französischen Admirals, der Kreuzer „Lamotte Piquet“. Weiter hinten kamen noch einige kleinere Schiffe der drei Mächte und der italienische Kreuzer „Colleoni“, aber die drei ersten waren von besonderer Bedeutung, denn sehr, sehr selten ereignete es sich, daß einmal alle Oberkommandierenden der Ostasiengeschwader gemeinsam im Hafen waren, und diesmal kam der noch seltenere Fall hinzu, daß neben den Admirälen auch gleichzeitig die Botschafter Englands, Frankreichs und Amerikas in Schanghai weilten.

Es gingen Gerüchte, daß eine gemeinsame Konferenz geplant sei. Das gemeinsame Vorgehen der drei Mächte in der kleinen internationalen Niederlassung von Amoy, Kulangssu, wo sie nach der japanischen Truppenlandung ebenfalls Truppen gelandet hatten, ließ deutlich genug vermuten, daß man eine gemeinsame Linie in einer größeren Frage als Kulangssu zu finden versuchte: in der Frage der internationalen Niederlassung von Schanghai und der fremden Konzessionen überhaupt.

Der Streit um die fremden Niederlassungen in China ist ein altes Thema, das immer wieder von Zeit zu Zeit am politischen Horizont des Fernen Ostens auftauchte, seit im Jahre 1911 die chinesische Revolution den Sieg über die alte Mandschudynastie errang und die Nationalisten in der Folgezeit immer wieder die Abschaffung der fremden Vorrechte forderten. Der Chinesisch-Japanische Krieg hat das Problem mit erneuter Deutlichkeit gestellt, und es ist jetzt zu einem akuten Konfliktstoff geworden. Nur haben sich die beiden Seiten in dem Streit verschoben. Früher standen auf der Seite, die die Abschaffung der ausländischen Sondergebiete forderte, die chinesischen Nationalisten unter Führung der Kuomintang, auf der Gegenseite die exterritorialen Mächte, unter ihnen Japan. Heute fordert Japan Abschaffung der Niederlassungen, und der Rest der Vertragsmächte steht auf der Gegenseite, während die von den Mächten immer noch als die Regierung Chinas anerkannte Kuomintangregierung in Chungking als Zuschauer dabeisteht, der aus erklärlichen Gründen seine Stimme nicht zu Gehör bringen kann und will, ja, der — seltsame Verdrehung der Tatsachen — mit seiner Sympathie augenscheinlich aus Opportunitätsgründen auf der Seite der Mächte steht, die für Beibehaltung der ausländischen Sonderrechte eintreten.

Der Gegenstand dieser kurzen Betrachtung kann es nicht sein, das Für und Wider in der Frage der ausländischen Sonderrechte und der chinesischen Souveränität abzuwägen oder gar Partei zu nehmen. Das letztere erübrigt sich um so mehr, als Deutschland ja die Exterritorialität und seine Konzessionen im Versailler Ver-

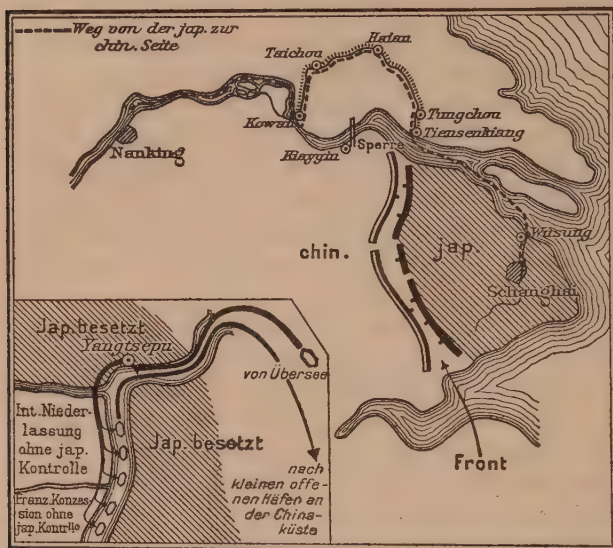
trag einfach genommen wurden. Diese zur Schädigung des deutschen Chinahandels unternommene Maßnahme hat sich dann allerdings für die Feindmächte, vor allem England, als ein Bumerang erwiesen, der sie selbst traf, da die nationalistischen Chinesen und besonders später die Nankingregierung gerade mit den Deutschen Geschäfte machten, die nunmehr in China keine territorialen Interessen mehr hatten. Wir können deshalb dem Kampf um die ausländischen Konzessionen in China, der heute erneut entbrannt ist, *sine ira et studio*, ja eigentlich sogar mit dem Gefühl einer sehr gesunden Schadenfreude für Engländer, Franzosen und Amerikaner zusehen. Aber vom geopolitischen Standpunkt ist eine Untersuchung der Rolle interessant, die die fremden Niederlassungen in der augenblicklichen kriegerischen Auseinandersetzung im Fernen Osten spielen. Denn diese kleinen Erdflecken auf der Oberfläche des riesenhaften China haben auf die tatsächliche Führung und auf den Verlauf des Chinesisch-Japanischen Krieges einen ganz gewaltigen Einfluß ausgeübt, der noch heute andauert und der gerade wegen seiner für die Japaner ungünstigen Auswirkungen zu ihren Forderungen gegenüber den fremden Niederlassungen geführt hat.

Zu den wichtigsten Kampfmitteln Japans gegen China gehört die Blockade der chinesischen Küste. China muß bekanntlich fast seinen gesamten Bedarf an Kriegsmaterial aus dem Auslande einführen. Es muß außerdem seinen Export aufrechterhalten, um die ausländischen Zahlungsmittel zum Einkauf des nötigen Kriegsmaterials zu erhalten. Alle nennenswerten großen Verkehrsverbindungen Chinas mit der Außenwelt gingen, obwohl sich das Riesenland 3000 km von der Küste in den asiatischen Kontinent hinein erstreckt, in der modernen Zeit über See. Schanghai, Tientsin, Kanton, Tsingtau, Amoy, Fuchow und Swatow waren die hauptsächlichsten Tore Chinas zur Welt. Das Fehlen einer Kriegserklärung setzte die Japaner nicht in die Lage, eine Blockade gegen ausländische Schiffe zu verhängen, und der Außenhandel Chinas ging immer nur zum ganz kleinen Teil auf chinesischen Schiffen. Um eine wirksame Blockade durchzuführen, die auch von ausländischen Schiffen nicht durchbrochen werden konnte, blieb nichts anderes übrig, als die Häfen selbst zu besetzen. Nach und nach geschah das auch mit Tientsin, Schanghai, Tsingtau, später folgte Amoy und schließlich Kanton, das nach dem Ausfall Schanghai zum Haupthafen Chinas geworden war. Aber immer noch blieben kleinere Häfen offen, wie Ningpo, Wenchow, Fuchow und Swatow, die man anscheinend nicht angriff, weil das die weitere Entsendung von mindestens 4 japanischen Divisionen nach China erfordert hätte. Durch das Offenbleiben dieser kleineren Häfen an der chinesischen Küste zwischen Schanghai und Hongkong — es kommt noch eine große Reihe viel kleinerer unbekannter Küstenorte hinzu, wo kleinere Dampfer Ladungen löschen können — können die Internationale Niederlassung in Schanghai und die Französische Konzession heute den Hauptumschlagplatz bilden, über den fast der gesamte Handel mit diesen Häfen geht. Es ist ein ganz gewaltiger Prozentsatz des China überhaupt noch verbliebenen Außenhandels, der für die Fähigkeit der Chinesen, den Krieg weiter fortzusetzen, von großer Bedeutung ist.

Ein Beispiel, wie, hinter dem Rücken der japanischen Front, die fremden Niederlassungen in Schanghai zum Nachschubzentrum für die chinesische Front werden konnten, möchte ich aus eigenem Erleben erklären.

Kaum hatten die Geschütze aufgehört, in der unmittelbaren Umgebung Schanghais selbst zu brüllen, und kaum hatte sich die Front einige Kilometer von der Stadt weiter ins Inland verschoben, da kamen auch schon wieder die ersten ausländischen Dampfer den Whangpu herauf. Sie konnten zwar ihre Güter noch nicht wieder in den großen Warenspeichern von Yangtsepu ausladen, das unter japanischer Besetzung stand, aber sie konnten ihre Waren direkt am Bund der französischen Konzession und zum Teil auch der Internationalen Niederlassung löschen. Und im selben Augenblick, wo keine Granaten mehr über den Whangpu herüber und hinüber

flogen, verließen die kleinen Küsten- und Flußdampfer Schanghai mit seit Monaten aufgestapelten und neu herbeigebrachten Gütern, bestimmt für Gebiet noch unter chinesischer Herrschaft, von wo aus sie direkt hinter die chinesische Front gelangten. Ich wollte damals selbst von der japanischen Frontseite auf die chinesische und von dort nach Nanking und benutzte denselben Weg, den der größte Teil dieser Waren unter Umgehung der japanischen Blockade nahm. Der Dampfer, den ich am Bund der französischen Konzession bestieg, barg außer Menschen noch manche Sachen, die die Chinesen zur Weiterführung des Krieges benötigten. Nicht viel



weiter als einen Kilometer entfernt lag in einem chinesischen Stadtteil Schanghais das japanische Hauptquartier, den Whangpu hinunter fuhren wir oft nicht mehr als 30 m Entfernung vorbei an Dutzenden von japanischen Kriegsschiffen, und bei Wusung, wo wir aus dem Whangpu in den breiten Yangtsestrom einbogen, fuhren wir mitten durch die dort liegende unübersehbare japanische Transportflotte, die den Nachschub für die kämpfende japanische Front brachte. Durch die japanische Flotte fuhr unser englischer Flußdampfer — praktisch ein Transporter der Chinesen! Am Nachmittag erreichten wir am Nordufer des Yangtse den Ort Tiensenkiang, ein kleines Nest von vielleicht 3000 Einwohnern. Die Fahrt ging nun nicht mehr weiter yangtseaufwärts, denn bei Kiakigyn hinderte die von den Chinesen angelegte Minen- und Schiffssperre den Weg sowohl für japanische Kriegsschiffe als auch für freundliche Fahrzeuge. Die Sperre wurde von Tiensenkiang aus auf einer zwei Tage währenden Fahrt in Motorboten umgangen. Weit ging es nach Norden hinein ins Land über Tungchow, Yukow, Haian, Taichow, bis der Kanal schließlich in Kowan oberhalb der Sperre den Yangtse wieder erreichte. Auf den Kanälen herrschte ein gewaltiger Dschunkenverkehr, um den Warenstrom zu bewältigen, der bei Tiensenkiang aus den Bäuchen der von Schanghai kommenden Schiffe quoll, und bei Kowan lag im Yangtse eine große Flotte von ausländischen Flußdampfern, die Waren den Yangtse heruntergebracht hatten und die nun die aus Schanghai kommenden weiterbefördern wollten nach Chingkiang, Nanking, Wuhu, Hankau. Besonders Öl und Benzin, die die chinesische Armee so dringend benötigte, wurden ihr auf diesem Wege zugeführt, wie ich aus dem Inhalt der meisten Frachtboote schließen konnte.

Sah es so schon aus, als noch Kämpfe in der unmittelbaren Nähe Schanghais tobten, so liegen die Verhältnisse jetzt sogar so, daß selbst im japanisch besetzten Yangtsepu Waren für die Chinesen ausgeladen und aus dem Innern Chinas stammende Waren in die großen Überseedampfer verladen werden. Bestimmt für ausländische Handelshäuser in der Internationalen Niederlassung oder Französischen

Konzession, werden die Güter dorthin geschafft und dann weiter auf Küstendampfer verladen, die sie in die noch offen bleibenden kleinen Hafenplätze an der Chinaküste schaffen. Der Handel zwischen diesen Häfen und Schanghai blüht.

Nicht minder von Bedeutung war der Einfluß, den die fremden Niederlassungen auf die Operationen selbst ausübten, und wieder zuungunsten der Japaner. Das chinesische Verteidigungssystem schloß sich rechts und links an die Internationale Niederlassung und Französische Konzession an, das Zentrum der chinesischen Etappe lag hinter ihnen. Die beiden Niederlassungen bildeten eine große Insel im Kampfgebiet, von einer den chinesischen Verteidigern freundlich und den Japanern feindlich gesonnenen Bevölkerung bewohnt. Nach der chinesischen Seite zu waren sie jederzeit zugänglich, solange die chinesische Front bei Schanghai standhielt, und jeder chinesische Soldat oder Offizier konnte sie betreten, wenn er nur vorher seine Waffen beiseitelegte und Zivilkleider anzog. Wichtige japanische Stellungen, die japanischen Kriegsschiffe auf dem Whangpu, zwei japanische Flugplätze konnten von verschiedenen Punkten der Internationalen Niederlassung eingesehen werden; die Chinesen nutzten diese Gelegenheiten zur Beobachtung weidlich aus.

Während die japanischen Truppen nun schon fast tausend Kilometer von Schanghai entfernt weit im Innern des Riesenreiches China stehen, hat sich dort, wo der Kampf begann — in Schanghai — nichts geändert. Die über 2 Millionen Chinesen im Rücken der japanischen Armee in den fremden Konzessionen in Schanghai sind noch ebenso feindlich wie ehemals, ja, ihre antijapanische Haltung hat sich noch verstärkt. Und um den wirtschaftlichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu fördern, ohne den der Chinakrieg sich für Japan niemals bezahlt machen kann, konnte auch keine hermetische Abschließung der Schanghaier Konzessionen durchgeführt werden. Sie bilden mit den chinesischen, jetzt unter japanischer Okkupation stehenden Stadtteilen Groß-Schanghai eine wirtschaftliche Einheit.

Die Niederlassungen aber sind inzwischen zu politischen und militärischen Zentren des chinesischen Widerstandes geworden. Gerade vor einigen Tagen erklärte der militärische Sprecher auf der japanischen Pressekonferenz, der alle paar Wochen einen Überblick über die Kämpfe gegen die chinesischen Kleinkriegsabteilungen im sogenannten „besetzten Gebiet“ gibt, daß die Zahl der chinesischen Guerillatruppen im Umkreis von 40 km um Schanghai „nur noch“ 26 000 betrage.

Guerillaoperationen in noch weiterem Umkreis von Schanghai werden von der Internationalen Niederlassung und der Französischen Konzession in Schanghai aus geleitet. Die chinesischen Nationalisten besitzen in Schanghai geheime Organisationen von einem Umfang und trotzdem gleichzeitig von einer derartigen Wirksamkeit, daß man sich in Europa davon überhaupt kein Bild machen kann. Der Hang der Ostasiaten, Geheimgesellschaften zu gründen, kommt den politischen Bestrebungen der Chungkinger Regierung hier weitgehend entgegen. Dazu kommt, daß diese Organisationen alte Erfahrung mit modernster Technik verbinden. Durch Funk stehen sie in Verbindung mit den Hauptquartieren der Guerillaformationen im Hinterland um Schanghai, Hangchow und Nanking sowie mit der Regierung und dem chinesischen Generalstab im 2000 km entfernten Chungking.

Abträglicher aber noch als die Kleinkriegsabteilungen, die oft so nahe an die Stadt herankommen, daß man in den Außenbezirken den Gefechtslärm hören kann, wirkt sich für die japanischen Wiederaufbaubestrebungen die politische Aktivität

der chinesischen Organisationen aus, die sich in erster Linie in Terror gegen diejenigen Chinesen äußert, die sich den Japanern zur Bildung projapanischer Regierungen und Gemeindeverwaltungen zur Verfügung stellen. Eine Zeitlang nahmen die Morde derart überhand, daß man sich beim Aufschlagen der Abendzeitung wunderte, wenn einmal im Verlaufe des Tages kein politischer Mord geschehen war. Schanghai, das heißt die schönen Stadtviertel der Internationalen Niederlassung und der Französischen Konzession üben auf eine gewisse schmarotzende Oberschicht von Chinesen eine geheimnisvolle Anziehungskraft aus. Wenn sie auch in Nanking oder sonstwo außerhalb Schanghais beschäftigt sind, sie müssen eins der schönen Gartenhäuser in europäischem Stil in der Französischen Konzession oder den Außenbezirken der Internationalen Niederlassung besitzen, sie müssen Tanzlokale und Nachtclubs besuchen. Das gilt auch für diejenigen, die sich den neuen projapanischen Regierungen zur Verfügung gestellt haben, um sich die Taschen zu füllen. Obwohl es für sie mit Lebensgefahr verbunden ist, sind sie dem Schanghaier Leben so verfallen, daß sie immer wieder wie Nachtfalter in eine brennende Kerze fliegen. Sie kommen immer wieder herein und fallen schließlich den Kugeln der nationalistischen Geheimorganisationen zum Opfer, die über jede ihrer Bewegungen unterrichtet sind und immer so geeignete Augenblicke zur Ausführung ihrer politischen Morde finden, daß die Polizei trotz größter Anstrengungen auch noch nicht einen Haupttäter gefaßt hat.

Die Geheimorganisationen, die ihre Basis in den fremden Niederlassungen haben, beschränken aber ihre Aktivität nicht auf diese. Sie greifen nun auch schon hinüber ins von den Japanern besetzte Gebiet. Auch dort sind Mordanschläge an der Tagesordnung, werden Bomben geworfen, und geheimnisvolle Brände brechen immer wieder in japanischen Lagerhäusern und auf japanischen Dampfern in Yangtsepu und Putung aus. Das Ergebnis dieser Tätigkeit der unter Chungkinger Leitung stehenden Organisationen ist eine dauernde Beunruhigung des besetzten Gebietes weit im Rücken der ins Inland hinein vorgeschobenen japanischen Armee, die immer noch die zwar zurückgeschlagene, aber nicht vernichtete chinesische Armee gegen sich stehen hat. Ohne die dauernden Guerillakämpfe, ohne die Attentate auf projapanische Politiker, ohne die von den fremden Niederlassungen ausgehende antijapanische Propaganda würden sich vielleicht die chinesischen Massen in den Küstengebieten langsam mit dem Zustand der japanischen Okkupation abfinden und ihn als ein Verhängnis hinnehmen, gegen das sich aufzulehnen zwecklos ist. Aber so wird ihnen täglich das Immernochvorhandensein einer zwar ins Innere zurückgetriebenen, aber noch bis in die Küstengebiete Macht und Autorität ausübenden chinesischen Zentralregierung erneut zum Bewußtsein gebracht.

Die für Schanghai geschilderten Verhältnisse gelten ähnlich auch für die anderen ausländischen Niederlassungen in China. Sie wirken sich für die japanische Kriegführung im höchsten Maße schädlich aus.

Auf zwei verschiedene Weisen gehen die Japaner vor, um diesen für sie unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten. Am liebsten würden sie heute die völlige Abschaffung der fremden Konzessionen sehen und lieber heute als morgen in sie einmarschieren. Aber sie treffen dabei auf den Widerstand in erster Linie Englands, dann Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Besonders mit den letzteren darf es Japan wegen der zu über 50% aus USA. bezogenen kriegswichtigen Roh-

stoffe nicht verderben, und zudem würde eine bewaffnete Aktion gegen die Konzessionen auf den bewaffneten Widerstand der dort stehenden fremden Streitkräfte stoßen. Sie lassen nunmehr die Forderung nach Abschaffung oder Reform der ausländischen Niederlassungen von den von ihnen eingesetzten neuen projapanischen chinesischen Regierungen erheben; besonders die Regierung in Nanking und die Stadtregierung von Groß-Schanghai haben den Kampf gegen die Ausländer aufgenommen. Sie benutzen die früher schon immer von der Kuomintang erhobenen Forderungen auf völlige Wiederherstellung der chinesischen Souveränität und versuchen so durch Propaganda die chinesische Einwohnerschaft Schanghais für ihre Ziele zu gewinnen. Aber die Chinesen sind in dieser Beziehung, wie immer, wo es ihnen direkt an die Haut geht, Realisten, und selbst die, die früher am lautesten nach Abschaffung der Niederlassungen schrien, sind jetzt ganz still. Auch das einfache Volk, daß sich keine Gedanken über die Politik macht, hat in Schanghai eins erlebt: die Sicherheit der Internationalen Niederlassung und der Französischen Konzession, während draußen die chinesischen Stadtteile unter japanischen Bomben und Granaten in Trümmer sanken und Hunderttausende von Flüchtlingen aus den von den Japanern besetzten Gebieten in die fremden Konzessionen strömten.

Forderungen oder Proteste der neuen von den Japanern eingesetzten Stadtregierung von Groß-Schanghai werden von den fremden Behörden nicht einmal beantwortet. Sie betrachten die neuen Regierungen als nicht vorhanden. Da die neuen Regimes auch keinen Rückhalt im Volk haben, selbst nicht für eine früher so populäre Forderung wie die auf Abschaffung der fremden Konzessionen, bleibt Japan nur der eine Weg übrig, den es augenblicklich beschreitet.

Es wird nicht mehr die unmittelbare Forderung auf Abschaffung der Konzessionen erhoben, sondern die Forderung nach größerer japanischer Beteiligung in der Verwaltung dieser Gebiete und besonders größerem Einfluß in der Polizei. So hofft man eine gewisse Kontrolle über die Aktivität der antijapanischen Organisationen zu erlangen, die so viel schaden. Im Hintergrund der japanischen Forderungen steht immer der Druck der japanischen Bajonette jenseits des Suchow-Creeks. Aber während noch vor einigen Monaten insbesondere die Engländer gewillt waren, alle möglichen Zugeständnisse zu machen, um es nur ja nicht zu einem offenen Konflikt kommen zu lassen, hat sich in letzter Zeit eine gewisse Versteifung gezeigt, die ohne Zweifel auf die aktivere Teilnahme der Vereinigten Staaten zurückgeht. Als die Japaner in der Internationalen Niederlassung von Amoy, dem kleinen Kulangssu, plötzlich Truppen landeten, da wußte in Schanghai jeder, daß Kulangssu der Prüfstein für Schanghai sein würde. Unternahmen die Mächte in Kulangssu nichts, dann wußte man, was in Schanghai kommen würde. Das Unerwartete geschah: England, Frankreich und die Vereinigten Staaten landeten in Kulangssu jeder dieselbe Anzahl Seesoldaten wie die Japaner, so daß das Gesamtverhältnis der Streitkräfte dort jetzt 3:1 zuungunsten Japans ist.

Und dann kamen die großen Flaggschiffe der Mächte aus Kulangssu nach Schanghai, um auch hier eine stille Demonstration vorzunehmen.

Solange aber, als der Kampf nicht entschieden ist, solange, die fremden Niederlassungen bestehen, werden sie weiter für die Chinesen und gegen die Japaner in der Kriegführung nutzbar gemacht werden.

J. G. SLEESWIJK:

Pazifik-Probleme und Holland

Es ist etwa drei Jahre her, daß ich in der Münchener Universität, auf Einladung der Deutschen Akademie, einen Vortrag über die Zukunft des Kolonialproblems gehalten habe, dabei von den holländischen Erfahrungen ausgehend. Der Vermittler zwischen meinem Auditorium und mir war der damalige Präsident der Akademie und der Jubilar von heute, Karl Haushofer.

Mein Vortrag hatte keinen eigentlich geopolitischen Charakter, obwohl ich bei meinen Ausführungen nicht ohne Anspielungen auf geopolitische Gesichtspunkte auskam. Auch für einen Menschen, der wie der Autor dieses Artikels einen großen Teil der Welt bereist hat, ohne Geograph oder Historiker vom Fach zu sein, hat sich die Kjellén-Haushofersche wissenschaftliche Betrachtungsweise als außerordentlich fruchtbar erwiesen.

Sowohl die Erdkunde an und für sich als auch die politische Geographie sehe ich als statisch und beschreibend. Sie schildern, beleuchten und erklären einen Zustand. Die Geopolitik (in welchem Namen das Adjektivum zum Substantivum wurde) ist aber eine dynamische Wissenschaft. Sie sieht die historische Entwicklung der menschlichen Beziehungen im geographischen Raum; sie hat den Raum belebt. Und darum konnte auch nur ein temperamentvoller Mensch wie Karl Haushofer sich ihrer bemächtigen.

Ich dachte an meinen Vortrag in München zurück, als ich freundlichst aufgefordert wurde, zu dieser Festschrift einen Aufsatz beizusteuern. Vielleicht darf ich daran erinnern, daß ich schon vor 18 Jahren meinen „Ur“-Beitrag zur Geopolitik geliefert habe. In einer kleinen Schrift „Deutschland und Holland als Nachbarn“ (Den Haag, 1921) wies ich darauf hin, daß Deutschland eine sehr mannigfaltig gestaltete Landschaft zeige, „was wieder eine starke Differenzierung der Bevölkerung verursacht. Der Bergbewohner ist anders geartet als der Mensch in der Ebene, die Fluß- und die Küstenbewohner prägen sich wieder ihren eigenen Charakter“.

Diesmal habe ich ein für Holland sehr wichtiges Überseethema gewählt. Nach einer Einführung über das Kolonialproblem überhaupt und einer internationalpolitischen Betrachtung wird der Stille Ozean als das Weltmeer, woran Holland als kolonialer Uferstaat direkt beteiligt ist, zur Sprache kommen. Daraus werden sich dann drei geopolitische Gesichtspunkte herausheben, nämlich die Philippinen, Singapore und Niederländisch-Ostindien als Inselreich. Das Zukunftsproblem bildet den Schluß.

Kolonien, Völkerbund und Statusquo

„Qua patet orbis“ — „Wo die Welt nur offensteht“ — so lautete der Wahlspruch von Johann Moritz von Nassau, einem Sprößling jenes berühmten hochdeutschen Geschlechts, das meinem Vaterlande im 16. und 17. Jahrhundert mehrere seiner vortrefflichen Söhne geschenkt hat. Vor 300 Jahren, im Dienste der holländischen Westindischen Kompanie, schiffte er sich ein, um als Gouverneur ihrer damaligen brasilianischen Besitzungen aufzutreten.

„Wo die Welt nur offensteht“, so sagte der Nassauer. Stillschweigend fügte er aber hinzu: „Und wo sie nicht offensteht, da machen wir sie einfach auf“, und

von Pernambuco aus, den Südatlantik durchquerend, entriß er in Westafrika die Goldküste und Angola den Portugiesen, welche Gebiete uns aber später wieder verlorengegangen sind. Die Geschichte der älteren Kolonialmächte ist stets ein sehr bewegtes Auf und Nieder, ein abwechselndes Gewinnen und Verlieren gewesen. Sonst wären wir jetzt noch die Herren und Meister in New York, das wir unter dem Namen „Neu-Amsterdam“ gegründet haben.

„Qua patet orbis“, so sagten auch unsere Väter, die kühnen Seefahrer, die nach dem Fernen Osten zogen, auch dort ein Kolonialreich gründeten, sogar Verbindungen mit den für Ausländer geschlossenen Reichen China und Japan anbahnten, und sich abwechselnd mit Spaniern, Portugiesen und Engländern herumschlugen, welche ebenfalls die reichen Märchenländer für sich öffnen wollten.

„Wo die Welt nur offensteht“, so dachte Carl Peters am Ende des 19. Jahrhunderts, zog nach Afrika und gründete das deutsche Kolonialreich.

„Qua patet orbis“, so sagte noch vor wenigen Jahren Mussolini. Die Welt war aber geschlossen. Und dann ging Italien vor, genau so wie die älteren Kolonialmächte es in früheren Jahrhunderten gemacht haben und genau so wie Japan jetzt in China vorgegangen ist: Italien öffnete die Welt, wo es einen Zugang brauchte, und das Resultat haben wir vor kurzem erlebt.

Wohl hat es seit zwanzig Jahren einen Völkerbund gegeben, der sich um solche Dinge kümmern sollte und es auch versucht hat, aber vergebens. Wie man sich auch sonst zu der Idee eines Völkerparlaments stellen möge, es war schon 1919 vorauszusehen, daß dieser Bund jedenfalls keine großen Lebensmöglichkeiten besäße. Er war mit einem „vitium originis“, mit einem schweren Geburtsfehler zur Welt gekommen, indem man die Friedenstraktate mit der Völkerbundssatzung organisch verbunden hatte. Seitdem nun die ersteren sich immer mehr als unhaltbar zeigten, mußte auch der Völkerbund in seinem Machtbereich zusammenschrumpfen.

Ein Traktat kann nur der Ausdruck der augenblicklichen Machtverhältnisse sein. Ändern sich die letzteren, so verliert der Vertrag seine Bedeutung. Traktate können darum immer nur eine beschränkte Lebensdauer haben, und je schlechter sie sind, desto kürzer dauern sie. Das gilt besonders für die Pariser Vorortsverträge von 1919.

Der Sieger eines Krieges wünscht sich stets einen „status quo“, d. h. die Garantierung des durch den Frieden geschaffenen Zustandes und den bleibenden Genuß der Früchte seines Sieges. Die Handhabung aber von bestimmten Verhältnissen, welche sich überlebt haben, um jeden Preis, m. a. W. der Begriff des Stillstandes im Laufe der Dinge ist eine Absurdität, weil man versucht, die Natur zu vergewaltigen, worin Bewegung und Änderung gerade die Bedingung für jede Form des Lebendigen bilden. Sogar in der sogenannten toten Natur ist nichts starr und unveränderlich. Überall sind umformende Kräfte am Werk. Es wäre höchste Naivität zu meinen, daß das politische Leben von Staaten und Völkern von diesem Naturgesetz eine Ausnahme bilden könnte. Ein gewaltsam im Stande gehaltener Status quo führt früher oder später zu einem ernststen Konflikt: in der inneren Politik zu einer Revolution, in der auswärtigen Politik zu einem Kriege. Wirklich große Staatsmänner lassen sich nicht überrumpeln, sie klammern sich nicht am Überlebten, eingedenk der Heraklitischen Worte „Panta rhei“, alles fließt, alles bewegt sich weiter, alles wechselt ewig.

Ich habe 1919 zu den wenigen Ausländern gehört, welche die künftige Entwicklung vorausgesagt und gewarnt haben. Man wurde damals aber achselzuckend als „deutschfreundlich“ abgetan. Unsere Absicht war indessen keine andere, als darauf hinzuweisen, daß ein wirklicher Friede auf einer Basis wie Versailles und Genf nicht zu gründen war. Worauf es aber ankommt, ist, ob die Vorhersage richtig war. Daran ist nicht zu zweifeln: die andern sind, sei es auch erst nach zwanzig Jahren und durch die Tatsachen gezwungen, jetzt zu dem gleichen Resultat gelangt. Die Unruhe Europas und der Welt ist größtenteils die Folge der Fehler von 1919.

Der Pazifik als das neue Weltmeer

Für die alten Griechen und Römer war das Mittelmeer der Ozean, welcher für ihren Handel und Kolonisation seine Ufer öffnete. Es war das alte Weltmeer, denn von Welten um andere Ozeane war jenen Völkern höchstens gerüchtweise etwas bekannt. Es möge nun das Mittelmeer, durch den Aufstieg des faschistischen Italien in den letzteren Jahren, wiederum an politischer Bedeutung gewonnen haben, seine Rolle als Weltmeer hat es aber dem Pazifik abtreten müssen. Hier begegnen sich, und stoßen teilweise zusammen, die Interessen von sieben Mächten, wovon sechs größeren (China, Japan, England, Vereinigte Staaten, Rußland, Frankreich und Holland).

Westwärts und ostwärts ist die europäische Menschheit gezogen, und die beiden Ströme sind einander an den Ufern des Stillen Ozeans begegnet. Mit der Überreibung und dem Selbstgefühl des Amerikaners hat man mir in Los Angeles erzählt, daß die kalifornischen Küstenstädte eigentlich die Endpunkte (wenn nicht die Höhepunkte!) des Zuges der Kulturmenschheit nach dem Westen bilden. Als der alttestamentarische Abraham vor 4000 Jahren vom Ur in Chaldäa nach dem Lande Kanaan westwärts zog, da hat er etwas Großes angefangen, denn ein Teil der Menschheit setzte diese Bewegung weiter fort. Nachdem Persien, Assyrien und Babylonien geblüht hatten, kam Griechenland hinauf, die Wiege der klassischen Kultur. Es übergab die Fackel dem westlich gelegenen Rom, nachdem das Reich Karls des Großen an der Reihe war. Spanien, Frankreich und England wurden dann zu Weltmächten und beherrschten Länder und Meere, manchmal im Wettkampf mit den Niederlanden. Und damit schien die Kulturmenschheit am Ende ihres Marsches nach dem Westen gekommen zu sein. Inzwischen aber war Kolumbus erschienen und hatte der europäischen Menschheit eine neue Welt geschenkt. Diese setzte darauf ihre westliche Wanderung zur Eroberung einer neuen Hemisphäre wiederum fort: der Angelsachse im Norden, der Romane im Süden. Und in diesem Weltteil ging der Zug abermals zum Westen, über den Mississippi, durch die großen Ebenen und über die Rocky Mountains nach der Pazifikküste. Hier schien die Bewegung zu Ende gekommen zu sein, denn es gab keinen weiteren Westen. Dennoch — — auch dieser Ozean bildete keine Barriere: die Eroberung der Philippinen, der Panamakanal, Hawaii und die Linie der Pan-American Airways von Kalifornien über Honolulu, Midway-Insel, Wake-Insel und Guam nach Manila sind die Beweise der fortschreitenden westlichen Orientierung der Vereinigten Staaten sowie der Wahrung und — falls notwendig — Verteidigung ihrer Interessen in den Gebieten, welche wir zusammenfassend den Fernen Osten nennen.

Hier sind die beiden Völkerströme einander begegnet: der soeben beschriebene westlich gerichtete und der Drang nach dem Osten, wo, nach öfterem Schicksalswechsel, England, Frankreich und die Niederlande als ständige Kolonialmächte blieben. Auch Rußland, sei es zaristisch oder bolschewistisch, wird nie seinen Drang nach dem Osten aufgeben und ist mit Japan in ständiger Reibung. So bildet der Stille Ozean, in schroffem Gegensatz zu seinem Namen, ein vielbewegtes international-politisches Zentrum, ein neues Weltmeer. Hier geschieht es auch, daß die beiden ältesten Berechtigten an seinen Ufern, China und Japan, einander erschöpfen, obwohl beide im Grunde die Abendländer als Eindringlinge betrachten.

Die in China wirtschaftlich interessierten Mächte werden dieses Reich seinem Schicksal wohl nicht überlassen können. Nach einer Schätzung aus dem Jahre 1935 (China Association in London) hatte England allein damals schon 300 Millionen Pfund an Anleihen und Unternehmungen in China investiert.

Politische Probleme im Pazifik

Bei allen am Pazifik interessierten Mächten ist die japanische Gefahr ein Gemeinplatz geworden. Nippon leidet unter Übervölkerung, welche durch zwei Mittel bekämpft werden kann (abgesehen von bewußter Geburtenbeschränkung, welche die Japaner jetzt verwerfen), nämlich durch Industrialisierung und Ausfuhr ihrer Produkte wie auch durch Ausfuhr von Menschen, d. h. Emigration und Kolonisation. Durch das Wachsen der autarkischen Bestrebungen in der Welt und durch den Schutz der eigenen Industrie in verschiedenen Ländern werden aber der Einfuhr japanischer Waren zunehmende Schwierigkeiten entgegengesetzt. Die dadurch verursachte Arbeitslosigkeit macht für das Land der aufsteigenden Sonne die Auswanderung noch dringender. Aber auch für Menschen werden die Grenzen geschlossen; und das steigert den Bevölkerungsdruck im japanischen Kessel so, daß eine Explosion droht, falls das Sicherheitsventil nicht in Tätigkeit gesetzt werden kann. Diesen Auslaß bildet der jetzt schon chronische Kampf mit China um Boden und Rohstoffe.

Dazu kommt nun die nationale Mystik des nipponischen Volkes. Man schlage die Kojiki auf, die Bibel Japans, und man lese die Erzählung, wie die Sonnengöttin Amaterasu selbst ihren Enkel nach der Erde sandte, damit er dort mit seinen Nachkommen ewig herrschen sollte über das Land, das wir jetzt Japan nennen. Dazu kam noch, daß etwa 600 a. D. der Fürst den Titel „Tenno“ („Tenno Heka“) erhielt, und das bedeutet: der göttliche weise König, der Himmel, Mensch und Erde in sich verkörpert. — Ein Volk, das an eine solche übernatürliche Mission seines Fürstenhauses und damit seiner selbst glaubt, kann es nicht als einen Fehler betrachten, wenn es die Hegemonie über große Gebiete von Land und Meer für sich fordert. Solch ein Volk sieht es sogar als eine erhabene Pflicht, die Führung eines ganzen Weltteils zu übernehmen. Nach dem Wunsch des jungen Kaisers Mutsuhito öffnete Japan sich 1868 für die Kultur des Westens, und seitdem hat es die Kraft der modernen Technik mit der Macht des religiösen Mythos verbunden. Im letzten halben Jahrhundert hat es schon zwei erfolgreiche Kriege geführt, gegen China und gegen Rußland, und jetzt ist China zum zweiten Male an der Reihe — ein packendes Beispiel für die Machtlosigkeit des Völkerbundes. Andererseits ist es nicht zu verneinen, daß China für die übrigen bedrohten Pazifikländer als Blitzableiter dient.

Inzwischen befindet sich die Lösung des japanischen Bevölkerungsproblems noch in weiter Ferne. Es ist unrichtig (wie man öfters meint), daß ein wuchtiger Strom japanischer Auswanderer in alle Richtungen einen Ausweg sucht. In den letzten Jahren zogen (in abgerundeten Zahlen) nach Mandschukuo 50 000 und nach den

übrigen Ländern zusammen 30 000, davon nach Niederländisch-Indien nur einige hundert; in unserem dortigen Archipel wohnen nur etwa 7000 Japaner (ungefähr ebensoviel wie Deutsche). Diese totale jährliche Zahl von plus minus 80 000 Auswanderern bildet noch keine 10% der jährlichen Zunahme der japanischen Bevölkerung, welche letztere eine Million beträgt. Etwas mehr wie 1% der ganzen Bevölkerung (70 Millionen in Japan im engeren Sinne) wohnt im Ausland. Von dem jährlichen Emigrantenkontingent kehrt etwa die Hälfte wieder heim. Das Vaterland zieht, und das Band mit Familie und Verwandten ist, wie gewöhnlich bei östlichen Völkern, sehr stark. Dazu kommt, daß der Japaner ein ziemlich beschränktes klimatisches Anpassungsvermögen hat: Mandschukuo ist ihm zu kalt und die Tropen zu warm. Auswanderung und Kolonisation haben Japan bis jetzt keine Lösung seines Bevölkerungsproblems gebracht. Es bleibt offen.

Geopolitische Gesichtspunkte

Niederländisch-Indien liegt an einem sehr wichtigen Kreuzpunkt. Die eine Linie bildet den Verkehrsweg zwischen Indischem Ozean und Pazifik, die andere verbindet die britischen Besitzungen in Asien mit dem australischen Dominion. Der Vorposten der britischen asiatischen Macht ist Singapore. Auf ihrer Insel an der Südspitze der malaiischen Halbinsel ragt diese modernste Festung, das Gibraltar des Fernen Ostens, fast bis in die Gewässer des niederländischen Archipels. Diesen geographischen Verhältnissen zufolge haben Holland und England dort mit Rücksicht auf den Pazifik vollkommen natürliche und sehr wichtige gemeinschaftliche geopolitische Interessen.

Singapore wurde 1819 von Stanford Raffles gegründet. Wir kennen ihn aus unserer Kolonialgeschichte. Als in der napoleonischen Zeit die Engländer Niederländisch-Indien besetzt hatten, war Raffles 1811 bis 1815 Generalgouverneur. Nachdem die Kolonie zu uns zurückgekehrt war, zog er grollend nach Benkulen an der Westküste Sumatras, das noch bis 1824 britisch blieb. Er war kein Freund der Holländer. Zuerst wollte er Benkulen als Hafen zu einem Konkurrenten Batavias machen. Als das nicht gelang, versuchte er es mit Singapore, wovon er sofort einen Freihafen machte.

Die Geschichte scheint manchmal launenhaft. Singapore, das mit unfreundlichen Absichten gegen uns gegründet wurde, ist nach gut einem Jahrhundert für uns von größter Bedeutung geworden — und sicher nicht in unfreundlichem Sinne. Es sind sogar Gerüchte verbreitet worden, daß Holland mit England in bezug auf Niederländisch-Indien, ein geheimes Bündnis geschlossen habe. Es hat keinen Zweck, solche Gerüchte zu dementieren. Die Niederlande schließen nun einmal grundsätzlich keine politischen Bündnisse, weder geheime noch öffentliche. Mit Rücksicht auf die gemeinschaftlichen Interessen und in bezug auf die heutige Unruhe im Fernen Osten mag ein informeller Gedankenaustausch gelegentlich einmal stattgefunden haben.

Mein 1931 in holländischer Sprache erschienenes Buch „Von Menschen und Dingen in Amerika“ schließt mit einer Betrachtung über die Vereinigten Staaten als Kolonialmacht. Nach einem Hinweis auf das Unabhängigkeitsstreben der Bewohner der Philippinen schrieb ich: „Es hat den Anschein, daß die Absichten der Philippinos auf die Erreichung ihres Ideals sich bessern.“

Wenige Jahre später ist diese Vorhersage zur Wirklichkeit geworden, d. h. auf dem Papier. Nach langen und schwierigen Verhandlungen ist die Verfassung der Philippinischen Republik vom Präsidenten Roosevelt genehmigt worden. Nach einer Übergangsperiode von zehn Jahren sollen die „stars and stripes“ nicht mehr über den Philippinen wehen.

Ich habe schon gleich 1935 die Ausführbarkeit dieses Abkommens bezweifelt. Unter denjenigen, welche die Verhältnisse im und am Pazifik kennen, wird es wenige geben, welche Prophezeiungen wagen über die Lage der Dinge in diesem Kraftzentrum nach zehn Jahren. Schon jetzt hat die politische Entwicklung die Philippinos mit Besorgnis erfüllt. Nicht nur, daß die Loslösung von Amerika einen großen wirtschaftlichen Schaden für sie bedeutet, Aus Unterredungen mit führenden Philippinos ist mir klargeworden, wie sehr sie den japanischen Monroeismus in bezug auf den Pazifik fürchten und wie sehr sie ihre zukünftige Unabhängigkeit ohne Rückhalt an einer Großmacht als bedroht erachten. Dieses malaiisch-spanische Mischvolk, das zuerst unter spanischer, dann unter amerikanischer Herrschaft stand, wird einsehen müssen, daß man über genügende Kraft, Selbstvertrauen, Kenntnisse und Erfahrung verfügen muß, um das Freiheits- und Unabhängigkeitsideal in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die Philippinos sind im Fernen Osten unsere Nachbarn. Ein Blick auf die Karte genügt, um festzustellen, daß ihre Inseln mit dem Niederländisch-Indischen Archipel eine geographische Einheit und in strategischer Hinsicht einen Vorposten nach dem Norden bilden. Es ist ein sehr wichtiges holländisches geopolitisches Interesse, daß die Philippinen beherrscht werden von einer uns freundlich gesinnten Großmacht und nicht von den Einwohnern selbst, die nicht imstande sein würden, ihr Gebiet gegen gewisse Gefahren aus dem Norden erfolgreich zu verteidigen.

Eingeborenepolitik und Inselreich

Die moderne Erscheinung in kolonialen Gebieten, nämlich die nationalistische Bewegung der einheimischen Bevölkerung, schreitet in Niederländisch-Indien nur langsam und ohne große Erschütterungen vorwärts. Das hat verschiedene Ursachen. An erster Stelle natürlich die mäßigende Wirkung, welche von der indischen Regierung ausgeht. Weiter fehlt es auch sehr an Einheit in der Bewegung. Die Erklärung dazu liegt in dem Archipel-Charakter unserer Kolonie. Ostindien wird von einer Anzahl von Völkern und Stämmen bewohnt, die sehr verschieden sind nach Veranlagung und Entwicklung und die einander nicht oder kaum kennen. Man vergleiche die alte Kultur der javanischen Fürstenhöfe mit ihren in Europa erzogenen und akademisch gebildeten Söhnen, mit den Papuas in Neu-Guinea, die zum Teil noch Kannibalen sind. Insoweit sie einander kennen, betrachten z. B. die Sumatraner sich den Javanern geistig weit überlegen.

Die Geschichte der nationalistischen Bewegung in Ostindien besteht aus einer langen Reihe von inneren Reibungen und Konflikten; jedesmal verschwinden alte und treten neue Organisationen auf oder finden Spaltungen statt. Kürzlich hat sich die nationalistische Gruppe im „Volksraad“ (das Parlament) wieder in eine javanische und eine für den sog. Außenbesitz getrennt. Die letztere beklagt sich, daß nicht nur die Holländer, sondern auch die einheimischen Volksvertreter ihre Interessen zu sehr auf Java konzentrieren, und sie wollen darum eigene Wege gehen.

Es ist selbstverständlich, daß durch diese chronische Zersplitterung die Kraft der Bewegung zu leiden hat. Die Ursache liegt, wie ich schon andeutete, in der sehr wichtigen geopolitischen Tatsache, daß Niederländisch-Indien ein Inselreich ist, dessen Grenzen sehr weit auseinanderliegen und dessen heterogene Bevölkerungsgruppen ihren insularen Charakter bewahrt haben. Falls die NW-Spitze Sumatras (Sabang) in Irland liegen würde, so müßte man (mit dem gleichen geographischen Maßstab gemessen) Neu-Guinea in Vorderasien suchen müssen.

Ausblick

Holland ist der einzige westliche Kleinstaat mit direkten Interessen am Pazifik und befindet sich dadurch in einer gefährdeten Lage. Es hätte nun sein können, daß der japanische Ruf „Asien für die Asiaten“ auch bei den Eingeborenen in Niederländisch-Indien einen Widerhall gefunden hätte. Mit ganz wenigen Ausnahmen ist das aber nicht der Fall. Unsere einheimischen Nationalisten erwarten ihr Heil von der Demokratie, sympathisieren mit dem angegriffenen China und fürchten das autoritäre und stark militariserte Japan. Von den beiden „Übeln“, Japan und Holland, scheint ihnen das letztere weitaus das geringste. Darin liegt für uns ein Element der Sicherheit. Es gibt noch andere. Die letzte und entscheidende aber suchen und finden wir in uns selbst, d. h. in der festen Absicht (nach einem berühmten Dichterwort), dasjenige, was wir von unseren Vätern ererbt haben, durch unsere Arbeit täglich wieder zu erwerben, um es endgültig zu besitzen¹⁾.

1) Siehe auch: J. G. Sleeswijk, Holländische Kolonialpolitik. Koloniale Rundschau, 27. Jahrg. H. 4 (Juli 1936).

Nichts liegt uns ferner, als mit einem gewissen Fatalismus in solchen Zügen der Geopolitik nur erdgegebenes, unabänderliches Schicksal lesen zu wollen. Wir können die natürliche Veranlagung unseres Lebensraumes sicher weitgehend umgestalten — aber dazu müssen wir sie kennen und durchdrungen haben! Nicht eine Herrin, sondern eine Dienerin soll Geopolitik dem gestaltenden, menschlichen Kulturwillen sein, wie der notwendigen Voraussetzung des Kulturwillens, dem Willen von Einzelmenschen [...] zur Macht, ihrem Willen, aus Macht und überlegener Wirtschaft Kultur hervorgehen zu lassen, und sie — mit dem Stempel der eigenen menschlichen oder Völker-Persönlichkeit — durch Verkehr zu verbreiten, an ihrem Ausgangspunkt jedoch durch keine fremde Macht auslöschen zu lassen.

1928: Karl Haushofer, Zur Geopolitik der Rheinlande in „Der Rhein — sein Lebensraum — sein Schicksal“, S. 2.

Freilich ist diese Entwicklung noch bei weitem nicht abgeschlossen, kaum daß stellenweise Anfänge gemacht und Grundsteine gelegt sind, um die geisteswissenschaftlichen Erkenntnisströme, vor allem der Geschichte, mit den jungen naturwissenschaftlichen Erfahrungstatsachen der Biogeographie und Rassenlehre und mit der Empirie der Staatswissenschaften in ein gemeinsames Bett zu leiten, in dem sich so ungleiche Bewegungen vereinen ließen.

1928: Karl Haushofer in „Bausteine zur Geopolitik“, S. 58.

R. S.: Die japanische Expansion

Einleitung

Die japanische Expansion der Frühzeit, des Mittelalters und der Neuzeit zeigt in ihrer Zielsetzung eine überraschende Gleichartigkeit; man könnte sogar von einer in der Weltgeschichte einzigartigen starren Einförmigkeit sprechen. Sie kennt, seit der ersten nach außen gerichteten Aktivität der frühgeschichtlichen Periode Japans, bis zum heutigen Tage nur eine Hauptrichtung — nach Korea und dem dahinter liegenden, sich unermesslich ausdehnenden Chinesischen Reiche mit den diesen vorgelagerten chinesischen Inseln. Seit dem 4. Jahrhundert n. Chr. ist immer das unter chinesischem Einflusse und sogar Souveränität stehende Korea das erste Ziel jeder Expansionsperiode der japanischen Geschichte. Es gibt nur eine erfolgreiche Ausdehnung Japans, die in anderer Richtung verlief: die Einverleibung der früheren deutschen Südseeinseln während des Weltkrieges.

In dieser Gleichförmigkeit aller japanischen Ausdehnungsbestrebungen äußert sich der Drang (beinahe möchte man von einer Flucht sprechen) von den rohstoffarmen, von ständigen Naturkatastrophen heimgesuchten, räumlich bedrückend kleinen Inseln fort auf das in verhältnismäßiger Nähe liegende, alle Naturschätze versprechende, unermesslich große Festland hin. Und da der sibirische Norden des Kontinentes solchen klimatischen Verhältnissen unterworfen ist, die der Japaner am schwersten erträgt, richtete sich der Hauptstoß der Japaner, wenigstens bislang, nahezu ausschließlich auf das den japanischen Inseln vorgelagerte Korea und China. Diese feststehende Hauptausrichtung aller japanischen Expansionsunternehmungen wurde durch die jeweils zu Beginn einer Expansionsperiode vorher festgestellte politische Schwäche des koreanischen und chinesischen Gegners wesentlich angeregt.

Dieser ausschließliche Drang nach dem Festlande ist für ein Inselvolk erstaunlich. Man sollte eigentlich annehmen, daß der Wille zur Schaffung eines Inselkolonialreiches über Formosa hinaus nach den Philippinen, nach Neuguinea zum mindestens gleich stark vorhanden gewesen wäre. Doch die (fälschlicherweise) sogenannte „südliche Expansion“ ist erst allerneuesten Datums und stellte selbst bis zum heutigen Tage keine Hauptlinie der japanischen Expansionsbewegung dar. Bis zum Weltkriege war Japan seit den frühesten Jahrhunderten weder interessiert noch darauf vorbereitet, ein Kolonialreich im südlichen Pazifik zu schaffen; ja, überhaupt Kolonialpolitik im europäischen Sinne zu betreiben. Besondere innenpolitische Entwicklungen ließen Japan auf die Schaffung einer Seemacht verzichten. (Nur einzelne Piraten stießen bis nach Indien vor.) So mußte sich die verhältnismäßige Nähe des Festlandes mit seiner koreanischen Vorschiebung besonders stark auf dieses Inselvolk auswirken, für das das Meer, im Gegensatz zum Polynesier des 7. Jahrhunderts und dem mittelalterlichen Europäer weit mehr ein isolierendes Hindernis, als erfolgreich zu benutzender Verkehrsweg war. Selbst die klimatischen Vorzüge und die teilweise besonders reichen Naturschätze der südpazifischen Inseln konnten diese Hemmungen, die das Meer bereitete, nicht überwinden. Die riesigen Landräume des chinesischen Festlandes waren und sind heute noch das Hauptziel der japanischen Expansion.

I. Die japanische Expansion der Frühzeit

Die erste geschichtlich nachprüfbare Ausdehnungsbewegung über das Gebiet des japanischen Inselreiches hinaus, begann 363 n. Chr.¹⁾ d. h. also, auf Grund der neueren Forschungen, ungefähr dreieinhalb Jahrhunderte nach der Landung der aus Süd-Kyushu kommenden Yamato-Stämme auf der Kii-Halbinsel, der mittel-japanischen Halbinsel, die durch den Ise-Schrein, Nara und das heutige Osaka bekannt ist. Hier begann der Aufstieg des Yamato-Klanes, der sich dann im Laufe der Jahrhunderte zum herrschenden Klan und dessen höchste Klan-Familie zum Kaiserhause Japans erhob. Ohne die Herrschaft über Japan schon auf alle Gebiete des Inselreiches ausgedehnt zu haben, eingekeilt von feindlichen nordjapanischen Stämmen und besonders von den in Süd-japan auf der Insel Kyushu bestehenden zahlreichen Königtümern bedroht, unternahmen die Japaner unter der Regentin Jingo Kogo, gegen den Willen des kaiserlichen Gemahls, ihren ersten Vorstoß nach außen. Er richtete sich wie alle später folgenden grundlegenden Expansionsbestrebungen zu allererst gegen Korea. Schon damals stand Nord- und Zentral-Korea seit Jahrhunderten unter wechselnd starkem politischen, aber auch militärischen Einfluß Chinas; Süd-Korea, in viele sich befeindende Königtümer zersplittert, war kulturell chinesisches Einflußgebiet. Hier in Süd-Korea setzten die japanischen Eroberer unter Ausnutzung der politischen Zersplitterung mit wechselndem Erfolge zur Errichtung ihrer Vorherrschaft an. Dreihundert Jahre wogte der politische und militärische Kampf, bis 663 n. Chr. die japanischen Eroberer durch vereinte koreanische, aber auch Truppen des wieder geeinten Chinas entscheidend zu Wasser und zu Lande geschlagen wurden.

Der erste nach außen gerichtete Eroberungsversuch war somit politisch und militärisch ein Fehlschlag; vom wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Standpunkte aus ungeahnt erfolgreich. In diesen Jahrhunderten des Kampfes um Korea wurde die Grundlage der Entwicklung Japans für die kommenden Jahrhunderte gelegt, eine Grundlage, die durchaus nicht durch die heutige Modernisierung Japans beseitigt worden ist. Während des Kampfes um Korea eignete sich Japan die weit überlegene chinesisch-koreanische Technik, die entscheidenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung hatte, an; übernahm die chinesischen Schriftzeichen, die konfuzianischen Lehren, den Buddhismus, wandte in seiner Kunst chinesisch-koreanische Grundsätze an. Die Nara- und Kyotoperioden sind heute noch die lebendigsten Zeugen dieser überragenden Einflüsse von außen. Tausende von koreanischen und chinesischen Handwerkern, Gelehrten, Priestern wurden in Japan angesiedelt, verschmolzen mit den führenden Schichten der Japaner, zumal der Niederlage der Japaner in Korea engste friedliche Beziehungen zwischen Japan, Korea und China folgten. Nahezu tausend Jahre ruhte jeglicher Expansionsdrang der Japaner. Nur einmal wurden die friedlichen Beziehungen in Ostasien durch den Einbruch des Mongolenkaisers auf dem chinesischen Throne, Kublai Khan, Ende des 13. Jahrhunderts auf kurze Zeit unterbrochen.

Die Motive für diesen so überraschend erscheinenden Ausdehnungswillen der Japaner lassen sich leicht aufzeigen. Der um die Vorherrschaft in Japan ringende Yamato Klan konnte bald erkennen, daß seine Gegner, besonders die in Kyushu lebenden, in Verbindung mit wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Kräften standen, die eine Niederwerfung des Widerstandes dieser inneren japanischen Gegner nur dann aussichtsreich erscheinen ließen, wenn diese Verbindung unterbrochen und der Yamato-Klan das Monopol der Ausnutzung der überlegenen Reichtümer

1) Vergleiche hierzu: Wedemeyer, *Japanische Frühgeschichte*, Tokio 1930, S. 34. Y. Kuno, *Japanese Expansion*, California 1937, Kapitel I.

und Kenntnisse erringen konnte. Die enge Seestraße nach Korea aufs Festland (weniger als 250 Kilometer breit, durch Inselstützpunkte noch verkürzt) wies den einzig möglichen Weg. Alle anderen Länder, Inselreiche rings um Japan waren räumlich viel zu weit entfernt, kulturell und reichtumsmäßig viel zu zurückgeblieben, als daß überhaupt eine andere Richtung eingeschlagen werden konnte. Das asiatische Festland, Korea und China, wurden identisch mit Reichtum, Natur-schätzen, höherer Technik und Kenntnis. Nicht umsonst soll die Regentin Jingo Kogo ihre Gefolgsleute zum Eroberungszuge nach Korea mit den Worten aufgerufen haben: „Jenseits liege das Land der unermeßlichen Schätze.“ Die Träger aber dieser erstmaligen Expansionsbewegungen waren damals (man fühlt sich beinahe verführt zu sagen: und bis zum heutigen Tage) die Krieger des Yamato-Stammes, das Landheer. Eine Flotte als Waffe gab es damals noch nicht in Japan.

II. Hideyoshis Koreanischer Feldzug

Von 663 bis 1592 beherrschten innere Probleme das staatliche Leben Japans. Die Verarbeitung der aus Korea und China übernommenen Kenntnisse und Errungenschaften und die ausschließlich innerpolitischen und militärischen Auseinandersetzungen erstickten jeden nach außen gerichteten Expansionsdrang. Ende des 13. Jahrhunderts wurde diese Konzentration nach innen durch den Mongoleneinfall unter dem Kaiser Chinas, Kublai Khan, unterbrochen. Auch in diesem Falle war Korea die Brücke für die Heere und Flotten des Mongolenkaisers. An den Küsten Kyushus schlugen die japanische Armee und ein Taifun die Angriffe zurück.

Dann setzte 1592 der große Eroberungszug Hideyoshis ein; nachdem er schon seit Jahren geheime Vorbereitungen getroffen hatte, um sie dann in wunderlich großsprecherischen Briefen an den König von Korea, den Kaiser von China und den Generalgouverneur von Indien bekanntzugeben. Wieder wurde Korea zum Kriegsschauplatz. Doch diesmal sollte die Eroberung Koreas nur die gesicherte Etappe abgeben für die geplante Eroberung ganz Chinas und die Unterwerfung Asiens bis nach Indien. Hideyoshis großartige Vision sah ein unter der Oberherrschaft Japans stehendes Großasien. Doch am Yalufluß, an der koreanisch-mandschurischen Grenze, dem Schlachtfelde zweier Kriege der Neuzeit, brach der Sturm zusammen. Wieder schlugen koreanische und chinesische Truppen die Japaner zurück. Die erstaunliche Überlegenheit der chinesischen und besonders der koreanischen Flotte besiegelte endgültig das Schicksal dieses sechsjährigen Kampfes, nachdem der Tod Hideyoshis den Japanern die letzte innere Kraft geraubt hatte.

Zwei Motive lagen dieser Expansionsbestrebung Hideyoshis zugrunde. Erstens der Wille zur Eröffnung Koreas und Chinas zwecks intensiveren Handelsverkehrs. Die gesteigerten Bedürfnisse der Oberschicht Japans, der Massenheere, die es in den inneren Kämpfen entwickelt hatte, konnten durch den Piratenhandelsverkehr als einzige Handelsverbindung nicht mehr befriedigt werden. Zweitens veranlaßten innere Gründe Hideyoshi zur Expansion. Eine Abrüstung der Massenheere auf japanischem Boden schien dem neuen Einiger Japans ebenso gefährlich wie die Eifersucht der zahlreichen territorialen Daimyos gegen sein neugegründetes Shogunenhaus. Die Ablenkung dieser zusammengeballten militärischen Energien und Gegensätze veranlaßten Hideyoshi zur militärischen Expansion. Das Fehlen aber einer überlegenen Seestreitmacht zwangen ihn, den nahen Weg über Korea zu wählen. Hideyoshis Pläne scheiterten; seine Familie wurde ausgerottet. Das Tokugawa-Shogunat jedoch fand für mehr als 250 Jahre andere Mittel zur Aufrechterhaltung seiner Oberherrschaft als die Expansion nach außen. Erst die gewaltsame Eröffnung Japans durch die Westmächte und die Meijirestauration eröffneten eine neue erstaunliche Ära der japanischen Expansion.

III. Die japanische Expansion der Neuzeit

Die moderne japanische Expansion, also die von 1868 bis zum heutigen Tage, läßt sich unschwer in zwei Abschnitte einteilen. Der erste, in dem sich Japan die Eroberung und Einverleibung Koreas zur Aufgabe stellte; der zweite, der auf der Grundlage des eroberten Koreas sich die Beherrschung Chinas zur Aufgabe machte. Und falls Japan im heutigen Ringen um China erfolgreich bleiben sollte, dann wäre die dritte Expansionsperiode eingeleitet, die der Vorherrschaft in Ostasien bis nach Indien hin gewidmet sein dürfte. Bewußt oder unbewußt liegt also der japanischen Expansion die außenpolitische Vision des genialen Hideyoshi zugrunde.

Der Kampf um Korea

Wieder wurde das sich dicht an Japan heranschiebende Korea zum Hauptziel der japanischen Expansion in der Neuzeit. Rein datumsmäßig wurden zwar zuerst die Ryukkyu-Inseln dem japanischen Reiche 1871 einverleibt. Doch diese Ausdehnung Japans war nur eine amtliche Besiegelung einer schon lange bestehenden Zugehörigkeit dieser südlich von Kagochima liegenden Inseln. 1874 wurde eine Strafexpedition nach Formosa unternommen; dann wurden durch Verhandlungen mit Amerika die Bonin-Inseln südlich Yokohama erworben und Sachalin gegen die Kurilen-Inseln ausgetauscht. Doch obgleich der Krieg um Korea (mit China geführt) erst 1894 ausbrach, war das „Korea-Problem“ schon seit 1868, also mit Beginn der Meiji-Restauration bei weitem das aktuellste in Japan. Schon damals forderten die durch die Restauration noch brotloser als vorher gewordenen Samurai gefährlich stürmisch den Krieg gegen Korea. Die Expeditionen nach den Ryukkyu-Inseln und nach Formosa waren bewußt geöffnete „Ventile“ der japanischen Staatsführung zur Beschäftigung der nach Krieg dürstenden Kriegerkaste. Trotzdem konnte der 1878 ausgebrochene Aufstand der Satsuma-Samurai nicht verhindert werden, der teilweise durch die einem Krieg ausweichende Politik der Meiji-Berater mit hervorgerufen war. Doch schon 1875 gingen die Japaner militärisch gegen Korea vor, und erzwangen dessen Eröffnung für den Handelsverkehr in der selben Art und Weise, wie es kurz vorher die Amerikaner unter Perry Japan gegenüber taten. Dann folgt eine romanhaft anmutende Periode wildester chinesisch-japanischer Intrigen um den entscheidenden Einfluß in Korea, die endlich 1894/95 zum Krieg führten. Der von den Japanern erfochtene Sieg sicherte jedoch noch nicht die alleinige Vorherrschaft Japans. Ein zweiter Krieg, diesmal gegen das zaristische Rußland, mußte 1904/05 ausgefochten werden, um das Hauptziel der ersten Periode der modernen japanischen Expansion, die Beherrschung Koreas zu verwirklichen. 1910 wurde dieser Erfolg durch die Einverleibung Koreas erweitert.

Der Kampf um die Beherrschung Chinas

Schon mit dem Siege 1895 über China, ein Kampf, der ausschließlich um Korea begonnen wurde, griff Japan in seinen Friedensbedingungen auf das Reichsgebiet Chinas über. (Korea stand mit einem eigenen Königshause in einem dehnbaren Souveränitätsverhältnis zum chinesischen Reiche.) Formosa, seit Jahrhunderten chinesischer Besitz, wurde durch den Friedensvertrag dem japanischen Reiche angegliedert. Alle Vorrechte, einschließlich das der Konzessionsgebiete, die die übrigen Westmächte besaßen, mußten nunmehr auch den Japanern eingeräumt werden, die in Japan selbst noch nicht alle exterritorialen Rechte der Ausländer abge-

schüttelt hatten. (Eine sehr bemerkenswerte Tatsache.) Doch der großangelegte Sprung Japans auf das chinesische Festland, die beabsichtigte Schaffung eines umfangreichen Pachtgebietes in der Südmandschurei, wurde durch die Intervention Frankreichs, Rußlands und Deutschlands verhindert. Erst im Kriege 1904/05 gegen Rußland gelang dieser Einbruch in das chinesische Festlandgebiet. Das sogenannte „Kwangtung-Pachtgebiet“ wurde geschaffen und eine Japan unterstehende Eisenbahnzone, die von Dairen bis nach dem heutigen Hsingking reichte. Damit war für die kommenden Zeiten die Mandschurei automatisch zum Ausgangspunkt aller weiteren gegen China gerichteten Expansionsbewegungen geworden.

Diese Basis für die weitere Expansion nach China hinein wurde während des Weltkrieges durch einen Teil der auf die Mandschurei zugeschnittenen berühmten „21 Bedingungen“ verstärkt. Die meisten anderen Versuche während des Weltkrieges, durch den Ausbau der japanischen Positionen im japanisch besetzten Tsingtau- und Shantung-Gebiet und mit Hilfe der allgemeinen politischen Bestimmungen der „21 Bedingungen“ die Vorherrschaft Japans auf Kosten der anderen Fremdmächte zu erringen, scheiterten an der „Friedenspolitik“ der damaligen Verbündeten Japans. Nur die Südsee-Inseln konnte Japan im Austausch für die Räumung der Shantung-Provinz behalten. Diese Inseln, eigentlich ein „Nebenprodukt“ der japanischen Beteiligung am Weltkriege, wurden nun neben den verbesserten Positionen in der Mandschurei zu einem der wichtigsten Ergebnisse der japanischen Kriegsführung, und gewinnen mit dem stärkeren Ausbau der japanischen Flotte immer mehr den Charakter einer „in der Reserve gehaltenen Basis“ für eventuelle Expansionsbewegungen in den Südpazifik — wenn besondere weltpolitische Ereignisse eintreten sollten oder die Beherrschung Chinas sicher erscheint.

Die erfolglose Beteiligung Japans an der internationalen Intervention in Sibirien in den Jahren 1918 bis 1922 stellt in Wirklichkeit keine Abweichung von der „chinesischen“ Zielsetzung der japanischen Expansion dar. Das Hauptziel war die Nordmandschurei und besonders die nordmandschurische Eisenbahn. Der Wunsch, Wladiwostok und die Amureisenbahn zu behalten, entsprang dem Bedürfnis, diese nordmandschurischen Gebiete zu sichern, nicht dem Wunsche, Sibirien zu erobern.

Die Niederlage in Sibirien, die Rückschläge durch die internationalen Konferenzen nach dem Weltkriege und die Auflösung des seit 1902 bestehenden englisch-japanischen Bündnisses brachten auch innenpolitische Rückschläge für die Träger der aktiven japanischen Expansionspolitik in China, nämlich für die japanische Armee. Erst im September 1931 wurde die innenpolitische Schwächung der Armee überwunden und die ständig wachsenden Angriffe der chinesischen nationalistischen Bewegung auf die Machtpositionen der Fremdmächte und Japans in China zum Anlaß des Angriffes auf die Mandschurei und die Schaffung des „unabhängigen Mandschukuo“ genommen. Während all diejenigen, die die jahrhundertealte Ausrichtung der japanischen Expansion auf China nicht beachteten, auf die Fortsetzung der japanischen Expansion aus der Mandschurei heraus gegen Sibirien warteten, ging Japan vollkommen folgerichtig zum Einbruch in das eigentliche China und zum Kampf um die Alleinherrschaft in China über. Mit Hilfe der Einbeziehung der Provinz Jehol in Mandschukuo, Schaffung neuer Stützpunkte jenseits der großen Mauer und in der inneren Mongolei, Entwicklung politischer und militärischer Sonderstellungen im Peiping-Tientsin-Gebiet, wurde die Grundlage zum

heutigen, Juli 1937 ausgebrochenen, grandiosen Kampf um die Beherrschung Chinas gelegt. Denn „China war und ist das Schicksal Japans“, nach den instinktiv richtigen Worten eines jungen, von den Chinafronten zurückkehrenden Generalstabshauptmanns, die er an den Berichtersteller richtete.

IV. Der Charakter der japanischen Expansion

Die vorhergegangene geschichtliche Darstellung erlaubt die Feststellung, daß es für Japan weder eine „nördliche“ oder „südliche“ oder sonst eine „kompaßbestimmte“ Expansion gibt. Bis zum heutigen Tage sind die Nähe, das Festland und die jeweilige politisch-militärische Schwäche des Gegners die entscheidenden Faktoren für die Richtung der japanischen Expansion oder der „japanischen Flucht von seinem Inselreich“. Praktisch gesprochen bedeutet dies die Expansion nach China, wobei Korea als zu China gehörend angesehen wird. Nur nach der Bewältigung dieser Aufgabe, deren Lösung in den wenigen letzten Jahren ungewöhnlich stark forciert worden ist, dürfte Japan sich neue Hauptexpansionsziele stellen. Entweder in der Richtung der unendlichen mongolisch-turkestanischen sibirischen Steppen oder in die südlichen Gebiete des Pazifik, Indochina, Indien und die pazifischen Inseln. Solange aber die „Aufgabe China“ noch nicht gelöst ist, wird Japan nur Nebenkkräfte anderen Gebieten widmen wollen und können. Die Hauptkonzentration der machtmäßigen Ausbreitung Japans bleibt für absehbare Zeit auf China konzentriert, in China gebunden. Mit Kraftentfaltungen, die höchstens noch bis Wladiwostok, Hongkong und dem nördlichen Indochina und bestenfalls bis nach Siam reichen.

Mit dieser Konzentration auf China ist der japanischen Expansion der Charakter der „Kolonialexpansion“ genommen. Nur in der Südsee und in Teilen Formosas kann japanische „Kolonialpolitik“ angetroffen werden. China ist viel zu bevölkert, kulturell dem Japaner zu ebenbürtig, als daß er ein Kolonialreich auf dem Kontinente schaffen könnte. Die japanische Expansion zielt ab auf die militärische, wirtschaftliche und politische Beherrschung formell „selbständiger Gebiete“ des Kontinentes. Der Japaner ist ein Eroberer, aber kein Kolonisator.

Diese Tatsache ist auch durch den eigentlichen Träger der japanischen Expansion bedingt. Dieser ist nicht wie in den europäischen Staaten der Händler und Privatwirtschaftler, der sich nur des Staates bedient. In Japan ist die Wehrmacht und noch genauer gesprochen die Armee der wirkliche ausschlaggebende Träger des Expansionsgedankens. Dadurch sind das Festklammern an der Expansionsrichtung auf den Kontinent, aber auch die praktischen Ziele der Expansion bedingt. Neben dem Bedürfnis jeder Wehrmacht, ihren Machtbereich auszudehnen, steht das wehrwirtschaftliche, strategische Bedürfnis an allererster Stelle. Der japanischen Wehrmacht sind die privatwirtschaftlichen Gewinne der Mitsui, Mitsubishi, Sumitomo und vieler anderer mehr eine bedauerliche Nebenerscheinung der erfolgreichen Expansion, nicht das Hauptargument. Sie will Rohstoffe für die Kriegsindustrie und formt die Grenzen ihrer Eroberungen nach strategischen Gesichtspunkten. In dieser begrenzten Zielsetzung liegt die Stärke, aber auch die Schwäche der japanischen kontinentalen Expansion. Denn so scharf begrenzt „Autarkie“ und „strategisches Bedürfnis“ als Begriffe erscheinen, so grenzenlos und undefinierbar sind sie in der Praxis; ebenso grenzenlos wie der Begriff des „Asiatischen Kontinentes“.

Vorausschau über 15 Jahre

Der Wiederaufstieg der südostasiatischen Monsunländer mit der ganzen Auftriebskraft von über 900 Millionen Menschen, die Freiheit und Selbstbestimmung wollen oder doch zu ihr hingedrängt werden, ist eine anthropogeographische Tatsache. Der allen sichtbar und fühlbar gewordene Aufstieg des japanischen Inselreiches zu seiner Großmachtstellung, ist nur ihre auffälligste geopolitische Teilerscheinung. Der japanische Inselbogen ist der zum Teil vom Pazifik überspülte, mit der größten geopolitischen Lagengunst ausgestattete, rassenbiologisch am besten durchgeschweißte Rand des einheitlichen Blockes, der sich als Ganzes wieder zu seiner immanenten Gleichgewichtslage zu heben anschickt. Darin liegt Japans Gefahr, aber auch seine Stärke. Für seine Zukunft kommt viel, wenn nicht alles darauf an, ob die Verbindung mit diesem Block gewahrt bleibt oder gefährdet wird. Hier also, in der richtigen Behandlung und Lösung [des koreanischen Ausgleichungsproblem]es liegt der Schlüssel zur großjapanischen Zukunft, mit den Monsunländern, vielleicht als ihr Führer, denn gegen sie gibt es keine. [!..]

Kleinräumig werdende, in Zersetzungszustände verfallende und darum das kostbare Gut der Selbstbestimmung verlierende Erdräume, ausschließlich in wirtschaftlichem Denken befangene Völker, Nationen und Zivilisationen haben die ganz großen, kommenden geopolitischen Neubildungen oder erdgebundenen Re-Inkarnationen nie gesehen oder sehen wollen, [bis sie durch die Tatsachen zum Sehen genötigt wurden.] [!..]

Nun ist das Gefühl dafür wieder erwacht; und das Feldgeschrei vom Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker, als vorübergehendes taktisches Mittel zum Weltbetrug nicht ungestraft gebraucht, hat nun auch die großen Nachbarn der kleinen Völker mit aufgeweckt: das Selbstbewußtsein der großen Völker, der durch erdentstammte, unvergängliche Erscheinungen verbundenen, unterdrückten Großkulturräume. Plötzlich wird sich der jahrtausende lang ebenso wie sie geplackte mitteleuropäische Kulturraum einer weltumspannenden Schicksalsgemeinschaft mit ihnen bewußt, fühlt sich aus künstlicher Isolierung erlöst und in die Gemeinschaft der mit ihm ringenden Großräume der Erde aufgenommen. Deshalb ist die geopolitische Rieseneinheit der Monsunländer und das Selbstbestimmungstreben ihrer 900 Millionen auch für uns Mitteleuropäer „aktuell“!

1924: Karl Haushofer in Zeitschrift für Geopolitik I. Jhrg., H. 1, S. 26: Die Einheit der Monsunländer.

SIEGFRIED WARNECK:

Waffen und Methoden des geistigen Kampfes in Mandschukuo

Sieben Jahre sind vergangen, seit das heutige Kaiserreich Mandschukuo inmitten seiner feindselig und ablehnend eingestellten Welt am 9. März 1932 mit Hilfe des befreundeten Japans gegründet wurde. Aus einer umstrittenen Kampfzone ist Mandschukuo im Laufe dieser Zeit zum Kern und „integralen Bestandteil des japanischen Lebensraumes“ auf dem ostasiatischen Kontinent geworden. Innenpolitisch ist im Lande eine gesunde Festigung angebahnt, die ihren Ausdruck im neuen Verwaltungs- und Rechtssystem findet. Im Gegensatz zu den sog. besetzten Gebieten Chinas kann hier von einer ziemlich erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung gesprochen werden, an der auch einzelne Rückschläge nichts zu ändern vermögen. Die außenpolitische Lage Mandschukuos weist ebenfalls Anzeichen einer nicht unerheblichen Besserung auf, trotzdem der Nichtanerkennungsgrundsatz von den meisten Ländern des Auslands formell noch aufrechterhalten wird. — Im Hintergrunde dieser beachtlichen Entwicklung steht als spezifischer Machtfaktor die japanische Kwantung-Armee. Sie gilt als Trägerin des japanischen Nationalgeistes (Yamato-Geist) in Mandschukuo, wo sie stationiert ist, um „das Land gegen militärische und ideologische Angriffe anderer Mächte zu schützen“ und „Frieden und Ordnung im Osten zu erhalten“¹⁾. Als Begründung des ständigen Vorhandenseins einer verbündeten Armee in Mandschukuo wird unter anderem die exponierte geographische Lage des Landes angeführt (Nachbarschaft der Sowjetunion, der roten Außenmongolei und der im Wirkungsbereich der kommunistischen achten chinesischen Armee liegenden Teile Nordchinas!). Ferner darf hierbei nicht übersehen werden, daß Mandschukuo kein Nationalstaat im modernen Sinne ist, sondern eher ein Nationalitätenstaat. Seine Bevölkerung setzte sich Ende Dezember 1937 wie folgt zusammen:

(Mandschukuo einschließlich des Kwantung-Pachtgebietes)²⁾

Chinesen bzw. sinisierte Mandschus	rund 35 360 000
Mongolen und verwandte Stämme	rund 1 170 000
Koreaner	rund 935 000
Japaner	rund 592 000
Staatenlose (meist Weißrussen)	rund 54 000
Ausländer	rund 11 000

Chinesen und sinisierte Mandschus bilden die Hauptmasse des mandschurischen Bauerntums, der städtischen Arbeiterbevölkerung und des Kleinhändlerturns. Als Randgebiet und typisches Siedlungsland besaß die Mandschurei auch vor 1931 nur eine zahlenmäßig schwache und relativ unbedeutende gebildete chinesische Schicht. Die politische Führung lag in Händen einer bunt zusammengewürfelten Gruppe chinesischer Militärs und Zivilisten, an deren Spitze die Sippe des Marschalls und ehemaligen Räuberanführers Chang Tso-lin stand. Nach dem Mukden-Zwischenfall

1) Vgl. hierzu Rede des Oberbefehlshabers der Kwantung-Armee und Japanischen Botschafters in Mandschukuo, General Ueda, am 10. März 1939, dem „Tage der Armee“, in „Manchuria“ vom 15. 3. 1939.

2) Erfahrungsgemäß müssen die Angaben der mandschurischen Bevölkerungsstatistik mit Vorbehalt aufgenommen werden. Ungenauigkeiten von einigen 10 000 oder mehr sind bereits öfters festgestellt worden.

verließ die national und japanfeindlich gesinnte chinesische Intelligenz in der Mehrzahl zusammen mit vielen hohen Beamten der bisherigen Verwaltung das Land. Bloß eine verhältnismäßig sehr geringe Anzahl zum Teil in japanischen Schulen ausgebildeter chinesischer Intellektueller und Beamten verblieb freiwillig oder gezwungenermaßen dem neuen Regime. Die chinesischen Millionenmassen der Mandschurei haben seit 1932 praktisch keine nennenswerte eigene geistige Führung mehr, die imstande wäre, bei der Gestaltung der Geschicke des Landes einen der zahlenmäßigen Überlegenheit des mandschurischen Chinesentums entsprechenden Einfluß geltend zu machen. — Die kulturell rückständigen Mongolen der westlichen Mandschurei sind als selbständiger politischer Faktor von geringem Belang. — Der Sachlage entsprechend war nach der Gründung Mandschukuos einzig die zugewanderte japanische Minorität geeignet, unter Inanspruchnahme der wenigen verfügbaren einheimischen Kräfte die geistige Umschulung der Massen und ideologische Neugestaltung des mandschurischen Raumes in die Hand zu nehmen.

Parallel mit der wirtschaftlichen Erschließung und der noch nicht abgeschlossenen militärischen Befriedung geht demzufolge seit 1932 der Kampf um die Beseitigung der alten nationalchinesischen und die Durchsetzung einer neuen, dem Geiste der Staatsgründung von Mandschukuo entsprechenden Ideologie vor sich. Zwei Thesen der letzteren sind für das Wesen des mandschurischen Staates besonders kennzeichnend: die grundsätzlich anerkannte, „dem Geiste und dem Wesen nach“ bestehende untrennbare Einheit mit Japan und das unter japanischer Priorität im Rahmen eines nach den Grundsätzen des „Wang-tao“ oder „Königlichen Weges“ regierten Musterstaates zu erstrebende Ideal der rassischen Harmonie zwischen Japanern, Chinesen, Mandschus, Mongolen und Koreanern. — Die praktischen Ziele der in der Mandschurei seit sieben Jahren eingesetzten geistigen Durchdringung sind überwindender und aufbauender Art. Überwunden werden sollen die meist passiven lokalen Widerstände, die nicht so sehr in einem ausgesprochenen Nationalbewußtsein fußen, als vielmehr in tiefstempfundener Mißtrauen und einer instinktiven Abneigung Japanern gegenüber. Die von China und vermutlich auch der Sowjetunion her durchdringende Propaganda wird selbstverständlich aufs schärfste bekämpft. Am schwierigsten dürfte jedoch das positive Ziel zu erreichen sein: die geistig passiven Massen aufzurütteln und zur aktiven Mitarbeit am neuen Staate zu begeistern. Schule, Presse, Film, Rundfunk, öffentliche Versammlungen, Schulungslager für die Jugend, unentgeltliche Volkskurse, Flugschriften und -blätter, Plakate, Photos, kurzum, der gesamte moderne Aufklärungsapparat ist für diese Zwecke mobilgemacht worden.

Die anfangs ziemlich systemlos geleistete Arbeit hat mit der Zeit, insbesondere seit 1937, bestimmtere Formen angenommen. Zu den regsten Werkzeugen der Regierung zählt die „Manchuria Concordia Association“ (chin. Hsieh-ho-hui, jap. Kyowakai), eine Art mandschurischer Staatspartei. Ihr gehören die meisten mandschurischen Beamten und Leute von Geltung sowie viele Japaner an. Im Laufe der Jahre ist sie zu einer weitverzweigten, zwischen Staat und Volk vermittelnden nationalen Organisation und Trägerin der offiziellen Ideologie herangewachsen, der auch die politische Schulung der Jugend anvertraut ist. Präsident der „Concordia Association“ ist der Premierminister von Mandschukuo. Im Februar 1938 hatte sie rund eine Million Mitglieder, die in über 11 900 Ortsgruppen

und Stützpunkten im ganzen Lande verteilt waren. — Von einschneidender Bedeutung für die Volkserziehung ist ferner die in den Gesetzen vom 2. Mai 1937 verkörperte Schulreform. Daneben ist in erster Linie die Presse als mächtige Aufklärungswaffe zu erwähnen.

Bis 1932 herrschte in der mandschurischen Presse ein buntes Durcheinander. Die einheimische chinesische Presse war, gleich ob amtlich oder privat, durchweg mehr oder weniger fremdenfeindlich, bis auf mehrere Tageszeitungen in japanischem Besitz. Ziemliche Verbreitung fanden die führenden Blätter Pekings, Tientsins und Schanghai. In Harbin blühte unter chinesischer Kontrolle eine ansehnliche weißrussische Presse. Den Sowjets war dagegen nur die Herausgabe einer Zeitung für die russischen Beamten der ostchinesischen Bahn gestattet. Als sich kurz nach der Gründung Mandschukuos Schwierigkeiten ergaben, suchte diese Zeitung eine Zeitlang unter der exterritorialen Flagge Englands Zuflucht und erschien als russische Beilage eines der beiden Harbiner englischen Blätter. Im übrigen war die exterritoriale Presse durch japanische Organe vertreten. — Der Nachrichtendienst wurde von chinesischen, japanischen und ausländischen Nachrichtenagenturen versehen. Soweit es sich um exterritoriale Unternehmen handelte, arbeiteten sie praktisch ohne Kontrolle.

Die Gründung Mandschukuos brachte das Verbot der gesamten Kuomintang-Presse Chinas in der Mandschurei mit sich. Die Einfuhr englischer und anderer nichtchinesischer Zeitungen aus China war ebenfalls erschwert. Erst im Jahre 1936 wurde die in der japanischen Niederlassung Tientsins erscheinende Zeitung „Yung-pao“ als erste und einzige chinesische Zeitung zur Einfuhr aus China gestattet. Inzwischen wird diese Genehmigung auf weitere Presseorgane japanischer Orientierung ausgedehnt worden sein. — Die in der Mandschurei selbst erscheinenden Tageszeitungen in chinesischer Sprache setzten zum großen Teil ihr Erscheinen nach einer entsprechenden, durch die neuen Anforderungen bedingten Umstellung fort. Chinesisch gilt offiziell als Amtssprache Mandschukuos. Trotzdem ist die auf japanische Informationen angewiesene mandschurische Tagespresse in chinesischer Sprache heute nur noch von sekundärer Bedeutung.

Die japanische Presse der Mandschurei erhielt begreiflicherweise durch die Neuordnung einen merklichen Aufschwung. Er äußerte sich u. a. in starker Ausweitung des Wirkungsbereiches der bestehenden Zeitungen und einigen Neugründungen im ehemaligen chinesischen Hoheitsgebiet.

Das Bestehen der japanischen Exterritorialität verhinderte zunächst die Durchführung einer einheitlichen Pressekontrolle. Wie in allen Verwaltungszweigen bestand hier ein gewisser Parallelismus, indem die mandschurischen und japanischen Polizei- bzw. Gendarmeriebehörden getrennt die in ihrem Zuständigkeitsbereich erscheinenden Zeitungen überwachten. Für den japanischen Teil der Presse war der Stab der Kwantung-Armee letzten Endes die maßgebende Stelle, neben der jede andere Autorität erblaßte. Durch die im ganzen Lande vertretenen Sondermissionen konnte die Kwantung-Armee auch die einheimische Presse beeinflussen.

Mit dem Herannahen der Aufhebung der japanischen Exterritorialität¹⁾ ließ sich eine Reorganisation und straffere Zusammenfassung der gesamten Presse Mandschukuos im öffentlichen Interesse nicht länger vermeiden. Im September 1936

1) Sie wurde endgültig am 1. Dezember 1937 aufgehoben.



wurde daher die Gründung der Manchuria Publicity and Information Association (Manshu Kōhō Kyokai), einer besonderen juristischen Person nach mandschurischem Recht, durch kaiserlichen Erlaß angeordnet. Das Kapital der Kōhō Kyokai ist zweimal erhöht worden und beträgt seit dem Frühjahr 1939 fünf Millionen Yüan. Es setzt sich aus Beiträgen der Regierung von Mandschukuo, der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft (SMR.) und der Manchuria Telegraph and Telephone Co. (MTT.) zusammen. Die Kōhō Kyokai sieht ihre Aufgabe in der Zusammenfassung, Kontrolle und Anleitung der mandschurischen Presse, deren „gesunde Entwicklung“ angestrebt werden soll. Sie ist gewissermaßen als „General-

stab für Presseinformation und Propaganda“ gedacht und wird von der Regierung subventioniert (1939 beträgt die Subvention 1 Million Yüan). Die notwendige Operationsbasis wurde durch Anschluß von anfangs sieben der bedeutendsten Zeitungen des Landes geschaffen. Im Juli 1937 konnte die sog. zweite Presseregelung einsetzen, deren Zweck es war, durch Schließung und Zusammenlegung kleinerer Zeitungen die Presse einheitlicher und leichter kontrollierbar zu gestalten. Im Ergebnis wurden 10 Tageszeitungen in chinesischer, 3 in japanischer und 3 in russischer Sprache geschlossen und eine chinesische Zeitung neugegründet. Über 90% der übrigbleibenden Zeitungen gehören ganz oder zum größeren Teil japanischen Besitzern. Von insgesamt 43 in Mandschukuo erscheinenden Tageszeitungen waren im Juli 1938 fünfzehn unmittelbar an die Kōhō Kyokai angeschlossen. Diese 15 Zeitungen repräsentieren rund 80% der Gesamtauflage mandschurischer Zeitungen. Der Kōhō Kyokai gehören ferner sämtliche Aktien der am 1. Dezember 1932 gegründeten und zuletzt im Juli 1937 reorganisierten mandschurischen Nachrichtenagentur „Manshukoku Tsushin“ (verkürzt „Kokustu“), die mit 500 000 Yüan kapitalisiert ist (eingezahlt 375 000 Yüan). Vermittels der Kōhō Kyokai leiten die Presse- und Propagandaabteilung des Amts für Allgemeine Angelegenheiten der Mandschurischen Regierung und indirekt die Presseabteilung des Stabes der Kwantung-Armee praktisch die gesamte Presse. Zur Aufrechterhaltung einer ständigen Fühlungnahme mit den angeschlossenen Presseorganen hat die Kōhō Kyokai einen Rat der Verlagsdirektoren gebildet, der einmal monatlich unter Vorsitz des Präsidenten der Kōhō Kyokai in Hsinking tagen soll.

Einen weiteren Schritt zur Vereinheitlichung des mandschurischen Pressewesens bedeutet die Gründung des Allmandschurischen Journalistenverbandes (Zemman kisha remmei) im Herbst 1937. Auf seinen periodischen Tagungen, an denen sich regelmäßig Vertreter der zuständigen mandschurischen und japanischen Zivil- und Militärstellen beteiligen, werden Richtlinien und ergänzende Weisungen erteilt. — Nach Ausbruch des China-Konflikts trat Ende 1937 das mandschurische Gesetz über die Wahrung des militärischen Geheimnisses in Kraft. Es bedeutet eine weitere Einschränkung der freien Berichterstattung.

Ein unzweideutiges Zeugnis von der gesamten kulturpolitischen Ausrichtung Mandschukuos legt die sprachliche Verteilung der Tagespresse ab. Gegenüber 19 japanischen Zeitungen stehen 1 japanisch-chinesische, 18 chinesische, 3 russische und je 1 koreanische und englische. Diese Zahlen stehen in keinem Verhältnis zu den entsprechenden Bevölkerungszahlen. Sie zeugen von der maßgebenden Rolle, die heute der japanischen Führung im geistigen Leben des Landes zuteil wird, und spiegeln das politisch bedingte offensichtliche Bestreben der leitenden Sphären wieder, die japanische Sprache allmählich zur Sprache der Gebildeten und der herrschenden Beamten- und Honoratiorenkreise zu machen¹⁾. Das Übergewicht des

1) Eine zwar nicht ganz zutreffende, doch naheliegende Parallele bietet die Presse Formosas und Koreas. In Formosa (Taiwan) mit einer Bevölkerung von (1936) rund 283 000 Japanern und 5 108 000 chinesisch sprechenden Einheimischen erscheinen nach 42 jähriger japanischer Herrschaft seit dem Juni 1937 nur noch 6 japanische Tageszeitungen. Vier davon hatten früher chinesische Beilagen, die als „überflüssig“ abgeschafft wurden. In Korea (Chosen) mit (Ende 1936) rund 21 373 000 Koreanern und 608 000 Japanern gab es nach 28 jähriger japanischer Herrschaft im August 1938 insgesamt 24 Tageszeitungen in japanischer und nur 3 in koreanischer Sprache.

japanischen Teiles der Presse käme vermutlich noch ausgeprägter zum Vorschein, wären die Auflagehöhen bekannt, was meist leider nicht der Fall ist¹⁾).

Die geographische Verteilung der Presse nähert sich dagegen mehr den tatsächlichen Bevölkerungsverhältnissen (siehe auch Kartenskizze).

Auf Hsinking und Süd-Mandschukuo einschließlich des Kwantung-Pachtgebiets mit rund 28,9 Millionen Einwohner entfallen 28 Zeitungen, Nord-Mandschukuo mit 9,1 Millionen hat nur 14 Blätter. Auffällig ist das vollständige Fehlen lokaler Zeitungen in den dünnbesiedelten Westgebieten. — Die größten und einflußreichsten, im ganzen Lande vertretenen Zeitungen erscheinen fast alle im Süden: in Mukden und gleichzeitig in Dairen — die „Manshu Nichi Nichi Shimbun“, die älteste (gegründet 1905) und größte japanische Zeitung der Mandschurei, Organ der SMR.; in Hsinking — die der Mandschurischen Schwerindustriegesellschaft nahestehende und als Organ der Kwantung-Armee geltende „Manshu Shimbun“ (bis 11. 10. 38 — „Dai Shinkyo Nippo“) sowie die als Sprachrohr der Regierung dienende zweitgrößte chinesische Zeitung Mandschukuos „Ta t'ung pao“ (Aufl. am 1. 10. 38 = 47 200) und die koreanische Zeitung (gegründet 1933, Aufl. am 30. 9. 37 = 20 000). Hsinking ist ferner der Erscheinungsort der einzigen mongolischen Zeitung Mandschukuos, „Monggol sine setkül“, die allerdings keine Tages-, sondern eine Wochenzeitung ist. Die größte und älteste (gegründet 1906, Aufl. im September 1938 = 62 580) chinesische Zeitung der Mandschurei, „Shenching shih-pao“, hat ihren Sitz in Mukden, während das wohlbekannte englische Blatt „Manchuria Daily News“, Fremdenorgan der SMR., in Dairen erscheint (Aufl. Ende September 1927 = 4000). — Im Norden ist Harbin mit 8 Tageszeitungen²⁾ die führende Stadt. Die größten sind die japanische „Harbin Nichi Nichi Shimbun“ und die chinesische „Ta pei hsin pao“ (Aufl. am 1. 10. 38 = 22 000). Die nordmandschurische Presse, einschließlich der beiden weißrussischen Zeitungen Harbins, hat im übrigen rein lokale Bedeutung.

Nach dem Grundsatz, „eine Nachrichtenagentur je Staat“, gehört das Monopol des Nachrichtendienstes in Mandschukuo der bereits erwähnten Agentur „Kokutsu“. Einem am 12. April 1937 geschlossenen Grundabkommen nebst einem ergänzenden Regionalabkommen vom April 1938 gemäß besteht zwischen „Kokutsu“ und der japanischen Agentur „Domei“ engste Zusammenarbeit, Personal- und ständiger Nachrichtenaustausch. „Kokutsu“ hat das Monopol in Mandschukuo und der Inneren Mongolei (Meng Chiang), während Japan, China und das übrige Ausland in den Arbeitsbereich von „Domei“ fällt.

Das Monopol des Rundfunks in Mandschukuo gehört der MTT., die auf Grund eines japanisch-mandschurischen Staatsvertrages im Jahre 1933 gegründet wurde. Sie verfügt z. Z. über 10 meist kleine Sender (vgl. Kartenskizze). Der Bau eines weiteren Senders in Tunghua ist vorgesehen³⁾. Da, mit Ausnahme des großen Hsinkinger Senders, über 75% des Programms in japanischer Sprache übertragen wird, waren im Jahre 1937 von rund 88 800 Rundfunkteilnehmern 70 000 Japaner. Der Rundfunk ist, mit anderen Worten, zur Aufklärung der einheimischen Bevölkerung bis jetzt noch fast nicht zum Einsatz gelangt.

Auf Grund des am 1. November 1937 in Kraft getretenen mandschurischen Filmgesetzes ist das Monopol der Einfuhr, Verteilung und Herstellung von Filmen in Mandschukuo der besonders dazu gegründeten Mandschurischen Filmgesellschaft (Manshu Eiga Kyokai) übertragen. Die Aktien im Nennwerte von 5 Millionen

1) Ferner ist die Einfuhr japanischer Zeitungen aus Japan und Korea zu berücksichtigen, der keine gleichwertige Einfuhr aus China gegenübersteht.

2) 4 chinesische, 2 japanische und 2 russische. Vor der Presseregelung, Mitte 1936, waren es noch 14 Tageszeitungen: 6 chinesische, 2 japanische, 5 russische und 1 englische. Auffällig ist der Verfall der russischen Presse.

3) Der kürzlich veröffentlichte Plan der Erschließung nordmandschurischer Grenzgebiete enthält ebenfalls den Bau neuer Rundfunksender.

Yüan gehören zu gleichen Teilen der Regierung von Mandschukuo und der SMR. Die Einführung des Filmmonopols wurde von einer ernsten Krisis begleitet. Die vor 1937 fast 90% des Filmbedarfs liefernden amerikanischen und Schanghai-Produzenten waren ausgeschieden: die Amerikaner boykottierten das Monopol, die Chinesen tätigten der Kämpfe in China wegen keine Geschäfte mehr. Da es mit dem übrigen Ausland keine festen Abmachungen gab, die japanische Produktion unzureichend und die der Eiga Kyokai, mit Ausnahme kleinerer Propagandafilme, noch im Versuchsstadium war, entstand eine peinliche Lücke. Besonders die Belange des chinesischen Zuschauers hatten darunter zu leiden. Als Gegenmaßnahme versuchte die Eiga Kyokai, die im Entstehen begriffene eigene Produktion zu forcieren. Sie hat im Jahre 1938, auf dem Umwege über Japan, Abkommen mit deutschen und anderen, Anfang 1939 sogar mit amerikanischen Firmen geschlossen. Das Lichtspiel ist jedoch bis jetzt, wenn auch nicht in dem Maße wie der Rundfunk, noch längst nicht zu der Volksaufklärungswaffe geworden, die es eigentlich sein sollte. Vielleicht spielt hier die Tatsache eine Rolle mit, daß von den 76 ständigen Lichtspielhäusern Mandschukuos 50 in japanischem Besitze sind (Mitte 1938).

Es liegt im Wesen der japanischen Propagandamethoden, daß sie, trotz angewandter bedeutender Anstrengungen, bis jetzt in Mandschukuo meistens nur zu rein äußeren und wenig befriedigenden Ergebnissen geführt haben. Sicherlich ist es keine geringe Aufgabe, ein Volk, das sich als Teil einer großen Nation ansieht, für die geschichtliche Mission eines anderen Volkes zu begeistern und in deren Dienst zu stellen. Die Sache wird jedoch aussichtslos, wenn die elementarsten Erfordernisse einer erfolgreichen Propaganda mißachtet oder verkannt werden. Wie kann man z. B. eine Versammlung, die nur wenig oder gar kein Japanisch versteht, durch Reden in japanischer Sprache, die bloß teilweise und unvollständig übersetzt werden, „aufklären“ oder in ungeheuchelte Begeisterung versetzen?! Es würde zu weit führen, hier näher auf dieses Problem einzugehen. Die Feststellung genügt, daß vieles von der bisherigen Aufklärungsarbeit in der Mandschurei am Ziele vorbei, ins Leere, gegangen ist. Leitende Persönlichkeiten Mandschukuos haben diese Tatsache gelegentlich zugegeben. So erklärte der frühere Leiter des Außenamts in Hsinking, jetziges Mitglied des Geheimen Staatsrats, C. Ohashi, in seiner Festansprache am 1. März 1939 u. a., daß Mandschukuo zwar hervorragende materielle Ergebnisse aufweisen kann, doch sei bis jetzt „noch kein zufriedenstellender Fortschritt auf geistigem Gebiet“ erzielt worden. Dabei sei engste Harmonie zwischen den Rassen des Landes doch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die künftige schnelle und reibungslose Entwicklung. — Es ist schwer vorauszusagen, welche Formen der geistige Kampf in Mandschukuo in Zukunft annehmen wird. Angesichts der immer drohender werdenden außenpolitischen Spannungen gestaltet sich der Ausgang dieses Kampfes, auf lange Sicht betrachtet, zu einer Schicksalsfrage für Mandschukuo. Deshalb die weitere Intensivierung der Aufklärungsarbeit, deren Anzeichen auch in dem am 1. Juni 1939 veröffentlichten Dreijahresplan der Erschließung nordmandschurischer Grenzgebiete deutlich spürbar sind.

Als Unterlagen für den Aufsatz haben gedient: außer Meldungen der Tagespresse und persönlichen Eindrücken, die Zeitschriften „Manchuria“ und „Contemporary Manchuria“, die Jahrbücher „Nippon shimbun nenkan“ für das 14. Jahr Showa, Tokio 1938, „Manshukoku gensei“ für das 5. Jahr K'ang-teh, Hsinking 1938, „Japan-Manchoukuo Yearbook 1939“, die Broschüre „Kyowakai no gaibo“, Hsinking 1938, und „Annual Report on Administration of Tyosen 1936—37“, Seoul 1937.

BENOY KUMAR SARKAR:**Grundfragen der Geopolitik, — angewandt auf das indische Volk**

Geopolitik ist eigentlich keine Naturwissenschaft, d. h. keine Wissenschaft von materiellen Dingen, sondern eine Geisteswissenschaft — Wissen vom Mensch, vom menschlichen Willen. In der geopolitischen Betrachtung eines Landes oder eines Volkes handelt es sich nicht unmittelbar um die physischen, die physikalischen oder die physiogeographischen Erscheinungen in der von der Natur bestimmten Umwelt des Menschen. Das Hauptinteresse des Geopolitikers liegt nicht in den Gebirgen, den Tälern, den Flüssen und Meeren, den klimatischen Verhältnissen und den Bodenschätzen. Vielmehr bezieht sich der Gedankengang des geopolitisch betrachtenden Wissenschaftlers auf das Verhalten des Volkes gegenüber der natürlichen Umwelt und dem Lebensraum. Der Ehrgeiz des Menschen, die Umwelt und den Lebensraum umzubauen, die geographischen und die anderen naturgemäßen Bedingtheiten auszunützen sowie notwendigerweise zu überwinden, ist einer der grundlegenden menschlichen Triebe. Dieser geistige oder spirituelle Trieb der Menschheit, dieser ewig menschliche Versuch, die Natur, die Umwelt und den Lebensraum zu beherrschen, zu erweitern und umzugestalten, ist das eigentliche Thema der Geopolitik.

Der menschliche Wille baut die Gruppen auf. Die Gruppen formen das Volk oder bilden das Fundament eines Volkes. Das ist die erste Linie der Tatkraft des menschlichen Willens. Die zweite Linie der menschlichen Tatkraft besteht darin, daß die Gruppe, das Volk einen bestimmten Teil der Erde oder seines Lebensraumes zu seiner Heimat, seinem Vaterland, seinem Staat gestaltet. Das Volk und der Staat sind die beiden wichtigsten Schöpfungen des schaffenden menschlichen Geistes. Beide sind an gewisse Grenzen gebunden. Die Kategorie Volk ist nicht ohne rassemäßige oder soziale Grenzen zu begreifen. So auch der Staat. Die Grenzen des Volkes wie die des Staates werden ewig von dem Geist der Menschheit bestimmt. Mit dem Wechsel der geistigen Haltung findet auch ein Umbau in den Grenzen des Volkes und des Staates statt. Der Wandel der Grenzen kann also gewissermaßen als das Hauptthema der Geopolitik betrachtet werden. Es ist nicht ohne weiteres anzunehmen, daß die Volksgrenzen unbedingt mit den Staatsgrenzen übereinstimmen. Sehr oft liegen die Grenzen des Volkes weit entfernt von denen des Staates. Wie auch die Beziehungen zwischen diesen verschiedenen Grenzen sein mögen — der wichtigste Faktor in der Geopolitik ist die Tatsache, daß der menschliche Geist von Zeitalter zu Zeitalter versucht hat, neue Grenzen für das Volk zu ziehen wie auch neue Grenzen für den Staat¹). Geopolitik ist eine Wissenschaft von den wechselnden Grenzen des Volkes und des Staates — also auch ihres Lebensraumes. Die dynamisch wirkende Macht des menschlichen Willens bleibt in jeder Epoche die beherrschende und bestimmende Kraft gegenüber den Gebirgen, den Strömen, dem Klima und anderen natürlichen oder geographischen Tatsachen.

Ein sehr bedeutendes, obwohl oft verkanntes Moment der allgemeinen Geopolitik ist im Auslandindertum festzustellen. Auf der heutigen Weltkarte sieht man einen

1) B. K. Sarkar: *The Science of History* (London 1912, Madras 1930), *The Futurisme of Young Asia* (Berlin 1922), *The Politics of Boundaries*, Vol. I (Kalkutta 1926, 1938), „Geopolitik as a Social Science“ (*Calcutta Review*, Oktober 1938).

Teil von Großindien in fast jedem Raum der Erde, und zwar in Gestalt der kleineren oder größeren Gruppen von ausgewanderten Indern. Durch die Tätigkeit der Auswanderer, hauptsächlich der überseeischen Auswanderer, wurden die Grenzen des indischen Volkes weit über und entfernt von den unmittelbar geographischen Grenzen Kontinentalindiens gezogen. Durch dies überseeische Indien ist es den Kulturträgern, den Wirtschaftlern und Staatsmännern Kontinentalindiens heutzutage möglich, gewissermaßen mit der Kultur, der Wirtschaft und der Politik des Gesamtauslandes in ständiger Fühlung zu stehen. Gleichzeitig ist es den Führern von Kultur, Wirtschaft und Politik der übrigen Welt möglich, durch das Größere Indien der Auslandinder die vierhundert Millionen im indischen Mutterland zu beeinflussen. Die Zahl der überseeischen Auswanderer in den zwei Erdteilen ist nicht hoch; man kann sie nicht höher als drei Millionen schätzen. Aber die Verbindung dieser paar Millionen von Kolonisten mit dem Mutterland ist eng und hat in der neuesten Zeit merkwürdigerweise zugenommen.

Jedenfalls dürfen die Grenzen Indiens nicht einfach am Himalayagebirge und am Ufer des Indischen Ozeans gezogen werden. Im Hinblick auf Indien hat der politische Begriff der Grenze eben wegen der zunehmenden gegenseitigen Beziehungen zwischen überseeischem und Kontinentalindien einen neuen Inhalt gewonnen. Um einen Inder aus Bombay, Delhi oder Madras zu sprechen, braucht man heute nicht gerade in Indien zu sein. Von Britisch-Guiana in Südamerika, von Süd- und Ostafrika, von den Fidschi-Inseln und Neuseeland aus ist es möglich, Ströme in Kraft zu setzen, die eine ungeheure Wirkung auf das alltägliche Leben des Inders im südasiatischen Mutterland haben können. Das ist eine Tatsache der Weltgeopolitik, die man niemals übersehen sollte! Und sie nimmt mit jedem Tag an Wichtigkeit zu!

Man sollte beachten, daß die sogenannte „Indentur“-Auswanderung, die mit der ersten Auswanderungsgesetzgebung von 1837 in Kraft gesetzt wurde, 1922 gesetzlich abgeschafft worden ist. Gleichzeitig wurde die neue geschützte Auswanderungspolitik eingeführt. Die Auswanderung ungeschulter Bauern oder Arbeiter unter einem System von fünfjährigen Verträgen mit den Vertretern der Kolonialunternehmer besteht nicht mehr. Seit 1922 ist eine Auswanderung ungeschulter Bauern oder Arbeiter nur mit Erlaubnis der indischen Zentralregierung, und zwar mit Hilfe und unter dem Schutz des Staates möglich. Es gibt einen Ausschuß für Auswanderung; er besteht aus einem Dutzend Mitgliedern der Zentralverwaltung und hat die Aufgabe, die Zentralregierung in den in Betracht kommenden Fragen zu beraten. Außerdem gibt es Agenten oder Vertreter des indischen Staates in jeder Kolonie, der von der indischen Regierung erlaubt ist, Auswanderer von Indien aufzunehmen. Das Vorhandensein dieses Ausschusses sowie der Agenten zwingt bei allen Verhandlungen Großbritanniens mit den Kolonien über die indische Frage dazu, den indischen Geist und unseren Standpunkt zu berücksichtigen. Noch zu bemerken ist, daß der Indische Nationalkongreß sowie die Muslimliga und die nichtamtlichen Vertretungen der anderen Volkstümer durch ihre Vertreter einen rechtmäßigen Einfluß auf die Zentralversammlung, auf den Ausschuß und die Agenten ausüben können. Also kann jede Kleinigkeit, die das indische Volk z. B. in Südafrika berührt, gleichzeitig auch die Masse der indischen Bevölkerung in Indien selbst aufregen oder begeistern.

Von 1837 bis 1922 handelte es sich fast ausschließlich um die Arbeiterfrage und die Arbeitsverhältnisse in den Kolonien. Jede indische Auswanderungsgesetzgebung (z. B. die von 1837, 1864, 1883, 1910) ist tatsächlich stets eine Arbeitergesetzgebung gewesen. Die „Emigration Acts“ versuchten für die nach den Kolonien auswandernden und die in den Kolonien arbeitenden Vertrags-(Indentur-)Arbeiter menschliche Verhältnisse und annehmbare Bedingungen zu sichern. Seit 1922 gibt es in den

meisten Kolonien eigentlich keine indische Arbeiterfrage mehr — Ceylon, Malaya und Britisch-Guiana ausgenommen. In der Mehrzahl der britischen Kolonien, wohin früher die indischen Arbeiter unter dem Indentur auswanderten, ist die indische Frage heute eine rein politische Frage. Die in diesen Kolonien wohnende indische Bevölkerung ist überhaupt nicht als Indenturarbeiterschaft zu betrachten. In einem Jahrhundert — seit 1837 — ist überall eine freie Schicht des indischen Volkes, und zwar hauptsächlich aus den früheren Vertragsarbeitern entstanden. In jeder Kolonie besteht heute der indische Volksteil aus selbständigen, wirtschaftlich frei berufstätigen Gruppen. Für jede Kolonie handelt es sich fast ausschließlich nur mehr um Verfassungsangelegenheiten, bürgerliche Gesetzgebung, sozialpolitische Einrichtungen, rassenmäßige Maßnahmen, wenn immer man sich dort mit der indischen Frage beschäftigt. Die gesetzmäßige Lage der Inder ist das Hauptelement in den gegenwärtigen Beziehungen Kontinentalindiens mit den Kolonien. Sie spielt in der Gesamtpolitik Kontinentalindiens eine ebenso wichtige Rolle wie die innerindische Politik.

Die Selbständigkeitsbestrebungen der Inder werden also gleichzeitig von zwei verschiedenen, aber engverbundenen Zentren geführt. In erster Linie stehen natürlich die Freiheitskämpfe in Indien selbst. In der zweiten, aber gleichwertig mit ihnen, muß man den Kampf der Inder in den Kolonien um Rassengleichheit sehen. Aus den Erfahrungen der Inder in dieser Hinsicht, wenn man sie wissenschaftlich bewerten will, folgert zwangsläufig, daß Geopolitik eine Staatswissenschaft ist. Die Kunst der Nutzbarmachung der geopolitischen Kräfte der Welt in einem positiven und sachhaltigen Sinn ist bei der Geopolitik der indischen Auswanderung die einleuchtendste Aufgabe. Der Zweifrontenkampf der Inder um politische Freiheit ist ein unverkennbares Element der Weltgeopolitik von heute und morgen. Von den erwähnten Einzelheiten ausgehend, darf man annehmen, daß die Geopolitik gewissermaßen eine rein staatliche Wissenschaft oder Kunst ist.

Einen anderen Einblick in die Geopolitik der neuesten Zeit kann man aber von der indischen Wirtschaft her bekommen. In den Bestrebungen des indischen Volkes, die Weltkräfte zu nutzen, spielen die industriellen Maßnahmen eine besondere, obwohl natürlich nicht die einzige Rolle. Die geistigen wie die technisch-wirtschaftlichen und sozial-diplomatischen Beziehungen des heutigen Inders sind instinktiv oder bewußt gewissermaßen von der Industriepolitik beeinflusst. Im Hinblick auf die Geopolitik Indiens darf man sich darum nicht ausschließlich mit den verschiedenen Ideologien beschäftigen, seien sie nun rein staatspolitischer und rassenmäßiger Natur. Die Notwendigkeit, ihre Wirtschaftsintensität und ihr Lebensniveau zu erhöhen, zwingt die Bevölkerung sehr oft, bei Annäherung an andere Völker unter diesen Gesichtspunkten bewußt zu wählen oder sie unbewußt anzuwenden. Eine sogenannte südasiatische oder panasiatische Anschauung ist für das indische Volk eine reine Ideologie, aber keine praktische geopolitische Tatsache, und zwar hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen. Geopolitisch ist es auch Unsinn, ohne weiteres anzunehmen, daß das indische Gefühl gegen die gesamten euramerikanischen Anschauungen gerichtet ist. Für das indische Volk besteht kein Asien, kein Europa, kein Amerika usw. als in sich geschlossene Festländer. Indien versucht überall, seine verschiedenartigen Ziele zu erreichen; in diesem Streben schließt es sich denjenigen Ländern an, von denen seine

Wirtschaftsmaßnahmen wie seine anderen Ziele ohne Schwierigkeiten oder mit den niedrigsten Unkosten gefördert werden.

Die Tatsache, daß Indien eine genau bestimmte Stellung im Staatssystem der Welt hat, kann niemals der einzig bestimmende Faktor in seiner Geopolitik sein — ebensowenig wie seine geographische Lage zwischen den Himalajagebirgen und dem Indischen Ozean. So ist es wissenschaftlich wie realpolitisch einfach zu begreifen, daß das indische Volk mannigfaltige Berührungspunkte einerseits mit den nichttropischen und nichtmonsunländischen Völkern der Welt und andererseits mit den Völkern Asiens sowie Euramerikas entwickelt hat, die nicht unter demselben Staatssystem stehen. Die Befreiung des indischen Volkes von einer starren Bindung an das Klima oder durch sein Staatssystem ist das erste Postulat der heutigen Weltgeopolitik. Da die Entwicklung der Beziehungen der indischen Bevölkerung mit den verschiedensten Staaten und Völkern der Welt ein fester Tatbestand der gegenwärtigen Weltwirtschaft, Weltkultur und Weltpolitik ist, hat jede Nation der Welt die Möglichkeit, ihre eigenen Gelegenheiten auch in Indien zu suchen. Es wäre irreführend, zu behaupten, daß das indische Volk seinen Verkehr mit fremden Völkern mit geschlossenen Augen entwickelt. Die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Inders können nicht ausschließlich von den Völkern befriedigt werden, die eine sogenannte Ideologie liefern. Geopolitisch ist Indiens Drang nach dem Ausland stets als verschiedenartig sowie allumfassend zu betrachten.

Den Wirtschaftstrieb des Inders muß man unter diejenigen Leitmotive zählen, die das indische Volk in eine sehr komplizierte internationale Verflechtung hineinzwängen. In seinem Streben nach Nutzbarmachung der Weltkräfte kommt das indische Volk nicht ausschließlich oder auch nur hauptsächlich mit seinen unmittelbaren Nachbarn, nämlich den Afghanen, den Zentralasiaten, den Tibetanern, den Chinesen usw. in Berührung. Die wirtschaftlichen Bestrebungen ermöglichen Kontakt mit den verschiedensten asiatischen Völkern sowie weit über Asien hinaus mit der ganzen übrigen Welt. Diese internationalen Wirtschaftsverflechtungen des indischen Volkes darf man als geopolitische Kraft sehr hoch einschätzen, da seine stete und zunehmende Entwicklung in gewissem Maße von diesen Weltbeziehungen abhängig ist.

Nach dem heutigen Stand des technisch-wirtschaftlichen Niveaus ist in Indien der Ausdruck Industrierevolution kaum anzuwenden. Das Vorhandensein von ein paar Großindustrien in gewissen Teilen Indiens konnte den allgemeinen Charakter des Volkes und des Landes nicht wesentlich verändern. Pro Kopf der Gesamtbevölkerung sowie pro Quadratkilometer des Landes sind der Bestand an Maschinen, die Zahl der Industriearbeiter, die Erzeugung von Produktionsmitteln, sogar die Menge der Fabrikserzeugnisse, der Bergbauprodukte, der Kraftverwendung usw. noch sehr gering. Die Kapitalanlagen in Handelsunternehmen, Bank- und Versicherungsinstituten usw. haben in Indien noch keinen hohen Grad erlangen können. Wenn man die relative aber zunehmende Modernisierung der Wirtschaftsstruktur Indiens vergleichenderweise betrachtet, gelangt man zur Feststellung, daß Indien etwa 40 bis 50 Jahre Italien und Japan gegenüber, 50 bis 60 Jahre Frankreich gegenüber, 70 bis 80 Jahre Deutschland gegenüber sowie 90 bis 100 Jahre England gegenüber rückständig ist¹⁾. Geopolitisch bedeutet diese Gegenüberstellung, daß sich der Inder technisch-wirtschaftlich verhältnismäßig leicht in Italien und Japan und mit größeren Schwierigkeiten in Deutschland und England zu Hause fühlen kann. Gleichzeitig aber liefern diese Industrialisierungsvergleiche den Beweis dafür, daß die Modernisierungsmaßnahmen des indischen Volkes den für sie notwendigen technokratischen Apparat viel eher in Deutschland und England als in Italien und Japan bekommen können. Wenn der Inder die Weltkraft zur Entwicklung des eigenen Landes in wirtschaftlicher Hinsicht benutzen will, so muß er sich fast ohne Be-

1) B. K. Sarkar: *Economic Development*, Band I (Madras 1926, 1938), Band II (Kalkutta 1932, 1938).

denken gleichzeitig an England wie an Deutschland um Mitarbeit an Maschinen, Kapitalien usw. wenden. Die Wirtschaftsgeopolitik Indiens drängt das indische Volk auf die Dauer in gleicher Weise nach Deutschland wie nach England. Es ist also nochmals zu bemerken, daß die Geopolitik nicht ausschließlich von der reinen Politik her bestimmt werden kann. Wie immer die Politik zwischen England und Deutschland oder zwischen Indien und England, mit seinen Kolonien oder Dominien, d. h. mit dem englischen Weltreich sein mag, der Drang Indiens nach Deutschland wie auch nach England ist als eine der ersten Bedingtheiten des Wirtschaftsfortschritts für das indische Volk feststehend.

So lange die tatsächliche Wirtschaftsstruktur des indischen Volkes bleibt wie sie bis jetzt gewesen ist, so lange kann der Ausdruck „Wirtschaftsplanung“ in Indien nicht Maßnahmen von derselben Wichtigkeit und Weite bedeuten wie in Deutschland, Sowjetrußland, England, USA., Japan, Italien usw. Die Staatsfinanzen in Indien einschließlich der der indischen Fürstenstaaten sind nicht ausgiebig genug, um derartig allumfassende Wirtschaftseinrichtungen zu ermöglichen. Auch das Privatkapital ist noch zu klein für eine schnelle Modernisierung in Ackerbau, Bankwesen, Industrie und Handel zugleich. Wenn man in Indien, und zwar im Kreis des Nationalkongresses von Wirtschaftsplanung oder sogar von Autarkie redet, so handelt es sich in der Hauptsache um eine bescheidene Steigerung der Wirtschaftstätigkeit, um ein gegenüber heute verhältnismäßig höheres Tempo. Vom Zustand der in Euramerika oder in Japan totalitär geplanten, zielbewußt und zweckmäßig angelegten, und zwar staatlich unternommenen oder streng kontrollierten Finanzierung kann gar keine Rede sein. Der gegenwärtige Zustand der Wirtschaft zwingt sogar den ehrgeizigsten indischen Anhänger der Wirtschaftsplanung, auf verhältnismäßig niedriger Ebene langsam und schrittweise zu fahren.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß der indische Ehrgeiz, politische Selbständigkeit zu erlangen, nicht zur Autarkie in Wirtschaft, Wissenschaft oder allgemeiner Kultur führen kann. Die Wirtschaftsgeopolitik Indiens zwingt das indische Volk zu starker und aktiver Teilnahme an der Weltwirtschaft, ebenso wie die Kulturgeopolitik es zwingt, mit den schaffenden Kulturvölkern der Gegenwart die engsten Beziehungen anzuknüpfen. Das heißt: sogar ohne Rücksicht auf die staatliche Geopolitik Indiens bilden unsere Beziehungen zu Deutschland wie nach England, USA., Frankreich, Italien, Japan usw. eine feste Grundlage des Fortschritts des indischen Volkes in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht und werden sie auch in Zukunft bilden. Die internationale Politik im allgemeinen oder auch die Weltpolitik des Britischen Reiches kann niemals der einzig bestimmende Faktor in den Wirtschafts- und Kulturbeziehungen des Inders sein. In dem Versuch Indiens, seine Zukunft unter Ausnutzung der Weltkräfte zu gestalten, sollte deswegen der Begriff des politischen Verbündeten oder des politischen Feindes nicht überschätzt werden.

•

Die indischen Universitäten sind im allgemeinen staatlich verwaltet oder kontrolliert. Diese Aufsicht oder Verwaltung durch den Staat ist aber nicht gleichbedeutend mit der Ausschließung der nichtenglischen Kulturfächer aus der Umgebung der Hochschulen. Es ist immer möglich gewesen, die Weltkultur in ihrem ausgedehntesten Begriff in die Studien und Forschungen einzuführen. Die Stellungnahme der

Universitäten in Indien der Weltkultur gegenüber ist heute noch wie früher abgeschlossen und liberal. Ein einseitiges Verbot gegen irgendein Volk oder irgendeinen Staat paßt nicht in die Geschichte des indischen Hochschulwesens.

Der indische Kulturnationalismus versucht ständig, sich amerikanisches, französisches und deutsches Geistesgut ebenso wie englisches anzueignen. Das Interesse der indischen Gelehrten an nichtenglischen Weltkultursprachen, z. B. an Französisch und Deutsch, nimmt allmählich, aber stetig zu. Die indische Kultur der Gegenwart ist also durchaus nicht von der englischen Kultur — wie man aus der staatlichen Abhängigkeit selbstverständlich folgern möchte — einseitig beherrscht.

Auch im Handel gibt es kein Verbot gegen irgendein Land. In der folgenden Tabelle¹⁾ ist der prozentuale Anteil Englands (Ver. Königreichs) im Vergleich mit dem der übrigen Welt sowie einigen Ländern, wie den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und Deutschland, ersichtlich:

	Vorkriegs- durchschnitt 1909—13	Welt- Depression 1932—33	1937—38
England	40.0	32.3	32.1
Übrige Welt	60.0	67.7	67.9
davon: Ver. Staaten.	5.8	7.9	8.7
Japan	5.5	12.9	11.2
Deutschland	8.5	7.7	7.1

Es ist deutlich, daß sogar in dem sogenannten Normalzustand der Vorkriegsperiode (1909—1913) das Vereinigte Königreich (England) nur 40% des Gesamt-
außenhandels (Ein- und Ausfuhr zusammengerechnet) für sich gehabt hat, während 60% der übrigen Welt anheimfiel. Der Zustand in der Weltkrise (1932—1933) sowie 1937—1938 ist für England schlechter geworden. 1932—1933 wurde der Ottawa-Vertrag abgeschlossen mit dem Zweck, eine Vorzugszollpolitik für den Bereich des Empire einzuführen. Trotzdem ist die übrige Welt mit 67,9% des indischen Außenhandels gegenüber Englands 32,1% merkwürdig überlegen geblieben. Die staatliche Verbundenheit Indiens mit England hat keineswegs zu einer Handelsmonopolstellung für das letztere führen können²⁾. Geopolitisch ist Indien deswegen als ein in bezug auf den Handel verhältnismäßig frei wählendes Land zu betrachten.

Die Empirevorzugszollpolitik wurde in der tiefsten Weltwirtschaftsdepressionszeit (1932) eingeführt. In der ganzen Welt ist seit dieser Zeit eine Verbesserung der Wirtschaftslage bemerkbar. Indien ist nicht rückständig geblieben. Die folgende Tabelle stellt die Steigerung des Wertes (in Millionen von Rupien) des indischen Außenhandels (Ein- und Ausfuhr zusammen) dar³⁾:

	1932—33	1937—38
England	867	1,163
Übrige Welt	1,814	2,466
Ver. Staaten	212	316
Japan	345	407
Deutschland	190	258

1) Review of the Trade of India (Delhi), 1933/34, S. 199, 1937/38, S. 188.

2) B. K. Sarkar: Imperial Preference vis-à-vis World-Economy (Kalkutta 1934).

3) R T I, 1933/34, S. 197, 1937/38, S. 187.

Wir bemerken, daß der Wert des englischen Anteils von 867 Mill. bis auf 1163 Mill. gestiegen ist. Gleichzeitig ist aber auch die Erhöhung des Niveaus bei den Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland auffällig. Wieder ein Beweis dafür, daß die Wirtschaftsgeopolitik nicht ausschließlich oder überwiegend von der staatlichen Geopolitik abhängig ist.

Geopolitisch gesehen ist das indische Volk mit jedem tatkräftigen Kulturvolk sowie mit jedem technisch und wirtschaftlich neuschaffenden Volk ohne Rücksicht auf die internationale Politik noch auf lange hinaus durch Zusammenarbeit verbunden.

Die indischen Zeitungen und Zeitschriften spiegeln diese Strömungen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tatbestandes in unverkennbarer Weise. In den Leitartikeln wie auch in den allgemeinen Abhandlungen bemerkt man, daß die parteipolitischen Ideologien natürlich die maßgebenden Ansichten bestimmen. Es handelt sich darin erstens um die Haltung gegenüber England und seiner Weltpolitik. Zweitens ist festzustellen, wie das betreffende Parteiblatt von der Warte der internationalen Beziehungen Englands aus die Großmächte der Welt beobachtet. Die laufenden internationalen Maßnahmen Englands unterliegen an sich schon einer Kritik, und zwar einer unfreundlichen Kritik seitens der indischen Blätter. Diejenigen Weltmächte, die voraussichtlich als Alliierte oder Freunde Englands auftreten oder vorübergehend erscheinen, werden automatisch als imperialistisch, d. h. indienfeindlich von diesen Blättern verurteilt. Das ist die allgemeine Einstellung des indischen Zeitungswesens in Hinsicht auf die staatliche Geopolitik. Jedes Blatt aber ist im Hinblick auf Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Kultur fast hundertprozentig realistisch eingestellt. Das heißt, wenn es sich um die fundamentalen Grundlagen des Fortschrittes des indischen Lebens handelt, also in Fragen der Wirtschaft und der Kultur, ist jedes Blatt ohne Rücksicht auf die Ideologie freisinnig genug, die von England gebotenen Gelegenheiten ebenso zu benutzen wie die seiner Feinde und Freunde.

Tatsächlich ist der geopolitische Gedankengang des Inders ein merkwürdiges Beispiel für die rein realpolitische Ausnutzung der Weltkräfte. Nach indischem Begriff erscheint die monistische Betrachtung staatlicher Geopolitik, mit anderen Worten: der geographische Determinismus in der Politik, ebenso als Unsinn wie die marxistische Lehre vom Wirtschaftsdeterminismus, d. h. die rein wirtschaftliche Auffassung der Weltgeschichte.

Man darf eben überhaupt nicht vergessen, daß die geopolitische Betrachtungsweise notwendig der Ergänzung nach der heroischen Seite des Menschen, der Heldenverehrung bedarf, und daß sie nur etwa ein Viertel der Fragen menschlicher Entwicklung aus erdbestimmten Ursachen ableiten kann, wenn sie den Menschen aus seiner Umwelt erklärt — ganz ohne Berücksichtigung der anderen drei Viertel, die aus seinem und seiner Rasse Innerem, seinem sittlichen Willen und dem bewußten, zwingenden Gegensatz zu dieser Umwelt erklärt werden müssen.

1925: Karl Haushofer in der Einleitung zu Fairgrieve, „Geographie und Weltmacht“, S. 6.

KURT VOWINCKEL:
Zum Begriff Lebensraum

Mit dem Schlagwort „Lebensraum“ ist wieder ein Kernbegriff der Geopolitik in den diplomatischen Sprachschatz übergegangen. Es ist klar, daß bei der Polemik, die weltweit um diesen Begriff aufgebrochen ist, eine Verzerrung durch unsere Gegner stattgefunden hat. Da der Begriff „Lebensraum“ sich nur dann voll erschließt, wenn man ihn in der ganzen Breite seiner geopolitischen Bedeutung erfaßt, scheint es wichtig, von uns aus zur Klärung und Festlegung beizutragen.

Lebensraum ist in erster Linie ein biologischer, in zweiter ein geographischer Begriff. Die biologische Seite ergibt sich zwangsläufig aus der Wertung politischer Entwicklungen als Lebensvorgänge von Rasse und Volkskörper; sie gehört zum Grundzug des Nationalsozialismus. Schauplatz dieser Lebensvorgänge ist mit entscheidender Bedeutung der Raum; die Geopolitik sieht auch ihn, sieht den Boden als organische Einheit: er ist ihr der Träger des außermenschlichen wie des menschlichen Lebens.

Die Lebensvorgänge im Volkskörper und die gleichzeitigen Lebensvorgänge im Raum, den dieser Volkskörper bewohnt, stehen in untrennbarem Zusammenhang miteinander. Und zwar ergänzen sie sich zu einer höheren Einheit, auch dort, wo sie sich widerstreiten. Erst der zeitliche Ablauf beider Lebensformen in ihrer Gesamtheit bildet den Begriff der Geschichte im Sinn der Geopolitik; die Auseinandersetzung von Mensch und Raum, die Gestaltwerdung von Rasse, Volk und Staat im Raum unter der Hand der heroischen Persönlichkeit ist ihr Thema.

Am sinnfälligsten läßt sich die politische Erscheinung des Lebensraumes am Bauernstand aufweisen: bei ihm ist die Verwurzelung, das unmittelbare Ineinanderleben von Mensch und Raum, besonders stark ausgeprägt. Der Bauer ist vor allem Glied des Lebensraumes; er ist Vorkämpfer des Menschen im Kampf mit dem Raum, denn er ist Träger jener menschlichen Kraft, die den Boden nicht vergewaltigt, sondern erhaltend im Sinn des Menschen umgestaltet. Er prägt darum auch das Bild seiner Rasse am sinnfälligsten dem Boden ein. Wer Bauernhöfe diesseits und jenseits der deutsch-polnischen Sprachgrenze, wer sie in der Zips, in Siebenbürgen, selbst in Pennsylvanien gesehen hat, weiß, was wir meinen.

In zweiter Reihe des Begriffs Lebensraum steht das, was dem groben Sinn einer unfreundlichen Tagespresse jenseits der Grenzen am einleuchtendsten ist: der Wirtschaftsraum. Aus der Erkenntnis, daß Rasse und Raum eine dauernde Lebensgemeinschaft bilden müssen, wenn das Dasein als Volk und Staat Bestand haben soll, ergibt sich zwangsläufig die Forderung, daß ein lebenskräftiger Staat aus seinem Boden sich nähren müsse. Ist das, wie bei uns, nicht voll möglich, gibt es — aus der Logik der Geopolitik und von der Praxis nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik aus gesehen — nur den Ausweg des Zusammenlebens mehrerer Völker unter gegenseitiger Anpassung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse. Dies Zusammenleben kann nicht unter zufälligen, von der Börse her bestimmbareren Gesetzen stehen; es muß von außen her möglichst unantastbar sein. Die Biologie beweist, daß ein solches aufeinander abgestimmtes Zusammenleben, bei Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Glieder, die Kraft der Partner steigert. Hier liegt der Kern der deutschen Wirtschaftspolitik: innigste Verbindung mit dem eigenen Boden und volle, aber

noch gesunde Auswertung in dem Streben nach Selbstgenügsamkeit. Und über die Möglichkeiten des Raumes hinaus: Wirtschaftsergänzung mit den Nachbarn im Willen zu einem wahrhaften und unstörbaren Zusammenleben.

In dritter Linie politisch wirksam bildet und formt den Lebensraum die Kulturstrahlung. Ungleich weniger dem Boden verhaftet, flüssiger und springender, greift sie über den Kernraum der Bauernsiedlung und des Wirtschaftsraumes hinaus. Wir erwähnen als Beispiel die Verbreitung der deutschen Stadtrechte nach dem Osten, die Wirtschaftstätigkeit der Hanse, die koloniale Wirkung des Zweiten Reiches. Der geopolitische Begriff: Lebensraum stuft sich also dreifach ab. Deutscher Lebensraum ist in erster Linie dort, wo der deutsche Bauer in unmittelbarem Zusammenhang mit dem deutschen Volkskörper siedelt, das Gesicht der Landschaft in deutschem Sinn geformt hat, in zweiter Linie, wo die Wirtschaft anderer Staaten sich in Ergänzung des deutschen Kernraumes zu gemeinsamer Kraftsteigerung in der Form des vertragsmäßig geordneten Zusammenlebens findet, und in dritter Linie, wo deutsche Kultur sich mit fremder Kultur zu Ergänzung und Austausch findet.

Es ist klar, daß in dieser Sicht der Begriff „Lebensraum“ sinnvoll, organisch und in keiner Weise „imperialistisch“ ist: er geht auf gegenseitiges Abstimmen von staatlichem Leben, nicht auf Unterdrückung fremden Lebens durch einen Stärkeren aus. Er ordnet unter naturhaften Gesichtspunkten — das gibt ihm seine Stärke und die Durchschlagskraft etwa gegen den Begriff der „Interessensphäre“. Dieses westliche Gegenstück zu unserem Begriff des Lebensraumes — mag es nun in der Türkei, in Iran oder in Mittelamerika Anwendung gefunden haben — ist mit seinem unverhüllt raubgierigen Beigeschmack ein klassisches Erzeugnis der politisch-mechanistischen Denkweise der Besitzerstaaten; in der Raumordnung von Versailles ist ihr ein warnendes Denkmal gesetzt worden.

So zeigt gerade ein Versuch, das Arbeitsfeld der Geopolitik zu begrenzen und einen flüchtigen Überblick zu geben, die ganze kraftstrotzende und lebensprühende Wucht menschlicher Machtumgestaltung im Raume, die eines eingrenzenden Willens und des Versuches, ein so dämonisches Kraftfeld wie von der Befehlstelle eines gut organisierten Bahnhofes oder dem Schaltbrett eines wohlgeordneten Kraftwerkes aus übersehen und gar leiten wollen, zu spotten scheint. Und dennoch wird die Menschheit diesen Versuch machen müssen, wenn sie nicht in naher Zeit einem Kampf ums Dasein, um Lebensraum, um Atemweite und Ellenbogenbreite verfallen will, wie wir ihn alle nicht erleben wollen und auch unseren Enkeln erspart sehen möchten.

1928: Karl Haushofer in „Bausteine zur Geopolitik“, S. 47.

Keine Lebensform vermag bis jetzt vor dem vergleichenden Auge der Erdkunde ihr Leben auf die Dauer zu erhalten, wenn sie es nicht aus dem pfleglich besiedelten eigenen Boden nährt. Verstädterung und Arbeiterherrschaft verstädterter Massen aber gefährden mit ihrer Verneinung dieser Tatsache Grundgesetze des Lebens auf der Erde.

1929: Karl Haushofer im Geleitwort zu: Gattineau, Verstädterung und Arbeiterherrschaft“, S. XII.

Gerade diesem faustischen Grüblervolk des nordischen Mitteleuropa ist es eben nicht, wie anderen Völkern, selbstverständlich, daß es das Lebensrecht in seinem Lebensraum hat, sondern es muß sich es nachweisen können, damit es daran glaubt und sich immer wieder zum Kampf ums Dasein darin gürtet und rüstet.

1928: Karl Haushofer in seinem Beitrag: Rheinische Geopolitik in „Der Rhein — Sein Lebensraum, sein Schicksal“, S. 7.

JACQUES ANCEL:

Die französische geographische Schule und die Geopolitik

Übersetzt von Ludwig Nesper

Im Jahre 1936 erschien im Verlag Delagrave, Paris, in der Sammlung Bibliothèque d'Histoire et de Politique, als erste größere „Fernwirkung“ der Geopolitik die Schrift Prof. J. Ancels: „Géopolitique“. J. Ancel lehnte in dieser Schrift die „deutsche“ Geopolitik rundweg ab, er erhob gegen sie den Vorwurf, daß sie weder auf wissenschaftlicher Grundlage arbeite, noch wissenschaftlichen Zielen diene, daß sie vielmehr, ganz im Banne ihres Meisters Friedrich Ratzel, ein „Instrument der Propaganda“, ein Instrument der „pangermanistischen Expansion“ sei, und begründete damit die Notwendigkeit, diesem „Irrweg“ die Grundzüge einer objektiven, auf wissenschaftlicher Grundlage und Zielsetzung beruhenden „französischen“ Geopolitik gegenüberzustellen. „Es schien mir notwendig, den Begriff Geopolitik nicht durch das von der deutschen Wissenschaft aufgestellte Truggebilde überwuchern zu lassen, das jenseits des Rheines Schule gemacht hat“.

Seitdem ist manches Wort der Aufklärung und der Abwehr hin und her gegangen, — der erste Abschnitt der „Géopolitique“ Ancels: „Ratzel et la Geopolitik“ wird in einem späteren Beitrag eine eingehende Besprechung finden —, in der prinzipiellen Auffassung über die Grundlagen und die Methoden der (deutschen) Geopolitik aber ist der französische Standpunkt der gleiche geblieben, das besagt neben manchen anderen geäußerten Auffassungen schon die Titelgebung dieses Beitrags: Die französische geographische Schule und die Geopolitik. Hinsichtlich der Grundlagen vertritt und vertritt Ancel die Auffassung, daß die deutsche Geopolitik ganz und durchaus in der Konzeption Ratzels verharre, derzufolge der Boden, der Raum alles, und der Wille und die Initiative des Menschen nur wenig bedeute; hinsichtlich der Methode ist er der Meinung geblieben, daß die Geopolitik zu wenig Wert auf die genaue und kritische Analyse lege, und daß die Menge der angeführten Tatsachen nur von dem Gesichtspunkt geleitet sei, „geographische Gesetzmäßigkeiten herauszuarbeiten, die sich stets mit den Zielen deutschen Ehrgeizes, mit den Expansionswünschen Deutschlands decken“. Er hat zwar den Abschnitt der „Géopolitique“, in dem er diesen Vorwurf erhebt, nicht mit in seinen Beitrag aufgenommen, aber aus allen anderen der aus der „Géopolitique“ ausgewählten Kapitel geht diese Einstellung deutlich hervor, besonders aus dem Abschnitt: La frontière morale franco-allemande (I. Le fondateur Vidal de la Blache).

L. Nesper

I. Der Begründer: Vidal de la Blache

Wenn sich die französische Schule die ersten Anregungen für die Geographie des Menschen bei Ratzel geholt hat, so hat sie sich einem zu ausschließlichen Übergewicht der physischen Geographie durch den kräftigen Flügelschlag entzogen, den ihr Schöpfer, Vidal de la Blache, ihr gegeben hat. Dieser fühlte sich der germanischen Wissenschaft tief verbunden, aber er hat den Menschen aus einer zu strengen schicksalhaften Verflechtung mit der Natur (fatalité) losgelöst. Er hat in der erklärenden Bestimmung der geographischen Tatsachen dem menschlichen Willen und der menschlichen Initiative mehr Spielraum zugewiesen als der Deutsche. Für ihn bedeutete die Natur nicht alles.

Von einem seiner ersten Aufsätze in den „Annales de Géographie“, 1898, an bis zu seinem nachgelassenen Werk „Principes de Géographie humaine“, erschienen

im Jahre 1922, ist Vidal de la Blache niemals von vorgefaßten Meinungen ausgegangen. Im Jahre 1898 legte er, unter der Vorgabe, die französische Öffentlichkeit mit den Gedankengängen Ratzels vertraut zu machen, seine eigenen Ansichten dar¹⁾: „Der Mensch ist ein geographischer Faktor“ ebenso wie die Natur, er ist weniger ein passiver Mensch, der den äußeren Einflüssen unterliegt, als vielmehr „ein mit Initiative begabtes Wesen“, weniger Zuschauer als vielmehr Handelnder auf dem Erdball. Er legte damit die Grundlagen zu einer vollständigen Geographie des Menschen. Seine politische Geographie ist hauptsächlich ein Werk der Analyse, infolgedessen der Beobachtung.

Die sittliche deutsch-französische Grenze

Ostfrankreich²⁾ stellt für Vidal de la Blache ein zweifaches Problem. Wie haben sich Lothringen und das Elsaß in das französische Leben eingegliedert? Wie haben sie sich dem germanischen Leben entzogen? Die menschliche, lebendige und im menschlichen Bewußtsein haftende Grenze wird weniger durch physische Maßgaben als durch die verschiedene Art bestimmt, in der man „die Nation“ auffaßt. Die geistige Grundlage ergibt sich aus jenem berühmten Streifband, das von der Fédération d'Alsace im Jahre 1790 über die Brücke von Kehl gespannt worden war und auf dem zu lesen stand: „Hier beginnt das Land der Freiheit.“

Wie gliederten sich Lothringen und das Elsaß in das französische Leben ein? Vidal de la Blache antwortet darauf mit einer Analyse der Gegensätzlichkeiten, die das Elsaß von Deutschland trennen. Das Elsaß, ein reiches Land, hält und bindet seine Bewohner; sie haben frühzeitig feste bauerliche Gemeinschaften gebildet: Der große Wald der Ebene, die Hart, die sie von Süden nach Norden umschließt, die Eichelmast, der Kampf gegen den Feudalherren, der ihnen die Nutzung des Waldes um seiner Jagd willen vorenthält, haben im Elsaß demokratische Gefühle aufkommen lassen, die verstärkt wurden einmal durch die die Bauern schützende königliche Justiz, dann durch die Französische Revolution, die der feudalen Belastung ein Ende machte und die den „Grenzgeist“ wach werden ließ. Die äußere Gefahr macht ihn, den Grenzgeist, offenkundig: er findet seinen Ausdruck in dem „Gesang vom Rhein“ von Rouget de l'Isle, in der späteren Marseillaise, und in der patriotischen Begeisterung der Söhne Straßburgs, der Soldaten, z. B. eines Mannes wie Kleber.

Ein doppelter Schluß drängt sich auf: die Beständigkeit und Festigkeit ganz Ostfrankreichs beruht auf diesem Volk von kleinen Eigentümern, die, bestärkt durch die Revolution, leidenschaftlich an ihrem nationalen Boden hängen und festhalten. „Bei jenen Bevölkerungen“, fügt Vidal de la Blache hinzu, „die zu wiederholten Malen durch Invasionen und äußere Gefahren bedroht wurden, gegen die der Fremde auf der Lauer liegt, erscheint die Notwendigkeit der Bindung an ein gemeinsames Gesetz wie eine Garantie.“ Der Elsässer fühlt sich als Franzose durch ein gemeinsames Lebenwollen in einer nationalen Demokratie.

Der deutsche Hegemoniegedanke ist geboren aus der zentralen geographischen Lage Deutschlands: das bedeutet der Ratzelsche Begriff der „Lage“. Der Begriff

1) La géographie politique, à propos des écrits de M. Frédéric Ratzel (Annales de géographie, 1891, pp 97—111).

2) La France de l'Est, Lorraine-Vosges-Alsace, P. Colin, 1919, 80.

der Ausdehnung, „der Raum“, ist für die Deutschen der Lebensmaßstab eines Staates; der Machtwille wird dadurch auf alle Gebiete, auf das wissenschaftliche, das wirtschaftliche und natürlich in erster Linie auf das militärische Gebiet, übertragen; die Herrschergewalt wird der Herrscherrasse gehören. Das ist jene Auffassung, die lange vor den Geopolitikern die deutschen Historiker der Bismarckschen Epoche entwickelt haben, Mommsen und Treitschke. Demgegenüber beruht die westliche Idee der Gruppierung nicht auf der Rasse. Sie sichert sich gegenüber den Mächten der Ausdehnung, sie achtet die kleinen Staaten, die nationalen Persönlichkeiten. Darin besteht der tiefe Unterschied zwischen den beiden Auffassungen vom Staat, oder genauer gesagt, von der Nation. Sie kommt zum Ausdruck in den gegenseitigen Beziehungen Lothringens und des Elsasses mit dem Osten und dem Westen.

Auf der einen Seite (vom Osten her) kann man das Streben des germanisch-preußischen Staates nach Ausdehnung bemessen an den militärischen und wirtschaftlichen Versuchen, die französische Grenze zu durchlöchern und zu schwächen. an der Wegnahme der Saarkohle im Jahre 1815, an der Wegnahme des lothringischen Eisens im Jahre 1871; es kommt zum Ausdruck in der Vernachlässigung Straßburgs als Hafenplatz wie in dem Versuch, den „Strombau“, die Vertiefung des Rheinbettes, nach Süden, bis Basel vorzutreiben.

(Auf der anderen Seite) vom Westen aus, stand in erster Linie ein Versuch der Eingruppierung in den französischen Staat: Straßburg wird der Auslaufpunkt der französischen Kanäle, des Marne- und des Rhônekanales, der Endpunkt der Rheinschifffahrt. Dann werden weiterhin das lothringische Eisen und die Kohle des Nordens solidarisch. Dünkirchen ist oder kann ein Ausgangspunkt für die Ardennen wie für Lothringen ein. Vom lothringischen Erz ist die ganze französische Eisenindustrie abhängig, das Eisen geht nach Norden und nach Südosten, seitdem die weiße Kohle das Gleichgewicht zugunsten der kohlearmen Länder hergestellt hat. Und schließlich wurde für das lothringische Baumwollgewebe ein koloniales Absatzgebiet gewonnen. Ein Lothringer, Jules Ferry, hat das französische Imperium geschaffen.

Alles in allem: Lothringen und das Elsaß sind zwei Länder, die zueinander gehören. Wir müssen uns bemühen, das Gebiet, das ein Damm zugunsten einer einzigen Macht abzusperren drohte, für die gegenseitigen Beziehungen zu öffnen und es unmittelbar in allen seinen Teilen zugänglich und mehr und mehr durchgängig zu machen.

So kommt Vidal de la Blache zu folgender Definition des lothringischen Volkes und eines „Volkes“ überhaupt: „Ein Volk, ob groß oder klein, ist eine Persönlichkeit, deren äußeres Gepräge, wie jedes Ding, der Veränderung der Zeit unterliegen kann, das aber über die Zeiten hin die wesentlichen Züge behält, die ihm bei der Niederlassung in dem Gebiet erwachsen, aus dem es seinen Lebensbereich gemacht hat.“ Er fügt in der Einleitung zu seinem „Tableau de la géographie de la France“¹⁾ unter Aufnahme des Wortes von Michelet: Frankreich ist eine Persönlichkeit, noch hinzu: „Eine geographische Individualität ist keine Sache, die von vornherein von der Natur gegeben ist. Eine Landschaft ist ein Reservoir, wo Energien schlummern,

1) Tableau de la géographie de la France (in Lavis: Histoire de France, t. 1), P. Hachette, 1903, 80, 395 p.

deren Keime die Natur gelegt hat, deren Verwendung aber vom Menschen abhängt.“ So bildet sich eine Nation.

Neben der physischen Grundlage der Nation steht eine menschliche Grundlage. Die nationale Einheit ist keine räumlich umgrenzte, auferlegte, sondern eine lebendige, auf Übereinstimmung beruhende Einheit. Sie schließt die ersteren Begriffe nicht aus, aber der Zusammenhang der Zellen unter sich legt doch schließlich eine gewollte Disziplin auf.

Die Lebensformen (*genres de vie*), die Zellen der Zivilisation

Vidal de la Blache liefert uns auch die Methode, um die „Nation“, die die in sich zusammenhängenden Zellen umfaßt, zu bestimmen. Eine Wissenschaft, die auf Beobachtung beruht, bedarf immer einer methodischen Klassifikation; solange sie nicht das unterscheidende Merkmal gefunden hat, mit dessen Hilfe sie die Resultate ihrer Untersuchungen ordnen und einteilen kann, irrt sie im Dunklen, ohne Anhaltspunkte auf ihrem nicht klar abgesteckten Gebiet. Die Untersuchungen des menschlichen Bereiches sind wohl immer darauf ausgegangen, die Menschen zu gruppieren; aber sie hatten bis dahin nur ihre erfaßbaren Unterschiede in Betracht gezogen. Erst Vidal de la Blache war es gegeben, die Zelle zu entdecken, das primäre Organ des nationalen Körpers.

Eine bestimmte Art, zu sein und zu handeln, sich zu verwurzeln und sich fortzuentwickeln, sich vielmehr zu verwurzeln als fortzuentwickeln, enthüllt „bei einem Wesen, das mehr der Gewohnheit unterliegt, als daß es über Initiative verfügt“, den menschlichen Charakter. In einem gegebenen Milieu, von der Natur eher gefördert als gehemmt, bildet sich eine Lebensform aus, die in manchen Fällen von einer solchen Geschmeidigkeit ist, daß sie leicht neue Formen schafft.

Der Mensch hat sich einen Lebenskreis erst durch einen täglichen Kampf geschaffen, und wenn er in seinen Bemühungen, die Erde nach seinen Bedürfnissen zu gestalten, es verstanden hat, Tiere und Pflanzen zu seinen Verbündeten zu machen, so mußte er doch oft die Natur zwingen, mußten gegen untätige und feindliche Elemente gewaltsam angehen. So ist er hier ein Bezwinger geworden, dort, im Gegensatz dazu, ein Gefangener geblieben. Den Zwergvölkern des äquatorialen Afrikas ist es nicht gelungen, von den unentwirrbaren Banden der Äste, der Lianen, innerhalb des Laubdaches, das den Himmel verdeckt, und der Sümpfe, wo das Gewimmel der Insekten Epidemien verbreitet, sich freizumachen. Im Gegensatz dazu hat es der Mensch in Europa verstanden, den Wald mit Feuer, mit der Axt und dem Spaten im täglichen Kampf zu roden, seine Kulturen immer weiter auszudehnen, frühzeitig Weide für seine Schweine, Holz für sein Haus und Bretter für die Möbel seines Hauses zu gewinnen.

Aber welche tätige Hilfe und wieviel willfährige Unterstützung hat der Mensch doch auch neben den widerstrebenden Kräften in der lebendigen Welt gefunden! Der Weizen, der Reis, alle Getreidearten, die er aus wilden Sorten gezogen hat, um sie einer höheren Entwicklung zuzuführen, haben sich seiner Hände Arbeit mit einer fruchtbaren Bildsamkeit gefügt, die aus ihnen auserwählte Pflanzen machen sollten. Und auch das Tier ist sein Gehilfe geworden: das Schaf frißt die Schößlinge ab und erweitert das Weideland, das Pferd überwindet den Raum und trägt Nomaden und Eroberer über große Entfernungen hin. Es blieb nicht aus, daß

die großartigen Versuche, die die Natur bezwangen, die Menschen auch wieder irgendwo zu Sklaven dieser wohlthätigen Kräfte machten. Sie kamen ihrerseits unter die Herrschaft der anderen lebendigen Gemeinschaften, pflanzlicher oder tierischer Natur: sie müssen in der Nähe bestimmter Kulturen ihren Wohnsitz aufschlagen, Keller einrichten, Scheunen für Heu und Stroh bauen, offene Räume erstellen, um die Ähren ausbreiten und trocknen zu können: 100 000 Schafe zwingen algerische Stämme, zwischen dem Tell und dem Mزاب hin und her zu wandern, um dürftige Weideplätze zu finden, während die Dattelpalme, in deren Schatten die Fruchtbäume und Gemüseanlagen gedeihen, den Bewohner der Oase der Sahara zwingt, seine Obstgärten durch Mauern zu schützen.

Das sind Beispiele für primitive Zellen, die manchmal mangels eines nationalen Fermentes isoliert geblieben sind; anderwärts schließen sie sich zu Gemeinschaften zusammen. Bei uns sind dies die Länder („pays“). Das Land, in Deutschland der „Gau“, ist ein kleines Vaterland mit gleichförmigem Horizont, in dem die gleichartige Landschaft überall auch gleichartige menschliche Arbeit aufweist und das der Volksinstinkt mit so trefflich-köstlichen Bezeichnungen seiner Natur und Lebenseigenheiten bezeichnet: die wasser-, wiesen- und waldreiche Tallandschaft der Perche, mit ihren rings von grünen Hecken umgebenen Gehöften, zwischen denen das Vieh weidet und hinter denen von Blumen umgeben die Häuser liegen; weiterhin die Beauce mit ihren gelbfarbenen Ebenen, in denen rings um eine Kirche die weißen Dörfer verstreut liegen; weiter die Landschaft Caux, wo hinter Buchenhainen versteckt zwischen Apfelbäumen die kleinen Häuschen liegen. Das sind unter tausend anderen einige natürliche Räume, in denen sich, getrennt voneinander, das tätige Lebensbild der Arbeit des Franzosen abspielt.

Das Bild Frankreichs als einer Einheit von Lebensformen

Vor Vidal de la Blache hatte Michelet in seinem „Tableau de la France“ Frankreich in jener poetischen, einfach klaren und objektiven Art geschildert, in der auch die Worte ein genaues Spiegelbild des natürlichen Anblicks vermitteln. Aber der Historiker vernachlässigte das Volk, dem er sonst, auf anderem Gebiet, soviel Leben zu geben verstand: es sind tote Städte, die Mauern errichten, die Kirchen bauen, Inschriften anbringen und die Gesetzesbücher verfassen. Obgleich die Spuren der Geschichte, der Handwerker, der Soldaten den Boden beleben, über den die Jahrhunderte dahingegangen sind, können sie kein Zeugnis von der Arbeit der großen Menge eines Volkes geben, einer Arbeit, die stetig und unaufhörlich, seit der Urbarmachung des Bodens, in den Lichtungen der Wälder am Werke ist. Für den Bauer der Beauce bleibt der weithin sich dehnende Wald der Raum seiner einförmigen Arbeit, dem er nach althergebrachtem Brauch, wenn er nicht Holz fällt, doch mindestens als dem ehrwürdigen Hüter der heidnischen Tradition eine flüchtige und ängstliche Verehrung zollt.

Auf jeder Seite des „Tableau de la Géographie de la France“ wird dargestellt, wie die Bauern Frankreichs arbeiten, zusammenstehen und sich zu verstehen versuchen. Vidal de la Blache stellt ebenfalls die Unvergänglichkeit der Gebräuche durch die Zeiten hin fest, aber er beschreibt und erläutert auch ihre Mannigfaltigkeit im Raum! Der Hirte in den Ardennen weidet die magere Herde auf der Heide. Der Bauer in Flandern überwacht vom Tor der lebenden Hecke seines Hofes sein

gut genährtes Vieh. Die Leute der Pikardie, die tagsüber fleißig in den weiten flachen Ebenen arbeiten, kommen des Abends auf einem grünen Platz vor den eng nebeneinander gebauten Häusern zusammen. Der Bauer der Brie baut sein Haus gerne abseits, inmitten von Baumgruppen. Am Fuß eines Berghanges schmiegt sich der Winzer der Bourgogne in seinem Dorfe mit den weißen Steinhäusern an seinen Nachbar, während der Mann aus der Bresse sich allein auf einem Erdhügel aus schlechtem Material sein Haus baut.

Das Milieu legt die Form des Lebens auf. Michelet, der Historiker des menschlichen Willens, gab den sozialen Kräften die Macht, die physischen Bande zu brechen, die das Individuum binden: seine Gesellschaft zähmt die Natur, seine Geschichte löscht die Geographie aus. Die Geographie ihrerseits läßt den Sieg der Zivilisation langsamer voranschreiten, sie mindert ihren Sieg, sie veranschaulicht, ohne zu entstellen; in unserem bauerlichen Frankreich hat sie weniger als anderswo das Übergewicht bekommen. „Die Erde“, so schloß Vidal de la Blache, „bleibt bei uns die Ernährerin ihrer Kinder.“

Mit Zärtlichkeit schildert er Frankreich. Der beschwingte Zug seiner Darstellung genügt, daß wir an seiner Wanderung teilnehmen und seine Liebe teilen: „Die letzten Bergzüge verschwinden am Horizont, einige ihrer Ketten baden und spiegeln sich im Licht. Die Südprovence öffnet sich weit den Winden und dem Meer.“ Der ganze Süden liegt offen vor uns: der langhingezogene Bergrücken der Maures, eingehüllt in den braunen Mantel der Erdbeerbäume und Korkeichen; die Ebene von Fréjus, mit ihren Fichten, Ruinen und Sümpfen ein Abbild der römischen Campagna im kleinen; die spitzen Kuppen der Alpen, wo alte Dörfchen wie Schildwachen auf vorgeschobenen Posten stehen und wo sich zwischen Mauern Olivenhaine ohne Schatten bergab ziehen; das Meer, das rings um den roten Esterel, zwischen die Caps, an denen Fichten hinaufklettern, einen Kranz von kleinen, in grünlichem Wasser sich spiegelnde Buchten legt.

Lachendes Frankreich, das die leuchtende mittelmeeerische Atmosphäre mit den feuchtwarmen ozeanischen Winden vereinigt, das mit seinen mäßig ansteigenden Plateaus, mit seinen abwechslungsreichen Becken die schroffen Formen der hohen Bergketten mildert und die unendlichen Horizonte der kontinentalen Ebenen in sanfte Wellungen einbettet. Fruchtbare Land, das dem einheimischen Gewerbe die dichten und doch lichten Wälder, Mühe und Arbeit erfordernde, aber doch so reiche Ernten schenkt. Zwischen den Möbeln, die seine künstlerische Eingebung in verschiedenster Art zu gestalten versteht und denen der Gebrauch der Generationen eine Patina gegeben hat, kann der französische Bauer, wenn er in Muße sein Weißbrot ißt, beneidet von den Nachbarn, die Schwarzbrot essen, die Erde als bevorzugt betrachten, die ihn ernährt, die ihm seine Wohnstätte gibt und die ihm, sei es durch seine Quadersteine, sei es durch einfachen Strohlehm, Schutz gewährt.

Die Faktoren der Einheit: äußere Gegebenheiten und innere Bindungen

Indessen ist dieses Land nicht vor allen anderen bevorzugt. Der Reisende, der aus dem fruchtbaren Flandern kommt, findet über der Grenze dasselbe von Kanälen durchzogene Wiesengelände, sein Blick bleibt über die weite Ebene hin auch nur an den Masten hinter den Dämmen, an den Eisenbahngleisen oder an

den Windmühlen haften. Die weißen, kahlen, in der Sonne glänzenden Felsenklippen unserer provenzalischen Berge erinnern an die griechischen Hymettus- und Pentalikusberge, und die hohen dunklen Tannenwälder trifft man wieder im deutschen „Gewälde“. An tausend Orten erscheint unser Frankreich wie ein harmonisches Stelldichein der Landschaftsformen des benachbarten Europas.

Die sich berührenden und ineinander übergreifenden Landschaften haben eine Isolierung verhindert und haben an unseren Toren bequeme Durchgangswege für fremde Rassen und ihre Gebräuche geschaffen. Bei den Ausgrabungen haben die Archäologen die Gegenstände aufgedeckt, die die aus der Nähe und von weither kommenden Völker mitgebracht haben. Auf der Suche nach Zinn brachten Seeleute und Kaufleute der Levante als erste Kolonisten das Geheimnis des Getreides, des Linnens, des Weinstocks mit, die iberische Welt brachte das Schaf und die Ziege, und die verschiedenen Rassen vermischten sich untereinander; über die grasreichen Ebenen des Nordens drangen die Eroberer mit ihren Ochsesengespannen in das Land. Auf diese Weise entwickelte sich unsere bauerliche Zivilisation, und es kam nur wenig aus eigener Schöpfung hinzu.

Wollte man die Beziehungen dieses oder jenes Landes oder den Anteil dieser oder jener Rasse genau zu bestimmen versuchen, so würde man Gefahr laufen, in Irrtümer zu verfallen. Vidal de la Blache wollte keineswegs den Gesamtvorgang dieser friedlichen Einwanderungen darstellen. Es genügte ihm, die Vielfältigkeit der „Fermente“ begreiflich zu machen, die das nationale Leben zum Keimen gebracht haben. Den Weg, die schöpferischen Kräfte, die das gegenwärtige Frankreich gestaltet haben, zu bestimmen, bietet die von den Geographen bevorzugte Methode, bei der die Beobachtung des gegenwärtigen Lebens immer wieder zu den ersten Ursachen zurückkehrt, die in den Tiefen der Vergangenheit eingebettet liegen.

Ganz allmählich sind die Zellen zu einem Frankreich zusammengewachsen, das nun zum Ausdruck der Nation geworden ist. Aber die Faktoren der Einheit kommen nicht immer von außen.

Wie viele andere Beispiele kommen dem Geographen in Fülle in die Feder, wenn er über „die Grundlagen der Anthropogeographie“ nachdenkt¹⁾!

Viele stammen aus dem mediterranen Lebenskreis, der voller Gegensätze ist und beständige Arbeit und Anstrengung auferlegte. Eine der großen Menschenanhäufungen der antiken Welt verdankt ihre Zivilisation weniger der natürlichen Fruchtbarkeit des Landes als der Notwendigkeit der Disziplin. Das alte Ägypten und Chaldäa sind Staaten, die aus der Arbeit geboren sind. Die Bewässerung hat das Ägypten von heute wieder erstehen lassen, und die Baumwollkulturen von heute haben es reich gemacht.

Das moderne Leben verlangt größere Anstrengungen. Die Zivilisation ist, um die Definition Vidal de la Blaches aufzunehmen, der Kampf gegen die Hindernisse, die die Natur den Menschen bereitet. Hindernisse finden sich gerade in der mediterranen Welt in gehäufte Menge: Sümpfe und Steppen, die trocken zu legen oder zu bewässern sind; das unfruchtbare Gebirge, das nach einem anderen eigenartigen Wort des Meisters „bevölkerungserhaltend“ ist. Es bedarf gemeinsamer Anstrengung, um die widerspenstige Natur zu zähmen, um Baumaterialien zu gewinnen und die Wassermengen richtig zu verteilen, die Fruchtbarkeit bringen

1) *Principes de géographie humaine*, P. Colin, 1922, 8°, VII u. 327 p.

sollen, um die natürlichen Geiseln Hungersnot und Sümpfe durch Besiedlung und Kolonisation zu bekämpfen, um nur von der Vergangenheit zu sprechen; so haben die Araber die südlichen Ebenen Südspaniens von Grund auf in Gärten, in „huertas“, umgewandelt.

Zivilisation ist die Folgewirkung gemeinsamer Disziplin. Lockert man diese Disziplin, so zerfällt die Zivilisation. Muß man zum Beweis dafür aus der Geschichte den Verfall solcher bäuerlichen Zivilisationen, wie etwa die der arabischen oder chinesischen, anführen? Diese beiden fruchtbaren Begriffe der Geographie des Menschen: Verschiedenheit der Lebensformen und schließliches Zusammenwachsen von Lebensformen durch äußere Gegebenheiten oder innere Bindungen, bedarf in gleicher Weise auch die politische Geographie in enger begrenzten Rahmen.

II. Der Staat und die Erde

Jean Brunhes und der territoriale Begriff des Staates

Ungeachtet der Kritik, die man an den Ratzelschen Auffassungen geübt hat, und trotz der vorsichtig wertenden Arbeitsweise, die immer ein Kennzeichen der französischen Wissenschaft gewesen ist, ungeachtet auch jener Kunst der Nüancierung, die sich auf ein weit aufmerksames, objektiveres, persönlicheres und konkreteres Studium der menschlichen Erscheinungen stützt, ist einer der verführerischsten Repräsentanten der französischen Schule, und einer der populärsten, der viel zu früh verstorbene Jean Brunhes in seiner Auffassung über die Forschungsgebiete der politischen Geographie ebenso im Boden haften geblieben wie der deutsche Meister.

Camille Vallaux hatte die Ratzelschen Theorien in seinem Buch, „Der Boden und der Staat“¹⁾ in Mode gebracht, wir finden sie wieder in der „Geographie der Geschichte“²⁾, die er gemeinsam mit Jean Brunhes herausgegeben hat: der Staat bedeutet das Territorium, die Straße, die Grenze, die Hauptstadt. Jean Brunhes studiert im dritten Abschnitt seiner „Géographie humaine de la France“³⁾, dem er ausdrücklich den Titel „Politische Geographie“ gegeben hat, ausschließlich die Hauptstädte und die Städte, den Verkehr und die Sicherung, d. h. Straßen, Land- und Seegrenzen: „Die politische Geographie ist nur die kritische und vergleichende Prüfung derjenigen Gegebenheiten der Oberfläche der Erde, an denen das Leben zum Ausdruck kommt und an denen die Ausdehnung der menschlichen Gemeinschaften und der Staaten sichtbar wird.“ Der Staat ist nur ein Rahmen.

Die Theorie Jean Brunhes' bleibt also ganz territorial, ganz kartographisch. Bei dem ihm eigenen künstlerischen Talent, das sein Buch so lebendig macht, begrenzt er seine Studien freiwillig auf die Erscheinungen, die er auf die Karte eintragen kann. Es gibt für ihn keinen Staat, wenn er nicht mit dem Boden verbunden ist, er schließt das äquatoriale und das zirkumpolare Randgebiet aus der politischen Domäne aus. Aber bietet uns die Geschichte etwa zur Zeit der großen Völkerwanderungen nicht Beispiele von Nomadenstaaten? Unser Geograph ist selbst ge-

1) Vallaux: *Géographie sociale: le Sol et l'Etat*, P. Doin, 1911, in 12, 420 p.

2) Brunhes et Vallaux: *La Géographie de l'Histoire* P. Alcan, 1921, 8° 715 p.

3) *Géographie humaine de la France* (in Hanotaux: *Histoire de la Nation française*, t. I et II) P., Plon, 1920—1926, 2 vol. 4°, 495 u. 625 p.

zwungen, wandernde, nicht bodenständige Staaten in „passiven Räumen“, in Wüsten, Steppen und Waldgebieten zuzugeben, während doch die „aktiven Räume“ allein zur Gründung von beständigen Staaten geeignet sein sollen. Und gibt es nicht auch heute noch aus ehemaligen passiven Kolonien umgestaltete, aktive, auf fester Grundlage beruhende Dominien? Gibt es nur drei geographische Ausdrucksformen für den Staat, die sich auf die Karte übertragen lassen: die Straße als Funktion der internen Ordnung des Staates, die Grenze, die Sicherheit als Funktion der Ordnung gegenüber dem Ausland, die Hauptstadt als Funktion der Verwaltung? Es besteht kein Zweifel, daß die Straße, die Grenzen, die Hauptstadt die wesentlichen Organe eines Staates sind, wenn man ihn als eine Maschine betrachtet, die die Aufgabe hat, die materiellen Bedürfnisse zu befriedigen und den Frieden zu garantieren. Geben wir auch zu, daß der Staat nicht mehr als einen beständigen einmaligen Rahmen bildet. Hat sich aber das Leben, das sich darin bewegt, nur unter diesen Gesichtspunkten kristallisiert?

Jean Brunhes hat diese Lücke selbst so sehr empfunden, daß er am Schluß seiner „Géographie de l'Histoire“ versucht, in seinen „Rahmen“ Begriffe einzuführen, die zu definieren er selbst als höchste Schwierigkeit empfindet: die Begriffe „Nation“ und „Nationalität“, die er indes noch manchmal mit dem Begriff Staat verwechselt. So stellt er neben die tschechische Nationalität die tschechoslowakische Nation, neben die flämische Nationalität die belgische Nation und wird auf diese Weise das Opfer der gegenwärtigen sprachlichen Konfusion, die unter anderem eine Gesellschaft von Staaten „Gesellschaft der Nationen“ bezeichnet (Société des Nations). Er fühlt die Notwendigkeit, das geistige Prinzip nicht außer acht zu lassen, aber er bleibt bei der Auffassung, daß die „Völkerpsychologie“ nicht zum Gebiet der Geographie gehört. Er erwähnt dabei mit Recht die enttäuschenden Versuche hinsichtlich der Bemühungen, die Forschungen der Nachbargebiete der Ethnographie, der Linguistik, der Religion in die Geographie einzugliedern, an denen er auf Grund seiner eigenen Reisen, besonders seiner Balkanerfahrungen, eine treffende Kritik übt.

Aber vielleicht ist es doch nicht unmöglich, eine Zusammenarbeit zwischen der Geographie und diesen Wissenschaften zu finden? Laufen die anthropologischen Untersuchungen Pittards in den „Peuples des Balkans“, die Synthese Meillets in den „Langues de l'Europe nouvelle“, die psychologischen Beobachtungen von Cvijic, des Begründers der geographischen jugoslawischen Schule in „la Péninsule Balkanique“, nicht eben darauf hinaus, die Physiognomie der Staaten der Erde zu erkennen? Die Schwierigkeit bleibt groß. Der Boden, dessen Studium auf den Wissenschaften exakter Beobachtung beruht, ist augenscheinlich leicht zu erfassen, aber sobald man in das Gebiet der Geisteswissenschaften eindringt, läuft man Gefahr, auf philosophisches Gebiet abzugleiten, und das hieße auf die große Streitfrage jener Zeit zurückzukommen, als Dürkheim Ratzel kritisierte und die Philosophen die Geographie des Menschen, die sie als soziale Wissenschaft bezeichneten, als für sie zuständig erklärten.

Auch Cvijic, der versuchte, die Psychologie der balkanischen Völker zu bestimmen, entgeht diesem Vorwurf nicht. Dennoch darf man sein Werk nicht, weil er gelegentlich wenig erfolgreiche Untersuchungen anstellte, en bloc verurteilen; er hat es immerhin verstanden, die Verschiedenheit wie den Gleichklang ihrer Lebensformen zu zeigen und darzustellen. Man muß zugeben, daß Konstruktionen nicht

immer einen nützlichen Maßstab abgeben. Soll man hierfür, mit den deutschen Geopolitikern, die flüchtigen, obwohl schwerwiegenden politisch-geographischen Versuche anführen, die unter der verwirrenden Mischung der historischen Geographie und der Kartographie behauptet haben, in der Gestalt der Staaten deren ewige Rechtfertigung zu finden? Hat nicht August Himly in seiner „Geschichte der territorialen Bildung der Staaten Zentraleuropas“, die aus dem Jahre 1876 stammt, Österreich-Ungarn als einen „notwendigen Staat“ erklärt? So lautet das Wort tatsächlich. Befinden sich nicht eine große Zahl von Theorien, die nur auf der Benutzung von Karten mit kleinem Maßstab beruhen, in Zwiespalt mit den Tatsachen? Es verhält sich ebenso mit der Rolle, die der maritimen Lage zugeschrieben wird. Man betrachte Albanien, einen am Meere liegenden Staat, der dennoch nichts weniger als eine Nation von Seefahrern ist. Man kann sogar England heranziehen, dessen „maritime“ Berufung erst im 16. Jahrhundert offenbar geworden ist. Ebenso ist der allgemein verwendete Begriff der „natürlichen Grenzen“, den Camille Vallaux schon einer berechtigten Kritik unterzogen hat, den man aber immer wieder benutzt, lediglich eine (simple) Erfindung des 17. Jahrhunderts. Zu viele Begriffe haben eben nur für eine bestimmte Zeit und nur für einen bestimmten Raum Gültigkeit. Sie haben keinen in sich gültigen Wert. Der Mensch aber weist ihnen einen solchen zu; sie sind nicht standfester als er selbst.

Die französische Schule und der Lebensbegriff des Staates

Es erscheint notwendig, dem territorialen Begriff des Staates den Begriff des Lebens hinzuzufügen — nicht entgegenzustellen! Er ist — es gibt nichts Neues unter der Sonne — von Aristoteles geprägt und von einem deutschen Historiker, Eduard Meyer, zu Ende des vorigen Jahrhunderts in einer eindrucksvollen Art neu formuliert worden: E. Meyer hat in der Einleitung seiner „Geschichte des Altertums“ die aristotelische Formel vom Menschen als einem „politischen Wesen“ ergänzt und erweitert, und zwar dadurch, daß er auf die außerordentliche Vielfältigkeit der sozialen Gruppen hinwies, die „dieses Wesen“ bildet. Der Besitz eines abgegrenzten Territoriums ist danach kein unabdingbares Element des Staates. Beispiele: die Athener, die im Jahre 480 ihre Stadt aufgaben und an Xerxes auslieferten, um auf ihren Schiffen eine Zuflucht zu suchen; die Holländer, die 1672 ihr Land den Armeen Ludwigs XIV. preisgaben. Wir könnten dazu Beispiele aus jüngster Zeit anführen: den belgischen Staat, der während des letzten Krieges in Le Havre seine Heimstätte hatte, den serbischen Staat, der in Korfu und Saloniki ein Unterkommen fand, und schließlich den tschechoslowakischen Staat, der in den Vereinigten Staaten gegründet und in einer Mietswohnung in Paris präzisiert wurde, bevor er in Prag ins Leben trat.

Neben den Organismen, die an den Boden gebunden sind, bedarf der Staat eines anderen wesentlichen Faktors, den Eduard Meyer die „Idee von der ewigen Dauer jedes menschlichen Verbandes“ nennt. Ohne eine Organisation des Rechtslebens gibt es nur Individuen, die in Gemeinschaft leben, ohne eine sittliche Grundlage, nur Einzelwesen. Beide, der Historiker und der Geograph Vidal de la Blache, treffen sich, wenn sie die Wirkungen des Ausgleichs unter den Gruppen hervorheben: „Diese Wirkungen führen zur Entstehung von Kulturkreisen, die über die Grenzen der Rasse, der Sprache und des Volkstums hinweg die einzeln staatlichen

Bildungen miteinander verbinden und zwischen ihnen eine Gemeinsamkeit der Lebensformen und der Anschäuuungen schaffen.“

Wir sind damit im Herzen des Problems. Neben dem Territorium, das ohne Leben ist, muß man dem Leben Platz geben, das voller Bewegung ist. „Die Idee“, sagt Eduard Meyer, „setzt die tatsächliche bestehende Einheit in einen bewußten, aktiven und schöpferischen Willen um, eine, von allen anderen Menschengruppen spezifisch geschiedene Einheit darstellen und sich als solche betätigen zu wollen.“ Ein zeitgenössischer Historiker, der einen klaren Blick für die Bedeutung geographischer Probleme hat, schrieb in einem Buch voll scharfer Kritik: „Die Erde und die menschliche Entwicklung“¹⁾: „Der äußere Rahmen bedeutet wenig, das Herz gilt, darauf muß man vor allem sehen.“ Man könnte den Inhalt dieses Satzes in so wenigen Worten kaum besser wiedergeben. Er fügt hinzu, daß die geographischen Erscheinungen zu vielfältig sind, als daß man sie immer in dieselben Formen bringen könnte, und schließt mit den Worten: „Das größte Problem dürfte ohne Zweifel dasjenige sein, das uns die Nationen von heute, allein durch die Tatsache ihrer Existenz, aufgeben.“ Er trifft sich darin mit dem Dichter-Psychologen Stefan George: Ein Volk ist tot, wenn seine Götter tot sind.

III. Nation und Idee

Die politische Geographie darf sich also nicht mit dem Körper, dem Staat, begnügen. Hat sie nun aber auch die Mittel, das Herz, die Nation, zu erforschen?

Der geographische Humanismus: Demangeon und Siegfried

Der Versuch ist bereits gemacht, und zwar von Meisterhand. In welch umfassender Schau und mit welch methodischer Gründlichkeit haben die Vertreter der französischen Schule der „Geographie des Menschen“ die geistige Seite des Staates von dem Erdboden gelöst, an den sie so eng gebunden war! Mit Hilfe genauester Analysen des Milieus und im Sinne der Vidalschen Auffassung der Lebensformen haben sie die geistige Substanz seines politischen Körpers ins helle Licht gerückt. Aus dem Staat, aus dem administrativen Raum erstrahlt das Leben, die Nation. Zwei Professoren haben sich mit ganz verschiedenen Methoden in die Aufgabe geteilt.

Albert Demangeon hat mit Ausdauer, mit Geduld und mit genauer Kritik der geographischen Gegebenheiten und der Menschen, in der Stille seines Arbeitszimmers wie vor den gespannt lauschenden Hörern in der Sorbonne, eine ganze Generation im Sinne Vidals de la Blache herangebildet und hat dabei weit über die Grenzen der französischen Nation hinausgegriffen. Er erneuerte die Wirtschaftsgeographie durch den Geist der Synthese, er legt über den Wirrwarr der Statistiken und über die Widersprüche der Theorien die Klarheit und die Vernunft, er holte die gestaltlose Klasse der Erscheinungen aus der alten unbeweglichen Schublade heraus, er löste sie aus den Hackmessern, die sie zerkleinerten, stellte sie einander gegenüber und erweckte sie zu Leben. Schon 1920 erkannte er in seinem Buch: „Der Niedergang Europas“²⁾ die Vorzeichen der Krise, die 1930 begann, und sah ihren Umfang voraus. Insbesondere bemühte er sich, das Muster einer nationalen

1) Febvre: *La Terre et l'Evolution humaine* (in *l'Evolution de l'Humanité*), P., Renaissance du Livre, 1922, petit 8°, 471 p.

2) Demangeon: *Le déclin de l'Europe*, P., Payot, 1920, in 16, 314 p.

Analyse zu geben. Er zeigte, wie die englische Einheit erst spät die tätige Mithilfe der Geographie fand, und schöpfte in jenem Buch — so gewichtig durch die Stofffülle und so anschaulich und leicht faßlich infolge des angewandten Verfahrens —, das den „Britischen Inseln“¹⁾ gewidmet ist, aus regionalen Analysen, wobei die Erklärung aus dem unmittelbaren Eindruck heraus niemals die bildhafte, klare Beschreibung der Landschaften und der Menschen beeinträchtigt, die Schlußsynthese einer über die ganze Welt verbreiteten Nation: „Der Raum ist nur eine unvollkommene Gegebenheit, die nicht den vollen geographischen Wert einer Tatsache enthält.“ In seinem Buch „Das Britische Weltreich“²⁾ — seine Einheit beruht auf der britischen Zivilisation —, in welchem geistige Fakten, Sprache, Religion und Gefühl der Freiheit zusammen mit materiellen Dingen, den Formen des täglichen Lebens, vom Tee bis zum Sport zur Darstellung kommen, analysiert er den festbegründeten Zusammenhalt des Reiches, die Verkehrswege, den Warenaustausch, die Kapitalien, die gleiche Auffassung von Regierung und Gesellschaft, aber auch die „Probleme“, d. h. den Einfluß der neuen geographischen Sphären, die ihrerseits wieder das Bestreben haben, zu neuem nationalem Bewußtsein fortzuschreiten.

André Siegfried³⁾ hat mit eindringlicher Klarheit und mit mitreißendem Schwung in vielseitigen Vorträgen wie auf seinem Lehrstuhl im Collège de France vor einem ausgewählten, von seiner geistvollen Art begeisterten Publikum zuerst die angelsächsische Welt in ihren so verschiedenartigen Formen behandelt; dann hat er das innerpolitische Leben Frankreichs in allen Einzelheiten untersucht und hat vor uns aus leblosen Wahlstatistiken lebendige politische Kräfte erstehen lassen; er hat sich dann zur Aufgabe gestellt, „die Vereinigten Staaten von heute“, die für den lateinischen Menschen so schwer verständlich sind, zu schildern. Er schöpft diese „geistige Geographie“, wie er sie in dem Buche nennt, aus persönlichen Beobachtungen, aus statistischen Angaben, aus der vergleichenden Gegenüberstellung von Karten. In solch politischem Laboratorium sucht er nach dem Schmelzpunkt (point de fusion). Er rührt in dem amerikanischen Schmelztiegel alle Elemente der Völker, Rassen und Religionen durcheinander und wirft alle die Fermente: ethisches Bewußtsein, angelsächsischen Nationalismus und puritanische Härte dazu. Er zeigt den ganzen Wirbel der Entwicklung auf: die Handarbeit, die sich nur schwer hält, die mechanisierte und rationalisierte Produktion, einen Handel, der, nachdem er die Welt überschwemmt hat, verkaufen will, ohne zu kaufen, eine Finanz, die die Preise in die Höhe treibt und an ihren Forderungen festhält, eine Politik, die zum Geschäft geworden ist; die Parteien, die in ihren Traditionen stecken geblieben sind, die aber vor allem in einer bewußten Unkenntnis Europas beharren und in einer instinktiven Angst vor Asien leben. So entsteht vor unseren Augen eine neue Welt, eine neue Zivilisation. Die geographische Analyse des Lebens führt weiter zu einer sozialen Synthese“.

In der Vorrede zu dem Buch „Amérique Latine“⁴⁾, das sich im Ton so sehr von dem eben erwähnten unterscheidet, erläutert uns André Siegfried dann seine von ihm angewandte Methode: „Es ist in erster Linie unerläßlich, einen in ge-

1) Iles Britanniques P., Colin (Géographie universelle t. I), 1927, 4^o, 320 p. Deutsch: Berlin-runewald 1926, Kurt Vowinkel Verlag, RM 6.— 2) l'Empire britannique, P., Colin, 1923, in 3, 280 p. 3) Siegfried: Les Etats-Unis d'aujourd'hui, P., Colin, 1927, 8^o, 362 p. 4) Amérique latine. P., Colin, 1934, in 16, 179 p.

wisser Hinsicht physischen Begriff, ein physisches Gefühl für den neuen Kontinent zu haben; ich meine damit, daß es unerläßlich ist, das Eigentümliche seiner Atmosphäre, die Farbe seiner Berge, seiner Ebenen zu kennen und vom ökonomischen Standpunkt aus in eine geistige Gemeinschaft mit seinem Optimismus, seiner Kühnheit und seiner Beweglichkeit zu kommen. Aber es ist nicht weniger wichtig, auch die geistige Quelle erkannt zu haben, die im Raum und in der Zeit zugleich so ferne ist..." Man kann in gleicher Weise hinzufügen, daß der politische Geograph Historiker und Reisender, Kritiker vergilbter Dokumente, scharfer Beobachter der Landschaften und der Menschen sein muß, und daß er, ohne den Propheten spielen zu wollen, scharfsichtig bleiben muß, weil die menschliche Initiative, selbst wenn sie von der Natur beengt ist, doch ihre Kräfte meistert und die Entwicklung lenkt. Die politischen Schöpfungen sind, auch wenn der geographische Rahmen der gleiche bleibt, wie alles menschliche Werk, ewig in Bewegung.

Die Lebensformen in der Geopolitik

Die Geopolitik wird deshalb ihre Aufgabe weniger darin sehen, den Staat in einen Rahmen einzuspannen, eine einmal gegebene Linie der Grenzen für immer festzulegen, als vielmehr das Lebensprinzip zu finden, das am Werke war, die Nation bestimmend zu gestalten, ehemals zerstreute Elemente in einem gemeinsamen Schmelztiegel zu kristallisieren. Ausgangspunkt hierfür bleiben die fruchtbaren Arbeiten Vidal de la Blaches, der den Begriff der Lebensformen in die Geographie des Menschen eingeführt hat. Die Lebensart und die Lebensweise der menschlichen Gruppen werden bestimmt durch das Milieu, innerhalb dessen sich die Gruppen entwickelt haben. Man kommt so dazu, Kulturkreise abzugrenzen, um einen Ausdruck des Historikers Eduard Meyer zu gebrauchen. So kann man in der „Principes de géographie humaine“, da und dort zerstreut, Elemente einer mediterranen Zivilisation finden, die Vidal de la Blache für eine Kombination von Lebensformen hält. Rings um das Mittelmeer finden sich auffallende Gegensätze: die Nebel des Nordens stehen dem heiteren Himmel gegenüber, hier ist eine Landschaft voller Grün, dort eine weiße, trockene, verbrannte Zone; hier Waldgebiet, dort das Reich des Hirten. Selbst im Küstengebiet findet sich ein nicht weniger stark ausgesprochener Gegensatz zwischen dem Gebirge, dem Karst, dem nackten, weiß und ohne Wasser ist, und der Campagna, die eben, flach, sumpfig im Winter Morast und im Sommer staubige Steppe ist. Am Meer endlich, nebeneinander, die hohe und erhabene Akropolis von Athen und die steile Treppe, die zur Zitadelle hinaufklettert, zum Leuchtturm von Marseille; der Sandstrand, auf dem die alten Seefahrer ihre flachen Boote zogen, und die felsige Bucht, wo das Segelboot mit seinem zartfarbenen Segel noch heute Schutz sucht. Hier das Land des Hirten, der Jahr für Jahr seine Winterheimat (*patrie d'hiver*) in der Ebene, seine Sommerheimat (*patrie d'été*) im Gebirge hat, um einen pittoresken Ausdruck des rumänischen Historikers Jorga zu gebrauchen. Anderwärts der Bereich des schweren bäuerlichen Lebens: auf Bergterrassen halten kleine Mauern aus geringem Gestein das bißchen bewegliche Erde zusammen, zu dem das so selten Wasser in kleinen Kanälen herangeleitet werden muß; weiter das Leben zur See, einst fuhr man von Hafen zu Hafen, von Insel zu Insel, von Kap zu Kap, heute ist das von großen Ozeanen umgebene Mittelmeer zu einem der wichtigsten

Handelsplätze der Welt geworden. Überall dazwischen das bürgerliche Gemeinwesen, das sich ehemals zwischen den Mauern der hochgelegenen Städte sammelte, heute rings um den Markt im Hafen oder im Lande alle Formen des mannigfaltigen, aber einheitlich gestalteten Lebens in sich vereinigt.

An diesem Begriff der Lebensformen kann die Geopolitik nicht vorbeigehen, in ihnen liegt das Ferment des nationalen Zusammenschlusses. Die Nationen von heute sind vielleicht schwer zu studieren, denn die Erscheinungen der Gegenwart entziehen sich häufig der analytischen Beobachtung wie der Synthese, die auf schlüssige Folgerungen hinstrebt; aber schließlich unterliegen die heutigen Nationen demselben Bildungsvorgang wie diejenigen von ehemals. Die Geschichte kann uns dabei Hilfe und Führerin sein, besonders die Geschichte Frankreichs. Die französische Nation ist eine der festgegründetsten und eine der standfestesten Nationen. In ihr haben sich die vielseitigsten Lebensformen zusammengefunden und vereint. Nach welcher wechselvoller Geschichte allerdings! Die wirtschaftlichen, sozialen, in verhängnisvoller Weise egoistischen und nur schwer ins Gleichgewicht gebrachten Interessen riefen Schwierigkeiten hervor, über die die nationale Einheit erst spät zum Sieg kommen konnte. Lavissee hat in jenem Band seiner *Geschichte Frankreichs*, der Ludwig XIV. gewidmet ist, den ganzen ersten Teil seiner Regierung in der Überschrift „Der Vorschlag Colberts“ zusammengefaßt: der große Minister erstrebte ein bäuerliches und maritimes Frankreich — um nicht anachronistisch koloniales Frankreich zu sagen — neben einem königlichen und bürgerlichen Frankreich, das als Erbe der feudalen Welt die „festen Häuser“ zerstören, aber die „adligen Häuser“, d. h. die Familien festigen, und ein Frankreich endlich, das weniger die Seigneurs von ehemals, als vielmehr jene bürokratischen Dynastien, jene kriegerische und müßige Kaste von Bevorrechtigten beseitigen sollte. Ludwig XIV.¹⁾ wies den Vorschlag Colberts zurück und ruinierte durch seine Kriege und durch seine Verschwendung das bäuerliche und gewerbliche Frankreich. Die Französische Revolution war, neben anderem, eine große bäuerliche Revolte, die, unterstützt von den Pariser Arbeitern, in einer riesigen Abtretung von Grund und Boden endete, die Grundlage der heutigen Demokratie. Die Widerstände, die sich dagegen erhoben, konnten natürlich nicht sofort beseitigt werden; die ganze Hälfte des 19. Jahrhunderts ist erfüllt von den Hoffnungen der Adligen und der Verteidigung der neuen Ordnung, während die wirtschaftliche Revolution neue Lebensformen erzeugte. Die kapitalistische Welt verbindet sich mit alten aristokratischen und bürgerlichen Familien; die Arbeiterschaft, durch Zuzug aus der Landbevölkerung vermehrt, gliedert sich allmählich in das städtische Leben ein. Diese vielfachen Lebensformen drängen zu einem Ausgleich: langsam verwischen sich die Unterschiede, bis hinab zu der so bezeichnenden uniformierenden Angleichung in der Kleidung. Allmählich bildet sich auch ein soziales Gleichgewicht heraus und, ungeachtet der Gewohnheiten des parlamentarischen Spiels, auch eine politische Stabilität. Die Nation ist nicht an den Boden gebunden: die Fortentwicklung des Landes bestimmt Schritt für Schritt ihr Gesicht^{2), 3)}.

1) Louis XIV. La Fronde, le roi, Colbert (1693—1685) in Lavissee: *Histoire de France*, VII. P. Hachette, 1906, 80, 407 p.

2) Ansel: *Peuples et Nations des Balkans*, P., Colin, 2e éd., 1930, in 16, 220 p.

3) Id.: *Manuel géographique de politique européenne*, t. I: *L'Europe centrale*, P., Delagrave, 2e éd., 1937, 80, 472 p.

Der nationale Geist tritt nur langsam in die Erscheinung

Auch beim Studium der territorialen Grundlagen der nationalen Idee trifft man überall auf die geistigen Grundlagen. Beide sind eng miteinander verflochten, und die letzteren sind so fein, daß es schwierig ist, sie abzusondern. Der Versuch ist öfters gemacht worden, zuletzt mit bemerkenswertem Talent von Julien Benda in seiner „Skizze einer Geschichte der Franzosen...¹⁾“, in ihrem Willen eine Nation zu sein“. Der Philosoph glaubt annehmen zu können, daß die französische Nation das Ergebnis „des Volkswillens“ ist (und nicht das der Führer), daß sie beständig ist (dieselbe seit 1500 Jahren), daß sie „allgemein“ ist (was bedeuten soll: nicht regional) und daß sie „einer bestimmten Richtung folgt“ (d. h., daß sie ihren Höhepunkt am 2. August 1914 erreichte).

Dieser Versuch, über die Menschen der Welt rein aus der Überlegung zu bestimmten Folgerungen zu kommen, hat aber vielleicht das Notwendigste vergessen (omnis éclairer la lanterne), das nämlich, daß der Gebrauch des Wortschatzes das einzige Mittel ist, sich zu verstehen. Es fällt sehr schwer anzunehmen, daß die Franzosen seit 1000 Jahren in ihren Auffassungen unveränderlich geblieben sind. Selbst wenn die Menschen in Verbänden leben, bilden sie wieder unter sich zahlreiche Gesellschaften: sei es religiöser, geistiger, sozialer oder politischer Art. Der nationale Gedanke widerstrebt jeder Vereinigung mit anderen. Er ist überdies ein Gedanke der neueren Zeit, er tritt nur beim Niedergang von Kirchen oder Reichen in die Erscheinung, wenn der Gläubige oder der Untertan sich von Bindungen frei macht, wenn der Mensch für sich allein denkt und handelt. Das Wort Nation in seinem heutigen Sinn erscheint erst im 18. Jahrhundert. Die französische Konstituante erst hat den Schwur vorgeschrieben, der auf „die Nation, auf das Gesetz, auf den König“ lautet.

Es gibt dafür Beispiele im Überfluß. Man kann sie besonders zahlreich in der anregenden Schrift finden, die den großen rumänischen Historiker Jorga²⁾ zum Verfasser hat. Er hat besondere Erfahrung auf diesem Gebiet, der Südosten Europas war lange genug ein Feld für nationale Erfahrungen.

Bei dem Durcheinander der Völker, das für das Mittelalter so bezeichnend ist, konnte kein nationales Bewußtsein aufkommen. Bei den außereuropäischen Völkern lag die einzige gemeinsame Bindung im Kultus, im religiösen Leben; die Orthodoxie zwang z. B. den Assyriern, den Ägyptern, den Arabern die Einheit auf. Im Gegensatz dazu wurde von den „Barbaren“, deren Invasionen nur den Übergang vom Hirtentum zum Bauerntum darstellen, die Religion „ohne Literatur“ zugunsten des Christentums aufgegeben, das sich seinerseits wieder den Formen des Römischen Reiches anpaßte. So wurde die Idee der römischen Welt in Verbindung mit der Kirche das gemeinsame mittelalterliche „Bewußtsein“. Das familienrechtliche Prinzip der Teilung des Großgrundbesitzes sollte materiell die römisch-christliche Einheit auseinanderführen: in Verdun zerreißen die Erben den Familienbesitz,

1) Benda: *Esquisse d'une Histoire des Français dans leur volonté d'être une Nation*, P., Nouvelle Revue française, 1932, in 16, 270 p.

2) Jorga: *Origine et développement de l'idée nationale surtout dans le monde oriental*, Bucarest, 1934, 80, 23 p.

Id.: *La place des Roumains dans l'histoire universelle*, t. I: *Antiquité et moyenâge*; t. II: *Epoque moderne*, Bucarest, 1935, 80, 203 u. 219 p.

eine nationale Idee spielte aber in keiner Weise bei der Teilung eine Rolle. In dem konservativeren byzantinischen Orient sind Titel nicht an sprachliche Grenzen gebunden und bezeichnen nur den Auftrag: die Münzen des Kaisers, der serbische Kralj (Karl), der bulgarische Tsar (Cäsar), die dem kaiserlichen Rom unterstellt sind, führen den Titel eines Kaisers extra — *muros* (außerhalb der Mauern), sie haben auch tatsächlich keine Hauptstadt: weder der Tsar der Valachen und Bulgaren 1204, noch der Tsar der Griechen und Serben 1346. Diese Eintagsstaaten, für die die gleiche Sprache noch ohne Bedeutung war, waren nur Straßenreiche (Dromokratien), denen lediglich daran lag, sich das Durchgangsgebiet Mazedonien zu sichern. Das nationale Prinzip trat ebensowenig bei Eroberervölkern wie den Ungarn in die Erscheinung, sie bildeten zusammen mit Finnen und Türken nur einen Verband von Plünderern. Die Türken hatten sich die Eroberung der Welt zur Aufgabe gestellt, sie zogen es aber dann doch vor, sich in das Nest des ost-römischen Reiches zu setzen.

Die französische Nation

Die französischen Historiker der neueren Zeit haben nicht an die frühe Nation gedacht, sie haben sich wissenschaftlich damit begnügt, die Geschichte des französischen Staates auf Grund von Dokumenten zu schreiben. Auch Dupont-Ferrier¹⁾, Professor an der École des Chartes, einer der Meister der mittelalterlichen Geschichte, der in einem kleinen Band zwanzig Jahre geduldiger und fruchtbarer Arbeit zusammengefaßt hat, begnügt sich mit dem, was die Archive vermitteln können, d. h. mit der politischen Geschichte. Er zeigt, wie die durch Rom gegründete politische Einheit Galliens die soziale Auflösung nicht hat verhindern können und wie die halb barbarischen merowingischen und karolingischen Staaten nur „Scheinstaaten“ waren. Die ersten Capetinger vermochten gegenüber den Feudalherren nur den rein gedanklichen Begriff des Einheitsstaates zu verteidigen. Ihre Nachfolger schaffen sich aber dann Einrichtungen, mit denen sie die Regierung ausüben können: Gerichte, Steuern, ein Heer; in ihrem Kampf gegen den englischen Staat gelingt es, die Franzosen um die Person des Königs zu einigen. Im 15. und 16. Jahrhundert umgibt sich der König mit Tausenden von Agenten, die Urteile fällen, Steuerlisten aufstellen, Krieg führen. Aber Frankreich ist nur ein Königreich, die „Sache“ des Königs: „Frankreich gehörte ohne Zweifel den Franzosen, aber in erster Linie dem König von Frankreich. Es gibt keine Verbindung zwischen dem König und den sozialen Klassen, wie dies die Bürgerkriege, Religionskriege genannt, deutlich beweisen, aber es besteht auch keine Verbindung der sozialen Klassen unter sich; so kann die ‚absolute Monarchie‘ entstehen.“

Pagès, der Meister der modernen französischen Geschichtsschreibung, hat in einem glänzend geschriebenen kleinen Buch²⁾, ohne es zu wollen, dieselbe Beweisführung angewandt; auch er hat sich in das dunkle Gewirr der historischen Psychologie gewagt. Der Staat des Ancien régime ist nur eine persönliche Monarchie, die auf der Kraft und der Intelligenz eines Königs, wie etwa Heinrichs IV., beruht, die aber von der Anwendung äußerster, provisorischer Mittel lebt. Selbst das

1) Dupont-Ferrier: *La formation de l'Etat français et l'unité française*, P., Colin, 1929, in 16, 220 p.

2) Pagès: *La monarchie d'ancien régime en France*, P., Colin, 1928, in 16, 217 p.

Werk Richelieus, der den Begriff des abstrakten Staates in der ausgeprägtesten Form zur Geltung bringt, ist zerbrechlich. Die Ordnung beruht unter Richelieu nur auf der Gewalt, unter Mazarin nur auf der Diplomatie und der Intrige. Ludwig XIV. identifiziert sich mit dem Staat, er arbeitet nur mit Getreuen, denen er sein Vertrauen schenkt. Er baut, ohne System übrigens, eine Verwaltung auf, die allmählich aus der Monarchie einen Polizei- und Militärstaat macht, der die Unzufriedenen zwingt, die Waffen niederzulegen oder zu schweigen. Kann man dieses Stillschweigen mit nationaler Geschlossenheit bezeichnen? Überdies, kaum gebildet, entartet die bürokratische und papierne Monarchie: Die Verwaltung setzt sich an die Stelle des Königs und schafft einen abstrakten Staat. Der König isoliert sich in Versailles und schließt sich mit einer einzigen Klasse, den Adligen, ab, die nur zur Last des Volkes und nur am Rande des Volkes leben. Dieser verschwenderische, kriegerische und lästige Hof verursacht durch eigenes Verschulden den Sturz des Adels und der Monarchie. „Obwohl die Monarchie ein nationales Werk vollbracht hat, hat sie es doch nicht verstanden, ihrer Autorität eine nationale Basis zu geben. Die Säulen, auf die das Königtum sich stützte, sind hohle Säulen“, schließt Pagès mit den Worten Lavisses. „Die Einrichtungen haben wohl die Stärke der königlichen Macht vermehrt, sie haben aber nicht vermocht, die Nation mit ihr zu vereinigen.“

Damals beginnt die Nation sich auf sich selbst zu besinnen. Ihre Solidarität kommt im Widerspruch zum Ausdruck: sie beginnt damit, den Begriff der Klasse zu zerbrechen — das ist im wesentlichen das Werk des Jahrhunderts der Aufklärung der Philosophen, besonders jenes „Königs“ Voltaire, des an Ideen unerschöpflichen Journalisten, der den Zweifel in den Vordergrund stellt und die Tradition erschüttert. Das Wort Nation erscheint in allen Kundgebungen der öffentlichen Meinung, die zum erstenmal sich ihrer selbst bewußt wird und sich zur Geltung bringt. Zu Beginn der Revolution sind die Klassen schon getrennt. Über der großen Streitfrage von 1788, der Verdoppelung der Zahl der Abgeordneten des dritten Standes und der Abstimmung nach Köpfen, schwebt aber bereits der Plan einer gewollten und nationalen Einheit. Der Wille zum Zusammenschluß wird deutlich in der spontanen Wiederherstellung der kommunalen Verwaltung, am Beispiel der Stadt Paris nach dem 13. Juli 1789, an der freiwilligen Leistung einst aufgezwungener Verpflichtungen innerhalb der Vereinigungen, und schließlich an der bildlichen Erscheinung der französischen Nation auf dem Marsfeld, am Bundesfest des 14. Juli 1790. Damals wurde Frankreich geschaffen.

Renan definierte in seinem berühmten Werk die Nation im Sinne dieses Willens zur Gemeinschaft¹⁾. Jede Solidarität beruht auf einer Gemeinsamkeit der Gefühle, sicherlich, aber auch auf der Verbindung der Interessen. Diese Interessen sind aus dem Milieu selbst heraus entstanden. „Über die sozialen Klassen hinweg“, so schloß Vidal de la Blache sein Buch, *Tableau ... de la France*, „erhebt sich siegreich der Gedanke, der feststellt, was eigentlich der Urgrund und der Sinn des Daseins ist, der Boden Frankreichs. Auch er ist eine historische Persönlichkeit. Er handelt durch den Druck, den er auf die Gewohnheiten ausübt, und durch die Hilfsmittel, die er unserer Not zur Verfügung stellt; er regelt die Schwingungen unserer Geschichte.“

1) Qu'est ce qu'une Nation? conférence du 11 mars 1882 Discours et Conférences. P., Calmann. Lévy, s. d., 80, pp 277—310.

GERTRAUD HAASE-BESSELL:

Volk und Rasse in ihren Beziehungen zueinander

Vorwort

Lebensraum und Volk, gesehen in ihren geopolitischen Zusammenhängen, stellen sich heute als eine Aufgabe der lebensnahen Wissenschaft der „Geopolitik“ dar, der sich nicht zuletzt diese Zeitschrift in den Dienst gestellt hat. Der Sinn der nachfolgenden Ausführungen ist der: die Zusammenhänge zu beleuchten, die den Begriff „Raum“ mit dem der „Rasse“ verbinden und damit den Weg von Rasse zu Raum über jene Einheiten zu führen, die wir als „Völker“ bezeichnen, die aber diesen Namen erst dann verdienen, wenn sie durch einen Grundsatz der Natur, den wir Auslese nennen, in horizontaler und vertikaler Richtung zu Individualitäten höherer Ordnung verschweißt sind. Wenn dieser Prozeß der Volksbildung mit den sich daraus ergebenden politischen Umwälzungen — obgleich schon seit Jahrhunderten und Jahrtausenden am Werke — in unseren Tagen zu einer so sprunghaften Entwicklung gekommen ist, so ist das nicht zum kleinen Teile der aufstrebenden Verkehrstechnik zu verdanken, die in ihren Auswirkungen den Begriff „Heimat“ wesentlich erweitert hat. Obschon diese großzügige Entwicklung der Technik letztlich auf die Fähigkeiten einzelner Begabungen zurückzuführen ist, die ihre geistige und seelische Konstruktion der Zugehörigkeit zu gewissen Rassen und Stämmen verdanken, so hat sie rückwirkend zu dem Zusammenbau der großen Systeme „Völker“ weitgehend Anstoß gegeben. Wir können sagen, daß die von einzelnen Gliedern einer Rasse geschaffene Technik die Raumeinheiten verdeutlicht hat, in deren Lebensrhythmus sich die Volksindividualitäten einfügen, und daß wiederum zu den Gesetzen der Raumgliederung die ständige Auseinandersetzung zwischen Rasse und Boden gehört und gehört hat.

Der Prozeß der Völkerentwicklung ist von hier aus gesehen von größter geopolitischer Tragweite; die heute aus der starken Verdichtung heraus sich abzeichnende Verstraffung dieser Einheiten zu „Totalitäten“ eine Gegebenheit, deren Notwendigkeit sich mit epochaler Wucht ergibt; sie wirkt sich wieder raumgestaltend aus. Es liegt darum durchaus in der Linie der „Geopolitik“, die Gesetze der Völkerbildung weitgehend in ihre Zusammenschau einzubeziehen. Von diesem Blickpunkt aus sollen nachfolgend die biologischen Bedingtheiten der Volksbildung herausgestellt werden.

•

Die Frage nach der Weltanschauung eines Menschen ist heute dahin entschieden: ihre Prägung wird nicht von außen her in das Subjekt hineingetragen, sondern nimmt den Weg von innen nach außen. Allerdings kommt ein Impuls von dem allgemeinen Weltbild her, das mit der Zeit wechselt: es spiegelt sich immer zunächst in den Augen einiger Weniger, von diesen erleuchteten Köpfen aus löst es die bereitliegenden Reaktionsketten in den Menschen und Völkern aus, deren Eigenart wieder in der rassischen Grundlage eben dieser Menschen und Völker gegründet ist, so daß die vom Genie neu erschauten Zusammenhänge ansprechend verarbeitet werden.

Obgleich Rassen und Völker auf Entwicklungen zurückblicken, die nicht nur nach Jahrhunderten, sondern nach Jahrtausenden zählen, so haben sie doch Krisen zu durchschreiten, in welchen sie beweisen müssen, daß sie unter den inneren Bedingungen einer neuen Epoche ihre eigenste Form herausstellen können. In solchen Zeiten muß es zur Entscheidung gelangen, ob sie eine neue Blüte erreichen oder geschichtlich untergehen bzw. zunächst auf der dunklen Seite des Weltgeschehens bleiben. Wenn sich in solch schicksalsschweren Zeiten eines Umbruchs ein Volk nach dem anderen auf die Wurzeln seines Seins besinnt, so kommt es zu jenen weltanschaulichen Auseinandersetzungen unter wechselnden Namen, wie wir sie heute

unter den Fronten Demokratie—Rassismus erleben. So ist der Rassebegriff und der Rassegedanke schlechthin entscheidend in den Auseinandersetzungen unserer Zeit.

Auch heute noch pflegt man es sich mit dem Begriff „Rasse“ häufig genug recht leicht zu machen und lange nicht alles das herauszuholen, was in ihm begründet liegt. Man bleibt an der Oberfläche und begnügt sich, ein Typenbild herauszustellen, das sie körperlich, geistig und seelisch genau festlegt. Abweichungen von diesem Typ werden ohne weiteres als „Fehler“, entstanden durch Rassemischungen, verstanden, was um so natürlicher erscheinen mag, als selbstverständlich Rassemischungen oft entscheidend in das Erscheinungsbild hineinspielen. Damit wird man aber der großen Bedeutung des Rassenbegriffs in recht beschränkter Weise gerecht; die großen Konzeptionen, die sich von hier aus ergeben, die den Begriff „Rasse und Volk“ zu einem weltanschaulichen Grundpfeiler unserer Zeit machen, verlangen eine weiträumigere Gründung und eine verbreiterte Basis.

■

Unter „reiner Rasse“ im engsten Sinne verstehen wir heute genetisch eng verbundene Reihen von Lebewesen, die in Summe und Art ihrer Erbanlagen absolut gleich sind. Solche extrem aufgefaßten Rassen sind schon bei den „niederen“ Lebensformen selten, bei den höherentwickelten Stämmen des Tier- und Pflanzenreichs kaum noch vorhanden. Nach einer einfachen Überlegung können sie es auch nicht sein, denn die Erdoberfläche ist ja eine sich immer verändernde Fülle der Gestaltung, und eine genetisch ganz starr konstruierte Rasse, die auf entsprechend eng umgrenzte Lebensbedingungen eingestellt ist, würde bei diesen, wenn schon langsamen und leisen Veränderungen der Außenbedingungen, wie sie unvermeidlich im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende stattfinden, der Auslese verfallen.

Als Grundsatz der Veränderung ist in das Erbgefüge der organischen Substanz die Möglichkeit einer „Mutation“, einer sprunghaften Erbänderung, eingefügt. Wenn die Natur auf der einen Seite Vorsorge getroffen hat, daß der charakteristische Bau der lebendigen Substanz, der „Gene“ (Erbeinheiten), unverändert von Zelle zu Zelle, von Eltern auf Kinder weitergegeben wird, so ist diese Unveränderlichkeit doch nicht absolut. Unter gewissen Umständen kann das Gefüge eines Erbstoffs, sein molekulares Gleichgewicht, sich wandeln, ein Atom, ein Radikal, eine Kette vielleicht ihren Platz wechseln, oder der Punkt, an dem die Reproduktion dieses Gens einsetzt, eine andere Wertigkeit bekommen, seine Reproduktionsfähigkeit überhaupt verschwinden oder der Bau zusammenstürzen. Geschieht das mit einem Gen, so entsteht eine Unausgeglichenheit des ganzen ausgewogenen Systems, die seine Entwicklungsfähigkeit verhindern kann, oder doch — wenn der Gerüstbau im großen und ganzen erhalten bleibt — sich in einer mehr oder weniger tiefgreifenden Änderung, oft nur einer umrissenen Eigenschaft, einer Farbe oder Form, zeigt. Eine solche Veränderung bedeutet oft eine Herabsetzung der Lebensfähigkeit des Systems, nur selten eine Erhöhung derselben, manchmal eine bessere Anrufbereitschaft des tragenden Organismus gegenüber Außenbedingungen, die von den bisherigen verschieden sind.

Gerade Veränderungen der Gene letzterer Art sind die wichtigsten für die Stammesentwicklung der Organismen, letzten Endes auch des Menschen. Unter gleichbleibenden Außenbedingungen haben solche Mutationen nicht viel zu sagen, ja bedeuten auch hier oft eine Herabsetzung der Lebenswahrscheinlichkeit und

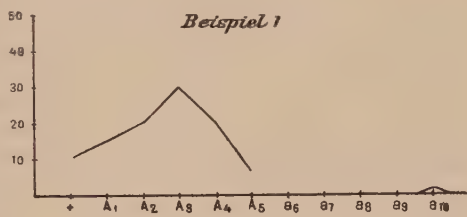
können darum nur im rezessiven Zustand (also überdeckt von dem dominanten Gen der Ursprungsrasse) erhalten bleiben. Anders, wenn der tragende Organismus örtlich oder zeitlich an die Grenzen des alten Lebensraums gelangt. Dann wird oft Tugend, was vorher Untugend war, neuartige Sippen und geographische Rassen können sich erhalten und Platz gegenüber den alten gewinnen. Sehen wir genauer hin, so finden wir, daß in alten Ruhegebieten der Erde, etwa solchen, wo die Gletscher der Eiszeiten nicht eindringen konnten, wo eine abgeschlossene Lage bei gleichbleibendem Klima eine „glückliche Insel“ erhielt, sich alte, genetisch gleichförmige Rassen oder Rassenbruchstücke erhalten haben, während in geologischen Kampfgebieten die plastischen „großen“ Rassen bei Mensch und Tier ihre entscheidende Prägung erhielten, also dort, wo sie sich im Existenzkampf gegenüber einer wechselnden feindlichen Natur, oder im Kampf mit anderen Sippen, runden mußten. Alle diese „großen“ Rassen sind dadurch gekennzeichnet, daß sie zwar eine genetisch eindeutige Einheit — eben die der Rasse oder Art — darstellen; aber diese Einheit nicht darin besteht, daß sich alle ihre charakteristischen Eigenschaften auf einen Typ sammeln können, sondern darin, daß sie eine ganze Anzahl verschiedener Gene bzw. deren verschiedene Ausprägungen (Allele) besitzen, deren Eigentümlichkeit und Prozentzahl zusammen für die Rasse eigentümlich sind, so, daß die Rasse als Ganzes betrachtet gewertet werden muß. Eine Rasse ist mehr als ihr Typ. Etwas näher ausgeführt, ist die Sache etwa so:

Von einem bestimmten Gen „+“ sind im Laufe der Zeit verschiedene Mutationen entstanden, etwa $A_1, A_2, A_3, A_4, a_5, \dots a_{10}$. Man nennt solche Mutanten die Allele eines Gens. In einer bestimmten Rasse sind nicht alle einmal entstandenen dieser Allele vorhanden, sondern nur eine bestimmte Anzahl und diese wieder in einem bestimmten Prozentsatz.

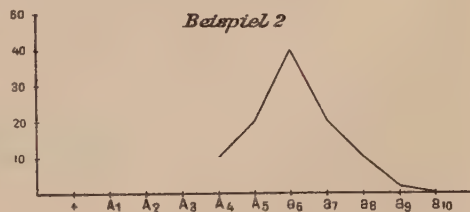
Man kann sich das in Kurvenbildern veranschaulichen (Abb. 1). Die verschiedenen Allele eines Gens sind dort auf einer horizontalen Linie aufgetragen, deren Prozentsätze innerhalb der Rasse auf einer vertikalen. Die Punkte bedeuten die Anzahl, in welcher ein Genallel jeweilig in der Rasse vorhanden ist, die verbindenden Linien die Modifikationen dieser Allele, d. h. die Breite der Ausschläge nach der Plus- und Minusseite, die günstige oder ungünstige Außenbedingungen hervorrufen. Beispiel 1 zeigt eine Rasse, deren Scheitelpunkt mit 30% bei A_3 liegt. Im Beispiel 2 findet sich der Scheitelpunkt mit 40% bei a_6 .

Abb. 1

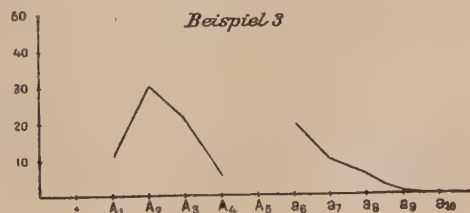
Beispiel 1



Beispiel 2



Beispiel 3



Im Beispiel 3 fehlen die mittleren Glieder der Allelkette (die Mutationen brauchen jedoch durchaus nicht Glied um Glied der Kette entstanden zu sein, sondern können Glieder überspringen). Es gibt hier einen Scheitelpunkt bei A_2 mit 30%, und einen weiteren bei a_6 mit 20%. Die Allele A_4 und A_5 sind überhaupt nicht vorhanden. Man kann sich ohne weiteres vorstellen, daß von links nach rechts die Dominanzen absinken, daß also A_1 über A_2 , A_2 über A_3 oder a_4 usw. dominiert. Sind, was im allgemeinen zutrifft, die rezessiven Mutanten aus den sie dominierenden (verdeckenden) Allelen entstanden, diesen aber im Entwicklungsraum im Lebenskampf unterlegen, so können sie sich — reinerbig — an den Grenzen des betreffenden Lebensraums (diese Grenzen können auch zeitlich sein), also unter anderen Außenbedingungen, durchsetzen, selbst da, wo ihr dominantes Allel der Auslese verfällt. Wie gesagt, gibt es neben diesen räumlichen Grenzen auch zeitliche, also historisch bedingte. So finden wir bei den „großen“ Rassen, die sich in Kampfgebieten gerundet haben, eine große Anzahl rezessiv ausgeprägte Eigenschaften. Rezessive Mutationen bedeuten in diesem Sinne eine Differenzierung des Erbguts, eine Bereicherung der Rasse, die sie vielseitiger macht.

Außerlich ausgeprägte, uns zunächst vielleicht nicht sehr lebenswichtig erscheinende Eigenschaften können sehr wohl der nur vorzugsweise in unser Auge fallende Ausdruck eines viel allgemeineren, genetisch bedingten Zustands sein, der als solcher unter diesen oder jenen Umständen unzweifelhaft von lebenswichtigem Range ist. Wieder bedeutet es für die Rasse ein Plus im Erhaltungs- und Raumkampf, wenn sie nicht allzu einseitig gebaut ist. In einem so reich gegliederten Lande, wie es z. B. Großdeutschland ist, lesen schon kleine Raumeinheiten aus. Das sehen wir vielleicht besonders gut an den verschiedenen Konstitutionen des Menschen, wie sie uns Kretschmer herausgestellt hat, bei denen frühzeitig in die Keimentwicklung eingreifende Gene, die das innere Drüsensystem beherrschen, nicht nur den Körperbau beeinflussen, sondern auch die geheimnisvolle Nahtstelle zwischen Seelischem und Körperlichem bedeuten, die den Charakterunterbau des Menschen bestimmt. Ein aufgeschlossener, geselliger, „zyklothym“ Mensch wird z. B. unter der grandiosen Einsamkeit des Hochgebirges als Heimat kaum die erhaltungsfähige Anzahl von Kindern haben, während einem nach innen lebenden, „schizothymen“ Mann das dichte Nebeneinander in einer Großstadt, oder schon in einem Fabrikssaal oder einer Mietkaserne nicht das Optimum bedeutet. Man wird sagen können, daß die geburteneinschränkende Wirkung der Volksumschichtungen des letzten halben Jahrhunderts mehr in geopolitischer als in wirtschaftlicher Hinsicht liegt, in dem Sinne, daß es nicht so sehr die Großstädte oder die Industriezentren an sich sind, die die Geburteneinschränkung zur Katastrophe werden ließen, als vielmehr ihr auslesender Charakter, der sich in dem Willen zur Nachkommenschaft äußert. Allerdings wird man sagen müssen, daß hierbei zu der Eigenart des Makroklimas vor allem die des Mikroklimas kommt. Jedenfalls, auch die Geburtenbeschränkung ist so gesehen ein geopolitisches Problem, eine Angelegenheit des Gleichgewichts zwischen dem, was wir zusammenfassend als „Scholle“ bezeichnen, und der genetischen Struktur des Menschen, die wiederum mit der genetischen Gesamtsituation von Volk und Rasse zusammenhängt. Wie die Entwurzelung des verpflanzten Menschen zu dem Klassenchaos führte, so wirkte sie sich in einer Reaktion aus, die den Fortpflanzungswillen beeinträchtigte. Die harten Tatsachen der biologischen Wirklichkeit weisen darauf hin, daß die Unwägbarkeiten des „Bodens“ sich mit der genetischen Eigenart des Menschen verschränken. Die menschliche Freiheit ist eine Fiktion, auch dann, wenn sie noch vielen einen Wunschtraum bedeutet. Das menschliche Leben ist eine paradoxe Angelegenheit: die demokratischen Axiome haben die wunderliche Gewohnheit angenommen, umkehrbar zu sein und so erst ihren rechten Sinn zu bekommen. Vielleicht darf man den Menschen am freiesten nennen, der in den engsten ihm gemäßen Bindungen lebt, und dies geschieht am ehesten dort, wo die Volksmassen in einer übergeordneten Einheit ausgerichtet sind. Nur in einem Staate im Sinne des völkischen „Feldes“ kann es zu dem dem einzelnen gemäßen Gleichgewicht kommen.

Als eine mehr als die Konstitutionen in das Auge fallende differenzierte Eigenschaft einer Rasse kann man die Augenfarbe heranziehen, soweit sie mit Pigmenthäufung und Pigmentarmut zusammenhängt. Es gibt hier, wie bekannt, eine ganze Reihe von Tönungen, vom dunkelsten Braun bis zum albinotischen Rot, das, wie die meisten extremen Allele, pathologische Wirkungen hat, also die Lebenstüchtigkeit des Trägers herabsetzt. „+“ wäre das dunkelste Braun, a_6 und a_7 kann als das nordische Blau gelten. a_{10} würde „albino“ bezeichnen. Wir wissen, daß bestimmte Rassen einen überragenden Prozentsatz an dunklen Augen aufweisen (Beispiel 1), wobei der Scheitelpunkt bei verschiedenen Allelen liegen kann. Bei Beispiel 2 würde es sich um eine Rasse mit hellen Augen handeln. Aber das braucht nicht so zu sein. Es kann durchaus Rassen geben, deren Kennzeichen es ist, sowohl dunkle, wie auch helle Augen zu besitzen, wie das das Beispiel 3 veranschaulicht, und zwar in einem festgelegten Prozentsatz. Der Rassencharakter ist in diesem Falle eben nicht dunkeläugig oder blauäugig, etwa so, daß die andere Farbe eine Rassenmischung andeutet, sondern das Vorhandensein beider Allele ist das Rassenmerkmal. Natürlich können Rassenmischungen ähnliche Augenfarbenverhältnisse ergeben; aber dann läßt sich eine solche Zumischung meist an zugeordneten Genverhältnissen erkennen. Gerade die nordische Rasse hat, besonders im Nordwesten, eine erhebliche Anzahl von Braunaugen aufzuweisen. Es sei daran erinnert, daß Pigmente für den Gesamtstoffwechsel von Wichtigkeit sind.

Was verdeutlicht werden sollte: „Rasse“, wie wir das Wort für „große Rassen“ gebrauchen, ist eben nicht in allen genetischen Eigenschaften eine Summe durchaus gleicher Menschen, sondern eine gewachsene Einheit höheren Ranges. Aus Gründen der Ordnung und leichteren Charakterisierung hat man ganz selbstverständlich als Rassenmerkmale diejenigen genetisch bedingten Eigenschaften herausgesucht, die nur in einem Allel, also 100prozentig, oder doch nahezu 100prozentig vorhanden sind. Daß dies nur wenige sind, ist in jeder Rassenkunde nachzulesen. Je großräumiger eine Rasse ist, um so vielseitiger wird sie in bezug auf den genetischen Charakter vieler Eigenschaften sein; je abgeschlossener im Sinne eines gleichartigen Lebensraums sich Rassenteile entwickeln, um so mehr kann sich der intime Kampf der Allele nach der einen oder anderen Seite entscheiden und sich ihr Prozentsatz damit ändern. Aber, betrachtet man die Rasse als Ganzes, so wird man finden, daß sich das Gleichgewicht, in dem sie sich mit ihrem Lebensraum befindet, im Vorhandensein vieler besonderer Genallele äußert. Der Vorzug einer großen Rasse ist eben der, daß sie innerhalb ihres Gefüges vielseitig ist, während eine Zumischung fremden Blutes dieses Gefüge zerstört, zerkreuzt und vernichtet.

Es ist nicht so, daß die Eigenschaften, die wir als hervorragend für eine Rasse erkennen, sich nun auf ein Volk, einen Blutstamm, eine Familie, oder gar ein Individuum sammeln lassen. Jede Rasse ist in ihrer Eigenart, und wenn man will, in ihrer Wertigkeit, dreidimensional zu verstehen. Von den Einsturzmutanten — also den Trägern der schweren Erbkrankheiten und Minderwertigkeiten — abgesehen, sind gute und schlechte Eigenschaften nur relativ zum Ganzen zu verstehen, zu dessen Genie, zu dessen Lebensdrang und Lebenslabilität. Es wäre ein großer Irrtum, wenn man nach der Richtung einer einzigen Wertskala züchten wollte, von der Gefahr einer subjektiven Wertschätzung oder Zeitbedingtheit ganz abgesehen. Züchten kann man sicher in dem Sinne, daß man Rasse und Volk von fremden Beimischungen freihält, die Minderwertigen von der Fortpflanzung ausschließt, die Fortpflanzung der Vollwertigen unterstützt, und dafür sorgt, daß Begabungen durch Heirat mit gleichen Begabungen genetisch stabilisiert werden. Im übrigen ist es die weiseste Züchtung, das Volk so zu führen, daß es wird, was in

ihm liegt, daß es sich nach seinem urtümlichen Genie entfaltet. Damit sind wir von dem Begriff „Rasse“ bereits zu dem Begriff „Volk“ gekommen.

*

Einer großen Rasse, wie sie uns heute entgegentritt (man denke an die nordische), kommt eine gewisse Großräumigkeit zu. Sie baut sich sozusagen als Rumpfgebirge einer geologisch älteren Zeit in die Gegenwart hinein. Das Zeichen, daß ihr noch Lebenskraft zukommt, ist ihre Fähigkeit, Völker aus sich heraus zu entwickeln in Wirkung und Gegenwirkung mit Boden und Geschichte. Aber, es ist doch immer so, daß eine Rasse die Ausgangskraft ist, die über den Boden hinströmt, von ihm dank seiner Eigenart festgehalten oder losgelassen wird, Geschichte macht, oder von ihr vergewaltigt erscheint. Aus der gleichen Rasse hält eine Landschaft jedoch nur eine bestimmte Auswahl von Menschen auf Generationen hinaus mit starken Kräften fest. Die Landschaft differenziert eine Rasse in horizontaler Auslese zu Völkern, und gibt sie nur auf, wenn in ihrem Sinne höherwertige Stämme kommen, um auch diese leise nach ihrer Eigenart auszulesen. Immerhin bietet die Geschichte viele Beispiele, daß solche aufgepfropften Stämme nach einer kleinen Anzahl von Generationen wieder abgestoßen wurden und der frühere Typus, mindestens biologisch, siegreich blieb.

„Volk“ ist somit ausgesprochener als „Rasse“ ein biologisch-geographischer Begriff, der ebenso wie der Begriff „Rasse“ nicht als Summe von ganz gleich konstituierten Menschen anzusehen ist, sondern als eine Einheit höherer Ordnung, die „Rasse und Boden“ aus sich heraus gezeugt haben.

Sucht man nach Bildern, um die Eigenart des Begriffs „Volk“ zu veranschaulichen, so finden sich zwei, die vielleicht brauchbar erscheinen.

Das eine ist das des „heterogenen Feldes“ im Sinne der Physik, als eines Einflußbereichs, bei welchem sich jedes kleine Teilchen mit dem Ganzen, aber auch das Ganze mit jedem kleinen Teilchen verändert.

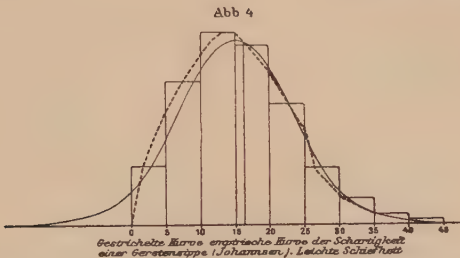
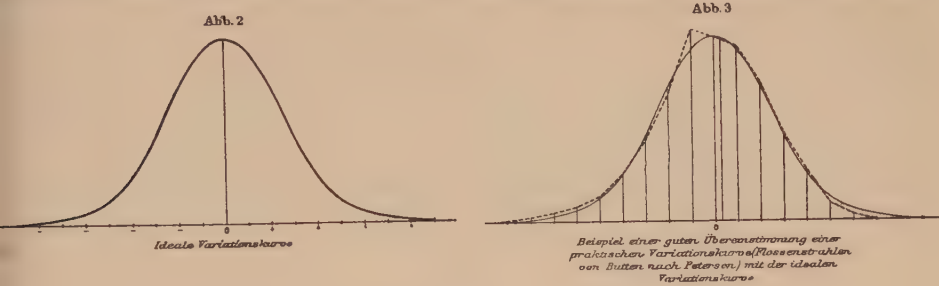
Obgleich also eine geschlossene Einheit, ist der Gleichgewichtszustand eines solchen Feldes immer labil, nicht starr, sondern einer Dynamik unterworfen. Die Kraftlinien des Feldes kann man mit den Blutlinien des Volkes gleichsetzen, die nach verschiedenen Begabungen (Berufsständen) und verschiedener Bodenständigkeit gekennzeichnet sind, und eben in ihrer Gesamtheit die Eigenart des Volkes ergeben. Mit dem Bilde eines physikalischen Feldes kommt also der geschlossene, aber doch elastische Charakter eines Volkes, das diesen Namen verdient, gut heraus.

Das andere Anschauungsbild, unter welchem man sich ein Volk vorstellen kann, ist dreidimensional und insofern starr, als man es immer nur für einen Zeitausschnitt wiedergeben kann, zu welchem das Volk soundso beschaffen ist. Es geht von dem Sinnbild der „Kurve“ aus.

Das genetische Kurvenbild hat in der ersten klassischen Periode der Genetik zu Anfang unseres Jahrhunderts eine sehr wichtige, vielleicht ausschlaggebende Rolle gespielt, und mehr als andere Methoden dazu beigetragen, das Verhältnis von erblich bestimmten Eigenschaften und ihren durch Außeneinflüsse bestimmten vorübergehenden, nicht erblichen Abänderungen (Modifikationen) zu klären. Die bedeutendsten Forscher der ersten klassischen Periode der Genetik, wie de Vries und Johannsen, haben sich der Kurve bedient, um die Erbkonstanz der genetischen Sippen zu veranschaulichen. Jedem einzelnen Gen oder Genallel kommt eine ganz bestimmte Reaktionsfähigkeit gegenüber wechselnden Außenbedingungen zu, die sich zahlenmäßig einfangen läßt. Die Zahlenhäufigkeit innerhalb der Äußerungsbreite eines Gens läßt häufig eine Annäherung an die theoretische Zufallskurve erkennen. Abb. 2 gibt eine solche ideale theoretische Zufallskurve wieder. Das Binom ist dabei zu sehr hoher Potenz

erhoben. Der Punkt an der Kurvenlinie, über welchem die Kurve ihren Gipfel erreicht, entspricht dem Mittel der mittleren Klasse: Abweichung 0.

Abb. 3 zeigt den praktischen Fall einer guten Übereinstimmung einer praktisch gefundenen Modifikationskurve mit der idealen, gezeigt an den Flossenstrahlen von Butten (Petersen).



Eine ähnliche, wennschon mehr nach links verschobene und nach rechts verbreiterte Kurve zeigt Abb. 4. Es handelt sich dabei um die Schartigkeit von Gerstensippen (Johannsen).

Wenn in vielen Fällen durch veränderte Außenbedingungen eine bestimmte Eigenschaftskurve bis zur Exzessivität schief werden kann, so tut sie das immer nur in einer für die betreffende genetische Sippe charakteristischen Weise. Die Empfindlichkeit gegenüber be-

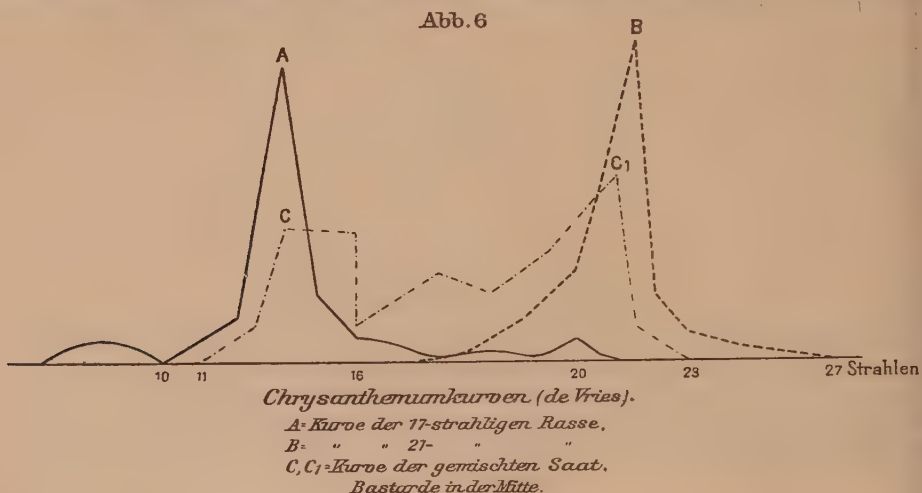
Abb. 5



stimmten Außenbedingungen ist erblich festgelegt und schwankt zwischen starker Reaktion und Unempfindlichkeit (unempfindliche Eigenschaften lassen sich gut als „Rassenmerkmale“ verwenden). Immer bleibt unter gleichen Außenbedingungen die Kurve für die Individuen einer reinen Linie oder einer ausgeglichenen Bevölkerung in allen Folgegenerationen gleich, gleichviel, ob man Plus- oder Minusvarianten zur Nachzucht verwendet, gleichviel, ob es sich dabei um die Strahlenzahlen von Fischflossen, die Größe der Bohnensamen, die Mastantwort von Schweinen oder um eine menschliche quantitativ zu bestimmende Eigenschaft handelt. Sind zwei reine Linien durchmischt, so zeigt sich, ihrer genetischen Eigenart entsprechend, eine zweigipflige Kurve: Abb. 5 (Schartigkeit auf Grund der Mischung zweier Gerstenrassen

nach Johannsen). Je mehr solche Linien in einem Samengemisch enthalten sind, um so gleichmäßiger läßt sich die Kurve ausziehen, die sich ohne Kreuzung, nur auf kombinierter genetischer Grundlage verschiedener Linien entwickelt hat. In Abb. 6 ist die berühmte Chrysanthemumkurve von de Vries wiedergegeben. Dabei zeigt Kurve A mit Gipfel A die 17strahlige Rasse; Kurve B mit Gipfel B die 21strahlige Rasse. Kurve C gibt die Nachkommenschaft der gemischten Saat mit den Bastarden. Sie zeigt sich gegenüber den Elternkurven deutlich niedriger und eingengter. Dagegen ist eine Überhöhung in der Mitte vorhanden. Bei einem Gemisch vieler Linienbastarde findet man entsprechend eine breite abgestumpfte Gipfelgegend.

Auch für die Eigenschaften einer Rasse oder eines Volkes lassen sich solche Kurvenbilder verwenden. Eine solche Kurve ist dann eben für die Rasse oder das Volk charakteristisch. Eine leichte Zumischung fremden Blutes wird sich durch eine angedeutete Zweigipfligkeit bemerkbar machen, eine beginnende oder fortge-

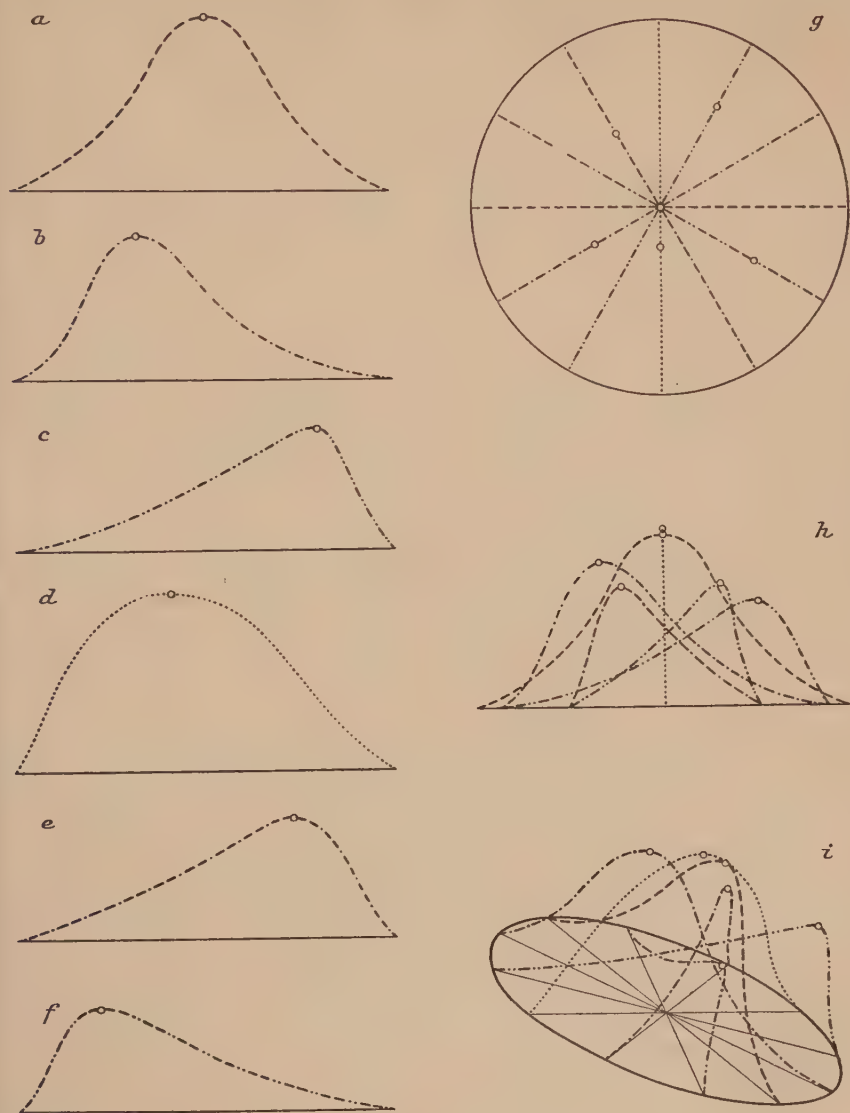


schriftene Zerkreuzung bei starker Einführung fremden Blutes durch starken Gipfelzerfall. Immer aber ist die Antwort, also die Kurvenänderung, auf günstige und ungünstige Außenbedingungen charakteristisch und begrenzt. Durch gute Nahrung z. B. kann der Gipfel des Samengewichts einer Pflanze bestimmter genetischer Prägung nach der Plusseite verschoben werden, aber es handelt sich dabei immer nur um Abweichungen, die weder einen bestimmten Grad übersteigen noch das Kurvenbild der Nachkommenschaft, die wieder unter den alten Bedingungen lebt, verändern können.

Eine gewisse Art von Wasserkrebsechen, die in Deutschland heimisch ist, hat man in den Nemosee (Italien) verpflanzt, wo ihresgleichen nicht vorkommt, und dort viele Jahre gehalten, womit man eine hohe Generationenzahl erreichte. Unter den Bedingungen des italienischen Binnensees hatten sich die Kurven bestimmter Eigenschaften (z. B. der Helmhöhe) deutlich verschoben. In die alte deutsche Umgebung zurückgebracht, zeigte sich schon nach wenigen Generationen wieder das alte Kurvenbild.

Die genetische Grundlage der Rasse hatte sich nicht geändert. Ihr charakteristisch war, daß sie unter bestimmten Außenbedingungen die, unter anderen jene Kurve ergab. Daß durch schlechte Nahrung oder andere ungünstige Bedingungen, besonders in den kritischen Perioden einer bestimmten Eigenschaft, Kümmerlinge entstehen, ist ganz selbstverständlich, ebenso, daß eine gewisse Eigenschaft für ihre höchste Ausbildung (Scheitel der Mondifikationskurve) eines gewissen Optimums

Abb.7



bedarf. Schließlich ist darauf auch bei dem Menschen die Daseinsberechtigung der Erziehung begründet. Die Anlage zu einer bestimmten Eigenschaft ist in einer Rasse (Volk) da oder ist nicht da. Ist sie vorhanden, kann ihre optimale Entwicklung durch erzieherische Einflüsse, besonders in den Entwicklungsjahren, gefördert werden, unter Umständen so weit, daß dieses Plus bei den zu Erziehenden nicht mehr umkehrbar ist.

Wenn im nationalsozialistischen Deutschland ausschlaggebender Wert auf die „Rasse“ gelegt wird, so doch nicht minder auf die „Erziehung“, die eben darin besteht, gewisse Eigenschaften, wie die sich daraus ergebenden Charakterqualitäten, Fähigkeiten und Lebensauffassungen (Ideale) nach der optimalen Seite zu drängen, also zu entwickeln und zu stärken. Die Genetik hat die große Wichtigkeit einer „Erziehung“, einer „Kinderstube“, oder einer „traditionellen Kultur“ in diesem Sinne niemals geleugnet, sondern immer hervorgehoben. Ein Volk ist auch in dieser Beziehung niemals starr, sondern dynamisch bewegt. Das Entscheidende ist, daß die Antwort der Gene auf Erziehung sowohl in ihrem optimalen Ausdruck wie in ihrer Empfindlichkeit gegen Verkümmern dem Wesen der Rasse entsprechend charakteristisch umgrenzt ist.

Daß sich bei einem Volk die Außenbedingungen für bestimmte genetisch begründete Eigenschaften durch Geschichte, kulturelle und technische Entwicklung u. ä. verschieben müssen, ist gegeben. In kriegerischen Jahrhunderten stehen kriegerische Eigenschaften im Optimum, in anderen organisatorische, in wieder anderen kulturelle und religiöse. Niemals ist es so, daß alle Eigenschaften eines Volkes zur gleichen Zeit im Optimum stehen. Bei Wanderungen eines Volkes wird die oder jene Eigenschaft (Empfindlichkeit gegen Temperaturen, Sonnenstrahlung, Seuchenfestigkeit usw.) unter ein Plus oder ein Minus der Außenbedingungen geraten. Unter Bedrängungen wird für ein Volkstum, etwa in der Diaspora, eine bestimmte Eigenschaft, wie Härte und Geduld, von Wichtigkeit sein. Aber die mögliche Höhe, die ein Volk in allen seinen Eigenschaften erreichen kann, die Breite seiner Antwort auf Außenbedingungen ist festgelegt. Das gleiche gilt für jedes Individuum.

Kann man nun alle menschlichen Eigenschaften einer charakteristischen Volkskurve zuordnen, die Gesamteigenschaften eines Volkes in einer Kurve fassen? Die Frage ist wichtig, weil in ihr die Möglichkeit der eugenetischen Zielstrebigkeit enthalten ist, die das Ausland unseren bevölkerungspolitischen Bestrebungen nachsagt. Immer wieder kommt dort in kritischen Referaten zum Ausdruck, daß es eine absolute Wertigkeit nicht geben kann, daß vielmehr die jeweilige Zielstrebigkeit des eugenetischen Idealbildes immer durch die zufällige Mentalität einer bestimmten Person oder eines Personenkreises bestimmt sei. Es wird immer wieder gesagt, daß es kein wissenschaftlich einwandfrei herausgestelltes Ziel in der Richtung eines idealen Rassenbildes geben könne, eine künstliche Auslese oder Richtungsgebung illusorisch, ja gefährlich sei, weil eben die Wertskalen der einzelnen Menschen durchaus subjektiv sein müssen.

Diese Einwürfe gegen den „Rassismus“ gehen von einer falschen Grundannahme aus, nämlich der, daß der gesamte Eigenschaftenkomplex eines Volkes wertmäßig in einer aufsteigenden Linie eingefangen werden müsse. Nur unter dieser Annahme erhält die Frage nach verschiedenen Werturteilen der rassenmäßigen Eigenschaften eines Volkes Gewicht und kann sich unerfreulich austoben, je nachdem der eine auf das Wertideal des anderen losschlägt. Die Lösung der Frage liegt einfach darin, daß man die Eigenschaften eines Volkes und deren Bewertung überhaupt nicht linear darstellen kann und daß sich daher ein eigenwilliges und subjektives Punktsystem erübrigt. Ich komme damit auf das Kurvenbild der Gene, Genallele und deren Modifikationen zurück.

Eine Ausdruckskurve ist in der exakten Forschung immer nur für bestimmte einzelne Eigenschaften angewandt worden, die sich zahlenmäßig einfangen lassen. Will man ein anschauliches Bild für alle menschlichen Eigenschaften eines Volkes haben, so ergibt sich notgedrungen ein dreidimensionales Gebilde. „Volk“ als Personifizierung von Rassen muß dabei, wie diese, als ein biologisch bestimmter Organismus angesehen werden, als ein Individuum auf höherer Ebene, wobei ich den mißlichen, oft mißhandelten Ausdruck „Ganzheit“ bewußt vermeide.

Ich kann an dieser Stelle nur kurz andeuten, wie man in Zukunft vielleicht diese Sache anschaulich darstellen kann. Es werden sich in dieser Beziehung sicherlich exakte mathematisch-geometrische Methoden entwickeln lassen. Man kann z. B. die Einzelkurven der verschiedenen Eigenschaften eines Volkes (mit ihrer charakteristischen Empfindlichkeit und Ansprache auf die Außenbedingungen einer gewissen Zeit und eines gewissen Orts) auf eine kreisförmige Fläche anordnen. Die Zahl der in den Chromosomen der Zellkerne des Menschen verankerten Gene wird auf 3—5000 geschätzt. Ein großer Teil von ihnen dürfte die grundlegenden Eigentümlichkeiten des Säugerstamms kontrollieren, so daß für die rein menschlichen Eigenschaften eine nur kleine Zahl in Betracht kommt, wenschon die Kombinationsmöglichkeit deren Allele immer noch sehr groß ist. Ordnet man ihre Kurven nebeneinander auf einer Grundfläche an, so wird ein kontinuierliches, dreidimensionales Gebilde erscheinen müssen, von oben gesehen ein Relief mit stark bewegter Oberfläche. Abb. 7 zeigt zunächst einige willkürlich herausgegriffene Kurven verschiedener Gestalt, wie sie sich für die oder jene Eigenschaft eines bestimmten Volkes ergeben werden. Bei *a* ist eine solche gezeichnet, die einer idealen Verteilung vieler Allele und deren Modifikationen folgt. Bei *b*, *c*, *e*, *f* ist die quantitative Plus- und Minusverteilung der Varianten nach der einen oder anderen Seite schiefe. Bei *d* ist eine Kurve gezeichnet, die eine besonders reiche Allelgliederung aufweist. Alle diese Kurven geben also graphisch die Antwort wieder, die ein Volk hinsichtlich bestimmter Eigenschaften kraft seines genetischen Baues auf bestimmte Außenbedingungen der Zeit gibt (die horizontale Gliederung kommt dabei allerdings zu kurz). Sie lassen sich nebeneinander auf einer kreisrunden Grundfläche anordnen. *g*, *h* und *i* deuten diese Anordnung für einige herausgegriffene Kurven an.

Denkt man sich im Westen die Plus-, im Osten die Minuspole, so ist auch hinsichtlich der Anschaulichkeit der Wirkung der negativen Eugenetik (Nachfließen bei kontinuierlicher Verschiebung der Kurve nach der Plusseite) immerhin einiges gewonnen, wie auch hinsichtlich der differenzierten Geburtenrate (Verschiebung der Scheitel) und ähnliches. Nicht befriedigend erreichen läßt sich bei dieser Darstellung die Anschaulichkeit der vertikalen Gliederung eines im Gleichgewicht befindlichen Volkes in Berufsstände und der horizontalen Gliederung in Stämme und Blutlinien. Aber das sind Schönheitsfehler, die wohl behoben werden können.

Wie dem auch sei, es dürfte durch solche oder ähnliche Schaubilder zum Ausdruck kommen, daß es innerhalb eines Volkes eine absolute „fitness“ (wie der Amerikaner sich ausdrückt) nicht gibt. Es sind oft Fragen gestellt worden (Amerika), ob solche „fitness“ in höherem Grade bei den besitzenden Klassen vorhanden ist und dergleichen. Sie dürften sich erübrigen. Es gibt eben eine Anzahl von recht verschiedener charakteristischen „fitnesses“ innerhalb eines Volkes — ein Reichtum, der sich vor allem in den verschiedenen Stämmen, Blutlinien und Berufsständen ausdrückt.

Auch das Gegenteil von „fitness“, sagen wir kurz „Minderwertigkeit“, ist nichts Einheitliches. Zu den Minderwertigen zählen einmal diejenigen, die ein lebenswichtiges Gen in ihrem Kernsystem in einer Abänderung tragen, die man als einen Einsturz charakterisieren kann, womit die Lebensfähigkeit, das gesamte Gleichgewicht des Gefüges der Erbinheiten und damit des tragenden Menschen und seiner Sippe stark herabgesetzt ist. Führt dies nicht von vornherein zur Ausmerzung des Keims, so reden wir von einer Erbkrankheit, die sich früher oder später in be-

sonderer Weise äußert. Ich bitte hierzu nochmals Abbildung 1 zu betrachten, wo eine mit dem Allel a_{10} symbolisierte albinotisch veränderte Augenfarbe (Verlust des Pigments) angenommen wird, eine Abartung, die sich nicht nur in der Augenfarbe, sondern am ganzen Körper ausdrückt und zu allgemeinen Störungen Anlaß geben kann. Man kann also a_{10} als eine extreme Abbau- und Einsturzmutante betrachten, die Anlaß zu einer Erbkrankheit gibt und früher oder später der Auslese verfallen muß.

Bekanntlich kann ein solches „krankes“ Genallel von einem gesunden (eingebracht von dem anderen Elter) „dominiert“ werden. Seine Auswirkung ist dann also verdeckt, es verhält sich „rezessiv“. Doch darf man darauf nicht allzu großen Wert legen. Beide Zustände sind eigentlich nur in ihren Endgliedern scharf zu erfassen. Mit feinen Methoden läßt sich meist nachweisen, daß das verdeckte Gen in seiner Wirkung doch sozusagen hindurchschimmert (z. B. bei den Überträgern der Bluterkrankheit). Daß uns bei menschlichen Erbkrankheiten Rezessivität oder doch relative Rezessivität oft entgegentritt, ist nur eine Ausleseerscheinung, da die Träger der dominanten Gene (die das Krankheitsbild zeigen) der Auslese um so leichter erliegen, je zeitiger sie — durch ihr Leiden — von der Fortpflanzung ausgeschlossen sind.

Aus diesem Grunde finden wir bei den Menschen die schweren Erb leiden meist rezessiven Erbgangs, bzw. dominanten Erbgangs für die sich in fortgeschrittenen Lebensaltern zeigenden Erbkrankheiten, wo die Fortpflanzung bereits abgeschlossen ist und somit die Auslese zu spät kommt. Außerdem ist oft — wie bei den „normalen“ Eigenschaften — für das Zustandekommen einer abnormen Eigentümlichkeit, die außerhalb der Grenzen der Erhaltungsfähigkeit liegt (Lenz), das Zusammenwirken verschiedener Gene in besonderer Allelen-Ausprägung nötig. Das sind Spezialfälle der allgemeinen Regel, daß sich kein Gen unabhängig von den anderen auswirken kann, sondern in seiner Auswirkung immer in engster Verkettung mit dem gesamten vorhandenen genetischen System steht. Man spricht hier von dem „genetischen Milieu“. So kommt es, daß auch das dominante Gen einer Erbkrankheit in manchen Fällen nur stark abgeschwächt zur Geltung kommt, während es in anderen besonders schwere Krankheitsbilder hervorruft, stark „penetrant“ ist, wie man in der Erbpflege sagt. Solche Verhältnisse verdunkeln die übersichtliche Sachlage, z. B. bei dem Erbgang mancher Geisteskrankheiten. Die „kranken“ Gene, die zu solchen Erbkrankheiten führen, sind in der Folge wahrscheinlich weiter verbreitet, aber stammes- und blutliniengemäß ungleichmäßig verteilt, als die Massenstatistik aufdecken kann.

Von diesem Typus der Nichtfiten, der Minderwertigen, ist ein anderer zu trennen. Bei diesen Minderwertigen ist das Gensystem durchaus normal, nur daß das Kombinationsspiel der im Volke kreisenden Gene so gefallen ist, daß mindestens eine Anzahl von ihnen auf der Minusseite der betreffenden Kurven liegt. Daß eine solche Kombinationsmöglichkeit in „begabten Familien“ seltener, in „unbegabten“ über den Durchschnitt häufig ist, liegt auf der Hand. Wenn man eine solche Unbegabtheit auch nicht mit dem eigentlichen Schwachsinn, der auf einem oder auf mehreren zusammengestürzten Genen beruht, verwechseln darf, so besteht doch andererseits die Tatsache, daß beiderlei Individuen die Tendenz zeigen, geschlechtliche Verbindungen miteinander einzugehen, wenn man will, einen negativen Stand zu bilden, besonders dann, wenn der Schwachsinn nicht scharf hervortritt, sondern die Träger zu der großen und gefährlichen Klasse der „Moronen“ gehören, die entweder Heterozygoten sind (d. h. von einem Elter ein normales Gen mitbekommen haben) oder deren Schwachsinn durch die eine oder andere überdurchschnittlich ausgebildete Eigenschaft dem ungeübten Blick abgeblendet wird. Das kann sich auf kör-

perliche, wie auf geistige Eigenschaften beziehen, so daß in dem Stand der Minderwertigen außer den ausgeprägt Schwachsinnigen oder den negativ Begabten sich noch eine Anzahl „gesprungener Menschen“ befindet, die Blunder oder „große Abenteurer“ sein können.

Man muß schließlich zu dem Stand der Minderwertigen noch eine Anzahl von Menschen rechnen, deren Begabung für den gegenwärtigen Volkskörper nicht mehr brauchbar, überlebt ist, auch dann, wenn sie unter früheren Kulturbedingungen Plusvarianten bedeutet haben. Um dafür ein ganz grobes Beispiel zu bringen: die Begabung eines Kopffjägers mag für viele „wilde“ Stämme wichtig gewesen sein. Werden solche Stämme unter Zivilisationsbedingungen gebracht, muß ihre Begabung in dauernden Konflikt mit einer anders gerichteten völkischen Ordnung stehen. Daß dem Auftauchen dieser Art Minderwertiger durch Rassemischung Vor-schub geleistet wird, ist wahrscheinlich.

Diese Heterogenität des Standes der Minderwertigen hat nicht in geringem Maße dazu beigetragen, daß der Begriff der „Fiten“ und „Nichtfiten“ eine so verschiedene Auslegung gefunden hat. Die Amerikaner z. B. bringen dann ein weiteres Moment hinein. Skott findet als Charakteristikum der „Fiten“, daß sie sich unter allen Umständen bewähren, d. h. an der politischen oder ökonomischen Machtstellung ihres Volkes teilnehmen müssen. Er sagt, daß der Mensch, der dazu nicht fähig ist, „verdient, sterilisiert zu werden“. Ein fiter Mensch ist ihm also ein Opportunist a tout prix, wenn schon von erheblicher Intelligenz. Ein Unfiter ist ihm ein materiell ewig Erfolgloser; er wirft ihn in einen Topf mit den Erbkranken und den Asozialen. Weiter findet man gerade bei den Amerikanern das gequälte Bestreben, menschliche Begabungen auf eine Wertlinie zu bringen, an deren einem Pol der Mensch steht, der unter allen Bedingungen „hoch“ bleibt, gleichviel welche Moral oder welchen Wert er gegenüber der Volksgemeinschaft besitzt. Auch in anderen Ländern, wo man dieses Ideal nicht teilt, sondern geneigt ist, staatsmännische, wissenschaftliche oder militärische Begabungen anzuerkennen, die unter bescheidenen äußeren Verhältnissen leben, sehen wir die gleiche Tendenz zur linearen Bewertung der Volksgenossen.

Wie weit man für den Stand der Minderwertigen die Sterilitätsgesetze vortreiben kann, mag eine Sache der Zukunft sein. Daß die Sterilisation der Minderwertigen überhaupt eine Wohltat für den Volkskörper ist, wird niemand mehr bestreiten.

Scheiden wir die Minderwertigen aus dem Begriff des Volkskörpers aus, so sehen wir, daß auch des weiteren der Begriff „Volk“ nicht einheitlich aufgefaßt wird. Einheitlich scheint die Auffassung, daß „Volk“ und „Rasse“ nicht gleichzusetzen sind. So ist nach Ruttke „Rasse“ eine Menschheitsgruppe, die sich durch die ihr eignende Vereinigung körperlicher und seelischer Eigenschaften von jeder anderen in solcher Weise zusammengefaßten Menschengruppe unterscheidet und immer nur ihresgleichen zeugt, während ihm „Volk“ die sich selbstbewußte Zusammenfassung blutgebundener Familien ist, von denen die einzelnen Volksgenossen zwar Rassengemische voneinander nahestehenden Rassen darstellen können, doch ihre Gesamtheit, das Volk, sich durch eine alle einzelne Volksgenossen miteinander verbindenden Rasse eine eigene Gesittung und insbesondere eine eigene Sprache geschaffen hat.

Es erscheint dem Biologen, daß der Unterschied zwischen Volk und Rasse geschichtlich, also im Hintergrund der Zeiten, verschwimmt. Eine Rasse wird einstmals eine gemeinsame Gesittung gehabt haben (vielleicht!!), während das schon für die Sprache nicht so sicher ist, denn es mehrt sich unsere Kenntnis von Beispielen, daß Sprachgemeinschaft nicht immer mit Volksgemeinschaft gleichzusetzen ist und Bevölkerungsgruppen gleicher Sprache (nicht Mundart) nicht Gruppen gleicher Rasse

zu sein brauchen, auch die ausschlaggebende Rasse nicht immer die gemeinsame Sprache trägt. Große Rassen hatten die Fähigkeit, aus sich und nahe verwandten Rassen Volkskörper zu bilden, die — das ergibt sich daraus — von dieser Rasse das Gepräge bekamen. Von hier aus gesehen, ist also Volk und Rasse ein biologischer Begriff. Wenn man davon ausgeht, daß das Kriterium einer Rasse nicht die absolute Gleichheit aller körperlichen und geistigen Eigenschaften auf einen Typ gesammelt voraussetzt, sondern daß der Rassencharakter auf die Gesamtheit der Rasse bezogen werden muß, so besteht die Fähigkeit dieser Rasse zur Völkerbildung darin, aus dem charakteristischen Rassegut vertikale und horizontale, mit dem Boden verwurzelte Einheiten abzugrenzen, die ihren betonten Charakter auch dann nicht verlieren, wenn ihnen ein gewisses bescheidenes Maß fremden Erbguts zuströmt. Allerdings muß es seine Rassenähnlichkeit dadurch erweisen, daß der gleiche Boden, auf dem die Volksbildung vor sich geht, es „hält“, besonders auch, wenn es sich um alte, überwanderte, endemische Volksrelikte handelt. Völker stehen gewiß in engster Beziehung zur Mutterrasse, wenn schon — ganz folgerichtig — eine Streuung und Siebung stattgefunden hat, durch welche z. B. das nordisch bestimmte deutsche Volk, ebenso wie das schwedische, norwegische, dänische, englische usw., seinen besonderen Charakter erhalten hat.

Dementsprechend ist bei der Völkerbildung nicht die Kopffzahl der Rasse ausschlaggebend; Verwurzelung und Werdegang eines Volkes werden sich vielmehr in der Organisation biologisch bestimmter Sippen zeigen. Je mehr die Bewohnerschaft eines bestimmten Raumes diesem Begriff von „Volk“ nahek kommt, um so durchgebildeter, um so organischer sind ihre inneren Beziehungen.

Wie langsam die Volksbildung in einem reichgegliederten Lande vor sich gehen kann, zeigt Deutschland, von dem man sagen kann, daß es erst in unseren Tagen seine volksbiologische Form gefunden hat, denn nach der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges hatten sich Volksnester recht kleinen Ausmaßes um zahlreiche Kristallisationspunkte gebildet, die sich erst heute, nach einer gewaltigen Vermehrung und in den Zeiten eines raumverengenden Verkehrs, zu einer Heimat des gesamten Volkes zusammenschließen konnten.

Einen ähnlichen Vorgang sehen wir heute bei den USA., deren Bewohner nach unserer Begriffsetzung noch längst kein fertiges Volk sind. Die starken geographischen und klimatischen Unterschiede, die Weiten des Landes, in welchem sich so durchaus verschiedene, durch den Zufall herangeschwemmte Volkssplitter verschiedenster Rassen niedergelassen hatten, drängten zunächst zur Bildung kleinerer Zentren, die ihnen in den 48 Bundesstaaten ja überreichlich geboten werden. Wenn man sich klarmacht, daß die ersten dieser europäischen Einwanderer, die das Gesicht der Bevölkerung bestimmten, das Land erst vor vielleicht 20 Generationen in Besitz nahmen, so muß man sagen, daß das sicherlich keine Zeit ist, die ausreicht, in dem gewaltigen Raum einen Volkskörper zu bilden, zumal bei der starken Verstädterung, namentlich in den Nordstaaten, und dank der Monokulturen der Farmer die Verwurzelung durch einen Bauernstand gering ist.

Es ist nun nicht so, daß auf der Erde nur Völker nebeneinander leben, die diesen Namen in unserem Sinne voll verdienen. Es gibt neben diesen eine weitaus größere Zahl solcher, die erst Völker werden wollen, und solcher, die absterben, dazwischen alte Völkerrelikte und Rassenfetzen, weiter stark zerkreuzte, chaotische Bevölke-

rungen. Wir sehen sich Einheiten bilden und wieder zerrinnen; wir sehen Ansätze zu Völkern, die sich bald verwischen, und weiter hartnäckige Versuche, die sich über Jahrhunderte, ja Jahrtausende erstrecken, trotz aller Schwierigkeiten zu einer Volksform zu kommen. Wir sehen Bevölkerungsgruppen, denen die Gabe der Volksbildung überhaupt versagt ist und die es nur unter blutsmäßig anderer Führung zu einem Staatswesen bringen oder — wie die Juden — parasitisch auf echten Völkern nisten. Andererseits kann man die Beobachtung machen, daß Führerschichten im fremden Lande nur dann ihr Dasein und ihre Herrschaft auf die Dauer erhalten können, wenn sie die Verbindung mit dem Zentrum der Mutterrasse und dem Muttervolk nicht aufgeben. Es erhellt sich z. B. immer mehr, daß jene Bauernzüge, die einst aus dem Entwicklungszentrum der „indogermanischen Rasse“ hervorgebrachen und sich als Eroberer und als Führerschicht über eine Anzahl asiatischer Völkerschaften legten, je mehr sie nach Osten kamen, um so leichter ihre Eigenart verloren, weil eben die Bande mit der Heimat zerschnitten wurden, während im Nahen Osten die Verhältnisse günstiger lagen. Das Imperium Britannicum endlich, um ein anderes Beispiel zu bringen, hat seine Weltumspannung vorläufig bis heute entwickeln und erhalten können, weil die herrschende Schicht der Engländer bis in die kleinsten Gewohnheiten des täglichen Lebens mit dem Mutterland in engstem Kontakt stehen, während dem französischen Kolonialreich in Afrika, dank des Bevölkerungsschwundes im Mutterland, immer mehr der Stempel der farbigen Komponente aufgedrückt wird, die stark genug ist, Frankreich in gefährlicher Weise zu unterwandern.

Hinsichtlich des Werdens und Vergehens der Völker sind immer wieder Theorien aufgetaucht, die darauf hinauslaufen, daß die Völker — wie der Mensch — unentzerrbar einem Lebensablauf unterliegen, daß etwa Jugend, Mannestum und Greisenalter in einer mehr oder weniger festgelegten Zeitspanne auch bei ihnen aufeinander folgen.

Jedoch decken sich diese Annahmen in keiner Weise mit den biologischen Tatsachen. Gewiß kann ein Volk nicht ewig leben, wie unsere Erde auch einmal vergehen muß, wie sich die geologischen Zeitalter mit ihrer Organismenwelt ablösen. Aber es kann sein, daß ein Volk, wie der Wald, dem es in seinem biologischen Charakter ähnelt, Jahrtausende übersteht, wenn es in dem Boden, der ihm seine Form gegeben hat, festwurzelt und plastisch genug bleibt, um aus sich heraus den Schicksalen der gleitenden Zeit meisternd gegenüberzutreten. Es kann auch sein, daß ein Volk ein schnelles Ende findet, wenn es durch Wille oder Unterlegenheit einem Druck nachgibt, der es von seinem Lebenszentrum entfernt. Durch alle Völkerschicksale ziehen sich wie ein roter Faden die Naturgegebenheiten, die uns als Konstanz und Wechsel, als Vererbung und Mutation, als Beharrung und Auslese, als Rasse und Individuum deutlich werden. Wenn wir zurückschauend die Regeln und Gesetze der Rassen- und Völkerbildung zu erkennen suchen, so sehen wir, daß sie einer Dynamik unterworfen sind, die immer dahin weist, Kräftefelder höherer Ordnung zusammenzuschweißen, daß hier aber niemals etwas Starres oder Finales herrscht, sondern daß jedes Volk in seinem Werden, Vergehen und Bleiben das Schicksal in der eigenen Brust trägt.

Das „Altern“ eines Volkes kann sich darin zeigen, daß sich seine Ideale starr laufen. Ideale — auch wenn sie aus der Tiefe der Volksseele kommen — müssen immer in die Sprache

der Zeit übersetzt werden, um ein Volk so mit Kraft zu erfüllen, daß dadurch das Bestehen seines „Feldes“ gewährleistet wird. Ideale der Vergangenheit, mögen sie einst noch so lebenserfüllt gewesen sein, lassen ein Volk altern, wenn es starr an ihnen festzuhalten versucht. Das Bild, das sich ein Volk seiner Rasse gemäß von der Welt macht, muß immer mit der lebendig flutenden Gegenwart und ihren Erkenntnissen gleichlaufen. Das kirchliche Christentum z. B. ist ein überaltertes Ideal. Manche Gedanken des Christentums — wie z. B. die Annäherung des Menschen an Gott als Vater, der ihn aus der Einsamkeit des Universums heraushebt —, die der deutschen Volksseele entgegenkamen, sind nicht gealtert und werden irgendwann einmal, in eine neue Form gegossen, ihre Dynamik beweisen. Der alte Reichsgedanke ist als Volksgut tot. Das, was in ihm als sein eigentliches Wesen verborgen lag, ist verjüngt in den Gedanken und Taten des Dritten Reiches aufgestiegen. Ein Volk, das die plastischen Kräfte zu diesem Wollen und Weben im Wechsel der Zeit nicht mehr aufbringt, ist sterbend.

*

Sieht man sich die natürlichen Großarten im Pflanzen- und Tierreich an, so bemerkt man leicht, daß hier zwei polare Grundsätze durchgeführt sind.

Der erste bedeutet Beharrung, Konstanz, und äußert sich in der Stabilität des Erbgeschehens. Er zeigt sich auch in der Sterilitätsbarriere, die Großarten, die sich über einen großen Raum ausbreiten, vor Zerkreuzung mit anderen, näher oder ferner stehenden schützt, die für andere Verhältnisse ausgelesen und gezüchtet wurden. Allerdings hat die Domestikation diese Barriere bei dem Menschen mindestens niedergerissen und durch Instinkte abgelöst, die zwar auf Reinhaltung der Rasse hinzielen, sich aber bei vielen Völkern als biologische Faktoren recht unsicherer Art erweisen.

Der andere Grundsatz der Natur geht auf Veränderung, auf Differenzierungen oder vielleicht besser gesagt auf die Möglichkeit eines erleichterten Einschwingens in veränderte äußere Verhältnisse, die sich im Ablauf der Erdperioden ergeben und ein stetiges Moment in der unaufhaltsamen Entwicklung der tellurischen und kosmischen Gegebenheiten sind. Es bedeutet nichts anderes, als daß das organische Leben auf der Erde nicht statisch, sondern dynamisch verstanden werden muß. In der Sprache des Erbgeschehens übersetzt, reden wir dabei von „Mutationen“ und meinen damit die erblichen Veränderungen, die sich sowohl im Bau der Gene selbst, als auch im Bau der einzelnen Chromosomen und Chromosomensätze vollziehen.

Hält man sich diese beiden Grundsätze, Konstanz und Differenzierung, vor Augen, so steigt die Frage auf, wie die Natur es schafft, die Rassen und Arten, also die Einheiten, die sie im Auslesekampf gerundet hat, in ihrer Eigenart zu erhalten, ohne jedoch auf die Vielseitigkeit zu verzichten, die sie ebensowenig entbehren kann.

Wir treffen hier zunächst auf die „Symbiosen“, d. h. auf das organisierte Zusammenleben zweier verschiedener, aber genetisch in sich reiner Komponenten, das man vielleicht auch als eine verengte Erscheinung jener größeren Lebensgemeinschaften auffassen kann, die uns z. B. als Wald, Wiese, See usw. entgegentreten oder als Tier- und Pflanzenformationen das Interesse des Biologen im hohen Maße anziehen. Bleiben wir bei den engeren Symbiosen, so bilden wohl das bekannteste Beispiel die Flechten, bei welchen ein Pilz und eine Alge zu einem Lebensverband zusammentreten, im allgemeinen unter gegenseitigem Nutzen. Jedoch ist dieses Zusammenleben morphologisch und physiologisch durchaus nicht starr, sondern seine Innigkeit schwankt in weiten Grenzen von der Möglichkeit erweiterter Lebenswahrscheinlichkeit für den Überorganismus, bis zu der, daß sich die Partner geschlossen oder gar feindlich gegenüberstehen.

Auf menschliche Verhältnisse übertragen, kann man sagen, daß in gewissen Bruchzonen der völkischen Areale, wo stark verschiedene Rassen durcheinander leben und sich das Prinzip der Rassenmischung bereits zu Tode gelaufen hat, Versuche solcher Symbiosen im Gange sind, unter Wahrung der Rassereinheit der einzelnen Komponenten zu einer tragbaren Form der Lebensgemeinschaft zu kommen, wobei die weiße Rasse die Wucht ihrer Geistigkeit und seelischen Dynamik in die Waagschale wirft, die rote oder schwarze Rasse das Plus einer schon lange vollzogenen klimatischen Anpassung.

Liegt bei dererlei Symbiosen die Sphäre des Zusammenlebens zweier Erbsysteme in der Peripherie, so kann man, in Erweiterung des Prinzips von Symbiosen auch in solchen Fällen reden, wo die Intimität dieses Zusammenlebens in das Innere der Zelle, in ihr Allerheiligstes, den Zellkern, verlegt ist. Überspitzt gilt dies schon für die Vereinigung zweier Zellkerne bei der Befruchtung, da ja jeder einen vollständigen Erbsatz in die Ehe, d. h. in den sich entwickelnden Organismus, mit bringt. Da es durchaus selten ist, daß sich die Geschlechtszellkerne in ihrem Bau in allen Allelen durchaus entsprechen, kann man also auch hier, von einem, wennschon legitimen, Zusammenleben zweier Einheiten, von einer Symbiose, sprechen. Es scheint auch, daß mit der Verschiedenheit der beiden zusammengehenden Erbsätze ein gewisser biologischer Vorteil verbunden ist, denn nach extremer Inzucht stellen sich häufig genug Ermüdungserscheinungen ein, die sich in einem allgemeinen Absinken der Dynamik der Lebensvorgänge äußern, während man umgekehrt bei dem Zusammenbringen zweier verschiedener Erbsätze „Heterosis“ erreicht, d. i. eine allgemeine Kräftigung der Bastarde. Das Prinzip der Selbststerilität ist darum in der Natur sehr weitgehend durchgeführt, genetisch ganz reine Rassen besitzen in dieser Beziehung keine optimale Konstitution.

Kommen bei der Befruchtung zwei Erbsätze zusammen, deren Verschiedenheit nicht über ein gewisses Maß hinausgeht, so können sich die gleichgebauten Chromosomen bei der Geschlechtszellenbildung binden und des weiteren austauschen, d. h. sie können „mendeln“, die Erbsätze können sich neu kombinieren. Das ist für die Möglichkeit des Einschwingens in breitere Außenbedingungen von großem Wert, denn bei den Mendelkombinationen können sich Gene miteinander in einen Zell- (Geschlechts-) kern vereinigen, deren biologische Vorteile bislang bei getrennten Rassen lagen. Wir kennen heute auch eine Anzahl „Arten“, die miteinander restlos fruchtbar sind. Doch ist mit solchen Artkreuzungen die Gefahr der Zerkreuzung, der Zerstörung des Gleichgewichts der genetischen Systeme gegeben. Erst die Auslese kann dann urteilen, ob die Nachkommen solcher Bestarde in einem Meere von biologischen Möglichkeiten ertrinken oder ob sich, in dem einen oder anderen Falle, doch wieder ein ausgewogenes Erbsystem bilden kann. Kreuzungen weiter auseinanderstehender Rassen und Arten sind darum eine recht gefährliche Sache. Auf eine genetische Plastizität, auf einen Reichtum verschiedener Genallele kann aber eine Art nicht verzichten, soll sie sich im säkulären Wechsel der Außenbedingungen erhalten. Immer wieder kommt es also auf die Frage hinaus, wie sich die Natur innerhalb einer Art die Vielseitigkeit des genetischen Antwortvermögens sichert, ohne daß damit das Gleichgewicht der abgerundeten, ausgewogenen Erbsysteme zerstört wird.

Die Natur beantwortet diese Frage mit dem Prinzip der „Polyploidie“, d. h. der

Verdoppelung und Vervielfachung der Gensysteme über die Zweizahl hinaus. Sie erreicht damit, daß diese Sätze in ihrer Ausgewogenheit erhalten bleiben, aber schon in einem Individuum der Art mehr als zwei verschiedene Genallele (4, 6, 8 usw.) der Kombination und weiterhin der Auslese zur Verfügung stehen können. Die Symbiose verschiedener Gensätze wird also erweitert. Mindestens ein großer Teil der Kulturpflanzen und der Unkräuter verdankt seine weite Verbreitung unter stark verschiedenen Außenbedingungen dem aktiv bereiten Allelreichtum infolge ihrer Polyploidie.

Auch beim Menschen besteht eine von gewichtigen Gründen gestützte Theorie, die bei ihm eine Vielsätzigkeit in den Zellkernen annimmt. Das bedeutet wieder, daß die großen Rassen und Völker bei aller harmonischen Geschlossenheit über den Reichtum an Genallelen schon innerhalb einer Blutlinie verfügen, der ihnen den Grad der Differenzierung erlaubt, der sie über eine „Masse“ hinaushebt und zu Einheiten auf höherer Ebene verschweißt, ohne welches Prinzip sie dem Kampf um das Dasein nicht gewachsen wären.

*

Wir können also unter einer großen, vitalen menschlichen Rasse einen geschlossenen, erblich bedingten Variationskreis begreifen, der unter horizontaler und vertikaler Auslese „Völker“ aus sich heraus kristallisiert. Ein Volk hat sich demgemäß aus dem genetischen Material einer oder verschiedener nahe verwandter Rassen herausgebildet im Sinne unseres oben gegebenen dreidimensionalen Anschauungsbildes. Es ist durchaus und nur genetisch — also rassisch im gebräuchlichen Sinne — zu begreifen, aber unter der Annahme einer Organisationseinheit auf einer höheren Ebene. Nur so wird es verständlich, daß in einem solchen Volke seinem Charakter gemäße Spitzenbegabungen vorhanden sein können, heroische Menschen, die unter Umkehrung der persönlichen Auslesemöglichkeit, oft unter der Auslöschung ihrer Blutlinie, das Ganze auf eine höhere Stufe heben. Unter dem Prinzip der Masse, der Demokratie, wäre es ja geradezu irrsinnig, wenn sich ein solcher Mensch der Allgemeinheit opferte. Heldische Menschen von Charakter und überragender Leistung wachsen nicht auf dem Baume der Demokratie und, wenn sie in einem demokratischen Staate doch erscheinen, dürfte dort für sie der Ausspruch jenes Amerikaners gelten, daß „sie verdienten, sterilisiert zu werden“. Nur über den Umweg einer universellen Moral sind in einem demokratischen Staate solche Menschen möglich, da ja dort nur der äußere Erfolg der Maßstab des „fiten“ Menschen ist. Nur ein rassisch bestimmtes und hoch organisiertes Volk kann es ertragen, daß die unerhörten Energieleistungen seiner Besten oft allzufrüh verklungen. Nur in einem „Volke“ ist es möglich, daß in seinen Genies, aus geheimnisvollen Tiefen alles Lebens geboren, das Nationale schließlich in das Transzendendale ausklingt.

So ist es gewiß ein Denkfehler der Demokratien, das totale, rassisch untermauerte Volksprinzip materialistisch begreifen zu wollen. Nicht aus dem Rationalen, sondern aus dem Schicksalhaften heraus steigt jene Epoche des Menschengeschlechts herauf, die durch die „Völker“ bestimmt wird. Der Donnergang dieser Entwicklung dröhnt aus dem Leben selbst. Die Weltanschauung des Rassegedankens deckt sich in geradezu überraschender Weise mit dem Weltbild, das uns heute Astrophysik, Atomphysik und Mathematik in überwältigender Schau herauszuheben beginnen.

ALBRECHT HAUSHOFER:

Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Fünfundzwanzig Jahre nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges — der doch, von der Welt her gesehen, nichts anderes war als ein großer europäischer Bürgerkrieg — steht Europa vor der Frage nach der Vermeidbarkeit oder Unvermeidlichkeit des zweiten. In diesen Tagen eines silbernen Jubiläums von düsterer Größe und unheimlicher Zukunftsbedeutung ist es vielleicht angebracht, den Blick zurückzulenken, bevor wir noch einmal den Versuch machen, die Gegenwart zu betrachten.

Als 1914 die angesammelten Kräfte der europäischen Völker gegeneinander losbrachen, hatten wohl die wenigsten unter den verantwortlichen Staatsmännern eine Vorstellung von der Dauer und von den Wirkungen des Krieges. Wer von den Verantwortlichen in Petersburg, in Wien oder in Berlin mochte ernstlich damit rechnen, daß der Krieg die gesamte konservativ-monarchische Welt von Mittel- und Osteuropa auf immer hinwegfegen würde? Wer von den Verantwortlichen in London mochte voraussehen, daß England seine überseeische Herrschaft entweder ganz verlieren oder mit den Amerikanern teilen müssen? Wohl mag es auch heute noch kleinere Länder geben (Südslawien z. B.), in denen der Gewinn des Weltkrieges den Einsatz „gelohnt“ hat, in denen geburtenkräftige Bauernvölker auch den schweren Blutverlust der Menge und dem Wert noch einigermaßen ausgleichen konnten. Für die führenden Völker Europas gilt das nicht. Keines von ihnen — weder die Deutschen, noch die Franzosen, noch die Briten — hat die Wirkungen des Weltkrieges biologisch überwunden. Nur willentlich Blinde könnten das bestreiten. Und trotzdem soll sich Europa darauf vorbereiten, einen Vorgang zu wiederholen, der bei dem technischen Fortschritt der Kampfmittel nicht eine Wiederholung, sondern eine unberechenbare Steigerung des Weltkrieges sein würde? Einen Vorgang, der von Asien wie von Amerika nur als Signal dazu betrachtet werden könnte, die Reststellung aller Europäer in der übrigen Welt zu beseitigen, und ein entmachtetes Europa einem unberechenbaren, aber für die übrige Welt nicht mehr bedeutungsvollen Zyklus von weiteren Kriegen, Revolutionen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenbrüchen zu überlassen?

Wer den Blick für die Gesamtheit der Zusammenhänge noch nicht verloren hat, wird die Lage des Sommes 1939 schwerlich in einer helleren Beleuchtung sehen können. Und trotzdem wird er, bei genauer Analyse der einzelnen Vorgänge, sich immer wieder vorrechnen müssen, daß der Spielraum, der Mitte August den einzelnen Staaten noch für ein ausweichendes Manövrieren bleibt, außerordentlich klein geworden ist. Das gilt vor allem für England.

Nur für einen Staat gilt es nicht: für Sowjetrußland. Dieser eine von allen „europäischen“ Staaten aber hat ein asiatisches Gesicht. Er kann warten. Er ist umworben. Er kann sich als letzter darüber entscheiden, ob und wann, unter welchen Bedingungen er sich an einem europäischen Krieg beteiligen wird. Vergleicht man die völlige Ausschaltung der Sowjet-Union im September 1938 mit ihrer jetzigen zentralen Bedeutung, dann läßt sich ermessen, welch gewaltige Veränderung der europäischen Gesamtlage sich in den letzten Monaten vollzogen hat. Kein euro-

päischer Staat, der nicht genötigt wäre, aus dieser völligen Veränderung gewisse Konsequenzen zu ziehen. Nur muß man sich davor hüten, besonders bei den Vertretern kleinerer Staaten, das gesprochene oder geschriebene Wort für den Ausdruck der tatsächlich vorhandenen Gedanken und Wünsche zu halten. In Sorge — nicht nur um einzelne Gebiete, sondern um die Dauer ihrer gesamten völkischen Existenz — sind heute alle europäischen Klein- und Mittelvölker. Die Frage ist nur, ob sie sich mehr vor Sowjetrußland oder mehr vor anderen Nachbarn fürchten. In einem solchen Feld hat die britische Koalitionspolitik so lange einen leichten Weg, als es ihr gelingt, die militärischen Gespräche in Moskau hinter verschlossenen Türen zu führen; solange man ihr in Finnland und Rumänien glauben kann (was man dort so gerne glauben möchte!), daß die britische Politik auf die „Kleinen“ eine dauernde Rücksicht werde nehmen können. Dazu paßt es dann freilich schlecht, wenn britische Propagandaredner ganz Norwegen zu einem einzigen Gibraltar erklären oder den Finnen und Esten beibringen wollen, die Sowjetrussen seien doch viel weniger gefährlich als die bösen Deutschen. Die Finnen und Esten wissen das aus Erfahrung besser — aber damit ist wiederum nicht gesagt, daß sie deutschfreundlich wären, wenn über eine deutsche Revisionsforderung ein großer Krieg entstünde. Neutral bleiben wollen die kleineren Völker alle. Nur fragen sie sich, ob Europa für echte Neutralität noch Raum haben wird.

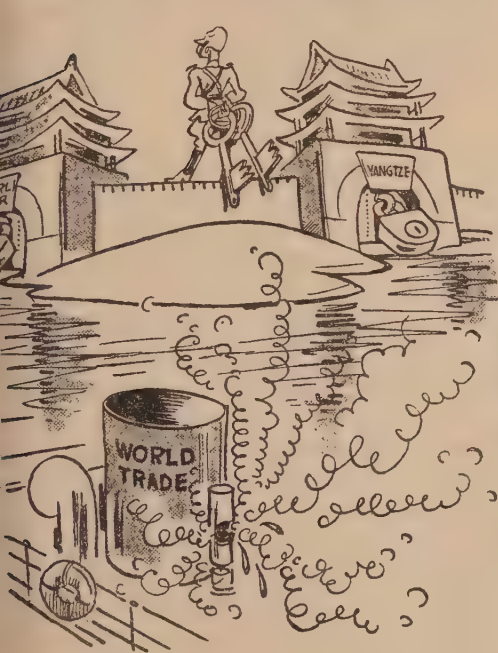
Neben der Sowjet-Union (die weniger schürt als wartet) steht eine andere außer-europäische Großmacht, die an einem europäischen Krieg nur gewinnen könnte und deshalb nicht nur wartet, sondern schürt: das Amerika Franklin Roosevelts. Wir haben in mehr als einem Bericht darüber geschrieben, welche Kräfte hier am Werk sind. Wir haben nur das eine hinzuzufügen, daß diese Kräfte seit dem März dieses Jahres nie geruht haben, daß sie seit einigen Wochen ihre Anstrengungen noch vermehrt haben. Der amerikanische Botschafter in Paris (ehemals in Moskau), Mr. Bullitt, ist die europäische Nachrichtenzentrale dieser Kräfte. Ihnen ist Chamberlain, selbst jener seit einigen Monaten so gründlich „von seinen Münchener Illusionen geheilt“ Chamberlain, noch viel zu nachgiebig und unsicher. Sie wollen nichts mehr davon wissen, daß Woodrow Wilson sich in der Zeit der Friedensverhandlungen lange gegen die Zuteilung des Korridors an Polen gesträubt hat, daß ein anderer Vater der Friedensverträge, der bewegliche Lloyd George, in den heftigsten Worten gegen die polnischen Ansprüche gewettert hat. Ihnen geht es nicht um Danzig — dessen deutscher Charakter wohl von keinem Staatsmann der Gegenseite im Ernst bestritten wird —, sondern um Begriffe von Imperialismus und Hegemonie, über die rationale Diskussionen fast unmöglich sind. Mehr darüber zu schreiben, ist sinnlos. Mißtrauen und Haß verschließen das Ohr gegen sachliche Gründe.

Vielleicht erwarten unsere Leser noch einen genaueren Bericht über einzelne Vorgänge. Wir müssen sie enttäuschen. Die Berichterstattungen unserer Zeitschrift erfreuen sich im Ausland einer so genauen Beobachtung, daß wir uns gerade in Zeiten großer Spannung eine um so größere Zurückhaltung auferlegen müssen.

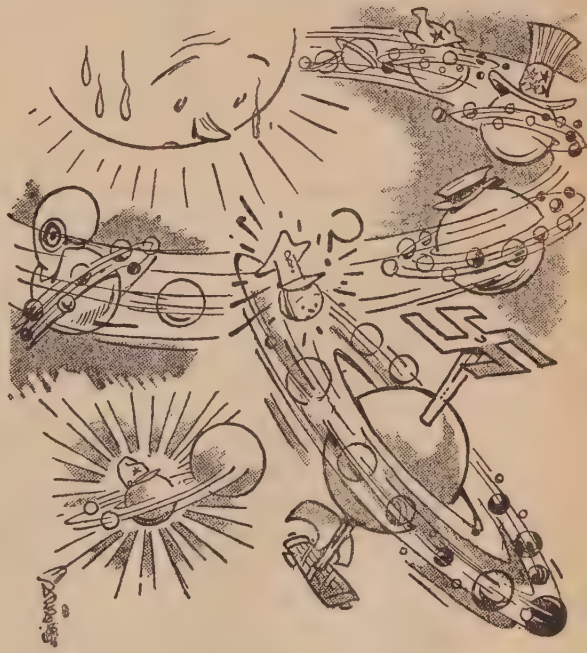
KARL HAUSHOFER:
Bericht über den indopazifischen Raum

Wenn sich jemals eine fast gesetzmäßige Erfahrung der Geopolitik in den Ostasiatischen Wirren im größten Stil bewährt hat, so ist es die über den Gegensatz des festländisch und ozeanisch eingestellten Menschen und seiner staatlichen und völkischen Schöpfungen. So geschickt der japanische Tigersprung nach den Spratley-Inseln, heute Shin-Nan-Gunto, war (die inmitten des Zerrungsfeldes zwischen Hongkong, Singapore, Indochina und Philippinen liegen), nach der Gruppe von 14 Inseln, deren größte, Nagashima, nur etwa 40 ha mißt (die seit 1917 nach Admiral Kanazawa von Japanern auf Phosphat ausgebeutet worden sind), und so gewandt die japanische Flotte den Rückenschutz des Heeres von Kamtschatka bis Formosa, Hainan und zu den Shin-Nan-Gunto handhabt, sowenig geopolitische Weitsicht zeigt das Landheer in der internationalen Behandlung der chinesischen Ströme. Jeder dauernde Sperrversuch an solchen großen, für den Weltverkehr, nicht nur den örtlichen unentbehrlichen und eingelebten Wasseradern rächt sich zwingend, denn man kann sie sowenig wie Wasserleitungen lange Zeit zuhalten. Das gilt in Tientsin, zwischen Schanghai und Hankau und am Perl-Fluß. In dieser Sache spricht die beigegefügte Spottzeichnung von „Sapajou“ deutlich.

Eine große Gelegenheit festländischen Ursprungs, die der gleiche Zeichner mit „Cosmic disruption“ in der Doppelumwerbung Polens treffend geschildert hat, die Rußlands Kontinentalpolitik bis zur höchsten Verstimmung seiner westmächtlichen Partner ausnützte, ist andererseits vom östlichen Inselreich fast ungenutzt geblieben und hat dem westlichen eine Reihe von Verlegenheiten bereitet.

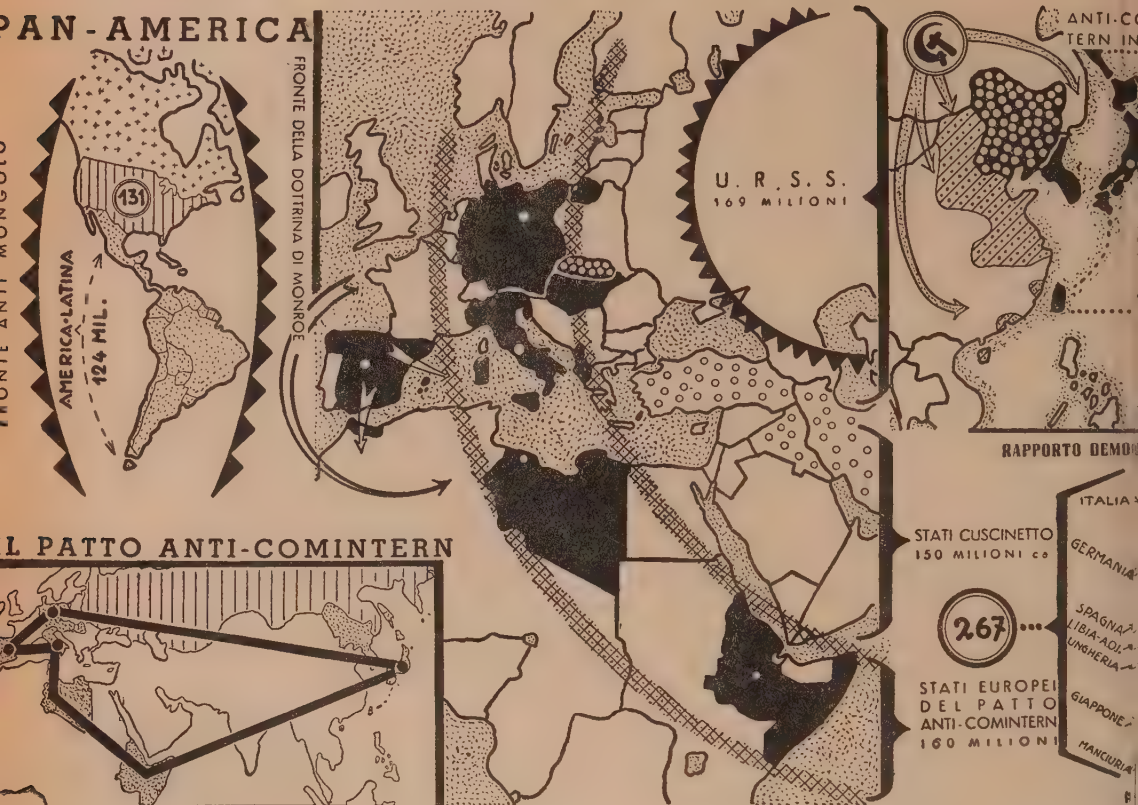


The Deaf Ear



Cosmic Disruption

SINTESI GEOPOLITICHE - N. 5: IL PATTO ANTI-COMINTERN



Über einige, dabei zum Vergleich nützliche Zahlen, wie über die ganze Art, wie die italienische, uns befreundete Zeitschrift „Geopolitica“ Diagramme handhabt, gibt Nr. 5 der „Sintesi Geopolitiche“ auf S. 304/305 erwünschten Aufschluß, die wir deshalb unsern Lesern als gute raumpolitische Übersicht über den Antikomintern-Pakt wiedergeben. Dabei müssen nur die 37 Millionen der Mandchurei beim „Anticomintern in Asia“ den über 100 Millionen des Japanischen Reiches hinzugefügt werden, woraus die Bedeutung für die Alte Welt, aber auch die Spannweite und Angreifbarkeit des kühnen weltpolitischen Zweckbaus hervorgeht.

Eine der häufig behandelten Streitfragen des indopazifischen Raumes ist die für Australien mögliche Volksdichte. Kontinentale Schätzungen gehen über 120 bis 150 Millionen hinaus, und es scheint ziemlich sicher, daß der subtropische Norden eine farbige Bevölkerung allein von etwa 30 Millionen ernähren könnte. „G. P.“ geht in „The Austral-Asiatic Bulletin“ die Frage vom Erzbedarf einer weißen Bevölkerung her an und kommt auf eine Volkszahl von höchstens 25 Millionen bei sparsamer Vorratswirtschaft mit den kärglichen Eisenerz- und Kohlenvorräten (Anh. I. „Far Eastern Review“, 1939, S. 159).

Blei, Zink und Kupfer kommen in mäßigen Beständen, andere kriegswichtige Schwermetalle, wie Wolfram und Zinn, in gerade ausreichender Menge für das Überstehen einer Blockade vor, an Öl wie an den Grundlagen der chemischen Leichtmetalle ist der Kontinent arm. Diese Betrachtung läßt, obwohl die Quellen noch nicht schlüssig genug sind, auch die Verlegung eines wichtigen Teiles der Rüstungsindustrie in die westpazifischen Dominien problematisch erscheinen.

Das hindert nicht, daß die Verfechter amerikanisch-britischer Kooperation im Pazifik den Mund weiter aufreißen, als die Arme reichen oder die Beine, Schiffe und Flugzeuge tragen. Typisch dafür ist etwa (Anh. 2. „Amerasia“, Mai 1939; S. 128, K. Proktor Davis) „Timidity in U.S. Far Eastern policy“ mit dem viel verheißenden Anfang: „Die Welt ist von drei Banditenmächten bedroht. Drei große Nationen sind organisierte Räuberbanden.“ — (Fragt man aber nach der Größe der innerhalb des letzten Jahrhunderts geraubten Räume, so können nur Amerikaner, Briten, Russen und Franzosen damit gemeint sein!) — Aber: „Die Regierungen von Japan, Deutschland und Italien machen Rüstung zum nationalen Hauptziel und Eroberung zur zentralen nationalen Politik...“ „Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Räubermächte die Erde erobern und unter sich verteilen.“ — In diesem Stil geht es vier Seiten lang fort; nach solchen Leitmotiven wird auch von Roswell G. Townsend (S. 135) das japanische Bevölkerungsproblem behandelt und sein Druck geleugnet.

Ruhmredigkeit scheint noch begreiflich etwa bei einer Kanada-Programm-Nummer, wie sie am 15. 5. voll nützlicher Einblicke als Fanfarenstoß der „Times“ vor der Fahrt des Königspaares nach Kanada und den Vereinigten Staaten erschien (Anh. 3). Aber diese Nummer mit guten Karten, namentlich des britischen und us-amerikanischen Luftnetzes in polarer Daraufrsicht, mit charakteristischen Köpfen, Landschaftsbildern und technischen Darstellungen ist ein überaus vorteilhaftes Gegenstück zu amerikanischer Aufmachung in ihrer Zurückhaltung und Informationsqualität.

Ehrenvolle Erwähnung in noch strengerer, sachlicher Richtung verdient die Art, in der das Bulletin des Kolonialinstituts in Amsterdam, in Zusammenarbeit mit dem Pazifikinstitut der Niederlande, seine Erfüllungen und Sorgen der Welt bekannt gibt (z. B. Anh. 4, Band II ab Nr. 1, Amsterdam, Holland). Es sind gehaltvolle Hefte, in denen u. a. die Geomedizin der Pest, der Malaria, die Überwachung des Gelben Fiebers und seiner Verbreitungsmöglichkeit von Afrika und Südamerika auch auf Ostasien namentlich durch den Flugverkehr, die entscheidenden wirtschaftlichen Fragen, die Agrarpolitik, das Verhältnis zu den Nachbarn mit der ruhigen, würdigen Sachlichkeit behandelt werden, die allein imstande war, das Vielvölker-Inselreich mit der fast zehnfachen Bevölkerung des Mutterlandes als Reichsteil festzuhalten. Natürlich ist (Anh. 5, Bd. II, Nr. 3, S. 165) in dem ausgezeichneten, gedrängten Aufsatz von Dr. J. J. Schrieke über das Verwaltungssystem von Niederländisch-Indien die Neigung zu spüren, die farbige Bevölkerung zu differenzieren, wie das die Briten in Indien auch tun, von 28 Millionen Javanen, 81½ Millionen Sundanesen, 4 Millionen Maduresen, 2 Millionen Menangkabus, 11½ Millionen Bataks, 800 000 Atschinesen, 700 000 Palembangesen und nur etwa einer Million Malaien auf Sumatra zu sprechen, die 650 000 Dayaks und 900 000 Banjaresen und „einige mehr“ Malaien auf Borneo zu erwähnen und Celebes unter

11½ Millionen Buginesen, 0,64 Millionen Makassaran, 0,55 Millionen Torjadjas und 0,3 Millionen Minahasser aufzuteilen, statt die fatale Rassenzahl von 60 bis 70 Millionen Malaien zu nennen. So durchzieht also bevölkerungspolitische Zahlen eine gewisse vorbeugende Vorsicht.

Gewiß ist es hart für die Niederlande, in einer so ernsten Zeitschrift wie „Cultural Nippon“ (Anh. 6, Bd. VII, Nr. 1, S. 20) am Schluß eines in großem Stil geschriebenen Aufsatzes von Takanosuke Kaneko über „Japans Fortschritt und England“ lesen zu müssen: „1942, wenn die Erfüllung von Englands Aufrüstungsprogramm erhofft wird, wird England eine Kriegsflotte gebaut und nach der Basis Singapore gesandt haben, die sich mit der japanischen messen kann, um die Seeherrschaft zwischen Hongkong und Port Darwin auszuüben. Darüber hinaus wird in Betracht gezogen, daß Australien, Kanada und Niederländisch-Indien — in Wirklichkeit, wenn auch nicht dem Namen nach ein britisches Protektorat — ihre verschiedenen Kriegsflotten so weit vermehrt haben, um diesen seestrategischen Schachzug so wirksam wie möglich zu machen.“

In solchem Lichte also sieht Japan die Militarisierung von Australien und Neuseeland, den Auftakt der Königsreise nach Kanada, aber auch die niederländischen Schiffsbauten und sonstigen Wehranstalten. Die ganze britische Außenpolitik wird dort als ein Kampf um Zeitgewinn bis 1942 geschildert. Bis dahin müsse Japan die natürliche Widerstandskraft eines erneuerten China und der Mandschurei zu einem wehrgeopolitisch sich selbst genügenden Gebiet und einem Dreierblock in sich fest ruhender Bevölkerungen entwickelt und zuvor mit grimmer Entschlossenheit „das kommunistische und japanfeindliche Regime“ zerstört haben, um einen dauernden Frieden in Ostasien aufzurichten, seine Abwehrstärke zu vervollkommen und ein Paradies zu schaffen, in dem die Japaner mit der chinesischen Volksmasse zusammen leben könnten.

Das ist etwas viel für zweieinhalb Jahre — namentlich, wenn man auch die andere Seite kennt und in Betracht zieht. Aber es läßt die Äußerung von Lord Halifax verstehen, daß er mit Sorge auf den Fernen Osten blicke. Die Sorge könnte geringer sein, wenn nicht gerade die kleineren Geister in der britischen Außenpolitik soviel dazu beigetragen hätten, Mitglieder des Antikomintern-Schutzverbandes in „hochgeladene Bomben“ zu verwandeln und durch Zündeleien mit dem früher einmal so richtig als „ewige Unruhe“ von Mackinder gezeichneten Steppenreich der Alten Welt die richtigen Stunden für Gesinnungsfrieden mit Großdeutschland, mit Italien und Japan zu verpassen, die es doch gegeben hat.

Wir dürfen das sich 1939 mit den Sarmaten, mit den bewußten Zerstörern jeder andern als russischen und kommunistischen Ordnung in Asien, verbündender Großbritannien an eine Meisterzeichnung eines seiner klügsten geopolitischen Köpfe erinnern und geben sie deshalb hier wieder (Geogr. pivot of history!). Aus ihren Begleitworten — von einem der besten britischen Geopolitiker stammend — haben die Achsenmächte und wohl auch Japan und Spanien gelernt, daß die Zerrungsräume zwischen Angelsachsen und Russen sich nur durch eigene Stärke und Willenskraft über den Durchschnitt vor den Übergriffen der „Räuber des Meeres und der Steppe“ zu schützen vermögen.

Es sind immer gefährliche Stunden für alle wirklich friedliebenden Völker, wenn sich die Räuber des Meeres und der Steppe verbünden, und sie halten sich



dann an warnende Aussprüche britischer Geopolitiker; aber vielleicht gestatten permanente Einrichtungen des Foreign office dem britischen Außenminister nicht, G. A. Mackinder zu lesen, von dem die Deutschen und die Italiener soviel gelernt haben und dessen Warnungen sie dankbar in Ehren halten. Was sie von André Tardieu und Jacques Ancel lernen und erfahren, ist mehr negativ; aber auch das ist schätzbar, wenn der Zorn die Zungen entfesselt, wie bei André Tardieus Antwort an Adolf Hitler. Schade: „Tu te fâches: tu as tort!“

Wo starke Leidenschaften erweckt sind, ist es schwer, mittlere Linien zu finden; und doch setzen sie nach uralten Gesetzen die Entwicklungen fort und nicht die Extreme. Das wird für den Fernen Osten erschütternd klar, wenn man etwa „The People's Tribune“ (Anh. 7) mit dem leidenschaftlichen „Resurgam“ von Frau Chiang Kai Shek, mit „Blood Stained China“, mit den Äußerungen Fremder über den Gefechtswert von Chinas Kämpfern den schlichten Heften der Geogr. Society of China gegenüberhält, die sich noch immer bemühen, von Chungking aus mit Dauerproblemen ihres großen Landes das Ohr der Welt zu erreichen.

Aus einem schlichten Blatt (Anh. 8, Journal of the Geographical Society of China V, 4/37, S. 914) über die Verteilung der Städte in China von Ju-Sheng-Shen lassen sich der Einfluß der beiden großen Binnenwanderstraßen, wie der Küste auf die Städte-Streuung, die gleichmäßige Anstauung im Becken von Szetschwan, die Verstädterung des Ostens im Gegensatz zum Westen ablesen. Die jüngste Sowjetzählung ergibt, wie sehr das einstige Bauernland der Russen mit 32 bis 37 Verstädterungsgrad unter 100 dem alten chinesischen Kulturboden in

einer auf die Dauer unheilvollen Entwicklung den Rang abgelaufen hat — trotz den vielen, berühmten und klingenden Städtenamen Chinas in seiner viertausendjährigen Geschichte.

In der ungeheuren persönlichen und sozialen Leistung des chinesischen Bauerntums liegt der Kern chinesischer Widerstandskraft, liegt der letzte Grund der erstaunlichen rassenpolitischen Sicherheit der gelben Erde.

Es bedürfte eines wunderartigen Gesinnungswandels, um noch vor 1942 zwischen den ostasiatischen Altkulturvölkern mit ihrem ganzen historisch begründeten nationalen Tiefgang eine Volksseelenlage auf beiden Seiten herbeizuführen, aus der entstehen könnte, was ein Teil der geistigen Führer Japans als Wunschziel eines geschlossenen kooperierenden ostasiatischen Großraums erträumt und was außer Wang-Ching-Wei alle chinesischen Stimmungskenner als unmöglich bezeichnen. Viel leichter wäre noch der seinerzeit von Australien als Voraussetzung der wieder zu gewinnenden Weltgeltung Großbritanniens wie Europas im „Austral-Asiatic Bulletin“ geforderte „Gesinnungsfrieden zwischen Berlin und London“ aufzubauen, was trotz einer leicht veränderten Sprache in Westminster über die Anerkennung eines deutschen Lebensraums und die Verleugnung der praktisch zwar versuchten, aber im Nordosten wie Südosten zusammengebrochenen Einkreisung auch gewiß zu den weltpolitisch heikleren Aufgaben gehört — so vernünftig ihre Lösung geopolitisch wäre.

Schrifttums-Nachweise

Vorbemerkung: „Geopolitica“, Heft 5, Jahrg. I v. 31. 5. 1939, bringt in der Reihe ihrer geopolitischen Synthesen eine vorzügliche, packend wirkende Übersicht zum Antikomin-ternpakt, aus der auch die einzige direkte Art und Weise hervorgeht, wie die Achsenmächte ihr politisches Gewicht über Japan im pazifischen Raum zur Geltung bringen können, vom dem eine unweise Kulturpolitik der Westmächte sie zum Schaden der Gesamtheit der weißen Rasse ausgeschlossen hat.

1. „Far Eastern Review“ behandelt auf S. 159/1939 die im Austral-Asiatic Bulletin angeschnittene Frage der Höhe des Bevölkerungsstandes von Australien von der Eisenerz- und Kohlengrundlage aus und kommt dabei mit 25 Millionen zu Zahlen, die sowohl vom ostasiatischen Wettbewerb wie von der neutralen Wissenschaft weit höher angeschlagen werden.

2. Das sehr aufschlußreiche Mai-Heft von „Amerasia“ 1939 läßt der aufreizenden Taktik gewisser Kreise der Vereinigten Staaten die Zügel schießen. Die im Bericht gegebenen Proben könnten unbegrenzt vermehrt werden; man kommt zuletzt dazu, weltbekannte Tatsachen, wie den japanischen Volksdruck, zu leugnen, der z. B. in den „Pacific Affairs“ u. a. o. zugegeben wird.

3. Die „Canada“-Nummer der „Times“ (15. 5. 39) steht geopolitisch auf einer ungleich größeren Höhe als die sichtlich in den Dienst der Propaganda gestellte, inhaltsarme USA.-Nummer und bringt wirtschafts- und verkehrsgeographische Übersichten, kennzeichnende Landschaftstypen, gute Karten.

4. Das „Bulletin des Kolonialinstituts in Amsterdam, in Zusammenarbeit mit dem Pacific-Institut der Niederlande“ herausgegeben, steht auf einer großen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Höhe, bringt vor allem auch eine geomedinische Aufsatzreihe über Pest, Malaria, Gelbfieber und

5. Bd. II, Nr. 3, S. 165, von Dr. J. Schrieke eine vorzügliche Schilderung des Verwaltungssystems der Niederländisch-Indischen Besitzungen, die, nur vom niederländischen Standpunkt berechtigt, den Einheits-Volksdruck des Malaientums ähnlich durch Unterscheidungen im Eindruck zu verringern strebt, wie das die Briten sprachpolitisch und rassenpolitisch im großen Indien ebenfalls unternehmen... was Rudyard Kipling im „Kim“ so anmutig bezeichnet als „Trübung des Quells der Wahrheit mit dem Stock der Vorsicht“, eine Praxis, die namentlich die Ermittlung richtiger rassenpolitischer Zahlen erschwert.

6. „Cultural Nippon“ — eine höchst wertvolle Zeitschrift, der wir viele gute Informationen verdanken, leidet im Bd. VII, Nr. 1, S. 20, in dem Aufsatz von Takanosuke Kameko über „Japans Fortschritt und England“ unter dem Nachteil, daß auch gute Kulturpolitik, wenn sie Zusammenhänge aufzeigen will, kaum vermeiden kann, Katzen aus dem Sack zu lassen, die dann geopolitischer Prognose Wege zeigen, die sonst nur diesen vorsichtigen Kätzchen bekannt sind.

Was kulturpolitische Werbelust und gelegentliche Eitelkeiten für Japan im Weltbild leisten, das gewähren an Einblicken für China die kühnen Spottzeichnungen und gelegentlichen Unmutausbrüche der englisch geschriebenen Küstenpresse, aber auch der starke, z. B.

7. in „The Peoples Tribune“ aufrechterhaltene Wille der chinesischen Führung und Intelligenz, den kulturpolitischen neben dem Macht- und Wirtschaftskampf mit verzweifelter Energie in weltliteraturfähigen Drucksachen sozusagen fronttreif zu erhalten. Schwieriger haben es die Geflüchteten, wie

8. „Journal of the Geographical Society of China“, das nur viel zur Erhaltung seines Widerhalls in der Welt beitragen würde, wenn es die Indexangaben seiner chinesischen Aufsätze etwas breiter in englischer Sprache ausführen ließe. Der Aufsatz z. B. von Ju-Sheng Shen über die „Verteilung der Städte in China“ (V; 4/37, S. 914) würde gerade bei der Eigenart des besetzten Gebiets 1938 und 1939 mit dem sehr stark auf die Städtegeographie angewiesenen Grundzug der japanischen Okkupation weltweiten Anteil gewinnen, wenn der chinesisch nicht geschulte Leser nicht nur auf die Skizze angewiesen wäre. China selbst hat aber doch das größte Interesse daran, sich der Welt in seinen Lebensnotwendigkeiten verständlich zu machen.

RUPERT VON SCHUMACHER: Kurznachrichten

ÄGYPTEN. — Das Arabische Komitee in Kairo forderte von der britischen Regierung die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Grausamkeiten der britischen Armee in Palästina.

ARGENTINIEN. — Infolge der den ausländischen Schulen auferlegten Beschränkungen hat sich die italienische Schulvereinigung in A. entschlossen, die 7 wichtigsten italienischen Schulen in A. mit 3000 Kindern zu schließen. — Zwischen A. und Paraguay wurde im Juli ein Grenzziehungsvertrag geschlossen, der die endgültige Grenzfestsetzung zwischen dem argentinischen Gobernación Formosa u. P. einleitet. Nach dem Schiedsspruch von 1878 war der ständig sein Bett wechselnde Pilcomayo die Grenze. Nun sind feste Grenzen von der Mündung des Pilcomayo in den Paraguaystrom bis Salto Palmar und von Horqueta (bei Fort Nuevo Pilcomayo) bis zur neuen bolivianisch-paraguayianischen Grenze festgelegt worden. Die Festsetzung der Grenze zwischen Salto Palmar und Horqueta wird eine gemischte Kommission durchführen.

BOLIVIEN. — Die ausländischen Minenbesitzer haben unter Führung eines Nordamerikaners eine Obstruktion der neuen autoritären Regierung begonnen und drohen mit Einstellung der Zinnproduktion. Die Regierung hat den betreffenden Nordamerikaner verhaften lassen.

BRASILIEN. — Nach einer neuen Verordnung müssen in ausländischer Sprache erscheinende Zeitungen und Zeitschriften eine volle portugiesische Übersetzung bringen. Besonders be-

troffen sind die deutschen und italienischen Zeitungen in B.

CHINA. — Wang Tsching-wei ist aus Tokio wieder in China eingetroffen. Sein Ziel soll die Gründung einer japanfreundlichen Kuo Min-tang sein. — Im Juli war der 3. Jahrestag des Kriegsbeginns in Ch. — In Tsingtau wurden Besprechungen zwischen den Regierungen in Peking und Nanking eingeleitet. — Infolge einer neuerlichen japanischen Finanzoffensive gegen den chinesischen Dollar ist dieser um weitere 20% gefallen. Ein weiterer Schlag wurde der chinesischen Währung durch die Tokioter Verhandlungen beigefügt. — Der Perlfluß (Kanton) wurde von den japanischen Militärbehörden gesperrt. — Die antibritische Bewegung in Nordchina nimmt immer größeren Umfang an. Es wurden umfangreiche Boykottbeschlüsse gegen die Briten gefaßt und bei Demonstrationen britische Fabriken, Bürohäuser usw. angegriffen.

DANZIG. — Am 3. 7. wurde eine Dienstpflichtverordnung zur Sicherung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung erlassen. — Die Danziger Grenze wurde wieder mehrere Male durch Polen verletzt. Insbesondere drang am 23. 7. ein polnischer Erkundungstrupp bei Rennberg 1 km tief in Danziger Gebiet ein. — Polen hat entgegen den bis 31. 7. 1940 gültigen Wirtschaftsabmachungen die Margarine- und Heringseinfuhr aus D. gesperrt.

DEUTSCHES REICH. — Am 5. 7. traf der bulgarische Ministerpräsident Kjosse-Iwanoff

zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in Berlin ein. Der Besuch stand im Zeichen einer weiteren Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. — Über die weitere Eröffnung tschechischer Schulen im Sudetengau fanden Verhandlungen statt. — Am 20. 7. wurde in Bukarest ein deutsch-rumänisches Agrarabkommen unterzeichnet, das deutsche Hilfe bei der Entwicklung der rumänischen Landwirtschaft und eine umfangreichere Abnahme rumänischer Agrarerzeugnisse durch das Reich vorsieht. — Die Verteilung der Bevölkerung im Reich ohne Memelland und Böhmen-Mähren bei der Zählung vom 17. 5. 39 zeigte folgendes Bild:

	Ortsanwesende Bevölkerung in 1000
Prov. Ostpreußen (ohne Memelland)	2496
Stadt Berlin	4332
Prov. Mark-Brandenburg	3023
„ Pommern	2405
„ Schlesien	4846
„ Sachsen	3623
„ Schleswig-Holstein	1598
„ Hannover	3537
„ Westfalen	5206
„ Hessen-Nassau	2639
Rheinprovinz	7932
Hohenzollerische Lande	74
Preußen (ohne Memelland)	41762
Bayern	8280
Sachsen	5207
Württemberg	2907
Baden	2518
Thüringen	1761
Hamburg	1682
Hessen	1470
Mecklenburg	911
Braunschweig	599
Oldenburg	582
Anhalt	436
Bremen	400
Lippe	189
Schaumburg-Lippe	54
Saarland	864
Reichsgau Wien	1918
„ Niederdonau	1918
„ Oberdonau	1041
„ Salzburg	267
„ Steiermark	1119
„ Kärnten	461
„ Tirol mit Vorarlberg	494
„ Sudetenland	2945
Deutsches Reich (ohne Memelland und Böhmen-Mähren)	79577

Die Zählung ergab für das Reichsgebiet ohne Memel und Böhmen-Mähren 61 Großstädte mit insgesamt 23,9 Mill. Ortsanwesenden, das sind 30% der Reichsbevölkerung.

Die Großstädte sind: Berlin 4332242, Wien 1918462, Hamburg 1682220, München 828235, Köln 768426, Leipzig 701606, Essen 659871, Dresden 625714, Breslau 615006, Frankfurt am Main 546649, Düsseldorf 539905, Dortmund 537000, Hannover 472527, Stuttgart 459538, Duisburg 431256, Nürnberg 430851, Wuppertal 398099, Königsberg 368433, Bremen 342113, Chemnitz 334563, Magdeburg 334358, Gelsenkirchen 313003, Bochum 303288, Mannheim 233801, Kiel 272311, Stettin 268915, Halle 220364, Kassel 217086, Graz 210175, Braunschweig 201306, Oberhausen 191305, Karlsruhe 189850, Augsburg 185704,

Wiesbaden 172030, Krefeld-Uerdingen 169485, Erfurt 166661, Aachen 165710, Mainz 158971, Lübeck 153630, Hagen 151870, Münster 143748, Ludwigshafen 143417, Solingen 138587, Mülheim (Ruhr) 136805, Potsdam 136165, Saarbrücken 135080, Linz 131423, Bielefeld 128714, München-Gladbach 127115, Hindenburg 126402, Rostock 122399, Dessau 120732, Wilhelmshaven 118193, Gleiwitz 117666, Darmstadt 115526, Freiburg 111860, Plauen 110342, Würzburg 108611, Remscheid 103437, Bonn 101391, Beuthen 100644.

Hierzu kommen die 4 Großstädte in Böhmen-Mähren: Prag, Pilsen, Brünn, Mährisch-Ostrau. — Das Altreich weist in den letzten 6 Jahren einen Wanderungsgewinn von 666 000 Personen, dagegen die Ostmark und der Sudetengau einen Wanderungsverlust von 338 000 und 63 000 aus. Letztere Erscheinung bedeutet eine bedenkliche Ausleerung von wichtigen Grensräumen. — Eheschließungen und Lebendgeburten zeigen im Reich einschließlich Memel, jedoch ohne Böhmen-Mähren, einen weiteren Anstieg:

	1. Vj. 1938	1. Vj. 1939
Eheschließungen	125 665	153 650
Lebendgeburten	364 035	389 953

Auf 1000 Einwohner kamen somit im 1. Vierteljahr 1939 20,8 Lebendgeburten gegenüber 20,0 im 1. Vierteljahr 1938. In der Ostmark stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Lebendgeburten von 13,7 auf 19,2 je 1000 Einwohner. — Der Deutsche Alpenverein hat im Glocknergebiet 350 qkm erworben, die der Errichtung eines Naturschutzgebietes zwischen Glockner und Venediger dienen werden. — In den Städten Brünn, Iglau, Mähr.-Ostrau, Olmütz und Budweis wurden deutsche Regierungskommissare eingesetzt. — Durch Verordnung wurde in Böhmen-Mähren die Aufstellung einer Regierungstruppe in Stärke von 7000 Mann eingeleitet.

DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKA. — Die Regierung der Südafrikanischen Union hat der Caprivi-Zipfel der Mandatsverwaltung entzogen und der Verwaltung des südafrikanischen Ministeriums für Eingeborenenfragen unterstellt. Die „Times“ nennt diese Maßnahme eine Annexion. Es handelt sich um einen Bruch der Mandatsbestimmungen.

GROSSBRITANNIEN. — Am 11. 7. gab Ministerpräsident Chamberlain im Unterhaus eine Erklärung für den Status quo in Danzig ab. — Am 12. 7. wurde ein englisch-griechischer Exportkreditabkommen für eine Garantiesumme von 2 040 900 £ abgeschlossen. — Britische Bombenstaffeln unternahmen Langstrecken-Übungsflüge über Frankreich. Flüge über andere garantierte Länder sollen zu Demonstrationen folgen. Von einem Flug nach Polen wurde wegen politischer Hindernisse abgesehen. An der Revolutionsfeier in Paris nahmen auch englische Truppenteile. — Zum Ende Juli wurden 12 000 Flottenreservisten einberufen und die britische Reserveflotte in Dienst gestellt. — Prinzregent

Paul von Jugoslawien wollte zu einem Besuch in England. — Die heftige Kritik an den Elendszuständen in den britischen Kolonien (in Mauritius sind beispielsweise 100 000 von 400 000 Einwohnern arbeitslos) hat zu einer Umbesetzung des Postens des ständigen Unterstaatssekretärs im Kolonialministerium geführt. — Infolge der verstärkten Attentatswelle der irischen republikanischen Armee hat die britische Regierung ein Gesetz erlassen, das zum Schutz gegen die irischen Angriffe die persönlichen Staatsbürgerrechte weitgehend einschränkt. Infolge der Attentate ist die gesamte englische Polizei im Daueralarmzustand. — Die Folge des Anti-Ira-Gesetzes ist eine starke Abwanderung von Iren aus England nach Irland. — Der englische Generalstab hat seine Zustimmung zu dem Bau eines Tunnels unter dem Ärmelkanal erteilt. Damit ist das letzte Hindernis gegen den Bau gefallen. —

HATAY. — Aus dem H.-Gebiet sind in den letzten Wochen etwa 40 000—60 000 Armenier, Araber und Angehörige anderer Nationen und konfessioneller Minderheiten geflüchtet, weil sie Verfolgungen durch die türkischen Behörden fürchten. — Italien hat am 10. 7. einen scharfen Protest an die französische Regierung wegen der Abtretung des H.-Gebietes an die Türkei, die einen Verstoß gegen die Mandatsbestimmungen darstellt, gerichtet. — Am 23. 7. wurde H. offiziell in Anwesenheit der französischen und türkischen Behörden an die Türkei übergeben. Damit hat eine künstliche Staatskonstruktion zu bestehen aufgehört.

ITALIEN. — Am 20. 7. beschloß die faschistische Regierung, die Bonifizierung Siziliens sofort in Angriff zu nehmen. Es sollen in den nächsten 10 Jahren 500 000 ha Latifundienbesitz parzelliert und 20 000 Häuser für neu anzusiedelnde Bauern gebaut werden. Im Gegensatz zu der Bonifizierung der Pontinischen Sümpfe ist in Sizilien das Zentralproblem die Wasserbeschaffung. — Die italienische Presse weist die Angriffe der türkischen Zeitungen auf den Dodekanes zurück. — Anfangs August fanden in Oberitalien umfangreiche Manöver statt.

JAPAN. — Spontane Riesenkundgebungen gegen England während des ganzen Monats in Tokio und anderen japanischen Städten kennzeichnen die Lage. — Am 15. 7. wurde in Tokio die japanisch-britischen Verhandlungen wegen der Neuregelung der britischen Politik in Ostasien eröffnet. In der Nacht vom 22. zum 23. 7. wurde folgendes vom japanischen Außenminister und dem britischen Botschafter unterzeichnetes Memorandum herausgegeben: „Die britische Regierung erkennt die gegenwärtig vorherrschenden Bedingungen in China, wo ausgedehnte Kampfhandlungen im Gange sind, an und erkennt ebenso die Tatsache an, daß, solange diese Bedingungen die Lage in China

beherrschen, die japanischen Truppen in China besondere Rechte hinsichtlich der Gewährleistung ihrer Sicherheit und zur Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung beanspruchen müssen. Gleichzeitig hat die britische Regierung die Notwendigkeit anerkannt, alle Handlungen zu unterlassen, die nachteilig für die japanischen Truppen und geeignet sind, den japanfeindlichen Chinesen zu helfen. Die britische Regierung wird jede Art von Handlungen und Maßnahmen unterlassen, die die Durchführung der oben erwähnten Aufgaben der japanischen Truppen behindern, und wird diese Politik gegenüber den britischen Behörden und Staatsangehörigen in China klar herausstellen und sie veranlassen, sich danach zu richten.“ Die chinesische Regierung hat ihre Enttäuschung über diese Formel zum Ausdruck gebracht. Die amerikanische Regierung hat offenbar im Zusammenhang mit dem Memorandum den japanisch-usamerikanischen Handelsvertrag gekündigt. Die britische Regierung hat trotz des klaren Wortlauts des Memorandums ausdrücklich abgestritten, daß die Tokioter Vereinbarung eine Änderung der britischen Chinapolitik nach sich ziehen muß. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen hat England den Japanern weitgehende Rechte in der Konzession von Tientsin eingeräumt, dagegen sind die Verhandlungen über die Auslieferung des in den Konzessionen lagernden chinesischen Silbers eingestellt worden. — Zwischen J. und der USSR. macht sie eine verstärkte Spannung besonders wegen der sowjetrussischen Schikanen gegen die japanischen Ölkonzessionen auf der Insel Sachalin bemerkbar.

JUGOSLAWIEN. — Der bulgarische Ministerpräsident Kjosse-Iwanoff hatte auf seiner Rückreise von Berlin eine zweitägige Beratung in Bled mit dem jugoslawischen Außenminister, bei der die beiden Länder eine Vertiefung der politischen Zusammenarbeit, der Neutralitätspolitik und eine wirtschaftliche Annäherung beschlossen.

LUXEMBURG. — Der französische Staatspräsident Lebrun begab sich am 3. 8. zu einem Besuch der Großherzogin nach L. Die luxemburgische Presse sieht sich veranlaßt, auf die strenge Neutralität des Ländchens hinzuweisen.

MANDSCHUKUO. — Die Kämpfe an der mandschurisch-mongolischen Grenze sind vorübergehend abgeflaut.

NIEDERLANDE. — Die Regierung hat zu den Moskauer Verhandlungen erklärt, daß sie sich von allen Gegensätzen fernzuhalten wünscht. — Im Juli wurden die N. von einer schweren Regierungskrise heimgesucht.

POLEN. — Die Maßnahmen und Ausschreitungen gegen die Deutschen in Polen nehmen ihren Fortgang. In der Bielitzer Industrie wurden sämtliche Deutschen entlassen. Das Deutsche Theater in Teschen wurde geschlos-

sen, das Vermögen des Theatervereins beschlagnahmt. In Czempin, Jasin, Antonienhütte, Pempersin, Gromaden usw. wurden deutsche Geschäfte geschlossen. Die Verurteilungen Volksdeutscher erfolgen am laufenden Band. Die Kreditanstalt der Deutschen in Oderberg wurde enteignet. Die Städtische Bücherei in Freistadt wurde geschlossen und die Bücher zur Vernichtung bereitgestellt. Das Deutsche Kinderferienlager in Cameral-Elguth wurde aufgehoben. Die deutschen Angestellten und Arbeiter im Olsagebiet wurden reihenweise entlassen usw. usw. — Ein Besuch des englischen Generals Ironside in Warschau wurde vorzeitig abgebrochen. — Die Verhandlungen des polnischen Unterhändlers Oberst Koc um eine Baranleihe für P. sind gescheitert. P. erhielt lediglich einen Exportkredit in Höhe von 8,5 Mill. Pfund. P. hatte mehr als das Fünffache in bar erwartet.

PORTUGIESISCH-OSTAFRIKA. — Wie verlautete, wird das 155 000 qkm große Gebiet der Mosambikgesellschaft der portugiesischen Kolonialverwaltung unterstellt werden.

SLOWAKEI. — Frankreich, Schweden, Bulgarien haben den neuen Staat anerkannt. — Die neue Verfassung auf ständischer Grundlage wurde erlassen. — Im Zuge der Verwaltungsreform wurde das Land in 6 Komitate eingeteilt.

SOWJETUNION. — Trotz weitgehenden Entgegenkommens seitens der Einkreisungsmächte sind die Moskauer Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Sowjetrußland noch zu keinem Ergebnis gekommen. Der britische Bevollmächtigte Strang ist abgereist. Französische und britische Militärmissionen sind nach

Moskau gereist, um Militärbesprechungen einzuleiten.

SPANIEN. — Am 10. 7. traf der italienische Außenminister zu einem längeren Staatsbesuch in Spanien ein. — Mussolini lud Franco zu einem Besuch in Italien ein. — Die französische Regierung hat Ende Juli das spanische Gold an die Regierung Francos zurückgegeben.

SYRIEN. — Der syrische Staatspräsident ist anfangs Juli zurückgetreten. Der französische Oberkommissar hat die Verfassung außer Kraft gesetzt, die Kammer aufgelöst und ein Direktorium ernannt.

TÜRKEI. — Am 15. 7. traf eine französische Militärmission in Istanbul ein.

UNGARN. — Am 15. 7. wurde zum erstenmal der neue Arbeitsdienst auf Grund des neuen Landesverteidigungsgesetzes einberufen.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA. — Das Repräsentantenhaus nahm das Waffenausfuhrverbot gegen den Willen Roosevelts mit der Beschränkung an, daß nur tödliche Waffen ausfuhrgesperrt seien. Dagegen wurden die Vollmachten Roosevelts zur Dollarabwertung erneuert. — Roosevelt genehmigte eine antarktische Expedition zwecks Erhebung von Besitzansprüchen auf antarktische Gebiete.

Verweisungen: Bulgarien s. Deutsches Reich u. Jugoslawien — China s. a. Japan — Frankreich s. a. Großbritannien, Hatay, Luxemburg, Sowjetunion — Spanien, Türkei — Griechenland s. Großbritannien — Großbritannien s. a. Japan, Polen, Sowjetunion — Italien s. a. Hatay, Spanien — Jugoslawien s. a. Großbritannien — Paraguay s. Argentinien — Polen s. a. Danzig — Rumänien s. Deutschland — Türkei s. a. Hatay, Italien — Ver. Staaten s. a. Japan.

(Abgeschlossen am 6. 8. 1939.)

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik (AfG)

1. Die Arbeitsgemeinschaft errichtete und unterhält gemeinsam mit der Hochschule für Politik ab 1. VI. 1939 das „Geopolitische Institut“ der Hochschule für Politik. Leiter des Institutes ist Dr. Albrecht Haushofer.
2. Die Zeitschrift „Wir und die Welt“ wird ab 1. X. 1939 von der Arbeitsgemeinschaft herausgegeben. Sie erscheint wie bisher im Kurt Vowinckel Verlag, Heidelberg-Berlin-Magdeburg, und wird ab 1. X. verbilligt auf: Einzelheft RM 1.50, Vierteljahr: RM 4.—.
3. Die Geschäftsstelle befindet sich bei der Stiftung Deutsches Auslandswerk, Berlin W 97 Potsdamer Str. 20, ab 1. X. Berlin W, Burggrafenstr. 1. Stellvertreter des Leiters und Schatzmeister ist Dr. F. Springer, geschäftsführender Vizepräsident der Vereinigung zwischenstaatlicher Verbände und Einrichtungen.

Franfurt/M., 15. VIII. 1939

Der Leiter der AfH
Dr. R. Wagner
SS.-Oberführer

KARL HAUSHOFER

Schrifttums-Auswahl zum indopazifischen Raum

1. **M. Schwind: „Kleiner Atlas von Japan“.** Tokyo 1939. Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens. Kommissionsverlag Otto Harrassowitz, Leipzig. Wer über Japan mitreden will, muß mindestens die 36 Kartenblätter dieses kleinen Meisterwerks blindspielen können. Das gilt nicht nur für die „150 Schüler der deutschen Schulen auf japanischem Boden“, sondern auch für alle deutschen Schüler auf großdeutschem Boden, die wünschen, daß uns Japan im Antikomininternverband bei der Stange bleibt, und für diesen Fall wissen müssen, was das Inselreich im pazifischen Raum geopolitisch leisten kann und was nicht. Deshalb ist mit Fug und Recht die Übersicht des pazifischen Raumes vorangestellt; dann folgt in gemeinverständlichen, volksnah und doch künstlerisch anmutig gehaltenen Blättern eine Stofffülle, nach deren Bewältigung ein lebendiges Großmachtbild als dauernde Urteilsgrundlage vor einem geduldgigen Leser steht, der wirklich alles aus den Karten holt, was darinnen ist. Dazu gehört auch z. B. der volle Sinn der doppelt gerissenen roten Linien, etwa beiderseits der Tsugarustraße, rings um die Inlandsee usw., aus deren Zusammenhalten ein vollständiges Bild der wohlgerüsteten Seefestung Japan entsteht, auch wenn nur die Zonen gezeigt werden, in denen das Aufnehmen von Lichtbildern verboten ist — eine wichtige Kenntnis für den unbefangenen Genuß Japans! Einer dieser kleinen Atlanten müßte in jeder deutschen Schule erreichbar sein, mindestens solange die gegenwärtige weltpolitische Konstellation währt; und wenn sie erschüttert werden sollte, erst recht! Das gleiche müßte es zum gegenseitigen Gebrauch für beide Achsenmächte geben. Ein schöneres Lob wird sich kaum für M. Schwind finden lassen. Wie beginnt seine Einleitung? „Der deutsche Schulatlas hat nicht mit der politischen Entwicklung Schritt gehalten.“ Leider! Zum Glück geht es andern nicht besser. Ein Beweis dafür ist die eigenwillige und persönliche Darstellung von

2. **Sir Percy Sykes: „Europa sucht China“** (The Quest for Cathay). Deutsch von Dr. van Bebber. Leipzig 1938, Wilhelm Goldmann. 196 S. RM. 6.80.

Scharf von deutschen Sinologie unter die Lupe genommen, liegt hier ein typisches

Auswahlwerk eines hochgebildeten Mannes vor, der zeitlebens mehr Politiker als strenger Wissenschaftler war, und das dementsprechend beurteilt werden muß.

Unserer deutschen Kenntnis der europäischen Chinasuche, wie sie etwa die Schriften von Hermann vermitteln, fügt die Schilderung von Sykes nichts Neues hinzu; aber als Ausschnitt aus dem Weltbild eines der besten britischen Kenner des Mittleren Ostens hat sie hohen geopolitischen und völkerkundlichen, wie völkerpsychologischen Wert; sie sollte etwa so genossen werden, wie die seltene Gelegenheit, mit einem Mann von solchem weltpolitischen Rang am Kamin ein Gespräch über weit zurückliegende Vergangenheit mit beständigen Seitenblicken auf eine höchst lebendige Gegenwart zu führen. Auch die Thesaurierung von jährlich etwa 12 Millionen Mark römischen Goldes in Indien und China (S. 40) ist längst bekannt; aber ein schätzbarer Einsichtsbeitrag von hoher britischer Seite in die Notwendigkeit der Devisenbewirtschaftung der Havenots! — Achtung vor dem Prioritätsrecht gebietet uns, drei deutsche Zeugen frühzeitiger Fernostsuche in neuer Gestalt nachzuholen:

3. **Hans Brosius: „Fernost formt seine neue Gestalt“.** Berlin 1936, Deutsche Verlagsgesellschaft. 238 S. 55 Abbildg. 11 Kartenskizzen. Gbd. RM. 5.80, kart. RM. 4.50.

4. **Ed. von Pustau und Dr. Okanoue-Kurota: „Japan und Deutschland, die beiden Welträtsel“.** Berlin 1936, Deutscher Verlag für Politik und Wirtschaft. 224 S. RM. 5.—; und

5. **Johannes Stoye: „Japan Gefahr oder Vorbild“.** Leipzig 1936, Quelle & Meyer. 331 S. RM. 7.—. Alle drei redliche Fernost-Sucher nach seiner jüngsten Gestalt. Zu ihnen gesellt sich in neuer Form auf uns bekannten Spuren:

6. **Emil Lederer und Emy Lederer-Seidler: „Japan in Transition“.** London 1938, Humphrey Milford. New Haven Yale University Press u. Oxford University Press 260 S. \$ 3. oder Sh. 14. Alle vier Bücher sind Scheinwerfer, auf dasselbe Ziel gerichtet, ursprünglich von deutschen Lichtquellen aus, zu verschiedener Zeit und mit sehr verschiedener Gunst der Beobachtungsmöglichkeit in der Ausgangslage, mit gleichem Klärungswunsch und dennoch höchst verschiedenem Endbild.

Brosius sieht als gewandter Mann der Presse schnell und scharf, nicht immer in letzte Tiefen, wenn er z. B. die „splendid isolation“ der USA. der des Japanischen Inselreichs vergleicht. Mit Wladiwostok in der Flanke hat man keine glänzende Isolierung mehr!

Dennoch gelten die scharfen Russenurteile von S. 7—32 heute mehr als je: „Nein! Die Sowjets wollen keinen Krieg!“ (S. 32) — weil sie ihn nicht wollen können; namentlich nicht nach zwei Fronten. Auch Japan will ihn, nach Brosius, nicht! — weil es zur Zeit seiner Reise schon andere Dinge im Kopfe hatte, zu denen freilich die Chinawirren in der Art und dem Zeitpunkt, wie sie ausbrachen, nicht gehörten. Gut gesehen, Menschen und Zustände lebendig geschildert; wohlbegründete Urteile, in Aphorismen gefaßt, neben dem ganzen Reiz des Erstdrucks, stellenweise fast, wie in den unvergessenen ersten Reisetagebüchern von Richthofen, geben den Beobachtungen von Brosius dauernden Wert.

Der Hauptreiz des gemeinsamen deutsch-japanischen Verständigungsbuches von Pustau und Okanoue ist die Ungleichheit des Gespannes, das aus redlichem Antrieb bei so verschiedener Erfahrung- und Zeitbasis zum rühmenswürdigen Ziel strebt, ohne dabei dieselbe Gangart halten zu können. Das geht schon aus den Vorworten beider hervor, die zur Selbsterziehung eines jeden, der mit asiatischen Alt- und Hochkulturvölkern zu tun hat, nicht aufmerksam genug gelesen werden können. Die knapp geschürzte politische Vorgeschichte, offen und richtig große versäumte Gelegenheiten zugebend, das weitere Zusammenspiel der retrospektiven deutschen, der vorwärtstragenden japanischen Schilderung bilden einen wertvollen Katechismus zur vergleichenden Volks- und Staatsgeschichte Großdeutschlands und Japans, in deren Aufbau — trotz so verschiedenen geopolitischen Daseinsbedingungen — Gleichläufigkeiten von schicksalhafter Tragweite offenbar werden. Auf diese Form der Betrachtung im weltpolitischen Zusammenhang hinzuführen, ist das große Verdienst der beiden Verfasser (S. 121: „Liquidierung der Fehler der Vergangenheit“). — Noch besser: der Zukunft keine Fehlerfolgen vererben!

Das Streben, Wert und Gefahr für die Zukunft abzuwägen, gibt dem Japanbuch von Johannes Stoye seine leitende Note. Seine Stärke ist die Dynamik seiner welt-

umspannenden Gestaltungsfähigkeit; seine Gefahr, daß sie ihn über die Grenzen des Möglichen an Prognose hinausreißt. Treffend ist (S. 108) die Warnung Rudolf Kjelléns herausgeholt: „Japans Seele in Chinas Körper: das wäre ein autarkisches Weltreich, gegen das selbst dasjenige Rußlands und der USA. in den Schatten treten müßten...“ Das merken die beiden; daher ihr Spiel!

Wer im Stil von Stoye arbeitet, ohne, wie etwa Colin Ross, durch beständige Weltfahrt der Gottheit lebendiges Kleid jeweils an allen Zipfeln fassen zu können, der muß seiner Divinationsgabe bei der Auswertung fremder Zeugen vertrauen können. Für diese, namentlich dem akademischen Lehrer, dem Schriftleiter in der Heimat unschätzbare Gabe ist namentlich etwa der Abschnitt über den „Sinn des 26. Februar 1936“, auch die Charakteristik des alten Fürsten Saionji ein gültiger Beweis, ein Nachweis der Einfülfähigkeit in die verborgenen sprudelnden Quellen japanischer Innenpolitik und Volksseelenkunde. Die Weisheit freilich, die Stoye in seiner Schlußdeutung des 26. Februar von den hohen Mächten des Westens gefordert hatte, um den zwei Jahre später eingetretenen Ausbruch vielleicht hintanzuhalten, haben sie im Fernen Osten sowenig entwickelt wie in Äthiopien, im Nahen Osten oder in Mitteleuropa. Daher die „gefährlichen Überraschungen“, die Stoye richtig voraussagte, wie sie eintraten. An guter Prognose aber wird zuletzt das geopolitische Talent erkannt!

Viel leichter als Stoye 1936 hatten es Emil und Emy Lederer, als sie 1938 ihr Buch: „Japan in Transition“ schrieben. Aber sie gingen dabei auf selbstgeschaffener Spur ihres 1929 in Deutschland erschienenen Arbeitsergebnisses zweier Studienjahre in Japan: „Japan—Europa. Wandlungen im Fernen Osten“; und dem Leser bleibt der Genuß, das Urteil von vor zehn Jahren aus einem daniederliegenden Deutschland mit dem heutigen über den Gefährten der Achsenmächte im Antikominternverband von einer amerikanischen Hochschule aus zu vergleichen. Unter diesem Blickpunkt berührt zunächst maßvolle Zurückhaltung angenehm; erst im letzten Teil wird sie durchbrochen. Gerechtfertigt ist das Urteil über die Tokugawa-Zeit, „einen Feudalismus ganz eigener Art, untergeordnet einem aufgeklärten Despotismus“. Der Aufmerksamkeit der Verfasser entgeht auch nicht, wie das Shogunat dem Kaiserhof mit nur 0,12 Mill. Koku Reis

wirtschaftlich kurzhält, während die Maida 1,027 Mill., die Shimadzu in Satsuma 0,71 Mill. Koku haben, die drei jüngeren Tokugawa-Häuser 1,5 Mill., die Shogune selbst 11 von im ganzen 30,5 im Jahre 1832. Auch die Schlußkritik über die „40 000 Symbole“ trifft zu: es gibt kein Kompromiß in der Schriftfrage, die „unlösbar scheint zwischen Ost und West“.

Beide Lederer sehen scharf und gut, wo nicht politische Gegensätzlichkeit den Scharfblick trübt, wie gegenüber manchen konventionellen Formen, auch wohl beim Gegensatz der chinesischen und japanischen Staatsidee, wenn auch die größere Standfestigkeit des japanischen Feudalismus gegenüber allen europäischen treffend gezeichnet wird, z. B. S. 139 ff. Wird nicht die Gefahr der Industriereservearmee des wurzellosen japanischen Proletariats (S. 42) im marxistischen Lichte überschätzt, ebenso wie die Gefahr der Nachbarschaft eines „überwältigend reichen und mächtigen sozialistischen Staates“ (Rußlands), nahe ihren Grenzen für Japan und Deutschland? Hier trübt marxistische Befangenheit den Blick für die wahren, in Japan, wie in Großdeutschlands genügend bekannten Glückszustände im Sowjetbereich! Wenn wir sie vergessen sollten, brauchen wir nur die ersten 37 Seiten des Buches von Brosius mit der Schilderung seiner Sibirienfahrt mit den freudlosen Menschen und dem Eindruck des trotz seinen Kriegssorgen freundlich, höflich und sonnenfroh gebliebenen Japan nachzulesen. „Der Kampf gegen den Bolschewismus ist in der Tat Selbstverteidigung“ (S. 217). — Freilich in anderem Sinn, als das Wort dort gedruckt steht! Denn von dieser Seite an beginnt bei Lederer die linksdemokratische Auffassung vorzuwalten. Nur so ist die Behauptung erklärlich: „Spät genug habe die Kominternpolitik die Interessengemeinschaft zwischen Sowjetrußland und dem chinesischen Nationalismus erkannt.“ Der ist seit Kanton immer nur zur Überführung Chinas in kommunistische Zustände, „ins Brodeln“ nach Lenin verwendet worden! Aber es ist aufschlußreich, etwa von S. 219 ab zu verfolgen, welche Schleier sich der amerikanische Universitätssalonkommunismus über die harten Kanten der Wirklichkeit legt, mit dem Endziel, USA. und Rußland vereinigt in einen transpazifischen Krieg gegen Japan taumeln zu lassen, für den die europäischen Westmächte nach der Verfasser Meinung nicht entschlußfähig genug sind. Marxi-

stische Emigrantengedankengänge, alles vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt her angehend, können — trotz vielseitiger Beobachtung — dem Wesen Japans so wenig gerecht werden, wie dem der Achsenmächte. Darum mußte gerade das Schlußstück über die „Grundprobleme wirtschaftlicher Entwicklung“ zum Fehlschlag werden, wie das idealisierte Bild Sowjetrußlands. Aber man kann wertvollste Einblicke in das Denken der Kominternfreunde daraus gewinnen.

Zu einer ganz andern Art von Schrifttum, die wir mehr als Bausteine bezeichnen wollen, gehört eine Gruppe, die wir einleiten mit

7. **Hans F. Kiderlen: „Das Gesicht Ostasiens“.** Hamburg 1938, Hanseatische Verlagsanstalt. 158 S. Gbd. RM. 3.80, kart. 2.80, und dem wir anreihen:

8. **Yosuke Matsuoka: „Building up Manchuria“.** Herald of Asia. Tokyo 1938. 247 S., 52 Abbdg. u. flotte Vignetten.

9. **Wolfgang Sorge: „Erlebtes Mandschukuo; Die Jugend eines altneuen Kaiserreichs“.** Berlin W 1938, Kommodore Verlag. 360 S. 88 Abbdg. Geb. RM. 8.20.

10. **„Contemporary Manchuria“.** Zweimonats-Schrift. Bd. I und II, 1937/38/39. Herausgegeben von der South Manchuria Railway Comp. Einzelstück in Japan 1 Y, in USA. 50 Cts., im Britischen Reich 2 Sh. Gedruckt in Japan, Herald Press, erscheinend in Dairen.

11. **Heinrich Bauer: „Chinas Schätze?“** Eine Studie über den chinesischen Bergbau. Berlin/Leipzig, Jung-Verlag 1938. 126 S. Vollgediegenster Arbeit.

Hans F. Kiderlen besitzt die seltene Kunst, in schlaglichtartigen Bildern, in einer vorzüglichen Schwarz-Weiß-Darstellung die sämtlichen Fragen des Fernen Ostens so abzuwandeln, daß sie sich selbst dem Kenner in einem neuen Lichte zeigen. Man wäge nur Sätze, wie S. 10: „die chinesische Mentalität, in der Freund nie ganz Freund, und Feind nie ganz Feind ist...“ gegen das harte Wort: „Japan hat sich klar auf die Seite der aufbauenden Kräfte gestellt“; oder man frage sich, ob man selbst das ganze Wirken der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft, der „SMR“, so auf einer einzigen Kleindruckseite darstellen könnte, wie Kiderlen (S. 85). Höchstens die japanischen Schriftzeichen für „Bakemono-Yashiki“, die „Gespenster-Werkstatt“, konnten es vielleicht in früheren Zeiten symbolisch andeuten. Aber längst ist aus der Gespenster-Werkstatt ein greifbares Aufbauwerk

ersten Ranges geworden. Wie fieberhaft sich an dieses erste das andere Aufbauwerk „Mandschukuo“ schließt, schildert V. in einem ganz besonders lesenswerten Stück, bei dem, wie beim folgenden, freilich der Spalt zwischen Wunschziel und Können deutlich zwischen den Zeilen lesbar ist, wie in der „Einwanderungsfrage“. Aber nur solche Schilderungen sind wirklich „Bausteine“ — zum Besseren!

„Ostasien den Ostasiaten!“ so schließt Kiderlens auch sonst in allem wahres Buch. Je klarer man sich darauf einstellt, desto besser wird man fahren! Daß der Osten aufbauen kann, beweist Yoskuke Matsuka, dessen entschlußkräftiger Auszug aus Genf Kiderlens zur Charakterisierung seiner Persönlichkeit benützt. Vorn auf dem Umschlag stehen die Showa-Stahlwerke, erst hinten folgt die große Pagode von Liaoyang. In diesem Stil ist begreiflicherweise der Berechnungsnachweis für Japans Mandschukuowerk von einem seiner führenden Kapitäne aufgebaut. Auch unter seinen Vorgängern sind, von Graf Goto angefangen, eine Reihe hervorragender Organisatoren. Kein Wunder, daß sie vor allem die naiven Versuche der USA. zum Scheitern brachten, sich — nachdem Japan das Risiko getragen hatte — die Mandschurei als Ausbeutungsfeld zu sichern, nachdem zuerst Rußland ausmanövriert war, was Matsuka in behaglicher Breite von S. 57—65 schildert. Es ist notwendig, einmal ohne Cant und Schminke durch japanische Augen die Unbefangenheit zu erkennen, die Rußland und die Vereinigten Staaten fast ein Jahrhundert lang im Macht- und Wirtschaftsverkehr mit Japan angewendet haben, um zu begreifen, warum das Inselreich sie mit gleicher Münze bezahlen lernte. Dieser Nebenzweck wird bei Matsukas Schilderung der positiven Arbeit beim Aufbau Mandschukuos und seiner Hemmungen von außen her gleichfalls erreicht und soll auch wohl erreicht werden. Jedenfalls hat der mandschurische Eisenbahnkrieg in seinem Werdegang durch einen Berufenen eine abschließende, vollendete Darstellung gefunden.

Wolfgang Sorge ist unsern Lesern als langjähriger, ausgeglichener Kenner des Fernen Ostens, als Schilderer von künstlerischem Rang und politisch-wissenschaftlichem Gewicht bekannt. Schon die Art, wie er das Wesen der Mandschurei aus ihren Grenztypen: Steppe im Westen, Chinesische Mauer im Süden, Drei-Kaiser-Ecke im Osten, Amur im Norden entwickelt, dann ins Moderne der Eisenbahnen und der neuen Hauptstadt durchstößt,

und anschließend erst die Einzelfragen entwickelt, verrät den geopolitisch hochgeschulten Geist. Aber nach der Skizzierung der geopolitischen Grundlagen wird er zunächst mit einer Fülle völkerpsychologischer Erfahrung dem ethnopolitischen und rassenpolitischen Gefüge gerecht, um dann in einem dritten Teile mit dem ganzen Reichtum seines persönlichen Erlebens hervorzutreten. Darunter fesselt das glänzende Porträt des alten Marschalls Tschang-Tso-Lin, „Anführer einer Truppe chinesischer Irregulärer, die sich bald der einen, bald der anderen kriegführenden Partei (1904) anschlossen. Dadurch gewann er — paradox, aber echt mandschurisch — das Vertrauen beider“. Dann folgt z. B. eine unvergleichliche Schilderung der Ausbeuterschichten und Schlachtfeldhyänen in China: „Jene Leute mit der untrüglichen Witterung für schlechte Luft...“, die auch jetzt wieder im Abendland hervorkriechen (S. 107). Oder „Japan hat... (nach dem Regierungsantritt des jungen Marschalls)... für die Zukunft die Lehre gezogen, daß man die chinesische passive Resistenz nicht sich selbst überlassen dürfe“ (S. 196), und S. 206: „Die Russen zeigten sich als echte Asiaten. Sie verhandelten nicht, aber taten, als wollten sie verhandeln. Sie marschierten nicht, aber taten, als wollten sie marschieren...“ Nervenkrieg, ohne Krieg zu sein! Dazwischen steht wieder eine im ganzen sympathische Schilderung des Kaiserschicksals Pu-Yi-Kang-Te, oder bei der Durchsetzung des Ölmonopols: „Japanische Unterhändler sind durch Drohungen niemals zu Konzessionen zu bewegen.“ (Auf den Tisch schlagen, wie die Amerikaner taten, kostet nur Gesicht!) — „Im Zwang der Vorratshaltung sahen die Amerikaner die Zumutung, für den Kriegsfall ihren künftigen Feinden die Versorgung mit einem wichtigen Rohprodukt sicherzustellen.“ Aber der Händlergeist fügte sich eben dieser Forderung schließlich, abgesehen davon, daß die Ölschieferschichten von Fushun den Notbedarf der Japanflotte gewährleisteten! Der Erfolg des deutschen Gesandten Kiep, auf der anderen Seite „die französischen Spekulanten und die indischen Wucherer lieferten die wirkungsvollsten Argumente gegen die Exterritorialität“, die Zeichnung des Ministerpräsidenten Tscheng-Chiao-Chue aus Fukien und seiner Anpassung sind Meister-Miniaturen, wie endlich die Schlußaussicht über die Zukunftsmöglichkeiten von Mandschukuo die Kunst weltpolitischer Freskomalerei im großen Stil offenbart.

Die schön ausgestattete Zweimonatsschrift „*Contemporary Manchuria*“ liefert die einzelnen Werkstücke, mit denen Arbeiten, wie die von Sorge, von Fochler-Hauke ausgekleidet werden können: Übersichten der „Cominterns plottings“ (Bd. II, Nr. 3); des „Bannersystems“; der amtlich geförderten Einwanderung; in den „Milestones of progress“ wertvolle Wirtschaftszahlen; Mandeschulegenden (II, 5); Baumwollpflanzung; Arbeitsverhältnisse der Fuschun-Kohlengruben; Landssystem; Goldvorkommen mit guter Karte (II, 6); Pelztiere der Mandschurei, mit Angaben namentlich über den Tarbogan, der als Pestverbreiter schlechten Ruf genoß; die Reste der russischen Orthodoxie u. a. m.

Nützlich wäre ein Seitenstück für die Mandschurei und Russisch-Ostasien von der Art der emsigen Zusammenstellung: „Chinas Schätze?“, die Heinrich Bauer mit Recht mit einem Fragezeichen versieht. Denn es gehört zu der Eigenart eines Umschlagens in der Weltanschauung, wie Chinesen und Russen es erlebt haben, daß die technischen

Diener der neuen Ordnung zunächst einmal in ihren Rohstoffschätzungen und Verarbeitungs- wie Verkehrsphantasien geneigt sind, jedes Maß zu überschreiten. Die Rückführung dieser technischen Träume auf die Wirklichkeit des Naturgegebenen war denn auch die gut gelöste Hauptaufgabe der Studie Bauers über den chinesischen Bergbau und seine Möglichkeiten. Vielleicht ist dabei sogar Szechuan, Yünnan und Kweitschau etwas zu wenig zugetraut worden. Bequem ist die Aufnahme der Mandschurei in die Zusammenstellung; aber seit der deutschen Anerkennung des selbständigen Reiches Mandschukuo dürfte in einem deutschen Buch nicht mehr stehen: „Die Mandschurei ist eines der reichsten Goldgebiete Chinas.“ An der Ölschieferverwertung z. B. hat China kein Verdienst, sondern die vorbeugende japanische Kriegswirtschaft. China muß froh sein, wenn es $4\frac{1}{2}$ Mill. qkm von den 10 von Bauer gerechneten behält. Aber für die knappe Übersicht von Chinas Mindestbestand an Bodenschätzen wird man Bauer dankbar sein.

HANS HUMMEL: Büchertafel

(fortgesetzt von Heft 4)

Deutschland

Ludwig Gessner: Der Zusammenbruch des Zweiten Reiches. 248 S. Beck, München 1937.

G. behandelt die gleiche Zeit wie Chamier, auch also die gleichen Personen, und kommt dabei zu einer gerechteren Beurteilung des Kaisers und der führenden Männer vor dem Krieg. Es ist aber kein historisches, sondern ein politisches Buch, das die Erfahrungen des Zusammenbruchs auswertet. G. macht für den Zusammenbruch, den er unter dem gemeinsamen Gesichtswinkel des außenpolitischen und militärischen betrachtet, neben dem Epigonentum der Führungsschicht mit allen ihren Schwächen eine Reihe von Nationalfehlern und sachlichen Rückständigkeiten geltend, wie also einerseits Selbstüberschätzung, Sentimentalität, andererseits schwache militärische Rüstung und willenslose Politik. Es ist ein recht trübseliges Bild, das G. uns vom Vorkriegsdeutschland malt, und man darf über der Lektüre dieses anklagenden Buches nicht vergessen, daß das Zweite Reich in seiner Bismarckschen Konzeption schließlich doch bei einem Generalangriff der ganzen Welt gegen sein Aufblühen selbst bei äußerster Ausmerzung aller angekreideten Schwächen unterlegen wäre. G. setzt für eine Vorkriegspolitik ex post zu moderne Gesichtspunkte voraus, die heute Allgemeingut der Weltmächte sind, aber damals weder bei uns noch eben auch bei den andern wesentlich mehr Berücksichtigung fanden, sondern erst ein Resultat der verfehlten Politik und des Weltkriegsendes sind.

Ernst von Salomon: Nahe Geschichte. Ein Überblick. 123 S. Rowohlt, Berlin 1936. Kt. RM. 2.80.

S., selbst alter Freikorpssmann, gibt mit diesem Buch einen Abriss des Nachkriegs, d. h. jener stürmischen, auf den Waffenstillstand folgenden Epoche militärischer und halb-militärischer Auseinandersetzungen der Freikorps im Baltikum und in Oberschlesien, des inneren Kampfes von Spartakus bis zum

Kapp-Putsch, wobei er ein glänzendes psychologisches Bild des Freikorpsegeistes zeichnet. Der Titel ist etwas irreführend.

Hermann Stegmann: Weltwende. Der Kampf um die Zukunft und Deutschlands Gestaltwandel. 350 S. 25. Tausend. Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1936. Geb. RM. 7.50.

Der bekannte deutschschweizerische Historiker legt mit diesem stilistisch glänzenden Buch nach einer Einleitung über die Mächtigegruppierung nach dem Weltkriege eine Nachkriegsgeschichte Deutschlands vor, deren größten Teil die Krisenzeit der Erfüllungspolitik und des Brüning-Regimes und dann die nationalsozialistische Revolution und die Entwicklung des Dritten Reiches in seinem ersten Jahr einnimmt. Das außerordentlich kluge Buch wird den Tatsachen voll gerecht und trifft höchst sachlich die Feststellung, daß 1933 eben eine Weltwende bedeutet. Die gewaltige Vorbereitungsarbeit der Partei und ihr endlicher Einsatz nach dem 30. Januar werden sorgfältig und von der Basis der politischen Analyse behandelt, die auf einer sehr genauen Kenntnis deutscher Geschichte und deutscher Eigenart aufbaut, um unerhört treffend formuliert zu werden.

Hugo Grothe: Wandkarte des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Mit Erläuterungsheft. Waisenhaus, Halle 1935.

G.s. verbreitete Karte zeichnet sich vor anderen durch ihre besondere Exaktheit aus, daß auch Schwächen zugegeben werden, die zwar schmerzlich, aber vorhanden sind. Die Karte ist sauber gezeichnet und durch die Anwendung von Flächenfarben übersichtlich und deutlich.

Deutsches Taschenbuch 1937—1938. Hrsg. vom Deutschen Ausland-Institut. 244 S. Volk und Reich, Berlin 1937. Geb. RM. 1.80.

Nach dem Kalendarium einige knappe Aufsätze über den Aufbau und die Politik Deutschlands, die

Bedeutung des Außendeutschtums und seine Organisation, als Anhang allerlei Wissenswertes über Deutschland, Statistisches, Reisehinweise, Verkehrszeichen usw.

Otto-Albrecht Isbert: Volksboden und Nachbarschaft der Deutschen in Europa. 160 S., 5 Kt. Beltz, Langensalza 1937. Brösch. RM. 2.50.

I. schildert zunächst die deutschen Grenzstämme des ganzen Reichsumzugs in ihrer Nachbarschaftslage zu Fremdvölkern, beschreibt dann die Lage der deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten, den deutschen und den fremden, und gibt zum Schluß einen Abriss des Inseldeutschums in Europa. Ein nützliches Taschenbuch.

Otto Philipp: Die Deutschen und die See. 168 S., 17 Abb. Seemann, Leipzig 1937. Geb. RM. 4.50.

Hans-Joachim Häusser: Das Ende der ersten deutschen Flotte. In: Schr. d. kriegsgesch. Abt. im hist. Seminar d. Univ. Berlin, Heft 18. 140 S. Junker & Dünhaupt, Berlin 1937. Brosch. RM. 6.50.

Hermann A. K. Jung: Skagerrak. 69 S., 5 Kt. Reclam, Leipzig 1937. Kt. RM. — 35, geb. — 75.

Ph. begründet den Anspruch Deutschlands auf Seegeltung durch eine Geschichte der deutschen Seefahrt von den frühesten Anfängen germanischer Seefahrt in Schweden über die Zeit der Hansa zum Beginn der preußischen und der Entwicklung der deutschen Flotte. Die Arbeit ist ein guter, in einfacher Sprache gehaltener Überblick, der weite Verbreitung verdient. Aus dieser Geschichte greift H. eins der traurigsten Kapitel heraus, die kurze Zeit der ersten deutschen Bundesflotte von 1848 bis 1852, die ihr Ende durch die Reaktion gegen die 48er Revolution und durch die geringe Weltsicht der noch um die Macht in Deutschland kämpfenden Teilstaaten fand. Einen Höhepunkt der deutschen Seefahrt schildert dann J. in seinem Reclamheft über die Skagerrak-Schlacht, das aus der Erinnerung dieses Offiziers der „Lützow“ flott geschrieben den Verlauf dieser größten deutschen Seeschlacht anschaulich schildert.

Johannes Müller: Wirtschaftskunde von Deutschland auf wirtschaftsgeographischer und wirtschaftsgeschichtlicher Grundlage. 359 S., einige Kt. Buske, Leipzig 1936. Br. RM. 6.50; geb. 8.—.

Nach einer Übersicht über die einzelnen Wirtschaftszweige Deutschlands, die ganz kurz Landwirtschaft, Bergbau und Industriearten behandelt und vor allem geschichtliche Rückblicke gibt, gliedert M. den Hauptteil seiner Arbeit nach räumlichen Gesichtspunkten und schildert die Wirtschaft der einzelnen Gauen, wobei er eine geschickte Abgrenzung seiner Wirtschaftsräume gibt, die weder zu sehr den politischen Innengrenzen widerspricht, noch die Zusammengehörigkeit von Wirtschaftsgebieten aus verschiedenen Provinzen und Ländern vernachlässigt. Dadurch entsteht eine gute, handbuchartige Gesamtübersicht, die mit ihren genauen Angaben nützliche Dienste leistet.

Hans von der Decken: Deutschlands Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. In: Berichte über Landwirtschaft, N. F. Nr. 115. 117 S., 5 Diagr. Parey, Berlin 1935. Geh. RM. 6.80.

Wir haben dieses immer noch zeitgemäße Buch nachzutragen und zu empfehlen, da es mit äußerster Nüchternheit und Sachlichkeit unter Verwendung besten Zahlenmaterials die Frage der Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland in landwirtschaftlichen Erzeugnissen eindeutig und auch für heute noch vorwiegend gültig darlegt. Herausgegriffen sei, daß D. mit Recht die Futtermittelfrage in den Vordergrund rückt und in gewissem Zusammenhange damit der Fettversorgung als einem brennenden Sonderproblem ein eigenes Kapitel widmet. Im zweiten Teil wird einzeln die Lage und Entwicklung der deutschen Erzeugung und Einfuhr an „landwirtschaftlichen Rohstoffen“ durchgesprochen, also wie Wolle, Flachs und andere Fasern, Baumwolle, besonders Ölfrüchte, womit wieder die Futtermittelfrage in den Vordergrund tritt, Holz, Kautschuk, Harze, Därme, Häute, Tabak, Wein usw. Das Zahlenmaterial bietet reiche Vergleichsmöglichkeiten und ist sinnvoll berechnet.

Franz Reuter: Schacht. 224 S. Deutsche Verlagsanst., Stuttgart 1937. Geb. RM. 4.80.

Eine Biographie über Schacht kann von vornherein mit einer großen Leserschaft rechnen, denn man erhofft

sich eine Lösung des Rätsels um die Erfolge dieses Mannes. Die Lösung wird hier gegeben, sie liegt ausschließlich in der Persönlichkeit des Mannes, seinen Anlagen und seiner Haltung, ein Mann des Ja und Nein, eine völlig kompromißlose Natur, ein Mann, der trotzdem aus einer profunden Kenntnis der deutschen Wirtschafts- und Währungsfragen heraus die vorsichtig richtigen Wege auch in den Notzeiten des Systems zu finden weiß, um sofort zurückzutreten, wenn die Systemregierung von ihm das Abgehen von der als richtig erkannten Linie verlangte. Erst der Nationalsozialismus bringt seine Fähigkeiten voll zur Wirkung; in der schwierigen Übergangszeit leitet er verantwortungsbewußt die Geschichte der deutschen Wirtschaft und Währung.

Heinz Orlovius u. Ernst Schuitze hrsg.: Die Weltgeltung der deutschen Luftfahrt. In: Strömungen d. Weltwirtsch., Bd. 4. 160 S., 52 Abb. Enke, Stuttgart 1938. Br. RM. 6.—; geb. 7.60.

Die bekanntesten Pioniere der deutschen Luftfahrt geben sich in diesem Sammelwerk ein Stelldichein. Eckener und Breithaupt schreiben über den Luftschiffverkehr, Frh. v. Buddenbrock über die Atlantikflüge, Gronau über den Luftsport, Fischer v. Poturzyn über die koloniale Luftfahrt, Orlovius über die Geschichte der deutschen Luftfahrt und die deutschen Flugbestleistungen. Andere Beiträge über Luftpost, Segelflug, Forschung und Luftrecht runden dies Buch zur vollständigen Darstellung einer unerhörten Willens- und Geistesleistung, die heute die Mehrzahl der anderen Luftfahrt treibenden Nationen weit hinter sich gelassen hat.

Erich Kayser: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands. 360 S. Hirzel, Leipzig 1938. Br. RM. 10.—, geb. 11.80.

K. verfolgt Aufbau, Zusammensetzung, Dichte und Bevölkerungspolitik des deutschen Volkes durch die Jahrhunderte. Beginnend mit der Entstehung der Rassen in Mitteleuropa und der Ausbildung der germanischen Stämme, schildert er dann die Formung der neuen Stämme im Frühen Mittelalter, die grundlegend für unsere heutige Gliederung geworden sind. Im weiteren Mittelalter wirken ständische Fragen stark auf die Bevölkerungsentwicklung ein, bis schließlich durch die Gründungen im Osten und die Schaffung eines Bürgertums die Grundlage für die Bevölkerungslage der Neuzeit gelegt wird. Bald nach dem gefährlichen Rückgang durch den 30jährigen Krieg kommt es zu ersten bevölkerungspolitischen Maßnahmen, die im 19. und 20. Jahrhundert weitere Ausbildung erfahren. Hier behandelt K. in seinem vorzüglichen Buch vor allem die Fragen der Verstärkung und des Judentums. Das Buch enthält viel sorgfältig zusammengetragenes Material über Wanderungs- und Siedlungsgeschichte und Bevölkerungspolitik, das bisher noch nicht zu einem so geschlossenen Buche verwandt wurde.

Friedrich Burgdörfer: Aufbau und Bewegung der Bevölkerung. In: Staatsmedizinische Abhandl., Bd. 8. 216 S., 81 Diagr. Barth, Leipzig 1935. Br. RM. 8.40.

B. gibt mit diesem Buch einen methodischen Abriss der vorwiegend von ihm selbst aufgetauten bevölkerungstatistischen Lehre, die die Bevölkerungspolitik so ungemein befruchtet hat. Alle Fragen, wie Verstärkung, Wanderung, Umschichtung, die Methoden der Berechnung der Bevölkerungsentwicklung, die bereinigten Geburtenüberschussziffern werden behandelt und Vergleiche zum Ausland gegeben. Mit der Warnung vor der kommenden Vergeissung des deutschen Volkes leitet B. zu seinem bevölkerungspolitischen Schlußteil über, wo er nun die Siedlungs- und rassenhygienischen Fragen und die Bedeutung des Familienausgleichs bespricht. Dieses Werk bildet gewissermaßen die methodische Erklärung seines „Volk ohne Jugend“ und geht jeden an, der sich ernsthaft mit Bevölkerungspolitik beschäftigt.

Karl H. Schöppe: Der Ruf der Erde. Deutsche Siedlung in Vergangenheit und Gegenwart. 170 S., 28 Abb. Teubner, Leipzig u. Berlin 1935. Kt. RM. 2.80.

Nach einem kurzen Abriss der Geschichte der Bodenentfremdung in Deutschland im letzten Jahrhundert und ihrer Folgen schildert Sch. die neue Siedlungsarbeit, das Frucht- und Urbarmachen durch die jungen Organisationen des Nationalsozialismus, den Aufbau einer neuen Siedlungspolitik und eines neuen Bauern

tums, Fragen der Umschulung, der Entfernung von Menschen und Werken aus den Städten usw. Das Buch ist mit dem Herzen geschrieben, erfüllt von der sicheren Gewißheit, daß das deutsche Volk wieder zu seinem Boden zurückfindet.

Josef Müller: Die biologische Lage des deutschen Bauerntums. 5. Beiheft z. Archiv f. Bevölkerungs- u. Bevölkerungspol. 83 S., 12 Diagr. Hirzel, Leipzig 1938. Kt. RM. 4.20.

Hier wird ein wichtiges Teilproblem der Bevölkerungspolitik grundlegend behandelt. Zu leicht wird über den erschreckenden Zahlen aus den Städten vergessen, daß auch im Bauerntum ein ständiger Geburtenrückgang zu verzeichnen war und ist, der vielleicht nicht die gleiche Größenordnung erreicht, aber sowohl in den Gründen (soziale, Wohnungsfrage, Geburtenmüdigkeit, biologische Vorgänge) mit dem städtischen Problem gleich ist, als auch wegen der Frage bäuerlichen Nachwuchses von besonderer Wichtigkeit sein muß. Zum Schluß gibt M. die Mittel an, die heute im Kampf gegen den Geburtenrückgang im Bauerntum angewandt werden können. Das Buch verdient besondere Beachtung.

Karl Preser: Hundert Bauernfragen. Bearb. v. G. Pacyna. 77 S. Reichsanhaltungsverlag, Berlin 1936. Kt. RM. 1.50.

Wie Ruhland war Preser einer der Führer bäuerlicher Benennung in der Vorkriegszeit, und so ist es dankenswert, daß seine „Bauernfragen“ in unserer Zeit eine Neubearbeitung erfahren haben. Sie sind ein interessantes Dokument für den Kampf agrarpolitischer Vorkämpfer in der Vorkriegszeit gegen verständnislose Regierungen.

Hans-Gerd von Rundstedt: Die Hanse und der Deutsche Orden in Preußen bis zur Schlacht von Tannenberg. 127 S. Böhlau, Weimar 1937. Br. RM. 6.50.

Gemeinsame politische Interessen im Ostseeraum verbanden den Orden in Preußen eng mit der Hanse. R. erörtert in einer interessanten Spezialarbeit diesen Teil der Außenpolitik des Ordens, der ja Ostseemacht war, als solcher Handel und Politik mit England, Flandern und Holland trieb, wie die Hanse in Gegnerschaft zu Dänemark stand, aber doch als Landesherr der preußischen Hansestädte ein allzu starkes Vordringen der Hanse in den Machtbezirk des Ordens verhinderte. Während beide gemeinsam ihre flandrischen Handelsinteressen vertraten, konnte der Orden jedoch nicht die Gleichberechtigung in Nowgorod erlangen, an der ihm aus außenpolitischen Gründen und um des Gleichgewichts mit der Hanse willen gelegen war.

Bruno Schumacher: Geschichte Ost- und Westpreußens. 288 S. Gräfe u. Unzer, Königsberg 1937. Geb. RM. 8.50.

Unter Benützung aller vorhandenen Forschungen und Quellen baut Sch. wohl zum erstenmal ein umfassendes Geschichtswerk der preußischen Länder auf, das sich durch Genauigkeit, Vollständigkeit und Lesbarkeit auszeichnet. Nach einem kurzen, etwas zu kurzen vorgeschichtlichen und frühgeschichtlichen Teil geht Sch. ausführlich zur Behandlung der Hansezeit über, wobei das 14. Jhdt. berechtigt im Vordergrund steht. Im zweiten Hauptteil über Preußen in der Neuzeit hebt Sch. mit Recht die Zeit des Herzogs Albrecht, des Großen Kurfürsten und des 19. Jhds. heraus, in dem die Provinz unter Schön wieder aufgebaut wurde und bald eifrig am reformatorischen und nationalen Streben der Zeit teilnahm. In einem Sonderkapitel behandelt Sch. die westpreussische Geschichte der drei polnischen Jahrhunderte bis 1772. Das Buch schließt mit Versailles und dem Sieg des Deutschlands in Ostpreußen. Eine Landesgeschichte, wie wir sie uns für alle Gane wünschen, so gerne man allerdings etwas mehr über die Vorordenszeit erfahren hätte.

Hans und Gertrud Mortensen: Die Besiedlung des nordöstlichen Ostpreußens bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts. Tl. I: Die preußisch-deutsche Siedlung am Westrand der großen Wildnis um 1400. Tl. II: Die Wildnis im östlichen Preußen, ihr Zustand um 1400 und ihre frühere Besiedlung. 212 u. 254 S., 5 u. 7 Abb., 2 u. 1 Kt. Hirzel, Leipzig 1937—1938. Kt. RM. 9.— u. 12.—; geb. 10.60 u. 13.60.

Otto Natau: Mundart und Siedlung im nordöstlichen Ostpreußen. In: Schr. d. Albertus-Univ., Geisteswiss. B., Bd. 4. 293 S., 12 Kt. Osteuropaverl., Königsberg 1937. Kt. RM. 10.50.

Die umfangreiche zweibändige Arbeit des Ehepaars Mortensen über die frühe Besiedlung des östlichen und nordöstlichen Ostpreußens erschien in der wissenschaftlich so verdienstvollen Reihe „Deutschland und der Osten“ als Bd. 7 und 8. In mühevoller historischer und geographischer Kleinarbeit wurde hier ein quellenmäßig schlecht ausgestattetes Gebiet untersucht, das sich etwa von der Angerapp nach Nordosten zieht. Im ersten Band sind die kulturgeographischen und siedlungshistorischen Ergebnisse aus dem deutschen Siedlungsrand der „Großen Wildnis“ zusammengestellt, im zweiten, in sich geschlosseneren Bande wird das ganze System der Großen Wildnis selbst, die einen Großteil Litauens mit umfaßt, erörtert und gezeigt, daß auch in der Wildniszeit die Besiedlung fort dauerte, und daß die Wildnis keineswegs Niemandsland, sondern anerkanntes Ordensland war, das dem Orden als Reserveliedung zur Verfügung stand. Die vorwiegend dialektgeographische Arbeit N.s greift aus diesem Gebiet vor allem das Amt Pillkallen, auch die Ämter Insterburg und Ragnit heraus, um die litauisch-deutsche Mischsprache festzustellen. Der für uns wertvollste Teil ist der letzte, der eine sorgfältige Geschichte der Kolonisation im Kreis Pillkallen bringt. Die systematische Kolonisation des Ordens und später der Hohenzollern gab ja überhaupt erst die landschaftlichen Unterlagen für jede dialektgeographische Studie über dieses Mischgebiet.

Christel Moczarski: Der Kreis Lyck. Ein ostpreussischer Wirtschaftsraum. 143 S., 8 Abb., 28 Kt. Hirt, Breslau 1938. Br. RM. 3.—.

Nach der bekannten wirtschaftsgeographischen Methode von Prof. Scheu wird in Heft 3 seiner „Wirtschaftsgeographischen Arbeiten“ der Kreis Lyck behandelt, der sich nicht etwa durch Besonderheiten auszeichnet, sondern als Durchschnittsbeispiel vieler Anregungen für die systematische Durcharbeitung der kleineren Verwaltungsbezirke in Hinsicht auf die Raumplanung bietet. M. beschreibt ihren genau beobachteten, vermutlich heimatlichen Kreis nach seiner siedlungsgeschichtlichen, wirtschaftlichen und verkehrsgeographischen Seite, wobei Produktions- und Absatzfragen die größte Rolle spielen. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob man nicht zweckmäßiger an Stelle mancher selbstverständlicher, fast banaler Schlussfolgerungen, mit denen es sich überall in Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet ziemlich gleich verhält, die Arbeit universeller unter Hinzuziehung kultureller, historischer und politischer Argumente zu Vergleichszwecken hätte gestalten sollen. Denn so erhält man zwar eine wertvolle Spezialarbeit, aber doch nur die Spezialarbeit aus einer speziellen Kleinelandschaft, was des Spezialisierens etwas zuviel ist. Das Schema müßte eher sein: eine wirtschaftliche Arbeit über Ostpreußen oder einen größeren Teil, und dagegen eine umfassende Arbeit über den Kreis Lyck.

Nikolaus Creutzburg: Atlas der Freien Stadt Danzig. 85 S. und 29 Kt., 9 Diagr. Danziger Verlagsges., Danzig 1936.

Unter Mitarbeit bekannter westpreussischer und Danziger Forscher legt Prof. C. einen vorbildlichen Atlas für dieser Art erweiterte Stadtgebiete vor, dessen Hauptton naturgemäß auf dem Politisch-wirtschaftlichen liegt, da das Geographisch-physikalische wegen der Kleinheit des Beobachtungsraumes zurücktritt. Im vorlaufenden Textteil werden die Karten sachlich und knapp erläutert. Die mehrfarbigen Karten selbst sind sauber gezeichnet, besonders übersichtlich und gut ausgewählt den Stoffen nach. Man erfährt aus ihnen alles wesentliche über Bevölkerung, Landbau, Wirtschaft, Wasserbau, Geschichte, Handel und Verkehr, ebenso wie über die kartographisch darstellbaren Bestimmungen des Versailler und Pariser Vertrages.

Werner Schulz: Die zweite deutsche Ostsludung im westlichen Netzeau. Textband u. Quellenband. In: Deutschland und der Osten, Bd. 9 u. 10. 85 u. 274 S., 5 Kt. Hirzel, Leipzig 1938. Kt. RM. 6.60 u. 10.—, geb. 8.— u. 11.60.

Sch. hat siedlungshistorisch und -geographisch das Land links und rechts der Netze, etwa von Usch bis

Kreutz, in dem Zeitabschnitt des zweiten deutschen Siedlungsvormarsches im 15. und 16. Jhd. behandelt, zusammengesetzt also etwa aus den Kreisen Schneidemühl und Deutsch-Krone und den jetzt polnischen Kreisen Fliehe, Czarnikau und Kolmar. Sch. benutzt alle eindeutigen Argumente für die Aufklärung der völkischen Siedungsverhältnisse in diesem Mischgebiet, fügt zum Schluß sehr eindrucksvolle Karten über das Vordringen des deutschen Elementes im Beobachtungsraum an, und gibt im zweiten Band vollständiges Quellenmaterial über die Orte dieses Gebietes, alphabetisch geordnet und also erfreulich übersichtlich unterschieden vom oft kaum benutzbaren Quellenwirrwarr anderer Werke.

Jakob Schaffner: Die Landschaft Brandenburg. 148 S. Hanseat. Verlagsanst., Hamburg 1938. Geb. RM. 3.50.

Es muß schon ein offener Blick und eine große Liebesbereitschaft für Sinn und Wesen anderer Landschaften dazu gehören, wenn ein Schweizer wie Sch. ein so innerliches und glückvolles Buch über unser Land Brandenburg schreibt, das, viel geschmäht, doch jedem wahrhaft am Herzen liegt, dem es ganz vertraut ist. Dem Kurmärker selbst öffnet sich sein Land so schnell, wie sich jede Heimat ihren Söhnen öffnet. Dem Fremden aber schließt sich das schöne und klare Land nur selten und langsam auf, seine Seele läßt sich nicht erzwingen, aber vielleicht läßt sich Sein und Wesen dieses Landes erwandern und offenen Herzens erfühlen, zumal wenn ein so gütiger und sorgsamer Beobachter wie Sch. dem spröden Land seine gehüteten und nur uns Märkern vertrauten Geheimnisse entlocken will.

Herbert Louis: Die geographische Gliederung von Groß-Berlin. 26 S., 2 Kt. Engelhorn, Stuttgart 1936.

In einer kleinen, zum großen Teil auf eigener Beobachtung aufgebauten Studie gliedert L. die Reichshauptstadt in die verschiedenen Gürtel, die sich um den künftürstlichen Stadtkern legen. Klar geht aus dieser Gliederung das ständige Hinausschieben des Stadtrandes hervor, aber die Karten zeigen noch deutlich, wo alte Stadtrand siedlungen bestanden haben.

Jens Andreas Bendixen: Verlagerung und Strukturwandel ländlicher Siedlungen. Ein Beitrag zur Siedlungsgeographie ausgehend von Untersuchungen in der südwestlichen Prignitz. In: Schr. d. Geogr. Inst. d. Univ. Kiel, Bd. VII, H. 2. 102 S., 41 Skizzen u. Kt. Kiel 1937. Kt. RM. 4.-.

Unter Heranziehung von Vergleichen aus anderen deutschen und ausländischen Landschaften behandelt B. die inneren Siedlungsverlagerungen der Dörfer des rechtselbischen Landstrichs zwischen Havelberg und Wittenberge, untersucht ihre Ursachen und ihre Methoden und trägt damit anschaulich zu einem Problem bei, das bisher fast ausschließlich von der siedlungshistorischen Seite betrachtet wurde.

Karl Alnor: Handbuch zur schlesischen Frage. III. Bd.: Die Teilung Schlesiens 1918–1920. 5. Lief. 170 S. Wachholtz, Neumünster 1936. Kt. RM. 5.— bei Subskr.

Mit dieser Lieferung des großangelegten Werkes beginnt die Darstellung der schlesischen Frage auf der Versailler Konferenz von 1919, die Entscheidung über das Schicksal der nordschleswigschen Deutschen stand vor der Tür. Das große Werk hält sich weiter im Rahmen einer sachlich-historischen Darstellung und fern jeder — wenn auch gerade in der Frage der dänischen en-bloc-Vorschläge berechtigten — Polemik.

Hermann Wagner: Die Lüneburger Heide. Landschaft und Wirtschaft im Wechsel der Zeit. 110 S., 12 Kt., 4 Abb. Stalling, Oldenburg 1937.

Im Rahmen der bekannten Veröffentlichungen der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens, die sich seit langem der Erforschung ihres Heimatgebietes zu raumplanerischen Zwecken widmet, beschreibt Prof. W. die Heide als geographischen Raum und Siedlungs- und Wirtschaftsgebiet. Nach allgemeiner Einleitung über den Landschaftscharakter und die Bedeutung der Heide, geht er auf kurze Abrisse der einzelnen Teile der Lüneburger Heide über und gibt damit ein vollständiges, quellenmäßig untermauertes Gesamtbild dieses keineswegs unwichtigen Teilgebietes der niedersächsischen Landschaften.

Albert Rudolph: Zwischen Harz und Lausitz. Ein Heimatbuch vom Gau Halle-Merseburg. 224 S., 165 Abb., 1 Kt. Hirt, Breslau 1936. Ln. RM. 4.80.

Dies in kurzen Abschnitten zusammengestellte Heimatbuch verzeichnet bekannteste Gelehrte, Wirtschaftler und Beamte des Gaues als Einzelautoren, u. a. neben dem Herausgeber R. Prof. Weigelt, Siegfried Berger, Oberbürgermeister Weidemann, Dr. Trautmann, Dr. Siedentop. Nach einem heimatkundlich-geographischen Teil folgt ein längerer wirtschaftlicher Abschnitt, dann ausführlich über die Kultur des Gaues, weiter ein Sonderteil über die Schulen, so über die Franckeschen Stiftungen, die Universität und Schulpforta, zum Schluß ein Teil über die nationale Geschichte des Gaues, der mit dem Kampfe des Nationalsozialismus um diesen Gau abschließt. Das reichhaltig bebilderte Buch vermittelt einen ausgezeichneten Einblick in Leben und Arbeit des Gaues der Mitte.

Hans Retzlaff: Die Schwalm. Kulturbild einer hesischen Landschaft. 112 S., 107 Abb. Deutsches Verlagsb. Bong, Berlin 1936. Kt. RM. 4.80, geb. RM. 5.80.

Unter den volkskundlichen Bildwerken der Deutschen Volkskunstkommision gibt es kaum einen schöneren Band als diesen, den der bekannte Photograph R. über das Schwalmthal, zwischen Hersfeld und Marburg am Knüllgebirge, zusammengestellt hat. Nach einem vorwiegend volkskundlichen Textteil folgen viele und schöne Bilder, die fast ausschließlich der Tracht und den Volksgebräuchen dieser bemerkenswert geschlossenen Landschaft gewidmet sind.

Hans Spethmann: Ruhrrevier und Raum Westfalen. Wirtschaftskritische Ergänzung zu dem Werk „Der Raum Westfalen“. 110 S., 7 Kt. Stalling, Oldenburg 1933.

Mit dieser von uns nachzutragenden Arbeit wendet sich Sp. gegen die Methode des bekannten und von der ZfG. verschiedentlich angezeigten Provinzialwerkes über Westfalen, das das Ruhrgebiet als westfälisch okkupiere und also die enge Verflechtung des Ruhrgebietes mit Westfalen und dem Rheinlande außer acht lasse. Dadurch entstehe ein falsches Bild von Bedeutung und Zugehörigkeit des Ruhrgebietes.

Albrecht Penck: Bessinische Rheinreise. 16 Texts., 64 Abb., 1 Kt. 2. Aufl. Veihagen & Klasing, Bielefeld 1937. Ln. RM. 3.50.

Auf 16 Seiten gibt der Nestor der deutschen Geographie mit einfachen Worten ein Bild der Rheinlandschaft zwischen Bingen und Koblenz. Auf der Höhe eines langen und ereignisreichen Forscherlebens kehrt er damit zurück zu einer der eindrucksvollsten und bekanntesten Landstriche des Reiches und schildert den Strom und sein Land nun mit der Erfahrung eines ganzen Lebens und gleichzeitig mit der Liebe zur Schönheit Deutschlands. Die Abbildungen erweitern den knappen Text.

Wolf Strache: Das Moselbuch. 112 S., 136 Abb. Deutsches Verlagsb. Bong, Berlin 1937. Kt. RM. 4.80, geb. 5.80.

Weniger an das Thema gebunden als Retzlaffs volkskundliches Schwalmbuch, aber in Art und Ausstattung gleich, berichtet St. mit der Kamera über das Moseltal. In bunter Folge wechseln Geschichte und Wehranlagen, Städte und Kurorte, Weindörfer und verwunschene Winkel, Leben des Stromes, der Städte und Dörfer, Leben der Weinbauern im Bild an uns vorbei; von Trier bis Koblenz ein Reiseführer in Bildern.

Walther Tuckermann: Das altpfälzische Oberrheingebiet. Von der Vergangenheit zur Gegenwart. 164 S. Gonski, Köln 1935.

In einer in erster Linie historisch-geographischen Arbeit behandelt T. die territoriale Entwicklung und Siedlungsgeschichte, das Städtewesen und die heutige wirtschaftliche Bedeutung der alten Pfalz, des Gebietes um das Rhein-Neckar-Dreieck, eines der wichtigsten, politisch und kulturell erinnerungsreichen Kernräume des alten Reiches. So wird das alte Land zwischen Frankfurt und dem Saarland, seit langem nur noch als kulturhistorisch interessant und sonst etwas als Vakuum empfunden, äußerst berechtigt wieder in seine alte Stellung eingesetzt.

Carl Brinkmann: Erzeugung und Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte in Baden. In: Sitzungsber.

d. Heidelberger Akad. d. Wiss. 75 S., 16 Tab. Winter, Heidelberg 1937. Br. RM. 5.80.

Unter Heranziehung sehr ausführlichen statistischen Materials erörtert B. die landwirtschaftliche Lage Badens, eingeteilt nach Produktionszweigen, wie Getreide, Gemüse und Obst, Wein, Tierhaltung usw.

Erich Preiser: Die württembergische Wirtschaft als Vorbild. 100 S., 9 Abb. Kohlhammer, Stuttgart 1937. Br. RM. 4.80.

Adolf Hilligardt: Württemberg in der Krise. Ein Beitrag zur Regionalstatistik. 119 S. Junker u. Dünhaupt, Berlin 1935. Br. RM. 5.50.

Eine Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen-Württemberg an der Univ. Tübingen hatte sich im Rahmen raumordnender Forschung zum Ziele gesetzt, die vorbildliche Wirtschaftsstruktur Württembergs zu analysieren, um daraus Schlüsse für den Aufbau gesunder Wirtschaftsformen im Osten gewinnen zu können. P. legt nun einen Teil der Ergebnisse vor, die die Wirtschaft Württembergs im einzelnen schildern. Nach einem darstellenden Teil über Raum, Siedlung, Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr, der bereits viele wichtige Aufschlüsse gibt, erörtert P. im zweiten Teil die Gründe der gesunden Soziallage und der Krisenfestigkeit Württembergs in einer leider etwas kurzen, aber doch bedeutsamen Studie. Von der gleichen Voraussetzung geht H. aus, der an Hand statistischen Materials ebenfalls die Krisenfestigkeit Württembergs mit der Vielfalt der Industrie, der Gunst der Standorte und den landwirtschaftlichen Nebenerwerb der Gewerbetreibenden begründet. Beide Arbeiten sind sehr aufschlußreich für jede raumordnende Planung und können weit über die Grenzen eines Spezialinteresses für Württemberg hinaus empfohlen werden.

Leo Weismantel: Vom Main zur Donau. 10 S. Text, 64 Abb. Velhagen u. Kising, Bielefeld 1935.

In der gleichen Art wie Pencks Besinnliche Rheinreise, erzählt W. kurz von seiner fränkischen Heimatlandschaft und überläßt dann den Eindruck des Landes zwischen Main und Donau den schönen Bildern, die von den Städten, den lebendigen und den alter-

tümlichen, von Rothenburg und Dinkelsbühl, Iphofen und Amberg, Nördlingen und Nürnberg, von den Bergen und Burgen des Jura und der Flußtäler, von den heiligen und weltlichen Stätten an der Donau berichten.

Hans Wilhelm Mayer: München und Stuttgart als Industriestandorte, mit besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftskrise. 160 S. Kohlhammer, Stuttgart 1937. Br. RM. 6.50.

M.s. vergleichende Arbeit steht in engem Zusammenhang zu den bereits genannten Büchern von Preiser und Hilligardt. M. stellt zunächst die Gemeinsamkeiten in der Industrie der beiden süddeutschen Hauptstädte fest, um dann die Unterschiedlichkeit in der früheren Industriepolitik, damit die Unterschiede in der heutigen industriellen Lage zu erklären. München war zurückgeblieben und konnte den Vorsprung Stuttgarts nicht aufholen, M. führt aber auch die Krisenfestigkeit Stuttgarts neben allen Fragen der industriellen und überhaupt wirtschaftlichen Gliederung mit interessantem Beweismaterial überwiegend auf den stammespsychologischen Unterschied zwischen Bayern und Schwaben zurück, daß nämlich nur die Zähigkeit und Energie des schwäbischen Menschen dieses württembergische Industrieideal geschaffen und erhalten habe.

Walter Schneefuß: Österreich. Zerfall und Werden eines Staates. 176 S. Goldmann, Leipzig 1937. Geb. RM. 2.85.

Sch. gibt eine Nachkriegsgeschichte Deutschösterreichs bis zur Einrichtung des österreichischen Staates. Ohne die für die Entwicklung des letzten Jahres so bedeutende Geschichte des Dollfuß- und Schuschnigg-Österreich zu erwähnen, schildert er in erster Linie den Zerfall des alten Österreich, die Friedensdikate, die Anschlußversuche, die Abstimmungen, also jene Zwischenzeit, die dann zu der unaufrichtigen und gefährlichen Scheinlösung des eigenen deutschösterreichischen Staates führte. Das Buch klärt vieles auf und stellt sachlich dar, was jeder Deutsche über die Zusammenhänge in der Ostmark wissen sollte.

Neue Karten und Atlanten

Zusammengestellt und besprochen von Prof. Dr. E. Wunderlich

in Verbindung mit M. K. v. Strotha und A. Rink

(Die erklärenden Vorbemerkungen über Zweck und Einteilung der Bibliographie vgl. Heft 9, S. 768, 1937.)
Nähere Anskünfte über die Karten erteilt jederzeit gern und unentgeltlich der Volksdeutsche Kartendienst, Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart.

1. **Knaurs Weltatlas.** 130 farbige und schwarze Haupt- und Nebenkarten. Neuauflage. Berlin: Th. Knaur Nachf. 1939. RM. 2.85.

Weitere Neuauflage des in der breiten Öffentlichkeit rasch bekannt gewordenen relativ billigen Taschen- und Nachschlageatlases. — Die wichtigsten Ereignisse des Jahres 1938 in Europa und Übersee sind nachgetragen (aber noch ohne Auflösung der Tschecho-Slowakei). Entsprechend ist der jetzt 272 Seiten starke Textteil ergänzt und namentlich auch wirtschaftlich erweitert; bei den Länderangaben ist nunmehr überall einheitlich die politische Einteilung zugrunde gelegt.

2. **Rudolf zu der Luth: Wehrwissenschaftlicher Atlas.** 6. Ausgabe, 108 S. Format: 28; 31 cm. Heidelberg: K. Vowinkel 1939. RM. 4.—.

Neue Auflage des wehr- und geopolitisch ausgerichteten, für weitere Kreise bestimmten verdienstvollen Atlases. — Die neue Auflage bringt vor allem die Er-

gänzungen der 1938 erfolgten neuen politischen und militärischen Umgestaltungen (jedoch noch ohne Auflösung der Tschecho-Slowakei). Auch der Textteil zeigt entsprechende Ausgestaltungen.

3. **Internationale Weltkarte** (Carte Internationale du Monde, International Map of the World). 1:1 Mill. North H-37 Al Jauf; Kartenspiegel 58:44 cm; Geographical Section General Staff No 2555, Published at the War Office 1918; [London] 2. Edition 1938. RM. 4.—.

Teilblatt der Internationalen Weltkarte 1:1 Mill. — Der Ausschnitt stellt in der üblichen farbigen Ausführung vor allem den nordwestlichen Teil von Saudi-Arabien dar, mit der Wüste Nefud und der Syrischen Wüste sowie den entsprechenden Grenzgebieten gegen Transjordanien und den Irak. Engl. und franz. Signaturerklärung.

4. **Highlands of Tibet and Surrounding Regions.** 1:2500000. Published under the direction of Brigadier H. J. Couchman, D. S. O., M. C., Surveyor General of India. Mehrfarbendruck. 2 Blätter, Kartenspiegel je 62:82,5, 1. Edition 1936. RM. 13.50.

Physische und verkehrsgeographische Übersicht von Zentralasien, nordwärts bis Urumtschi-Dsungarei, südlich bis zur nördlichen Ganges- und Brahmaputrabene. — Mit farbigen Höhenstufen und farbigem Gewässernetz, während das Verkehrsnetz schwarz eingetragen ist. Einige kleine Nebenkarten geben einen politisch-geographischen Überblick, eine Übersicht der Gebirgszüge und Flußsysteme, sowie eine Darstellung über den Stand der kartographischen Aufnahmen.

5. **Asia.** 1:4 Mill., Sheet 34 (1/M North F—J, 46—50) China; Geographical Section General Staff, No 2957; Published at the War Office, 1926. Communications and boundaries revised 1939. [London.] 1939. RM. 5.—

Teilblatt der umfassenden Asien-Karte 1:4 Mill. Übersicht sowohl der Geländegestaltung (mit farbigen Höhenstufen) wie des Verkehrsnetzes für das Gebiet von Peking und dem Lob-Nor südwärts bis Annam.

6. **L'Impero Coloniale Italiano.** 1:3500000. Copyright 1937 by Istituto Geografico De Agostini-Novara. 2 Blätter, Kartenspiegel je 124:77,5 cm, Mehrfarbendruck, Italy. RM. 6.50.

Physisch- und politisch-geographische Wandkarte, hauptsächlich für Unterrichtszwecke. — Darstellung der Geländegestaltung mittels farbiger Höhenstufen und mit farbigem Gewässernetz. Die politischen Grenzen sind gleichfalls farbig hervorgehoben, ebenso zum Teil das Verkehrsnetz. Zwei kleinere Nebenkarten zeigen durch farbige Flächen- und Orts-signaturen die gesamte Produktion einschließlich der Industrie für Äthiopien und für Libyen, für letzteres auch die Niederschlagsverteilung.

7. **Congo Belge.** Principales productions minérales, végétales et animales. Voles de communication. 1:3 Mill. Dressée par M. Norbert Laude, Directeur de l'Université Coloniale de Belgique, Professeur de Géographie Economique. Université Coloniale, Congo Economique. Institut Cartographique E. Patesson Uccle-Bruxelles, 1937—1938. RM. 6.—

Wirtschafts- und verkehrsgeographische Übersicht des belgischen Kongo-Gebietes. — Gibt mit farbigen Flächen-, Linien- und Ortssignaturen einen Überblick über die pflanzliche, tierische und mineralische Produktion sowie über das Verkehrsnetz. Dazu eine Vergleichstabelle über die Produktionsmenge und -werte 1920—1936. Mit französischer und holländischer Signaturerklärung.

8. **Elre.** 1:500000. 1938.

Administrative Übersichtskarte von Gesamt-Irland. — Mit farbigem Gewässernetz, den Namen der einzelnen Gebiete und farbiger Hervorhebung des Straßennetzes. Ausschließlich irische Beschriftung. RM. 2.—

9. **Landgeneralkart over Norge.** 1:250000, Blad L (Opland, ajoufört 1934), Blad LV (Oslo, ajoufört 1936). Utgitt av Norges Geografiske Opmaalning.

Teilblätter der neuen Flugkarte von Norwegen, hauptsächlich für den praktischen Verkehrsgebrauch. — Mit farbiger Hervorhebung des Gewässernetzes, der Waldgebiete, sowie des Verkehrsnetzes, und Angabe aller für den Flugverkehr wichtigen Einzelheiten. Ausschließlich norwegische Beschriftung. Je RM. 3.—

10. **Kansainvälisen ilmailun normaalkarta** (Carte normale aéronautique internationale). Suomi (Finnlande). D. 1938, 5 1:1 Mill. Kalkulaitosministeriö (Ministère des Communications). Ilmailuviranomaisen (Direction de l'aéronautique civile). Mehrfarbendruck,

Kartenspiegel 113:67,5 cm. Maanmittaushallituksen Kartografinen Toimisto 1933, Maanmittaushallituksen Kivipaino, Helsinki 1938. RM. 3.50.

Spezialübersicht für den Flugverkehr. — Farbige Höhenschichtenkarte, nur für das Gebiet von Finnland, mit Eintragung aller für den Flugverkehr wichtigen Angaben. Mit finnischer und französischer Signaturerklärung.

11. **Polen.** 1:300000, Blatt Kielce, Wojskowy Instytut Geograficzny, Warszawa 1938. RM. 2.50.

Teilblatt des amtlichen polnischen Kartenwerkes 1:300000, für Übersichtszwecke und namentlich für praktischen Verkehrsgebrauch. — Umfaßt das Gebiet von Kielce und Kraśnik bis Tarnów und Rzeszów, mit farbigen Höhenlinien, farbiger Wiedergabe des Gewässernetzes und der Waldgebiete und besonderer farbiger Betonung des Verkehrsnetzes.

12. **CS. Brigada U Zborova A Na Ukrajine 1917.** (Stellung der tschechischen Legion in Zborow und in der Ukraine 1917.) 1:420000, 1:75000, 1:14000. RM. 5.40.

Dazu Text: Podplukovník Dr. Konstan Ivšin. 1937.

Militär-geschichtliche Übersicht für Studienzwecke. — Der Verlauf der einzelnen Stellungen und die Entwicklung der Kämpfe ist durch farbige Orts- und Liniensignaturen mit allen Einzelheiten angegeben. Ausschließlich tschechische Beschriftung. Mit ausführlichem Erläuterungstext.

13. **A Közepő Es Alsó Duna-Medencek.** (Das mittlere und untere Donaubecken.) 1:1600000. M. Kir. Allami Terkepész. 1926. RM. 3.—

Physisch-geographische Hand- und Bürokarte des mittleren und unteren Donaugebietes, für weitere Kreise. — Umfaßt das Gebiet von Dresden bzw. Kowel bis Valona und Istanbul. Mit farbigen Höhenstufen und farbigem Gewässernetz; die Karstgebiete sind besonders bezeichnet. Ausschließlich ungarische Beschriftung.

14. **Der Südostraum.** Politisch. 1:1500000. Gotha: Justus Perthes. 1939. RM. 6.—

Politisch-geographische Hand- und Bürokarte zur Übersicht für weitere Kreise. — Mit Grenzkolorit für die einzelnen Staaten, und zwar in dem Raum von Leipzig bzw. Pinsk bis Neapel und Istanbul, auf dem Hintergrund der physisch-geographischen Gegebenheiten nach der dafür nicht ganz geeigneten Darstellung von Stieler's Handatlas.

15. **L'Agriculture en Roumanie,** Atlas Statistique, Publié par le ministère de l'agriculture et des domaines. Format 42,5:31 cm. 97 S. Bucarest 1938. RM. 21.—

Spezieller Wirtschafts-atlas für Übersichts- und Studienzwecke. — Beachtenswerte offizielle Veröffentlichung mit einer umfassenden Sammlung von meist farbigen Übersichtskarten bzw. Kartogrammen sowie zahlreichen ergänzenden Diagrammen und Tabellen über die Entwicklung der rumänischen Landwirtschaft, zugleich mit den Angaben für die einzelnen Verwaltungseinheiten. Mit französischer Beschriftung.

16. **Karte von Bulgarien.** 1:500000, Sofia. Auf Leinen RM. 32.—

Physisch- und politisch-geographische Wandkarte, hauptsächlich für Unterrichtszwecke. — Mit farbigen Höhenlinien und -stufen, farbigem Gewässernetz und Grenzkolorit für den Raum von Turn-Severin und Konstantza bis Ochridsee und Istanbul. Ausschließlich bulgarische Beschriftung.

17. **Karte von Europa.** 1:1 Mill. Bucharest. Geographical Section General Staff, No 2758; Published at the War Office 1915, 2. Edition, [London] 1938. RM. 4.—

Topographische Übersicht, für praktische Orientierung aller Art und Studienzwecke. — Teilblatt der in

Anlehnung an die internationale Erdkarte ausgeführten mehrfarbigen Übersichtskarte von Europa. Das Blatt umfaßt den Raum von der Südostecke der Karpaten-Ukraine bis Konstantza, in der üblichen Ausführung, mit besonderer Hervorhebung des Verkehrsnetzes. Ausschließlich englische Signaturerläuterung.

18. **Landeskarte der Schweiz**, 1:50000, Normalblätter 528 (Jungfrau-W), 530 (Nufenenpaß-W). Kartenzusammensetzung: Blatt 264 (Jungfrau). Eidg. Landestopographie Bern, herausg. 1939. Normalblätter je RM. 1.70. Kartenzusammensetzung RM. 2.55.

Für praktischen Gebrauch und Studienzwecke aller Art. — Neue Teilblätter der Schweizer Karte 1:50000. in der üblichen Ausführung (mit farbigen Höhenlinien, Fels- und Gletschersignaturen sowie farbiger Heraushebung der Gewässer und Wälder). Teilweise mit Darstellung der italienischen Grenzgebiete.

Der Zusammendruck 264 vermittelt ein eindrucksvolles Bild des Jungfraugebietes mit dem Aletschgletscher.

19. Freytag & Berndt's Karte: **Großdeutsches Reich** mit dem Protektorat Böhmen und Mähren. 1:2 Mill. Wien: Freytag & Berndt, RM. 1.20.

Vorwiegend politisch-geographische Handkarte für weitere Kreise. — Mit Flächenkolorit für das Gebiet des Deutschen Reiches und das Protektorat, bzw. Grenzkolorit für die unmittelbar angrenzenden Staaten. Außerdem ist das Hauptverkehrsnetz eingetragen.

20. Albert Höft: **Geschichtsatlas** für die deutsche Jugend. 4. Aufl. Langensalza-Berlin-Leipzig: J. Beltz 1938. RM. —.95.

Neuaufgabe des vorwiegend für Unterrichtszwecke bestimmten kleinen Handatlases. — Die neue Ausgabe zeigt einige Erweiterungen durch Karten, die die neueste Entwicklung berücksichtigen (aber noch ohne die Auflösung der Tschecho-Slowakei). Entsprechend zeigt der Erläuterungstext kleine Erweiterungen.

21. **Karl Richard Ganzer: Das Werden des Reiches**. 20 farbige Karten zur Geschichte der Reichsgestalt mit erläuterndem Text. München-Berlin: Lehmann 1939. RM. 2.—.

Kleiner Handatlas für Unterrichts- und Schulungszwecke. — Sammlung von 20 farbigen Übersichtskärtchen von Europa, insbesondere Mitteleuropa und einiger Teile desselben, mit Darstellung der einzelnen Phasen der Entwicklung. Wichtige Bewegungs- und Entwicklungstendenzen sind besonders hervorgehoben. Die einzelnen Karten mit kurzem erläuternden Text.

22. **Kartendienst der Raumerforschung**. Raumerforschung und Raumordnung. 3. Jahrg., Heft 4/5, 1939.

4. Karte des deutschen Eisenbahnsystems von Fr. List 1833.

5. Eisenbahnnetz im Deutschen Reich und Österreich 1870.

6. Eisenbahnnetz 1939.

7. Reichsstraßen 1939.

8. Reichsautobahnen 1939.

9. Gesamtgüterverkehr nach Verkehrsbezirken 1937.

10. Die Struktur des deutschen Wasserverkehrs 1937.

11. Der zwischenbezirkliche Eisenbahngüterversand 1937.

12. Der zwischenbezirkliche Eisenbahngüterempfang 1937.

13. FD, FDT, L-, Zugstrecken Sommer 1939.

14. Fremdenverkehr 1938.

15. Die Gemeinden über 4000 Einwohner 1939.

Zusammenstellung von Verkehrskarten für Übersicht- und Studienzwecke. — Dankenswerte Folge von teils farbigen, teils Schwarz-Weiß-Übersichtskärtchen, die die Entwicklung, den heutigen Zustand und die Verkehrsleistung (diese bis 1937) des deutschen Verkehrsnetzes zur Darstellung bringen. Zur Ergänzung ist noch beigelegt eine Übersicht des Fremdenverkehrs 1938 und der Gemeinden mit über 4000 Einwohnern.

23. **Der Große Contiatlas** für Kraftfahrer. Deutsches Reich und Nachbargebiete, 1:500000, 18. Aufl. Hannover: Kart. Verl. d. Continental Caoutchouc-Comp. G. M. B. H. RM. 6.—.

Kraftfahreratlas, ausschließlich für den praktischen Verkehrsgebrauch. — Zusammenstellung von 60 farbigen Straßenkarten für das Reich und die unmittelbar angrenzenden Gebiete. Die Auflösung der Tschecho-Slowakei ist noch nicht berücksichtigt. Im Anhang zahlreiche Schwarz-Weiß-Durchfahrtspläne mit kurzen textlichen Angaben.

KURT ROEPKE: Bibliographie der Geopolitik

Bemerkung: Die Bibliographie verzeichnet laufend die neueste deutschsprachige Literatur zur Geopolitik mit Ausnahme der in der „Zs. f. Geopolitik“ erscheinenden Aufsätze. In der Titelfassung dient das „Lit. Zbl. f. Deutschland“ als Vorbild. Selbständig erschienene Arbeiten sind durch *, Aufsätze usw. durch „In:“ gekennzeichnet. Ergänzungen der Titelaufnahmen durch den Verfasser stehen in (), wenn sie dem Objekt selbst, in [], wenn sie anderen Quellen entnommen sind.

1. Allgemeine Fragen

Gierliche, W.: **Zur Soziologie der „Umvolkung“ als Gegenwartsproblem**. In: Volksforschung. Bd. 3, 1939, 1. S. 1—7.

Hagemann: **Der erste Reichslehrgang der Gausachbearbeiter für Geopolitik in Bayreuth**. In: Der Dt. Erzieher, Gau Düsseldorf. Jg. 2, 1939, 10. S. 247—249.

***Hochschule für Politik** (Forschungsabteilg.). **Jahrbuch**. Hrsg. v. P. Meier-Benneckenstein in Verb. mit F. Berber. [Jg. 2.] 1939. Berlin: Junker u. Dünnhaupt 1939. 475 S. mit Kt., 6 Taf. gr.-8°. 5.—; Lw. 6.—.

— Aus d. Inhalt: Reese, W.: Staat u. Volk in Deutsch-österreich u. Bismarcks Reichsgründung; Viererbl, K.:

Die Wahrheit hat doch gesiegt. D. Zusammenbruch d. tschech. Politik ...; Gruenberg, L.: Spaniens Ringen um neue Lebensformen; Berber, F.: Britische Außenpolitik u. Diktaturen; Nuber, H.: Volk u. Raum als Grundlage u. Ziel d. Luftpolitik; Burgdörfer, Fr.: Bevölkerungswissenschaft u. Bevölkerungspolitik im neuen Deutschland; Kiesewetter B.: Wirtschaftspolit. Folgerungen aus d. dt. Bevölkerungsentwicklung; Seeberg, A.: Die polit. Wissenschaft als Mittel d. zwischenvölkischen Verstehens; Loesch, K. C. v.: Volkstumskunde als polit. Wissenschaft m. Berücks. d. Forschungsarbeit im Rahmen d. Hochschule f. Politik; Isenberg, G.: Die Arbeitsgemeinschaft f. wirtschaftl. Raumerforschung.

***Jahrbuch der auswärtigen Politik**. Hrsg.: Prof. F.

Berber. Jg. 5. 1939. Berlin: Gross (1939). VII, 512 S. 8°. Lw. 7,50 RM.

— Aus d. Inhalt: **Berber, F.:** Das Jahr 1938 in d. Welt-politik; **Bohle:** Ansprache auf d. VI. Reichstagung d. Auslandsdeutschen in Stuttgart am 28. August 1938; **Uebersberger, H.:** Die Wiedervereinigung Österreichs mit d. Reich; **Viererbl, K.:** Die tschech. Krise im Jahre 1938 u. ihre Lösung; **Eschmann, E. W.:** Die Politik d. Achse Berlin-Rom; **Schwabe, M.:** Frankreichs Außen-politik 1938; **Scuria, H.:** Die britische Außenpolitik im Jahre 1938; **Oehrich, C.:** Politik im Orient; **Frahne, K. H.:** Panamerika 1938.

***Illgen, G.:** Die Anschauungen Ernst Moritz Arndts über Volk und Staat. (Diss. Leipzig.) Dresden: Dittert 1938. 118 S. 8°.

***Maull, O.:** Das Wesen der Geopolitik. 2., durchges. u. erg. Aufl. Mit 2 Kt. Leipzig u. Berlin: Teubner 1939. 64 S. 8° = Macht u. Erde. H. 1. 1,40 RM.

***Niedermayer, O. Ritter v.:** Wehrpolitik. Eine Ein-führung u. Begriffsbestimmung. Mit 10 teils farb. Kt. Leipzig: J. A. Barth 1939. 206 S. 8° = Wehr u. Wissenschaft. Bd. 4. 9., — RM.; Lw. 10,50 RM.

— Aus d. Inhalt: I. Einführung u. Grundlage: Wehr-lehre, Raum u. Geschichte; III, 3: Wehrgeographie u. Wehrpolitik.

Osthoid, P.: Die Wehrwirtschaft der großen Demokra-tien. In: Wissen u. Wehr. Jg. 1939, 3. S. 181—202. **Præsent, H.:** Geographie und Kartographie. In: Jber. d. Lit. Zbl. Jg. 15, 1938. Leipzig 1939. Sp. 711—756. **Puls, E.:** Geopolitik in der Schule. In: Hamburger Lehrerzeitung. Jg. 18, 1939, 10. S. 236—237.

***Röhr, E.:** Die Volkstumskarte. Voraussetzungen u. Gestaltung. Leipzig: Hirzel 1939. 139 S. mit Abb. u. Kt. 4° = Volkstumsgeogr. Forschungen. Bd. 1. 7., — RM.

Roepke, K.: Politik, Verwaltung. In: Jber. d. Lit. Zbl. Jg. 15, 1938. Leipzig 1939. Sp. 293—318.

***Schmitt, C.:** Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Bei-trag z. Reichsbegriff im Völkerrecht. Berlin, Wien: Dt. Rechtsverlag 1939. 88 S. 8° = Schriften d. Inst. f. Politik u. internat. Recht an d. Univ. Kiel. N. F. Bd. 7. 3., — RM.; Lw. 4,30 RM.

Schumacher, R. v.: Die Methoden der Grenzpolitik. In: Odal. Jg. 8, 1939, 4. S. 269—274.

Sütterlin, B.: Volk und Staat bei den politischen Histo-rikeren. Ranke, Droysen, Treitschke. In: Die badische Schule. Jg. 6, 1939, 9. S. 225—229; 11. S. 284—288.

Wühr, W.: Volk und Sprache. In: Gelbe Hefte. Jg. 15, 1939, 8. S. 425—441.

2. Regionale Arbeiten Mehrere Erdteile

Borgman, F. W.: Die geopolitische Bedeutung der Arktis. In: Marine-Rdsch. Jg. 44, 1939, 4. S. 320 bis 341.

Borgman, F. W.: Raumüberwindende Kräfte in der Arktis. In: Wir u. die Welt. Jg. 1939, 5. S. 9—20.

***Brockelmann, C.:** Geschichte der islamischen Völker und Staaten. Mit 8 Kt. München u. Berlin: Olden-bourg 1939. XII, 495 S. gr.-8°. Lw. 12,50 RM.

***Dresler, A.:** Das italienische Kolonialreich. Hrsg. v. Reichskolonialbund. (Berlin: Fichte-Verl. 1939.) 64 S., 9 Bl. Abb., 1 Kt. gr.-8°. 1,80 RM.

***Gayda, V.:** Italien und Frankreich. Ungelöste Pro-bleme im Mittelmeerraum. (Übers. v. H. Marrum.) Berlin: Junker u. Dünhaupt 1939. 111 S. gr.-8°. 2,80 RM.

Haushofer, A.: England und Ostasien. In: Probleme britischer Reichs- und Außenpolitik. Berlin 1939. S. 161—174.

***Hoffmann, H.:** Blut und Boden. Wirtschaft u. Politik. Wirtschaftsgeographie. Deutschland, d. europäischen Staaten, Afrika, Asien, Australien u. Amerika. 4. Aufl. Stuttgart: Holland & Josenhans (1939). 101 S. 8°. 1,50 RM.

***Die Luftmächte Europas, Asiens, Amerikas, Afrikas, Australiens.** Sommer 1939. Berlin: Bernard & Graefe (1939). 97 S., 1 Kt. kl.-8° = Europa, Kräfte u. Wir-kungen. Bd. 2. 1,75 RM.

Paul, G.: Deutschland und der Mittelmeerraum in geo-politischer, russischer und geschichtlicher Beziehung. In: Die Deutsche Schule. Jg. 43, 1939, 7/8. S. 246 bis 253.

***Reichardt, Th.:** Der Islam vor den Toren. Unter Mit-arb. v. Dr. Zaki Ali. Leipzig: P. List (1939). 341 S. 8°. Lw. 7,80 RM.

Rohrbach, P.: Strategische Probleme im Mittelmeer und im Stillen Ozean. In: Die Hilfe. Jg. 45, 1939, 10. S. 222—226.

Schäfer, H.: Die Gesamtwehrkräfte aller Staaten. Wien VII, Mariahilferstr. 22: Militärwiss. Mittn. 1939. 182 S. 4 gr.-8°. 6,60 RM.

— Erw. aus: Militärwiss. Mittn. 1939, H. 1 u. 2. — II. Teil: Einzelstaaten, insges. 97 Staaten; bei allen werden zunächst die geopolit. Grundlagen behandelt.

***Schmitz-Kairo, P.:** Politiker und Propheten am Roten Meer. Leipzig: Goldmann (1939). 233 S. mit Abb., 1 Kt. 8°. Lw. 6,80 RM.

Scheppen, W.: Jenseits von Suez. In: Marine-Rdsch. Jg. 44, 1939, 4. S. 341—345.

***Stock, E.:** Das Mittelmeerreich. Italiens Weg in d. Zu-kunft. Berlin: Herbig (1939). XII, 251 S., 2 Kt., 8 Bl. Abb. 8°. Lw. 5,80 RM.

Toscano, M.: Frankreich-Italien und die Djibuti-Frage. In: Berliner Mhe. Jg. 17, 1939, Mai. S. 401—447.

Wirsing, G.: Das Erwachen Arabiens. In: Das XX. Jh. Jg. 1, 1939, 2. S. 69—78.

Deutschland

(deutsches Sprachgebiet)

***Aubin, H.:** Zur Erforschung der deutschen Ostbewe-gung. Leipzig: Hirzel 1939. X, 90 S. 4° = Deutsche Schriften zur Landes- u. Volksforschung. Bd. 2. 5,80 RM.

Bodo, F.: Das Burgenland. Seine geopolit. Lage u. wirtschaftliche Bedeutung. In: Der Erzieher im Donau-land. Jg. 1, 1939, 11. S. 5—13.

Büdel, J.: Wissenschaftliche Gegenwartsfragen an der völkischen Ostgrenze Norddeutschlands. In: Dt. geogr. Blätter. Bd. 42, 1939, 1/4. S. 190—200.

Durach, M.: Böhmen und Mähren wieder Glieder des Reiches. In: Petermanns Geogr. Mittn. Jg. 85, 1939, 4. S. 105—110.

Folkers, J. U.: Hamburgische Heimatgeschichte in geo-politischer Beleuchtung. In: Hamburger Lehrer-zeitung. Jg. 18, 1939, 10. S. 225—228.

Folkers [J. U.]: Das Ringen um Lebensraum als Leit-motiv der deutschen Geschichte. In: Der Erzieher zwi-schen Weser u. Ems. Jg. 65, 1939, 9. S. 202—207.

Frick, W.: Die nichtdeutschen Volksgruppen im Deut-schen Reich. In: Nat.sozi. Mhe. Jg. 10, 1939, 110. S. 387—401. — Rede auf d. Empfangsabend v. Reichs-leiter Rosenberg für d. Diplomatie u. ausländ. Presse am 30. März 1939.

Fuchs, K. H.: Worum handelt es sich in Danzig? In: Der Deutsche im Osten. Jg. 2, 1939, 4. S. 8—16. — Grundsätzliches zur Lage an d. Weichselmündung.

***Gierach, E., u. K. C. v. Loesch:** Böhmen und Mähren im Deutschen Reich. München: Bruckmann (1939). 136 S. mit Abb. gr.-8°. Lw. 5., — RM.

Göth, I.: Die Iglauer Volksinsel. In: Hochschulblatt Sachsen. Jg. 15, 1939, 1. S. 36–46.

Graf, G. E.: Raumordnung im Großdeutschen Reich. In: Die Hilfe. Jg. 45, 1939, 11. S. 248–252.

Hassinger, H.: Fragen der Raumforschung in Niederdonaue. In: Mittn. d. Geogr. Ges. Wien. Eugen Oberhammer zu s. 80. Geb. Wien 1939. S. 1–6.

Holzinger, A.: Die Juden im deutschen Südmähren. In: Volkstum im Süd-Osten. Jg. 1939, April. S. 116–119.

Jäger, Emma, u. W. Klein: Die Stadt Wuppertal im Bergischen Lebensraum. In: Der Dt. Erzieher, Gau Düsseldorf. Jg. 2, 1939, 10. S. 227–246. — Geopolit. Grundlagen, Geschichte, Verkehrsfragen.

***Jahrreis, H.: Deutschland und Europa.** Köln: Schaffstein (1939). 62 S., 1 Kt. kl.-8°. —, 40 RM.; geb. —, 80 RM.

***Jungels, O.: Deutsche Bevölkerungspolitik seit dem Zeitalter des Merkantilismus.** Der Wandel ihrer Zielsetzungen in geistesgeschichtl. u. sozialgeschichtl. Analyse. Frankfurt a. M.: Klostermann (1939). 111 S. gr.-8° = Schriften d. Ges. f. Sozialwissenschaft. 1. 4,20 RM.

Kehrl, H.: Böhmen und Mähren im großdeutschen Wirtschaftsraum. In: Der Vierjahresplan. Jg. 3, 1939, 8. S. 558–559.

Keyser, E.: Die deutsche Volksgruppe im Sudetenraum. In: Odal. Jg. 8, 1939, 4. S. 243–246.

Kuchenbäcker, K.: Bevölkerung, Boden und Besiedlung des böhmisch-mährischen Raumes. In: Neues Bauerntum. Jg. 31, 1939, 4. S. 94–98.

Lampe, A.: Wirtschaftsprobleme in einem Grenzgebiet, gezeigt an Untersuchungen im oberbadienischen Wirtschaftsraum. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 3, 1939, 6. S. 313–317.

Lendl, E.: Der Gebietszuwachs der Ostmark. In: Mittn. d. Geogr. Ges. Wien. Eugen Oberhammer zu s. 80. Geb. Wien 1939. S. 89–92.

Lüdtkke, F.: Böhmen in fünf Jahrtausenden. In: NS-Lehrerbund, Köln-Aachen. Jg. 6, 1939, 8. S. 181 bis 183. — Zur Geopolitik u. Geschichte d. großdt. Raumes.

Lüdtkke, F.: Böhmens Geschichte im nordischen und deutschen Raum. In: Der Westfäl. Erzieher. Jg. 7, 1939, 10. S. 229–231. — Fünf Jahrtausende Geopolitik.

Mairinger, H.: Die Heimkehr des Sudetenlandes. In: Mittn. d. Geogr. Ges. Wien. Bd. 82, 1939, 1/2, S. 1–3.

Maschke, E.: Ostsee und Ostseeraum im geschichtlichen Werden des deutschen Volkes. In: Nat. soz. Mhe. Jg. 10, 1939, 110. S. 402–413.

***Motz, K.: Landflucht, Exportpolitik und Ostraum-Idees.** (2. Aufl.) München: Eher 1939. 23 S. mit Abb. —, 10 RM.

Pacyna, G.: Die ostpolitische Bedeutung der Landflucht. In: Der SA.-Führer. Jg. 4, 1939, 5. S. 23–30.

Riedl, R.: Die geopolitischen und historischen Grundlagen deutscher Südostpolitik. In: Dt. Wirtschafts-Zeitung. Jg. 36, 1939, 17. S. 502–507; 18. S. 541 bis 545.

Roepke, K.: Geographischer Wegweiser ins Schrifttum zum Gegenwartsgeschehen: Sudetenland. In: Geogr. Anz. Jg. 40, 1939, 6. S. 136–139; 7. S. 170–171; 8. S. 195–196; 9/10. S. 245–247.

Schmidt-Wodder, J.: Das nationale Ringen in Nord-schleswig. In: Nation u. Staat. Jg. 12, 1939, 8. S. 519 bis 527.

(Springenschmid, K.): Das Reich in seinen neuen Ländern. In: Die Schule im Volk. Jg. 2, 1939, 8. S. 190 bis 195. — Betr. Böhmen u. Mähren.

Stuhlmann, Fr.: Das Rheinland im wehrpolitischen

Kräftepiel. In: Rheinische Blätter. Jg. 16, 1939, 4. S. 199–202.

Süssenmich, G.: Der Sudetengau in geopolitischer Betrachtung. In: Der Sudetendt. Erzieher. Jg. 1, 1939, 8. S. 186–194.

Volk und Raum im Osten. In: Der Deutsche im Osten. Jg. 2, 1939, 4. (Danzig-Sonderh.) S. 77–98. — Enth. u. a.: **Preiser, K.:** Danzigs Bedrohung durch Gdingen.

Vorbach, K.: Böhmen und das Reich. In: Der Deutsche im Osten. Jg. 2, 1939, 2. S. 15–25. — Geschichtsentwicklung u. räumlicher Zusammenhang.

***Wagenführ, H.: Großdeutschlands Wirtschaft.** Leipzig: Goldmann (1939). 142 S., 2 Kt. 8° = Weltgeschehen. 3,30 RM.

Waldaur, H.: Der Atlas des deutschen Lebensraumes. In: Mittn. d. Reichsamts f. Landesaufnahme. Jg. 15, 1939, 2. S. 61–71. (Mit 4 Ktn.)

Zimmermann, K.: Der Trierer Raum im Kampf um die Westgrenze. Mit zahlr. Abb. In: Trierer Jb. Bd. 1, 1939. S. 3–34.

Übriges Europa

Die Aromunen in Vergangenheit und Gegenwart. Von K. Br. In: Nation u. Staat. Jg. 12, 1939, 6/7. S. 391 bis 396. — Ein Balkanvolk.

Bauer, Hedwig: Madjarisierung. In: Volksforschung. Bd. 3, 1939, 1. S. 51–64.

***Bemmann, R.: Rußland greift nach der Ostsee.** Die russ. Herrschaftsgelüste im Ostseeraum seit Peter d. Großen. Goslar: Blut u. Boden Verl. (1939). 90 S. mit Kt., 4 Taf. 8° = Die Goslarer Volksbücherei. N. F. 4. 2,50 RM.

Braunias, K.: Der slowakische Nationalismus. In: Z. f. Politik. Bd. 29, 1939, 3. S. 168–182.

Braunias, K.: Das deutsche Volk und die Völker des Südostens. In: Nation u. Staat. Jg. 12, 1939, 6/7. S. 344–355.

Deutschland und Polen 1919–1939. In: Völkerbund. Jg. 8, 1939, 16/17. S. 205–232. — Eine historisch-polit. Studie.

Eschmann, E. W.: Die beiden Europa. In: Das XX. Jahrhundert. Jg. 1, 1939, 1. S. 5–12.

Eschmann, E. W.: Politische Fragen des Ostmittelmeeres. In: Volk u. Reich. Jg. 15, 1939, 5. S. 329 bis 334.

Eсэн, R.: Das bolschewistische Aufmarschgelände für die Weltrevolution — der Osten. In: Contra Komintern. Jg. 3, 1939, Juni. S. 273–281.

Glahn, H. O.: Die „grüne Insel“. Irland in s. wehrgeogr., geschichtl. u. wehrpolit. Bedeutung. In: Wehrfront. Jg. 6, 1939, 5. S. 115–116.

Gley, W.: Bevölkerungs- und Siedlungsfragen. Europas Bevölkerungsbilanz im Jahre 1937. In: Z. f. Erdkunde. Jg. 7, 1939, 9/10. S. 409–412.

Haushofer, K.: Englands Insellage in geopolitischer und strategischer Wandlung. In: Wirtschafts-Dienst. Jg. 24, 1939, 18. S. 603–605.

Heining, A.: Die Vorstellung von der Nation in Frankreich. In: Volk im Werden. Jg. 7, 1939, 5. S. 196 bis 206.

Jantzen, G.: Die imperiale Politik Portugals. In: Mhe. f. Ausw. Politik. Jg. 6, 1939, 5. S. 416–424.

***Judenviertel Europas.** Die Juden zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. Hrsg. v. H. Hinkel. Berlin: Volk u. Reich Verl. 1939. 151 S. mit Abb. 3. — RM.

Karasek-Langer, A.: Das Slowakendeutschum im madjarischen Blickfeld. In: Volkstum im Südosten. Jg. 1939, März. S. 67–73.

Klass, E.: Die nordischen Staaten im europäischen Raum. In: Dt. Lebensraum. Jg. 6, 1939, 10. S. 252 bis 254.

Klocke, H.: Die Magyaren und ihre Nachbarn. In: Nation u. Staat. Jg. 12, 1939, 6/7. S. 363–380.

Kügelgen, C. v.: Die Rußlanddeutschen. In: Nation u. Staat. Jg. 12, 1939, 6/7. S. 413–426.

Küppers-Sonnenberg, G. A.: Slowakei und Karpatho-Ukraine. Ein geopolit.-ethnograph. Streifzug. In: Wir u. d. Welt. Jg. 1939, 4. S. 14–20.

Loers, J. v.: Biologie und Völkerstärke im modernen Europa. In: Nat. soz. Erziehung, Gau Brandenburg. Jg. 8, 1939, 10. S. 229–232.

Lendl, E.: Die Stellung der Slawen im südöstlichen Europa. In: Nation u. Staat. Jg. 12, 1939, 6/7. S. 356 bis 362.

***Das Reichs neue Nachbarn.** Hrgs.: W. Schneefuss. Salzburg-Leipzig: Pustet (1939). 523 S. mit Kt., 12 Bl. Abb. 8°. Lw. 6,80 RM.

***Pardex, W.:** Italien. Niedergang u. Wiederaufstieg. [Breslau]: Korn [1939]. 61 S. mit Abb., 1 Kt. 8° = Korn's Ährenlese. Geopolitik. — 40 RM.; Hlw. — 75 RM.

Probleme der madjarisch-ukrainischen Nachbarschaft. Von Akl. In: Volkstum im Süd-Osten. Jg. 1939, April. S. 123–126.

***Reimers, E.:** Das neue Jugoslawien. Leipzig: Goldmann (1939). 243 S. mit Abb., 2 Kt. 8°. Lw. 6,80 RM.

Röckel, H.: Koloniale Wirtschaftsplanung der Sowjetunion. In: Z. f. Politik. Bd. 29, 1939, 3. S. 183–199.

Ronneberger, F.: Volk und Staat in Südosteuropa. In: Geist d. Zeit. Jg. 16, 1938, 11. S. 731–743; Jg. 17, 1939, 4. S. 239–252.

***Schmidt, Axel:** Ukraine. Land der Zukunft. ([Mit] 8 Bildtaf. mit 16 Abb.) Berlin: B. Hobbing (1939). 203 S. gr.-8°. Lw. 6,80 RM.

***Schneefuss, W.:** Ungarn. Leipzig: Goldmann (1939). 169 S., 1 Kt. 8° = Weltgeschehen. 3,30 RM.

***Schröder-Steinberger, H.:** Südosteuropa in der deutschen Donauraumwirtschaft. Berlin: R. Klett (1939). 142 S. mit Abb. 8°. 4,85 RM.; geb. 5,90 RM.

***Schuster, H.:** Die Judenfrage in Rumänien. Leipzig: Meiner 1939. 244 S. 4° = Abhandlgn. d. Inst. f. Politik, ausländ. öff. Recht u. Völkerrecht an d. Univ. Leipzig. N. F. H. 5. 5,70 RM.

Thome, M. L.: Beitrag zur Frage der Madjarisierung in Sathmar. In: Volksforschung. Bd. 3, 1939, 1. S. 64 bis 73.

***Tschekitsch, M.:** Jugoslawien am Scheidewege. (Aus d. Serbo-kroat. übertr. v. J. Bobek.) Leipzig: Meiner (1939). 138 S. gr.-8°. 4,50 RM.

— Das serbo-kroat. Problem u. Jugoslawiens Außenpolitik.

Ungern-Sternberg, R. v.: Die biologisch-demographische Lage und die Weltgeltung Westeuropas. In: Jbb. f. Nationalökonomie. Bd. 149, 1939, 2. S. 160 bis 178.

Urban, M.: Albanien. In: Volk u. Reich. Jg. 15, 1939, 5. S. 371–374.

Die deutsche Volksgruppe im kroatischen Lebensraum. In: Volkstum im Südosten. Jg. 1939, März. S. 81–83.

***Wagemann, E.:** Der neue Balkan. Altes Land, junge Wirtschaft. Hamburg: Hanseat. Verl.-Anst. (1939). 144 S. mit Kt. 8°. 3,60 RM.

Weingärtner, A.: Das Rumänentum als Volk und Staat. In: Nation u. Staat. Jg. 12, 1939, 6/7. S. 381–390.

***Wolff, H.:** Die Bevölkerungsentwicklung der deutschen Volksgruppen in Europa. (Diss. Erlangen.) Erlangen-Bruck 1938: Krahl. 136 S. 8°.

Wüsch, J.: Der volksbiologische Kampf der Deutschen in Südslawien. In: Baltische Mhe. Jg. 1939, 3. S. 157 bis 163.

Zepnick, K.: Die geopolitische Stellung Italiens im Mittelmeerraum. In: Sudetend. Schule. Jg. 13, 1939, 9. S. 292–302.

Asien

Geiler, H. F.: Das Autarkiestreben im Yen-Block. In: Dt. Lebensraum. Jg. 6, 1939, 10. S. 254–257. — Die Konsolidierung d. ostasiatischen Großraumes.

Malik, A. R.: Probleme des Britischen Empires in Indien — von einem Inder gesehen. In: Geist d. Zeit. Jg. 17, 1939, 5. S. 352–359.

Maull, O.: Zur Lage in Ostasien. Geopolit. Bericht-erstattung. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 7, 1939, 7. S. 278 bis 282.

Schenke, W.: Vor neuen Entscheidungen? Entwicklung u. Ausblick d. Chinakrieges. In: Wille u. Macht. Jg. 7, 1939, 10. S. 23–29.

***Wenz, H.:** Das indische Reich. Leipzig: Goldmann (1939). 182 S., 1 Kt. 8° = Weltgeschehen. 3,50 RM.

Afrika

Austen, M.: Afrika — Raum ohne Volk. In: Dt. Lebensraum. Jg. 6, 1939, 4. S. 94–95.

***Europa blickt nach Afrika.** Hrgs. v. E. Barth von Wehrenalp. Mit zahlr. Abb. Leipzig: Lühse 1939. 356 S. gr.-8°. 7,— RM.; Lw. 8,60 RM.

— Der koloniale Raum S. 336–347.

Goltz, H. Frh. v. d.: Die Italiener in Tunis. In: Z. f. Politik. Bd. 29, 1939, 5. S. 328–344.

Heyer, B.: Eingeborenepolitik in Südwestafrika. In: Dt. Kolonial-Zeitung. Jg. 51, 1939, 6. S. 186–191.

Jenny, P.: Tunis. Vor Entscheidungen im Mittelmeer. In: Nationale Hefte (Zürich). Jg. 5, 1939, 10/11. S. 476 bis 471.

Kayser, K.: Die Eingeborenen-Arbeit als Problem der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur Deutsch-Ostafrikas. In: Geogr. Z. Jg. 45, 1939, 4. S. 121–138.

Kluge, W.: Die Inderfrage in Afrika. In: Dt. Kolonial-Dienst. Jg. 4, 1939, 6. S. 154–160.

Krause, K.: Die verkehrsgeographische Erschließung der Sahara. In: Geogr. Anz. Jg. 40, 1939, 7. S. 155 bis 159.

***Krüger, Karl:** Südafrika. Berlin: VDI-Verl. (1938). 76 S. mit Fig. u. Kt., 5 Bl. Abb. 8°. 4,— RM.

***Meier, Dieter:** Die Stellung von Tunis in der Völkerrechtsgemeinschaft. (Diss. Hamburg.) Hamburg: Hansischer Gildenverl. 1939. 42 S. gr.-8° = Studien zur europ. Geschichte. Reihe B, H. 1. 2,40 RM.

Plett, G.: Die wehrgeographische Lage Tunesiens. In: Afrika-Rundschau. Jg. 4, 1939, 12. S. 309–311.

***Schmieder, O. u. H. Wilhelmy:** Die faschistische Kolonisation in Nordafrika. Mit 23 Kt. u. 39 Abb. Leipzig: Quelle u. Meyer 1939. 204 S. gr.-8°. Lw. 6,80 RM.

Australien

Geister, W.: Australien und Ozeanien (1928–1937). In: Geogr. Jb. Jg. 63, 1938, 2. Halbbd. S. 566–630.

— Sammelreferat mit Bibliographie.

Staatenswirtschaft

Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Arnold Seifert, Berlin

1939

August/September

III. Jahrg. Nr. 4/5

HELMUTH WOHLTHAT:

Neue Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Verrechnungsverkehrs

Vor zwei Jahren habe ich an dieser Stelle ¹⁾ der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die staatliche Lenkung der Außenwirtschaft trotz der zahlreichen Hemmungen auf politischen und wirtschaftlichen Gebieten sehr wohl zu nützlichen und praktischen Formen des zwischenstaatlichen Warenaustausches entwickelt werden kann. Die Gestaltung des deutschen handelspolitischen und Verrechnungssystems in den letzten zwei Jahren hat diese Ansicht bestätigt. Obgleich Deutschland an dem Verrechnungsverkehr keineswegs mit dogmatischer Starrheit festhalten würde, wenn es etwas Besseres an seine Stelle setzen könnte, so hat es sich doch bemüht, aus dieser ihm als Schuldnerstaat seit 1931 aufgenötigten Organisationsform des Handels- und Zahlungsverkehrs fast alles herauszuholen, was sich unter den schwierigen Bedingungen der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise erreichen ließ. Gerade in diesen letzten zwei Jahren hat es sich gezeigt, daß der Verrechnungsverkehr keineswegs so kompliziert und unelastisch zu sein braucht, wie es seine Kritiker anfänglich hingestellt haben.

Die wachsende Elastizität des deutschen Systems der Verrechnungsverträge zeigt ein allgemeiner Überblick. Die deutsche Devisenbewirtschaftung ist im Jahre 1931 (nach dem Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt und den umfangreichen und in einem kurzem Zeitraum erfolgenden Zahlungen an die Gläubigerländer) zunächst in der Hauptsache eingeführt worden, um den ungehemmten und unregelmäßigen Transfer von Zahlungsmitteln in das Ausland zu verhindern. Die in dieser Zeit abgeschlossenen Verrechnungsabkommen mit Ländern, die zum Teil ihrerseits eine Devisenbewirtschaftung einführen mußten, hatten im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der deutschen aktiven Handelsbilanz die Aufgabe, den *status quo* des laufenden Devisenanfalls möglichst sicherzustellen. Die Vereinbarungen mit den Gläubigerländern sahen vor, daß ein Teil des deutschen Exporterlöses für die Zahlungen des Kapitalverkehrs diene. Erst als die nationalsozialistische Regierung seit 1933 die deutsche Volkswirtschaft vor neue Aufgaben stellte

1) Helmuth Wohlthat: Die staatliche Lenkung der Außenwirtschaft, *Staatenswirtschaft* I, 1; Juli 1937, S. 589.

und sich der deutsche Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln im Zuge des ersten Vierjahresplanes (Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Wehrfreiheit und Aufrüstung) entscheidend verändert und vergrößerte, erhielten die Devisenbewirtschaftung und die Technik des Verrechnungsverkehrs allmählich einen neuen Charakter. In enger Verknüpfung mit der inneren Wirtschaftslenkung wurden sie jetzt — endgültig nach Einführung des „Neuen Planes“ im September 1934 — mit einer umfassenden Ein- und Ausfuhrkontrolle gekoppelt und wurden dadurch zu Instrumenten einer aktiven, in erster Linie auf die Sicherung des deutschen Einfuhrbedarfs an Lebensmitteln und Rohstoffen gerichteten Außenwirtschaftslenkung. Bekanntlich spiegelt sich dieser Umschwung auch in der deutschen Außenhandelsstatistik wider, die zwischen 1931 und 1933 die Ausfuhr, danach aber die Einfuhr deutlich „in Front“ erkennen läßt.

Die Außenwirtschaftslenkung vollzog sich in verschiedenen Formen. Vor allem schränkte Deutschland die Einfuhr entbehrlicher Waren immer mehr ein und verminderte die Ausfuhr lebenswichtiger Rohstoffe. An diesen Maßnahmen haben Devisenbewirtschaftung und Verrechnungsverkehr nur indirekt oder in der Ausführung mitgewirkt. Ihren entscheidenden Beitrag haben sie in anderer Beziehung geleistet. Einmal konnten mit ihrer Hilfe die Bezugsländer für die wichtigsten Rohstoffe und Nahrungsmittel in den zahlreichen Fällen gewechselt werden, in denen es auf Grund der schwierigen Devisenlage erforderlich wurde, diejenigen Handelspartner, die nur gegen Bezahlung in freien Devisen liefern wollten, durch „Verrechnungsländer“ zu ersetzen. Daß diese einschneidenden Umstellungen im deutschen Außenhandel, von denen vor allem der Warenverkehr mit Südamerika und Südosteuropa Nutzen zog, gelungen sind, ist zweifellos in erster Linie das Verdienst der Anwendung verschiedener Formen des Verrechnungsverkehrs. Durch den Grundsatz der Gegenseitigkeit wurde mit der Ausdehnung der deutschen Käufe gleichzeitig auch eine Möglichkeit der Bezahlung mit deutschen Ausfuhrwaren geschaffen¹⁾. Darin ist gleichzeitig das zweite Verdienst des Verrechnungsverkehrs eingeschlossen: Durch den Grundsatz der Gegenseitigkeit und die durch seine Anwendung hervorgerufene außenwirtschaftliche Anpassung Deutschlands und seiner Handelspartner an die beiderseitigen Wünsche wurde die deutsche Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen weit wirksamer gesichert, als es unter den obwaltenden Weltmarktverhältnissen und angesichts der deutschen Auslandsverschul-

1) Dabei verdient es — auch im Hinblick auf die unzutreffenden westeuropäischen Kommentare zur deutschen „Wirtschaftsoffensive“ in Südosteuropa — hervorgehoben zu werden, daß der Handel mit Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und der Türkei bis 1933 durchweg beträchtliche deutsche Ausfuhrüberschüsse auswies. 1931 waren infolge der Krise und des Übergangs der südosteuropäischen Staaten zur Devisenbewirtschaftung die deutschen Forderungen aus dem Warenverkehr und natürlich auch die Kapitalforderungen an diese Länder eingefroren. Die ersten Verrechnungsabkommen dienten daher der Auftauung dieser deutschen Guthaben und der Vermeidung neuer Aktivsaldoen zu deutschen Gunsten. Es ist also eine irreführende Behauptung, wenn gesagt wird, Deutschland habe den Verrechnungsverkehr gegenüber diesen Ländern nur „ausgeklügelt“ und „eingeführt“, um sie durch große Warenbezüge und Verrechnungsrückstände, die nicht anders als mit Käufen in Deutschland aufzulösen sind, in eine gewisse Abhängigkeit zu bringen. In Wirklichkeit ist der Verrechnungsverkehr eingeführt worden, als die Lage genau umgekehrt war. Vgl. Helmuth Wohlthat: Deutschlands Zahlungsverkehr mit den Staaten Südosteuropas, in: Wirtschaftsring, 11. Jahrg., 1. Heft, 7. 1. 1938, S. 7.

dung ohne Verrechnungsverkehr möglich gewesen wäre. Der Umfang des Warenverkehrs mit den „Verrechnungsländern“ konnte im Laufe der letzten Jahre außerordentlich gesteigert werden.

Freilich haben diesen Vorteilen auch Nachteile gegenübergestanden. Die Formen des Verrechnungsverkehrs haben für den einzelnen Kaufmann eine erhebliche Belastung in der praktischen Abwicklung der Geschäfte mit sich gebracht. Die Einrichtung und Unterhaltung der behördlichen Überwachungs- und Lenkungsverwaltung ist ebenfalls nicht ohne Einbußen an Elastizität des Warenaustausches möglich. Die einzelnen Abkommen mußten infolge der ständig wechselnden praktischen Erfordernisse des laufenden Handelsverkehrs fortgesetzt erneuert, abgeändert oder oder je nach den Veränderungen in der Struktur des Warenaustausches gänzlich umgebaut werden. Um diese Schwierigkeiten zu beheben, sind vielfach aus Vertretern beider Partnerländer zusammengesetzte Regierungsausschüsse gebildet worden, die sozusagen „in Permanenz wirksame Überwachungsorgane und Handelsvertragsgestalter“, man könnte sagen: die ersten zwischenstaatlichen Organe der Außenwirtschaftslenkung geworden sind. Diese und andere Erscheinungen müssen bei der Organisationsform der Verrechnung in Kauf genommen werden.

Aber obgleich die sich hieraus ergebenden Belastungen — besonders für die Geschäftswelt — keineswegs unterschätzt werden sollen, so ist doch ein anderer Nachteil von größerer grundsätzlicher Bedeutung. Der Verrechnungsverkehr bringt eine gewisse handelspolitische Starrheit mit sich, die sich aus der Notwendigkeit der Festsetzung der Höhe des Warenaustausches ergibt. Die beiden Handelspartner müssen sich darüber einigen, auf welcher Höhe der gegenseitige Verrechnungsverkehr ausgeglichen werden soll. Der Maßstab für diese Höhe kann nicht allein das Ausmaß der deutschen Abnahmebereitschaft sein; es muß vielmehr — sofern eine Bezahlung der deutschen Warenbezüge mit freien Devisen ausgeschlossen werden soll — als obere Grenze die Aufnahmefähigkeit des betreffenden Landes für deutsche Waren berücksichtigt werden; ferner müssen je nach Lage des Falles die Zahlungen des Kapitalverkehrs geregelt werden. Hieraus ergibt sich eine nicht unwesentliche Einschränkung der Elastizität des Systems, denn bei einem plötzlich auftretenden zusätzlichen Bedarf Deutschlands, etwa bei Ernteausfällen, bedarf es besonderer Vereinbarungen die entsprechenden Warenmengen aus den auf die vorher festgesetzte Höhe eingestellten Volkswirtschaften zu beziehen, sofern freie Devisen für solche Sonderkäufe nicht verwandt werden sollen.

Theoretisch liegt der Hauptnachteil dieser Starrheit aber darin, daß durch die Ausschaltung des Drei- bzw. Vieleckhandels ein weiteres Anwachsen des beiderseitigen Warenverkehrs über die vereinbarte Höhe hinaus auf Schwierigkeiten stößt. Die deutsche Außenhandelspraxis der letzten sechs Jahre gegenüber Südamerika und Südosteuropa hat diese Ansicht zwar nicht bestätigt, doch darf nicht übersehen werden, daß Deutschland und seinen Handelspartnern in diesen beiden Räumen günstige — zum Teil einmalige — Umstände zugute gekommen sind, die ursächlich nichts mit dem Verrechnungsverkehr zu tun haben. Südamerika und Südosteuropa — zwei für den deutschen Außenhandel typische Gruppen von Verrechnungsländern — sind durch den Zusammenbruch des internationalen Preisgefüges in der letzten Wirtschaftskrise mit am stärksten erfaßt worden. Vor Beginn der großen deutschen Käufe erzeugten sie einerseits — gemessen an der katastrophalen Schrumpfung ihres

Absatzes auf den Weltmärkten — Waren in solchen Mengen, daß sie mit einem befriedigenden Verkauf kaum rechnen konnten, andererseits besaßen sie Reserven ihrer agrar- und rohstoffwirtschaftlichen Produktionskapazität, die eine laufende Ausdehnung der deutschen Bezüge mit Hilfe von ständig erweiterten Abkommen zuließen. In beiden Räumen lag ferner ein durch die Wirtschaftskrise gehemmter, latenter Investitionsbedarf von ungewöhnlicher Stärke vor, der sich mit den ersten stimulierenden Wirkungen der deutschen Warenbezüge in Investitionen aller Art und einer „Industrialisierungswelle“ Luft machte. Einen solchen Bedarf konnte und kann die deutsche Produktionsmittelindustrie technisch in jeder Weise befriedigen. Einmalig war vor allem die günstige Lage Südamerikas und Südosteuropas bei der Verlagerung unter den deutschen Bezugsländern, z. B. für Baumwolle Brasilien statt USA., Nahrungsmittel Südosteuropa statt Niederlande, USA., Kanada usw. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, warum Deutschland zum Teil andere Handelswettbewerber in den neuen Bezugsländern aus dem Felde schlagen konnte. Als dauernder Vorteil dürfte auch zu werten sein, daß Deutschland auf Grund seiner inneren Marktordnung für landwirtschaftliche Produkte und seines laufenden Rohstoffbedarfs einen sicheren Absatz in Aussicht stellen kann.

Angesichts dieser besonders fördernden Umstände kann nicht behauptet werden, daß der Aufschwung des deutschen Handels mit den Verrechnungsländern das ausschließliche Verdienst des Verrechnungsverkehrs gewesen ist. Es muß andererseits aber auch anerkannt werden, daß der Verrechnungsverkehr in der Zeit eines so ausgesprochen bewegten Aufschwungs — (der Anteil des Altreichs an der südosteuropäischen Ausfuhr¹⁾ ist beispielsweise von 15,0 v. H. im Jahre 1933 auf 26,1 v. H. im Jahre 1937, der an der südosteuropäischen Einfuhr¹⁾ von 18,6 v. H. 1933 auf 32,6 v. H. 1937 gestiegen) — eine durchaus ausreichende Elastizität bewiesen hat. Die Verrechnungsrückstände zugunsten der Lieferländer sind in diesem Zusammenhange nur Ausdruck der verständlichen Tatsache, daß die Belebung der Nachfrage nach deutschen Waren notwendigerweise der deutschen Abnahme-Initiative nachfolgen mußte. Jedenfalls ist ihre Entstehung bei Betrachtung der Gesamtentwicklung kein Argument gegen die Brauchbarkeit des Verrechnungssystems.

Seine eigentliche Bewährungsprobe wird das Verrechnungssystem aber erst in neuerer Zeit zu bestehen haben, in der es sich besonders im Verkehr mit den südosteuropäischen Ländern in wachsendem Maße darum handeln wird, die weitere Ausdehnung des Warenaustausches nicht nur mit Hilfe noch größerer deutscher Käufe, sondern auch durch Beteiligung deutschen Kapitals anzustreben. Die gegenwärtig in Südosteuropa vorhandenen Produktions- und Ausfuhrkapazitäten dürften heute — von einzelnen Schwankungen im handelsstatistischen Bild abgesehen — im Rahmen des Möglichen weitgehend für die Belieferung des deutschen Marktes verwendet werden. Darüber hinausgehende Lieferungen an Deutschland und eine weitere Steigerung der Aufnahmefähigkeit für deutsche Waren hängen unter diesen Umständen im wesentlichen von einer Erhöhung des gesamten Entwicklungsstandes der betreffenden Volkswirtschaften ab. Gewiß ist das Maximum der möglichen deutschen Bezüge noch nicht erreicht, wohl aber befinden wir uns nahe an einem wirtschaftlichen Optimum; denn denjenigen Teil der südosteuropäischen Ausfuhr, der an andere Abnehmer geht, wollen diese Länder teils aus Devisengründen, teils

1) Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Türkei.

aus Gründen, die in der Eigenart, der Qualität der Ware oder in bestimmten Konsumsitten liegen, weiterhin möglichst auf anderen Märkten absetzen. Auch könnte Deutschland vielfach nur unter Verwendung beträchtlicher Mengen eigener Devisen die betreffenden Produktionsländer mit denjenigen Rohstoffen und Dienstleistungen versehen, die sie jetzt aus den Erlösen ihrer auf anderen als den großdeutschen Märkten abgesetzten Waren bezahlen. Daß Deutschland diesen Handel nicht stören will, ist zuletzt bei Gelegenheit des Abschlusses des deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages vom 23. März 1939 ausdrücklich festgestellt worden.

Nach Stabilisierung auf dem erreichten verhältnismäßig hohen Niveau wird in Südosteuropa der weitere Aufschwung des beiderseitigen Warenaustausches im Verrechnungsverkehr vorwiegend mit anderen Mitteln betrieben werden müssen. Zu den bisherigen Handels- und Verrechnungsformen, die im Interesse der Erhaltung des erreichten Niveaus beibehalten und ausgebaut werden, sollte sich in Zukunft immer stärker die planmäßige Zusammenarbeit mit deutschem Kapital und deutschen wirtschaftsorganisatorischen, land- und forstwirtschaftlichen, berg- und verkehrstechnischen Erfahrungen gesellen.

Deutsches Kapital hat sich in den letzten Jahren in Südosteuropa zunehmend der Erschließung neuer Nahrungs- und Rohstoffquellen gewidmet. Der Verrechnungsverkehr hat sich den daraus entstehenden Aufgaben gewachsen gezeigt. Dies will allerdings zunächst nicht viel besagen, das es sich meist um kleinere Aktionen handelte, die nur als Vorläufer einer planmäßigen gemeinsamen Erschließung zu betrachten sind. Der deutsche Versorgungsgesichtspunkt spielte bei ihnen die entscheidende Rolle. Jetzt handelt es sich jedoch darum, durch Kapitaleinschuß den Entwicklungs- und Leistungsstand der betreffenden Volkswirtschaft im ganzen zu heben, um mit der Hebung des Lebensstandards im Laufe der Jahre eine dauernde Erhöhung der Aufnahmefähigkeit für deutsche Waren zu erzielen. Das deutsche Interesse verbindet sich hier durchaus mit den Interessen der betreffenden Volkswirtschaften, wodurch der ganze Vorgang den Charakter von großangelegten zwischenstaatlichen *Development Campaigns* erhält, die notwendigerweise langfristig geplant werden müssen. Bekanntlich ist diese neue Aufgabe in dem bereits erwähnten deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag zum erstenmal umfassend in einem Mehrjahresplan für eine ganze Volkswirtschaft in Angriff genommen worden.

Eine derartige *Development Campaign* macht die Anpassung des verrechnungswirtschaftlichen Handelssystems an neue Aufgaben notwendig. Die nach wie vor angespannte deutsche Devisenlage läßt es nicht zu, die deutsche Kapitalbeteiligung im Rahmen solcher langfristigen Entwicklungsprogramme durch den Transfer von Finanzkapital durchzuführen. Infolgedessen bleibt nur der Weg des Sachkapitalexportes offen. Die Organisation des Sachkapitalexports wird so vereinbart werden müssen, daß durch die Kapitalgüterausfuhr der Ausgleich der Verrechnungskonten, über die der gesamte laufende Warenverkehr geht, nicht gestört oder gefährdet wird. Im deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag ist deshalb bestimmt worden (Artikel I), daß der verrechnungsmäßige Ausgleich des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs grundsätzlich erhalten bleiben soll und daß (Artikel III) die Regierungsausschüsse in der Entscheidung über die Ausführung der einzelnen Vorhaben das letzte Wort haben. Dadurch werden die normalen Bezüge deutscher Waren von der zusätzlichen Sachkapitaleinfuhr getrennt. Durch die Ein-

schaltung der aus Vertretern beider Regierungen zusammengesetzten Regierungsausschüsse wird nicht nur der gesamte Verrechnungsverkehr überwacht, sondern auch der Einsatz des Sachkapitals im Sinne der vereinbarten Pläne einheitlich gelenkt. Nur so dürfte es möglich sein, den beiderseitigen Handel auf dem erreichten Niveau zu erhalten und das deutsche Kapital für das Entwicklungsprogramm erfolgreich zu verwenden.

Der Verrechnungsverkehr hilft auf diesem Wege Aufgaben bewältigen, die über seine Anfänge weit hinausführen. Auf der Grundlage eines auf optimalem Niveau stabilisierten, gegenseitig ausgeglichenen Verrechnungsverkehrs, der langfristig Sicherheit und Ordnung in den laufenden Warenaustausch bringt, baut sich eine neue Erschließungsarbeit mit Sachkapital auf, die mit ihren späteren Erfolgen wiederum den Umfang der laufend getauschten Warenmengen durch eine planmäßig gelenkte neue Erzeugung weiter erhöhen soll.

HEINZ PENTZLIN:

Wirtschaftstraditionalismus und staatliche Lenkung in England

Im Wirtschaftsleben Großbritanniens treten in den letzten Monaten immer deutlicher die Wandlungen hervor, die sich als Folge der Umstellung auf die wehrwirtschaftlichen Erfordernisse mit den immer tiefer gehenden und weiter reichenden staatlichen Eingriffen und Regelungen ergeben. Das rasche Anwachsen des Umfangs der Rüstungsarbeiten hat die Wirtschaft vor eine neue Lage gestellt, in der aktive Maßnahmen des Staates zum Ausgleich von Spannungen und zur Vermeidung stärkerer Störungen unumgänglich geworden sind. Vor dieser Notwendigkeit kann niemand mehr, der die Entwicklung beobachtet, die Augen verschließen. Dadurch erhält die traditionelle englische Wirtschaftsauffassung einen schweren — und vielleicht ihren letzten — Stoß. Ihr Dogma, daß staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zu verwerfen sind und der Ausgleich von Spannungen am besten dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen bleibt, läßt sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr vertreten. Jeder, der im Wirtschaftsleben steht, fühlt oder sieht es, daß planmäßige organisatorische Maßnahmen zur Durchführung der Aufgaben, die der Wirtschaft Großbritanniens auferlegt sind, unbedingt notwendig sind. Der *Economist*, das maßgebliche Organ der Vertreter der liberalistischen englischen Wirtschaftsauffassung, schrieb schon im Herbst des vorigen Jahres (29. Oktober 1938), als er die Forderung nach einer Beschleunigung der Aufrüstung vorbrachte: „Wir müssen eine Organisation haben — eine freiwillige, wenn möglich, sonst eine zwangsmäßige.“ In der Zwischenzeit ist diese Erkenntnis weiter und weiter vorgedrungen. Die Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftler, die an ihre traditionellen Denkformen gewöhnt sind, sträuben sich jedoch noch dagegen, den Wandel, der sich immer offensichtlicher vollzieht, als etwas Endgültiges hinzunehmen. Man erkennt den Zwang zu organisatorischen Maßnahmen des Staates in der Wirtschaft wohl an; man möchte sich aber vielfach darauf beschränken, diesen Zwang nur als ein Ergebnis der besonderen gegenwärtigen Umstände anzusehen. So bezeichnet man die Entwicklungsphase, welche die Wirt-

schaft Großbritanniens jetzt durchschreitet, gern als „Halbkriegswirtschaft“ (*semi-war economy*) oder „Fastkriegswirtschaft“ (*near war economy*) und verbindet damit häufig die Vorstellung, daß bei einer Lösung der außenpolitischen Spannungen auf friedlichem Wege die staatlichen Maßnahmen der Wirtschaftslenkung wieder abgebaut werden können und wieder eine „Friedenswirtschaft“ mit freieren Formen hergestellt wird.

Doch je länger der gegenwärtige Zustand der „Halbkriegswirtschaft“ mit den zunehmenden Eingriffen des Staates im Wirtschaftsleben anhält, desto mehr tritt die traditionelle Denkweise gegenüber einer realistischen Beurteilung der Entwicklung zurück. Die führenden englischen Wirtschaftstheoretiker, unter denen vor allem J. M. Keynes zu nennen ist, haben bereits seit längerem die Beschränkung der Theorie auf die von Bindungen freie Wirtschaftsform aufgegeben. Forschungskreise, wie die Political and Economic Planning- (P. E. P.-) Gruppe, versuchen, eine neue Betrachtungsweise, welche die Probleme gerade in der Erfassung und Untersuchung der organisatorischen Maßnahmen in der Wirtschaft sieht, zur Durchsetzung zu bringen. Die meisten politischen Organisationen stellen mit ihren Forderungen nach der Umgestaltung der sozialen Verhältnisse für die Wirtschaftspolitik Richtlinien und Pläne auf, die fast durchweg staatliche Lenkungsmaßnahmen — so verschieden das Ausmaß und die Ausrichtung dieser Lenkungsmaßnahmen auch gedacht sein mag — vorsehen. In der breiten Öffentlichkeit ist nach dem Eingreifen des Staates mit Hilfsmaßnahmen in den Jahren der Weltwirtschaftskrise in gewissem Umfange staatliche Wirtschaftskontrolle und -lenkung eine Selbstverständlichkeit geworden, während gleichzeitig unbeschadet dessen die traditionellen Denkformen beibehalten werden. Vertreten wird die liberalistische Wirtschaftsauffassung hauptsächlich in einem Teil der Wirtschaftspresse und der Tagespresse. Sie geht hier häufig merkwürdige Verbindungen mit neuen Vorstellungsweisen über die Vertretbarkeit und Zweckmäßigkeit staatlicher Wirtschaftslenkung ein. Dies zeigt sich besonders krass, wenn man die Urteile über staatliche Wirtschaftsmaßnahmen in Großbritannien und anderen Ländern vergleicht. So vertritt ein Blatt mit aller Stärke die Losung *Buy British* und erklärt es als einen unfairen Verstoß gegen die Wirtschaftsgesetze, wenn ein anderes Land gleichfalls seine heimische Industrie gegen ausländischen Wettbewerb schützen will. Man ließ einen Entrüstungssturm wehen, als die britische Regierung Getreide, das sie in Rumänien gekauft hatte, auf ausländischen Schiffen verfrachten ließ (als keine britische Tonnage zur Verfügung stand!), und ist ebenso empört, wenn andere Regierungen ihre eigenen Schiffe für die Transporte ihrer Einfuhren bevorzugen. So werden — die Beispiele hierfür lassen sich hundertfach anführen — bei der Beurteilung der staatlichen Wirtschaftsmaßnahmen des eigenen Landes allmählich neue Maßstäbe (die im einzelnen noch unklar und schwankend sind) angelegt, während man für die Beurteilung — oder richtiger: Verurteilung des Vorgehens der Regierungen anderer Länder die überlebten dogmatischen Maßstäbe der liberalistischen Wirtschaftsauffassung zur Anwendung bringt.

Die Hochburg der traditionellen Denkweise, die sich gegen die Anerkennung neuer Auffassungen sträubt und ihr orthodoxes Urteil über die angeblich unbe-

dinglichen Vorteile der „freien“ Wirtschaft weiter vertreten haben will, ist die Londoner City, als Inbegriff der englischen Finanz und des mit ihr verbundenen internationalen Großhandels. Hier in der City erfuhr die liberalistische Wirtschaftstheorie ihre Formung, die in den Schriften des Bankiers Ricardo ihren klarsten Ausdruck gefunden hat. Jahrzehnte vergingen, bis die Denkweise der City für die englische Wirtschaft als Ganzes maßgeblich wurde. Es sind gerade 100 Jahre her, als mit der *anti corn law*-Bewegung die Propaganda zur Gewinnung der Industrie für die Durchsetzung der liberalistischen, von staatlicher Einmischung freien Wirtschaftsform einsetzte. Die Kaufleute und Industriellen der Grafschaft Lancashire mit seiner Hauptstadt Manchester, die nach den Londoner Finanz- und Handelsherren am stärksten am Außenhandelsgeschäft interessiert waren, stellten die ersten Bundesgenossen, bis danach weitere Kreise der Industrie gewonnen und mit dem Fall der Getreidezölle 1846 der Weg für die Entwicklung der liberalistischen Wirtschaftsform frei wurde. Dank des Vorsprungs, den die englische Industrie vor anderen Ländern hatte, und vor allem dank der Finanzkraft der Londoner City war England „im freien Spiel der Kräfte“ seinen Wettbewerbern überlegen und konnte seine Stellung als führendes Industrie- und Welthandelsland unter diesen Bedingungen ausbauen, während im Innern des Landes der von öffentlichen Kontrollen und Bindungen frei gewordene Industriekapitalismus Reichtümer anhäufen konnte, im Vergleich zu denen die Vernichtung der Landwirtschaft und die Verelendung der Massen in den Slums der emporschießenden Großstädte und der Kohlenreviere nicht sehr hoch veranschlagt wurden. Doch in dem Jahre 1839, welches das Hervortreten der Freihandelsbewegung brachte, hatte sich gleichzeitig mit der Chartisten-Bewegung in der Arbeiterschaft ein Gegenspieler angemeldet. Der Zeitstimmung entsprechend waren die in „Charta“ vorgelegten Forderungen als Freiheitsrechte der unterdrückten Klasse formuliert. Notwendigerweise mußten aber die Bestrebungen der Arbeiterschaft schließlich auf die Wiedereinführung von Bindungen für die Wirtschaft hinauslaufen. Ihre Hauptforderung nach der Sicherung eines angemessenen Lohnes steht völlig im Gegensatz zu der liberalistischen Wirtschaftsdenkweise, welche den Lohn als „Preis der Arbeit“ ebenso dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen will wie den Preis jeder Ware. In langwierigem Kampf konnte die englische Arbeiterschaft im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts und den Jahren vor dem Weltkriege die Durchsetzung einiger ihrer Forderungen erreichen. Gleichzeitig erfuhr die liberalistische Wirtschaftsform auch auf anderen Gebieten Einengungen. Die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und die tiefgreifenden sozialen Umschichtungen machten einen Ausbau der Staatsverwaltung notwendig. Es waren gerade Regierungen der Liberalen Partei, die im Gefolge von Reformmaßnahmen den staatlichen Verwaltungsapparat mit seiner Bürokratie vergrößerten und seine Vollmachten erweiterten. In einem gewissen ideologischen Gegensatz zum Wirtschaftsliberalismus entwickelte sich der britische Empire-Imperialismus, der den Bereich des Freihandels auf das Empire beschränkt haben wollte.

Alle diese Vorgänge erschütterten jedoch nicht die Anerkennung der liberalistischen Wirtschaftstheorie, welche für die englische Wirtschaftsauffassung bestimmend wurde und sich bei dem Traditionalismus englischer Denkweise bisher in dieser Stellung hat behaupten können. Hierin hat selbst der Weltkrieg keinen

grundsätzlichen Wandel gebracht, obwohl sich während des Krieges das Bild der englischen Wirtschaft sowohl in der Binnenwirtschaft wie der Außenwirtschaft weitgehend gewandelt hat. Die weitgehende Organisation der Wirtschaft, die im Laufe des Krieges ausgebaut worden war, konnte nicht wieder völlig rückgängig gemacht werden, zumal die Arbeiterschaft in den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen Schritte auf dem Wege zu der sozialistischen Wirtschaftsordnung sah, die sie anstrebte und ihre gewachsene politische Geltung für die Beibehaltung der stärkeren staatlichen Einflußnahme in der Wirtschaft einsetzte. So blieb die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben nach dem Weltkriege ungleich größer als vorher. Die Sozialgesetzgebung war stärker ausgebaut, und der Staat hatte — um nur einige der wichtigsten Beispiele zu nennen — maßgeblichen Einfluß im Transportwesen, Häuserbau, der Elektrizitätswirtschaft. Für die „Schlüsselindustrie“ wurden Schutzzölle geschaffen, die im Kriege ausgebaut worden waren.

Betrachtet man den Verlauf der Entwicklung von den Nachkriegsjahren bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, so ergibt sich im einzelnen ein widerspruchsvolles Bild. In der Binnenwirtschaft steht die Arbeiterschaft im Kampf um die Verbesserung ihrer Stellung, der häufig von den Gewerkschaften als bloßer individualistischer Lohnkampf geführt wird, im ganzen aber auf eine Ausweitung der öffentlichen Wirtschaftslenkung hinausläuft. Der Verlauf dieses Kampfes ist schwankend und bringt der Arbeiterschaft nach der Niederlage im großen Kohlenstreik von 1926 einen schweren Rückschlag. In der Außenwirtschaft stehen die Bestrebungen, die auf eine Rückkehr zu den freieren Handelsmethoden der Vorkriegszeit mit freier Goldwährung abzielen, den Forderungen nach Schutzzöllen und engerer Ausgestaltung der Empirebeziehungen gegenüber. Es ist hierbei eigenartig, zu sehen, wie sich bei der mangelnden Einsicht in die Zusammenhänge zwischen binnen- und außenwirtschaftlicher Lenkung — einer Einsicht, welcher teilweise die traditionelle liberalistische Wirtschaftsauffassung den Weg verstellt — in diesen Auseinandersetzungen um Freizügigkeit oder Lenkung die Gruppierungen auf dem Felde der Binnenwirtschaft und Außenwirtschaft überkreuzen. Die City, die um die Rückkehr zu den Freihandelsformen bestrebt ist und sich bemüht, der Goldwährung im internationalen Wirtschaftsverkehr wieder Geltung zu verschaffen, findet hier ihren Bundesgenossen in der Arbeiterpartei. Es ist Snowden, der als Schatzkanzler der Arbeiterregierung 1923 die MacKenna-Zölle außer Kraft setzt (die später von Winston Churchill wiederhergestellt werden). William Graham als Präsident des Handelsamtes der späteren Regierung der Arbeiterpartei predigt noch im Jahre 1929, als überall die Zollmauern emporschießen und die Einfuhrkontingentierungen in großem Umfange einsetzen, in Genf die Rückkehr zum Freihandel.

Während der Kampf der City und ihrer Bundesgenossen um die Wiederherstellung des Freihandels scheitert, konnte sie bei ihren Bemühungen um die Wiederherstellung der Goldwährung zeitweilig einen Teilerfolg erringen. Nach einer Reihe mühsamer, mit machtpolitischen Auseinandersetzungen belasteter internationaler Konferenzen konnte England mit Unterstützung der Vereinigten Staaten einem System von Golddevisenwährungen zur Entstehung verhelfen, in welchem man einen Ersatz für das Goldwährungssystem der Vorkriegszeit gefunden glaubte. Für das englische Pfund wurde 1925 unter Winston Churchill als Schatzkanzler die

Rückkehr zur Vorkriegsgoldparität vollzogen. Dieser Vorgang hat seine denkwürdige Parallele in der Wiederherstellung des Goldstandards nach den napoleonischen Kriegen, für welche David Ricardo in dem Bericht der Bullion-Kommission von 1810 die Begründung gegeben hat, deren Schlüsse die Dogmen für die traditionelle englische Währungstheorie wurden. Doch während nach den napoleonischen Kriegen dank der Ausweitung des internationalen Wirtschaftsverkehrs die Folgen der Rückkehr zum Goldstandard mit der Erhöhung der inneren Verschuldung verhältnismäßig leicht überwunden werden konnten, brachte dieser Schritt bei der Verengung der Entwicklungsmöglichkeiten für den zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr nach dem Weltkriege eine schwere Belastung. Unter den Einwirkungen der Weltwirtschaftskrise mußte England 1931 schließlich wieder die Aufgabe des Goldstandards erklären. Diese Maßnahme war in ihrer Bedeutung weit mehr als eine währungspolitische Entscheidung; denn das Abgehen vom Goldstandard brachte eine schwere Erschütterung des traditionellen Wirtschaftsdenkens. Ein englischer Publizist, der gerade in liberalistischen Kreisen seine Leser findet, sagt dazu, daß mit der Aufgabe des Goldstandards das „19. Jahrhundert“ beschlossen wurde und danach eine neue Zeit einsetzt.

Dieser Erschütterung folgte noch keine Neuausrichtung oder Neuformung des Wirtschaftsdenkens. Dafür setzte jetzt aber eine stärkere staatliche Betätigung in der Wirtschaft ein. Jahre hindurch hatte man die strukturellen Schädigungen der Wirtschaft Großbritanniens durch die Wandlungen des Weltkrieges mit den schweren Verlusten für den Kohlenbergbau, die Werften, die Handelsflotte und die Textilindustrie hingenommen und sich mit einigen Behelfsmaßnahmen zur Linderung der schlimmsten sozialen Nöte in den betroffenen Wirtschaftszweigen begnügt. Nach langwierigen Auseinandersetzungen waren schließlich die gesetzlichen Voraussetzungen für die Schaffung von Zwangsverbänden im Bergbau geschaffen und eine Aktion zur Verschrottung überschüssiger Werftanlagen geschaffen und daneben auch Maßnahmen zur Marktregelung für die Landwirtschaft eingeleitet. Doch alles dies blieb im Grunde Stückwerk, und man setzte immer noch seine Hoffnung darauf, daß im Zuge eines Aufschwunges die „Selbstheilungskräfte“ der Wirtschaft eine Überwindung der Notstände herbeiführen würde. Als aber auf dem Krisentiefpunkt die Aufgabe des Goldstandards erfolgt war, setzten sich die Kreise durch, die gegenüber dem bisherigen Gehenlassen aktive Maßnahmen des Staates zur Durchführung brachten. Das Absinken des Pfundkurses schuf einen erwünschten Schutz für die heimische Industrie gegen ausländischen Wettbewerb, der noch weiter ausgebaut wurde. Das Jahr 1932 brachte mit den Ottawa-Vereinbarungen eine weitere Ausgestaltung der handelspolitischen Regelungen mit einer Förderung der Ausfuhr nach den Empireländern. Die landwirtschaftliche Marktregelung wurde — teilweise im Zusammenhang mit den Ottawa-Vereinbarungen — stärker ausgebaut. Für die Notstandsgebiete wurden planmäßige Standortsverlagerungen und Umsiedlungen eingeleitet. Für den Schiffbau und die Schifffahrt wurden hohe Finanzbeihilfen bereitgestellt und vieles mehr. Bei allen diesen Maßnahmen ist eine Tendenz von anfänglich reiner — oder hauptsächlichlicher — Krisenhilfe zu gestaltender Wirtschaftslenkung unverkennbar.

Diese Zunahme der staatlichen Wirtschaftslenkung hat jetzt durch die Ver-

stärkung der Aufrüstung eine unvorhergesehene Verstärkung erfahren. Der Staat hat mit den Rüstungsarbeiten für die Industrie Großbritanniens eine Stellung als Auftraggeber gewonnen, die schlechthin für die Entwicklung entscheidend geworden ist. Die Finanzierung der Rüstung hat das Budget auf den Umfang der Kriegsjahre anschwellen lassen und erfordert eine Regelung des Kapitalmarktes zur Sicherung der Deckung des staatlichen Anleihebedarfs. Um den Kapitalabfluß ins Ausland einzudämmen, ist der zwischenstaatliche Kapitalverkehr eingeeengt worden. Für die Schifffahrt und den Schiffsbau ist ein Programm aufgestellt worden, das nach außen als Hilfsaktion für diese Wirtschaftszweige hingestellt wird, das im Grunde aber rein von wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt ist. Die Spannungen, die sich aus dem gesteigerten Rüstungsbedarf auf verschiedenen Gebieten in der Wirtschaft ergeben, lassen noch weitere Lenkungs- und Regulationsmaßnahmen, wie vor allem auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes, der Materialverwendung und auch auf dem Gebiet des Außenhandels erwarten. Hier spielt besonders noch mit, daß sich die handelspolitischen Methoden, die von den autoritären Staaten entwickelt worden sind, vielfach bewährt und in einigen Fällen, wie in Südosteuropa, zu einer Zurückdrängung des englischen Handels geführt haben und man bemüht ist, diese Verluste auszugleichen, auch wenn man dabei seine Methoden, die man solange als unbedingt richtig hingestellt hat, aufgeben muß.

Bei allen Maßnahmen, die man zur Lenkung und Umstellung der Wirtschaft auf die Erfordernisse der Aufrüstung ergreift, ist man bemüht, nach Möglichkeit einen krassen Bruch mit der traditionellen Wirtschaftsdenkweise zu vermeiden, und sucht die neuen Methoden der Auffassung des an den überlieferten Formen festhaltenden Engländer anzupassen. Aus diesem Grunde möchte man, soweit es nur geht, alles vermeiden, was nach unmittelbarem Zwang aussieht. „Freiwillige Organisation“ ist das große Schlagwort. Und in der Tat werden viele organisatorische Maßnahmen über den Weg einer scheinbaren Freiwilligkeit getroffen. Doch dahinter stehen, wie jeder weiß, für den Bedarfsfall stärkere staatliche Druckmittel. Mit dem neuen Gesetz über die Errichtung des Materialbeschaffungsministeriums, das die Auftragsvergebung vom Kriegsministerium übernimmt und einen Ausgleich zwischen den Anforderungen der verschiedenen Wehrmachtsteile und anderen staatlichen Stellen schaffen soll, hat sich die Regierung Vollmachten geben lassen, die ihr praktisch diktatorische Befugnisse über die Wirtschaft verleihen. Doch schon vorher haben sich schwerlich Vertreter den Anforderungen staatlicher Stellen, auf dem Wege der „Freiwilligkeit“ die geforderten Maßnahmen durchzuführen, widersetzt, sondern höchstens versucht, eine Abänderung der Forderungen nach den besonderen örtlichen und sachlichen Verhältnissen zu erreichen. So haben, um nur ein Beispiel anzuführen, von sämtlichen Wirtschaftszweigen, die mit Rüstungsaufträgen beschäftigt sind, allein die Maschinenbaufirmen — unter Anführung wichtiger Gründe — dem Finanzausschuß des Parlaments eine Kontrolle ihrer Kosten und Gewinne verweigert. Diese scheinbare Freiwilligkeit der Durchführung der vom Staate geforderten Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen bedingt vielfach eine große Umständlichkeit des Verfahrens, und es wird bei einem Fortdauern der Aufrüstung vielfach nur als eine Frage der Zeit angesehen, wann sie durch ein mehr unmittelbares Vorgehen abgelöst wird.

Die Haltung der englischen Wirtschaft gegenüber dem Vordringen der staatlichen Lenkung in allen Gebieten ist nicht einheitlich und kaum von grundsätzlichen Erwägungen, sondern fast durchweg von der augenblicklichen Interessenlage bestimmt. Die Lancashire-Textilindustrie, aus deren Reihen einst die Vorkämpfer für die Durchsetzung der liberalistischen Wirtschaftsform hervorgingen, begrüßen das Gesetz, das diesen Wirtschaftszweig durchgehend organisiert, und nur die Textilhandelsfirmen, die sich hiervon in ihren Gewinnmöglichkeiten betroffen fühlen, erheben Einwendungen, für deren Begründung natürlich in diesem Falle die Dogmen der traditionellen Wirtschaftsauffassung Dienste leisten. Das gleiche läßt sich überall beobachten. Wer Vorteile, sei es durch unmittelbare Gewinnsteigerungen oder sei es durch Sicherungen, erreicht, nimmt die neuen Regelungen hin, während diejenigen, die sich betroffen fühlen, den Eingriff in ihre Interessensphäre als grundsätzlich verfehlte Maßnahme hinstellen wollen. Bei der individualistischen Einstellung des Engländers, die jedem Vorgehen des Staates mit Mißtrauen begegnet, fühlt man in der gegenwärtigen Entwicklung natürlich eine Bedrohung der bisherigen Lebensformen und möchte im ganzen das Vordringen der staatlichen Betätigung in der Wirtschaft bald aufgehalten sehen. Es ist für die englische Denkweise bezeichnend, daß hierbei die Bestrebungen der Unternehmer und Arbeiterschaft in gleicher Richtung gehen. Während die Durchführung von Rüstungsarbeiten eine planmäßige Regelung des Arbeitseinsatzes immer dringender angezeigt sein läßt, suchen die Gewerkschaften eine Entscheidung hierüber zu verschleppen und erfahren darin zum Teil eine Unterstützung von den Unternehmern. Beide Parteien ziehen es vor, sich die Freiheit für die Durchsetzung ihrer Interessen mit ihren eigenen Machtmitteln zu wahren, als sich der Lenkung des Staates zu unterwerfen.

In solchen Fällen zeigt sich deutlich, wie tief die individualistische Denkweise im Engländer noch verwurzelt ist. Hieraus ergeben sich die Hemmungen für eine Neuformung der Wirtschaftsauffassung. Die Dogmen der traditionellen liberalistischen Denkweise sind heute auch in England überlebt. Es zeigt sich aber noch keine richtungsweisende Neuformung des Wirtschaftsdenkens. Die Arbeiten des Praktikers stehen völlig unter dem Zwang des Augenblicks, der die Erfüllung der vordringlich gewordenen Anforderungen der Aufrüstung verlangt. Daß diese Arbeiten zugleich zu einer planmäßigen Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialstruktur geleitet werden, wird als Forderung erhoben. Doch es erhebt sich die Frage, ob diese Forderung ohne vorherige Umstellung der Wirtschaftsauffassung zur Verwirklichung kommen kann.

ERNST FERBER:

Von der Ordnung im Innern zur Ordnung der Außenwirtschaft

Eine Ordnung des inneren Marktes ermöglicht heute auch eine Ordnung der Einfuhr, und diese Ordnung bedingt auch eine Ordnung der Ausfuhr dergestalt, daß beide aufeinander abgestimmt und miteinander verkoppelt werden können. Man kommt damit zurück auf jene Sicherung der Bezugsquellen und Absatzmärkte, wie sie in vorkapitalistischer Zeit gang und gäbe war.“ Diese Sätze aus einer Rede des

Reichsernährungsministers Walther Darré sind charakteristisch für die Neugestaltung des Außenhandels, wie sie sich seit einigen Jahren anbahnt. Nicht nur die Binnenwirtschaft wird in zunehmendem Maße staatlich gelenkt, auch der Außenhandel wird nicht mehr um seiner selbst willen getrieben, sondern richtet sich nach den Einfuhrbedürfnissen der Nationalwirtschaften: der Sinn des Außenhandels wird primär in der Einfuhr, in der Versorgung gesehen.

Darin liegt auch die tiefere Bedeutung der Verrechnungs- und Zahlungsabkommen. Sie tragen mit dazu bei, Einfuhr und Ausfuhr aufeinander abzustimmen. Die Anhänger der Freihandelslehre sehen nur die Beschränkungen, die sie mit sich bringen. Sie sehen dagegen nicht die Ordnungselemente, die ihnen innewohnen. Tatsächlich sind die Verrechnungs- und Zahlungsabkommen außenhandelspolitische Ordnungsfaktoren allerersten Ranges. Denn über die Angleichung von Einfuhr und Ausfuhr, den Bilanz- und Länderausgleich hinaus dienen sie der Stabilität der Austauschbeziehungen, ermöglichen sie, daß die Nationalwirtschaften, die solche Abkommen schließen, auf weite Sicht disponieren können, gestatten sie schließlich, daß gerechte Preise gezahlt werden.

Was machen dagegen beispielsweise die Vereinigten Staaten? Sie stehen auf dem Boden des Freihandels und der Meistbegünstigung. Aber während Deutschland 1938 trotz seiner Verrechnungs- und Zahlungsabkommen der Welt mehr abgekauft hat als im Jahre vorher, haben die Vereinigten Staaten allein im ersten Halbjahre 1938 ihre Einfuhr um mehr als 1800 Mill. RM. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres verringert. So sieht die nordamerikanische „Handelsfreiheit“ vom Standpunkt des Handelspartners aus! Ihn trifft eine Depression zuerst, weil sofort die Einfuhr eingeschränkt, die Ausfuhr aber forciert wird. Dabei sei die Politisierung der Außenhandelsbeziehungen — im Gegensatz zur politisch eindeutig bestimmten nationalwirtschaftlichen Linie — durch die USA., die neuerdings ihren weithin sichtbaren Niederschlag in der Kündigung des Handelsvertrages mit Japan gefunden hat, nur angedeutet.

Nach dem deutschen Standpunkt muß dem Handelspartner eine Disposition auf weite Sicht möglich sein; er soll mit stabilen Erlösen rechnen können. Nur diesem Umstand verdankt z. B. die südosteuropäische Landwirtschaft ihre Rettung und Blüte. Denn genau so wie die nationalsozialistische Staatsführung den Preis der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Innern unabhängig von den Weltmarktpreisen gestaltet hat, um auch die Landwirtschaft am industriellen Fortschritt teilhaben zu lassen, stellt sie sich auf den Standpunkt, daß für ihre Lebensmittel- und Rohstofflieferanten nicht die Weltmarktpreise maßgeblich sein sollen, deren Grundlage vielfach Sklaven- und Kulilöhne sind. „Wir gehen“, sagt Reichsernährungsminister Darré, „bewußt von diesem Wahnsinn ab und kommen so bei unseren Einkäufen zu einer Elastizität in der Preisstufung entsprechend dem Kulturstand des betreffenden Landes.“

Durch die laufend zusammentretenden Regierungsausschüsse, in denen die Vertreter beider Regierungen sitzen, und die gemischten Ausschüsse auf berufsständischer Grundlage, wie sie beispielsweise auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiete bestehen, wird ferner nicht nur eine gute wirtschaftskameradschaftliche Atmosphäre geschaffen, sondern auch die nötige Anpassung an neue Verhältnisse in den Austauschbeziehungen gefördert. Vor allem tragen sie dazu bei, daß über die Ordnung der Preise und Märkte auch eine Ordnung der Erzeugung der Partner verwirklicht wird. Es werden tunlichst nur Erzeugnisse ausgetauscht und erstellt, die den Nationalwirtschaften fehlen. So haben sich die südosteuropäischen Staaten weitgehend auf die Lieferung solcher Rohstoffe und Nahrungsmittel eingestellt, an denen wir Mangel leiden, während wir ihnen besonders die Maschinen

und Anlagen zur Erschließung ihrer Rohstoffquellen und zur Ausweitung ihrer einheimischen Industrie auf der Grundlage der vorhandenen Rohstoffe liefern.

Diese Vorteile der Verrechnungs- und Zahlungsabkommen gegenüber dem Freihandel und der Meistbegünstigung wiegen ihre Nachteile bei weitem auf, weil sie es ermöglichen, Ordnung in das Gestrüpp der Austauschbeziehungen zu bringen. So sehr daher auch an der Vereinfachung der technischen Handhabung der Abkommen gearbeitet werden muß, an eine Rückkehr zu den alten Formen des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs kann ernstlich nicht mehr gedacht werden. Es fehlen dafür jegliche wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Aber auch noch in anderer Hinsicht kommt allmählich in den Außenhandel mehr Ordnung. Wir meinen die Herausbildung von Großwirtschaftsräumen, die in der Lage ist, dem Außenhandel seine frühere Gefährlichkeit zu nehmen. Denn den großen Nationalwirtschaften, besonders soweit sie stark auf die Einfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe angewiesen sind, muß es darauf ankommen, daß diese Bezüge auch jederzeit gesichert sind. Anders ist es bei den nicht lebensnotwendigen Gütern des gehobenen Bedarfs, den Spitzenerzeugnissen von Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, auf die notfalls verzichtet werden kann.

Bei diesem sogenannten Leistungsaustausch spielt die Sicherheit der Versorgung keine Rolle. Dagegen ist das Sicherheitsmoment beim Versorgungshandel wichtiger. Was nützt es einem Land, wenn es die Möglichkeit hat, lebenswichtige Rohstoffe und Nahrungsmittel aus aller Herren Länder zu beziehen, aber ihm die Zufahrtswege jederzeit gesperrt werden können? Es gibt nur zwei Möglichkeiten: sich selbst unabhängiger zu machen und den Bedarf an diesen lebenswichtigen Erzeugnissen in befreundeten, am besten in benachbarten Gebieten zu decken.

Deutschland, dessen Einfuhr im vorigen Jahre zu mehr als neun Zehnteln aus Nahrungsmitteln und Rohstoffen bestand, ist besonders auf ernährungswirtschaftlichem Gebiet in dieser Hinsicht ein gutes Stück weitergekommen. Nach Grävell bezog Deutschland seine Nahrungsmittel 1932 zu einem Drittel, 1938 dagegen zu mehr als der Hälfte der Gesamteinfuhr an Nahrungsmitteln aus den vier befreundeten Versorgungsräumen Südosteuropa (auf das allein ein Sechstel der gesamten Nahrungsmiteleinfuhr entfiel), nordeuropäische Länder, Vorderasien, Mittel- und Südamerika.

In der gewerblichen Rohstoffversorgung ist die Abhängigkeit von den westlichen Demokratien und ihren Kolonien, besonders aber dem Britischen Weltreich, auf das ein Viertel der gesamten deutschen Rohstoffeinfuhr entfiel, stärker geblieben. Immerhin betrug der Anteil der vier genannten Großräume bei der Rohstoffeinfuhr 1932 ein Viertel, 1938 dagegen schon zwei Fünftel, bei der Einfuhr von Halbwaren 1932 ein Viertel, 1938 schon fast ein Drittel der gesamten Einfuhr an Rohstoffen bzw. Halbwaren. Diesen Verlagerungen in der Einfuhr hat sich auch die Ausfuhr, die zu über vier Fünfteln aus Fertigwaren besteht, wenn auch nicht hundertprozentig, angepaßt, so daß besonders die Fertigwarenausfuhr nach Südosteuropa, den nordeuropäischen Ländern und Mittel- und Südamerika gestiegen ist.

Da der Freihandel das Raumproblem überhaupt nicht kennt, sind es, auch von diesem Gesichtspunkte aus, grundlegende Wandlungen, die nicht nur im Außenhandelsdenken, sondern auch in der Außenhandelsgestaltung vor sich gehen. Die Zeit des Freihandels ist ebenso vorbei wie die Zeit des außenhandelspolitischen Freibeutertums. Imperialistische Methoden sind heute nicht mehr zeitgemäß. Der Außenhandel muß vielmehr allen daran beteiligten Staaten, auch den mittleren und kleinen, zugute kommen. Nur das Bewußtsein, gerecht behandelt zu

werden, nicht aber Ausbeutungsobjekt zu sein, wird sie veranlassen, sich auf die Erfordernisse der die jeweiligen großen Versorgungsräume tragenden Nationalwirtschaft einzustellen. Wenn die deutsche Handelspolitik in Mitteleuropa so beachtliche Erfolge aufzuweisen hat, dann nur deshalb, weil wir uns darüber klar waren und sind, daß die Ordnung, die wir anbahnen, nur auf der ehrlichen Zusammenarbeit aller, nicht aber auf Ausbeutung und Ausnutzung beruhen kann.

ARNOLD SEIFERT:

Weltwirtschaft im Zeitalter der Planung (Staatenwirtschaftliche Weltschau)

Wer heute noch den Mut hat, die Zukunft der Weltwirtschaft zu diskutieren oder auch nur ihre Gegenwartslage zu analysieren, der soll es entweder unter politischem Aspekt tun oder es ganz sein lassen. Er soll sich das ansehen, was die Staatsführungen heute über ihre Grenzen hinaus politisch und wirtschaftlich tun und daraus seine Schlüsse ziehen.

Politische Maßstäbe für den zwischenstaatlichen Handelskredit

Und dies, wenn nicht aus anderen, so aus zwei sehr praktischen Überlegungen: Einmal muß man sich darüber im klaren sein, daß es im internationalen Bereich grundsätzlich keinen Handel ohne Vertrauen in die Solvenz des Tauschpartners, d. h. keinen Handel ohne „Kredit“, geben kann. Jede über ihre Landesgrenzen hinweg geschäftlich tätige Einzelfirma kann aber in den Augen des fremden Geschäftspartners heute immer nur noch insoweit als kreditwürdig gelten, insoweit ihre Staatsführung die von ihr eingegangenen Verpflichtungen „gegenzeichnet“. In Deutschland geschieht diese „Gegenzeichnung“ sogar buchstäblich, z. B. durch die Einfuhrüberwachungsstellen. Im Grunde ist also das Vertrauen in die „Solvenz“ der betreffenden Staatsführung, nicht mehr das Ansehen der Einzelfirma, die eigentliche internationale Kreditunterlage.

Man vergegenwärtigt sich das am besten an der Entwertung des internationalen Handelsauskunftswesens: Liefert heute eine Firma Waren an einen neuen ausländischen Kunden, so ist es von untergeordneter Bedeutung, wie er in einer Handelsauskunft beurteilt wird. Viel wichtiger ist, ob er Unterlagen beibringen kann, aus denen sich ergibt, daß ihm die Einfuhrbehörden seines Landes die Einfuhr gestatten und sich verpflichten, für ihre Bezahlung die nötigen Devisen bereitzustellen. Tun sie dies, so ergibt sich allein daraus zugleich auch die Zahlungsfähigkeit des Kunden, denn nach aller Erfahrung stellen solche Behörden Bewilligungen und Devisen nur seriösen Firmen zur Verfügung. Zugegeben, es mag Staaten geben, in denen sich auch jede Schwindelfirma Einfuhrbewilligungen usw. erschleichen kann. Der erste Maßstab für die Kreditwürdigkeit ist auf alle Fälle nicht mehr die „Bonität“ der Einzelfirma, sondern das politische Ansehen des betreffenden Staates, d. h. der Grad der „Autorität“, den die Staatsführung inner- und außerhalb ihres Landes genießt.

Das führt zur zweiten Überlegung: Die Staatsführungen verkörpern ja nicht nur den wirtschaftspolitischen Willen ihrer Völker, sondern auch den staatspolitischen, und sie repräsentieren nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Stärke oder Schwäche. Ist nun aber die vertrauen-, will sagen kreditschaffende Kraft so eng und unmittelbar auf die politische Organisation bezogen, wie wir es skizziert haben, so muß notwendigerweise alle politische Aktivität ins Wirtschaftliche wirken. Im zwischenstaatlichen Bereich werden also zwangsläufig die politischen

Tatbestände zu den entscheidenden Maßstäben des zwischenstaatlichen Kredits und damit der internationalen Wirtschaftsbeziehungen überhaupt.

Wer ist autoritär? Wer ist liberal?

Diese Erkenntnis hat in Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsbeobachtung in den letzten Jahren verwirrende Folgen gehabt. Dort, wo man sich überhaupt nicht getraut hat, in die Beleuchtung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge den politischen Faktor einzubeziehen, ist eine erschreckende Hilflosigkeit in der Urteilsbildung entstanden, und dort, wo man die Berücksichtigung politischer Tatbestände nicht scheute, sind Betrachtung und Deutung sehr oft unbestimmt und uferlos geworden. Wenn auch niemand den Einfluß des politischen Faktors bestreitet, scheint sich doch kaum jemand darüber im klaren zu sein, welche politischen Tatbestände eigentlich die wirtschaftlich entscheidenden sind. Ja, die Verwirrung ist gerade bei demjenigen politischen Faktor am größten, der nun tatsächlich entscheidend ist und ohne den wirklich jeder Versuch scheitern muß, den Gestaltwandel der Weltwirtschaft aus dem Methodenwechsel in der äußeren Wirtschaftspolitik der Staatsführungen heraus begreiflich zu machen: bei dem Gegensatz zwischen den autoritären und den liberaldemokratischen Volkswirtschaften! Obgleich alle Welt darüber einer Meinung zu sein scheint, daß nahezu alle — fruchtbaren und unfruchtbaren — Spannungen im gegenwärtigen Welthandel und Weltkapitalverkehr aus diesem Gegensatz entspringen, so gibt es dennoch heute kaum zwei Menschen, die sich darüber einigen können, welche von den rund hundert am Welthandel teilnehmenden Ländern der Erde wirtschaftsorganisatorisch und wirtschaftspolitisch als „autoritär“ und welche als „demokratisch-liberal“ zu bezeichnen sind!

Und es ist in der Tat nicht einfach! Die Schwierigkeit liegt in der Wahl des Unterscheidungsmerkmals. Man kommt dabei zu den kuriossten Ergebnissen. Wählte man z. B. die Staatsform und würde man als autoritär alle ausgesprochenen Führerstaaten ansehen, so käme man bei Japan sofort in Konflikt, weil die augenblickliche japanische Kriegswirtschaft durchaus autoritäre Züge trägt, die Staatsverfassung aber von der der modernen europäischen Führerstaaten wie Italien und Deutschland stark abweicht. Bezeichnet man aber diejenige Volkswirtschaft als die „autoritärste“, deren wirtschaftliche Dynamik vom Geschehen in der übrigen Welt am wenigsten berührt wird — sei es nun auf Grund ihrer natürlichen Ausstattung oder sei es durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen wie hohe Schutzzölle usw. — so werden der marxistisch-kollektivistische Diktaturstaat UdSSR. und die Vereinigten Staaten von Amerika zu autoritären Mächten *par excellence*. Erklärt man schließlich, daß das Autarkiestreben den ganzen Unterschied ausmache, so kann man bestimmt nicht Deutschland zu den autoritären Mächten zählen, denn es hat sich in den letzten Jahren nicht nur mit großzügigen Einfuhren, sondern auch mit Kapitalexporten — z. B. in Südosteuropa — der Weltwirtschaft weit geöffnet. Das Kurioseste aber erlebt man, wenn man nach großen politischen Ideen zu gliedern versucht. Eine Anekdote, die darüber unlängst in der Londoner City umlief, ist dafür kennzeichnend. Sie definiert die wirtschaftlichen Konsequenzen der einzelnen politischen Ideen wie folgt:

Sozialismus: Du hast zwei Kühe. Eine davon gibst du deinem Nächsten.

Faschismus: Du hast zwei Kühe. Du gibst beide der Regierung, und die Regierung gibt dir einen Teil der Milch.

Kommunismus: Die Regierung erschießt dich und behält beide Kühe.

Rooseveltscher New Deal: Die Regierung erschießt eine Kuh, milkt die andere und schüttet die Milch in den Ausguß.

Englische Demokratie: Man hört, die Meinung des Landwirtschaftsministers sei folgende: „Du hast zwei Kühe. Der Milchwirtschaftsverband stellt fest, daß es zu wenig sind, um sie statistisch zu erfassen.“

Auch das bringt uns offenbar nicht weiter, aber dieses „Spiel mit den Kühen“ macht eines klar, daß nämlich allen politischen Konzeptionen unseres Zeitalters der Gedanke des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft eigentümlich ist, wobei in der englischen Demokratie die Tatsache, daß der Staat überhaupt an etwas denkt, schon als Eingriff zu gelten hat. Wollte man aber den staatlichen Eingriff zum Kriterium machen, so kommt man überhaupt zu keinem Ergebnis. Dann dürfte man auch nicht zögern, die *économie dirigée* Frankreichs, die der eigene Handelsminister (Fernand Gentin; am 26. Oktober 1938 auf dem Radikalsozialistischen Parteikongreß in Marseille) als eine „am Staate orientierte“ hingestellt hat und die u. a. das vollendetste Einfuhrquotensystem der Welt besitzt, als „autoritär“ zu bezeichnen. Wäre dann nicht auch England autoritär, das schon seit Mitte 1932 (über das *Foreign Transactions [Advisory] Committee* die Auslandskapitalanlagen seiner Bürger staatlich lenkt und in der Landwirtschaft und — wie Heinz Pentzlin an anderer Stelle dieses Heftes überzeugend darlegt — an ungezählten anderen Stellen in die private Wirtschaft eingreift? Und wie ordnet man dann das Roosevelt'sche Amerika ein, wo — abgesehen von dem durchlöchernten *New Deal* — erst im Juli wieder die Erweiterung des Exportförderungsradius der staatlichen Export-Import-Bank um 400 Mill. \$ (vgl. Lohmann, Ph. H., *Die amerikanische Exportpolitik auf lateinamerikanischem Boden*, in: *Staatenwirtschaft* III, 2, März 1939, SS. 221 ff.) mit der Begründung gefordert worden ist, daß vor allem der Konkurrenz der „autoritären Staaten“ begegnet werden müsse?

Grad- oder Wesensunterschied?

Augenscheinlich ist auch das keine Lösung. Eher noch könnte man den Interventionismus zum Wesenszug des Demokratisch-Liberalen machen und das Autoritäre dahin bestimmen, daß es hier keinen Interventionismus mehr gibt, weil der Staat „die Wirtschaft selbst geworden“ ist. Aber dem steht die im westeuropäisch-angelsächsischen Bereich weitverbreitete Ansicht entgegen, daß der Unterschied zwischen den autoritären und den liberal-demokratischen Mächtigkeitsgruppen gar kein Wesens-, sondern nur ein Gradunterschied sei, d. h. daß sich die autoritären von den liberal-demokratischen Ländern nur durch das Ausmaß der Staatsintervention unterscheiden. Mit dieser Ansicht aber ist das größte Unheil angerichtet worden! Sie hat seit Jahren die Bildung neuer, von der liberalen Theorie unbelasteter zwischenstaatlicher Wirtschaftsplanungen verhindert, denn von ihr nimmt die Lehre ihren Ausgang, man könne durch einen „allmählichen Abbau“ dieser Interventionen, durch ein bloßes Zurückschrauben ihres Grades, praktisch gesprochen: durch den „Abbau der Handelshemmnisse“, der „schrittweisen Beseitigung der Devisenbewirtschaftung“ usw. zu einer „spannungsfrei-harmonischen“ Weltwirtschaft klassisch-liberalen Stils zurückkehren. Tatsächlich ist das z. B. der theoretische Vorwand der Cordell Hull'schen „liberalen“ Handelspolitik und der Sinn aller Entschlüsse der Tagungen der Internationalen Handelskammer, die — wie wir bereits in Nr. 1 der *Staatenwirtschaft* (I, 1. Juli 1937, SS. 610 ff.) aus Anlaß der Berliner Tagung hervorhoben — als Repräsentantin des internationalen Unternehmerkapitalismus alles Interesse an einer „Laissez-faire-Harmonie“ der Weltwirtschaft hat und ihre Rückkehr auf der unlängst zu Ende gegangenen Kopenhagener Tagung auch wieder sehr konsequent forderte. Und die gleiche Ansicht spiegelte auch der im technischen Detail in vieler Hinsicht sicherlich nützliche van Zeeland-Bericht wider (*Rapport présenté par M. van Zeeland aux gouvernements de Sa*

Majesté dans le Royaume Uni et de la France sur la possibilité d'obtenir une réduction générale des obstacles au commerce international, London, H. Maj. Stat. Off., 1938, Cmd. 5648), der ebenfalls einen schrittweisen Abbau des „Interventionismus“ empfiehlt und bereits eine elaborierte Technik zur Beseitigung der Devisenbewirtschaftung ausarbeitet. Alle diese entweder interessengebundenen oder wirklich wohlmeinenden Vorschläge lassen außer acht, daß die Wirtschaftspolitik der „Liberalen“ und der „Autoritären“ eine Gemeinsamkeit nur in der Wurzel, nicht aber im Ziel haben. Denn freilich haben alle modernen staatlichen Lenkungsverfahren, alle „Interventionen“ — vielleicht mit der einzigen Ausnahme Japans — eine gemeinsame Wurzel, nämlich die doppelte Idee der Sicherung, und zwar die der sozialen Sicherung der Individuen in allen Ländern und die der nationalen oder wehrwirtschaftlichen Sicherung in den Ländern, auf deren Grenzen ein politisch-militärischer Druck liegt. Durch diese gemeinsame Wurzel bekommt an sich der Gedanke einer Unterscheidung nach schwach und stark intervenierenden wirtschaftlichen Mächtegruppen etwas Bestechendes. Dennoch ist er politisch — und daher auch ökonomisch — falsch. Der Gegensatz von autoritär und liberal läßt sich nie aus einem Gradunterschied erklären. Den Komparativ „autoritärer“ und den Superlativ „am autoritärsten“ gibt es nicht.

Das gültig gesetzte Strukturideal als entscheidendes Kriterium

In Wahrheit, d. h. hier aufs Ziel hin, sind die Gegensätze polar. Karl C. Thalheim hat das Wesen dieser Polarität unlängst in seinem auszugsweise in diesem Heft wiedergegebenen „Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre“ (*Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft*, 99. Bd., Drittes Heft, SS. 464 ff.) ausgezeichnet formuliert. Er erkennt vor allem das Planvolle als das Wesentliche im Handeln der autoritären Staaten. „Die planvolle Wirtschaftslenkung unterscheidet sich vom Interventionismus vor allem durch die Einheitlichkeit aller Einzelmaßnahmen. Die Erreichung solcher Einheitlichkeit setzt ein einheitliches und geschlossenes Ziel voraus. Die Einheitlichkeit des Zieles ist gewährleistet, wenn alle Maßnahmen der Wirtschaftspolitik in den Dienst der Verwirklichung eines als richtig und notwendig erkannten Strukturideals gestellt werden.“ Damit sind wir der Klärung des entscheidenden politisch-wirtschaftlichen Gegensatzes unseres Zeitalters sehr viel nähergekommen: autoritär ist eine Volkswirtschaft, wenn alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Staatsführung in den Dienst der Verwirklichung eines als richtig und notwendig erkannten und als solches politisch „etablierten“ Strukturideals gestellt werden. Es gehört also zum Wesen des Autoritären, daß es nur noch ein Strukturideal geben kann und daß alle Maßnahmen und alles wirtschaftliche Geschehen unter diesen Maßnahmen auf dieses Strukturideal bezogen sein müssen. Daher trifft auch das Wort „totalitär“ das Wesen des Autoritären besser als das Wort „autoritär“. Erst das Wissen um ein festes Ziel ermöglicht die totale Planung, und daher treffen wir nur bei der autoritären Mächtegruppe den Mehrjahresplan an, der das Ganze der Volkswirtschaft erfaßt, während es in den demokratisch-liberalen Ländern nur partielle Mehrjahrespläne gibt, denen die Ausrichtung auf ein allgemein akzeptiertes und autoritativ gesetztes Strukturideal fehlt und die daher meist schlechtere Resultate zeitigen, als wenn gar nicht geplant worden wäre. Wesentlich für die autoritäre Wirtschaft ist daher die prästabilisierte Zwecksetzung, und die Gliederung der Weltwirtschaft in autoritäre und liberal-demokratische Volkswirtschaften richtet sich eindeutig nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines politisch gültig gesetzten Ideals der Struktur der eigenen Volkswirtschaft, sowie danach, ob alles wirtschaftliche Geschehen innerhalb der Volkswirtschaft unmittelbar, einheitlich und total auf die Verwirklichung dieses Ideals bezogen ist.

In den liberal-demokratischen Staaten kann es verschiedene Gründe haben, warum bisher die wirtschaftlichen Kräfte nicht oder nicht einheitlich für die Verwirklichung eines Strukturideals eingesetzt worden sind. Einmal können innerhalb der politisierenden „Gesellschaft“ des betreffenden liberalen Staates verschiedene wirtschaftliche Strukturideale existieren, von denen jedes für sich noch um die Ausschließlichkeit seiner politischen Geltung ringt, ohne daß es bisher zu einer Entscheidung gekommen ist. Zum anderen gibt es „liberale Volkswirtschaften“, in deren wirtschaftspolitischer Willensbildung ein planvoll erstrebbares Strukturideal gar nicht vorhanden ist, weil die Wirtschaftsideologie — oft überdies genährt von interessenpolitischer Propaganda — auf die unbestimmte Zielsetzung eines „größtmöglichen Glücks der größten Zahl“ noch immer eingeschworen ist; eine Haltung, der der Glaube an eine innere „Harmonie der Interessen“ unterliegt und die daher die Wirtschaftspolitik möglichst untätig wissen möchte.

Neugliederung der Weltwirtschaft

Man muß sich nun einmal daran machen, die Weltwirtschaft, oder zunächst enger: den Welthandel nach der gegebenen Erklärung in:

1. autoritäre Staaten mit entschiedenem, „planbarem“ Strukturideal und einheitlicher Bezogenheit alles Wirtschaftsgeschehens auf die Verwirklichung dieses Ideals und

2. liberale Staaten ohne entschiedenes Strukturideal

neu zu gliedern. Das ist eine Arbeit, die bei jedem Staat dreierlei erforderlich macht: eine Analyse der gegenwärtigen Struktur, eine Erfassung des angestrebten Strukturideals und eine Beurteilung der sich daraus ergebenden Außenwirtschaftslenkung. Die Arbeit muß also bei jedem Staat neu getan werden, denn jedes Volk hat auf Grund der natürlichen Ausstattung seines Landes, des bisherigen Wachstums seiner Wirtschaft, seiner Wirtschaftsgesinnung und der in ihm wirkenden politischen Kräfte, kurz: auf Grund der Strukturelemente und Strukturfaktoren seiner Wirtschaft notwendigerweise ein anderes Strukturideal. Das Strukturideal der nationalen Führerstaaten, das sich auf eine aus den Quellen des Volkstums geschöpfte Wirtschaftsgesinnung stützt, muß daher auch den unüberbrückbaren Gegensatz zu dem einer marxistisch-bolschewistischen Diktatur offenbaren. Selbstverständlich sind die nationalwirtschaftlichen Strukturideale der autoritären Staaten nicht ewig. „Ewige“ Geltung beansprucht nur das weltwirtschaftliche Harmonieideal der Liberalen. Aber das einmal autoritär gesetzte Strukturideal erhält auf alle Fälle „eine Chance“, bevor es (nach Ablauf einer Planperiode oder im Angesicht entscheidender weltpolitischer, sozialer oder wirtschaftlicher Wandlungen) modifiziert wird. Die Haltung der autoritären Staaten liegt daher auf längere Zeiträume hinaus in ihrer planpolitischen Tendenz fest.

Da wir mithin für jeden autoritären Staat ein anderes Verwirklichungsprogramm annehmen müssen, kann die Weltwirtschaft der Staaten, die STAATENWIRTSCHAFT, nie spannungsfrei im Sinne irgendeiner Harmonievorstellung sein, wie sie den weltwirtschaftlichen Liberalismus — obgleich auch damals umstritten — beherrscht hat. Aber es ist noch völlig offen, ob die aus der eingestandenen Unterschiedlichkeit der Strukturideale erwachsenden Spannungen innerhalb einer Staatenwirtschaft nicht weit fruchtbarer sein können als irgendwelche international proklamierte, national aber immer nur beschränkt gültige Harmonievorstellungen.

Die Erkenntnis der Strukturideale aller weltwirtschaftlich wichtigen Länder der Erde ist eine Vorstufe zur Erkenntnis der die neue Weltwirtschaft formenden Kräfte. Es ist eine Arbeit, die getan werden muß und die in der „Staatenwirtschaft“ getan werden soll.

Südamerika wird autoritär

Die erste Konsequenz unserer Deutung des Gegensatzes zwischen „autoritär“ und „liberal“ ist, daß wir den Begriff „autoritär“ auf Länder anwenden müssen, die man bisher im allgemeinen nicht darunter fallen ließ. Das gilt z. B. für eine Reihe von südamerikanischen Staaten, in denen die einheitliche Bezogenheit der ganzen Volkswirtschaft auf das politisch gesetzte Strukturideal bereits hergestellt worden ist. Alle politisch unabhängigen Staaten des südamerikanischen Kontinents haben von unserem Betrachtungspunkt aus einige charakteristische Gemeinsamkeiten.

Sie alle sind mit meist wenigen großen Ausfuhrwirtschaftszweigen weltmarktabhängig, und ihre Wirtschaftsstrukturen sind durchweg sehr einseitig. Die argentinische Ausfuhr bestand 1938 zu 87 v. H. aus nur zwei Warengattungen, nämlich aus Getreide (42 v. H.) und Viehzuchtprodukten (45 v. H.). Bei Brasilien machen Baumwolle und Kaffee allein 63 v. H. der Ausfuhr aus. In Chile sind Kupfer und Salpeter zu 70 v. H. an der Ausfuhr beteiligt. Uruguays Ausfuhr besteht zu über 80 v. H. aus Viehzuchtprodukten (Wolle, Fleisch, Fleischextrakten und Häuten), und in der bolivianischen Ausfuhr bestreitet ein einziges Produkt, nämlich Zinn, 70 v. H. der Gesamtausfuhr, in der die übrigen Mineralien (Antimon, Silber, Wolfram, Blei, Zink und Kupfer) mit Zinn sogar 98 v. H. erreichen. Die politischen Entscheidungen sind in diesen Staaten kaum jemals liberal-demokratisch im westeuropäisch-nordamerikanischen Stil gefallen, und ein Glaube an eine weltwirtschaftliche Interessenharmonie, der auch ihnen in ihrer Rolle als Monokulturländer den größtmöglichen Wohlstand bringen würde, hat der wirtschaftlichen Tätigkeit ihrer Bevölkerung nur solange die Richtung gegeben, solange er sich mit ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse deckte. Seit dem Ende des Weltkrieges haben sie — ausgelöst durch das Bewußtwerden ihrer Abhängigkeit während des Krieges — eine Zeit der nationalen Selbstbesinnung durchgemacht, die ihnen jenseits jeden Zweifels klar werden ließ, welches Strukturideal sie künftig zu verwirklichen trachten müssen. Ins Bewußtsein tritt das neue Strukturideal dabei entweder vom Politischen her, oder es macht sich aus dem Wirtschaftlichen heraus geltend, d. h. die auf Tatsachen und Erfahrungen gegründete logische Unabweisbarkeit dieses Ideals ist derart vollständig, daß sich keine politische Partei und keine staatliche Autorität der Notwendigkeit entziehen kann, es zum wirtschaftspolitischen Programm zu erheben. Die charakteristischen Grundzüge dieses Programms sind in allen südamerikanischen Staaten nahezu die gleichen: Beseitigung der Einseitigkeit der Erzeugung, Herstellung eines Gleichgewichts der nationalen Produktivkräfte, Industrialisierung in einer den Erfordernissen und Möglichkeiten des Landes angepaßten Form, Verkehrserschließung, Änderung der Stellung gegenüber der Weltwirtschaft durch Befreiung vom ausländischen Kapitaleinfluß und durch Neugestaltung des Verhältnisses von Außenhandel zu Binnenwirtschaft in Richtung einer Verminderung der relativen Bedeutung des Außenhandels für das Gedeihen der Gesamtwirtschaft, schließlich Sicherung der wirtschaftlichen Einzelexistenzen und elementare wehrwirtschaftliche Sicherung. Die einzelnen Länder sind damit allerdings noch nicht autoritär. Einige von ihnen erstreben ihr Ideal noch durchaus interventionistisch. Dennoch wächst die Zahl der Staaten, in denen alles wirtschaftliche Geschehen einheitlich auf die Verwirklichung der angestrebten strukturellen Umbildung abgestellt wird.

Improvisierte Planung in Bolivien

Zu ihnen muß neuerdings Bolivien gezählt werden, das im April ds. Js. mit dem Staatsstreich des Obersten German Busch ein autoritäres politisches Regime erhalten hat. In einer Rundfunkansprache an die bolivianische Nation hat Busch am 17. Mai das Regierungsprogramm dargelegt. Seine wichtigsten wirtschaftlichen Punkte sind: Stärkung des nationalen Kapitals zur Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Boliviens, Errichtung eines plan-

wirtschaftlichen Systems zum Zwecke der Verbilligung der Lebenshaltung und zur Entwicklung der Landwirtschaft, Einführung einer Pflichtversicherung gegen Unfall und Alter, Bau billiger Wohnungen, Neuordnung und Förderung der Erdölgewinnung, des Bergbaues und der Bergindustrie „zur Vereinheitlichung der privaten und staatlichen Interessen“, Nationalisierung des *Banco Minero*, einheitliche Besteuerung der Bergbauprodukte, Schaffung eines Zinnpufferstocks, Bau eines nationalen Straßennetzes und Schaffung internationaler Eisenbahnlinien.

Wie in einem unentwickelten Lande wie Bolivien nicht anders zu erwarten, eilt der politische Gestaltungswille dem möglichen wirtschaftlichen Entwicklungstempo weit voraus. Bolivien ist noch keine Volkswirtschaft mit untereinander verbundenen Wirtschaftszweigen und Wirtschaftsgebieten, und der neue Staatspräsident, in dessen Hände alle wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen völlig zentral gelegt sind, sieht sich offensichtlich genötigt, durch die Schärfe seiner Anordnungen den Mangel an wirtschaftsorganisatorischer Ausrichtung der Teile auf das Ganze auszugleichen zu suchen. Das im April erlassene erste Gesetz der neuen Regierung erzwingt die einheitliche Mitwirkung aller Wirtschaftenden an der Verwirklichung der strukturellen Umbildung, indem es z. B. alle wirtschaftlichen Handlungen von Staatsbürgern, die eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten verursachen oder sich gegen das Eigentum des Volkes richten, zu Verbrechen erklärt. Außenwirtschaftlich will die neue Regierung dem Strukturideal entsprechend vor allem die groteske Abhängigkeit von der Zinnausfuhr beseitigen (vgl. dazu *Heinz Pentzlin, Aufbau und Bewährung des Kartells der Zinnstaaten, Staatenwirtschaft III, 1, Januar 1939, SS. 80 ff.*), womit sich der Kampf gegen das vornehmlich im Zinnbergbau sitzende Auslandskapital verbinden muß, das nach Ansicht der Bolivianer lediglich eine Ausbeutung des bolivianischen Bodens und Arbeiters bezweckt.

Autoritäre Konjunktursicherung in Uruguay und Argentinien

Im Gegensatz zu diesem improvisierten Charakter des autoritären Wirtschaftsstaates in Bolivien, wo der wirtschaftspolitische Betätigungswille noch in krassem Mißverhältnis zu den vorhandenen elementaren Voraussetzungen eines Strukturumbaus steht, ergibt sich in Argentinien und in Uruguay der autoritäre Wesenszug bereits aus der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Struktur, wie sie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gewachsen ist. Dabei ist die autoritäre Wirtschaftspolitik Uruguays nur ein Ableger der argentinischen.

Der „planwirtschaftliche Musterstaat“ Uruguay (vgl. *Wirtschaftsdienst, XXIV. Jahrg., H. 22. 2. Juni 1939, S. 75/59*) ist genau wie Argentinien binnen- und ausfuhrwirtschaftlich sehr einfach gegliedert. Beide wollen sich möglichst vom ausländischen Kapitaleinfluß befreien und die Bedeutung des Außenhandels für Wohl und Wehe ihrer Binnenwirtschaft tunlichst vermindern. Da — wie erwähnt — die Ausfuhr Uruguays zu 80 v. H. aus Wolle, Fleisch und Häuten besteht und die Argentinien zu 87 v. H. aus Getreide und Viehzuchtprodukten, können sie sich beide natürlich nicht völlig vom Einfluß der Entwicklung auf dem Weltmarkt freimachen. Was aber durch planvolle wirtschaftspolitische Ausrichtung der ganzen Volkswirtschaft in dieser Beziehung erreicht werden kann, geschieht. Man muß dabei unterscheiden zwischen einer mehr konjunkturpolitischen Sicherung der Stetigkeit der Wirtschaftsentwicklung und einer stärker auf die strukturelle Umbildung gerichteten längerfristigen Planung, die im Falle Uruguays seit Anfang dieses Jahres sogar ausdrücklich die Form eines Vierjahresplanes der Industrialisierung erhalten hat. Beide Staaten verbinden die staatliche Kontrolle des Außenhandels und des Devisenmarktes mit einer umfassenden inneren Wirtschaftsplanung auf lange Sicht und einer unmittelbar darauf bezogenen klaren Finanzgebarung.

Gegen welche übermäßigen Ausschläge des Konjunkturpendels nach oben und unten sich die argentinische Wirtschaft auf Grund ihrer Weltmarktabhängigkeit schützen muß, haben die letzten Jahre deutlich gezeigt. Die Ausfuhr stieg von 1443 Mill. Pesos im Wirtschaftsjahr (Juli—Juni) 1935/36 auf 2342 Mill. Pesos in 1936/37 und sank dann ebenso drastisch wieder auf 1614 Mill. Pesos 1937/38 und 1490 Mill. Pesos 1938/39! Derartig enorme Schwankungen, von denen Argentinien im Laufe der Jahrzehnte immer wieder einmal heimgesucht wird und die noch von einem in parallelen Bewegungen zu- und abströmenden internationalen Kapital verschärft werden, kann nur eine totale, mindestens in Jahrfünften denkende Wirtschaftslenkung ausgleichen und überbrücken.

Das Kernstück der Lenkung ist die Devisenbewirtschaftung, deren besonderer Kunstgriff darin besteht, daß der Devisenmarkt in einen „offiziellen“ und einen „freien“ Markt mit einer „offiziellen“ und einer „freien“ Notierung gegliedert ist. Der niedrigere £-Kurs ist immer der „offizielle“; er steht seit 1934 unverändert auf 15 Pesos für ein englisches Pfund, zu welchem Satz alle aus der Ausfuhr der wichtigsten argentinischen Landesprodukte anfallenden Devisen an die staatlichen Devisenbehörden abgeliefert werden müssen. Das waren im vergangenen Jahr 85 v. H. aller einkommenden Ausfuhrdevisen. Der Rest und die aus dem Reise- und Kapitalverkehr anfallenden Devisen dürfen auf dem Freimarkt verkauft werden, der aber keineswegs „frei“ in dem Sinne ist, daß ihn etwa der Staat nicht lenkte. Die argentinische Zentralbank hat vielmehr auch die Kursbildung auf diesem Markt völlig in ihrer Hand. Gegenwärtig notiert das Pfund auf ihm etwa 20 Pesos, d. h. um rund ein Drittel höher als auf dem „offiziellen“ Markt.

Die unterschiedliche Notierung auf beiden Märkten benutzt der argentinische Staat einmal dazu, die Erzeugung und Ausfuhr der nicht zu den Massenausfuhrgütern gehörenden Produkte anzuregen, indem er den aus der Ausfuhr solcher Güter erlösten Devisen den höheren Freimarktkurs zubilligt. Die Steigerung der Erzeugung dieser Güter liegt im Interesse der angestrebten Vermannigfachung der Gesamtstruktur und der besseren Konjunktursicherung der Ausfuhrwirtschaft. Zum anderen verwendet der Staat die unterschiedliche Notierung handelspolitisch zur Einfuhr lenkung, indem er nur für erwünschte Einfuhren die Genehmigung erteilt, die dafür erforderlichen Devisen auf dem „offiziellen“ Markt zum niedrigeren „offiziellen“ Kurs zu kaufen. Für alle übrigen Einfuhren, für die zwar der nötige Devisenspielraum vorhanden ist, die aber aus „strukturidealbezogenen“ Gründen weniger erwünscht sind, müssen Devisen auf dem freien Markt zum höheren Freimarktkurs teuer erworben werden, während überhaupt keine Einfuhrgenehmigungen erteilt werden, soweit die Einfuhranträge den gesamten Devisenspielraum überschreiten. Der argentinische Staat hat auf diese Weise die weitere Möglichkeit, seine Einfuhrpolitik nicht nur nach Waren, sondern auch nach Ländern zu differenzieren, indem er die Einfuhr einer Ware aus dem einen Lande zum „offiziellen“, aus dem anderen aber nur zum Freimarktkurs gestattet, und grundsätzlich erteilt er Einfuhrgenehmigungen nur, soweit die anderen Länder ihrerseits auch argentinische Waren beziehen.

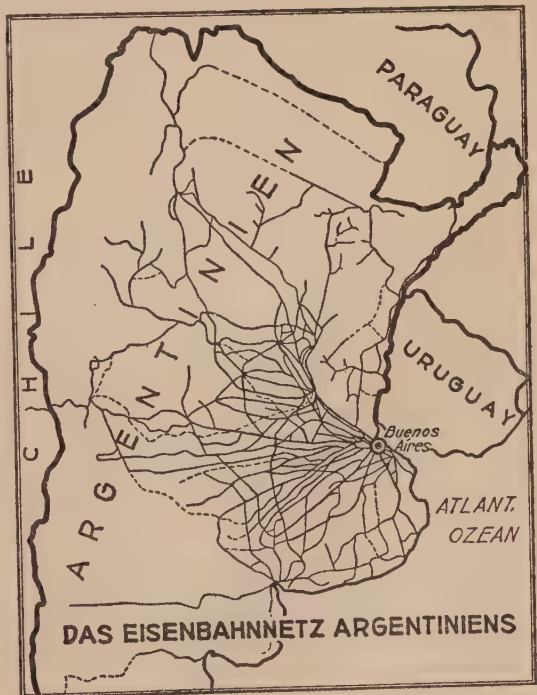
Dies würde aber allein noch nicht genügen, die argentinische Wirtschaft gegen die Preiseinbrüche auf dem Weltmarkt abzudichten. Erzielt wird diese Abdichtung vielmehr durch ein Getreidefestpreissystem, das insofern eng mit der Devisenbewirtschaftung verbunden ist, als seine Kosten aus dem sogenannten „Devisenmargenfond“ bestritten werden. Dieser Fond wird aus den Gewinn-Margen gebildet, die der Staat dadurch einsteckt, daß er die zum „offiziellen“ Ankaukurs von 15 Pesos erworbenen Devisen an die Einführer um 2 Pesos teurer zum „offiziellen“ Verkaufskurs von 17 Pesos für das Pfund Sterling weiterverkauft. Er kauft nun jeden ihm angebotenen Weizen zu 7 Pesos für den Doppelzentner an und verkauft ihn auf eigene Rechnung auf dem Weltmarkt, wo er gegenwärtig aber nur 5,5 Pesos erbringt. Den Verlust und die Verwaltungskosten deckt der Staat aus dem Margenfond. Doch nicht nur diese Kosten, auch die Kosten für die Errichtung eines sich über das ganze argentinische Weizengebiet erstreckenden Elevatorennetzes hat er in den letzten Jahren daraus bestritten, und erst dieses Netz befreit Argentinien von dem Zwang, sein Getreide sofort nach der Ernte zu den dann oft besonders ungünstigen Weltmarktpreisen abzusetzen. Das Getreidefestpreissystem aber garantiert dem argentinischen Farmer ein sicheres Einkommen, das ihn während einer Weltmarktkrise über Wasser und damit die ganze argentinische Volkswirtschaft in Gang hält. Uruguay finanziert aus dem gleichen Fonds seinen Vierjahresplan, der ein umfangreiches öffentliches Bauprogramm (Großkraftwerke, Straßen, Eisenbahnen, Schulen usw.) einschließt.

Die Sicherung des Einkommens der industriellen Bevölkerung aber erfolgt — so merkwürdig es klingt — durch die Einfuhrdrosselung, die während einer solchen Krise an sich nicht zu diesem Zweck, sondern im Interesse der Anpassung der Ausgabenseite der Zahlungsbilanz an die durch den Ausfuhrückschlag gesunkene Einnahmeseite notwendig wird. Sie wirkt nämlich in einem Neuindustrialisierungsland wie Argentinien noch anregend auf die heimische Industrie, die tatsächlich während eines solchen Konjunkturrückschlages oft ebensogut beschäftigt ist wie während eines Hochschwunges.

Von der Devisenbewirtschaftung aus steuert der Staat aber auch das Geld- und Bankwesen. Wenn während der Hochkonjunktur die Ausfuhr übermäßig steigt und außerdem Kapital aus dem Auslande zuströmt, so erhöhen sich dadurch die Depositen der Wirtschaft bei den Banken, die ihrerseits durch die ihnen zuströmenden Barmittel aber zu einer noch weitergehenden Kreditschöpfung veranlaßt werden bzw. veranlaßt werden können. Während der letzten Hochkonjunktur stieg der Gold- und Devisenbestand der argentinischen Zentralbank z. B.

im Laufe eines halben Jahres auf das Doppelte, sank im Laufe von etwa einhalb Jahren aber wieder auf den alten Stand zurück. Ließe man die Auswirkung solcher gewaltiger Schwankungen der Gelddeckung voll auf die Geldversorgung der Volkswirtschaft zu, dann würde die Hochkonjunktur durch eine inflationistische Geldausweitung noch verstärkt, der Abschwung aber durch eine scharfe Deflationspolitik verheerend. Während der letzten großen „Pendelbewegung“ sterilisierte der argentinische Staat deshalb auf verschiedenen Wegen die ihm über die Devisenbewirtschaftung zuströmenden Devisen und verhinderte dadurch, daß sie eine übermäßige Vermehrung des umlaufenden Geldes und der Bankdepositen hervorriefen. Auf der anderen Seite speicherte er sie aber als Reserve auf, die er zum Ausgleich der passiven Zahlungsbilanz einsetzen konnte, bis dieser Ausgleich nach dem Abflauen der Hochkonjunktur zum Teil von selbst und zum Teil durch die bewußte Einschränkung der Einfuhr, besonders seit Anfang 1939, wieder neu gesichert war.

Der Erfolg, den Argentinien bisher mit diesem System der Konjunktursicherung erreicht hat, ist bestechend. Es hat damit für andere Länder ein einzigartiges Beispiel gegeben, das nicht nur weitgehend von Uruguay nachgeahmt, sondern auch von anderen, besonders südamerikanischen, Staaten in Teilen kopiert worden ist. Das argentinische Beispiel lehrt aber noch mehr. Bedenkt man, daß Argentinien staatsrechtlich eine Demokratie ist, so zeigt sich hier besonders anschaulich, wie wenig im Grunde die Staatsform das Wesen des Autoritären bestimmt. Der Wirtschaftsaufbau Argentiniens und Uruguays ist so einfach und die Position des Außenhandels im Rahmen des Welthandelsverkehrs so eindeutig, daß bereits alle wirtschaftliche Tätigkeit einheitlich auf das angestrebte Strukturideal bezogen ist, wenn die Finanz- und Devisenwirtschaft straff gelenkt und der Markt der Hauptausfuhrartikel staatlich bewirtschaftet wird. Die Staatsführungen von Uruguay und Argentinien haben damit ihre Volkswirtschaften jedenfalls ebenso total und autoritär in der Hand wie etwa ein hochentwickelter autoritärer Industriestaat, dessen komplizierter Wirtschaftsaufbau erst einmal eine Fülle von Maßnahmen zur Zentralisierung der Wirtschaftsorganisation verlangt, ehe mit Mehrjahresplänen und einem umfangreichen Behördenapparat an die einheitliche Lenkung der Gesamtwirtschaft gegangen werden kann. Die Gegenüberstellung Boliviens und Argentiniens erhärtet, daß eine der wichtigsten praktischen Voraussetzungen für eine autoritäre Wirtschaftsplanung das Vorhandensein eines Netzes von Kommunikationsmöglichkeiten ist. Bei einem Zuwenig in dieser Beziehung muß aller anderen Aktivität des Staates erst die Herstellung eines schlagkräftigen Verkehrsnetzes voraufgehen. Ein Blick auf die nebenstehende Eisenbahnkarte Argentiniens beantwortet — auch im Sinne der Lehre Kurt Wiedenfelds von der Staatsraumbezogenheit der modernen Wirtschaft (vgl. die Besprechung seines neuen Werkes auf S. 739) — ein gut Teil der Frage, warum gerade in Argentinien die Voraussetzungen für eine zentrale Wirtschafts-



lenkung so günstig sind. Die Karte demonstriert den Zentralisierungsgedanken vor allem auch deswegen so eindrucksvoll, weil nahezu alle dem Sitz der Regierung zustrebenden Linien am anderen Ende nicht irgendwelche Provinzmittelpunkte verbinden, sondern praktisch auf dem Acker verlaufen.

Langfristige Entwicklungsplanung durch den argentinischen Staat

Natürlich ergreifen Argentinien, Uruguay und die anderen süd- und mittelamerikanischen Staaten, soweit sie einen ähnlichen finanz- und devisentechnischen Lenkungsapparat entwickelt haben, auch noch andere Maßnahmen, um sämtliche Wirtschaftskräfte auf das gesetzte Ziel auszurichten. Diese fallen aber meistens unter den Begriff der langfristigen Entwicklungsplanung. Der Vierjahresplan zur Industrialisierung Uruguays wurde schon erwähnt. Der argentinische Staat ist nicht weniger rührig. Er sucht den Strukturumbau ebenfalls durch das Vorantreiben der Industrialisierung, aber auch durch die Politik der Nationalisierung des (besonders im Verkehrswesen angelegten) Auslandskapitals und auf anderen Wegen zu fördern. Immer aber ist in allen Maßnahmen eine einheitliche Linie unverkennbar. So ist es z. B. sehr interessant, daß die industrielle Produktion durch die „strukturidealbezogene“ staatliche Lenkung einen ausgeprägten Zuschnitt auf die Eigenart des Landes erhält, wie er in der liberalen Weltwirtschaft einfach nicht hätte entstehen können. Als eines der größten Wollproduktionsländer der Welt hat Argentinien nicht das geringste Interesse daran, daß sich die Zellwollfabrikation im großen Umfang durchsetzt, und zwar selbst dann nicht, wenn einzelne Bevölkerungskreise an sich sehr gern mehr zellwollene Erzeugnisse verbrauchen möchten. Es untersagt daher zum größten Teil die Einfuhr von Maschinen zur Zellwollfabrikation, verlangt durch entsprechende Gesetze die genaue Unterscheidung der Wolle von der Zellwolle in Angebot und Werbung usw. Das gleiche bemerken wir im übrigen auch in anderen südamerikanischen Ländern. Brasilien läßt beispielsweise die Einfuhr von Maschinen zur Erzeugung von Kunstharzen und Preßstoffen nicht zu, weil es Knöpfe zweckmäßiger aus einer besonderen Art brasilianischer Steinnüsse herstellen kann. Auch wehrt es als Kautschukerzeugungsland die Einfuhr von Maschinen zur Erzeugung des Buna-Kautschuks ab usw. Alles das erhärtet das, was wir über die zwangsläufige Unterschiedlichkeit des Strukturideals und der zu seiner Anstrengung erforderlichen Methoden gesagt haben.

Abnehmender Bodenertrag und Industrialisierungswille

Daß die lange gehegten, seit dem Ende des Weltkrieges immer konkreter werdenden Industrialisierungspläne sich zu einem ausgesprochenen Industrialisierungswillen verdichtet haben, hängt wohl auch bei Argentinien zum Teil mit der in allen überseeischen Neuländern beobachteten Abnahme der Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Kultivierung auf den zunächst „jungfräulichen“ gewesenen Böden zusammen. Die Spanne zwischen Aufwand und Ertrag in der Erzeugung landwirtschaftlicher Massengüter ist kleiner geworden, und der argentinische Staat mußte z. B. in diesem Jahr bereits Anordnungen zur Bekämpfung der Bodenerosion treffen, von der in den westlichen Randgebieten der Getreidebauzone infolge unnünftiger Anbaumethoden ungefähr 5 Mill. ha betroffen worden sein sollen. Sicherlich hat die Überlegung, daß die hohe Rente der Neulandkultur nicht ewig fließen kann, zu jener Selbstbesinnung nach dem Kriege gehört, die den Gedanken eines Strukturumbaus reifen ließ. Die angestrebte Wirtschaftsstruktur bietet auf alle Fälle eine größere Sicherheit als die jetzige gegenüber den unvermeidlichen Auswirkungen des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag, und der Gedanke an diese Auswirkungen zeichnet gewiß auch zu einem guten Teil dafür verantwortlich, daß sich jener

charakteristische Zug im Strukturideal befindet, den man als die Verlagerung des — in der Ausfuhr vorwiegend agrarwirtschaftlich bestimmten — Außenhandels aus der Sphäre des „Unangenehm Abhängigen“ in die des „Angenehm Zusätzlichen“ bezeichnen kann.

Devisenbewirtschaftung — ein ideales Instrument elastischer Wirtschaftslenkung

Das Beispiel lehrt aber noch ein Weiteres, das uns staatenwirtschaftlich besonders interessiert. Es zeigt, welche Gestaltungskraft einer Devisenbewirtschaftung innezuwohnen kann, wenn sie nicht kleinlich-defensiv, sondern souverän auf ein festes Ziel hin planend geführt wird! Die Devisenbewirtschaftung ist in der Hand des argentinischen Staates ein unendlich viel feineres Instrument der Außenwirtschaftspolitik, als es jemals Zollpolitik und gelegentliche Eingriffe in das „Auspendelnlassen“ der Wechselkurse sein könnten. Dieses Instrument gibt jeder kleinen Willensregung des Lenkenden sofort elastisch nach, ohne daß es komplizierter Zolltarifänderungen, neuer Wirtschaftsgesetze zur Förderung einzelner Ausfuhrindustrien usw. bedarf. Will die argentinische Wirtschaftslenkung die Wirkungen einer verschlechterten Weltmarktlage von der Binnenwirtschaft abwenden, so teilt sie weniger Devisen zu Einfuhren zu, beeinflußt dadurch die innere Preisbildung und fördert die Entwicklung eigener Industrien zur Deckung des heimischen Verbrauchs. Will sie aber — aus Gründen der günstigsten Unterbringung ihrer Ausfuhr — die Einfuhr nicht aus jedem Lande gleichmäßig kürzen, so macht sie — wie wir sahen — in der Devisenzuteilung von Land zu Land die ihr geeignet erscheinenden Unterschiede; — — — ein unvergleichlich elastischeres Verfahren mit viel zahlreicheren Individualisierungsmöglichkeiten als eine Handelspolitik alten Stils, die von Position zu Position eine Novelle des Zollgesetzes von der Legislative beschließen lassen und — falls Abweichungen von der Meistbegünstigung vorlagen — mit den Partnerstaaten aushandeln mußte, während inzwischen kostbare Wochen und Monate vergingen. Wenn sie schließlich den günstigeren Freimarktdenkurs für Devisenanlieferungen gewährt, die aus Ausfuhren von anderen als den Hauptausfuhrartikeln erlöst worden sind, so regt sie damit den Ausbau solcher Ausfuhrzweige an, was sich wiederum mit dem Streben nach einer vermannigfalteten Wirtschaftsstruktur deckt.

Kann man unter solchen Umständen ernsthaft annehmen, daß sich Argentinien eines so ausgezeichneten Instrumentes der Wirtschaftslenkung ohne weiteres selbst berauben wird? Die Vorteile des Devisenbewirtschaftungssystems für Staaten wie Argentinien stehen so gänzlich außer Diskussion, daß es schwer einzusehen ist, wie man solchen Staaten noch immer den „schrittweisen Abbau der Devisenbewirtschaftung mit dem Ziele endgültiger Wiederabschaffung“ empfehlen kann, ohne ihnen zu beweisen, daß sie entweder mit anderen Mitteln ihr Strukturideal besser anstreben können oder dieses Ideal überhaupt vorteilhaft gegen ein besseres eintauschen. Tatsächlich werden solche Empfehlungen auch nur noch von den Gruppen und Politikern derjenigen Staaten ausgesprochen, die nach ihrer Interessenlage, ihrer politischen Richtung, dem historischen Wachstum ihrer Wirtschaftsstruktur und ihrer entsprechenden Position in der Weltwirtschaft heute noch das größere Interesse an der universellen Verfolgung des liberalen Weltwirtschaftsideals haben! Es sind einerseits einige kleinere Staaten, die durch ihre weltwirtschaftliche Position in eine solche Haltung *volens volens* gezwungen worden sind, die aber auf Grund ihrer geringen „Mächtigkeit“ diese Sorge um die Erhaltung der liberalen „Spielregeln“ nur passiv teilen können, andererseits Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die sich aktiv für die Konservierung des Liberalen einsetzen.

USA. empfiehlt entfesselte Ziellosgkeit

Von den Vereinigten Staaten, die bezeichnenderweise seit vielen Jahren mit Argentinien handelspolitisch auf dem Kriegsfuß stehen, haben wir bereits früher gesagt (vgl. *Störungskern USA.*, *Staatenwirtschaft II*, 5, September 1938, SS. 764 ff.), daß, seit der *New Deal* von *Big Business* und *Wall Street* torpediert wurde, die Wirtschaftspolitik des Weißen Hauses im Inneren nur noch aus einem zwischen Schwächeperioden und Erholungen hin und her schwankenden Interventionismus besteht. Außenwirtschaftspolitisch entspricht ihr ein Pendeln zwischen Isolierungsideal und „weltwirtschaftlichem Verantwortungsgefühl“. Da es in der amerikanischen Gesellschaft weder ein einheitliches Strukturideal gibt, infolgedessen bis jetzt auch keines „politisch durchgesetzt“ worden ist (obgleich Roosevelt im *New Deal* einen Anlauf dazu unternommen hat), sind die Vereinigten Staaten der klassische Ausdruck des verhängnisvollen Zwischenzustandes zwischen teilweisem Festhalten an liberalen Formen und widerwilliger, gehemmter oder umstrittener Hinwendung zum Grundsatz der einheitlichen staatlichen Lenkung geworden. Mit ihrem starken materiellen und psychologischen Einfluß auf die Weltmärkte, dem eine erzieherische Bindung an das Geschehen auf den Weltmärkten angesichts der eigenen guten Rohstoffausstattung weitgehend fehlt, sind sie bekanntlich für die Weltkrise und den weltwirtschaftlichen Rückschlag von 1937 in hohem Maße verantwortlich. Wer sich daher in der Zwischenzeit nicht aus der Trabantenstellung zum Störungskern USA. durch Ausrichtung auf ein eigenständiges Strukturideal befreien konnte, dürfte das Schicksal seiner Wirtschaft weiter mit dem in einer heftigen Strukturkrise befindlichen nordamerikanischen Wirtschaftskoloß verknüpfen müssen, ohne daß ihm irgendeine Autorität in Washington oder New York irgendwelche Garantien in bezug auf Krisensicherung usw. geben will und kann. Cordell Hull, die Amerikanische Gruppe der Internationalen Handelskammer und alle übrigen über den Welthandel theoretisierenden Amerikaner lassen es aber an weltweit verbreiteten Ermahnungen nicht fehlen, auf den Pfad der weltwirtschaftlichen Tugend zurückzukehren und der Devisenbewirtschaftung usw. abzuschwören.

Englisch-französische Wirtschaftsdiplomatie

Frankreich und England dagegen haben, um der Sache nicht von vornherein das Odium einer politischen Willensäußerung von wirtschaftlichen Großmächten zu geben, ihre Stellungnahme zum gleichen Problem — wie angedeutet — von dem Belgier van Zeeland niederlegen lassen. „In dieser Frage“, hat dann Herr van Zeeland auch getreulich seinen Auftraggebern berichtet (*Rapport présenté par M. van Zeeland . . .*, a. a. O., S. 15), „ist die einzige Haltung, die sich mit der von uns angestrebten internationalen Zusammenarbeit vereinbaren läßt und mit deren Hilfe jedes Land seinen normalen Platz im Rahmen der Weltwirtschaft wieder einnehmen kann, der Verzicht auf dieses System, d. h. die Wiederabschaffung der Devisenbewirtschaftungen und des Verrechnungsverkehrs.“ („*En ce point, la seule attitude qui rentre dans la ligne de l'effort de collaboration internationale auquel nous tendons, et qui soit de nature à réintégrer normalement un pays dans le cadre de l'économie internationale, c'est la renonciation à pareil régime, c'est-à-dire la suppression des contrôles de change et des clearings.*“)

Die zwangsautoritären Kronkolonien des Empire

Wie aber sieht die Sache im Britischen Weltreich aus? Dort unterscheidet man am besten vier Gruppen von Gebieten. Zur ersten gehören die Kronkolonien, Protektorate und Mandate. Von ihnen kann man sagen, daß sie seit 1933 in einer besonderen Form autoritär geworden sind. Bis dahin hatte Eng-

land seine politische Herrschaft über sie damit begründet, daß es für sie nur als Treuhänder (*trustee*) handle und daher bei ihnen nie vom Grundsatz der „Offenen Tür“ abweichen werde; denn nur so würden die Bevölkerungen nie der Chance der bestmöglichen Versorgung und der günstigsten Stellung ihrer Ausfuhrprodukte auf den Weltmärkten beraubt. Als aber in den Jahren 1930 bis 1933 Japan seine Ausfuhr offensive auch in die britischen Kronkolonien richtete und — besonders in den Malayenstaaten, in Westindien, Kenia und an der Goldküste — mit sehr billigen, im Preise dem Lebensstandard der Eingeborenen angepaßten Textilien Fuß faßte, schloß England — vornehmlich im Interesse der Textilindustrie von Lancashire — im Anschluß an die Präferenzverträge von Ottawa die *Open Door* zu. Damit aber schrieb es seinen Kronkolonien, Mandaten und Protektoraten vor, wie ihr „Strukturideal“ auszusehen hat. Folgerichtig haben die liberalen Kreise in England gegen diesen Schritt Sturm gelaufen, zumal die gewünschte Wirkung einer Erweiterung des Absatzes englischer Erzeugnisse z. B. in Kenia und an der Goldküste keineswegs eintrat, weil die Kaufkraft der Eingeborenenbevölkerung wohl die japanischen, nicht aber die englischen Erzeugnisse erschwingen konnte. Daß die britische Regierung an ihrer Politik dennoch festhält — und damit im übrigen auch die Spannung gegenüber den *have nots* erhöht —, zeigt aber, daß es der Wirtschaft der in Frage kommenden Gebiete weiterhin eine Strukturausrichtung auf das Mutterland aufzwingen will.

Die Dominien und das autoritäre Neuseeland

Von dieser ersten Gruppe unterscheidet sich die Gruppe der *self-governing dominions* (Irland, Kanada, Südafrika, Australien). In ihr ist Irland ein Fall für sich. Die übrigen machen, obgleich sie die politische Selbstbestimmung in dieser Beziehung grundsätzlich haben, in ihrem wirtschaftspolitischen Kurs alle Schwankungen innerhalb des englisch-amerikanischen Wirtschaftsblocks mit. Dabei scheinen Südafrika und Kanada am stärksten Trabanten der USA. zu sein, während Australien trotz starker Wirtschaftslenkung und trotz wachsenden Bewußtwerdens einer eigenständigen australischen Wirtschaftsaufgabe den „Schnitt“ zwischen sich und London in Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftspolitik noch nicht getan hat.

Von dieser Haltung weicht dasjenige Dominion ab, welches wir unter den obigen nicht mit aufgeführt haben und das bislang der einzige Vertreter der dritten Gruppe ist: Neuseeland. Wie wir in der „Staatenwirtschaft“ mehrfach berichtet haben (vgl. *Staatenwirtschaft* II, 6, November 1938, SS. 927/29 und III, 1, Januar 1939, S. 87), hat Neuseeland im November 1938 die totale Einfuhr- und Devisenkontrolle eingeführt und damit den letzten Schritt zum Autoritären getan. Das 1,5 Mill. Einwohner zählende Land, dessen Ausfuhr zu 90 v. H. aus nur 5 Waren (Wolle, Häute, Fleisch, Butter und Käse) besteht, hat ein politisch von der Zweidrittelmehrheit der *Labour Party* gesetztes Strukturideal, dessen wesentlichen Punkte die soziale Sicherung aller, die „*insulation*“ der neuseeländischen Volkswirtschaft von Weltwirtschaftskrisen und der Strukturumbau durch Industrialisierung sind. Durch Tausende von Seemeilen von Argentinien getrennt, ohne gegenseitige Verbindung und Anregungen, mit einem ganz anders gerichteten Außenhandel hat Neuseeland Formen der Wirtschafts- und Außenhandelslenkung entwickelt, die den argentinischen im Grundsatz verblüffend gleichen. Wo Argentinien sein Getreidefestpreis- und Getreideankaufssystem hat, hat Neuseeland seine staatliche Bewirtschaftung der Ausfuhr von Milchwirtschaftsprodukten (vgl. Arnold Seifert, *Staatliche Preissteuerung und Ausfuhr lenkung in Neuseeland*, *Staatenwirtschaft* II, 2, März 1938, SS. 231 ff.), in dessen Rahmen jedes Pfund Butter, das an Bord eines Seeschiffes gebracht wird,

automatisch „Eigentum der Krone“ wird und jeder Farmer dafür keinen vereinbaren, sondern einen auf Grund eingehender Enqueten ermittelten „sozial gerechten Preis“ erhält, der ihm und seiner Familie eine angemessene Lebenshaltung sichert. In der Devisenbewirtschaftung und Einfuhrkontrolle aber steuert Neuseeland zwangsläufig auf die gleichen Formen zu, wie Argentinien sie entwickelt hat.

Britisch-Indien und Ägypten

Zur vierten Gruppe schließlich zählen wir jene Gebiete, die weder Dominien, noch Kronkolonien sind, sondern „halb-souveräne“ Staaten, „Nationen im Aufbruch“, die aber noch unter dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluß Englands stehen. Als Typ dafür möchten wir Britisch-Indien und Ägypten nennen. In beiden Ländern macht die nationalwirtschaftliche Selbstbesinnung große Fortschritte. Wir haben vor einem Jahr einige Proben der Aktivität des ägyptischen und des indischen Wirtschaftsnationalismus gegeben (vgl. *Wirtschaftsnationalismus von Ägypten bis Indien, Die Sansibar-Regierung und der indische Gewürznelkenboykott, Die nationalägyptische Bank Misr in Kairo, Staatenwirtschaft, II, 4, SS. 600, 601, 605/07*). Ägypten ist jedoch in jeder Beziehung bereits wesentlich weiter als Indien. Die Inder sind unter sich noch viel zu zerrissen, als daß sie sich — selbst auch nur in der nationalindischen Bewegung — auf ein all-indisches wirtschaftliches Strukturideal einigen könnten, zumal auch rein wirtschaftlich die Voraussetzungen für eine untereinander verbundene organisch gegliederte Volkswirtschaft noch weitgehend fehlen. Noch viel weniger aber ist die Zeit schon reif für eine allgemein verbindliche politische Setzung eines solchen Ideals.

Anders in Ägypten, das als Monokulturland (80 v. H. der ägyptischen Ausfuhr besteht aus Baumwolle) mit einem bereits stärker entwickelten volkswirtschaftlichen Apparat und einer weltpolitisch höchst bedeutsamen Schlüsselstellung für eine planvolle staatliche Wirtschaftslenkung wesentlich günstigere Voraussetzungen aufweist. Zweifellos ist die Entwicklung des Landes politisch und wirtschaftlich auf das Totalitäre gerichtet. Die Ägypter haben eine ziemlich klare Vorstellung davon, wie ihre Volkswirtschaft künftig aussehen soll. Seit wir darüber vor einem Jahr schrieben, ist in dieser Hinsicht wieder mancherlei geschehen. Die Regierung hat die gesetzlichen Bestimmungen zur Erschwerung der Gründung ausländischer Kapitalgesellschaften verschärft, gleichzeitig aber ihre Zuschüsse für nationalägyptische Unternehmen erhöht, und die Bank Misr ermächtigt, ägyptischen Fabrikanten Darlehen unter erleichterten Bedingungen zu geben. Die gleiche Bank, die mit ihrer Tochtergesellschaft *Egyptian Oil Syndicate* jetzt auch an den erfolgversprechenden Erdölbohrungen im Sinai beteiligt ist, hat zwei weitere Tochtergesellschaften, die *Société Misr pour l'Industrie et le Commerce des Huiles* (zur Verarbeitung technischer Öle) und die *Société Misr des Mines et Carrières* gegründet. Mehrere Industrialisierungspläne wurden in Angriff genommen, und in der Nähe des Assuanstaudamms soll demnächst eine Musterfarm mit modernsten landwirtschaftlichen Maschinen errichtet werden, während in der Behera-Provinz ein Musterdorf mit 64 Häusern, einer Moschee und einer Elementarschule geplant ist. Der wichtigste Schritt der jüngsten Zeit aber ist der Plan der Umwandlung der *National Bank of Egypt*, in der bisher — und nach der alten Konzession auch noch bis zum Jahre 1948 — die Engländer das Übergewicht haben, in eine ägyptische Zentralbank. Dieser Plan hat in England außerordentlich verstimmt, und im Juni ist es auch zweimal zur Vertagung der Generalversammlung gekommen, die die entsprechenden Beschlüsse fassen sollte. Zwei englische Verwaltungsratsmitglieder haben inzwischen demissioniert, doch dürfte kaum irgendwelcher Zweifel bestehen, daß die Ägypter ihre Absicht schließlich doch durchsetzen.

Die wirtschaftsmoralische Abrüstung Englands in Ägypten

England muß, nachdem es im Vertrag von 1936 seine politische Position aufgegeben hat, auch wirtschaftlich seine Stellung räumen, obgleich es — nicht zuletzt im Hinblick auf den Suezkanal — in letzter Zeit wieder etwas mehr „Haltung“ angenommen hat. Es ist kaum zu glauben, wie wenig sich England der Aussichtslosigkeit seiner weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Stellung für den Fall bewußt ist, daß es noch weiter in der nun schon fast zwanzig Jahre dauernden Lethargie verharret. Vor allem herrscht in England die Ansicht durchaus noch vor, man könne ohne politische Anstrengungen und ohne Bereitschaft, politische Verantwortungen zu übernehmen, dennoch zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet noch weiter Ernten einholen. Aber das ist gerade der entscheidende Punkt, in dem die Söhne und Enkel Cecil Rhodes' irren. „Planvolle Gestaltung der Außenwirtschaft ist grundsätzlich überhaupt nur aus einem politischen Machtraum heraus möglich.“ Dieser Kernsatz aller weltwirtschaftlichen Gestaltungslehre hat, wie Erich Egner (*Das Ringen um die Erneuerung der außenwirtschaftlichen Theorie in Deutschland, Weltwirtschaftliches Archiv, 48. Bd., Juli 1938, Heft 1, S. 1 ff.*) hervorhebt, nicht erst für unsere Tage Geltung erlangt. Alle Außenwirtschaftspolitik großen Stils ist auf Grund und im Rahmen solcher Machtbereiche betrieben worden, und die kapitalistische Weltmarktwirtschaft hat ihren englischen Charakter auch nur durch eine solche „große“ Politik bekommen. Es gibt in England nur wenige, die das sehen. Zu ihnen gehört Lord Lloyd of Dolobran, der sich im November in einem Vortrag über „*Leadership in Democracy*“ (*Walker Trust Lectures on Leadership, No. VII, Oxford University Press, London 1939, p. 8/10*) zur ägyptischen Frage wie folgt äußerte:

„... Wir sind im vergangenen Jahrhundert durch eine Reihe von Zufälligkeiten nach Ägypten gekommen und haben uns daran gemacht, das Land zu regieren. Unser Rechtstitel gründete sich auf keinerlei juristisches Dokument, sondern nur auf das Hochziel, die Lebensbedingungen des ägyptischen Volkes zu verbessern, und auf unserer Befähigung zu dieser Aufgabe. Seit 1919 ist die Sache aber ganz anders geworden. Wir haben uns immer mehr geschämt, uns offen zu diesem Hochziel zu bekennen und sind, indem dieses Gefühl in uns wuchs, auch zur Bewältigung der Aufgabe des Regierens immer unfähiger geworden. An Stelle dessen haben wir unsere Anstrengungen auf den Versuch gerichtet, eine rechtliche und konstitutionelle Basis für unseren Aufenthalt in Ägypten zu erlangen, die uns — wie wir zumindest hoffen — die Macht in die Hände gibt, unsere Handelswege ohne Verantwortung für das Wohlergehen des ägyptischen Volkes weiter zu beschützen. Wir haben das erreicht, was man sehr glatt eine „Verständigung“ nennt. Aber diese „Verständigung“ ist uns, während wir eine Position nach der anderen aufgeben mußten, von den ägyptischen Politikern abgerungen worden. Die haben gewußt, was sie wollten, und waren daher in der Lage, es zu erreichen, — von englischen Regierungen, die sich der gefährlichen Doktrin verschrieben haben, daß alles, worüber man sich verständigen kann, auch richtig ist.

Gewiß, wir können uns fragen: was geht uns das Schicksal des ägyptischen Volkes an? Wenn wir diese Frage offen stellen und offen verneinen würden, würde ich dies noch nicht einmal so bedauern... aber wir weigern uns in Ägypten und anderswo, die Frage offen zu stellen und ehrlich zu beantworten. Wir ziehen es vor, zu behaupten, daß wir unsere ehrenvollen, ja heiligen Pflichten gerade dann erfüllen, wenn wir ihre Erfüllung ablehnen. Wir behaupten, ein neues Zaubermittel gefunden zu haben: das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts als eines Heilmittels für alle Völker der Welt... Aber es gibt keinerlei Rechtfertigung für eine solche Politik der Spiegelfechterei. Wenn wir nicht die Pflicht in uns spüren, jedermann in den Genuß der Früchte einer weisen, gerechten und sorgsamten Verwaltung zu bringen, sondern nur die, jede Form von Regierung zu tolerieren... dann können wir nicht gleichzeitig behaupten, daß wir die Vorkämpfer für die Freiheit der Völker und der Individuen sind. Wie aber wollen wir unsere Freiheit bei uns zu Haus erhalten, wenn wir diesen Anspruch draußen aufgeben? Sind wir uns darüber im klaren, wie weit wir unser moralisches Gewissen verloren haben und wie stark die Welt heute unter der moralischen Abrüstung des englischen Volkes leidet? Wir können nicht moralisch und zielgerichtet sein, wenn es uns paßt, und schwächlich, träge und zynisch, wenn wir glauben, daß unser Selbstinteresse nicht gefährdet ist. Es war unser Traum in Ägypten, daß wir unsere Pflichten gegenüber dem

ägyptischen Volke wegwerfen, gleichzeitig aber auf dem bequemen Wege des Abschlusses eines Vertrages alles bekommen könnten, was wir für uns brauchen. An Stelle dessen verurteilen wir das ägyptische Volk zu zwanzig Jahren administrativer Mißwirtschaft und sind mit einem Vertrag heimgekommen, der uns weniger als die Hälfte derjenigen Sicherungen gibt, die wir fortgesetzt als das unumgänglich Notwendige für unsere eigene Sicherheit erklärt haben... Warum haben wir auf diese schmachliche Weise unseren Führungsanspruch in der Welt aufgegeben? Zugegebenermaßen, weil wir auch den Gedanken der Führung bei uns daheim aufgegeben haben..."

Hier wird mit überraschender Offenheit das ausgesprochen, was Heinz Pentzlin an anderer Stelle dieses Heftes über die Wirtschaftsgesinnung des heutigen Englands gesagt hat. Beides läßt sich auf eine Formel bringen: England hat den Glauben an seine weltwirtschaftliche Mission verloren.

Die wirtschaftliche Sendung Deutschlands, Italiens und Japans in der Welt

England kann nicht mehr über diejenigen Völker richten, die eine solche Sendung in sich spüren, über Völker, die im sicheren Bewußtsein ihres Weges, d. h. durch die klare Bezogenheit ihrer Wirtschaftsplanung auf ein eindeutiges Strukturideal, anderen Völkern zu einer fest umrissenen Größe, zu einem Richtpunkt werden. Deutschland hat das Gefühl einer Sendung, und es hat in Südosteuropa bereits bewiesen, daß es den daraus entstehenden Aufgaben und Verantwortungen gewachsen ist. Nachdem es, wie Staatsrat Helmuth Wohlthat im Leitartikel dieses Heftes darlegt, durch die außenwirtschaftlich anregende Wirkung seiner inneren Planaufgaben die Südostländer aus der entsetzlichen Not der Weltwirtschaftskrise befreit hat, geht es jetzt an eine längerfristige Erschließungsarbeit. Durch sie werden die einzelnen Volkswirtschaften mit Hilfe des Exports von deutschem Sachkapital und deutscher Leistung im Sinne des vom eigenen Volk gehegten Strukturideals entwickelt. Gleichzeitig wird eine Angleichung der Strukturen durch zwischenstaatliche Pläne versucht, für die der Ausdruck „Handelsvertrag“ kaum mehr zutrifft, die vielmehr — wie erstmalig im Falle Rumäniens (vgl. *Staatenwirtschaft*, III, 3, Mai 1939) — als „zwischenstaatliche Wirtschaftsplanung“ bezeichnet werden müssen. Hier entstehen neue Räume, die über die autoritär geführte einzelne Volkswirtschaft hinauswachsen, die aber erst dadurch ermöglicht werden, daß die sich verbindenden Volkswirtschaften autoritär geführt werden. Erst dann nämlich sind die praktischen und wirtschaftsideologischen Vorbedingungen für eine totale Strukturangleichung gegeben. Daraus entspringt zugleich auch die politische Form der Zusammenarbeit, die durch eine Vereinbarung der obersten Lenkungsinstanzen von vornherein festgelegt wird, und die Arbeit der Kaufleute erhält ein für allemal einen politisch ungestörten, wirtschaftskameradschaftlichen Charakter. Eine solche Zusammenarbeit ist von der Tatsache keineswegs abhängig, daß eine Großmacht und eine Reihe von anderen Staaten minderen politischen Gewichts vorhanden sind. Das Beispiel der in letzter Zeit planmäßig verdichteten deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen beweist, daß sie auch zwischen Staaten gleichen politischen Schwergewichts bestehen kann. Einige der staatenwirtschaftlichen Vorteile solchen Zusammenwirkens schildert Ernst Ferber in diesem Heft. Innerhalb solcher einheitlich gestalteter Wirtschaftsräume können beispielsweise die Nachteile der Devisenbewirtschaftung allmählich tatsächlich überwunden werden, denn erst die gemeinsame Planung ermöglicht es, einer Verrechnungsdevisen innerhalb des Raumes eine allgemeine und unbehinderte Zahlungskraft zu verleihen. In dem Umfange, in dem z. B. die Reichsbank der Durchführung von „Dreieckclearings“ in Mark zwischen einzelnen Südostländern zustimmt, wird die Mark dort bereits mehr als eine Verrechnungsdevisen.

Zwar abweichend im Strukturbild und den daraus entspringenden wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten und erfüllt von verschiedenen politischen Zielsetzungen, sind Italien und Japan dennoch darin Deutschland ähnlich, daß auch sie das Gefühl einer Mission in sich tragen. Und wie Italien in Afrika, so hat Japan im Fernen Osten bereits einen einheitlichen Wirtschaftsblock von seinen Inseln über Mandschukuo bis zum Yangtsekiang geschaffen, den Yen-Block, in dessen Raum es nach innen bereits keine Devisenbewirtschaftung mehr gibt.

Planung vor und nach einem „totalen Krieg“

Der fundamentale Gegensatz zwischen den autoritären und den liberalen Wirtschaftsgroßmächten ist somit letztlich nur psychologisch erfaßbar. Entweder man ist mit sich selbst im reinen oder man ist es nicht, oder man hat das Gefühl einer Sendung oder man hat es nicht. Im liberalen Lager sagt man allerdings gern, daß sich diese Dinge sehr rasch durch einen neuen großen Krieg ändern können. Man führt dabei das autoritäre Wirtschaftssystem auf die Entwicklung der Wehrwirtschaft zurück, und sagt, daß alle Neigung zur totalen Planung ursprünglich in der Vorbereitung auf einen „totalen Krieg“ wurzele. Wieweit trifft das zu? Zweifellos ist dies — wie wir bereits hervorgehoben haben — ein Motiv zur Herstellung einer zentralen Wirtschaftslenkung. (Tatsächlich hat man sich in England jahrelang gegen eine totale wehrwirtschaftliche Planung mit der Begründung gewehrt, daß die Unterordnung des Wirtschaftslebens unter strategische Notwendigkeiten zu einer allgemeinen Ausbreitung totalitärer Methoden führen würde, die auch das wirtschaftliche Denken militärisch und totalitär „vergiften“ müsse.) Man darf aber nie vergessen, daß dem autoritären Denken in aller Welt primär der Gedanke der sozialen Sicherung unterliegt, und da die soziale Idee durch die wirtschaftlichen und sozialen Schäden eines neuen Großkriegs nur weiter an Boden gewinnen kann, würde sich nach einem solchen Völkerringen die Notwendigkeit totaler Planung aus wehrwirtschaftlichen Motiven vielleicht verringern, die aus dem sozialen Motiv aber nur erhöhen können.

ERICH WUNDERLICH:

Symptome wirtschaftlichen Gestaltwandels

DEUTSCHES REICH. — Deutschland ist nunmehr mit jährlich 960 000 t der größte Edeltahlerzeuger der Welt geworden (bisher USA.). — Deutschland hat in der Aluminiumerzeugung 1938 USA. vom ersten Platz verdrängt. — Das erste Bunawerk Deutschlands ist vollendet (Skopau bei Merseburg). — Mit der Erzeugung der neuen Zelljute soll in Kürze begonnen werden. — Die jährliche Anlandungsmenge der deutschen Hochseefischerei wird auf 511 Mill. kg angegeben (gegenüber 65 Mill. in 1900 bzw. 243 Mill. in 1920). — Innerhalb der verschiedenen Eisenerz-Fördergebiete Deutschlands steht jetzt Baden nach Salzgitter und dem Siegerland an dritter Stelle. — Der deutsche Einfuhr-Ölbedarf stieg im letzten Jahr um 15%. Die deutsche Mineralöleinfuhr stützt sich seit Jahren immer stärker auf die in den letzten 10 Jahren erschlossenen Erdölgebiete Südamerikas, besonders Venezuelas (45%). — Die Beschäftigung der deutschen Industrie zeigt einen

Hochstand. Die Zahl der Industriearbeiter liegt zur Zeit um 21% über dem Stand des Hochkonjunkturjahres 1929. — Unter den großen deutschen Montankonzernen stehen die Vereinigten Stahlwerke mit 250 000 Mann Gefolgschaft an der Spitze. An zweiter Stelle folgt Krupp (124 000 Mann). — Die in Thüringen versuchsweise eingeführten Elektrodörfer zeigen eine erfreuliche Entwicklung; Steigerung des Verbrauchs an Kraftstrom um das fünf- bis sechsfache bei nur etwa doppelter Geldausgabe, dabei zugleich Ausgleich für den Mangel an Arbeitskräften. — Deutschland ist das drittgrößte Welthandelsland. — Im deutschen Außenhandel fällt die Zunahme des Anteils der Fertigwaren an der deutschen Gesamteinfuhr auf (Folge inländischer Verknappung gewisser Investitionsgüter). — Das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1938 wird auf 76 Milliarden RM. geschätzt (rund 20% mehr als 1928).

ÜBRIGES MITTELEUROPA. — Die Schweiz hat mit der Ansammlung größerer Kohlenvorräte begonnen. — Die Industrialisierung Ungarns ist weiter fortgeschritten (Textil- und Papierindustrie). In den zurückgewonnenen Gebieten ist die Erweiterung der Holzverarbeitenden Industrien geplant. Im Taracktal (Karpaten) ist der Bau eines Großkraftwerkes geplant. Der Handel Ungarns mit den Achsenmächten ist weiter gestiegen. Sie haben nunmehr 65% der ungarischen Ausfuhr übernommen. — In der Slowakei ist ein umfassender Ausbau des Verkehrsnetzes (einschließlich der Eisenbahnen) vorgesehen. — In Polen soll die Zelluloseerzeugung um 60% gesteigert werden. Die Produktion des ersten großen Stahlwerkes im zentralen Industriebezirk ist aufgenommen. Zwischen England und Polen ist eine Einigung über die polnische Kohlenausfuhr zustande gekommen; das Überseekontingent für Polen wurde um rund 21% erhöht. Zur Zeit wird über den Ausbau der polnisch-französischen Handelsbeziehungen beraten. — Im letzten Jahrzehnt ist der Warenumsatz Danzigs um rund ein Drittel zurückgegangen, während der von Gdingen sich verfünffacht hat. Vom Wert der seewertigen Ein- und Ausfuhr Polens entfielen 1938 auf Danzig nur 24%, auf Gdingen 76%.

WESTEUROPA. — Die Not der englischen Seefischerei, besonders der Heringsfischerei, hält an. Entscheidend ist vor allem der anhaltende Schwund des Exports. Der englische Anteil am Heringsexport fiel von 65% (1913) auf 32% (1937). — Neue Schätzungen der Kohlenvorkommen Großbritanniens beziffern den Vorrat auf 2000 Milliarden t (bis 4000 Fuß Tiefe). — Während des letzten Jahres ist eine weiche starke Schrumpfung der britischen Baumwollindustrie eingetreten (Rückgang der Spindeln 4,2%, der Webstühle 1,7%). Die Zellwolleerzeugung befindet sich in dauernder Zunahme. In Lancashire wurde mit der Verspinnung eigener synthetischer Textilfaser begonnen. — Die Stahlindustrie Englands ist zur Zeit zu 90% ausgenutzt. — In Glasgow wurde eine der größten Flugzeugmotorenfabrik der Welt errichtet. — Im Hinblick auf die Unterstützung der Reedereien wird eine Vergrößerung der englischen Handelsflotte um zunächst 500 000 t erwartet. — England hat außer in USA, noch in Kanada und Südafrika in den letzten Monaten größere strategische Goldreserven angelegt.

Irlands Wirtschaft steht am Scheidewege: gewisse Kreise wollen aus Irland eine Art Holland machen und vor allem den agrarischen Export fördern. Eine andere Richtung tritt für den systematischen Aufbau der Industrie ein.

Die Wirtschaftsstruktur Frankreichs hat in den letzten Jahren eine Reihe wesentlicher Veränderungen erfahren. So beträgt der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten seit 1931 rund 10% weniger als 1906. Parallel damit geht eine starke Abnahme der landwirtschaftlich genutzten Fläche um rund 3 Mill. ha (hierin kommt auch die Konkurrenz der nordafrikanischen Kolonien zum Ausdruck). Im einzelnen ist besonders die Getreidefläche zurückgegangen, während die für Futtermittel und Weide bestimmte Fläche zugenommen hat (Verlagerung des Ernährungsbedarfes). Auch in der Bodenverteilung scheint sich eine Wandlung vollzogen zu haben: der Privatbesitz ist im Vordringen begriffen. Die Betriebsgrößen liegen dagegen meist etwas unter dem wirtschaftlichen Optimum. — Für den wirtschaftlichen und finanziellen Rüstungsplan in Frankreich wurden bisher 39 Notverordnungen erlassen. Im ganzen ist eine merkbare Besserung in der Produktion eingetreten. (Frankreich steht jedoch in Arbeitszeit und in den Investitionen noch beträchtlich hinter den großen Industrieländern zurück.) Beachtenswert ist dagegen die allgemein beobachtete Kaufunlust breiter Schichten (als Folge der politischen Ungewißheit). — In der mittel- und südfranzösischen Eisenindustrie sind weitere größere Neuanlagen geschaffen. — Die Ansiedlung auswärtiger Industrien soll in Frankreich erleichtert werden. — In Frankreich wurde ein Einfuhrverbot für japanische Waren (mit Ausnahme von Seide und Kampfer) erlassen.

SÜDEUROPA. — Bei den Aufbauplänen in Spanien geht es zunächst mehr um die Liquidierung der Kriegsschäden (die teilweise nicht so groß sind, wie man befürchtet hatte) als um die Schaffung von Neuem. Wichtig sind jedoch die Pläne zur Lösung des Bodenproblems und zur Errichtung neuer Industrien (Auto-, Stickstoffdünger- u. a.). — In Nordspanien hat sich die Stahlerzeugung seit 1937 vervierfacht (1938 rund 351 000 t). Von dem gesamten Flächenraum des Italienischen Imperiums einschließlich der beiden Altkolonien (Somaliland und Erythraä) werden neuerdings schätzungsweise 350 000 Quadratmeilen als kolonisationsfähiges Land angegeben. — Die Autarkiebestrebungen Italiens gehen weiter. Man hofft, in 10 Jahren die Brennstoffautarkie zu erreichen. Die italienischen Staatsbahnen sind nunmehr zu rund einem Drittel des Gesamtnetzes elektrifiziert.

NORDEUROPA. — In Norwegen ist der Bau eines Eisen- und Stahlwerkes geplant. — Das neue norwegische Trawlergesetz gestattet im beschränkten Umfang das Fischen mit Schleppnetz. Bei moderner Organisation ließe sich die ganze norwegische Küstenfischerei von etwa 100 modernen Trawlern mit rund

2500 Mann Besatzung betreiben; gegenwärtig leben jedoch rund 11000 Fischer vom Fischfang mit einfachen Bootsnetzen.

ISLAND, das schon infolge des spanischen Bürgerkrieges durch den Verlust seines wichtigsten Abnehmers, Spaniens, schwer getroffen war, hat durch die schlechten Ergebnisse der letzten Fangsaison weiter stark gelitten.

NORDOSTEUROPA. — Deutschland hat nunmehr England, das bisher an erster Stelle im litauischen Handel stand, eingeholt (Folge der Besserung der politischen Beziehungen). Der Warenverkehr mit Deutschland ist zunächst bis 1941 geregelt.

Der sowjetrussische Außenhandel ist 1938 wesentlich zurückgegangen. — Auf dem Sowjetmarkt ist England der größte Käufer, doch ist der englische Handel mit Sowjetrußland passiv.

SÜDOSTEUROPA. — In Jugoslawien macht die Industrialisierung weitere Fortschritte. — Durch die Eingliederung des Sudetengaus nimmt Deutschland nunmehr etwa 50% der jugoslawischen Gesamtausfuhr auf. Auch in der Kapitalbeteiligung steht Deutschland (mit 18,7% des gesamten Auslandskapitals) an der Spitze.

Das neue britisch-rumänische Wirtschaftsabkommen sieht vor allem eine Steigerung der Einfuhr britischer Waren in Rumänien vor. England werden ferner in den rumänischen Häfen Freizonen eingeräumt. — Die Einrichtung direkter Schiffs- und Luftfahrtdienste zwischen Großbritannien und Rumänien soll geprüft werden. — Der für Rumänien zunächst auf 5 Mill. Pfd. von England festgesetzte Kredit soll voraussichtlich erhöht werden. (Die Bestrebungen Englands und Frankreichs, auf dem Balkan festen Fuß zu fassen, stehen immer vor dem Problem, welchen ausreichenden Vorteil England den Balkanstaaten gewähren kann. Die Möglichkeiten sind jedoch infolge der Bindungen Englands an die Dominien und infolge der weitreichenden Selbstversorgung Frankreichs sehr beschränkt.)

In Bulgarien ist die Industrialisierung neuerdings in starker Aufwärtsbewegung begriffen (bereits 25 Maschinenfabriken). — Im bulgarischen Haushalt (1939) beansprucht das Heer allein 31% der Ausgaben. (Folge der Rüstung.) — Die bulgarische Ausfuhr nach Deutschland erhöhte sich 1938 um fast 50%.

In Griechenland wird eine Erweiterung der Industrialisierung zusammen mit der Ausgestaltung der Wasserkraftanlagen geplant. — Griechenland wurde von der britischen Regierung zunächst ein Kredit von 2 Mill. Pfd. eingeräumt.

Die Türkei plant den Bau neuer Kraftwerke.

ASIEN. — Im Iran fanden Versuchspflanzungen für Kautschuk statt. — Die Bodenschätze im Iran sollen durch eine niederländische Gesellschaft erschlossen werden. — Trotz der politischen Beunruhigung hat sich die Wirtschaft in Palästina günstig entwickelt, besonders der Obstbau.

Zwischen Saudi-Arabien und Ägypten ist ein Wirtschaftsvertrag abgeschlossen worden, nach dem Ägypten die Elektrizitäts- und Wasserversorgung von Mekka und den Bau zweier großer Straßen (nach Medina) übernimmt.

Das Scheitern des englisch-indischen Handelsvertragsabkommens eröffnet für die indische Industrie (Textil-, Zement- und besonders Eisenindustrie) neue Aussichten.

Die neue Burmastraße nach Yünnan (Südchina) kann infolge der schlechten Beschaffenheit nicht voll ausgenutzt werden. In Burma befürchtet man ein Vordringen der chinesischen Einwanderung.

Die Industrialisierung Niederländisch-Indiens schreitet fort.

Die Verhandlungen über die Loslösung der Philippinen von den USA. (die bekanntlich 1941 beginnen und 1960 — statt 1946 — enden soll) sind noch nicht vorangekommen. In Japan soll die kleine und mittlere Industrie stärker zusammengefaßt werden. (1930 waren 46% aller Fabrikarbeiter in Betrieben mit weniger als 5 Beschäftigten.)

Die Erzeugung der Sojabohne in Mandschukuo (1938 4 Mill. t) soll in 5 Jahren auf 5 Mill. t gesteigert werden. Man plant stärkeren Einsatz von Maschinen aller Art.

Durch die Beilegung des japanisch-russischen Streites um die Fischereirechte (in der Japansee, im Ochotskischen Meer und bei Kamschatka) wird Japan in diesem Jahre über 359 Fischgründe verfügen. (Für Rußland hat sich die wirtschaftliche Bedeutung der Fischerei durch die stärkere Bevölkerung des Fernostgebietes einschließlich des Heeres und die Einwirkung der russischen Agrarkrise wesentlich verändert.)

AFRIKA. — Der Außenhandel Ägyptens war 1938 (zum erstenmal seit vielen Jahren) passiv (hauptsächlich durch den starken Rückgang des Baumwollabsatzes).

Italienischerseits will man die Produktion des Kaffees in Äthiopien um den Tanasee wesentlich fördern. Eine italienisch-holländische Kolonisationsgesellschaft will die Produktion in die Hand nehmen.

Die Goldförderung in Südafrika ist gegenüber anderen Gebieten mit sehr starker Zunahme (Süd- und Mittelamerika, Australien usw. zum Teil mit 30% Erhöhung) 1929 bis 1938 nur um 17% gestiegen. (Die Union wird trotzdem auch in Zukunft voraussichtlich das ergiebigste Abbaugebiet bleiben.)

NORDAMERIKA. — Die Wirtschaftslage in USA. ist zur Zeit sehr unbefriedigend; der starke Konjunkturrückschlag hat vor allem auch die Eisen- und Stahlindustrien in Mitleidenschaft gezogen. (Folge der innen- und außenpolitischen Unsicherheit und der Strukturkrise.) — Das Arbeitslosenheer in USA. wird neuerdings auf rund 11 Mill. beziffert; die Arbeitslosigkeit ist heute wieder genau so drückend wie 1934. — Der Kohlenarbeiterstreik in USA. ist der größte Ausstand seit Sommer 1922. — Weichkohle und Anthrazit lieferten 1937 rund 48 bzw. 5,7% (zusammen also 54%) des nordamerikanischen Energieverbrauches (1913 noch 70,3 bzw. 13,9%). Der Anteil des Erdöls stieg von 8,9% (1913) auf 32,4% (1937). Der Anteil der weißen Kohle blieb unverändert. — Die Produktion von Weichkohle und Anthrazit ist weiter gesunken (trotz Bevölkerungs- und Industriezunahme). — Der Baumwolllexport bereitet in USA. nach wie vor Sorge. (Man vertritt unverändert den Anspruch, den früheren Baumwolllexport wieder zu erobern, anstatt den Anbau entsprechend der veränderten Versorgungslage der Welt einzuschränken.) — Die fortgesetzten Goldimporte haben den Goldbesitz der USA. seit 1937 von rund 35% auf 60% des Weltvorrates gesteigert. (Man beginnt zu erwägen, ob mit dieser Monopolisierung nicht eine Loslösung der Währung vom Gold geboten erscheint.) Parallel mit diesem Goldzustrom geht ein Abströmen von Dollarnoten, die im Ausland gehortet werden. — Die britischen und französischen Rüstungsbestellungen in USA. haben stark zugenommen. — Die Verhandlungen über den Rohstoffaustausch zwischen USA. und England (hauptsächlich Baumwolle, Weizen und Nickel gegen Zinn und Rohgummi) sind bisher noch nicht zum Abschluß gekommen.

MITTELAMERIKA. — Die Erdölgewinnung in Mexiko ergab auch 1938 eine normale Förderung (beachtlich, weil 1938 das erste Jahr autonomer mexikanischer Verwaltung war). — Der Bau einer transmexikanischen Erdölleitung ist geplant.

Zwischen Nicaragua und USA. ist ein neues Wirtschaftsabkommen getroffen worden. USA. stellt einen Kredit zum Ausbau des Straßennetzes zur Verfügung. Ferner werden amerikanische Sachverständige an der Entwicklung der agrarischen Produktion mitwirken, um den Warenaustausch mit USA. zu fördern.

SÜDAMERIKA. — 1938 war für die südamerikanischen Staaten allgemein ein Krisenjahr: starker Sturz der Brasil-Kaffeepreise, Fall der Getreidepreise, Rückgang der Bergbauerzeugung. Gleichzeitig schrumpfte der Handel der USA. mit Südamerika, und England

ermäßigte seine Einfuhr aus Südamerika um mehr als ein Viertel (gegenüber 1937). Dagegen blieb der deutsche Anteil relativ stabil. (Im ganzen vollzieht sich in Südamerika eine Steigerung des deutschen und nordamerikanischen Exports auf Kosten Englands.)

Die brasilianische Regierung will ein „Institut für Schwerindustrie“ errichten, um eine Hüttenindustrie zu schaffen. — Die Einrichtung neuer maschineller Anlagen zur Erzeugung von Ersatzstoffen an Stelle von Wolle, Seide, Baumwolle und Gummi wurde in Brasilien verboten. — Die Baumwollpflanzler in Brasilien stehen vor der Entscheidung, sich unter Verzicht auf Anbauausdehnung entweder mit USA. zu verständigen oder ihren Anbau im Rahmen des Handels mit Deutschland weiter zu entwickeln.

Der argentinische Außenhandel ist 1938 um 26% zurückgegangen. (Der Handel mit Deutschland ist für Argentinien immer noch besonders wichtig, weil die deutschen Bezüge während der letzten zehn Jahre die Lieferungen um 60% überstiegen.)

AUSTRALIEN UND NEUSEELAND. — Die Maschinenindustrie in Australien befindet sich in Erweiterung.

Die Regierung in Neuseeland plant im Zusammenhang mit der neu eingeführten Devisenbewirtschaftung und Einfuhrkontrolle eine kräftige Industrialisierung des Landes.

ALLGEMEINES. — Die Weltkohlenförderung war 1938 (mit 1197 Mill. t) um etwa 6% niedriger als 1937 (1291 Mill. t). Der Welthandel in Kohle ist ebenfalls zurückgegangen. — Das Volumen des internationalen Erdölhandels wird für 1938 auf rund 85 Mill. t. geschätzt (leichter Rückgang gegenüber 1937). — Die Weltproduktion von synthetischen Fasern (Kunstseide und Zellwolle) ist 1938 um weitere 6,3% gestiegen. Die Weltproduktion beträgt nunmehr 914 Mill. kg. Die drei totalitären Staaten haben davon 67% erzeugt. Der gesamte Konsum hat sich dagegen 1938 um 13% gesteigert. Im einzelnen ist die Weiterzeugung und der Weltverbrauch von Kunstseide bereits rückläufig (Folge der Überexpansion der japanischen Kunstseideerzeugung). — Zinn und Jute müssen neuerdings unter die „politischen“ Rohstoffe gerechnet werden. — Im Welthandel mit Kriegsgerät haben die Flugmaterialexporte 1938 mit 51% zum erstenmal das Übergewicht erlangt. — Die Schaffung der neuen englischen Schattenflotte bringt der Weltseeschifffahrt neue Sorgen (der Ausgleich zwischen Schiffsangebot und -nachfrage wird weiter erschwert). — In der letzten Zeit hat eine ganze Reihe von Ländern die Bildung von Notreserven an lebenswichtigen Gütern weiter organisiert (besonders auch in Nordeuropa).

M A T E R I A L I E N

Politische Weltwirtschaft und volkswirtschaftliches Strukturideal

Aus: **Karl C. Thalheim: Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre.** Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft. 99. Bd. 3. Heft, S. 464 ff.

... Wenn man Volkswirtschaft lediglich als eine Summe wirtschaftlicher Beziehungen betrachtet, bleibt der Weg zu einem wirklichen Verständnis ihres Wesens und ihrer Lebensgesetze verschlossen. Nur als ein nicht geschaffenes, sondern gewachsenes Gebilde höchsten Ranges, dessen Dasein jenseits aller rationalen Erklärungsversuche in Geschichte und Schicksal begründet ist, nur in ihrer engen und unauflöselichen Verbundenheit mit Volk und Staat kann die Volkswirtschaft in dem für ihr Wesen Entscheidenden begriffen werden. Der individualistische Volkswirtschaftsbegriff — der konsequenterweise bis zur völligen Sinnentleerung vorwärtsgetrieben wurde, indem man schließlich auch davon abstrahierte, daß die volkswirtschaftlichen Vorgänge sich innerhalb bestimmter „Zufallsgrenzen“ (Adolf Weber) abspielten — führte notwendigerweise zu einer Wirtschaftstheorie, die ihre Aufgabe erfüllt sah, wenn sie die Phänomene des Marktes und der Preisbildung (in jenem weiteren Sinne, wie sie z. B. heute noch Gustav Cassel auffaßt) zu erklären vermochte...

... Sobald die volkswirtschaftliche Forschung deshalb in die konkrete Wirklichkeit des Wirtschaftslebens vorstieß, sah sie sich immer wieder Aufgaben gegenüber, für deren Lösung die herkömmliche Theorie ihr keine Mittel an die Hand gab. Das galt nicht zuletzt für die wissenschaftliche Behandlung der Volkswirtschaftspolitik, die infolgedessen weitgehend ein selbständiges Eigenleben neben der Wirtschaftstheorie führte, während doch eine vollkommene Wirtschaftstheorie das geistige Fundament hätte schaffen müssen, von dem aus jenseits bloßer Zufallsurteile und persönlich gefärbter „Meinungen“ die wissenschaftliche Durchdringung auch der Wirtschaftspolitik möglich gewesen wäre.

... Zu den strukturell wichtigen Naturgegebenheiten gehört die geographische *Lage*, insbesondere die Lage zu den großen Verkehrswegen in Verbindung mit der morphologischen Gestalt der Erdoberfläche. Sie bestimmt über den Grad des Ausbaus, den das Verkehrswesen eines Landes erfahren kann, über die Eingliederung des Landes in den Weltverkehr, damit aber auch weitgehend über die Entfaltung der in ihm vorhandenen produktiven Kräfte (wenigstens soweit diese Entfaltung nicht ohne außenwirtschaftliche Beziehungen möglich ist). Zwar hat die moderne Entwicklung der Verkehrstechnik in immer wachsendem Umfange die naturgegebenen Hindernisse der Verkehrsentwicklung zu überwinden verstanden, wofür der Einsatz der Flugzeuge im Goldbergbau von Neuguinea und Nordwestkanada ein besonders kennzeichnendes Beispiel ist; aber schon aus Kostengründen kann der Einfluß dieser Naturgegebenheiten wohl herabgesetzt, nicht aber völlig ausgeschaltet werden. Innerhalb eines einheitlicher Lenkung unterliegenden Raumes allerdings ist auch der Einsatz wirtschaftspolitischer Mittel zur Verringerung der Einflüsse der Naturgegebenheiten auf den Verkehr möglich; eine Tarifgestaltung der Eisenbahnen z. B., die die entfernter gelegenen Teile des Wirtschaftsraumes frachtmäßig begünstigt (Ostpreußentarif!), bedeutet ja wirtschaftlich das gleiche wie eine Verringerung der Entfernung, und ebenso kann durch die Preispolitik eines Kartells für die kartellierten Betriebe mit ungünstiger Verkehrslage ein Ausgleich gegenüber den standortsmäßig mehr begünstigten geschaffen werden...

... Strukturbestimmend wirken sich die vorhandenen Bodenschätze auch hinsichtlich des Grades und der Art der außenwirtschaftlichen Verflechtung aus. Länder mit entwickelter eigener Industrie, aber geringem Rohstoffvorkommen sind infolgedessen zum Austausch mit der Außenwelt einfach gezwungen. Die erstaunliche Entwicklung der chemischen Wissenschaft und der auf ihr aufbauenden synthetischen Rohstoffherzeugung bedeutet zwar eine Verringerung dieser Abhängigkeiten, nicht aber ihre Beseitigung, vor allem nicht auf dem Felde der Eisen- und NE-Metallwirtschaft. Andererseits kann auch die Exportorientierung der Produktion in Rohstoffüberschußländern zu einer starken, unter Umständen verhängnisvollen Abhängigkeit vom Weltmarkt führen, wie das Beispiel Chiles zeigt, dessen Wirtschaftsgrundlagen stark mit dem Salpeterexport verbunden waren und infolgedessen durch die Konkurrenz des synthetischen

Stickstoffs schwer erschüttert wurden. Schließlich kann in Neuländern das Vorkommen mineralischer Rohstoffe auch zu einer ungewöhnlich großen Kapitalabhängigkeit vom Ausland führen, wenn fremde Kapitalgruppen sich mit finanzkapitalistischen Methoden der Herrschaft über diese Vorkommen bemächtigen. Daß das im Zeitalter des Hochkapitalismus weitgehend geschah, ist bekannt. Heute dagegen zeigt sich eine deutliche und sehr starke Gegenbewegung, die das Bild der zukünftigen Weltwirtschaft erheblich umgestalten wird...

... Schon in den vorhergehenden Ausführungen war verschiedentlich davon die Rede, welche Bedeutung die innere Haltung eines Volkes zur Wirtschaft für die Wirtschaftsstruktur hat. Verstehen wir mit *Sombart*, der ja mehr als irgendein anderer früherer Nationalökonom zur Aufhellung dieser Zusammenhänge beigetragen hat, unter *Wirtschaftsgesinnung* „alles Geistige, von dem die einzelnen wirtschaftlichen Tätigkeiten bestimmt werden: also alle Wertvorstellungen, Zwecksetzungen, Maximen, die in den die Wirtschaft gestaltenden Personen ... lebendig werden“, so erweist diese sich als die vielleicht stärkste strukturbestimmende Kraft, die wir kennen. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Aufsatzes den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsstruktur in seiner Gänze zu erörtern; das ist aber auch deshalb nicht erforderlich, weil gerade die deutsche Gegenwart uns mit besonderer Deutlichkeit zeigt, mit welcher Stärke ein Wandel der Wirtschaftsgesinnung strukturmgestaltend wirkt. Gewiß wird auch der Nationalsozialismus bei der von ihm angestrebten Umgestaltung der deutschen Volkswirtschaft in manchen Punkten von Zwangsläufigkeiten angetrieben, insbesondere solchen, die aus den Strukturwandlungen der *Weltwirtschaft* erwachsen, also aus Entwicklungen, die sich dem Einfluß der deutschen Staatsführung weitgehend entziehen. Viel entscheidender aber ist doch als Antriebskraft der Wandel der Wirtschaftsgesinnung vom Individualismus zum Sozialismus. Dieser Sozialismus soll sich gewiß zunächst und am wesentlichsten in der inneren Haltung der Menschen dokumentieren; aber es ist, wie die letzten Jahre ja mit aller Deutlichkeit bewiesen haben, eine absolut notwendige und unausweichliche Konsequenz, daß entsprechend den gewandelten Vorstellungen vom Sinn und Ziel der Wirtschaft und ihrer veränderten Stellung im gesamten völkischen Lebenszusammenhang auch die Institutionen und damit auch die Wirtschaftsstruktur selbst sich wandeln. Wir brauchen nur an das von Grund auf veränderte Verhältnis von Staat und Wirtschaft, an die Verstärkung der binnenwirtschaftlichen Erzeugungsgrundlage und den Abbau weltwirtschaftlicher Verflechtungen, an die Vergrößerung des Investitionsanteils am Volkseinkommen gegenüber dem Konsumanteil, an die Umgestaltung der Sozialverfassung durch Arbeitsordnungsgesetz, Treuhänder der Arbeit, Regelung des Arbeitseinsatzes usw. zu denken, um den wahrhaft revolutionären Charakter dieses im Gesinnungswandel wurzelnden Strukturwandels zu erkennen. Und war es nicht ebenso, als die liberale Wirtschaftsanschauung den größten Teil aller überkommenen Bindungen der Wirtschaft beseitigte und für diese eine Struktur anstrebte, die dem allein als bindend anerkannten Ziel der Maximierung des Sozialprodukts genügen könne? Es gibt ja keinen dürftigeren Erklärungsversuch für die Dynamik des geschichtlichen Geschehens als jenen des Marxismus mit seiner materialistischen Geschichtstheorie. Gewiß soll nicht bestritten werden, daß eine Wechselwirkung zwischen den materiellen Verhältnissen und der Idee besteht; aber in allen großen welthistorischen Entscheidungen ist doch die Idee das Entscheidende gewesen; „es ist der Geist, der sich den Körper baut“. Das gilt auch für die Wirtschaft. Daß Geist, Idee, Weltanschauung und Wirtschaftsgesinnung ihrerseits wieder eng mit Blut und Rasse verbunden sind, gehört zu den Grunderkenntnissen des nationalsozialistischen Denkens überhaupt...

*

... Ein strukturbestimmender Faktor von der allergrößten Bedeutung ist weiterhin der Staat. Mit ihm schafft das Volk sich das Instrument, mit dem es sein Wollen verwirklicht, sein Dasein nach außen behauptet und im Innern ordnet. So ist denn der Staat und seine Gesetzgebung auch das Mittel, mit dessen Hilfe weitgehend die Wirtschaftsgesinnung ihre Verkörperung findet. Dieser Zusammenhang ist ja gegenüber der liberalen Unterschätzung und Bagatellisierung des Staates in der Vergangenheit der Volkswirtschaftslehre, vor allem der deutschen, von verschiedenen Richtungen betont worden. Hinter dem wirtschaftspolitischen Handeln des Staates steht die Wirtschaftsgesinnung. Insoweit ist also der Staat nicht primär strukturbestimmender Faktor. Er wird aber dazu durch die Bedeutung der *Staatsform*, die in dieser

Beziehung weit mehr als bloß formale Bedeutung besitzt. Der innere Aufbau der Wirtschaft muß in einer parlamentarischen Demokratie wesentlich anders aussehen als in einem autoritären Führerstaate oder in einem marxistisch-kollektivistischen Diktaturstaat, da in allen drei Fällen Art und Intensität des Staatseinflusses auf die Wirtschaft sehr unterschiedlich sind. Für die Verwirklichung bestimmter wirtschaftspolitischer Zielsetzungen sind diese Unterschiede von größter Bedeutung, wie die Erfahrungen der letzten Jahre sehr deutlich zeigen. In der parlamentarischen Demokratie ist die Verwirklichung einer totalen Wirtschaftslenkung wesensnotwendig unmöglich, da die Einheitlichkeit, die den wichtigsten Grundzug dieser Lenkung darstellt, niemals das Ergebnis eines Kompromisses zwischen differierenden Weltanschauungs- und Interessentengruppen sein kann. Ebenso wesensnotwendig unmöglich ist andererseits im kollektivistischen Diktaturstaat eine Aufrechterhaltung und Einschaltung unternehmerischer Privatinitiative, während es das — gewiß nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten zu verwirklichende — Ziel des autoritären Führerstaates ist, die Bindung an die Gemeinschaft und die unternehmerische Initiative zu einer wirklichen Synthese zu verschmelzen. Die Entscheidung in der einen wie in der anderen Richtung erfordert Opfer. Wir sehen heute nicht selten, daß man auch in den demokratischen Ländern mit Neid auf die von den autoritären Staaten erreichte Sicherung der Vollbeschäftigung schaut. Aber die Voraussetzung solcher sozialer Sicherung für die Gesamtheit ist nun einmal, daß die wirtschaftenden Einzelnen auf ihre bisherige fast schrankenlose Freiheit des Tun und Lassens verzichten. Wem diese Freiheit als unverzichtbares Gut erscheint, der muß dann auch bereit sein, die Unstetigkeit des Wirtschaftsablaufs in Kauf zu nehmen. *Tertium non datur.*

Im liberalen Zeitalter mußte die strukturbestimmende Bedeutung des Staates gering sein; sie wirkte sich vorwiegend nach der negativen Seite aus, indem der Staat *nicht* eingriff und infolgedessen die Gestaltung der Wirtschaftsstruktur der „Eigengesetzlichkeit“ der Wirtschaft überließ. Heute dagegen ist in allen Staaten, in denen die Wirtschaftspolitik die Epoche des bloßen Interventionismus überwunden hat, der Staat wieder eine der stärksten strukturbestimmenden Kräfte geworden, und im nationalsozialistischen Deutschland ist er zweifellos die stärkste strukturbestimmende Kraft überhaupt. Daß diese Rolle des Staates nicht bloß episodisch ist, steht außer Frage; prägt sich doch darin der entscheidende Wandel der Wirtschaftsgesinnung aus, der die Wirtschaft aus einer Angelegenheit der selbstverantwortlichen Einzelnen zu einer Angelegenheit der Gesamtheit macht, deren Lebensförderung durch das staatliche Handeln angestrebt wird...

... Diese Erwägungen über die Rolle des Staates als strukturbestimmender Faktor zeigen uns, daß der Anteil der einzelnen strukturbestimmenden Faktoren an der Gestaltung der Wirtschaftsstruktur in verschiedenen Epochen verschieden groß sein kann. Allgemein läßt sich sagen, daß die Entwicklung der menschlichen Wirtschaft gekennzeichnet ist durch ein Sinken der Bedeutung der natürlichen Faktoren; Wissenschaft und Technik haben eine fortschreitende Emanzipation der menschlichen Wirtschaft von den natürlichen Voraussetzungen ermöglicht. Gewiß sind sie als bestimmender Faktor unseres wirtschaftlichen Daseins niemals ganz auszuschalten; man denke nur an die Einflüsse des Klimas! Aber die Menschen und die Völker sind in der Gestaltung ihrer Wirtschaft freier geworden; wir erleben heute wieder in der Entwicklung der synthetischen Rohstoffherzeugung abermals einen großen Schritt voran. Und je freier die Menschen sind, desto größer wird die Bedeutung der Wirtschaftsgesinnung. Sie und das von ihr geleitete Handeln des Staates bestimmen jetzt vor allem darüber, wie die Wirtschaftsstruktur aussehen soll. Sie sind verantwortlich dafür, ob die Wirtschaftsstruktur „richtig“ ist, d. h. ob sie die materiellen Voraussetzungen für eine gesunde Ordnung des völkischen Daseins schafft...

... Eine genauere Determinierung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft ergibt sich dabei aus folgenden Fragestellungen:

- a) Wie weit greift der Staat in das wirtschaftliche Geschehen ein? Es ist offenbar wirtschaftsstrukturell sehr wichtig, ob das Grundprinzip des staatlichen Eingriffs der Interventionismus, die planvolle Wirtschaftslenkung, die Planwirtschaft auf einzelwirtschaftlicher Grundlage oder die Planwirtschaft auf kollektivistischer Grundlage ist.
- b) Mit welchen Mitteln greift der Staat ein? Bedient er sich neben den wirtschaftspoliti-

schen Eingriffen durch Gesetz, Verordnung usw. auch der finanzwirtschaftlichen Lenkungsmittel („Wirtschaftssteuerung durch Steuerwirtschaft“) und der eigenwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand? Tritt der Staat in der Leitregelung unmittelbar mit den Zellen des Wirtschaftslebens in Berührung, oder schaltet er von ihm beauftragte und kontrollierte Selbstverwaltungskörperschaften ein, wie z.B. in der heutigen deutschen Agrarpolitik den Reichsnährstand?

c) Welche Ziele verfolgt die Leitregelung durch den Staat? An diesem Punkte zeigt sich deutlich die schon oben besprochene Bedeutung der hinter dem staatlichen Handeln stehenden Wirtschaftsgesinnung. Erst die Einheit der Zielsetzung — die ohne eine Einheit in den weltanschaulichen Grundlagen nicht denkbar ist — verleiht der Überfülle wirtschaftspolitischer Einzelmaßnahmen einen wirklichen Zusammenhang und hebt damit die staatliche Wirtschaftspolitik über die Sphäre des bloßen Interventionismus heraus...

... 8. Als letztes derjenigen Strukturelemente, die mir für die Erfassung des individuellen Wesens einer Volkswirtschaft entscheidend erscheinen, ist das *Ausmaß und die Art ihrer weltwirtschaftlichen Verflechtung* zu nennen. Auch im Zeitalter betont nationalwirtschaftlicher Gestaltung bleibt ja ein wirtschaftlicher Austausch der Volkswirtschaften untereinander notwendig; es gibt kaum eine Volkswirtschaft, die sich eine Vollautarkie ohne erhebliche Beeinträchtigung des erreichten wirtschaftlichen Entwicklungsstandes leisten könnte. Art und Ausmaß der bestehenden weltwirtschaftlichen Verflechtung können freilich sehr verschiedenartig sein; der Austausch mit anderen Volkswirtschaften kann sich in der Sphäre des Lebensnotwendigen oder in der Sphäre des Zusätzlichen vollziehen. Ein Angewiesensein auf den Weltmarkt kann für eine Volkswirtschaft sowohl aus der Import- wie aus der Exportnotwendigkeit von Waren, aus der Beschaffung wie aus der Unterbringung von Arbeitskräften oder von Kapital resultieren. Aus den nationalwirtschaftlichen Tendenzen der Gegenwart erwächst das Streben, die außenwirtschaftlichen Beziehungen nach Möglichkeit nur in die Sphäre des Zusätzlichen zu verlegen und sie, soweit sie bestehen bleiben, so sicher wie möglich zu gestalten, um dadurch eine Erschütterung der Stabilität der eigenen Volkswirtschaft von der Außenwirtschaft her von vornherein nach Möglichkeit auszuschalten. Das bedingt einmal einen Umbau der Volkswirtschaft im Innern mit dem Ziele einer maximalen Entfaltung der landeseigenen Produktivkräfte, zum anderen einen Umbau auch der außenwirtschaftlichen Beziehungen; diese können nicht mehr nach dem bloßen Billigkeitsideal des Liberalismus gestaltet werden, sondern sie werden ein Höchstmaß von Sicherheit nur dann verbürgen können, wenn es sich um den Austausch zwischen Ländern handelt, zwischen denen durch die beiderseits verschiedene Wirtschaftsstruktur dauernde *Ergänzungsmöglichkeiten* gegeben sind. Sicher ist aber jedenfalls, daß die außenwirtschaftliche Verflechtung an sich auch in Zukunft für jede höher entwickelte Volkswirtschaft eines der wichtigsten Strukturelemente bleiben wird...

*

... Welcher Wirtschaftsaufbau für ein Volk ein Höchstmaß an Lebensförderung und Lebenssicherung zu erbringen vermag, kann nur im Einzelfall entschieden werden; und diese Entscheidung ist nicht möglich ohne die genaueste Kenntnis sowohl der strukturbestimmenden Faktoren wie auch der Zielsetzungen, die ein Volk in seinem Dasein zu verwirklichen sucht. Jedes wirtschaftspolitische Ideal, das diese konkreten Voraussetzungen vergißt und generelle Gültigkeit beansprucht, geht notwendig in die Irre; das gilt ebenso für das ausschließlich am Maximumprinzip ausgerichtete Denken des Liberalismus wie für das zwar völlig andersartige, aber ebenfalls nach „universalistischer“ Allgemeingültigkeit strebende Ideal Spanns und seiner Schule. Wohl aber läßt sich durch genaue Analyse der Struktur einer Volkswirtschaft ein Urteil darüber abgeben, ob diese unter den gegebenen Voraussetzungen den von der Wirtschaft zu verwirklichenden Zielsetzungen entspricht oder nicht.

Diese Erkenntnis ist für die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik von der allergrößten Bedeutung. Die planvolle Wirtschaftslenkung unterscheidet sich vom Interventionismus vor allem durch die *Einheitlichkeit* aller Einzelmaßnahmen. Die Erreichung solcher Einheitlichkeit setzt ein einheitliches und geschlossenes Ziel voraus. Die Einheitlichkeit des Zieles ist gewährleistet, wenn alle Maßnahmen der Wirtschaftspolitik in den Dienst der Verwirklichung eines als richtig und notwendig erkannten Strukturideals gestellt werden...

SCHRIFTTUM

Kurt Wiedenfeld: Die Raumbeziehungen im Wirtschaftsleben der Welt. Die Grundformen des Wirtschaftslebens in der Gegenwart, Julius Springer, Verlag, Berlin 1939, VII — 225 SS., 12.60 RM. brosch.

Der Verfasser hat bereits im Jahre 1934 in dem von Karl Haushofer herausgegebenen Sammelwerk „Macht und Erde“ die Zusammenhänge zwischen „Raumgebundener und Raumunabhängiger Wirtschaft“ skizziert. Nunmehr legt er in einem großen Werk eine systematische Darstellung der Grundformen des Wirtschaftslebens vor, in der die räumlichen Spannungen, unter denen sich die Gütererzeugung und der Güterverbrauch in der Welt abspielen, zum logischen Ordnungsprinzip gemacht werden. Wiedenfeld unterscheidet Raumgebundenheit und Raumunabhängigkeit der Wirtschaftens. Die erstere teilt sich unter in „raumgebundene Wirtschaft ohne lebenswichtigen Güteraustausch“ (Naturalwirtschaft) und „raumgebundene Wirtschaft mit lebenswichtigen Güteraustausch“ (Nachbarschaftswirtschaft). Bei der Raumunabhängigkeit wird unterschieden zwischen der Grundform der raumbezogenen Raumunabhängigkeit (auch kriegswirtschaftliche Raumunabhängigkeit) und der Grundform der raumgelösten Raumunabhängigkeit. Die Weltmarktwirtschaft ist danach eine „raumgelöste Wirtschaft mit allgemeinem Güteraustausch“, die Nationalwirtschaft dagegen eine „staatsraumbezogene Wirtschaft mit allgemeinem Güteraustausch“. Der erste Teil des Werkes befaßt sich mit der Aufgabe; im zweiten und dritten Teil werden im einzelnen die Grundformen des raumgebundenen und des raumunabhängigen Wirtschaftslebens dargestellt.

Uns interessiert vor allem der dritte Teil, in welchem zunächst das raumgelöste Wirtschaftsleben (nämlich Wesen, Güter- und Kapitalverkehr und Staatsgewalten in der Weltmarktwirtschaft), dann aber die Kriegswirtschaft und das staatsraumbezogene Wirtschaftsleben behandelt werden. Der Staat wird zum Schluß als das Schicksal des Wirtschaftslebens hingestellt: „Wenn im letzten Jahrzehnt sogar die traditionellen Horte der privatwirtschaftlichen Freibeweglichkeit, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika, in auffallend starkem Maße und zunehmend ihre Staatsgewalten in die Lenkung wichtiger Wirtschaftszweige eingeschaltet und diese

Zweige aus den Preiszusammenhängen des Weltmarktes herausgenommen haben, so bedeutet schon dies mehr als nur hie und da eine Einbeulung des weltmarktwirtschaftlichen Systems. Andere Staaten sind bereits erheblich weitergegangen; ganz abgesehen von Japan, dessen Maßnahmen das Gepräge einer Kriegswirtschaft zeigen und demgemäß auf besonderer Ebene sich bewegen. In Italien und in einigen Staaten Südosteuropas, vor allem aber in Deutschland, beanspruchen die Staatsgewalten grundsätzlich und in der vollen Breite des Wirtschaftslebens für sich das Recht und die Pflicht des lenkenden Eingreifens und Richtungsweisens; und weitestgehend, Deutschland einschränkungslos, haben sie sich auch entsprechend betätigt... Und da jetzt dieser Zusammenhang gewollt oder unbewußt innerhalb der einzelnen Staatsräume hergestellt wird, ohne daß deshalb die Beziehungen zur jeweils „übrigen“ Welt etwa ganz abbrechen, so ist es im Rahmen des raumunabhängigen Wirtschaftens die Grundform der Raumbezogenheit, nicht mehr die der Raumgelöstheit, was das Wirtschaftsleben der Kulturgebiete kennzeichnet.

Nach wie vor stehen aber den Kulturgebieten in gewaltig größerer Ausdehnung jene Erdräume gegenüber, für die noch der überlandschaftliche Güteraustausch längst nicht die Bedeutung eines lebenswichtigen Trägers ihrer ganzen Daseinsführung erlangt hat. Wenn auf dem riesigen wenig gegliederten Kontinent Afrika kein einziger Staat — in Asien nur die Türkei, Indien und Japan — in Südamerika nur Argentinien und Chile — in Nordamerika nur die Vereinigten Staaten und in Australien nur Neusüdwales es schon zu einem Eisenbahnbesitz von 1 km je 100 qkm oder mehr gebracht haben, so zeigt das unverkennbar, daß in allen diesen Erdteilen noch gewaltige Räume verkehrswirtschaftlich nicht erschlossen sind...

Somit konzentriert sich die Wirtschaftsform der Raumunabhängigkeit auf Mittel- und Westeuropa, auf den Osten und das Mississippigebiet der Vereinigten Staaten von Amerika und auf die verhältnismäßig schmalen Landstriche der im ganzen noch nicht aufgeschlossenen Räume der fremden Erdteile und Osteuropas. Um so bedeutsamer ist es, daß gerade in allen diesen Staaten das Wirtschaftsleben mehr und mehr in engsten

Zusammenhang mit dem Staatsgedanken gebracht worden ist und offenbar noch weiter gebracht werden soll. Zumeist sind es auch gar nicht wirtschaftliche Ziele, die im letzten Grunde das wirtschaftspolitische Vorgehen der Staatsgewalten hervorgerufen haben und in seiner Eigenart bestimmen. Dahinter erhebt sich die größere Aufgabe, mit Hilfe der wirtschaftlichen Zusammenfassung und Neuordnung aller Kräfte das Gesamtleben des Volkes über die politischen und sozialen Gegensätzlichkeiten hinauszuführen und einheitlich auf die Gemeinschaft auszurichten — dem Staatsraume einen neuen Inhalt von den Menschen her zu geben.“

Die Neigung des hervorragenden Verkehrspolitikers Wiedenfeld zur verkehrswirtschaftlichen Forschung macht sich in allen Teilen des Buches und in der Gesamtanlage deutlich fühlbar. Wie wir gerade in diesem Heft — und besonders in dem Auszug aus dem „Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre“ von Karl C. Thalheim — dargestellt haben, ist der „Raum“ für uns nur ein Strukturfaktor. Trifft daher der Vorwurf der Einseitigkeit des Betrachtungspunktes das Werk einerseits wohl zu recht, so erschließt andererseits diese Beschränkung den Weg zu einer Fülle von Erkenntnissen, die bisher noch nicht in diesem Licht und mit dieser klaren Bezogenheit dargestellt worden sind.

Arnold Seifert.

Heinz George: Kautschuk. Wandlungen in der Erzeugung und Verwendung des Kautschuks nach dem Weltkrieg. In der Sammlung: Wandlungen in der Weltwirtschaft, herausgegeben von Geheimrat Prof. Dr. h. c. Hermann Schumacher LL. D., Heft 9. Verlag Bibliographisches Institut Leipzig, 1938. 200 S. Brosch. RM. 10.—.

Das Buch ergänzt die ausgezeichnete Sammlung der Rohstoffmonographien, die die Schumachersche Schriftenreihe herausbringt. Abgesehen von dem reichen Datenmaterial, das der Spezialist hier vorfindet, bietet die Geschichte der Kautschukbewirtschaftung, kolonialpolitisch betrachtet, interessante Zusammenhänge. Die Überführung der Kautschukproduktion aus dem Ursprungsland Südamerika nach Südostasien kann als die bedeutsamste Einzeltatsache betrachtet werden, die die Kolonialwirtschaft — vom Bergbau abgesehen — aufzuweisen hat. Diese

Wanderung fiel mit einer durchgreifenden Änderung des Betriebssystems zusammen, nämlich mit dem Übergang von der Wildkultur zum Plantagenbau. Diese doppelte Wandlung, die sich bereits vor dem Krieg vollzogen hat, ist unter der Führung Englands erfolgt, das in kürzester Frist die erforderlichen Kapitalien aufgebracht und auch in diesen neuen Pflanzungsgebieten die nötige Arbeitsorganisation aufgebaut hat. Gesamtwirtschaftlich von Interesse ist auch die Tatsache, daß es in diesem Produktionsgebiet nicht gelungen ist, ein automatisches, vom Preis reguliertes Marktgleichgewicht zu finden, da infolge der Zersplitterung der Produktion auch niedrige Preise nur verhältnismäßig wenige Anbieter vom Markte verdrängen; die verschiedenen Versuche einer Restriktionspolitik bieten für das Studium zwischenstaatlich vereinbarter Produktionslenkung gutes Anschauungsmaterial.

Elisabeth Linhart.

Ernst Samhaber: Die Rohstofffrage in Wirtschaft und Politik. Hermann Schaffstein, Verlag, Köln, 1938, 64 S. Geb. RM. 0.80.

Samhabers Schrift gibt an Hand der Probleme der Rohstoffversorgung und Rohstoffbewirtschaftung einen kurzen Abriß der Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit. Er zeigt, daß die Bemühungen, zu einer Weltwirtschaft alten Stils zurückzukehren, die das wirtschaftliche Streben des ersten Nachkriegsjahrzehnts bestimmt haben, von vornherein zum Scheitern verurteilt waren: zum ersten, weil durch die Zerstörung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, wie sie in der Vorkriegszeit bestanden hatte, und durch die Veränderung in den internationalen Kreditbeziehungen kein auch nur annähernd funktionierendes mechanisches Marktgleichgewicht mehr zustande kommen konnte, was die Wucht und Dauer der letzteren Wirtschaftskrise deutlich bewiesen hat; zum zweiten aber, weil der Wille und die Möglichkeit, die Rohstoffabhängigkeit der rohstoffarmen Staaten als politisches Kampfmittel einzusetzen, diese Staaten dazu drängte, ihre politische Bewegungsfreiheit durch den möglichst weitgehenden Ausbau der eigenen Rohstoffgrundlagen zu sichern. — Die Schrift gibt trotz der Knappheit der Darstellung an Hand eines ausgewählten Zahlenmaterials, das die Flüssigkeit des Stils nirgends belastet, dem Wirtschaftler, dem Politiker und Verwaltungsbeamten eine gute Übersicht über den Problemkreis.

Elisabeth Linhart.

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes: Staatsrat Helmuth Wohlthat, Ministerialdirektor z. bes. Verw. beim Beauftragten f. d. Vierjahresplan, Berlin W 8, Leipziger Str. 3; Dr. Heinz Pentzlin, 8, St. John's Road, Golden Green, London N. W. 11; Dr. Ernst Ferber, Hauptschriftleiter, Berlin-Charlottenburg, Giesebrechtstr. 17; Dr. Elisabeth Linhart, Berlin-Dahlem, Haderslebener Str. 23a; Prof. Dr. Erich Wunderlich, Stuttgart, Geographisches Institut der Technischen Hochschule (A. f. G.). Anschrift der Schriftleitung: Schriftleiter Dr. Arnold Seifert, Berlin W 15, Fasanenstr. 70.

KARL HAUSHOFER

als Mitschöpfer meines Verlages:

EIGENE WERKE:

Geopolitik des Pazifischen Ozeans.

II., vollständig neubearbeitete Auflage 1937.
Leinen RM 15.—

Grenzen

in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, II., vom Verfasser völlig neubearbeitete Auflage 1939, z. Zt. nicht lieferbar.

Rückblick und Vorschau auf das Geopolitische Kartenwesen. Kartonierte RM —.60

Wehrhaftes Wissen

in Vorbereitung befindliches neues Hauptwerk.

HERAUSGEBER DER FÜHRENDEN GEOPOLITISCHEN ZEITSCHRIFT:

Zeitschrift für Geopolitik

mit Beilage Staatenwirtschaft, monatlich ein Heft mit durchschnittlich mindestens 80 Seiten, viele Kartenbeilagen.

Vierteljährlich RM 5.50

Mit folgenden Buchreihen:

Beihefte zur Geopolitik.

Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Arbeitskreis der Zeitschrift für Geopolitik, 13 Bände.

Schriften zur Geopolitik.

Aus der Zeitschrift für Geopolitik hervorgewachsene kleine Schriften für Schulungszwecke. 16 Hefte und Bände.

EINFÜHRUNG

ZU FOLGENDEN WERKEN:

Carthill, Verlorene Herrschaft.
Gebunden RM 6.40

Falrgriewe, Geographie und Weltmacht.
Gebunden RM 6.—

Nearing-Freeman, Dollar-Diplomatie.
Gebunden statt RM 15.— RM 9.—

Amann, Sun Yat Sens Vermächtnis.
Leinen RM 6.80

Gattineau, Verstärkung und Arbeiterherrschaft in Australien.
Kartonierte RM 6.80
Gebunden RM 7.60

März, J., Die Adriafrage.
Kartonierte RM 6.80
Leinen RM 7.50

v. Niedermayer-Semjonow, Die Sowjetunion — eine geopolitische Problemstellung.
Leinen RM 5.80

HERAUSGEBER

FOLGENDER BUCHREIHEN:

Der Rhein.

Bisher erschienen 3 Bände, weitere ab Herbst 1939 im Erscheinen.

Schriften zur Wehrgeopolitik.
Ab Ende 1939 jährlich etwa 6 Bände.

Heidelberg—Berlin—Magdeburg

KURT VOWINCKEL VERLAG

